Nr. 11 9. März 2006 61. Jahrgang

Von Bürgern und Spießern: www.zeit.de/spiesser

C 7451 C Preis Deutschland 3,00 €

DIE ZEIT

DKR 38,00 · FIN 5,80 € · E 4,30 € · F 4,30 € · NL 3,90 € · A 3,40 € CHF 6,00 · I 4,30 € · GR 5,00 € · B 3,90 € · P 4,30 € · L 3,90 € · HUF 1030,00

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK • WIRTSCHAFT • WISSEN U… UR



Titelbild: Smetek für DIE ZEIT; www.smetek.de (nach einem Ölgemälde von Claude-Marie Dabufe, »Die Familie Dabufe«, 1820; Louvre, Paris; Foto: Bridgeman Art Library; siehe auch Seite 2)



ZEIT Kinder-Edition



BAND ZWEI:

»Drachen, Katzen, Königskinder« – wiederentdeckte Geschichten von Edith Nesbit. Vorgestellt von Sybil Gräfin Schönfeldt S. 48

Nach dem Fiasko

Irak, Iran, Indien: Plädoyer für eine Außenpolitik, die Interessen wieder mit Werten versöhnt **VON JOSEF JOFFE**

Als die Amerikaner Bagdad besetzten, muss in Teheran ein inbrünstiges »Gott ist groß« gen Himmel gestiegen sein: »Allah sei Dank, dass er den Großen Satan mit Blindheit geschlagen hat. *Amrikah* hat unseren schlimmsten Feind besiegt. Es hat unsere schiitischen Brüder vom sunnitischen Joch befreit und zur stärksten Kraft im Irak gemacht. Und es hat sich in einen Krieg verstrickt, den wir nach Bedarf manipulieren können.«

Genau so ist es. Irans strategische Position ist heute besser als je zuvor. Das hat als Erste die EU gespürt, als sie nach drei Jahren vergeblicher Atom-Gespräche die lange Nase gezeigt bekam. Das spürt jetzt Amerika, das wohlweislich auf Militärschläge gegen Teheran verzichtet. Die iranische Bombe ist nur eine Frage der Zeit (obwohl der Weg bis zur Uran-Anreicherung noch weit ist).

Wie konnte es geschehen, dass die beiden größten Machtblöcke der Welt – USA und EU – heute so hilflos vor dieser Herausforderung stehen? Welche Lehren müssen Amerika und seine Partner aus einem strategischen Fiasko ziehen, das die Welt noch lange verdunkeln wird? Die Antwort beginnt beim Fall der Berliner Mauer, als Diktaturen stürzten und die Demokratie ihren vorbestimmten Siegeszug anzutreten schien. Die westliche Außenpolitik sah nun ihre vornehmste Aufgabe in der Geburtshilfe für die Demokratie und ihrer Pflege. Wo *regime change* aber ausblieb, so George W. Bush, durfte auch mit Gewalt nachgeholfen werden.

Immanuel Kant war plötzlich zum Chefberater im Weißen Haus avanciert, hatte der doch die Theorie begründet, wonach Demokratien grundsätzlich friedfertig seien. Frieden global durch Demokratie total, lautete nun das Prinzip. Und es verblassten die klassischen Fragen der Außenpolitik wie die nach dem Kräftegleichgewicht und der Staatsräson. Man darf es auch brutaler ausdrücken: Als Bush auf Saddam Hussein losging, traf er den falschen Gegner. Saddam war zwar eine furchtbare Gestalt, ein Menschenschinder und Massenmörder, aber eine Bedrohung für Amerika war er nicht. *»We have him in a box«,* pflegte Madeleine Albright, Clintons Außenministerin, zu dozieren – »der ist überall eingekastelt«. Amerikas – auch Europas – Interessen waren vielmehr von Iran bedroht, das nach der Bombe griff, zwischen Beirut und Gaza den Terror alimentierte, Öl und Religion zum potenten Machtinstrument verschmolz.

Heute ist der Irak zum Hobbesschen Albtraum verkommen – zum Krieg aller gegen alle. Stellen wir uns vor, die USA hätten Saddam in seiner »Box« isoliert und klassische Eindämmungspolitik betrieben. Stellen wir uns vor, Amerikas Armee wäre nicht unter der Flagge des *regime change,* so verheißend dieses Ziel auch klang, in die irakische Falle gegangen. Würde Iran dann auch heute so aggressiv agieren? Hätte es ein paar Karikaturen zum »Kampf der Kulturen« hochgepeitscht? Nein, auch Glaubensbeseelte haben ein Gespür für die Machtverhältnisse. Mit Amerikas intakter Armada im Hintergrund hätten die Europäer über das iranische Atomprogramm gewiss erfolgreicher verhandeln können.

Außenpolitik ist eben nicht nur Innenpolitik, sei das Ziel ein Regimewechsel im Äußeren oder der »Regime-Erhalt« daheim, wie die Bagdader BND-Affäre zeigt. Rot-Grün meinte seinerzeit, die Wahlen mit einer Nebenoffensive gegen Amerika gewinnen zu müssen, lief aber ebenfalls in eine selbst gebastelte Falle, auf der heute »Untersuchungsausschuss« steht. Die Regierung Schröder hätte den Irak-Krieg bequem aussitzen können, wenn sie sich auf die Botschaft beschränkt hätte: »Der Krieg ist falsch, wir machen nicht mit, aber unser Verhältnis soll keinen Schaden nehmen.« Stattdessen begann das deutsche Doppelspiel: antiamerikanische Wahlkampfparolen hier, proamerikanische Politik dort – von der Stützpunktnutzung bis zur »Amtshilfe« in Bagdad. So siegte zwar die Staatsräson letztlich über die Parteiräson – aber um welchen Preis? Eine bittere Ironie: Außer London hat keiner den USA so sehr im Krieg geholfen wie Berlin – und dafür nur Schläge (siehe den verweigerten UN-Sicherheitsratssitz) geerntet. Eine weitsichtige Realpolitik, früher »Staatskunst« genannt, sieht anders aus.

Von Staatskunst zeugt auch nicht der Brückenschlag nach Indien, den Washington gerade vollzogen hat. Bush betreibt dort klassische Gleichgewichtspolitik – Indien als Bollwerk gegen China. Aber was hat er davon? Wenn Indien ein »natürlicher Partner« ist, wie Bush sagt, warum musste er ihn so großzügig bestechen, dass die Glaubwürdigkeit der atomaren Nichtverbreitungspolitik gegenüber Iran und Nordkorea zum Teufel geht? Indien, das sich dem Atomwaffensperrvertrag verweigert hat, bekommt vertragswidrig US-Nuklearmaterial für seine zivilen Reaktoren und kann jetzt umso besser seine militärischen Anlagen mit eigenem Brennstoff bestücken. Wie zum Hohn ließ der »natürliche Partner« gerade wissen, er werde gegenüber Iran seinen »nationalen Interessen« gehorchen, sich also nicht »von anderen Nationen einspannen lassen« (sprich: den USA).

Irak, Iran, Indien zeigen, dass eine Epoche der Weltpolitik zu Ende geht. Als strategisches Konzept hat Kants Ideal vom »demokratischen Frieden«, wonach nur Despoten Krieg führen, im Irak weder Demokratie noch Frieden gezeugt. Schlimmer noch ist, dass dieser Eingriff im Namen der Idealpolitik die wichtigste Regel der Realpolitik missachtet hat: Tue Gutes, aber bewahre das Kräftegleichgewicht als Unterpfand aller Stabilität. Die Folge ist fürchterlich: der Aufstieg Irans, eines Staates, der Frieden und Demokratie in der Region mehr bedroht als jeder andere. Und wie das iranische Atomprogramm durch Hilfe für das indische delegitimiert werden kann, bleibt ein Geheimnis der Regierung Bush, das vor allem seine Parteifreunde zu ergründen wünschen.

Was folgt daraus? Vor allem die berühmte Warnung von Talleyrand: »Nicht zu viel Eifer« – sei's aus ideologischen Gründen (Bush) oder innenpolitischen (Schröder). Gleichgewichtspolitik, die in den neunziger Jahren zu verblassen schien, kehrt zurück – allerdings mit ein paar Atommächten mehr. Realismus heißt selbstverständlich nicht, dass man sich bei allen Despoten lieb Kind machen soll. Denn die garantieren Berechenbarkeit nur um den Preis der Unterdrückung, die keine dauerhafte Stabilität verheißt. Aber *regime change* als Sicherheitspolitik? Das hat zum letzten Mal 1945 funktioniert, nach einem sehr langen Weltkrieg.

Ist der Westen hilflos? Nicht, wenn er sich nach dem Irak-Iran-Fiasko auf den Realismus in der Außenpolitik besinnt. Keiner hat diesen besser formuliert als George F. Kennan, der Vater der »Eindämmung«. Kennan hat dem Westen 1946 eine »langfristige, geduldige, aber entschlossene und wachsame« Politik gegenüber Moskau verordnet, um so die »Mäßigung« oder den »Zerfall« sowjetischer Macht zu befördern. Tatsächlich erfolgte beides – erst die Entideologisierung, dann der Kollaps. Werte- und Interessenpolitik sind also keine unversöhnlichen Feinde. Die richtige Mischung muss bloß so angelegt sein, dass sie die kurzen Zyklen demokratischer Innenpolitik überdauert.

Audio www.zeit.de/audio

ZEITREISEN

Sehen Sie es doch mal so

Deutschlands Wahrzeichen in neuem Licht, von Neuschwanstein bis zur Reeperbahn

Hier geblieben!

Die Reeperbahn ist ein Kurort, die Loreley ein wilder Garten – der etwas andere Blick auf die berühmtesten Orte Deutschlands

REISEBEILAGE 56 SEITEN

Klein oder nicht klein

Die Staaten Europas setzen sich gegen die Globalisierung zur Wehr. Leider mit der falschen Alternative **VON UWE JEAN HEUSER**

Nein, Nationalstaaten müssen sich nicht alles gefallen lassen. Frankreich und Spanien wehren sich, weil sich deutsche und italienische Konzerne ihre besten Energieunternehmen einverleiben wollen. Ihre Mittel – neue Gesetze in letzter Minute und staatlich betriebene Nationalfusionen – sind zwar unfein, aber im Übernahmekrieg und in der Liebe ist angeblich alles erlaubt. Deutschland und Italien begehen selbst zu viele ordnungspolitische Sünden, um sich glaubwürdig über Frankreich und Spanien empören zu können.

Stimmt zwar alles, führt aber weg vom Kern: Die meisten EU-Länder gefallen sich in der Opferrolle der Globalisierung und nehmen sich das Recht heraus, gegen die Prinzipien der eigenen Union zu handeln.

Die Franzosen planten jetzt ein »gälisches Gasprom«, schreibt der *Economist* und überzieht damit. Dass die Spanier ihre Endesa vor E.on und die Franzosen ihre Suez vor der italienischen Enel retten wollen, wäre allein noch keine europäische Katastrophe. Zuallererst schaden sie ihren eigenen Volkswirtschaften und handeln sich Ärger mit der EU ein. Außerdem können sie auf Dauer nicht an der Einsicht vorbei, dass ihre Unternehmen nur überleben, wenn der Staat sie vom Gängelband lässt.

Schlimm ist das Vorgehen auch aus einem anderen Grund. Die Regierungen beschleunigen den Trend zum nationalen Trotz. Wer will sich zum Beispiel noch ernsthaft über die Polen beschweren, die in diesen Monaten eine Bankenfusion in ihrem Land behindern?

Das protektionistische Gebaren in Madrid und Paris ist ein Zeichen für eine schleichende Gegenrevolution in Europa. Der freie Wirtschaftsfluss – von Menschen, Waren, Kapital – ist suspekt geworden. So beschlossen die großen Länder des Kontinents, osteuropäische Arbeitnehmer so lange wie möglich abzuwehren. Das war ebenso verständlich wie falsch, weil sie sich auf diese Weise die Talente vom Leibe hielten, nicht aber die Schwarzarbeiter und Scheinselbstständigen.

Spätestens seitdem die Europäische Verfassung als zu liberal niedergestimmt wurde, ist im Ringen mit der Globalisierung allzu viel erlaubt. Dass es Europa mit dem freien Fluss der Waren nicht so ernst meinte wie versprochen, erfuhren chinesische Textilhersteller im vergangenen Jahr. Kurz nachdem die Handelsschranken fielen, wurden ihre Einfuhren quotiert. Die Industrielobbys im Süden Europas waren schlicht stärker als die Verbraucherlobbys im Norden.

Zwar ist diese Einschränkung nur vorübergehend, aber typisch für den neuen europäischen Geist: Seit Jahren war absehbar, wie billig und gut zugleich die Ostasiaten sein würden. Doch erst rannte man blind auf die Öffnung der Märkte zu, um sie dann mit größter Anstrengung hinauszuzögern.

Menschen, Waren – und Kapital. In den gegenwärtigen Übernahmekämpfen widersetzen sich die Europäer dem freien Fluss der Investitionen. Da geht es wohlgemerkt nicht um Kapital aus Fernost, sondern aus den eigenen Nachbarländern, deren Unternehmen innerhalb der EU Firmen übernehmen wollen.

Sollen sich die Europäer also nicht gegen die Zumutungen der Globalisierung wenden dürfen? Doch. Sie hätten frühzeitig den Rahmen für einen europäischen Energiemarkt vorgeben können, statt ihre nationalen Industriepolitiker dilettieren zu lassen. Die Deutschen haben es ebenso wenig wie die Franzosen vermocht, die Stromkonzerne im Sinne der Verbraucher ums beste Angebot konkurrieren zu lassen.

Mit durchdachten Regeln für den Umgang mit osteuropäischen Arbeitskräften hätten sie qualifizierte Leute ins Land holen können, statt von Tausenden Billigarbeitern überrascht zu werden, die – durch ein kleines Gesetzesloch kommend – die Jobs in deutschen Schlachthöfen eroberten. Und auch die vom freien Welthandel betroffene Textilindustrie hätte sich anders vorbereitet, wenn sie nicht hoffen dürfte, dass der Staat ihr neuen Aufschub gewährt.

Wer sagt, die Globalisierung sei unabänderlich, irrt oder lügt. Natürlich können die Nationalstaaten sie bremsen. Doch ihre Bürger müssen dafür bezahlen. Derzeit handeln die Staaten extrem spät und hektisch und dann gegen alle Regeln, die ihre Union so erfolgreich gemacht haben. Sie benutzen die berechtigte Angst von Globalisierungsverlierern, um gegen die europäischen Interessen zu handeln. *Dieser* Geist muss zurück in die Flasche.

Audio www.zeit.de/audio

ZEIT Online GmbH: www.zeit.de; ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de
Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, 20079 Hamburg
Telefon 040 / 32 80 - 0; E-Mail: DieZeit@zeit.de, Leserbriefe@zeit.de
Abonnentenservice:
Tel. 0180 - 52 52 909*, Fax 0180 - 52 52 908*, E-Mail: abo@zeit.de
*) 0,12 €/Min. aus dem deutschen Festnetz

4 190745 103008 11

Saarlouis lebt

Vielleicht hat der saarländische Bundestagsabgeordnete Rainer Tabillion Recht. Der Sozialdemokrat, kein Mann der ersten Reihe, warnt in einer dramatischen Pressemitteilung vor den Folgen der Föderalismusreform. Das Argument, wenn wir es richtig verstehen, lautet etwa so: Weil der Bund den Ländern künftig kein Geld mehr über den Tisch schieben darf, gehen in Saarbrücken und Saarlouis demnächst die Lichter aus. Ministerpräsident Müller von der CDU, so Tabillion, habe »die Interessen des in seiner politischen Existenz höchst gefährdeten Saarlands« in den Verhandlungen nicht nachhaltig genug vertreten.

Man muss dem Abgeordneten Tabillion dankbar sein für so viel Offenheit. Er zeigt: Nicht um die Sache geht es vielen Kritikern der Reform, sondern um Interessen.

Tatsächlich weist das komplizierte Paket, das die Große Koalition geschnürt hat und das nun im Bundestag verhandelt wird, auch den Weg zu mehr Wettbewerb unter den 16 Ländern. Zaghaft zwar, unvollkommen und nicht fehlerfrei. Aber immerhin. Über den Sold ihrer Beamten etwa dürfen (und müssen) die Länder künftig selbst entscheiden. Auch bestimmen sie dann ganz allein, wie viel ihnen die Ausstattung ihrer Hochschulen, die Exzellenz der eigenen Bildungsangebote wert sind. Es stimmt, dadurch geraten die kleinen und finanzschwachen Länder zusätzlich unter Druck. Na und? Vielleicht erreicht die Reform so durch die Hintertür, was vorderhand niemand wagt zu formulieren: dass die Länder ihre eigene Leistungsfähigkeit realistischer betrachten und gegebenenfalls über mehr Kooperationen nachdenken. Doch bis es so weit ist, gilt: Saarlouis lebt! **MATTHIAS KRUPA**

Abschuss frei

Manchmal mögen Deutschlands Regierende davon träumen, Präsident in Russland zu sein. Dort muss sich der Staatschef dank der »Vertikalen der Macht« nicht als bedingt durchsetzungsfähiger Vorsitzender eines nationalen Vermittlungsausschusses fühlen. Jedes Gesetz erhält seinen Feinschliff direkt im Kreml, was ihm die gehorsame Zustimmung beider Parlamentskammern garantiert. Das Verfassungsgericht, das Präsident Wladimir Putin gerade mit dem Umzug in eines der ehrwürdigsten Gebäude Sankt Petersburgs abgefunden hat, wird es im Zweifelsfall mit Wohlwollen begutachten.

Am Montag billigte Putin ungestört ein neues Gesetz, das zum Einsatz von Antiterroreinheiten im Ausland ermächtigt und erlaubt, ein Flugzeug mit Terroristen und Geiseln an Bord abzuschießen, falls es zur fliegenden Waffe werden sollte. In Deutschland wurde das entsprechende Luftsicherheitsgesetz erst kürzlich vom Verfassungsgericht gekippt, da der Abschuss nicht per Gesetz zu regeln sei. Die Regierung muss in jedem Einzelfall entscheiden.

Dieser verfeinerte Rechtsstaat ist der Seele russischer Befehlshaber eher fremd. Schon vor Inkrafttreten des neuen Gesetzes rühmte sich ein Generaloberst der Luftstreitkräfte in Moskau seiner Bereitschaft zum Abschussbefehl »ohne Zögern«. Russlands Staatsvertreter verbieten sich mit dem neuen Gesetz sogar, mit Terroristen über politische Forderungen zu verhandeln. Das Weitere regelt für sie die Abschussermächtigung. **JOHANNES VOSWINKEL**

Klinsmann

Es gibt Menschen, denen man niemals Recht geben möchte, schon allein, weil sie zu allem etwas sagen. Beckenbauer ist so ein Mensch. Über den Bundestrainer Jürgen Klinsmann, der nach der deutschen Fußballpleite gegen Italien ein wichtiges WM-Treffen in Düsseldorf sausen ließ, hat er gesagt: »Er hätte die Pflicht zur Teilnahme gehabt.« Weil Beckenbauer es gesagt hat, liegt der Verdacht nahe, es müsse Unsinn sein. Ist es aber nicht. Klinsmann führt sich auf wie jemand, der alles bestimmen, aber niemals dazugehören will.

Richtig an Beckenbauers Kritik ist auch, dass Kalifornien der perfekte Wohnort ist für einen Trainer, der einen größtmöglichen Abstand herstellen will zwischen sich und Fußballdeutschland mit seinen eitlen Funktionären. Er will nur spielen. Er kneift. Es steckt reichlich Substanz in der jüngsten Kritik, und doch geht es im »Fall Klinsmann« um mehr als nur um einen Trainer. Um ein Theaterstück geht es, das alle ablehnen soll von der Verlogenheit.

Niemanden kann überraschen, wie Klinsmann sich verhält. Berechenbarer als die meisten seiner Vorgänger ist er. Klinsmann, der beflissene Fußballprotestant. Klinsmann, der neue deutsche Motivator. Ein Mann, der aus der Wärme kommt – wenn er denn Zeit hat. Alle haben gewusst, welches »Modell« da eingekauft wurde, auch Beckenbauer, und er hat es mitgetragen. Wenn er jetzt auf Klinsmann losgeht, attackiert der Kaiser auch sich selbst. Dass er davon nichts merkt, gehört zu den erstaunlichsten Eigenschaften seiner Logokratie, in der jedermann zu jeder Zeit alles sagen darf. Hauptsache, es gefällt dem Kaiser. **STEFAN WILLEKE**

Königin auf Probe

Ségolène Royal könnte Frankreichs erste Präsidentin werden. Sie scheint ganz harmlos. Das ist ihre Stärke

VON MICHAEL MÖNNINGER

Franzosen beschreiben sie gern als Mischung aus La Gioconda und Greta Garbo, Deutsche mögen bei ihrem Anblick eher an Pocahontas oder Anne Will denken. Ja, Ségolène Royal ist tatsächlich so zart und schön wie auf den gestellten Fotos der Illustrierten und kleidet sich mit der gleichen nachlässigen Eleganz. Wenn sie beim Reden die Arme vor der Brust verschränkt und energisch den Kopf zurückwirft, strahlt die 52 Jahre alte Politikerin und vierfache Mutter bis heute den Charme eines aufmüpfigen Mädchens aus, das gerade aus dem Internat geflohen ist.

Ségolène Royal könnte erreichen, was keine Frau vor ihr in Frankreich geschafft hat: Präsidentin der Republik zu werden. Vorausgesetzt, ihre Partei, die Sozialisten, nominieren sie für die Wahl 2007. Mehr als alle anderen Anwärter beschäftigt sie derzeit die Fantasie der Franzosen. Das Einzige, was sich bislang in ihrem Arbeitsalltag geändert hat, ist das Gefolge. Fast 20 Jahre lang hat sich kaum jemand dafür interessiert, wenn die Abgeordnete des Atlantik-Départements Deux-Sèvres mit Fischern, Käsebauern und Bürgermeistern zusammentraf. Doch nun ist es mit der Beschaulichkeit vorbei.

Schon morgens beim Besuch einer Radiostation im Küstenstädtchen Rochefort befindet sich eine Menschentraube im Schlepptau der Politikerin, beim Mittagessen mit Landräten im Hafen von La Rochelle müssen bereits mehrere Besuchertische reserviert werden, und abends bei der Verleihung des regionalen Literaturpreises ist der Festsaal von Villeneuve les Salines bis auf den letzten Platz besetzt.

Obwohl Royal die Kaderschmieden Sciences Po und ENA absolviert hat und bereits dreimal Ministerin war, stand sie noch nie so sehr im Rampenlicht. Nun laufen nach jedem Auftritt bei professionellen Beobachtern die Mobiltelefone heiß. Parteizentralen und Redaktionen erkundigen sich: Wie war sie, was hat sie gesagt? Amateure begnügen sich damit, die Politikerin wie ein Fabelwesen zu mustern: Was hat sie an, wie sieht sie aus?

Vor allem jene Leute können sich an ihr nicht satt sehen, die jahrelang die rustikale Boxernatur von Jean-Paul Raffarin als Präsident der Region Poitou-Charentes gewöhnt waren. Dagegen hielt sich im übrigen Land das Aufsehen in Grenzen, als die Sozialistin 2004 neben ihrem Abgeordnetenmandat überraschend auch die Stammregion des französischen Expremiers eroberte. In der dünn besiedelten Vendée, wo einst Königstreue und Bauern gegen den Pariser Revolutionsterror rebellierten, kündigt sich nun eine unerwartete Entscheidungsschlacht an.

Ein Satz in einem Interview löste eine Lawine aus: »Ich bin bereit, wenn die Partei es will.« Zuerst galt der Rummel als Presseblase und Demoskopenhysterie. Doch mit jeder neuen Umfrage und jedem Leitartikel über das »Phänomen Ségolène« zieht die Wirklichkeit mit dem Mediengeschehen gleich.

Nun kommen die Journalisten nach Poitou-Charentes, um nachzuschauen, ob die Präsidentin einer der kleinsten französischen Regionen mit 1,64 Millionen Einwohnern und einem bescheidenen Haushalt von 522 Millionen Euro fähig ist, ein ganzes Land zu führen. Freilich ist eine Regionalregierung kaum das Labor für nationale Erneuerungsprogramme. Zwar hat Paris den Provinzen neue Zuständigkeiten gegeben, aber kein zusätzliches Geld. Auch Ségolène Royal muss sparen. Statt mit dem Präsidentenwagen der Marke Renault Vel Satis fährt sie mit einem bescheidenen Laguna durchs Land. Auch andere Prestigeobjekte wie die Länderrepräsentanz von Poitou-Charentes in Paris hat sie abgestoßen.

Die Frau, die sich vor Jahren nicht zu schade war, in Bäuerinnen-Tracht beim Sommerfest im Elysée aufzutreten, um für den Ziegenkäse von La Motte Saint-Heray zu werben, lässt sich auch heute nicht lange bitten, wenn jemand Zuspruch sucht. Als sie an einem eiskalten Februarmorgen ein etwas baufälliges Reihenhaus in Rochefort betritt, warten bereits die Mitarbeiter des freien Regionalradios Franc CP, denen sie ein kleines Förderbudget mitgebracht hat. Der Vereinsvorsitzende verliest mit zitternder Stimme eine lange Dankadresse. Doch Madame Royal hat es nicht eilig, verschränkt die Arme vor der Brust und lobt die Initiative als Element der »partizipativen Demokratie«, in der »Geld nicht immer zum Geld« fließen soll. Schließlich fragt sie aufmunternd in die Runde, ob noch jemand etwas sagen möchte. Alles in allem hat sie sich für die Amateurfunker, deren regionale Einschaltquote bei vier Prozent liegt, anderthalb Stunden Zeit genommen.

Anschließend sitzt sie wie eine aufmerksame Klassenlehrerin zwei Stunden lang am Mittagstisch mit 30 Landräten und Bürgermeistern, deren Gespräch über Nahverkehr, altengerechte Badestrände und Regenwasser-Rückgewinnung sie überhaupt nicht zu langweilen scheint. Genauso wenig wie das Treffen mit Fischern im Meeresmuseum von La Rochelle, wo die rotwangigen Männer über Fangquoten und Flottenabbau klagen. Doch sie nicken verblüfft, als die ehemalige Umweltministerin an den Stolz der Fischer appelliert: »Wenn ihr nicht subventioniert werden wollt, müsst ihr euch stärker auf den Tourismus verlegen.«

In der Tat zeigt die Regionalpräsidentin wenig Ehrgeiz, Anschauungsmaterial für die große Politik zu liefern. Zwei Themen dominieren ihre bisherige Bilanz: Umweltschutz und partizipative Demokratie. Ihr wichtigstes Vorzeigeprojekt ist ein Mitbestimmungsprogramm, mit dem sie den Bürgern die Entscheidung über zehn Prozent des Regionalbudgets einräumen will.

Doch hinter dem unspektakulären Wirken steckt Taktik. Weil Ségolène Royal in ihrer Region nicht über das stabile Netz der Konservativen verfügt, ist ihr Demokratie-Projekt auch der Versuch, die Würdenträger zu umgehen und die Bürger direkt anzusprechen. Und für die Widerstände, die ihr in Paris blühen, ist der Starrsinn der konservativen Notabeln ein ideales Erprobungsfeld. »Sie ist eine hervorragende Kriegerin, eine richtige Walküre – aber auch eine begabte Blenderin«, schimpft Regionalrat Dominique Clément. Besonders verwirrt zeigen sich die Honoratioren von der Vielzahl der neuen Foren und Konferenzen: »Je mehr man alle Welt befragt, desto mehr kann man letztlich beschließen, was man will«, argwöhnt Pierre Guenan vom regionalen Wirtschaftsrat.

Als Ségolène Royal 1981 in den Beraterstab von Präsident Mitterrand eintrat, galt sie als Streberin mit Brille, Faltenrock und Blümchenbluse ohne jede Basiserfahrung. Erst 1988 gab ihr die Parti Socialiste (PS) in letzter Minute einen übrig gebliebenen Wahlkreis in Deux-Sèvres, den sie knapp eroberte. Doch ihr Abgeordnetenbüro im 4500-Seelen-Dorf Melle wurde schnell zum Kummerkasten. »Beim kleinsten Problem kamen die Leute lieber zu ihr als ins Rathaus«, erinnert sich Ortsbürgermeister Jean Bellot. »Ich musste ihr oft sagen: Ein Abgeordneter ist ein Gesetzgeber, kein Sozialarbeiter.«

Solche Vorwürfe kehren heute wieder. Mit Vorliebe kritisieren Spitzenpolitiker ihr fehlendes Programm. »Ségolène? Kein Problem«, höhnten bislang vor allem die sozialistischen Elefanten, die sich selbst für die Präsidentschaftskandidatur rüsten. Doch weil Elefanten sensible Tiere sind, ist ihr Gelächter verstummt. Denn mit »Madame la Présidente« erlebt die schwächelnde PS einen Sympathiezuwachs, der allen Richtungsstreit der Rivalen vergessen lässt. Die Parteizentrale, wo die Fanpost für Ségolène Royal körbeweise eingeht, rechnet bereits fest mit einem Mitgliederzuwachs von heute 110 000 auf 150 000 im Sommer.

Derweil rätselt der *Nouvel Observateur* über Royals Erfolg: »Ihre Methode: nichts ändern, auf der Erfolgswelle reiten und alle Forderungen nach einem Programm ignorieren.« Solche Kritik kontert Royal mit dem Hinweis auf die Chilenin Michelle Bachelet, die sie unlängst besuchte: »So was haben die Gegner der neuen chilenischen Präsidentin auch gesagt.« Und sie weiß, wie sehr auch Angela Merkel in Deutschland unterschätzt wurde.

Im krassen Gegensatz zu ihrer starken Stellung in der Wirtschaft sind Frauen in Frankreich in der Politik seltsam unterrepräsentiert. Dies liegt weniger an gesellschaftlichen Widerständen als an der Blockade der Parteigranden. So gerät der Überschwang der Öffentlichkeit im Fall Royal auch zu einer Kampferklärung gegen verzopfte politische Männerbünde.

Royals Äußerungen sind wohlkalkuliert. Mal kritisiert sie die »französische Arroganz« nach der fehlgeschlagenen Bewerbung von Paris für die Olympischen Spiele 2012, mal lobt sie Tony Blairs Jobprogramm für Jugendliche – und schaut dann zu, welche Kreise das zieht. »Ich kenne die Leier: Wenn ich etwas sage, ist es Unsinn, und wenn ich schweige, habe ich angeblich nichts zu sagen«, sagt Ségolène Royal. »Das ist eben die ständige Prüfung für eine illegitime Kandidatin.«

Trotz ihrer Karriere in Paris gilt sie als anti-elitär. »Sie ist eine moderne Frau, die ihr Leben als Mutter und ihre politische Karriere erfolgreich vereint«, sagt Meinungsforscher Brice Teinturier. »Das macht sie mit einer Natürlichkeit und Schlichtheit, die aufräumt mit den Legenden von den Killerfrauen und Erfolgshuren.« Und ihren größten Vorzug hält sie auch an der Seite ihres Lebenspartners François Hollande aufrecht, der zugleich PS-Chef ist: die Ferne von Parteischarmützeln. Die Pro-Europäerin verkörpert keine Strömung und keinen Konflikt, das macht sie kompatibel mit allem und zur idealen Projektionsfläche.

Ihre Themen sind weniger Wirtschaft und Weltlage, sondern Alltag und Soziales. Als Familienministerin kämpfte sie gegen Fernsehgewalt und Prostitution, aber auch gegen die Homo-Ehe. Sie führte den Vaterschaftsurlaub ein und verbot brutale Mutproben *(bizutages)* in Schulen. Die im rechtskatholischen Milieu aufgewachsene Offizierstochter steht für Emanzipation ohne Libertinage und könnte als Neopuritanerin durchgehen. Doch ihre Werte gründen nicht auf Keuschheit und Kirchenmoral, sondern auf der Autorität der Familie, der Würde der Frauen und dem Schutz der Kinder.

So leiht Royal sich ihre sittlichen Werte bei den Konservativen und ihre ökonomische Auffassung von Staatsaufgaben und öffentlichem Dienst bei der gemäßigten Linken. Ihre Anziehungskraft auf Jüngere ist groß, weil sie mit der Ideologie des Klassenkampfes bricht, die kaum einer mehr versteht. Vor allem verspricht sie ein Ende jener Vernichtungslogik, mit der die Parteien nach jeder Wahl einander die Legitimität absprechen: »Ich werde nicht bloß aus Vergnügen das zurücknehmen, was die Vorgängerregierung gemacht hat.«

Damit steht Royal quer zum Mainstream der nach links gerückten PS. Aber ihre Aura von Respekt und Autorität ist ebenso frei von jenem Kältehauch der Konservativen, deren Liberalisierungsappelle als Angriff auf Arbeitsrecht und Sozialstaat gelten. Bei Ségolène Royal können die Franzosen offenbar erstmals Marktkonkurrenz und Gemeinschaft zusammendenken.

Dabei kommt ihr zugute, dass angesichts der Bulldozernatur des starken Mannes der Konservativen, Innenminister Sarkozy, die Bürger auf Politiker mit extremem Durchsetzungswillen längst allergisch reagieren. »Sie ist ein neuer Typus«, lobt *Le Monde*, »weil sie ihre Macht begrenzt und Gegengewichte zulässt.«

Seit 50 Jahren wählen die Franzosen einen Präsidenten und bekommen stets einen Monarchen. Jetzt könnte es sein, dass sie es mit einer Königin versuchen wollen.

Audio www.zeit.de/audio



Foto [M]: scorcelleti/Gamma/Studio X

Ségolène Royal

1953 geboren in Dakar als eines von acht Kindern einer Offiziersfamilie

1980 Abschluss an der Elitehochschule für Spitzenbeamte ENA

1981 Beraterin von Staatspräsident François Mitterrand

seit 1988 Abgeordnete in der Assemblée Nationale

1992 bis 1993 Umweltministerin

1997 bis 2000 Beigeordnete Ministerin für Schulwesen

2000 bis 2002 Beigeordnete Ministerin für Familie und Jugend

seit 2004 Präsidentin der Region Poitou-Charentes

WORTE DER WOCHE

»Das Indien des 21. Jahrhunderts ist ein natürlicher Partner für die USA, denn wir sind Brüder im Dienste der Freiheit.«
George W. Bush, amerikanischer Präsident, in einer Rede während seines Staatsbesuchs in Indien

»Ich habe immer noch die Hoffnung, dass in der nächsten Woche eine Vereinbarung erreicht werden kann.«
Mohamed ElBaradei, Generaldirektor der internationalen Atombehörde, zum Atomstreit mit Iran

»Wir wollen das demokratische System in China weiter vervollkommnen und die demokratische Vielfalt im Land bereichern.«
Wen Jiabao, chinesischer Ministerpräsident, in seiner Rede auf dem 10. Chinesischen Nationalen Volkskongress

»Diese antisemitischen Übergriffe sind inakzeptabel.«
Nicolas Sarkozy, französischer Innenminister, zu den offensichtlich antisemitisch motivierten Gewalttaten, die sich in Pariser Vorstädten ereignet haben

»Es geht uns um das Führungsverhalten von Rot-Grün und die Konsequenz daraus für die Zukunft.«
Wolfgang Gerhardt, Fraktionsvorsitzender der FDP, zum Beschluss seiner Fraktion, für einen Untersuchungsausschuss in der BND- und Folter-Affäre zu stimmen

»Nur eine Große Koalition ist in der Lage, eine solche Reform zu verwirklichen.«
Angela Merkel, Bundeskanzlerin, zur Föderalismusreform

»Zur Hauptzeit muss er hier sein. Ich weiß nicht, wie oft ich ihm das gesagt habe. Aber er macht das, wie er es für richtig findet.«
Franz Beckenbauer, Kaiser, kritisiert Fußballbundestrainer Jürgen Klinsmann für dessen Reise nach Kalifornien

»Jeder hat seinen Arbeitsstil.«
Jürgen Klinsmann, Fußballbundestrainer, in Antwort auf Beckenbauers Kritik

»Das Inferno ist nicht das Ende. Und das ist doch unerhört tröstlich.«
Helmut Kohl, Alt-Bundeskanzler, über die Moral des Fernsehfilmes »Dresden«

»Wir müssen ihn mit zwei tiefgefrorenen Heringen und einem halben Pfund Putengulasch durchfüttern.«
Jürgen Pelch, Mitarbeiter des Umweltverbandes Nabu, über den ersten Storch, der in Erwartung des Frühlings nach Deutschland zurückkehrte und den Winter vorfand

ZEITSPIEGEL

Turnschuhe raus

Das serbische Parlament hat eine neue Kleiderordnung verabschiedet: T-Shirts und Turnschuhe stehen auf dem Index. Einfarbige dunkle Blue Jeans allerdings sind erlaubt. Die Kameramänner, denen neulich aus ebenjenen Gründen das Hausrecht verweigert wurde, schauten erst verdutzt, liefen dann aber rasch nach Hause, um, angemessen gekleidet, erneut Einlass zu begehren. Das zeichnet sie als brave Bürger aus, lässt aber Zweifel am Standesbewusstsein der serbischen Medien aufkommen. Denn niemand protestierte oder solidarisierte sich mit den weggeschickten Kollegen. Dabei würden selbstbewusste und nicht eilfertige Beobachter in Serbien benötigt, denn Arbeit und Ansehen der Parlamentarier werden immer wieder von Korruptionsaffären überschattet. Aber statt dass die serbische Presse die Arbeit der Abgeordneten kontrolliert, kontrollieren die Abgeordneten nun die Garderobe der Journalisten. Ach, Serbien! **DA**



Abb.: © Bridgeman Art Library (s. Seite 1)

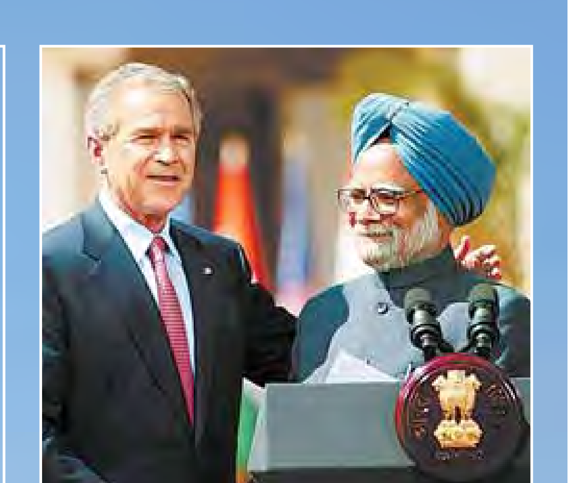
Und hier das Original

Keck der Blick und glühend rot die Wangen, so schaut es unter dem dicken Hut hervor, uns direkt in die Augen: ein Einzelkind im Kreise der Familie. Rundum der Gesichterreigen, lauter Erwachsene, lauter Verwandte des Künstlers. Claude-Marie Dubufe, 1790 geboren, 1864 gestorben, war in Paris ein großer Menschenmaler. Beim berühmten Jacques-Louis David hatte er gelernt, hatte sich sein Studium selbst verdient, als Violonist in einem Orchester. 1820 dann dieses Bild, ohne Firlefanz, ohne jedes Geprunke, da wird nur geschaut und gelesen, ganz rosig-still und biedermeierlich, ganz en famille. Denn bei Bürgers ist Familie alles, bei den alten von damals wie bei den neuen von heute. Und mittendrin, wie immer, das Einzelkind. **RAU**

Berichtigung

In der vorherigen Ausgabe der *ZEIT* berichteten wir, das Bundeskriminalamt (BKA) habe Verdächtige in Damaskus und im US-Lager in Guantánamo vernommen. Das Bundeskriminalamt stellt hierzu klar: BKA-Beamte waren nicht in Guantánamo und haben dort auch keine Gefangenen verhört. **DZ**

Mehr als eine Kettenreaktion





Iranische Studentinnen vor der **ATOMANLAGE** in Isfahan. In der Atombehörde in Wien hofft der Chef ElBaradei (oben links) auf Irans Einlenken, während US-Präsident Bush mit **INDIENS PREMIER SINGH** einen Nuklearvertrag abschließt (oben rechts)

Fotos [M]: Atta Kenare/AFP/gettyimages (groß); Roland Schlager/EPA/dpa (li.); dpa (re.)

Erst treibt Iran sein Atomprogramm voran. Dann findet die Nuklearmacht Indien Hilfe bei jenen Amerikanern, die Teheran verdammen. Ist das neue Wettrüsten noch zu stoppen?

VON GERO VON RANDOW

WIEN

Das Ereignis der Woche spielt sich an mehreren Orten zugleich ab. In Flugzeugen auf interkontinentalem Kurs. Auf dem schneegestörten Flughafen Frankfurt. In den Außenministerien von London, Paris und Berlin. Im Büro von Condoleezza Rice. Und in Wiener Cafés, Hotels, Restaurants. Anspannung zeigt sich, jede Wendung der Geschehnisse wird blitzschnell von allen Beteiligten wahrgenommen, weltweit, dank SMS. Und es geht um viel: Eskaliert der Iran-Konflikt? Fällt die taktische Formation aus Amerika, Europa, Russland und China gegenüber Iran wieder auseinander? Zerstören die USA durch Verträge mit Indien den Atomwaffensperrvertrag?

Nur im Zentrum bleibt es ruhig. Über die Bildschirme, die allenthalben im Wiener Gebäudekomplex der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) angebracht sind, rollen die Terminhinweise: Da wird eine Tagung zum Thema Aids abgehalten, eine andere befasst sich mit Wissensmanagement in Afrika.

Im Übrigen tagen die Vertreter der IAEA-Mitgliedsstaaten, die »Gouverneure«. Ihre für den Montag dieser Woche anberaumte Sitzung wird wie gewohnt verlängert, vielleicht bis Mittwochnachmittag, mal sehen, es ist viel zu bereden, zum Beispiel die internationale Zusammenarbeit auf wissenschaftlich-technischem Gebiet. Will alles abgearbeitet werden. Warum diese Gemächlichkeit? Um Zeit zu gewinnen, damit an den anderen Orten, außerhalb des orangeroten Runds im vierten Stock des IAEA-Zentralgebäudes, über das iranische Dossier weiterverhandelt werden kann.

Am Montagabend verbreitet der Behördenchef Mohamed ElBaradei Optimismus. Denn am Wochenende hatte sich ein Kompromiss über die Anreicherung von Uran abgezeichnet; diese Technik ist der Zankapfel, weil sie sowohl zivilen als auch militärischen Zwecken dienen kann.

Ein Kompromiss war möglich. Die USA haben ihn verhindert

Im Gespräch war folgende, von den Russen vorgetragene Abmachung: Als vertrauensbildende Maßnahme friert Iran für die Dauer weiterer Verhandlungen jegliche Anreicherung ein und lässt ab sofort wieder verschärfte IAEA-Inspektionen zu (das so genannte »erweiterte Protokoll«). Russland wiederum produziert unter dem Dach eines Joint Ventures leicht angereichertes Uran für iranische Kernkraftwerke, mit Liefergarantie. Solange dies geschieht – gedacht wurde an einen vorläufig verabredeten Zeitraum von mehreren Jahren –, verzichtet Iran auf Anreicherung im eigenen Land, mit einer Ausnahme: Seinen Ingenieuren wird zugestanden, mit einer Kaskade von 20 Uranzentrifugen zu experimentieren, allerdings nur in dem Maße, in dem die IAEA dies zulässt und kontrollieren kann.

Auf diesen letzten Punkt kam es an. Teheran hatte sich auf die Anreicherung im eigenen Land kapriziert. In den vergangenen Tagen mobilisierte das Regime wieder einmal die Massen für seinen nationalen Nuklearfetisch; man bildete Menschenketten um Atomanlagen, doch in durchaus anderer Absicht als hierzulande üblich: Sie symbolisierten menschliche Schutzschilde. Die Urananreicherung ist, merkwürdig genug, zum Nationalsymbol geworden. Das ist kein harmlos zu nennender Irrsinn, indes lässt sich die Produktion von nur 20 Zentrifugen schwerlich als ein Sicherheitsrisiko bewerten; die umstrittene Anlage in Natanz ist für 50 000 dieser Geräte ausgelegt. Auch die Betriebserfahrung mit einem dermaßen kleinen Aggregat ist nicht so bedeutend, dass man sie den Iranern um jeden Preis vorenthalten muss. Wer das anders sieht, müsste sich ebenfalls den Vorwurf des Atomfetischismus vorhalten lassen.

Insofern klang der Russendeal nicht übel. So hatten es wohl auch die deutschen Diplomaten gesehen, im Gegensatz übrigens zu den französischen und britischen Kollegen, die sich in ungewohntem Verbalradikalismus ergingen. Da zeigte sich ein Riss, doch auf die EU-Troika kam es schon nicht mehr an, denn in Washington traf sich montags der russische Außenminister Sergej Lawrow mit seiner Amtskollegin Condoleezza Rice. Er warb für den Kompromiss, der ein Erfolg der russischen Diplomatie gewesen wäre. Und sie?

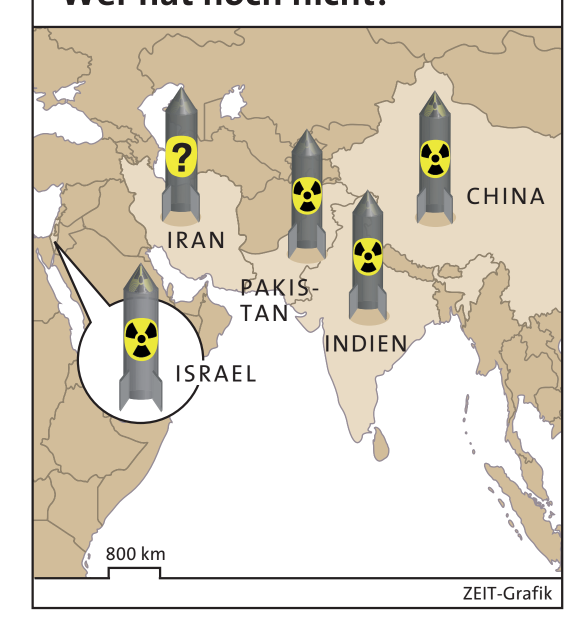
Das fragten sich alle in Wien. Bis Rice, die gern mit ElBaradei parliert, am späten Montagabend seine Nummer wählte: Nicht mit uns.

Blankes Entsetzen in der Agency. Unter den Landsleuten der Ministerin sogar Wut. Warum macht Washington alles zunichte? Deutete nicht die ersichtliche Spaltung unter Irans Atomdiplomaten darauf hin, dass dieser Vorschlag eine Chance gehabt hätte? Was wollen Cheney und Rumsfeld denn stattdessen? Krieg?

Der Zorn wird sich legen und womöglich einer anderen Interpretation Platz machen: Die amerikanische Regierung betreibt eine Politik, die ihr die Kontrolle über Sicherheitskonflikte zurückgeben soll. Solange der Atomstreit mit Iran vorwiegend in der IAEA verhandelt wird, sind vielerlei Rücksichten zu nehmen – auf die Integrität der Behörde selbst und auf die unterschiedlichen Gruppierungen derjenigen Länder, die sie tragen. Größer indes wäre die Handlungsfreiheit der amerikanischen Außenpolitik, wäre der Fall Iran eine Angelegenheit des UN-Sicherheitsrates.

Legt man dieses Motiv zugrunde, dann ließe sich auch der amerikanische Atomdeal mit Indien erklären, eine Wende der amerikanischen Außenpolitik, die von manchen in der IAEA als bedrohlich angesehen wird. Seit den ersten indischen Atomwaffentests im Jahre 1974 verweigern die USA dem Kernwaffenstaat jede Zusammenarbeit auf nukleartechnischem Gebiet. In der vergangenen Woche nun verabredeten George W. Bush und der indische Premierminister Manmohan Singh die Aufhebung der amerikanischen Verbotsgesetze; der US-Kongress muss noch zustimmen. Im Gegenzug erlaubt Indien, das den Atomwaffensperrvertrag nie unterschrieben hat, begrenzte Inspektionen der IAEA.

Wer wollte leugnen, dass dies ein Verstoß gegen die Prinzipien des Atomwaffensperrvertrags ist? Dem Dokument liegt der Gedanke zugrunde, dass außer den fünf Atommächten USA, Frankreich, Großbritannien, Russland und China niemand sonst Kernwaffen besitzen dürfe. Dafür wird den nuklearen Habenichtsen Hilfe für die zivile Nutzung der Kerntechnik versprochen. Und nun dies: Indien, außerhalb des Vertrages, soll beides genießen, den Machtgewinn durch Atomwaffen *und* die nukleare Zusammenarbeit mit Amerika?



»Das ist Munition für Teheran«, sagen selbst westliche Diplomaten hinter vorgehaltener Hand. »Und ein übleres Timing war gar nicht möglich: eine Woche vor dem Wiener Meeting!«, empören sich andere. Sie akzeptieren auch nicht den Hinweis, dass der Delhi-Deal seit Jahren und der Bush-Besuch seit Monaten vorbereitet worden war. Also ein unglückseliges Zusammentreffen? »Ach was, das ist die Scheißegal-Haltung Washingtons«, lautet die Entgegnung. »Der Bush-Regierung sind ihre strategischen Interessen wichtiger als der Atomwaffensperrvertrag.«

Der indische Deal hat Lücken – und ist vielleicht doch konsequent

Die indische Seite ließ verlauten, dass nach Ablauf eines Stufenplans »etwa 65 Prozent« der gegenwärtig aktiven Leichtwasserreaktoren unter IAEA-Kontrolle fallen sollen. Also alle zivilen? Das ist ungewiss, und ebenso, ob die Regel auch für zukünftige Anlagen gelten soll. Immerhin errichtet das Land gerade acht neue Kernkraftwerke und plant weitere; geklärt freilich ist, dass Indiens Schnelle Brüter nicht in das Abkommen einbezogen werden – und das indische Atomprogramm ist im Kern ein Brüterprogramm. Und noch dazu herrscht Unklarheit darüber, ob die IAEA-Kontrollen – ganz im Gegensatz zur bewährten Regel – an Bedingungen geknüpft sind. Eine Bedingung könnte sein, dass die Abmachung nur gilt, solange die USA Nuklearbrennstoff nach Indien liefern.

»Und was sollen IAEA-Kontrollen in einem Land nützen, das längst über Kernwaffen verfügt?«, fragt der Wiener Vertreter eines Landes, das in anderen Nuklearfragen mit den USA durchaus konform geht. Doch die Kritiker müssen irritiert feststellen, dass ausgerechnet IAEA-Chef ElBaradei, der Gralshüter des Atomwaffensperrvertrags, den amerikanischen Schritt begrüßt. »Wir müssen über den eigenen Schatten springen«, heißt es in seiner Umgebung. »Man darf nicht die Augen davor verschließen, dass es drei Atommächte außerhalb des Vertragswerks gibt« – gemeint sind außer Indien noch Pakistan und Israel –, »und es muss ein Weg gefunden werden, auch ihre Nukleartechnik mit einem Netz aus Regeln und Inspektionsrechten zu überziehen. Das erweiterte Protokoll für Inspektionen muss weltweite Geltung bekommen.«

Von der Hand zu weisen wäre das Argument nicht, wäre die amerikanische Indienpolitik wirklich Teil einer Strategie, den Atomwaffensperrvertrag und die IAEA zu stärken. Davon kann aber keine Rede sein. An der Obstruktionspolitik der fünf Atommächte, allen voran der USA, ist die so genannte Revisionskonferenz in New York im Mai 2004 gescheitert, die eigentlich den Atomwaffensperrvertrag reformieren sollte. Die Linie der großen fünf lautete in den Worten eines amerikanischen Vertreters: »Abrüstung war gestern, heute geht es um Proliferation«, also um die Verbreitung militärisch nutzbarer Kerntechnik. Die stellt in der Tat die gegenwärtige Hauptgefahr dar, und um ihr zu begegnen, muss das Vertragswerk ergänzt werden, etwa um harte Kündigungsklauseln. Dennoch, der Sperrvertrag verpflichtet die Atommächte nun einmal, sich um Abrüstung zu bemühen – stattdessen aber modernisieren sie ihre Arsenale. Verbreitet ist daher die Kritik unter den Nichtkernwaffenstaaten, dass es nicht angehe, selbst den Beschränkungen des Vertragswerkes unterworfen zu sein, während die großen fünf die Erfüllung ihrer Pflichten verabsäumen.

Mit diebischem Vergnügen macht sich Iran diese Kritik an der Arroganz der Macht zu eigen. Oft mit Erfolg. Zwar ist die »Bewegung der Blockfreien«, ein Überbleibsel aus dem Kalten Krieg, in streitende Parteien zerfallen und, anders als noch vor Jahresfrist, in Kernwaffenfragen kein politischer Block mehr. Aber in der Kritik an der »postkolonialen Attitüde« der Atommächte finden ihre Mitglieder, fast alle von ihnen Entwicklungsländer, immer wieder zu gemeinschaftlicher Stimmabgabe in den UN-Gremien zusammen.

Im Mai kommenden Jahres beginnt eine neue Reformrunde, zunächst mit einer Vorbereitungskonferenz in Wien. Und notorische Optimisten wie ElBaradei lassen nicht locker. Trotz des Desasters von 2004, trotz der ebenfalls gescheiterten Reform des UN-Sicherheitsrates, trotz der antiinstitutionellen Außenpolitik Washingtons, trotz der Aufweichung der Vertragsprinzipien durch die indische Partie, trotz der Fälle Nordkorea und Iran, die jeder auf seine Weise die Grenzen der bestehenden Proliferationskontrolle aufzeigen – oder gerade wegen aller dieser Widrigkeiten will man in Wien einen neuen Anfang wagen.

Fragt sich nur, wie die Welt dann aussieht. Beamte der Wiener Behörde versuchen sich vergebens einen Reim auf die gegenwärtige Politik Irans und der USA zu machen: »Haben die überhaupt eine Strategie?« Zurzeit jedenfalls scheinen es die Hauptakteure – die noch nicht einmal miteinander reden! – auf eine Konfrontation im Sicherheitsrat ankommen zu lassen.

Der Bericht des IAEA-Generaldirektors vom vergangenen Montag spricht Bände: Noch immer verweigert Iran der Atombehörde wichtige Informationen. Und über jüngst aufgetauchte Berichte, denen zufolge das Land an neuen, kernwaffentauglichen Gefechtsköpfen arbeite, sind seine Vertreter noch nicht einmal zu reden bereit. Iran hat also die letzte Chance nicht genutzt, die ihm auf dem vorangegangenen Gouverneurstreffen Anfang Februar gegeben wurde.

Auf dieser Sitzung war eine Resolution beschlossen worden, die von Iran mehr Offenheit sowie ein vorläufiges Einstellen aller Arbeiten an der Urananreicherung verlangte. Sie enthielt auch den Passus, dass ihr Text dem Sicherheitsrat zur Kenntnis gegeben werden sollte; außerdem wurde der IAEA-Generaldirektor beauftragt, seinen Iran-Bericht vom 6. März dem Sicherheitsrat zu übergeben. In dieser Stufenfolge ließ sich eine Art Frist erkennen: Wäre es bis zu diesem Montag zu einer Einigung mit Iran gekommen, dann wäre es auch gelungen, den Konflikt von der Tagesordnung des Sicherheitsrates fernzuhalten. Denn mitnichten kann die IAEA den Streit »überweisen« oder das New Yorker Gremium »einschalten«, wie es gelegentlich heißt. Sie kann den Sicherheitsrat informieren – und der kann mit den Briefen aus Wien anfangen, was er will.

Bombenbaupläne haben die USA schon gefunden – auf Farsi

Dass er auf die Post auch reagiere, darum bemühen sich jetzt die USA. Weshalb der Welt womöglich wieder eine Diashow bevorsteht. Seit beinahe zwei Jahren sind amerikanische Stellen im Besitz eines Laptops, der angeblich in Iran entwendet wurde und dann durch deutsche Hände ging, die ihn an US-Behörden weitergaben. Auf der Festplatte sollen Anleitungen zum Bombenbau gespeichert sein, und zwar auf Farsi, der in Iran gesprochenen Sprache. Nach anfänglichen Zweifeln, so ist zu hören, halten amerikanische Experten die Informationen für authentisch. In der Wiener Agency freilich sind skeptische Töne zu hören: Wieso ein Laptop und nicht ein bequemer aus dem Land zu bringender USB-Stick oder eine CD? Merkwürdig auch, dass die Dokumente in Farsi abgefasst sein sollen; zu erwarten wäre Englisch für die Nukleartechnik und Russisch sowie Chinesisch für die Raketentechnik gewesen, alles Sprachen, die Irans Experten beherrschen. Gleichwohl, aus Washington ist zu hören, man werde in New York »Beweise« vorlegen. Wiederholt sich die Geschichte? Tragödien kehren als Komödien wieder, schrieb Hegel; doch es ist zu befürchten, dass es diesmal so kommt: noch eine Komödie und dann noch eine Tragödie.

Der Fall Iran: **www.zeit.de/iran**

Verzögern lernen heißt siegen lernen

Wie Amerika sich an den Gedanken gewöhnt, keine militärische Option gegen die Bombenbastler Irans zu haben VON THOMAS KLEINE-BROCKHOFF

WASHINGTON

Manches klingt auf verstörende Weise vertraut. Die Beschuldigung, an Massenvernichtungswaffen zu bauen. Das Dementi des Regimes. Der Rauswurf der UN-Inspektoren. Die Drohung des amerikanischen Präsidenten, »alle Optionen« seien nun auf dem Tisch. Die Warnung des deutschen Außenministers vor militärischen Lösungen.

Ist Iran wie der Irak? Wiederholt sich die Geschichte? Sind die Geräusche aus Washington das Präludium zum Bombendonner, der bald über Teheran zu hören sein wird?

In der Echokammer von Washington melden sich dieselben Nahost-Experten zu Wort wie vor vier Jahren, als in Amerikas Hauptstadt zunächst der Krieg um den Krieg geschlagen wurde. Bill Kristol, neokonservativer Vordenker vom *Weekly Standard*, ist so alarmiert und kriegsbereit wie ehedem. Auch Kenneth Pollack ist wieder da, ein ehemaliger CIAMann, heute in Diensten der Brookings Institution. Pollack hatte damals ein einflussreiches Buch zum bevorstehenden Irak-Krieg geschrieben *(The Threatening Storm)*. Nun beweist er einen guten Riecher für dramatische Stoffe und hat wieder ein Buch zum Konflikt auf den Markt geworfen *(The Persian Puzzle)*. Doch welches Orakel wäre durch diese publizistische Parallele angerufen? Weil Pollack der Opposition nahe steht, hatte sein machtvolles Argument für den Irak-Krieg damals viele linke Falken überzeugt, einem ungeliebten Präsidenten in den Krieg zu folgen. Auch diesmal ist Pollacks Überzeugungskraft erheblich. Allerdings lautet im neuen Buch die entsprechende Kapitel-Überschrift: »Das Argument gegen eine Invasion in Iran«.

»Schlimmer als ein Militärschlag ist nur die iranische Bombe«

Es lohnt sich, die Geräusche zu sortieren. Wer genau hinhört, vernimmt zwar Kriegstrommeln, aber diesmal nur im Hintergrund. Bemerkenswerter als die Parallelen zum Fall Irak sind nämlich die Unterschiede. Die Machtverhältnisse in Washington haben sich verkehrt. Nun sammeln sich in der Kriegspartei die Dissidenten.

Einig sind sich nicht mal jene Neokonservativen, die vor dem Irak-Feldzug in geschlossener Formation zum Angriff antraten. Kristols langjähriger Koautor Bob Kagan, Erfinder der These von Europas Schwäche als Urgrund allen transatlantischen Dissenses, ist nun gegen einen Präventivschlag. Das Machtzentrum der Neokonservativen im Pentagon gibt es nicht mehr. Paul Wolfowitz, der intellektuelle Architekt des Irak-Krieges, ist nicht mehr Vizeminister. Das Pentagon spielt in Washingtons Debatte über die Gewaltfrage diesmal fast keine Rolle. Es hat im Irak alle Hände voll zu tun. Darum kommt Washington ohne internen Machtkampf aus. Die Iran-Politik macht, ganz einfach, Außenministerin Condoleezza Rice. Nach ihrem Amtsantritt hat sie Amerika sofort zum stillen Teilnehmer der europäischen Nuklearverhandlungen mit den Iranern gemacht.

Zur seltenen Spezies der Kriegsbefürworter ist Hillary Clinton zu zählen, die eiserne Lady der Demokratischen Partei. Ihre knallharte Haltung entspringt wahrscheinlich knallhartem Kalkül. Clinton will die Republikaner sicherheitspolitisch rechts überholen. Im Wahlkampf 2008 könnte sie auf John McCain treffen. Dessen Merksatz zum Iran-Konflikt lautet, ganz ähnlich dem Clintons: Schlimmer als ein Militärschlag sei nur eine iranische Bombe.

Die Regierung Bush scheint die Lage genau umgekehrt zu sehen: Schlimmer als eine iranische Bombe sei nur ein US-Angriff. Niemand äußert sich derzeit vorsichtiger zum Iran-Komplex als das Weiße Haus – ein auffälliger Kontrast zum Vorkriegsjahr 2002. Die Bemerkung des Präsidenten, »alle Optionen« seien auf dem Tisch, soll allerdings den Druck auf Teheran aufrechterhalten.

Längst hat das Pentagon intern einen Luftschlag gegen die iranischen Atomanlagen simuliert. Einige Grundannahmen haben sich herumgesprochen. »Ein entscheidender Rückschlag« für Teherans Atomprogramm sei »erreichbar«, die »gänzliche Eliminierung« aber nicht, meint Harvard-Professor Ashton Carter, der unter Bill Clinton Staatssekretär im Verteidigungsministerium war. Da die atomare Infrastruktur über das Land verstreut liege, reiche ein einfacher Luftschlag nach Einschätzung der Experten nicht aus. Das Bombardement könnte Tage dauern. Zugleich müsste die iranische Luftabwehr außer Gefecht gesetzt werden. Die Angriffe würden auch auf Menschen zielen, jene Atomforscher nämlich, deren Wissen beseitigt werden soll. Die ganze Attacke ähnelte also eher einem großflächigen Bombardement denn einem Präzisionsschlag gegen einen Forschungsreaktor. »Können wir das alles hinkriegen? Klar!«, meint ein Beamter aus dem Apparat der Regierung Bush, den die *New York Times* anonym zitiert. »Können wir auch die Folgen kontrollieren? Äußerst zweifelhaft!«







Das **IRAN-TRAUMA** der USA: 1980 endet die versuchte Befreiung amerikanischer Geiseln in Teheran mit dem Absturz der **HELIKOPTER** in der iranischen Wüste (Bild oben). US-Präsident Jimmy **CARTER** muss den Amerikanern die Niederlage erklären (Mitte). 2006 feiert Irans Präsident Mahmud Ahmadineschad den Jahrestag der Islamischen Revolution

Fotos [M]: ZUMA PRESS/action press; Abbas/Magnum Photos/Agentur Focus; EPA/Abedin Taherkenareh/dpa (v. o. n. u.)

Die Iraner können, anders als die Iraker 1981, zurückschlagen

Denn die Iraner können – anders als damals die Iraker – zurückschlagen. Mit Angriffen der aus Teheran gesteuerten Hisbollah auf Israel wäre zu rechnen. Die Iraner könnten versuchen, die Ölverladestationen im westlichen Golf anzugreifen und die Straße von Hormus zu blockieren – die Welt fände sich binnen Tagen in einer Energie- und Wirtschaftskrise wieder. Nichts fürchten die Amerikaner freilich mehr als eine iranische Destabilisierung des Iraks. Mit Hilfe der schiitischen Mehrheit könnten die Perser den Amerikanern das Leben zur Hölle machen. 150 000 Besatzungssoldaten sind wie 150 000 Geiseln. Nichts führt amerikanischen Strategen die eigene Schwächung durch den Irak-Krieg bildhafter vor Augen als die Planung für einen weiteren Militärschlag. Amerikas Drohpotenzial ist geschrumpft – was die Welt keineswegs sicherer macht. Regierungsnahe Nahost-Experten glauben sogar, dass Irans Führung an einer Konfrontation gelegen sei. Das fache die Feuer der Revolution neu an, die Macht der Mullahs wäre einstweilen stabilisiert.

Weil die Peitsche als Zuchtmittel quasi ausscheidet, wird plötzlich wieder über das Zuckerbrot diskutiert. Besonders Linksliberale lancieren den Gedanken, auf die Iraner zuzugehen und ihnen ein *grand bargain* vorzuschlagen. In so einer »großen Vertragslösung« wäre nicht nur der Verzicht auf die Bombe geregelt. Iran erhielte Sicherheitsgarantien und würde in die Welthandelsorganisation aufgenommen. Doch auf diesem Vorschlag lastet die Hypothek eines halben Jahrhunderts vermaledeiter Iran-Politik. Zu keinem Land der Erde unterhalten die Vereinigten Staaten schlechtere Beziehungen, genauer gesagt, gar keine. Für die Iraner beginnt das Verderben 1953 mit der »Operation Ajax«, dem CIA-Putsch gegen den Ministerpräsidenten Mohammed Mossadegh, der sich erlaubt hatte, die Ölindustrie zu verstaatlichen. Amerikas Förderung von Schah Mohammed Reza Pahlevi ist ebenso unvergessen. Irans religiöse Revolutionäre definieren sich bis heute aus ihrem militanten Antiamerikanismus.

In Amerikas kollektive Erinnerung ist das Jahr 1980 traumatisch eingeschrieben, als Revolutionäre die amerikanische Botschaft in Teheran stürmten und 53 Menschen mehr als ein Jahr lang festhielten. Wie Kenneth Pollack in *The Persian Puzzle* erklärt, war die Geiselnahme »ein Racheakt für den Putsch von 1953. Er sollte die Narben aus jener Zeit heilen helfen und die Amerikaner erniedrigen.« Dass Jimmy Carters Rettungsaktion scheiterte, hinterließ wiederum bei den Amerikanern Narben. Seither sehen sie iranische Politik als Kette von Gewalttaten gegen Amerikaner. 241 Marineinfanteristen kamen 1983 bei einer aus Teheran gesteuerten Terror-Attacke in Beirut um. 1996 waren es 19 Luftwaffen-Soldaten, die bei einem auch iranisch inspirierten Anschlag auf die Khobar Towers in Saudi-Arabien starben. Amerikas Iran-Politik wurde danach »defensiv und reaktiv – und ist es bis heute geblieben«, wie Kenneth Pollack schreibt.

Drei Möglichkeiten haben beide Seiten verstreichen lassen, die Pathologie ihres Verhältnisses zu überwinden. Die erste nach dem Tod des Revolutions-Ajatollahs Chomeini 1989, die zweite nach der Wahl des moderaten Präsidenten Mohammed Chatami 1997, die dritte nach dem Terroranschlag vom 11. September 2001. Teheran bot nämlich an, den Vereinigten Staaten beim Sturz der Taliban in Afghanistan zu helfen. Tatsächlich kam es zu begrenzter Zusammenarbeit und sogar Geheimgesprächen. Aber als Präsident Bush Iran zum Gründungsmitglied der »Achse des Bösen« ernannte, war das Tauwetter schon wieder vorbei. Dass die Eiszeit andauern wird, hat nun die Wahl des Radikalen Mahmud Ahmadineschad zum Präsidenten quasi garantiert: Die Vereinigten Staaten sind wieder jener »große Satan«, der sie in der revolutionären Ideologie immer waren; Israel soll von der Landkarte verschwinden. Welches Angebot der Hardliner Ahmadineschad tatsächlich annehmen würde, kann sich in Washington kaum jemand vorstellen. »Das gegenwärtige Regime«, schreibt der Kolumnist Fareed Zakaria, »will ganz einfach keine guten Beziehungen.«

Da weder Umarmung noch Angriff vertretbar erscheint, kreist die Debatte um die Erfolgschancen von Sanktionen. Die sind nach verbreiteter Einschätzung in Washington größer als vielfach angenommen – jedenfalls theoretisch. Sogar wenn Russland und China ausscherten, schreiben Ivo Daalder und Philip Gordon von der Brookings Institution, sei das verkraftbar. Denn Iran benötige dringend westliche Technologie. Die könnten China und Russland nicht liefern. Nicht mal Irans Öl-Waffe sei so scharf wie behauptet, meinen Washingtoner Energieexperten. Denn Iran exportiere zwar Öl, müsse aber raffinierte Produkte importieren. Genau dort sollten Sanktionen des Westens ansetzen.

Der Schwachpunkt von Sanktionen liegt nach amerikanischer Auffassung auf dem Alten Kontinent. Ob Europa tatsächlich bereit sei, zeitweilig höhere Ölpreise hinzunehmen, um Irans Bombe zu verhindern, gilt als ungewiss. Europäer, so ein Washingtoner Lehrsatz, bellten nur, bissen aber nicht. Darum wird in den Planspielen neuerdings das Undenkbare gedacht: Was, wenn man die iranische Bombe akzeptieren muss?

Auf diese Frage sind zwei Antworten zu hören: Die klassischen Realisten argumentieren, die Mullahs seien zwar radikal, aber berechenbar. Sie ließen sich wie einst die Sowjetunion abschrecken und einhegen. Neokonservativ beeinflusste Strategen meinen hingegen, nur eine Bombe in demokratischer Hand sei eine akzeptable Bombe. Sie setzen auf Regimewechsel, allerdings auf friedliche Art. »Wir müssen die normalen Iraner davon überzeugen, dass die Kernwaffe die Bombe der Mullahs ist und nicht des Volkes«, meint Patrick Clawson vom regierungsfreundlichen Washington Institute for Near East Policy. Seine Hoffnung besteht darin, dass »die Demokratie schneller kommt als die Atombombe«.

Zwei Jahrzehnte nach der Revolution kehren die Radikalen zurück

Das Team um die Außenministerin wurde offenbar durch einen Vortrag von Jack Goldstone stark beeindruckt. Der Revolutionsexperte von der George-Mason-Universität argumentiert, Iran verhalte sich nicht nach dem traditionellen Muster revolutionärer Prozesse. Danach folge auf den Umsturz erst eine Phase der Konsolidierung, dann der Stabilisierung. In Iran dagegen sei, so Goldstone, »die Rückkehr der Radikalen« zu beobachten – ähnlich wie 15 oder 20 Jahre nach der russischen und der chinesischen Revolution. Derlei späte Radikalisierung ziehe interne Konflikte nach sich. Die könnten lange dauern und endeten in Modernisierung des Regimes oder neuerlichem Umsturz.

Vor diesem Hintergrund wird die Politik von Außenministerin Rice transparent: Sie setzt auf Druck und auf Zeit. Druck, um den Preis der Bombe für die Iraner hochzutreiben. Falls Sanktionen nicht wirken, sollten die Iraner die Bombe wenigstens so spät wie möglich erhalten. Jede Verzögerung sei dabei recht. Drohungen mit Waffengewalt zwängen die Iraner, ihre Forschungsanlagen zu verlegen und zu verteilen. Risse in Teherans mittelfristig instabilem Regime seien sofort diplomatisch zu nutzen. Moratorien und Dauerverhandlungen führten ebenso zum Ziel. So erklärt sich übrigens Amerikas neue Engelsgeduld gegenüber dem Mahlstrom multilateraler Prozesse. Ministerin Rice will Iran zwar ein Ultimatum zum Stopp der Urananreicherung setzen, sagt aber zugleich: »Niemand hat gesagt, dass wir sofort zu Sanktionen welcher Art auch immer greifen müssen.« Rices Staatssekretär Robert Joseph erklärt die Strategie so: »Unterschätzen Sie nicht die Bedeutung von Verzögerung. (…) Vielleicht können wir so lange verzögern, bis das Resultat das Ende des Atomwaffenprogramms ist.« Und in der Zwischenzeit fördert das Außenministerium demokratischen Wandel in Iran. Im kommenden Jahr sollen dafür 85 Millionen Dollar zur Verfügung stehen, 81,5 Millionen mehr als im vergangenen Jahr. Das Geld wird Dissidenten, Gewerkschaften, Studentengruppen und oppositionellen Medien zufließen.

Die Verzögerungs- und Unterwanderungsstrategie stößt freilich an ihre Grenzen, wenn Irans Hardliner ihre Politik weiter radikalisieren. In diesem Moment würde auch das kleine Häuflein derer wieder Beachtung finden, die einem Präventivschlag das Wort reden.

Teherans »zweites Szenario«

Gegen Sanktionen will sich Iran mit der Ölwaffe wehren VON MATTHIAS NASS

TEHERAN

Ali Laridschani ist erst am Morgen zuvor nach Teheran zurückgekehrt. In Wien hatte er noch einmal mit den Außenministern Deutschlands, Frankreichs und Großbritannien über Irans Nuklearprogramm verhandelt. Er ist in den vergangenen Wochen um die halbe Welt geflogen, war in Moskau, Peking, dann wieder in Wien. Jetzt zeigt sich der Generalsekretär von Irans Oberstem Nationalen Sicherheitsrat in einem plüschigen Vortragssaal auf dem Gelände des Präsidentenpalastes den Journalisten, um vor der entscheidenden Sitzung der Internationalen Atomenergiebehörde zu warnen: Iran habe ein Recht auf die friedliche Nutzung der Kernenergie, »nukleare Apartheid« werde sein Land nicht dulden.

Müde und grau ist sein schmales Gesicht hinter dem buschigen Vollbart und der randlosen Brille. Der promovierte Mathematiker mit dem scheuen Lächeln wirkt so gar nicht wie der ideologische Scharfmacher, der er in Wahrheit ist. Er kandidierte bei den Präsidentschaftswahlen 2005, unterlag und ließ sich vom Sieger Mahmud Ahmadineschad zum Chef des Sicherheitsrates und damit zu Irans oberstem Atom-Unterhändler machen.

Laridschani blinzelt kurz in die Blitzlichtgewitter der Fotografen – und geht gleich zum Angriff über. Sollte die Atomenergiebehörde tatsächlich den UN-Sicherheitsrat einschalten, »werden wir sofort mit der Uran-Anreicherung beginnen«. Niemand solle glauben, Iran werde sich Druck von außen beugen. Denn es gehe um Irans »Recht«, um seine »nationale Souveränität« – genau wie damals, als Anfang der fünfziger Jahre die Ölindustrie verstaatlicht wurde und Amerika dies zum Anlass nahm, den Ministerpräsidenten Mossadegh zu stürzen und den Schah wieder auf den Thron zu setzen.

Recht, nationale Souveränität? Amerikaner, Europäer, inzwischen aber auch Russen und Chinesen hegen den Verdacht, dass hier ein Regime nach Atomwaffen strebt, das den internationalen Terrorismus finanziert, das Israel sein Existenzrecht abspricht und dessen Präsident den Holocaust leugnet. Nur nach außen wird um rechtliche, um technische Fragen gestritten: In Wahrheit geht es um Macht- und Sicherheitspolitik.

Weshalb die Iraner dem Westen auch gern »nukleare Apartheid« vorwerfen. Denn der dulde bei den »Zionisten« die Atomwaffen, die er Iran verweigere (das im Übrigen die Kernenergie ja ohnehin nur friedlich nutzen wolle).

Die Konfrontation sei kaum noch abzuwenden, befürchtet Hermidas Bavand, Professor für Internationales Recht. Der feine, ältere Herrn, der zu Tee und Gebäck nach Hause einlädt, rechnet damit, dass schon bald Sanktionen gegen sein Land verhängt werden könnten. »Wir sind nahe an einer semikatastrophalen Situation«, sagt Bavand.

Einen Ausweg aus der Konfrontation hat sich das Regime selber verbaut. »Die Menschen würden es als Demütigung empfinden, wenn wir von dem abrücken, was unser Recht ist«, sagt Mahdi Arrabi, ein Berater von Präsident Ahmadineschad. »Sie würden das der Regierung niemals verzeihen.« Auch er zieht die historische Parallele: »Es ist wie bei der Nationalisierung unseres Öls.«

Einer, der immer noch großen Einfluss hat, würde die Konfrontation gern verhindern. Expräsident Haschemi Rafsandschani, Redner beim Freitagsgebet in der Teheraner Universität, stützt sich bei seiner Ansprache zwar martialisch auf ein Gewehr, schlägt dann aber moderate Töne an: »Wir sollten den Knoten mit den Fingern auflösen, nicht mit den Zähnen durchbeißen.«

Gut möglich, dass Ali Laridschani seinem Rat am liebsten folgte. Aber er weiß, dass sich die Einschaltung des UN-Sicherheitsrates nicht mehr verhindern lassen wird. Also droht der Atom-Unterhändler: »Wir sind nicht daran interessiert, Öl als Waffe einzusetzen. Aber wenn sich die Situation verändert, werden sich auch unsere Entscheidungen verändern.« Es gebe, verkündet er düster, ein »zweites Szenario«.

Er blickt dabei nicht drohend, eher melancholisch. Der Zug ist abgefahren, sagt dieser Blick, und ich habe keine Ahnung, wo er ankommen wird.



Foto [M]: Marcus Brandt/ddp

Guck mal, wer da kandidiert

Im Osten spekuliert sie auf Kabinettsposten, im Westen hält sie der sterbenden Arbeiterklasse die Hand: Wie die Linkspartei in drei Landtagswahlen zieht VON JAKOB AUGSTEIN

Die Linkspartei-Paten Oskar Lafontaine und Gregor Gysi blicken auf den Wahltag in **SACHSEN-ANHALT, BADEN-WÜRTTEMBERG** und **RHEINLAND-PFALZ**

»Genossinnen und Genossen, ein Gedicht:
Ihr sollt die verfluchten Tarife abbauen.
Ihr sollt auf euren Direktor vertrauen.
Ihr sollt die Schlichtungsausschüsse verlassen.
Ihr sollt alles weitere dem Chef überlassen.
Kein Betriebsrat quatsche uns mehr herein.
Wir wollen freie Wirtschafter sein!«

Der Redner hält inne und blickt von seinem Zettel auf. »Das hat Tucholsky geschrieben, und zwar im Jahr 1930, Genossinnen und Genossen. Es könnte von heute sein, nicht wahr!« Das Publikum in Taubenblau, Cremegelb und Kittgrau nickt mit den weißhaarigen Köpfen. Sachsen-Anhalt, Ortsgruppe Wolfen der Linkspartei.PDS. Im weiteren Verlauf des Abends nimmt der Saal mit einiger Befriedigung zur Kenntnis, dass der Kapitalismus endlich so funktioniert, wie Marx es vorausgesagt hat. Das Rechthaben kommt hier aber zu einem hohen Preis: Wolfen stirbt. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 30 Prozent; der Altersdurchschnitt bei über vierzig; die Einwohnerzahl hat sich in zehn Jahren halbiert; ein Drittel der Wohnungen steht vor dem Abriss. Hier wurde mal der Farbfilm erfunden, hier schlug das Herz der chemischen Industrie. Das ist vorbei. Das Industriezeitalter ist in Wolfen beendet. Anderswo klingt es aus. AEG in Nürnberg, Continental in Hannover, Stiebel-Eltron in Berlin – Schließung, Abbau, Verlagerung.

Das Ende der deutschen Arbeiterklasse steht bevor – und ausgerechnet jetzt sind die Aussichten für die Linke besser denn je: Im vergangenen September erreichte die Linkspartei bei der Bundestagswahl 8,7 Prozent der Stimmen und schickte 54 Abgeordnete ins Parlament. Für Sachsen-Anhalt lag das Ergebnis damals mit 26,6 Prozent höher als je zuvor, und wenn Ende März Landtagswahlen sind, hat die Linkspartei hier sogar einen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten parat. Als eine von drei Volksparteien. Im Westen befindet sich die Linke, den Folgen der deutschen Teilung und Vereinigung entsprechend, noch am Anfang. Aber in Baden-Württemberg tritt sie nun zum ersten Mal zu einer Landtagswahl an und hat passable Aussichten, über die Fünf-Prozent-Hürde zu gelangen. Und in Rheinland-Pfalz baut sie flächendeckende Strukturen auf. Wenn die deutschen Linken im Augenblick ein Problem haben, sind sie es selbst.

Die junge Generation findet das Sprechblasengeblubber zum Kotzen

Die geplante Vereinigung der PDS mit der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit ist ins Stocken geraten. Ausgerechnet vor den Wahlen. »Der Ärger mit der WASG schadet uns«, sagt Jan Korte. Er redet nicht lange drum herum. Er ist 29 Jahre alt und gehört damit zu einer Generation, die das Sprechblasengeblubber der Politiker zum Kotzen findet. Diese lähmenden Leersätze, in denen sich zu oft die Angst verkleidet, oder die Taktik oder die Dummheit, oder alles zusammen. Korte hat mit der Politik in einem Stadtrat südlich von Osnabrück angefangen, für die Grünen. Er hat dann Hochschulpolitik an der Universität Hannover gemacht, für die PDS, damals noch auf verlorenem Posten. Sein Vater war bei den Jusos, dann in der SPD. Der Vater ist ausgetreten, als seine Partei dem Großen Lauschangriff zugestimmt hat. Korte wäre Nachwuchs für die SPD, Nachwuchs für die Grünen. »Aber die sind keine linken Parteien mehr«, sagt Korte. Dass einer wie er zur PDS geht, ist ein Zeichen dafür, dass etwas geschehen ist in der politischen Landschaft der Bundesrepublik. Etwas Grundlegendes.

Korte ist jetzt Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis 72, Bernburg – Bitterfeld – Saalekreis, und ist nach Wolfen gekommen, »um euch mal Rechenschaft abzulegen«. Dazu gehört auch das Thema WASG. Also ehrlich sein. »Wir sind genervt! Das kostet uns Zeit, das kostet uns Kraft, und vor allem im Westen haben wir Mühe, unsere Themen im Wahlkampf nach vorne zu bringen«, sagt Korte. In der Wahlalternative brodelt es. Die Landesverbände in Berlin und Sachsen-Anhalt sperren sich gegen eine rasche Verschmelzung mit der PDS. Wie weiland die Grünen vertreibt sich die WASG ihre Gründerzeit mit einem aufreibenden Spiel: Tat oder Wahrheit? Regierung oder Opposition? Das System von innen verändern oder es von außen bekämpfen? Die Berliner haben unlängst gar angekündigt, bei den Wahlen im Herbst gegen die PDS anzutreten. Und in Sachsen-Anhalt herrscht ein regelrechtes Schisma, seit zwei rivalisierende Gruppen behaupten, den Landesvorstand zu stellen. Vielleicht sind das nur die Geburtswehen einer neuen sozialen Bewegung. Vielleicht enthüllt dieser Streit aber auch eine innere Unaufrichtigkeit dieser neuen Linken.

Die Realo-Funktionäre haben sich jetzt für Ausgrenzung entschieden. »Manches wirkt da durchgeknallt«, hat neulich Bodo Ramelow, der durch und durch auf Effizienz ausgerichtete Fusionsbeauftragte der PDS, voller Verachtung gesagt. Aber immerhin wisse nun jeder, dass es in der WASG eine »trotzkistische Gruppierung« gebe, mit der man fertig werden müsse. Jan Korte sagt, er kenne das linke Sektierertum von früher, er habe schon schlimmere Auseinandersetzungen erlebt, damals in seinem Stadtrat und an der Uni. Er kann ein gewisses Verständnis für die Wirren der WASG nicht verhehlen: »Wenn da einer von oben reinredet, wird es nur noch schlimmer. Das ist ja eigentlich ganz sympathisch. Nur leider politisch verheerend.«

Das alte Bundesdeutschland ist nicht immer ideales Terrain

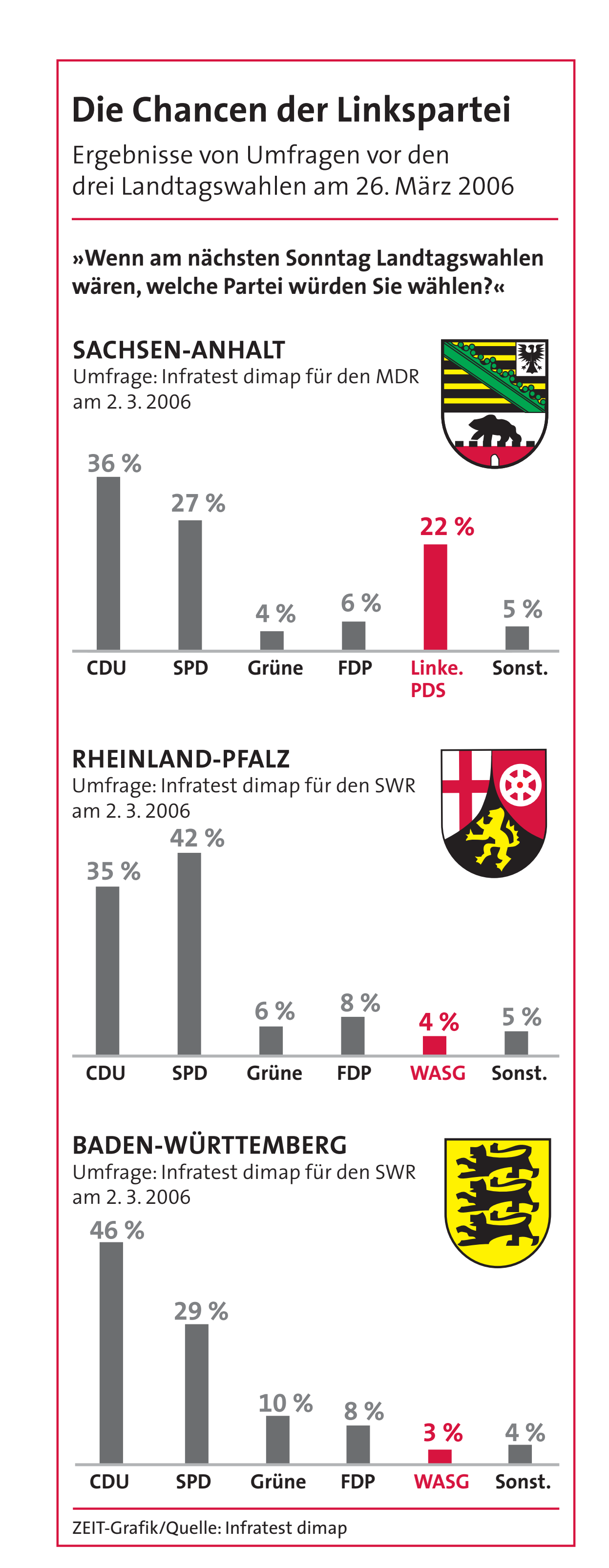
Vor allem in den wohlhabenden Südwestländern kommt der WASG-Streit ungelegen. Im Norden Baden-Württembergs sind die Linken stark, wo die Industrie sitzt, und auch in den strukturschwachen Gebieten der Pfalz, wo der Abzug der Amerikaner kaum zu füllende Lücken hinterlassen hat. Aber sonst bietet dieser sonnen- und weinselige Teil des alten Bundesdeutschlands kein ideales Terrain für eine linke Opposition. »Ich hab mir mal die lokale Presse im Netz angesehen: Überall geht es um die zerstrittene Linke. Es ist lästig wie Krätze!«, schimpft PDS-Stratege Ramelow. Zumindest in Rheinland-Pfalz geht es allerdings auch ein bisschen um die unglückliche Geschichte des Gerhard Winkelmeier: eine Wohnimmobilie, ein paar Prostituierte, Steuerschulden und Konten in Luxemburg, lauter Sachen, die den Abgeordneten des Deutschen Bundestages Winkelmeier erst den guten Ruf und dann den Platz in der Linksfraktion gekostet haben. Wo bleibt da die Sacharbeit?

Dabei hätte zum Beispiel Bernd Riexinger vom Landesvorstand der WASG in Baden-Württemberg eine Menge zu sagen: zum Thema Schule etwa, weil in Baden-Württemberg sozial schwache Kinder besonders schlechte Bildungschancen haben, oder zum sozialen Wohnungsbau, nicht eben ein Kernthema der ewigen CDU-Regierung in Südwest, oder zur ökologischen Frage, die – etwa im Raum Stuttgart – eine soziale Frage sei, sagt Riexinger. Zwischen Hügeln liegt Stuttgart ja, die Stadt ist ganz und gar umgeben von ihnen, und nur nach Osten hin öffnet sich da eine Schneise. Im Sommer drücke die Luft im Kessel, sagt Riexinger: »Unten wohnen die Armen, und je höher man kommt, desto wohlhabender werden die Leute.« Riexinger kann sich da richtig reinsteigern. Je länger er redet, desto mehr erscheint einem Stuttgart plötzlich wie eine Drittweltmetropole.

Riexinger ist auch Chef von ver.di da unten. Seine Leute streiken seit bald fünf Wochen. Aber die Öffentlichkeit ist gegen ihn. Hat irgendeine Zeitung Verständnis? Will sich irgendeine Partei mit dem Streik solidarisieren? Nur die Linken von WASG und PDS. Die IG Metall hat in Südwest eben die Verhandlungen der neuen Tarifrunde eingeläutet. Erste Warnstreiks bei Daimler und Bosch.

Wer unterstützt die Arbeiter? Die SPD? »Die ist in den Betrieben kaum noch verankert«, sagt Ulrich Maurer, »das ganze Milieu ist ihr fremd geworden.« Maurer war zwölf Jahre lang SPD-Chef in Baden-Württemberg und dreizehn Jahre lang Mitglied des SPD-Bundesvorstands. Man kann sagen: In Baden-Württemberg war Maurer die SPD. Jetzt sitzt er für die Linkspartei im Bundestag neben Jan Korte. Und den immer härter werdenden Kampf mit den Arbeitgebern, den fechten Gewerkschafter aus, die zu WASG und Linkspartei gehören. So wie Gertrud Moll, Betriebsrätin bei Bosch in Stuttgart, oder Roland Hamm, IG-Metall-Bevollmächtigter in Aalen, der früher auch Sozialdemokrat war, für dreißig lange Jahre. Wie jenes berühmte »letzte Gefecht« will einem dieser Kampf vorkommen, nur dass sie ihn verlieren wird, die Arbeiterklasse, und dass die Linke in Wahrheit nicht mehr tun kann, als ihr beim Sterben die Hand zu halten.

Und die SPD? Sie leidet in der Großen Koalition. Die Bundeskanzlerin winkend auf dem Sonnendeck und die SPD schwitzend im Maschinenraum – SPD-Generalsekretär Hubertus Heil hat da ein hübsches Bild der Lage geprägt. Gibt es einen besseren Weg, der CDU den eigenen Anspruch auf einen Platz am Pool zu demonstrieren, als durch eine rot-rote Koalition in Sachsen-Anhalt? »Das Land hat keine große strategische Bedeutung; die roten Parteien sind hier politisch beinahe deckungsgleich – und die Spitzenkandidaten Jens Bullerjahn von der SPD und Wulf Gallert von der PDS sind regelrecht befreundet«, sagt Jan Korte. Als Geschäftsführer ihrer Fraktionen hatten Bullerjahn und Gallert ja seinerzeit ihren Anteil am »Magdeburger Modell« der Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung durch die PDS. Und auch diesmal öffnet die PDS die Arme wieder ganz weit. »Natürlich würden wir das hinbekommen. Sehr zügig sogar«, sagt Korte. Aber er glaubt nicht daran. »Zu früh!«, sagt er, noch mal hundert Tage in der Großen Koalition, und die SPD wäre vielleicht so weit. Aber jetzt hat sich Bullerjahn erst mal festgelegt, er will nicht mit der Linken. Lieber mit der CDU. Gerne auch als Juniorpartner.





DER SCHNEE IST EINE BREMSE. Wer hetzt und hastet, hat jetzt Anlass zu fluchen. Wer Zeit hat, kann durchatmen

Foto: Christoph Stache/AP

Deutschland im Schnee

Die beschleunigte Gesellschaft und ein Kälteeinbruch vertragen sich schlecht

So viel Schnee! Im Park oben ist die schärfste Rodelbahn von ganz Hamburg Nord. Hundert Meter mag sie lang sein. Der Höhenunterschied? Reden wir nicht drüber, denn steil geht es den Berg hinab in einem großen Hui, die Kufen rattern übers Eis, fast pfeift der Wind in den Ohren, und die Schneeflocken wirbeln. Gefährlich ist die Fahrt, Schlitten stürzen um, mit wilden Schreien fordern die Verwegensten freie Bahn. Die Kleine weint wegen der kalten Finger, der Vater sucht den verlorenen Handschuh. Da liegt er ja, klein und rot im weißen Schnee. Das Kreischen und Lachen erfüllt den Park, und alle haben Spaß. So viel Schnee!

Die Maschine nach Frankfurt hat sich verspätet. Der Reisende ist nervös, er muss in Mainz einen Vortrag halten. Der Kapitän erscheint höchstselbst am Abflugschalter und berichtet den wartenden Fluggästen vom Chaos in Frankfurt. Er spricht wie einer, der dem Untergang mit knapper Not entkam. Mannhaft ist er bereit, einen neuen Versuch zu wagen, und da ist kaum einer, der nicht willens wäre, ihm zu folgen. Stunden später geht es los. Als das Flugzeug sich zum Landen anschickt, bleibt es vorm Fenster immerzu weiß. Nichts ist zu erkennen, was irgendwie nach Häusern oder Bäumen aussähe oder gar einem Flughafen. Da macht es einen kleinen Rums, und es wirkt, als wäre man auf einer besonders harten Wolke notgelandet. Gleich wird Petrus kommen und die Ausweise verlangen. Es kommt aber nur der Flughafenbus.

Der Reisende eilt zum Taxistand und findet einen dunkelhaarigen, kühn dreinblickenden Mann, der bereit ist, ihn nach Mainz zu bringen. Der Mercedes ist sehr alt, aber gut geheizt. Gerade jetzt sieht es aus, als wäre Frau Holle vollends wahnsinnig geworden. Weiß und gewaltig stürzt es herab und wirbelt von unten nach oben. Eine Fahrbahn ist nicht erkennbar. Die Lastwagen sehen aus wie riesige bepelzte Tiere. In ihrem Schatten kommt man halbwegs voran. Der Taxifahrer weiß in Mainz nicht Bescheid, und der Reisende, der schon ein paarmal dort war, erkennt die alten Plätze und Straßen nicht wieder. Der Schnee hat alles verändert. Fünf Minuten vor Beginn erreicht er nass und nervös den Veranstaltungsort, aber man wartet noch eine halbe Stunde auf die im Schnee stecken gebliebenen Gäste.

Die Fahrt zurück: ein neues Abenteuer. Überall gesperrte Straßen, Polizei mit Blaulicht und das schwärzliche Gestöber in den Scheinwerferkegeln. Der Radiosprecher addiert begeistert Katastrophenmeldungen, ganz Deutschland ist im Ausnahmezustand. Der Taxifahrer scheint gut gelaunt und Herr der Lage. Vielleicht stammt er aus dem schneereichen Kurdistan. Das Rhein-Main-Gebiet ist ein einziges Netz von Verkehrsströmen, die sich nun, in dieser weißen Nacht, verdicken und zum Stillstand kommen. Warum nur, hadert der Reisende, hast du nicht in Mainz Quartier genommen, so wie du es früher selbstverständlich gemacht hättest, warum diese Hetze und Hast? So viel Dummheit hätte ich dir nicht zugetraut. Beginnt das Unglück nicht damit, dass keiner mehr es zu Hause aushält?

Am nächsten Morgen tritt der wider alle Wahrscheinlichkeit glücklich Heimgekehrte vor die Tür. Es sieht aus wie in einem Wintermärchen. Die Nachbarn fegen von ihrem Wagen den Schnee herunter. Sie wollen gleich los: Skiferien in den Alpen. Seine Bemerkung, sie könnten doch recht gut im Park oben Ski laufen, erntet ein gequältes Lächeln. Wat mutt, dat mutt, wie der Hamburger sagt. Der Heimgekehrte wünscht von Herzen eine gute Reise und läuft, wie es seine Gewohnheit ist, hinauf in den Park. Licht bricht durch die Wolken, auf den Zweigen glitzert weiße Watte. Und die Kinder rodeln wieder, schreiend und jauchzend. So viel Schnee! **ULRICH GREINER**

Zurück in den Krieg

Obwohl das Auswärtige Amt davor warnt, werden mehr und mehr Flüchtlinge nach Afghanistan und in den Irak abgeschoben – zum Teil mit abenteuerlichen Begründungen VON FLORIAN KLENK

Lida E. zum Beispiel. Die selbstbewusste, alleinstehende Juristin wird ihre schicken Hosen wohl bald gegen eine Burka tauschen – und nach Afghanistan aufbrechen. So will es jedenfalls die Hamburger Innenbehörde.

Was Lida E. dann drohen könnte, ist in einem Dossier des Auswärtigen Amtes festgehalten, das wie ein Staatsgeheimnis gehütet wird. »Nicht ins Ausland mitnehmen!«, »Nicht fotokopieren!« steht auf dem *Bericht über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage* in Afghanistan, der im Juni des vergangenen Jahres verfasst wurde. »Die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich nicht verbessert«, heißt es dort. Allerorts würden »gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Gruppen« toben. Vor allem Frauen würden in den Kriegswirren systematisch Opfer von Verbrechen. Es gebe ständig »Übergriffe gegen Frauen und Oppositionelle« durch Warlords. Frauen könnten nicht mit einer »Verwirklichung elementarer Menschenrechte« rechnen, da der Geist der Taliban weiter herrsche. Und wenn sich Frauen nach Sexualverbrechen an staatliche Stellen wenden, würde dies oft »mit ihrer Inhaftierung enden«. Conclusio des Berichtes: Abschiebungen nach Afghanistan »sind nicht ohne Risiko für Leib und Leben möglich«.

Dennoch erhielt Lida E. kürzlich eine Verfügung der Hamburger Innenbehörde, die ihr die Abschiebung nach Afghanistan androht, sollte sie nicht bis zum 22. März Hamburg verlassen. Es gebe keine »rechtlichen oder tatsächlichen Gründe« mehr, die der Ausreise entgegenstünden.

Warum das möglich ist? Am 24. Juni 2005, nur drei Tage nachdem der Bericht des Außenamtes erstellt worden war, präsentierte die Innenministerkonferenz ihre *Grundsätze zur Rückführung afghanischer Flüchtlinge*. Zuvor hatte der Hamburger Innensenator Udo Nagel seine Kollegen aus erster Hand informiert. Der Parteilose war selbst durch Kabul gereist und meldete: »Die Lage ist positiv. Mit Rückführungen kann begonnen werden.« 16 000 Afghanen, alleinstehende Personen zuerst, sollen von Deutschland nach Afghanistan ausgeflogen werden.

»Lida E.s Fall illustriert, wie hart die von der Politik stets geforderte ›konsequente Abschiebung‹ von Bürgerkriegsflüchtlingen in der Realität aussehen kann«, sagt Claudius Brenneisen von der Hamburger Flüchtlingsberatung *Fluchtpunkt.* Norbert Smekal, Sprecher der Hamburger Ausländerbehörde, sagt: »Dieser Fall ist in der Tat sehr problematisch, doch die Rechtssystematik des Ausländerrechts lässt eben keine andere Lösung zu.« Man werde Frau E. zwar »nicht sofort« abschieben, doch mit ihrer Rückführung sei zu rechnen.

Und der Widerspruch zwischen den Warnungen des Außenamtes und den Bescheiden der Ausländerbehörde? Marco Haase, Sprecher der Innenbehörde, sagt: »Vertrauliche Lageberichte kommentieren wir grundsätzlich nicht.« Im Übrigen hätten zuständige Behörden und Gerichte »in zahllosen Fällen ausreisepflichtiger Afghanen keine Abschiebehindernisse festgestellt«. Die Hamburger Praxis befinde sich »im Einklang mit Bund, Ländern und anderen EU-Staaten«.

Lida E.s Fall zeigt nicht nur, wie Flüchtlinge bisweilen zu Sozialfällen gemacht werden, sondern wie ihnen dies später auch noch zum Vorwurf gemacht wird. Denn arbeiten, so die Behörden, darf die Juristin nur zwei Stunden am Tag – als Tellerwäscherin in einem Hamburger Nobelhotel. Sie hielt sich an diese Auflage, und sie muss deshalb Sozialhilfe beziehen, um zu überleben. Das rächt sich nun, denn geflohene Afghanen, die Sozialhilfe beziehen, haben keinen Anspruch auf ein Bleiberecht aus »humanitären Gründen«. Dabei hatte das Bundesamt für Migration in anderen Fällen Abschiebungen alleinstehender Frauen nach Afghanistan noch vor kurzem als »Auslieferung in den sicheren Tod« bezeichnet, da Frauen dort nicht nur Gewalttaten ausgesetzt seien, sondern wegen ihres Geschlechtes »auch nicht in der Lage seien, die erforderlichen Mittel zur Existenzsicherung zu erwirtschaften«.

Einer geregelten Arbeit nachzugehen – das wird Lida E. auch in Hamburg verwehrt. 1997 war sie hierher geflohen. Sie gab an, Mädchen in Herat unterrichtet zu haben. Ein Engagement, das die Taliban grausam bestraften. Sie stellte damals keinen Asylantrag, da Flüchtlinge wie sie kaum Aussicht auf Erfolg hatten. Lida E. baute sich ein Leben als »Geduldete« auf. Sie pflegt ihre krebskranke Mutter und ihren geistig erkrankten Bruder. Beide haben ein Bleiberecht in Hamburg. Für die Kosten der Betreuung der beiden müsste nach Lida E.s Rückführung die Stadt aufkommen.

Lida E. ist eine von mehreren tausend Kriegsflüchtlingen, die dieser Tage in jene Bürgerkriegsregionen zurückgeschickt werden, in denen ihnen angeblich keine »individuelle« Verfolgung drohe, sondern nur noch eine – asylrechtlich irrelevante – »allgemeine Gefahr«.

Die Juristin Lida E.

war 1997 vor den Taliban nach Hamburg geflohen. Hier betreut sie ihre krebskranke Mutter und ihren geistig erkrankten Bruder. Dennoch soll sie zurück nach Afghanistan – so wollen es die Behörden

Die Begründungen, mit denen deutsche Behörden diese Menschen loswerden wollen, klingen mitunter abenteuerlich. Da ist zum Beispiel der Fall des schwulen Afghanen, der vor der mittelalterlichen Auslegung der Scharia geflohen war. Ja, es gebe für Homosexuelle dort »sehr harte Strafen«, erklärten ihm die Richter am Verwaltungsgericht Hamburg. Dennoch wollen sie ihn zurückschicken, denn: »Die Stadt Kandahar ist wie San Francisco bekannt für das dort weit verbreitete homosexuelle Verhalten.« Es gebe dort ja »starke homoerotische Traditionen (...)«. Dann vermischen die Hamburger Richter auch noch sexuellen Missbrauch mit Homosexualität. »Insbesondere bei Militärkommandanten« sei es nämlich üblich, minderjährige Jungen »zum Tanzen und manchmal zum Sex zu veranlassen«, so die Richter. Auch dem Antragsteller werde daher die homosexuelle »Betätigung im Verborgenen nicht unmöglich sein«.

Nicht nur Afghanen, auch Iraker werden nun auf Abschiebungen vorbereitet. Einer davon ist der Maler Noor Aldeen: Vor Saddam Hussein aus dem Nordirak geflüchtet, richtete sich der Kurde in Erfurt ein kleines Atelier ein. Kürzlich spendierten die örtlichen Integrationsbehörden Brötchen und Sekt bei seiner Vernissage. Ein Beamter des Innenministeriums bekundete dort in seiner Ansprache: »Wir sind froh, dass sie bei uns in Freiheit arbeiten können!« Im Publikum klatschte ein spitzbärtiger Mitarbeiter vom Bundesamt für Migration.

Doch genau diese Behörde überreichte Noor Aldeen ein paar Wochen zuvor einen Bescheid mit der Aufforderung, endlich auszureisen. »Der Ausländer«, so die Begründung, müsse in den Irak zurück. Er habe »weder überzeugend dargetan, noch ist sonst wie ersichtlich, dass gerade er aufgrund persönlicher Lebensumstände einer signifikant erhöhten Gefahr ausgesetzt wäre, durch Anschläge in Mitleidenschaft gezogen zu werden«. Von einer extremen Gefahrenlage könne »nicht mehr gesprochen werden«. Im Schlusssatz wird dem Künstler immerhin mitgeteilt, die Innenministerkonferenz plane »derzeit« ohnedies keine Abschiebungen in den Irak.

Auch wenn der Iraker also nicht sofort in den Flieger gesetzt wird, hat der Bescheid existenzielle Folgen. Er verliert sein Bleiberecht und wird nur noch »geduldet«. Konsequenz: Er darf Erfurt in einem Umkreis von rund 30 Kilometern nicht mehr verlassen. »Ich lebe dann wie in einem Gefängnis«, sagt Noor Aldeen, »ich kann keine Bilder mehr ausstellen und werde zum Sozialfall.«

Nicht zurückkehren können – und nicht hierbleiben dürfen. Dieser Zustand belastet nicht nur die Haushalte der Kommunen, sondern vor allem die Menschen, deren Heimat zerbombt und unbewohnbar geworden ist und die sich – wie Lida E. und Noor Aldeen – nach langen Jahren in Deutschland eingelebt haben. Immer wieder schließen sich deshalb vor allem in den ostdeutschen Ländern (die viele Asylwerber aufnehmen) Nachbarn und Bekannte zu Mahnwachen und Menschenketten zusammen, weil sie nicht hinnehmen wollen, dass Flüchtlingsfamilien in Krisengebiete ausgeflogen werden sollen.

Am Rande Erfurts, unweit der Wohnung des Malers Aldeen, schleppen Thüringer Rentner dampfende Suppentöpfe in eine Kirche, die einer kurdischen Familie seit fünf Monaten »Kirchenasyl« gewährt. Vor zwölf Jahren war die Familie vor dem türkischen Militär hierher geflohen. Zwölf Jahre wurde sie hier geduldet, fast so lange, erzählen sie, dauerte auch das Asylverfahren, das nun aber negativ entschieden wurde. Nun sollen sie zurück. Das ist rechtens. Doch im Einzelfall wohl unerträglich. Denn in der langen Zeit wurden die Flüchtlinge nicht nur zu Erfurtern, die Familie zog hier auch zwei Söhne auf, einer davon wurde vor neun Jahren in Deutschland geboren. Der Ältere soll nun das Abitur in der Türkei machen, obwohl er auf Türkisch nicht richtig lesen kann. Der Jüngere wird morgens von Nachbarn zur Schule gebracht, weil sich die Eltern nicht mehr auf die Straße wagen. Die Pfarrerin behauptet: »Wir stellen den Rechtsstaat nicht infrage. Im Gegenteil, wir verhelfen ihm zum Durchbruch. So kann man mit diesen Leuten doch nicht umgehen.«

Ein echter Schein-Skandal

Die Aufregung über den BND-Einsatz wirkt mächtig aufgeblasen. **ROBERT LEICHT** *erhebt Einspruch*

Ein politischer Skandal kann auf zweierlei Weise entstehen. Erstens: Eine Regierung sagt das eine – und tut etwas anderes, verstößt also gegen ihre relativen Versprechen. Zweitens: Eine Regierung verstößt gegen absolute Normen des Rechts oder Anstandes. Gemessen an beiden Kriterien, handelt es sich bei der Aufregung über die zwei BND-Leute in Bagdad um die Großmutter aller Schein-Skandale. Die Bundesregierung unter Kanzler Schröder hatte nie gesagt, sie werde alles tun, um den Irak-Krieg zu *ver*hindern oder zu *be*hindern, sondern sie hat nur entschieden: Deutschland beteiligt sich nicht mit eigenen Truppen. Unterhalb dieser Schwelle gab es mancherlei Unterstützung, die allen bekannt und im Übrigen viel effektiver war als alles, was die zwei BND-Mannen an Ort und Stelle äußerstenfalls bewirken konnten: Überflugrechte wurden gewährt, amerikanische Einrichtungen von deutschen Kräften bewacht, um amerikanische Kräfte freizusetzen, deutsche Soldaten leisteten Hilfe bei der Awacs-Überwachung des Nordiraks gegen Angriffe auf die Türkei, deutsche Spürpanzer wurden vorsorglich in Kuwait stationiert. Es ist schlicht unerfindlich, welche neue Qualität demgegenüber mit dem Wirken der beiden Agenten in Bagdad erreicht worden sein sollte. Erst recht unbegreiflich ist es, wie die FDP seinerzeit einen Mangel an Unterstützung für die USA reklamieren konnte, nun aber ein Zuviel des Sukkurses untersuchen will.

Nur unter einem Aspekt kann – und muss! – man zu einem anderen Ergebnis kommen, wenn nämlich der Irak-Krieg manifest völkerrechtswidrig war – ein Schluss, der zumindest nachträglich überaus nahe liegt. Dann aber wären vom Zeitpunkt dieses »amtlich« zu machenden Befundes *sämtliche* Beihilfen einzustellen, also nicht nur die Geheimdienstkontakte, sondern auch Überflugrechte, Bewachungshilfen – siehe oben. Doch außer Oskar Lafontaine hatte seinerzeit weder die Regierung noch eine der im Bundestag vertretenen Fraktionen die Diagnose »völkerrechtswidrig« getroffen und die entsprechenden Konsequenzen gefordert. Das mag man heute in aller Stille anders sehen – aber es ergeben sich daraus keine nachträglichen Vorwürfe für das Handeln vor und zu Beginn der Krieges. Dies zumal deshalb nicht, da die angeblich militärisch relevante Skizze von Saddam Husseins Aufmarschplan vier Wochen vor dem Krieg ausgetauscht worden sein soll – zu einem Zeitpunkt also, zu dem von einem definitiv völkerrechtswidrigen Krieg noch gar nicht geredet werden konnte.

Es gibt viel zu untersuchen und zu kritisieren: den Fall El-Masri, die Besuche deutscher Ermittler in Folterkellern, den geheimen Häftlingsumschlag. Aber in der BND-Affäre wird nun, frei nach Churchill, das falsche Schwein gejagt. Waidmannsgeheul!

Foto: Stephan Elleringmann/laif



BND-ZENTRALE IN PULLACH: Geheimdienstler schickten von hier aus militärische Koordinaten an die US-Kollegen

Unter Anklage

Hat sich die rot-grüne Bundesregierung insgeheim am Irak-Krieg beteiligt? Der Untersuchungsausschuss markiert eine neue Eskalationsstufe **VON MATTHIAS GEIS**

Es ist schon einiges aufgeklärt worden – obwohl sich der Untersuchungsausschuss erst konstituiert. Er soll den Einsatz des BND im Irak, die Verschleppung des deutschen Staatsbürgers El-Masri, die Vernehmungen von deutschen Gefangenen in Damaskus und in Guantánamo sowie die Gefangenenflüge der CIA behandeln. So viel Offenheit bei der Aufklärung von Geheimdienstoperationen habe es nie zuvor gegeben, lobt sich die Regierungskoalition. Und nicht einmal die Opposition widerspricht. Nur reicht es ihr noch nicht. Für die letzten offenen Fragen hätte man sich auch noch einmal im Parlamentarischen Kontrollgremium für die Geheimdienste (PKG) zusammensetzen können, meint dessen Vorsitzender. Aber nun kommt der U-Ausschuss.

Schon einen gemeinsamen Auftrag zu finden wird nicht ganz leicht fallen. So wollen Linkspartei und FDP die angebliche Verlogenheit der alten Bundesregierung in Sachen Irak-Krieg herauspräparieren, die Linkspartei mit einem gehörigen Anteil an Anti-, die Liberalen an Proamerikanismus. Dazwischen werden sich die Grünen tummeln: Sie versprechen Aufklärung »ohne Ansehen der Personen« – will heißen: ohne Rücksicht auf den ehemaligen grünen Außenminister. Mancher Grüne mag sich von der Aufarbeitung der eigenen Regierungsrolle endlich die Ankunft in der Opposition erhoffen. Wenn das mal gut geht!

Denn was immer im Detail als Untersuchungsauftrag formuliert werden wird, die alles überwölbende Frage steht längst fest: Hat die rot-grüne Bundesregierung eine strikte Nichtbeteiligungspolitik zum Irak-Krieg propagiert, während sie sich hinter dem Rücken der Bevölkerung doch an diesem Krieg beteiligt hat? Im Deutungsstreit um die rot-grüne Außenpolitik markiert der Untersuchungsausschuss eine neue Eskalationsstufe.

Man werde sich nicht an Abenteuern beteiligen, hatte der Kanzler gesagt

»I'm not convinced«, hatte Außenminister Joschka Fischer im Februar 2003 US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld abblitzen lassen. Rot-Grün war – zu Recht, wie sich im Rückblick noch deutlicher zeigt – von den amerikanischen Kriegsplänen nicht überzeugt. Man werde sich »nicht an Abenteuern beteiligen«, hatte der Kanzler unmittelbar nach dem 11. September erklärt. Jeder wusste damals, dass damit auch ein Krieg gegen den Irak gemeint sein könnte. Doch inzwischen weiß man auch, dass es der rot-grünen Bundesregierung gar nicht so leicht gefallen ist, eine moralisch unzweifelhafte Politik gegenüber den USA zu verfolgen. Die von Otto Schily verschwiegene Information über die Verschleppung von Khaled El-Masri durch den US-Geheimdienst oder die Vernehmungen durch deutsche Sicherheitsbeamte in Guantánamo haben die klare Trennlinie zwischen gebotener und illegitimer Kooperation mit den USA ebenso infrage gestellt wie die offenbar ahnungslose Duldung von CIA-Gefangenenflügen. Als dann auch noch bekannt wurde, dass BND-Beamte in Bagdad mit den Amerikanern zusammengearbeitet hatten, schien nicht mehr viel übrig von der deutschen Kriegsabstinenz.

Dabei war die rot-grüne Irak-Politik von Beginn an ein schwieriger Balanceakt. Allein schon das pure Nein der Deutschen bedeutete einen Affront von historischer Größenordnung. Die Instrumentalisierung im Wahlkampf 2002 sowie die zum Teil ressentimentgeladenen Äußerungen gegenüber den Amerikanern belasteten die Beziehungen noch weiter – und provozierten zugleich ihr Gegenteil: demonstrative Kooperationsbereitschaft gegenüber den USA. Nie hat Gerhard Schröder einen Zweifel daran gelassen, dass Deutschland seinen Bündnisverpflichtungen nachkommen und den Kriegsteilnehmern Überflugrechte und logistische Unterstützung gewähren würde. Selbst die ABC-Spürpanzer blieben in Kuwait, obwohl man ahnen konnte, dass sie dort als Notfallhilfe im Falle irakischer Giftgasattacken stationiert waren. Nur linke Puristen sowie Edmund Stoiber plädierten damals für eine rigidere Grenzziehung. Die Bundesregierung hingegen versuchte ihr Nein zum Krieg durch Konzilianz und Kooperation zu moderieren.

Rot-Grün hat auch während des Krieges eng mit den USA kooperiert

Ob die Nichtbeteiligung am Irak-Krieg durch die Informationen der beiden BND-Agenten für das US-Militär zur Fiktion geworden ist, wird den Untersuchungsausschuss an zentraler Stelle beschäftigen. Dass die Bundesregierung Agenten in den Irak schickte, wird auch von der Opposition nicht deutlich kritisiert. Dass die Agenten in diesem Falle auch mit den kriegführenden USA kooperieren mussten, ist ebenfalls plausibel. Deshalb wird sich der Ausschuss jetzt mit der Frage befassen, ob die Übermittlung von Koordinaten militärisch relevanter Objekte im Einzelfall als Beteiligung an Kampfhandlungen zu bewerten ist – auch wenn die Objekte nicht angegriffen wurden.

»Auf der Arbeitsebene läuft alles normal«, hatte die rot-grüne Bundesregierung seinerzeit allen Vermutungen widersprochen, die deutsch-amerikanischen Beziehungen seien durch das Irak-Zerwürfnis womöglich irreparabel zerrüttet. Damals wurden solche Verteidigungsfloskeln mit Hohn belegt. Nun allerdings gilt der Umstand, dass Rot-Grün selbst während des Krieges offenbar doch enger und reibungsloser mit den USA kooperierte, als Ausweis rot-grüner Gesinnungslosigkeit. Während in den aufgeregten Vorkriegsmonaten die Rot-Grünen des Öfteren als eine Spielart verantwortungslosen Gutmenschentums kritisiert wurden, werden sie heute wieder an den lupenreinen Kriterien friedensbewegter Gutmenschlichkeit gemessen. Er habe nie einen Zweifel daran gelassen, dass die Amerikaner den Krieg gewinnen mussten, nachdem er einmal begonnen war, hat Ex-Außenminister Fischer bekannt. Vielleicht hat die frühere Bundesregierung dabei die feinsäuberliche Trennungslinie zwischen Beteiligung und Nichtbeteiligung überschritten. Dass durch den Einsatz zweier BND-Mitarbeiter die Geschichte des deutschen Nein zum Irak-Krieg neu geschrieben werden muss, ist dennoch unwahrscheinlich.

Vielleicht wird die Opposition im Ausschuss mit Fischer, Steinmeier und Co. ein paar Bußexerzitien veranstalten. Die Koalition aber wird mauern. Schon mit dem Bericht an die PKG sei man wohl einen Schritt zu weit gegangen, ist jetzt zu hören. Solche Offenheit berühre die künftige Kooperationsfähigkeit mit befreundeten Geheimdiensten. Man war so offen, weil man den Untersuchungsausschuss hatte verhindern wollen. Jetzt, wo er kommt, wird sich die Auskunftsbereitschaft der Regierung in engen Grenzen halten. Der Ausschuss wird wohl auf amerikanische Quellen hoffen müssen.

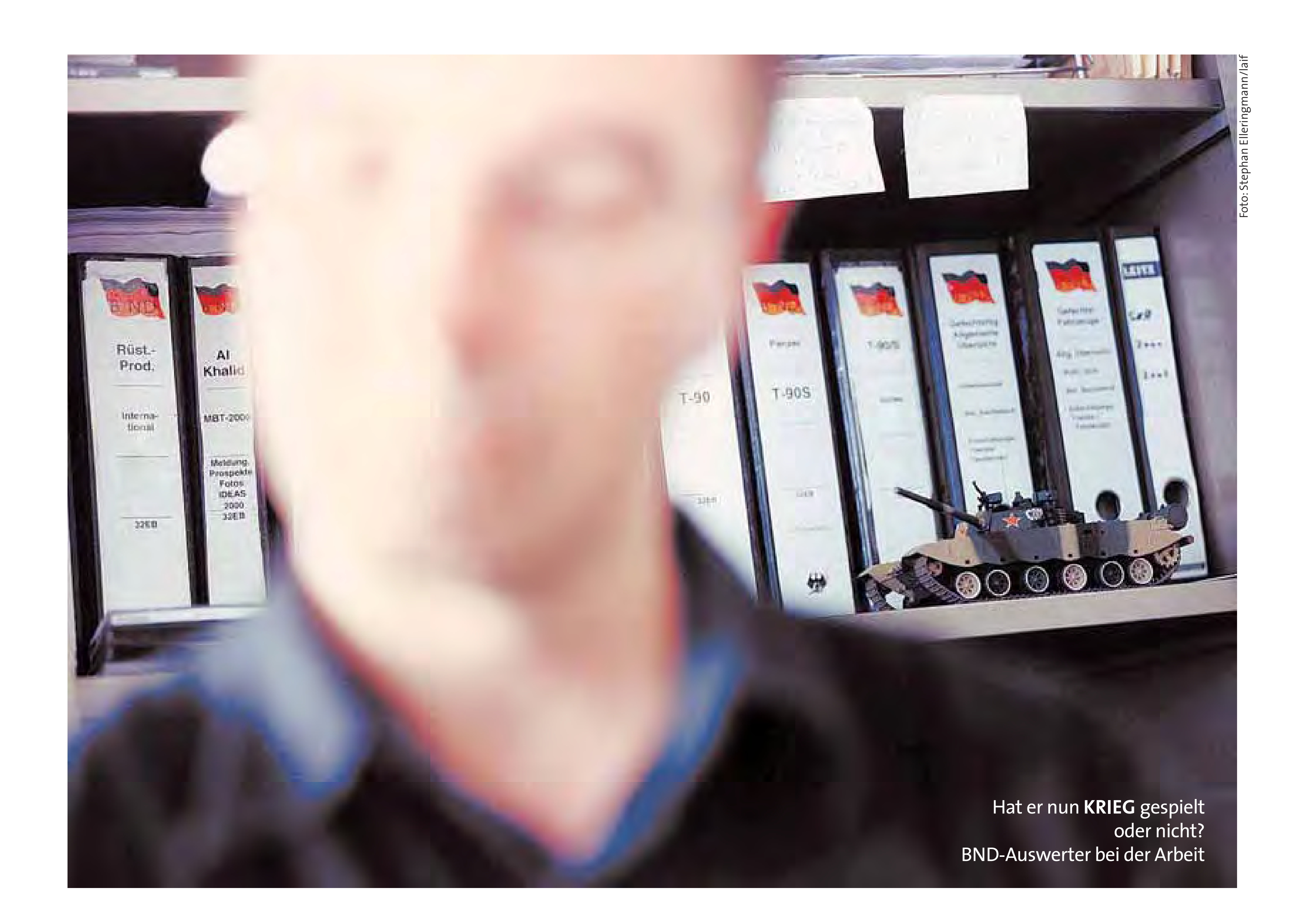


Foto: Stephan Elleringmann/laif

Hat er nun **KRIEG** gespielt oder nicht? BND-Auswerter bei der Arbeit

Unsagbar geheim

Der Untersuchungsausschuss gilt als Wunderwaffe der Aufklärung. Doch gerade wenn es um Nachrichtendienste geht, stößt er an seine Grenzen **VON JOCHEN BITTNER**

Nachvollziehbar ist die Frustration des Oppositionsviertels im Bundestag schon. Da fragten die Abgeordneten von FDP, PDS und Grünen die Regierenden in einer geheimen Ausschusssitzung nach der nächsten, ob der BND nun Bombenkoordinaten für den Irak-Krieg geliefert habe, nur um sich am Ende zu fühlen wie ein Autofahrer, der im Nebel das Aufblendlicht eingeschaltet hat. Man sieht nicht mehr, man sieht nur deutlicher, dass man nichts sieht. Also müsse ein Untersuchungsausschuss her, fordert nun auch die FDP. Der U-Ausschuss gilt noch immer als eine Art Wunderwaffe des Parlaments. Doch gerade wenn es um Geheimpolitik geht, hatte die Öffentlichkeit von dieser Art des Aufklärungstheaters bisher keine allzu große kathartische Wirkung zu erwarten.

Vorweg, was genau ist eigentlich zu klären? Wenn sich der publizistische Pulverdampf der vergangenen Tage um BND-»Gardisten« und irakische »Schneckenpläne« gelegt hat, kann es im Kern nur um eine Frage gehen: Wer hat davon gewusst, dass deutsche Beamte geografische Daten, die zur Zielerfassung im Irak beitragen konnten, an den amerikanischen Militärgeheimdienst weitergeleitet haben? Waren es bloß entfesselte BND-Mitarbeiter an den Schaltpulten in Pullach, die den (mündlichen) Weisungen aus Berlin zuwiderhandelten? Oder wussten Schröder, Fischer und Steinmeier von der »Unterstützung von Kampfoperationen«, für welche die US-Armee nach dem Krieg mehreren BND-Beamten Orden ans Revers heftete? Dann hätte sich Rot-Grün im Wahlkampf 2002 als »Friedensmacht« angepriesen, nur um ein halbes Jahr später seinen Nachrichtendienst im Irak Feuerleitoffizier spielen zu lassen.

Dass es solch ein Doppelspiel gegeben habe, bestreitet selbst der energischste der parlamentarischen Geheimdienstkontrolleure, der Grüne Hans-Christian Ströbele. »Der damaligen Bundesregierung war vom konkreten Inhalt der Meldungen aus Bagdad nichts bekannt. Auch dem Präsidenten des BND sind diese nicht vorgelegt worden«, schreibt er in seiner Bewertung des vertraulichen 300-Seiten-Berichts, den die Bundesregierung dem Parlamentarischen Kontrollgremium (PKG) vorgelegt hat. Es sind Sätze wie diese, die daran erinnern, warum Geheimdienste Geheimdienste heißen – und die daran zweifeln lassen, ob sich die Zusammenarbeit zwischen deutschen und US-Agenten jemals zufriedenstellend werden aufklären lassen.

Denn erstens heißen Geheimdienste so, weil sie wollen, dass nicht einmal die Regierung alles weiß, was sie tun. Nachrichtendienstliche Effizienz, ließe sich dieses Interesse vornehm umschreiben. Zweitens heißen sie so, weil auch die Regierung nicht alles erfahren will, was Geheimdienstler so treiben. Regierungen wollen im Notfall plausible Dementi bieten können. Man schasst, mit anderen Worten, lieber ein paar angeblich durchgedrehte Agenten als den Kanzleramtschef.

Im harten Schluss heißt das aber auch: Solange weder Bundeskanzleramt noch Bundesnachrichtendienst die Neigung verspüren, den anderen anzuschwärzen, so lange sind weitere Enthüllungen schwerlich zu erwarten. An ebenjener gegenseitigen Stützkraft ist schon einmal ein Untersuchungsausschuss gescheitert. Zweieinhalb Jahre lang mühten sich Abgeordnete des Bundestages, herauszufinden, ob die Kanzleramtsspitze 1994 von dem Schmuggel von 363 Gramm Plutonium an Bord einer Lufthansa-Maschine von Moskau nach München Kenntnis hatte – der Coup, so die Vermutung der Opposition, war womöglich inszeniert worden, um dem BND einen Fahndungserfolg und der CSU in Bayern Wahlkampfhilfe zu bescheren. Am Ende einigten sich CDU und SPD in einem 330-seitigen Abschlussbericht darauf, sich nicht zu einigen. »Wir sind damals sehr nahe an die Klärung herangekommen, ob Kohl davon wusste«, sagt der damalige SPD-Obmann, Hermann Bachmaier. Aber eben nicht nahe genug. »Letztlich blieb das Ergebnis eine Wertungsfrage.«

Vor allem Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble wedelt dieser Tage rein prophylaktisch mit dem klassischen Abwehr-Argument der Geheimschützer. Die Funktionsfähigkeit des Auslandsnachrichtendienstes, sagt er, stehe ingesamt auf dem Spiel, wenn Details seiner Arbeit an die Öffentlichkeit gezerrt würden. Einem Untersuchungsausschuss könne daher nicht mehr Material präsentiert werden, als die PKG bereits erhalten habe, tönt es aus der Großen Koalition.

Würden also nach monatelangem parteipolemischen Hickhack dieselben Textstellen geschwärzt bleiben wie heute? Gut möglich. Denn drittens heißen Geheimdienste so, weil es sie tatsächlich noch gibt, die geheimen Dinge. Unstreitig steht jeder Regierung ein »Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung« zu. In ihn fällt unter anderem die so genannte Arkanpolitik (von lat. *arcana imperii,* Geheimnisse der Herrschaft). Gemeint ist damit jenes Handeln des Souveräns, das wegen des Gemeinwohls Geheimhaltung gebietet. So darf etwa ein Nachrichtendienst seine Informanten nicht preisgeben, wenn diese womöglich den Tod fürchten müssten. Da Geheimdienstler allerdings dazu tendieren, ihre Arbeitsdetails allzu eilig dem »Informantenschutz« zu unterwerfen, gewährt das Gesetz Untersuchungsausschüssen – anders als dem PKG – seit 2001 das Recht, im Zweifel vom Bundesverfassungsgericht überprüfen zu lassen, welche Informationen für das Parlament wirklich tabu sein müssen und welche nicht.

Doch jenseits von Bagdad sind noch ganz andere Fragen offen in der Geheimdienstmelange nach dem 11. September. Wer wusste wann von der Entführung des Deutschen Khaled El-Masri durch die CIA? Was weiß die Bundesregierung von CIA-Flügen und Geheimgefängnissen in Europa? Ist es rechtsstaatlich vertretbar, dass deutsche Nachrichtendienstler Gefangene auf Guantánamo und BKA-Beamte einen Deutschen in Syrien verhörten? In all diesen Fragen wären gründlichere Nachforschungen anzustellen, als sie das PKG bisher betrieben hat.

Wenn es aber einem Untersuchungsausschuss an Kühle und dem Feierabendgremium PKG an Schärfe fehlt, all jenen Grauzonen auf den Grund zu gehen, gäbe es dann nicht noch einen dritten Weg? Eine gute, alte Idee wird dieser Tage in Berlin neu diskutiert: die eines Geheimdienstbeauftragten. Er könnte, ähnlich dem Bundesdatenschutzbeauftragten, mit großer Ruhe, Expertise und Unabhängigkeit die Makel der Geheimen überprüfen, ohne dadurch dauerhaft parlamentarische Ressourcen zu binden. Denn schließlich hat die Republik noch andere Probleme.

Lesen Sie auch Jochen Bittners Weblog:
www.zeit.de/terrorist

Amerika und der BND

Wie gleich zwei Regierungen eine lodernde Affäre austreten wollen

VON THOMAS KLEINE-BROCKHOFF

WASHINGTON

Wer in Washington mit deutschen Diplomaten über die BND-Affäre spricht, hört Flüche aller Art. Nicht zitieren, bittet einer, der ziemlich weit oben steht in der Hierarchie. Dann legt er los: All die Gerüchte, der ganze Glaube an Konspiration von höchster Stelle, seien nur schwer erträglich. Wer strickt denn da, so möchte man wissen, an Verschwörungstheorien über den umstrittenen Einsatz des Bundesnachrichtendienstes in Bagdad? Der BND höchstselbst, schimpft unser Mann in Washington. Das sei ein elender Bundesflüsterdienst, der Journalisten die Mär von den dunklen Mächten Washingtons einimpfe, die kaltblütig Rache übten an der ungeliebten rotgrünen Altregierung und nun sogar den roten Teil der Großen Koalition mittels gezielter Indiskretionen destabilisierten. An Diplomatie, klagt der Diplomat, erinnerten solche Unterstellungen nur von Ferne. In Wahrheit sei die amerikanische Regierung interessiert am transatlantischen Frieden.

Tatsächlich? Nachfrage in der US-Bürokratie. Die deutschen Aufregungen sind hier, einen Atlantik entfernt, nur schwer zu verstehen und noch schwerer ernst zu nehmen. Skandal? Welcher Skandal?, fragt ein Mitarbeiter von Außenministerin Condoleezza Rice. Dass ein Bündnispartner einen Aufmarschplan Saddam Husseins für Bagdad im Krieg gegen einen Diktator weitergibt (wie die *New York Times* berichtet und die Bundesregierung vehement bestreitet), soll Grund sein für eine politische Affäre? Der Gewährsmann wirbt für die umgekehrte Logik: Hätte der deutsche Nachrichtendienst tatsächlich den Verteidigungsplan für Bagdad besessen und den Amerikanern vorenthalten, meint er, werde ein Skandal daraus. Dann nämlich müsse die US-Regierung fragen, ob sich die Deutschen vielleicht Saddam Hussein als Sieger des Krieges gewünscht hätten.

Die Theorie von der kalten Rache an den untreuen Schröderisten hat fast nirgends in Washington Anhänger. Und Querschüsse gegen die Neuen in Berlin seien erst recht nicht im Interesse der amerikanischen Führung. Wie Steven Szabo von der Johns-Hopkins-Universität schreibt, hat das Weiße Haus die revolutionäre Phase seiner Außenpolitik hinter sich und ist in die stabilisierende Direktoriums-Phase eingetreten, quasi den Thermidor der Ära Bush. Nach verbreiteter Ansicht sucht das geschwächte Team Bush den Schulterschluss mit Amerikas traditionellen Partnern. Und mitten im Bemühen um Beruhigung soll das Weiße Haus ausgerechnet jene deutsche Regierung unterminieren, die es sich so sehnsüchtig herbeigewünscht hat? »Lächerlich«, sagt der Mann aus dem US-Außenamt knapp.

In der vergangenen Woche hat die deutsche Bundesregierung die Amerikaner gebeten zu klären, ob die US-Kriegsplaner deutschen Schlapphüten tatsächlich mehr verdanken, als für eine deutsche Regierung innenpolitisch verträglich ist. Drum durchstöbern nun amerikanische Experten die eigenen Archive mit dem für sie selbst bizarren Auftrag, Belege für den Mangel an deutscher Kooperation im Irak zu suchen. Wenn die Zeichen nicht trügen, werden sich zwei Regierungen zum Nachteil ihres liebsten Bösewichts zu entlasten versuchen: der Presse, die angeblich mal wieder nichts verstanden und ein einzelnes Dokument aus dem Kontext gerissen hat. Amerikas konservativer Regierung dürfte es nicht schwer fallen, mit dem Finger auf eine New Yorker Zeitung zu zeigen, die sie ohnehin der linken Kampfpresse zurechnet. Das wäre dann Presseschelte im Dienste der transatlantischen Verständigung.



Fotos: Arnd Wiegmann/Reuters; Jens Koehler/ddp (re.)

Antreten zum **EINSAMMELN:** Bundeswehr-Soldaten beim Vogelgrippe-Einsatz auf Rügen

Viren, Achtung!

Bei der Eindämmung der Vogelgrippe war die Bundeswehr bisher erfolgreich. Ein Besuch im Lagezentrum

VON SUSANNE GASCHKE



Abtreten zum **HÄNDEWASCHEN:** Auf den Einsatz folgt die Desinfektion

Der Befehlshaber des Wehrbereichskommandos I Küste, Generalmajor Heinz-Georg Keerl, spricht diplomatisch über den jüngsten Einsatz der Armee im Innern. Ein Einsatz, der ohne Verfassungsänderung oder neue Gesetze möglich war: Eindämmung der Vogelgrippe. Keerls Wehrbereichskommando und das Sanitätskommando I in Kiel sind zuständig für Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen. Also auch für Rügen, die Insel, auf der die Tierseuche in Deutschland ihren Anfang nahm.

General Keerl will die Leistung seiner Soldaten, der Ärzte und Veterinäre des Sanitätsdienstes nicht untertreiben. In den vergangenen Wochen sammelten sie 5000 Vogelkadaver ein, auf dass sich die Seuche unter Wildvögeln, so jedenfalls die begründete Hoffnung, fürs Erste nicht weiter verbreiten möge. Ebenso wenig will Keerl zivile Verantwortliche kränken, obwohl sich die Situation auf Rügen bis zum Eingreifen der Armee offenbar unübersichtlich gestaltete. Auf gar keinen Fall aber will er zu viel Werbung für die Dienstleistungen der Bundeswehr machen. »Solche Einsätze sind Zusatzaufgaben, die wir übernehmen, wenn es nötig ist«, sagt Keerl. »Aber generell muss die Gemeinde, der Landkreis oder das Land alle sonstigen Möglichkeiten der Katastrophenabwehr – vom Technischen Hilfswerk bis zur Bundespolizei – ausgeschöpft haben, bevor wir helfen können.« Extrem war auf Rügen (das hört man bei Keerl ebenso heraus wie beim Kommandeur des Sanitätskommandos, dem Generalarzt Arno Roßlau) weniger die Seuchen- als die Aufmerksamkeitslage. Besuche von Bundesminister und Kanzlerin, dazu Massenpräsenz von Medienvertretern, die am Strand Satellitenschüsseln aufbauten und die Einheimischen mit vorgehaltenen Mikrofonen erschreckten: Wie lange wollen Sie auf der Insel wohnen bleiben? Kein Wunder, dass die Presselage in den täglichen Besprechungen der Militärs ähnlich viel Raum einnahm wie die aktuell gestorbenen Schwäne.

An einem beliebigen Vogelgrippetag dauert die morgendliche Besprechung im Lagezentrum des Sanitätskommandos in Kiel etwa 15 Minuten. Nach einer kurzen Einführung durch den Chef des Stabes des Sanitätskommandos I folgt die »veterinärmedizinische Lage«: bis zu diesem Tag 1712 untersuchte Vögel, 101 H5N1-positiv; 9 Verdachtsfälle auf dem Festland, die sich nicht bestätigt haben; 3530 präventiv getötete Vögel aus 55 Geflügelhaltungen. Wohin werden die Kadaver zur Untersuchung geschickt? Wie lange sind sie ansteckend? Bei Kälte wie im Augenblick können sich die Viren drei bis vier Wochen halten, in Vogelkot mehrere Monate; wenn es warm wird, nur noch drei bis vier Tage.

Die Leiterin des Lagezentrums trägt vor zur »eigenen Lage« der Truppe: Wie viele Leute mit welchen Funktionen befinden sich wo im Einsatzgebiet? ABC-Abwehrsoldaten, Panzergrenadiere, Sanitätssoldaten, Ärzte, Veterinäre, insgesamt 334 Soldaten. Die »präventivmedizinische Lage«: Landkreis und lokaler Amtsarzt werden beraten; gemeinsames Auftreten mit den zivilen Kräften; gleiche Schutzkleidung für Soldaten und Zivilisten; für Boote wird wasserdichte Spezialkleidung gebraucht. Bestandsaufnahme: Wohin gehen die Soldaten nach diesem Einsatz? Wie erfahren wir, ob jemand erkrankt? Sicherheitstraining: Hände desinfizieren nach dem Einsatz!

»Logistische Lage«: genug Desinfektionsmittel in der Bundeswehr-Apotheke in Rostock. Was heißt genug? Es reicht für einige Wochen. Antrag an das Verteidigungsministerium: Vorausverlagerung des Grippehemmers Tamiflu nach Rostock, damit es im Notfall vor Ort sofort zur Verfügung steht. Krankentransport funktioniert.

»Presselage«: Immer noch hohe Medienpräsenz. NTV und N24 mit eigenen Teams vor Ort. Halbstündige Berichte. Pressetermin mit Minister erfolgreich: Einsatz der Bundeswehr positiv bewertet. Anfrage an das Sanitätskommando I: Kann Arzt für Tropenmedizin vom Hamburger Bundeswehr-Krankenhaus ein Interview geben? Kommandeur: Ich bin dagegen! Dies ist nicht die Seuche der Bundeswehr, es ist im Moment die Seuche eines Landkreises. Die Aufklärung der Bevölkerung ist nicht unsere Aufgabe. Fünfzehn Minuten, und Schluss.

Dem ersten Landkreis, der all diese Schwierigkeiten zu bewältigen hatte, habe man schnell beistehen müssen, sagt General Keerl: »Aber wenn andere Gebiete betroffen sein sollten, würde ich erwarten, dass sie aus den Rügener Erfahrungen gelernt haben und die Situation mit zivilen Schutzkräften in den Griff bekommen.« Die Bundeswehr habe schließlich ihre Hauptaufgabe zu erfüllen: »Unter anderem auf dem Balkan. Und in Afghanistan.« Gibt es also, jenseits des Rügen-Einsatzes, kein Szenario für den Fall, dass die Vogelgrippe sich doch noch ausweitet? Würden zivile Behörden dann nicht wiederum mit der Bundeswehr rechnen? »Wir sind in der Lage, auf alles zu reagieren«, sagt Generalarzt Roßlau. »Auf höchstem Niveau. Aber wir *reagieren.* Es ist nicht unsere Aufgabe, Szenarien zu entwerfen – nicht für die Vogelgrippe, nicht für den Balkan.« Nicht für die Medien. Dementsprechend schweigsam sind die Generale bei der Frage nach jenem Szenario, gegenüber dem die Vogelgrippe auf Rügen nur eine harmlose Übung wäre – die Verwandlung der Tier- in eine Menschenseuche, die Pandemie. Dazu haben die Soldaten allenfalls Privatmeinungen.

Als Zivilist sähe man in einer solchen hypothetischen Situation freilich ganz gern militärische Professionalität am Werk. Und denkt sich, dass 2400 mitimpfende Ärzte und 230 Militärapotheker, die Tamiflu zur Not selbst herstellen können, gewiss eine Linderung aller denkbaren Seuchenlagen bedeuten müssten.

Weitere Informationen im Internet:
www.zeit.de/vogelgrippe

TRIBÜNE BASSAM TIBI

So wird der Irak nicht demokratisch

Im Irak, so viel lässt sich drei Jahre nach der US-Invasion sagen, hat ein »Regimewechsel«, aber keine Demokratisierung stattgefunden. Unabhängig davon, was die Bush-Administration mit einem *regime change* im Irak im Sinne hatte, haben immer mehr Sunniten im Land und in der Region den Eindruck, die Demokratisierung des Iraks sei gegen den Sunna-Islam gerichtet und diene dem Ziel, Minderheiten, die mit den Amerikanern kollaborieren, an die Macht zu bringen. Die Gewaltausbrüche gegen Sunniten nach dem Anschlag auf die schiitische Goldene Moschee in Samarra vom Februar und das Ringen um die neue irakische Regierung verfestigen diesen Eindruck.

Nun mag man einwenden, für die Demokratisierung sei bereits sehr viel getan worden: die Erarbeitung einer Verfassung, eine Volksabstimmung hierüber als rechtliche Grundlage, die Rückgabe der Souveränität und Parlamentswahlen. Dennoch existiert im Irak bis heute keine Demokratie. Warum?

Es geht um die Aufrechterhaltung des multiethnischen und multireligiösen Iraks unter den noch zu schaffenden Bedingungen einer Demokratie. Irak kann dabei weder stabil noch demokratisch sein, wenn die Sunniten, die 20 Prozent der Bevölkerung umfassen, vom Regieren ausgeschlossen werden. Demokratie beruht nicht nur auf einer Wahlprozedur, sondern auch auf einer politischen Kultur. Eine Demokratisierung, die nicht Sunniten, Schiiten und Kurden gleichermaßen umfasst, und eine, die die zivilgesellschaftliche politische Kultur missachtet, ist zum Scheitern verurteilt.

Denn es gibt genügend Gruppen im Irak, die den Übergang zu einem demokratischen Irak verhindern wollen, zum Beispiel der euphemistisch als »Widerstand« bezeichnete Dschihad-Terrorismus. Er kommt unter anderem aus dem sunnitischen Teil der irakischen Bevölkerung. Es wäre jedoch grundfalsch, arabische Sunniten mit diesem Argument kollektiv auszugrenzen. Schließlich besteht die arabische Bevölkerung überall im Nahen Osten aus ethnisch-religiösen Gemeinschaften. Leider übersehen US-Präsident Bush und seine Berater diese Tatsache und sprechen von irakischen Bürgern, als würde es diese ethnisch-religiösen Gemeinschaften gar nicht geben. Siehe die Reaktion von Präsident Bush nach der Verhaftung Saddam Husseins am 13. Dezember 2003, als er gefragt wurde, wie Saddam zur Rechenschaft gezogen werden solle: »Hierüber wird nicht vom Präsidenten der Vereinigten Staaten, sondern von den Bürgern des Iraks entschieden.« Wer die Region des Nahen Ostens kennt, weiß, dass die Menschen sich dort zumeist nicht als Individuum, sondern als Kollektiv wahrnehmen, sei es als ethnische Gruppe, als Clan, Stamm oder schlicht als Religionsgemeinschaft. Eine Übertragung der westlichen demokratischen Formel »ein Mensch, eine Stimme« unter Missachtung der ethnischen und politischen Realitäten im Irak bringt deshalb keine dauerhafte Demokratie.

In der zersplitterten Gesellschaft des Iraks ist ein ethnisch-religiöses Gleichgewicht unerlässlich. Wenn Demokratie schlicht auf eine Wahlprozedur reduziert wird, dann ist eine schiitische Ordnung das Ergebnis. Dieser Fall ist bedauerlicherweise nach den Wahlen vom Dezember 2005 eingetreten. Demokratie bedeutet aber mehr als Wahlen; sie ist vor allem eine Form des politischen Miteinanders, der sich sowohl die schiitischen Milizen wie auch ihr Klerus nicht unterwerfen wollen. So lehnt der einflussreichste Ajatollah des schiitischen

Klerus im Irak, Ali al-Sistani, eine säkulare Verfassung ab und fordert scheinheilig allgemeine Wahlen zur Einsetzung einer Volksversammlung. Die im Sommer 2005 verabschiedete Verfassung erkennt die Scharia als Quelle aller Gesetzgebung an. Das ist keine Demokratie, denn diese ist mit einer islamischen Scharia-Ordnung nicht vereinbar. Im Nahen Osten wird überall gewählt, aber eine echte politische Kultur der Demokratie ist schwer zu finden. Auch unter Saddam hat es ein formal gewähltes Parlament gegeben. Nicht die säkularen schiitischen Iraker wie Ijad Allawi, wohl aber die klerikalen verstehen unter Wahlen schlicht ein Instrument, mit dem sie die bisher herrschenden Sunniten dauerhaft ablösen wollen.

Die Republik der Angst der totalitären Baath-Partei durch eine Tyrannei der schiitischen Mehrheit zu ersetzen, bedeutet jedoch keine Demokratisierung. Da die Diktatur kulturelle und leider auch ethnisch-religiöse Wurzeln in der Bevölkerung hat, erfordert eine Demokratisierung in der Region – sei es im Irak oder auch in Palästina – einen tiefgreifenden Wandel der Mentalitäten. Das freilich ist eine langfristige Perspektive. Kurzfristig sind deshalb nicht Wahlen um jeden Preis, sondern der wirtschaftliche Aufbau des Landes und die Herstellung öffentlicher Sicherheit die vordringlichsten Aufgaben.

Bassam Tibi lehrt Internationale Beziehungen an der Universität Göttingen und ist zugleich A. D. White Professor-at-Large an der Cornell University. Vor kurzem veröffentlichte er »Der neue Totalitarismus. Heiliger Krieg und westliche Sicherheit«

Nr. 11 DIE ZEIT S. 11 SCHWARZ cyan magenta yellow

Mit dem Knüppel gegen die Bauern

In China ist ein neuer Kampf um Grund und Boden entbrannt. Schlägertrupps vertreiben Bauern von ihren Feldern, damit Unternehmen die Rohstoffe ausbeuten können. In der Provinz Anhui wagt ein Dorf den Widerstand

VON GEORG BLUME







Fotos: Georg Blume für DIE ZEIT (2); Fan Rujun/Xinhua/AP (mitte)

Lujis Bewohner (oben) werden für ihren Protest krankenhausreif **GEPRÜGELT** (unten). Der Volkskongress (Mitte) schweigt zur Lage der Bauern

Luji/Provinz Anhui

Die Gesichtszüge der Bäuerin Wang Shen* sind so fein, dass sie nichts von der Härte ihrer täglichen Feldarbeit, aber alles über ihren aufgeregten Seelenzustand verraten. Wang Shen – 30 Jahre, blauer Arbeitskittel – ist außer sich. Jeder Schritt, jedes Wort gräbt eine neue Falte in ihr Antlitz. Sie rennt hin und her durch ihre winzige Lehmhütte, streift mit ihren stumpfen Fingernägeln nervös die Kante des alten Bauerntisches. Er ist ihr einziges Möbelstück. Ihr Fußboden ist aus Erde. Aus ihren Lehmwänden sprießt Stroh. Ihre Kochstelle besteht aus einem kniehohen Gaskocher auf je zwei verkreuzten Blechstangen. Die Nachbarn sind gekommen, drängen sich in ihre Hütte. Erst sind es zehn, dann zwanzig, am Ende ist kein Fußbreit mehr Platz. Lauter grimmige Gesichter. Sie starren auf Wang Shen, teilen ihre Wut und Verzweiflung.

Wang Shen erzählt vom dritten Montag des Mondjahres, vom 20. Februar. Ihr Mann Lu Xiaoming hatte gegen 2 Uhr per Handy einen Hilferuf von Bauern auf dem Dalao-Berg erhalten. Auf dem Berg, der dem Dorf Luji gehört, hatten Bergarbeiter an diesem Tag ohne Erlaubnis des Dorfes mit Grabungen begonnen. Sofort machten sich Lu Xiaoming und 17 andere Dörfler mit Auto und Trecker auf den Weg. Die fünf Bauern im Auto erreichten den Berg zuerst. Oben erwarteten sie 150 Bergarbeiter in blauen Overalls vor Baggern und Baumaschinen. Es waren junge Wanderarbeiter aus fernen Provinzen. Sie trugen gelbe und rote Helme und hielten meterlange, faustdicke Holzstangen in den Händen. Bei ihnen stand der Chef des Bergbauunternehmens Jianshan, der Generalmanager Fan. Auf Fans Zeichen schlugen die Arbeiter los, zerrten die Bauern aus dem Auto und schlugen mit den Knüppeln auf sie ein. Als Lu Xiaoming auf dem Trecker die Szene erreichte, wollte er mit seinem Handy die Polizei rufen. Fan rief: »Er hat ein Handy. Holt ihn!« Da rissen die Arbeiter Lu Xiaoming und die übrigen Bauern vom Trecker und prügelten auf sie ein, bis sie bewusstlos und mit gebrochenen Knochen im Matsch lagen. Nur einer von ihnen konnte fliehen und alarmierte das Dorf. Mit Greisen, Frauen und Kindern stürmte bald ganz Luji die Straße zum Berg hinauf. Dort hatten die Arbeiter einen tiefen Graben durch die Straße gebaggert. Damit blockierten sie die Dorfbewohner – und feierten hinter dem Graben ein Böllerfest. Die Böller hatte Generalmanager Fan mitgebracht. Um die Bauern zusätzlich zu ärgern. Die Polizei aber schaute zu, griff nicht ein und wartete drei Stunden bis zur Bergung der Opfer. Die lagen so lange unversorgt zwischen den feiernden Arbeitern auf dem Boden. 17 Bauern wurden verletzt, fünf von ihnen schwer, darunter Lu Xiaoming. Womöglich wird er nie wieder die schwere körperliche Arbeit auf Hof und Feld verrichten können. »Dabei wusste niemand, warum wir von den Arbeitern überhaupt verprügelt wurden«, ruft Wang Shen, bricht in Tränen aus und bahnt sich mühsam einen Weg durch die umstehenden Bauern aus der Hütte.

Peking verkündet den schönen neuen Dorfsozialismus

Anschließend übernehmen die Männer des Dorfes das Wort. Sie wissen: Niemand darf über ihre Klagen berichten. Sie unterlaufen die Zensur der Kommunistischen Partei, ganz besonders in dieser Woche, in der der Volkskongress in Peking tagt.

Das Scheinparlament dient der KP-Regierung jedes Jahr im März zur Präsentation ihres Programms. Und in diesem Jahr sind die Bauern dran. »Neue sozialistische Dörfer aufzubauen ist eine von der 5. Plenartagung des 16. Zentralkomitees der Partei gestellte wichtige historische Aufgabe«, verkündete Premierminister Wen Jiabao in stolzem Parteichinesisch zur Eröffnung des Kongresses. Gleich siebenmal tauchte sie in seiner Regierungserklärung auf. Keine andere Forderung war ihm so wichtig. Weil der Premier weiß, wie schlecht es Chinas 800 Millionen Bauern heute geht. Weil er weiß, dass sie die Mehrheit seines Volkes bilden und trotzdem die Verlierer der kommunistischen Wachstumspolitik sind, in Elend und Unrecht leben. Nun will die Partei endlich mehr Geld an die Bauern verteilen. Wie früher unter Mao Tse-tung ihre Schulbildung und Krankenversorgung abdecken. Aber trotzdem – oder gerade deswegen – darf die Welt von den Problemen auf dem Land nichts erfahren. Nachrichten über verprügelte Bauern würden nur die Propaganda vom schönen neuen Dorfsozialismus stören.

Doch wissen immer mehr Bauern, dass das Pekinger Theater ihnen nicht weiterhilft. Wie in Luji fordern sie nicht neue Gelder, sondern das Recht, nicht wie Vieh behandelt zu werden. Sie wollen gerechte Strafen für Schlägerkommandos und deren Bosse wie den Generalmanager Fan. Sie fordern, dass ihr Boden- und Dorfeigentum, nach dem landauf, landab die Investoren gieren, nicht enteignet wird. Doch daran ist im KP-Staat nicht zu denken.

»Gilt in China noch das Gesetz?«, fragt ein junger Bauer aus der Menge in Wang Shens Hütte. Er hat allen Grund, daran zu zweifeln. Keiner der gestandenen Bauern von Luji wagt es, den Verprügelten und ihren Angehörigen zuzuraten, wegen Körperverletzung vor Gericht zu ziehen oder auch nur bei Polizei oder Gemeindebehörden Beschwerde einzulegen. »Die Beamten in unserem Kreis helfen immer den Unternehmen«, sagen die älteren Bauern verbittert. Sie berichten, wie ihnen der Dalao-Berg seit seiner Zuteilung bei der berühmten Landreform Deng Xiaopings, als jede chinesische Bauernfamilie Anfang der achtziger Jahre ein Stück Land erhielt, als Obst- und Friedhofsberg diente. Erst 2002 entdeckte man dort Eisenerz. Die Firma Jianshan, die in der Region mehrere Bergwerke führt, schickte im November 2005 Generalmanager Fan nach Luji. Fan arbeitete seit Juni in der Gegend, er galt als Profi. Er sollte den Bauern eine Konzession abhandeln. Die bestimmten ihrerseits zwölf Vertreter und verlangten 3 Millionen Yuan (umgerechnet 300 000 Euro) für die Abbaurechte. Keine hohe Summe, doch zu hoch für Fan. Er lehnte ab, die Verhandlung scheiterte. Drei Monate lang blieb alles ruhig. Bis am 20. Februar die Bagger auf den Berg rollten.

»Sie sind reich und machen mit uns, was sie wollen«

»Prügelei und Feuerwerk, alles war organisiert«, erkennen die Bauern heute. Ganz üblich sei das in China, meint einer der zwölf Verhandlungsführer im Dorf. »Wer Geld hat, glaubt, sich in diesem Land alles erlauben zu können«, erklärt Lu Bin. Er trägt eine schwarze Geschäftsjacke über breiten Schultern, ist mittleren Alters, tritt nach anfänglicher Zurückhaltung selbstsicher in die Runde, spricht scharf und pointiert. Wie der Premier in Peking wiederholt er seine Formel: »Sie sind reich und machen mit uns, was sie wollen.« Nicht nur in Luji sei das so. Überall in China klagten heute Bauern über Landenteignungen, über die Rücknahme der Reformen Dengs, über Landwegnahmen ohne Entschädigungen. Berge sollten zu Bergwerken und Felder zu Fabriken werden – und anschließend sollten nur noch Partei- und Firmenbosse daran verdienen. Lu Bin ist ergrimmt. Er weiß: Der Volkskongress hat das Thema Landeigentum gerade erneut für ein Jahr aufgeschoben, obwohl die Regierung im Jahr 2004 70 600 illegale Landenteignungen ermittelte. Trotzdem will sie den Bauern keine stärkeren Landrechte geben. Also müssen sich die Menschen in Luji selbst helfen, egal wie, zur Not auch mit der ausländischen Presse.

Lu Bin geht auf den Reporter zu und verlangt streng einen Presseausweis. Im gleichen Moment lacht er verschmitzt: »Andere Bauern in dieser Gegend wurden auch schon von Betriebsschlägern verprügelt, aber nur wir in Luji wagen es, mit einem ausländischen Journalisten zu reden.«

Lu Bin kennt das Risiko – tatsächlich wird die Polizei nur Stunden später deshalb das ganze Dorf verhören. Doch Lu Bin hat einen Plan. Er will dem Reporter die Schwerverletzten im Krankenhaus zeigen. Luji braucht Öffentlichkeit, Druck von außen auf die Gemeindebehörden. Die Bauern überlegen. Die Kranken werden regelmäßig von der Polizei überwacht. Lu Shengying, der Vater eines der Opfer, nimmt das Risiko trotzdem auf sich. Der dicke alte Bauer mit blauer Baskenmütze und schwerer Wolljacke sagt einfach: »Los!« Er trägt große schwarze, matschüberzogene Gummistiefel – eine Stunde später stapft er mit ihnen durch die sauber gewischten Gänge des Volkskrankenhauses Nr. 2 der Stadt Chaohu. Er schaut nicht rechts, nicht links. Keiner hält ihn auf. Er steht am Bett von Lu Faming, einem Schwerverletzten, dessen Bruder in Peking Vizedirektor der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua ist. Der Bruder hat ihm einen Korb Eier geschickt, doch Xinhua hat die Prügelei nicht gemeldet. Lu Faming ist gerade am Arm operiert worden und bewusstlos. Der Bauer marschiert weiter zum Krankenbett seines Sohnes, der an Kopf und Beinen geschlagen wurde. Er hat Psychopharmaka bekommen, ist nicht ansprechbar. Die Ärzte sollen verhindern, dass die Zeugen reden. »Sein Kopf blutete, er schrie vor Schmerz, als er vor mir auf dem Boden lag«, berichtet der Vater. Dann steht ein Mann mit Parteiabzeichen an seiner Seite. Er sei der Direktor des Krankenhauses. Wir müssten nun das Haus verlassen. Er ist freundlich. Er ruft die Polizei erst an, als wir gehen. Die Bauern im Dorf werden sich später dumm stellen und behaupten, der Reporter habe sich als offizieller Xinhua-Korrespondent ausgegeben.

*Namen der Bauern von der Redaktion geändert

VOLKSKONGRESS IN PEKING

Scheinparlament

Pünktlich zum Frühlingsbeginn in Peking tagt jedes Jahr der Volkskongress. Knapp 3000 festlich gekleidete Abgeordnete aus allen Ecken des Landes treffen sich in der Großen Halle des Volkes am Pekinger Tiananmen-Platz. Die meisten von ihnen sind verdiente Parteikader, andere haben in Betrieb und Gesellschaft besondere Verdienste erworben. Frei gewählt ist keiner von ihnen.

Offiziell ist es nun zwei Wochen lang ihre Aufgabe, die neuen Gesetze des Landes zu verabschieden. In Wirklichkeit aber dient alles der Selbstinszenierung von Regierung und Parteispitze, die in den Plenar- und Ausschusssitzungen mit den Abgeordneten ihre Programme diktiert. Diese nicken und klatschen. Öffentlich kontroverse Diskussionen gab es dabei noch nie.

Doch hinter den Kulissen gibt es Veränderung. Der Ständige Ausschuss des Kongresses hat in den vergangenen Jahren deutlich an Mitspracherecht gegenüber der Regierung gewonnen. Optimisten sehen darin Ansätze für eine Gewaltenteilung. Auch Eigeninitiativen von Abgeordneten, etwa bei der Durchsetzung einer nationalen Revisionspflicht für Todesurteile, waren zuletzt teilweise erfolgreich. GEORG BLUME

Nr. 11 DIE ZEIT S. 11 SCHWARZ cyan magenta yellow

Sie begann mit drei Worten Deutsch: **»ZUM ZK, BITTE«**

Foto [M]: Ivan Alvarado/Reuters

Links, aber vernünftig

Promotion in Wehrkunde, Studium in den USA: Chiles neue sozialistische Präsidentin Michelle Bachelet wird zu den Populisten Lateinamerikas Distanz halten

VON WALTER HAUBRICH

SANTIAGO DE CHILE

Als Michelle Bachelet 1975 auf dem Flughafen Berlin-Schönefeld landete, kannte sie nur drei deutsche Wörter: »Zum Zentralkomitee, bitte.« Im DDR-Exil aber lernte die Chilenin schnell genügend Deutsch, um ihr in Santiago de Chile begonnenes Medizinstudium an der Humboldt-Universität fortsetzen zu können. Ihre Heimat musste sie auf der Flucht vor der Junta von General Pinochet verlassen, der sich 1973 an die Macht geputscht hatte. Bachelets Vater war zwar auch ein General, doch zugleich ein Regimegegner, der im Foltergefängnis starb. Michelle Bachelet und ihre Mutter überstanden die Folterungen und flohen erst nach Australien, dann in die DDR – so überlebten sie die Pinochet-Diktatur.

Bachelet übernimmt in der kommenden Woche die Präsidentschaft der Republik Chile. Sie ist die erste Frau an der Spitze des chilenischen Staates. Und sie ist die dritte Repräsentatin der Sozialistischen Partei Chiles (PS) im höchsten Amt des Staates. Der erste sozialistische Präsident Chiles, Salvador Allende, hatte 1973 nach dem Putsch Pinochets als Leiche seinen Amtssitz in Santiago verlassen. Der zweite, Ricardo Lagos, erfreute sich in den Umfragen der vergangenen Monate der Zustimmung von mehr als drei Vierteln der Chilenen. Das Ansehen der sozialistischen Regierung hat seiner Parteifreundin Bachelet sicher den Wahlsieg leichter gemacht. War schon die Wahl von Lagos, einst Mitarbeiter Allendes und auch von Pinochet ins Gefängnis gesteckt, ein wichtiges Kapitel im Übergang von der Diktatur zur Demokratie, so kann die Regierung von Michelle Bachelet diesen Prozess glücklich beenden.

Mit Sicherheit aber steht die Wahl der 54-Jährigen zur Präsidentin für eine gesellschaftliche Modernisierung Chiles. Wie Spaniens Ministerpräsident José Luis Zapatero, dessen Gesellschaftspolitik sie zum Vorbild nimmt, hat sie für genau die Hälfte der Ministerposten Frauen ernannt. Die neue Präsidentin ist eine geschiedene Frau in einem Land, in dem bis vor einem Jahrzehnt die Scheidung überhaupt nicht existierte, sie ist Mutter dreier Kinder – von verschiedenen Vätern. Mit ihren Interessen hat sie schon manchen Mann überrascht: Sie studierte intensiv die Geschichte und die Probleme der chilenischen Streitkräfte, promovierte in Wehrkunde und wurde unter ihrem Vorgänger Lagos 2002 Verteidigungsministerin.

Als Präsidentin jedoch wird ihre Hauptsorge die soziale Schieflage des Landes sein. Die ersten drei demokratisch gewählten Präsidenten haben die freie Marktwirtschaft beibehalten, die Pinochet dem Land nach dem Chaos der sozialistischen Experimente unter Salvador Allende verordnet hatte. Etwas sozialer geht es in der Demokratie zwar zu, so hat sich die Zahl der in großer Armut lebenden Chilenen seit 1990 halbiert. Dennoch ist Chile immer noch eines der Länder mit den größten sozialen Unterschieden in Lateinamerika – nicht zuletzt, weil die während der Diktatur sehr reich gewordene Oberschicht in der Demokratie fast alle Privilegien behalten hat und – noch reicher geworden ist. Soziale Durchlässigkeit gibt es in Chile nicht. Wer als Kind armer Eltern in die Schulen der Armen gegangen ist, bringt es auch bei bester Begabung und großen Anstrengungen nicht in eine gehobene berufliche Stellung. Selbst in der Politik und sogar bei den linksgerichteten Parteien kommen die meisten Führungsfiguren aus den alten wohlhabenden Familien. Gesundheitliche Fürsorge ist für die ärmere Hälfte der Bevölkerung sehr teuer. All dies wird Bachelet verbessern, reformieren, ändern müssen.

Eine heikle Schlüsselfrage ist dabei das Erziehungssystem. Bisher lernten Schüler – fein nach oben und unten sortiert – in Schulen mit großen Qualitätsunterschieden. Viele Chilenen erwarten von einer Sozialistin an der Spitze des Staates, dass die guten Schulen und Universitäten für die Kinder aus allen sozialen Schichten zugänglich werden. Obgleich die chilenische Staatskasse gefüllt ist, wird Bachelet nach neuen Einnahmequellen Ausschau halten. Natürlich wehren sich neoliberale Gruppen und Politiker gegen jegliche staatliche Initiative zur Umverteilung. Aber die steuerliche Belastung der im Durchschnitt sehr gut verdienenden Unternehmen könnte ohne weiteres erhöht werden. Und die Mehrheit dafür wäre da. Die Regierungsparteien – die Concertación genannte Mitte-links-Koalition – haben in beiden Kammern des Parlamentes jetzt die absolute Mehrheit für die Durchsetzung sozialer Reformen.

Die Concertación – das sind die Christlichen Demokraten (DC), die wie ihre Koalitionspartner Gegner der untergegangenen Diktatur sind, das sind die sozialistische Partei von Frau Bachelet, die sozialdemokratische und die linksliberale Partei. Im Parlament haben die drei linksgerichteten Parteien innerhalb der Concertación jetzt zusammen mehr Sitze als die Christlichen Demokraten, doch diese erhielten von Frau Bachelet die wichtigsten Ministerien. Zu den ideologischen Fundamenten der Regierung der Concertación gehören der christliche Humanismus und die katholische Soziallehre.

Mit dieser speziell chilenischen Mischung wird das Land aller Voraussicht nach ein politischer Stabilitätsfaktor in Lateinamerika bleiben, wo in diesem Jahr in mehreren Ländern Wahlen stattfinden. Ein Sieg des populistischen Kandidaten in Peru im April könnte dabei die populistisch-revolutionäre Achse der Präsidenten Hugo Chávez in Venezuela und Evo Morales in Bolivien stärken. Der Einfluss von Chávez, der mit den Geldern des venezolanischen Erdöls und kräftig antiamerikanischer Rhetorik indigene Bewegungen auf dem gesamten Kontinent unterstützt, bereitet Washington große, wahrscheinlich übertriebene, Sorgen. Dieser indianisch-revolutionären Achse Venezuela–Bolivien würden viele Südamerikaner gern eine Achse der »vernünftigen« demokratischen Linken entgegensetzen: eben die der Mitte-links-Regierung von Michelle Bachelet in Chile und des von Lula regierten Brasilien. Wie werden sie es mit den USA halten?

Der in dieser Woche ausscheidende Präsident Ricardo Lagos hat nicht immer die Anweisungen der nordamerikanischen Regierung befolgt; im Sicherheitsrat hatte Chile gegen die amerikanische Invasion im Irak gestimmt und damit, wie zumindest die Gegner von Lagos meinten, das Freihandelsabkommen Chiles mit den Vereinigten Staaten in Gefahr gebracht. Washington unterzeichnete das Abkommen mit einiger Verzögerung dann doch. Mit einem auf dem ganzen Kontinent geschätzten Politiker wie Lagos und dem demokratischen Chile wollte es sich die Regierung Bush dann auch nicht verderben. Die Erwartungen an Michelle Bachelet sind nun vor allem in der Außenpolitik sehr hoch. Zum Außenminister ernannte sie mit dem Christlichen Demokraten Alejandro Foxley einen erfahrenen Politiker, der sich in den Vereinigten Staaten bestens auskennt.

Staatssekretär im Außenministerium ist der Europa-Experte van Klaveren. Bachelet selbst hat Nordamerika-Erfahrung: Sie studierte 1996 mit einem Stipendium am Interamerican Defense Board in Washington.

Für die USA könnte Michelle Bachelet noch wichtig werden. In einem bei dem Wahlmarathon in diesem Jahr wahrscheinlich weiter nach links rutschenden Lateinamerika dürfte Chile seine Rolle als Mittler ausbauen können. Das robuste Wirtschaftswachstum und die seit 16 Jahren ungebrochene Mitte-links-Koalition geben dem Land eine Stabilität, die Michelle Bachelet neben Lula im viel größeren Brasilien zu einer führenden Politikerin auf dem Kontinent machen könnte.

Amerika gegen den Rest der Welt

Eine der großen Reformen der UN, die Gründung des »Menschenrechtsrates«, droht zu scheitern VON ANDREA BÖHM

Nein, er ist nicht zu beneiden, der gute Mann aus Schweden. Jan Eliason, Präsident der UN-Generalversammlung, die einen auch in ruhigen Zeiten Nerven kosten kann, hat sich monatelang mit den Bremsmanövern Kubas, Ägyptens oder Pakistans herumgeschlagen, er hat gefeilscht, geschmeichelt, vermittelt, vielleicht auch gedroht, schließlich in letzter Minute einen Entwurf präsentiert, auf den sich alle Mitgliedsländer einigen können. Alle? Fast alle. Die USA, der größte und mächtigste Mitgliedsstaat der UN, wollen – so der Stand Anfang dieser Woche – ihre Zustimmung zum neuen »Menschenrechtsrat« der Vereinten Nationen verweigern. Eine der wichtigsten UN-Reformen steht damit auf der Kippe.

Der Rat soll die UN-Menschenrechtskommission in Genf ablösen, die in den vergangenen Jahren immer wieder für Skandale gesorgt hat – und Anfang nächster Woche wieder zusammentritt, so sie bis dahin nicht abgeschafft ist. Gegründet 1946, um internationale Menschenrechtsstandards zu formulieren und Verstöße zu dokumentieren, war die Kommission mit einem kapitalen Geburtsfehler behaftet: Weil ihre Mitglieder nach einem Proporzsystem bestimmt werden, können auch Diktaturen und Polizeistaaten Platz nehmen – derzeit zum Beispiel der Sudan, China oder Ägypten.

Im Rahmen der groß angekündigten UN-reformen hatte Generalsekretär Kofi Annan vergangenes Jahr ein neues Menschenrechtsgremium gefordert. Dessen Kandidaten, so Annan, müssten unter anderem auf die Menschenrechtslage im eigenen Land geprüft werden, mit mindestens zwei Dritteln der Stimmen der Generalversammlung gewählt werden, und dann, bitte schön, auch durchgehend arbeiten. Denn die alte Kommission tagt nur sechs Wochen im Jahr. Haben Folteropfer den Sitzungstermin verpasst, können sie ihre Fälle an die Fax-Hotline der Kommission schicken – und bis zum nächsten Jahr warten.

Aus großen, leuchtenden Reformballons werden bei den Vereinten Nationen am Ende meistens schrumpelige Ballönchen. Auch Annans Vision des Menschenrechtsrats hat im Kompromissentwurf, den Jan Eliason nach zermürbenden Feilschereien mit den Mitgliedsländern nun vorgelegt hat, sichtbar gelitten: Statt mit zwei Dritteln der Stimmen können Kandidaten schon mit einfacher Mehrheit der Generalversammlung in den neuen Rat gewählt werden. Anders als von Annan gewünscht, soll der Rat auch nicht permanent tagen, sondern dreimal im Jahr für zehn Sitzungswochen zusammenkommen. Und anders als von den USA gefordert, sollen keine Länder von vornherein ausgeschlossen sein, weil der Sicherheitsrat gegen sie Sanktionen verhängt hat.

Vor allem dieser Punkt empört den amerikanischen UN-Botschafter John Bolton, einen Mann, der diplomatische Umgangsformen für verzichtbar hält. Für den Ratsentwurf von Jan Eliason, so Bolton, spreche nur, dass er noch schlimmer hätte ausfallen können. Kurzum: »Nicht akzeptabel.« Aus dem amerikanischen Außenministerium, dessen Chefin Condoleezza Rice den UN-Botschafter hin und wieder in die Schranken weist, hörte man Anfang der Woche die gleiche Botschaft. Die Aufnahmekriterien seien zu lasch, »wer foltert, darf gar nicht erst durch die Tür« des neuen Gremiums. Das klingt etwas nassforsch angesichts der Tatsache, dass die US-Regierung gerade erst von einem Sonderberichterstatter der Menschenrechtskommission der Folter im Umgang mit Guantánamo-Häftlingen bezichtigt worden ist.

Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international und Human Rights Watch sehen im vorliegenden Kompromiss jedenfalls genügend Substanz, um auf eine Verabschiedung zu drängen: Anwärter auf einen Sitz im Rat müssen die Menschenrechtslage im eigenen Land überprüfen lassen; sie können bei groben Verstößen gegen die Menschenrechte wieder aus dem Gremium ausgeschlossen werden; der Rat soll regelmäßig die Menschenrechtssituation in allen Mitgliedsländern untersuchen – auch in den mächtigen.

In einem gemeinsamen Brief haben amnesty international und Human Rights Watch US-Außenministerin Rice aufgefordert, ihre Blockade-Haltung aufzugeben. Ähnlich argumentieren mehrere Nobelpreisträger – darunter Jimmy Carter, Shirin Ebadi und Desmond Tutu – in einem Appell in der *International Herald Tribune:* Wer jetzt eine Wiederaufnahme der Verhandlungen fordere, riskiere, dass die Reform durch unzählige »schädliche Vorschläge« völlig verwässert würde.

BERLINER BÜHNE

Ewige Freude

An dieser Stelle müssen wir uns gegen alle Versuche verwahren, sich in Frau Merkels Personalpolitik einzumischen. So fordern *stern* und *Spiegel* den ehemaligen Mokick-Rowdy Friedrich Merz als Bundeswirtschaftsminister. Der könne es. Wie rüde. Es können kann schließlich jeder, aber im Lichte höherer Vernunft zu strahlen ist Politik, die sich übers Gemurkel des Tages zu erheben anschickt. Das ist selten, ein wenig Dankbarkeit wäre angemessen. Von Martin Heidegger stammen die Worte vom »Sein des Daseins als Seiendes«, und dabei waren seine Gedanken zweifelsfrei ganz nah bei Michael Glos. Glos ist da und seiend, zweifelsfrei. Was kann man Schöneres über einen Bundeswirtschaftsminister sagen?

»Gutes Geld für gute Arbeit, aber dabei gleichzeitig bescheiden bleiben« wie die Franziskaner – klare Worte an Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die wir von Clement nie gehört haben. Die Mitte ist Glosens Metier. Entlastet von Profanität und Streiterei, schillert die Idee seines Amtes. Es fällt einem dafür nur das Wort »schön« ein. »*A thing of beauty is a joy forever*«, wie John Keats sagte. Erstaunlich, wie alle großen Dichter immer schon von Glos wussten.

Einer seiner Vorgänger wurde der Wirtschaftsgraf genannt. Heute, da alle über die neue Bürgerlichkeit debattieren, nicht über die neue Aristokratie, schlägt die Stunde des Wirtschaftsmüllers. Des Prichsendorfer Getreidemühlenbesitzers. Des Vorstandsvorsitzenden der Unterfränkischen Überlandzentrale. Er ist Merkels bürgerlicher Entstresser: Das Neoliberale wird seinen Worten nicht gewachsen sein. Er ist auch der Draußenhalter: der Heuschrecken, der polnischen Entbeiner und auch der Arbeitslosen.

Immer so viele neue Gesichter im Fernsehen, in der Nationalmannschaft oder in der Politik, wer kann sich da noch orientieren? In wenigen Wochen wird Heidi Klum Deutschlands nächstes Supermodel küren. Vielleicht verstehen wir ja nicht die großen Zusammenhänge, aber wir in der Überfränkischen Unterlandzentrale wissen doch eines: Deutschlands nächster Wirtschaftsmüller muss wieder Michel Glos sein. *Joy forever!* THOMAS E. SCHMIDT

TRIBÜNE GERD LANGGUTH

Kohl für die Linke

Altkanzler Helmut Kohl ist noch für manche Überraschung gut: Das »alte Schlachtross« (Kohl über Kohl) unterstützt im jetzt schärfer werdenden italienischen Wahlkampf den Spitzenkandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten, Romano Prodi – und damit die Vereinigte Linke (inklusive der kommunistischen Splittergruppe Rifondazione comunista). Damit ergreift Kohl Partei gegen Silvio Berlusconi, dessen Forza Italia seit 1998 der christdemokratischen Parteienfamilie, der Europäischen Volkspartei (EVP), angehört. Warum unterstützt er die Linke und nicht den Partner Merkels in Italien?

Kohl war zwar immer gerne Wahlkämpfer. Das allein aber kann es nicht sein. Altersverwirrtheit oder Kalkül – das ist die Frage. Kohl wehrt alle Fragen mit dem Hinweis auf seine Freundschaft zu Prodi ab. Pikant ist die Tatsache, dass sich Kohl zu einem Zeitpunkt für die Linke in Italien engagiert, an dem sich die Europäische Volkspartei (EVP) anschickt, in Rom ihr 30-jähriges Jubiläum zu feiern. Es mag zwar wegen der Unbeliebtheit Silvio Berlusconis in Deutschland populär sein, für dessen Gegner Wahlkampf zu machen. Doch aus parteipolitischer Sicht muss Kohls Entscheidung erstaunen und dürfte seine Nach-Nachfolgerin im Parteivorsitz und Kanzleramt wenig erfreuen. Sicher: Die Aufnahme der Forza Italia in die EVP war umstritten, zumal die Forza stark auf die Person ihres Gründers ausgerichtet ist und ihre christdemokratische Identität lange bezweifelt wurde. Doch ist das Engagement eines nach wie vor geachteten deutschen Christdemokraten gegen ein EVP-Mitglied nicht nur in Italien ein Politikum – und war mit Merkel nicht abgesprochen.

Es gibt eine Neigung alter Männer, frühere Weggefährten ohne Rücksicht auf die Folgen weiter zu unterstützen. Und Kohl pflegte immer mit Persönlichkeiten der politischen Linken freundschaftliche Verhältnisse, etwa mit François Mitterrand oder Felipe Gonzáles. Damit tröstete er sich regelmäßig über die Verachtung der linken Intellektuellen in Deutschland gegenüber seiner Person hinweg. Dass Kohl sich jetzt für die Linke in Italien engagiert, hat aber eine tiefere Ursache: Je mehr er sich aufgrund einer solchen Unterstützungsaktion indirekt (oder aus Merkels und Berlusconis Sicht) direkt mit der Linken verbündet, desto stärker feilt er an seinem Geschichtsbild. Aus diesem Grunde kommt ihm die Einladung aus Italien gerade recht: Wenn er nämlich von der Linken als Unterstützer gerufen wird, sieht er darin eine Möglichkeit, die von ihm zu verantwortende Spendenaffäre seiner Partei vergessen zu machen. Die italienische Linke hilft ihm bei seinen Rehabilitationsbemühungen, so sein Kalkül.

Kohl, der unermüdlich daran arbeitet, die Erinnerung an diesen Spendenskandal verblassen zu lassen, nimmt das in Kauf, was von der CDU-Vorsitzenden als Verrat an der europäischen Parteienfamilie angesehen werden muss. Er hat sich aber mit der illoyalen Aktion die insgeheim von ihm ersehnte Rückkehr zum Ehrenvorsitz der CDU möglicherweise endgültig verbaut. Merkel dürfte nämlich etwas haben, was man auch Kohl zu Recht zuspricht: ein langes Gedächtnis.

Gerd Langguth war Bundestagsabgeordneter der CDU. Er lehrt Politische Wissenschaften an der Universität Bonn und hat zuletzt eine Biografie über Angela Merkel geschrieben

Ach, Kaczyński

Polens Präsident besucht Berlin – und spuckt neonationale Töne

Politische Korrektheit ist ihm ein Graus, man merkt es. Auf Worteleganz versteht er sich nicht. Die Poltereien des polnischen Präsidenten Lech Kaczyńskis sollte man daher auch nicht auf die Goldwaage legen. Langsam aber kristallisiert sich das Bild einer merkwürdigen Rückwärtsgewandtheit heraus: Ganz so, als hätte der Mann am Steuer, assistiert von seinem Zwillingsbruder, den falschen Gang eingelegt. Das Problem ist, dass Polen, die Bundesrepublik und Europa weiter sind, als Kaczyński es wahrhaben will. Doch er behauptet trotzig, andere würden eigene Interessen »mit großer Verbissenheit« vertreten und von Polen werde erwartet, es solle sich »einfach der Meinung anderer anschließen« (so in einem bemerkenswert derben Interview mit dem *Spiegel).* Weder die Ostsee-Pipeline mit Russland wird die Deutschen stoppen, noch wird Angela Merkel jetzt im Streit um das Zentrum gegen Vertreibung einlenken.

Kaczyńskis Vorgänger Aleksander Kwaśniewski stand für ein weltoffenes Polen: ein Land, das sich als Gewinner der Geschichte sieht. Ja, dieser Nachbar war zurückgekehrt aus dem Exil nach Europa. Kaczyński kapselt, ja bunkert sich in einem nebulösen Gestern ein. Er tritt als Verlierer auf, der sich alles erst noch erkämpfen muss. Gegen die liberalen journalistischen Geister im Inneren, gegen Brüssel, Paris, die Deutschen. Europa gilt ihm als Lieblingsprojekt der Kommunisten und Linken, die den Staat seiner Souveränität berauben wollen. Die Bundesrepublik mag inzwischen zu melodramatischen Dresden-Spektakeln am Bildschirm neigen, zum Revisionismus tendiert sie nicht. Zwar ist die EU eine durchaus pädagogische Anstalt, die sich ihre Mitglieder erzieht. Aber ein Polen würde dringend gebraucht, das spüren lässt, wohin man gemeinsam will. Vielleicht musste eine solche nationale Phase kommen? Stattdessen: ein eigentümlicher Neo-Sarmatismus, eine barocke »Politik der Würde«, sehr national, die sich für Konsequenzen nicht interessiert. Viel Geduld wird noch nötig sein. Lech Kaczyński kann europäische Solidarität nicht erzwingen, er kann aber Polen schaden. GUNTER HOFMANN



Foto: Jock Fistick/Reporters/laif für DIE ZEIT

Stand einst gegen russische **PANZER** auf – und macht nun EU-Außenpolitik: Der Tscheche Kovanda

Der brave Soldat Che

Vom roten Revoluzzer in Prag in die Glaspaläste von Brüssel: Der abenteuerliche Aufstieg des Karel Kovanda VON CHRISTIAN SCHMIDT-HÄUER

BRÜSSEL

Der Bart ist nicht ab. Aber er wuchert kaum noch rebellisch. Der Bauch tritt ein wenig hervor. Die alte Revoluzzerjacke würde er sprengen. Und wo einst der ungebändigte Haarschopf prangte, sitzt jetzt eine Prinz-Heinrich-Mütze, wenn der unauffällige Beamte aus dem EU-Gebäude in den Brüsseler Schnürregen tritt. Niemand auf der 12. Etage des Charlemagne-Hauses hat je nach ihm rufen hören, wie es einst die Studenten im Prager Frühling 1968 taten. »Che« hieß damals für alle der Mann, der jetzt seit gut zehn Monaten stellvertretender Generaldirektor für die Auswärtigen Beziehungen der EU-Kommission ist, Che Kovanda war sein Rufname und sein Äußeres darauf abgestimmt.

Während die tschechischen Reformkommunisten um Alexander Dubček von ihrem Sozialismus mit menschlichem Antlitz träumten, setzte ihr zu jener Zeit 24-jähriger Verbündeter auf die antiautoritäre Revolution gegen das Sowjetsystem und alle übrigen Bürokratien. Pflastersteine warf Kovanda nicht. Doch den russischen Panzern stellte er sich als Streikführer der Studenten noch Monate nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten entgegen, als die Prager Politiker und Bürger schon resigniert hatten. Und ob er später in den USA studierte, in China »antirevisionistische« Manuskripte für Radio Beijing in tschechischer Sprache bearbeitete oder als diplomatisches Greenhorn in einer Art Handstreich Tschechien als (nichtständiges) Mitglied in den UN-Sicherheitsrat bugsierte – bürokratische Fesseln hat er immer und überall gesprengt.

Noch jetzt, wenn er den Vorzimmerdamen, die ab und an den Kopf in sein spartanisch eingerichtetes Eckzimmer stecken, locker in fließendem Spanisch und Französisch antwortet oder über den Akten das Mineralwasser gleich aus der Flasche trinkt, käme kaum jemand auf die Idee, hier einen der höchsten europäischen Beamten vor sich zu haben. Wer an Brüssel, den Eurokraten, der Osterweiterung zweifelt, gar verzweifelt – der kennt zumindest Karel Kovanda nicht. Dies ist seine Geschichte, die zeigt, dass es keine »neuen Europäer« gibt, wohl aber nachbarliche Einsteiger, die der gewachsenen (und auch verwachsenen) EU-Kultur ein belebendes Elixier bieten können.

Kovanda kam im Oktober 1944 in London zur Welt. Die Mutter, geborene Britin, diente beim Militär. Dem Vater, einem sudetendeutschen Juden, war noch vor Hitlers Annexion Böhmens und Mährens 1939 der Sprung auf die Insel geglückt. In der tschechischen Exilarmee hatten die Eltern einander kennen gelernt.

1946 gingen sie in die Tschechoslowakei und traten der KP bei. Der Rückkehrer wurde Manager für Betriebe der Leichtindustrie. 1952 verhafteten ihn Stalins Schergen. Sie bereiteten einen antisemitischen Schauprozess gegen die tschechische Parteiführung um KP-Chef Rudolf Slánsky vor. Anders als Slánsky verlor Kovandas Vater nur seinen Managerposten, behielt sein Leben – und den Glauben.

Der kleine Karel jedoch lernte seine erste politische Lektion: »Ich war acht Jahre alt, verstand nur wenig, aber witterte doch, dass etwas nicht stimmte mit dem, was den Eltern alles bedeutete.« Mit 16 Jahren kam er nach Prag, um die Landwirtschaftshochschule zu besuchen. Dort wurde er bald Redakteur der Studentenzeitung. Er organisiert, demonstriert, agitiert für die akademische Freiheit, gegen Zensur und Bürokratie. Als der Prager Frühling begann, war er ein ausgewachsener Rebell seiner Zeit: bärtig, bohemisch, böhmisch.

Wer damals in Prag lebte, konnte ihn nicht verfehlen – ob er im Hörsaal 109 der Karls-Universität die antiautoritären Forderungen der Studenten zur Entmachtung der alten Kader vortrug oder selbstsicher und vielsprachig vor die Weltpresse trat. Am 21. August 1968 erwachte er um 4 Uhr früh. »Nein!«, hörte er die Mutter, die immer noch gläubige Kommunistin, ins Telefon rufen, »nein … nein!«.Er wusste, was das hieß, war sofort auf der Straße, um den friedlichen Widerstand gegen die sowjetischen Panzer zu organisieren, die auf Prag zurollten. Dieser Aufstand einer jungen Generation verzweifelter Schwejks hielt die Welt in Atem. Doch die Macht der Panzer war stärker. In Prag verloschen die Lichter, für 21 Jahre. Kovanda verließ das Land, nachdem er sein Studium als Landwirtschaftsingenieur abgeschlossen hatte. Das Massachusetts Institute of Technology in Cambridge bot ihm 1970 ein Stipendium an.

In den USA maß der Rebell seine praktischen Erfahrungen der politischen Theorie aus. 1975 promovierte er über die Selbstverwaltung in den tschechoslowakischen Betrieben 1968. Ein Jahr lang hielt er Vorlesungen, klapperte Colleges und Privatschulen im Raum Los Angeles ab. Dann kamen die Chinesen. Sie wussten um seine Opposition gegen das sowjetische Besatzungsregime und boten ihm an, die Mitarbeiter der tschechischen Sendungen von Radio Beijing sprachlich zu schulen. Der Politologe, der einst die antibürokratische Stoßrichtung der Kulturrevolution begrüßt hatte, unterschrieb für zwei Jahre.

Doch als er 1977 nach China kam, war Mao schon tot, die linksradikale »Viererbande« der KP gerade verhaftet, und die Wahrheit über die Kulturrevolution ging von Mund zu Mund. Die Chinesen seiner Umgebung sahen in Kovanda keinen revolutionären Antibürokraten, sondern ein Fenster zum Westen. Wei Jingshen, der später weltberühmte Dissident, schrieb sein erstes Papier – der tschechische Freund schaffte es hinaus. Kein Wunder, dass sich seine Beziehungen zu den offiziellen »Betreuern« weniger gut entwickelten. 1979 trennten sich die Wege, Kalifornien hatte ihn wieder.

Aus den Trümmern der Kulturrevolution stieg er in eine große US-Konstruktionsfirma ein. Sie plante und baute Petrochemiewerke. Der Che des Prager Frühlings wurde ihr Analyst für politische Risiken im Ausland. Für ihn war das nur ein Fuß in der Tür. In Abendkursen absolvierte Kovanda seinen Master of Business Administration, um in den Managementstäben anderer texanischer und kalifornischer Firmen zehn Jahre lang aufzusteigen. 1989 hatte er es bis nach Santa Cruz geschafft: ein eigenes Haus an der Küste. An den Sommerabenden hörte er die Seelöwen. Doch in den Herbstnächten schaltete er immer häufiger National Public Radio ein. Vom Prager Wenzelsplatz drangen die Reportagen über die samtene Revolution in seinen amerikanischen Traum.

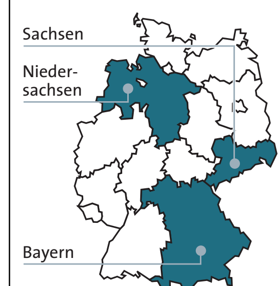
Er nahm Urlaub, reiste als Interviewer für das Los Angeles Times Syndicate in die verloren geglaubte Vergangenheit. Sie ließ ihn nicht wieder los. In Santa Cruz brach er alle Zelte ab, obwohl ihn niemand nach Prag eingeladen hatte. Er arbeitete als Synchrondolmetscher, gründete eine kleine Consulting-Firma, bewarb sich beim Außenministerium. Dessen erster Chef nach der Wende, Jiří Dienstbier, wollte ihn sofort. Einen, der sich zehn Jahre lang im US-Business hochgearbeitet hatte, den genau brauchte er, um das Ministerium im Prager Czernin-Palais durch modernes Management von der sozialistischen Bürokratie zu entrümpeln. Er machte den Neuling spontan zum Chef der Verwaltung.

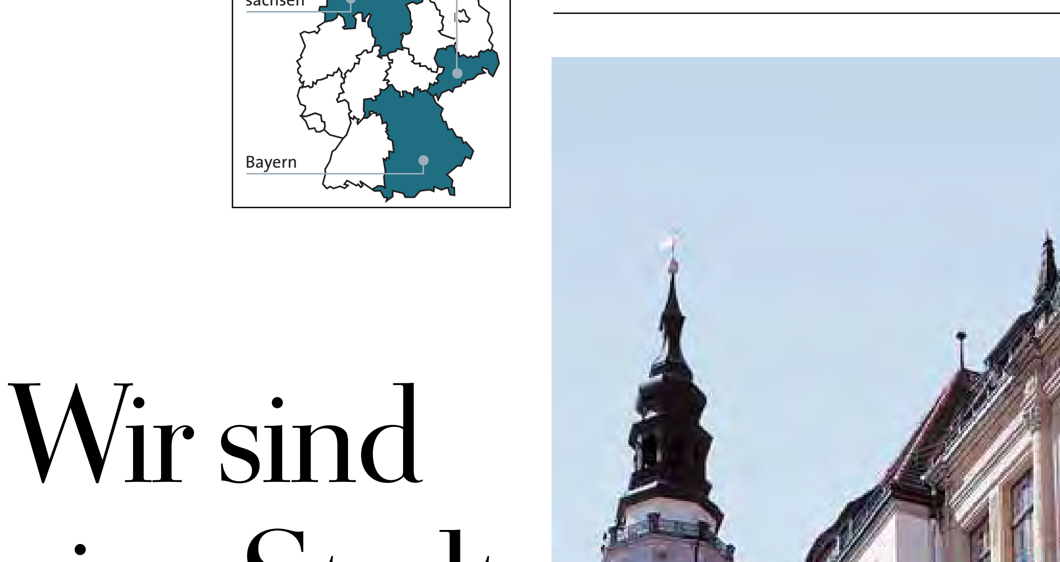
Für Kovanda, der schon vieles gewesen war, aber nie ein tschechischer Chauvinist, hieß es gleich darauf, zu teilen, ohne zu herrschen. Die Slowakei wollte 1992 ihren eigenen Staat. In nur sechs Monaten waren überall in der Welt tschechoslowakische Botschaften und Delegationen bei den internationalen Organisationen zu trennen, neue Gebäude zu finden, slowakische Diplomaten, die beim tschechischen Außenministerium bleiben wollten, mit angemessenen Posten zu versehen. Der Prager UN-Botschafter allerdings, ein Slowake, entschied sich, seinem neuen Staat zu dienen, und verließ den New Yorker Posten im ungünstigsten Moment. Denn den Tschechen winkte gerade – in Konkurrenz mit Weißrussland – eine Kandidatur als nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat. Doch wollte keiner der infrage kommenden Prager Diplomaten den harten Stuhl der New Yorker Botschaft besetzen. Der Sitz im Sicherheitsrat schien verloren. Da meldete sich Kovanda bei Außenminister Jelinez, der inzwischen Dienstbier abgelöst hatte: »Lassen Sie mich die Kohlen aus dem Feuer holen.« Der Minister willigte nach kurzem Zögern ein. Kaum in New York, gewann der neue UN-Botschafter im Oktober 1993 das Duell mit dem weißrussischen Rivalen. Nur zwei Monate später fiel den Tschechen, der alphabetischen Reihenfolge entsprechend, die Präsidentschaft im Sicherheitsrat zu. Kovanda, gerade auf seinem ersten Auslandsposten, übernahm den Vorsitz von den Chinesen.

Als UN-Botschafter drängte er wie keiner seiner Kollegen darauf, dass die Massaker in Ruanda als Völkermord zu verurteilen seien. Er setzte sich durch – und wurde schon zwei Jahre später zum stellvertretenden Außenminister berufen, um Tschechiens Nato-Beitritt zu koordinieren. Im Jahr darauf ging er selbst als Prags erster Nato-Botschafter nach Brüssel. Das Kosovo war für das Bündnis zum zentralen Problem geworden. Kovanda, der noch Ruanda und Srebrenica vor Augen hatte, zögerte nicht, für den Luftangriff auf Serbien zu stimmen.

Nach sieben Jahren kam aus dem Czernin-Palais die Anfrage, ob ihn das Amt des stellvertretenden Generaldirektors für die Auswärtigen Beziehungen der EU-Kommission interessieren würde. Es gab 105 Bewerber aus den zehn neuen Mitgliedsländern. Kovanda machte das Rennen vor zwei Polen. Unter der österreichischen EU-Kommissarin Benita Ferrero-Waldner wacht er jetzt über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die Beziehungen zu Nordamerika, Ostasien und Organisationen wie UN, OSZE, Europarat. Der landläufigen Vorstellung von einer Beamtenstelle entspricht auch Kovandas neuer Job nicht. Von April 2005, dem Monat seines Dienstantritts, bis Ende vergangenen Jahres hat er 24 Reisen absolviert. Und selbst an seinem Schreibtisch im Charlemagne, so urteilen diejenigen, die mit ihm zu tun haben, denkt er nie in den traditionellen Schablonen eines EU-Beamten, sondern völlig unkonventionell.

Dabei rüttelt er bisweilen etwas unbekümmert an den internen Brüsseler Grenzzäunen. Die in den Europäischen Verträgen getrennten Zuständigkeiten zwischen seiner Kommission und dem Ratssekretariat der europäischen Regierungen scheren den alten Antibürokraten manchmal allzu wenig. Als seine Stärke aber gilt, dass er dennoch nie auf Konflikte aus ist, immer nach pragmatischen Lösungen sucht – in diesem Punkt seinem legendären Landsmann Schwejk nicht unähnlich. So ist aus Che Kovanda ein mit vielen Wassern gewaschener und zugleich braver Soldat Europas geworden.



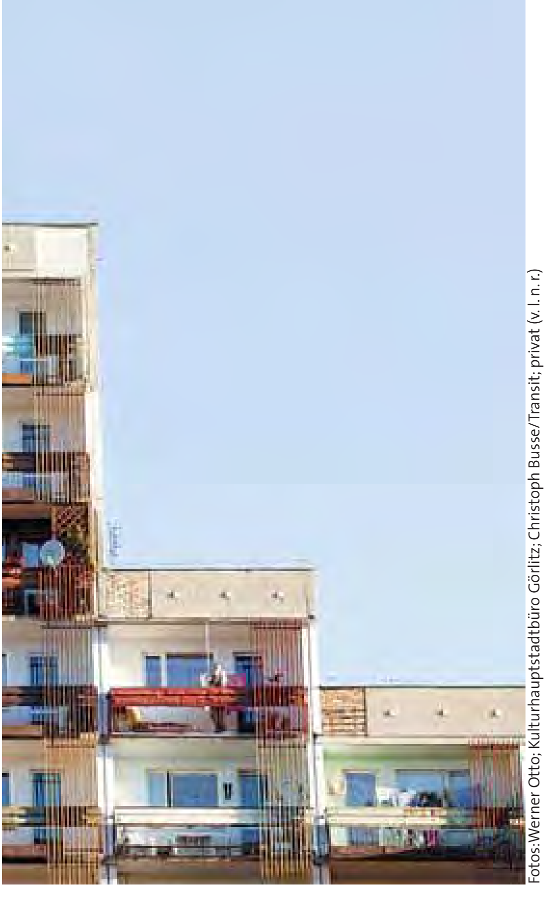


Wir sind eine Stadt

Seit Jahren schlemmen Bürger aus Görlitz in **SACHSEN** mit Nachbarn aus dem polnischen Zgorzelec. Jetzt wollen beide Orte zusammen »Kulturhauptstadt« werden

VON ULI GINEIGER





Mit einer **BRÜCKE** haben Bürger ihre Städte Görlitz (links) und Zgorzelec (rechts) verbunden

Fotos: Werner Otto; Kulturhauptstadtbüro Görlitz; Christoph Busse/Transit; privat (v. l. n. r.)



GÖRLITZ/ZGORZELEC

Mit einem Stahlseil fing es an, erzählt Elzbieta Lech-Gotthardt, die Wirtin der Drei-Raden-Mühle im polnischen Zgorzelec. Sie steht am östlichen Ufer der zugefrorenen Neiße und blickt hinüber nach Görlitz. Das Seil über dem Fluss war die erste Verbindung zwischen beiden Städte nach dem Krieg. Genauer gesagt: zwischen zwei Wirtshäusern. Auf der anderen Seite des Flusses liegt ebenfalls ein Lokal, die Vier-Raden-Mühle. Mit deren damaligem Wirt Dietmar Dörfler hatte sie die neue Verbindung geknüpft. Acht Jahre ist es her, dass ein grenzüberspannendes Stahlseil hier Besuchern zweier Lokale zum Genuss von fremdländischen Spezialitäten verhalf: Piroggen, polnische Teigtaschen, wurden herübergezogen; im Gegenzug gab es regionale Küche wie das schlesische Himmelreich, Kassler mit eingelegtem Backobst, für die Polen. Das war der Anfang.

Der Obrigkeit war die deutsch-polnische Seilschaft hüben so unlieb wie drüben. Der deutsche Zoll bestand auf der Ausweisung der Mehrwertsteuer, während der polnische Zoll den Seilverkehr kurzerhand verbot. Aus dem kleinen Grenzverkehr wurde plötzlich »Piroggenschmuggel«. Jetzt erst recht: dachten Elzbieta Lech-Gotthardt und Dietmar Dörfler. Sie forderten, und immer mehr Görlitzer und Zgorzelecer schlossen sich ihnen an, die alte Brücke neu zu errichten, die bis 1945 beide Städte an dieser Stelle verbunden hatte.

Statt auf die staatlichen Bürokratien auf deutscher und polnischer Seite zu vertrauen, setzten sie den Vorschlag selbst in die Tat um. Am 26. Juli 2002 um 17 Uhr gingen Elzbieta Lech-Gotthardt und Dietmar Dörfler auf ihrer selbst gebauten Holzbrücke zum ersten Mal aufeinander zu. Tische und Bänke fanden auf der neuen Brücke Platz, Menschen beider Seiten kamen, aßen, tranken, redeten. Die Grundlage der Partnerschaft zwischen Görlitz und Zgorzelec war geschaffen, die jetzt in die Bewerbung zur gemeinsamen europäischen Kulturhauptstadt mündete. In der kommenden Woche reist eine gemeinsame Delegation nach Brüssel.

Heute sieht Elzbieta Lech-Gotthardt mit Wohlgefallen hinüber auf die historischen Fassaden und die gotischen Kirchtürme von Görlitz. Der Fantasie der spätmittelalterlichen Erbauer waren keine Grenzen gesetzt. Hier scheint eine alte Patronenhülse aufzuragen, dort eine Zigarre, hinter der nächsten Straßenecke eine 30 Meter hohe Nadelspritze. Schwer reiche Tuchhändler finanzierten damals diese Bauten.

Diesseits der Neiße erstrahlt alte Pracht; jenseits ist es grau

Das Staunen über so viel alte, unbeschadete Baukunst lässt einen nicht los. Deutsche Städte, im Krieg zerstört, danach schnell, aber oft unansehnlich wieder aufgebaut, bieten selten das durchgängige Bild einer historischen Bebauung. Doch Görlitz hat es im Übermaß. Im Zweiten Weltkrieg war die Stadt der Bombardierung entgangen, da die Hauptstoßrichtung der Roten Armee an Görlitz vorbei in den weiter westlich liegenden Raum Bautzen führte. So blieb die steinerne Schönheit erhalten, bis nach der Wende aus vielfältigen Fördertöpfen (und mit Hilfe des berühmten anonymen Spenders, siehe *ZEIT* Nr. 9) die marode Bausubstanz liebevoll restauriert wurde.

Ganz anders Zgorzelec, die polnische Schwesterstadt. Hier dominiert die Farbe Grau, moderne Wohngebäude auf den gegenüberliegenden Hügeln stehen in Opposition zu der Schönheit von Görlitz. Dennoch hört man auf beiden Seiten der Neiße in diesen Tagen immer wieder den Satz »Wir sind eine Stadt« – mit Betonung auf »eine«.

Nicht alle sahen das so. Der frühere Oberbürgermeister Rolf Karbaum berichtet von Heimatvertriebenen, die ihm stolz erklärten, dass sie niemals auch nur einen Fuß auf die andere Seite setzen würden. »Das ist absolut unheilbar«, sagt er. »Zu unserem Glück fanden wir auf der polnischen Seite Gesprächspartner, mit denen wir offen über diese Themen reden konnten.« Um weitere Gespräche zu erleichtern, lernt Karbaum inzwischen Polnisch.

»1945 haben sich hier die Züge der Flüchtlinge aus Schlesien gestaut«, erzählt Hans-Dieter Engelmann, der früher einmal das Naturkundemuseum der Stadt leitete. Viele hätten damals geglaubt, bald zurückkehren zu können. Auf der heutigen Friedenshöhe sei auf polnischer Seite ein drei Meter hoher Bretterzaun errichtet worden, damit die an Heimweh Leidenden nicht in ihre alte Heimat blicken konnten. Und auf der polnischen Seite sei es nicht anders gewesen. Die Menschen dort waren selbst Heimatvertriebene, umgesiedelt aus dem Raum Lemberg. So sei zu erklären, warum die Menschen in Zgorzelec jahrzehntelang nur noch nach Osten blickten und die Görlitzer nach Westen – Rücken an Rücken, bis zwei Wirte ihr Seil über die Neiße spannten.

Die privat erbaute Wirtsbrücke war der vorläufige Höhepunkt der deutsch-polnischen Annäherung. Damals ging in den Rathäusern beider Städte ein Schreiben aus Rom ein: Anlässlich der Einweihung der neuen Altstadtbrücke, die das Volk der Politik abgetrotzt hatte, übermittelte Papst Johannes Paul II. seine Segenswünsche an die Bürger beider Städte.

Eine Staatsgrenze soll es »nur noch im rechtlichen Sinn« geben

Als Johannes Paul II. starb, geriet die Trauerfeier für den Papst zum größten und wohl auch bewegendsten Treffen der Polen und Deutschen. »Mein polnischer Kollege rief mich an«, erinnert sich Kultur-Bürgermeister Ulf Groszmann. »Er schlug vor, dass sich Bürger beider Städte am Vorabend der Trauerfeier auf der Brücke zu einer Gedenkstunde treffen sollten.« An die 200 Görlitzer warteten schließlich auf der Brücke. »Es war halb zehn, als sich plötzlich ein nicht enden wollendes Lichtermeer auf uns zu bewegte. Wir schätzten fünf- bis sechstausend Menschen. Es war absolut ergreifend.«

Wo sich die Einwohner beider Städte zu jener Gedenkstunde trafen, soll nun ein gemeinsames Zentrum mit Unterhaltungs- und Bildungseinrichtungen entstehen – eine Art »kulturelles Einfallstor von zwei Seiten«, wie es Projektmanager Gerhard Müller formuliert. Ausschüsse beider Seiten haben einstimmig für das Projekt votiert. »Nur noch im rechtlichen Sinn«, sagt Projektmanager Müller, »wird hier eine Staatsgrenze verlaufen.«

ZUM BEISPIEL



Wolfram P. Kastner

Ein bayerischer Künstler wird bestraft, weil er einen Kranz der SS beschädigte

MÜNCHEN

Die Literaturnobelpreisträgerin Elfriede Jelinek schickte ihm ein paar Zeilen »für den selbstverständlichen Akt der Zivilcourage, der jedem abverlangt werden müsste«, und Münchens israelitische Kultusgemeinde bedankte sich für die »Selbstverständlichkeit, sämtliche Zeichen des braunen Terrorregimes unverzüglich zu entfernen«. Nur Staatsanwaltschaft, Amtsgericht und Oberlandesgericht München wollen in dem Künstler Wolfram P. Kastner keinen Helden, sondern einen Straftäter sehen. Die Kunst, so erklärten sie ihm, habe in Deutschland ihre Grenzen, wenn die Rechte anderer verletzt würden – auch die der Waffen-SS.

Was war geschehen? Im November 2003 erhielt der österreichische Bundespräsident einen Brief von Kastner. Der Herr Präsident möge doch bitte »alles veranlassen, damit dieser unerträgliche braune Spuk beendet werde«. Dem Schreiben beigelegt war eine schwarze Schleife mit der Aufschrift: »Unseren gefallenen Kameraden von der Waffen-SS. Zum Gedenken«. Den Kranz fand Kastner am Salzburger Kommunalfriedhof. Hinterlegt hatten ihn Angehörige jener NS-Organisation, die massiv an Kriegsverbrechen beteiligt war. Mitglieder der Waffen-SS stellten Wachmannschaften der KZs und beteiligten sich am systematischen Massenmord an den Juden.

Als die Staatsanwaltschaft München von der abgeschnittenen Schleife hörte, schritt sie umgehend gegen den bayerischen Künstler ein. »Von Amts wegen«, da ein »besonderes öffentliches Interesse an der Strafverfolgung« bestehe. Ermittelt wurde aber nicht gegen die Kameraden der SS, sondern gegen Künstler Kastner, der sich mit seiner Schere strafbar machte. Er habe »eine fremde Sache beschädigt« und 30 Euro Schaden verursacht. Das Amtsgericht München verurteilte Kastner. Er habe zwar »ehrenwert« gehandelt, aber 100 Euro Strafe müssten »angedroht« werden. Der Künstler ging in die Berufung und erhielt nun den Beschluss des Oberlandesgerichtes, in das er alle Hoffnung setzte. Vergebens. Seine Verurteilung stehe »im Einklang mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes« – und ist somit rechtskräftig. **FLORIAN KLENK**

Palmen an der Wümme

Wie sich eine Kleinstadt in **NIEDERSACHSEN** auf die Weltmeisterschaft und die Fußballer aus Trinidad und Tobago vorbereitet **VON SILKE HELLWIG**

ROTENBURG

Ganz persönlich haben die Rotenburger bereits Profit aus der Fußballweltmeisterschaft gezogen: Ihre geografischen Kenntnisse haben sich erweitert. »Bis vor kurzem wussten viele wahrscheinlich nicht, wo Trinidad und Tobago eigentlich liegen«, vermutet Reinhard Lüdemann, für den Sport zuständiger Beamter im Rathaus. Geschweige denn, dass sie die Nationalfahne des karibischen Inselstaates hätten beschreiben können. Aber das ist Geschichte. Hunderte von Nationalfahnen von Trinidad und Tobago – rot mit schwarzer Diagonale – hängen in der niedersächsischen Kleinstadt. Rotenburg hat sich aufgetakelt, zu Ehren der WM-Mannschaft aus der Karibik, die an der Wümme ihr Quartier aufschlagen wird. Genauer: im Landhaus Wachtelhof – ausgestattet mit 38 Zimmern, dem Prädikat »fünf Sterne superior« und norddeutscher Romantik-Architektur.

Der 22 000-Einwohner-Stadt am Rande der Lüneburger Heide »karibisches Flair« einzuhauchen will sich die Stadt was kosten lassen. »Wir haben einen Titel von 20 000 Euro in den Haushalt eingestellt«, sagt Bürgermeister Detlef Eichinger. Hinzu komme ehrenamtliches Engagement und Hilfe von der heimischen Wirtschaft. So soll beispielsweise der Pferdemarkt vorm Rathaus in einen Sandstrand mit Palmen und Liegestühlen verwandelt werden. »Wir wollen die Karibik nicht imitieren«, sagt Eichinger, »aber wir wollen, dass sich unsere Gäste willkommen fühlen, und unsere Stadt vermarkten.«

Den Gewerbetreibenden kommt der Wirbel gelegen. Selten haben sich Medien derart für die Kleinstadt interessiert. Und so ist es bei Bernd Rohlfsen, der eine Tankstelle betreibt, mit ein paar Fahnen nicht getan. Sogar auf dem Daumennagel einer seiner Mitarbeiterinnen haben die Trinidad/Tobago-Farben Platz gefunden. Dabei es gehe ihm um mehr als einen PR-Gag. »Ich glaube, dass solche Außenseiter chronisch unterschätzt werden.« Umso mehr müsse man sie unterstützen. Und so denkt sich Rohlfsen unermüdlich neue Aktionen aus. 5000 »Trinidad und Tobago«-Aufkleber will er auf Rotenburger Autos sehen, wer im »TnT«-Trikot in seine Waschanlage fährt, zahlt nur die Hälfte. Allerdings: Es gibt noch gar keine offiziellen Trikots. Jedenfalls nicht im örtlichen Sporthaus Lehmann. Mützen, Schals, Wimpel und Fahnen in allen Größen – damit kann das Geschäft dienen. Das sei schon mehr als genug, findet eine Verkäuferin: »WM, WM, WM – ich kann's bald nicht mehr hören.«

Dass die WM in Rotenburg Thema Nummer eins ist, hat die Stadt der Empfehlung von Gästen des Wachtelhofs zu verdanken – der Mannschaft von Bayern München, die schon zweimal im ersten Haus am Platz residierte und im Ahestadion trainierte. »Sahnestücke« nennt Lüdemann die Plätze. Weder Stadion noch Quartier sollen hermetisch abgeriegelt werden. Sicherheitsstandards müssen erfüllt werden, »aber wir wollen, dass es familiär und freundschaftlich zugeht«, sagt Lüdemann.

Auch im Wachtelhof ist man präpariert. »Wir sind offen für alles – wenn das Team sein letztes Vorrundenspiel gegen England gewinnt und hier mitten in der Nacht eine Party schmeißen will, machen wir das möglich«, sagt Hoteldirektor Heiko Kehrstephan. 65 Mitarbeiter werden die Fußballer umsorgen, darunter auch die des Feinschmecker-Restaurants L'Auberge. »Wir wollen es nicht übertreiben, aber unser Besuch soll ja auch was von uns mitnehmen«, so Kehrstephan. Zum Beispiel Impressionen der regionalen Küche – wie Spargel, Wild, Heidschnucken-Braten. Allerdings bringt das WM-Team einen eigenen Koch mit, damit die Spieler im Norddeutschen nicht ganz auf karibische Küche verzichten müssen.

Im Rathaus geht man davon aus, dass während der WM alle 390 Gästebetten durch Fans aus Trinidad und Tobago ausgebucht sind. Mit der Hotellerie wurde eigens ausgehandelt, dass dem weit gereisten Besuch »keine WM-Preise« abverlangt werden. Ein Shuttleservice wird die Fans zu den Spielen nach Dortmund, Nürnberg und Kaiserslautern karren. Und was ist, wenn das Team bei seiner WM-Premiere sein Waterloo erlebt? Damit die Besucher Rotenburg so oder so in guter Erinnerung behalten, kündigt Lüdemann an, »werden wir uns sicher auch noch Aktionen einfallen lassen, um schlimmstenfalls seelischen Beistand zu leisten.«

IN DER ZEIT

POLITIK

DOSSIER

WIRTSCHAFT

WISSEN

FEUILLETON

LITERATUR

LEBEN

CHANCEN

ZEITLÄUFTE

RUBRIKEN

ANZEIGEN

Die so gekennzeichneten Artikel finden Sie als Audiodatei im Premiumbereich von ZEIT.de unter www.zeit.de/audio

MURSCHETZ



MASTERPLAN AUS PULLACH

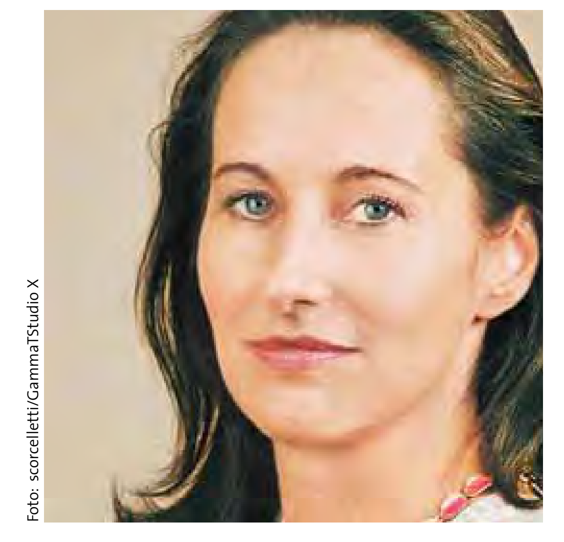


Foto: scorcelletti/Gamma/Studio X

Das »Phänomen Ségolène«

VON MICHAEL MÖNNINGER

Ségolène Royal wird als Kandidatin für die französische Präsidentenwahl gehandelt. Als einstige Umwelt- und Familienministerin hat sie Regierungserfahrung, und *Le Monde* lobt die Sozialistin: »Sie ist ein neuer Typus, weil sie Macht begrenzt und Gegengewichte zulässt« **POLITIK SEITE 2**

Mama macht Karriere

VON K. KOHLENBERG, I. PIEPGRAS UND C. VOIGT

Wie Frauen in Deutschland Kinder großziehen und berufstätig sind, ohne den Verstand zu verlieren: Margot Käßmann, die Bischöfin, Sybille Hartmann, die Controllerin (Foto), und Filmproduzentin Ariane Krampe leben es vor – in einem Land, das es ihnen besonders schwer macht **LEBEN SEITE 68**



Foto: Robert Grischek für DIE ZEIT



Foto: Frank Rothe

FOTOGALERIE

ZEIT ONLINE

German Guns

Amerikaner sind Waffennarren, Deutsche Bürokraten. Frank Rothes Fotografien spielen mit nationalen Stereotypen

www.zeit.de/fotogalerie

Tod in der modernen Kunst

Ene-Liis Semper inszeniert Selbstmorde

www.zeit.de/kunst

DOSSIER

In der Festung Dänemark



Ein nettes, kleines Land wird zum Ziel islamischer Wut, nur wegen ein paar Karikaturen. Unbemerkt davon schürt die dänische Politik seit Jahren Ausländerfeindlichkeit

VON WOLFGANG ZANK



Muslime beten auf dem Rathausplatz in **KOPENHAGEN** gegen den Irak-Krieg. Bild unten: Ein dänischer Fußballfan

Fotos [M]: Bruno Barbey/Magnum/Agentur Focus; Carl Redhead/dana press (o.)

Kaum ist der Besucher dem Taxi entstiegen, als sich auch schon ein beinahe zwei Meter hoher Mann direkt vor ihm aufbaut. Er trägt die blaugraue Uniform einer privaten Wachgesellschaft, eine Wollmütze bedeckt seine Glatze nur teilweise. Ein weiterer Wächter beäugt den Besucher kritisch aus etwas größerem Abstand, und über dem Eingang registriert eine Kamera alle Vorkommnisse. Was er denn wolle und ob er überhaupt eine Mitarbeiternummer habe, wird der Besucher gefragt. Als er sein Anliegen erklärt, darf er zumindest stehen bleiben und sich ein wenig umschauen. Das Redaktionsgebäude ist ein architektonisch wenig ansprechender Zweckbau aus gelben Ziegeln mit grauem Flachdach, und auf einer Lagerhalle linker Hand prangt der Name des Blattes: *Morgenavisen Jyllands-Posten.* Die Zeitung, die den mittlerweile weltweiten Karikaturenstreit durch Abruck der Mohammed-Porträts ausgelöst hat.

Der Beinahe-zwei-Meter-Mann geht an die Tür, tippt eine Zahl in das elektronische Schloss und verhandelt durch ein Fenster mit einem weiteren Wächter. Der greift zum Telefon, führt einige Gespräche und erteilt dann dem Besucher die Genehmigung, durch zwei Sicherheitstüren in das Gebäude zu gehen. Die Journalisten drinnen sind im Stress – die Montagsausgabe muss fertig werden. Aber Redakteur Lars Fromm gibt gerne ein wenig Auskunft.

»Unsere Situation war ja in der letzten Zeit manchmal recht unangenehm, mit mehreren Bombendrohungen, unbehaglichen E-Mails und dergleichen. Am schwersten war es für die Kollegen, deren Kinder auf Schulen in der Nähe gehen. Nicht weit von hier liegt ein Stadtteil mit vielen Einwanderern, und das prägt natürlich auch die Schulen.«

Aber gekündigt hat keiner. Auch Kulturredakteur Flemming Rose ist bald wieder zurück. Er war es, der die Mohammed-Zeichnungen ins Blatt schob. Als er dann gegenüber CNN erklärte, die *Jyllands-Posten* würde selbstverständlich im Namen der Meinungsfreiheit auch iranische Holocaust-Karikaturen abdrucken, schickte ihn Chefredakteur Carsten Juste erst einmal in Urlaub. »Der Stress war einfach zu viel für Rose«, hieß es als Begründung. Die Auflage der Zeitung ist übrigens unverändert, der gestiegene Bekanntheitsgrad des Blattes führte nicht zu mehr Einnahmen.

Beim Verlassen des Redaktionsgebäudes stellt sich heraus, dass der Beinahe-zwei-Meter-Mann und der wartende Taxifahrer alte Bekannte sind. »Der hat mich schon zweimal weggeschickt, obwohl die *Jyllands-Posten* mich hierher bestellt hatte. Aber der Kunde war noch im Gebäude. Ich trage eine Taxifahrer-Uniform, und das Auto ist klar als Taxi zu erkennen, aber der Wächter sagte, ich darf hier nicht parken. Ich musste also leer wieder abfahren.«

Der Taxifahrer – eher klein, schwarzes Haar, braune Augen – könnte vom Aussehen her durchaus Araber sein, das gab in den Augen des Wachpostens wohl den Ausschlag. Wobei es etwas absurd ist, Taxen das Parken zu verbieten, während gleichzeitig jeder mit dem Auto problemlos an das Gebäude heranfahren kann.

Und so taugt die kleine Festung *Jyllands-Posten* als Bild für das Image des ganzen Landes als der großen Festung Dänemark. Lars Kolind, lange Jahre an der Spitze von Erfolgsfirmen wie Oticon oder Radiometer und jetzt Leiter einer wirtschaftsnahen Denkfabrik, konnte die Entwicklung aus der Nähe verfolgen:

»Bis vor etwa fünf Jahren war es immer eine Freude, als Repräsentant der dänischen Wirtschaft in der Welt herumzureisen. Dänemark war als offenes, humanistisches und verantwortungsbewusstes Land bekannt.« Damit sei nun Schluss. »Der Markenname, den aufzubauen fast hundert Jahre dauerte, ist zerstört. Mehrmals bin ich in den letzten Jahren der Auffassung begegnet, dass Dänemark ein abgeschlossenes Land sei, das es schlecht versteht, Menschen aufzunehmen, die anders als wir selbst sind.«

Die bunte Utopie. Noch in den neunziger Jahren verbanden ausländische Beobachter mit Dänemark eher die anarchische, von Haschischwolken umwaberte »Republik Christiania« mitten in Kopenhagen, ein Signal für die Tolerierung alternativer Lebensformen. Früher als in anderen Ländern konnten Homosexuelle heiraten, und Windmühlen auf allen windumtosten Stätten schienen zu beweisen, dass das Land auch grüner als andere war. Und dann war da die historische Rettung der dänischen Juden im Jahre 1943. Die Dänen hatten also eine lange Tradition des freundlichen Umgangs mit Minderheiten – oder?

Allerdings war Dänemarks Toleranz lange Zeit gar nicht richtig getestet worden. Gewiss, auch nach Dänemark kamen in den sechziger Jahren viele Gastarbeiter und später Asylbewerber oder vietnamesische »Bootsflüchtlinge«. Aber der Umfang blieb eher bescheiden. Sieht man von Einwanderern aus Ländern wie Großbritannien oder Schweden ab, so lebten 1983 in Dänemark gerade mal rund 47 000 Menschen aus so genannten Drittländern wie der Türkei oder Iran – weniger als ein Prozent der Bevölkerung. Dies war allerdings schon genug, um massive Rufe nach Zuzugsbeschränkungen auszulösen. 1987 – fünf Jahre eher als in Deutschland – wurden die dänischen Asylregelungen verschärft.

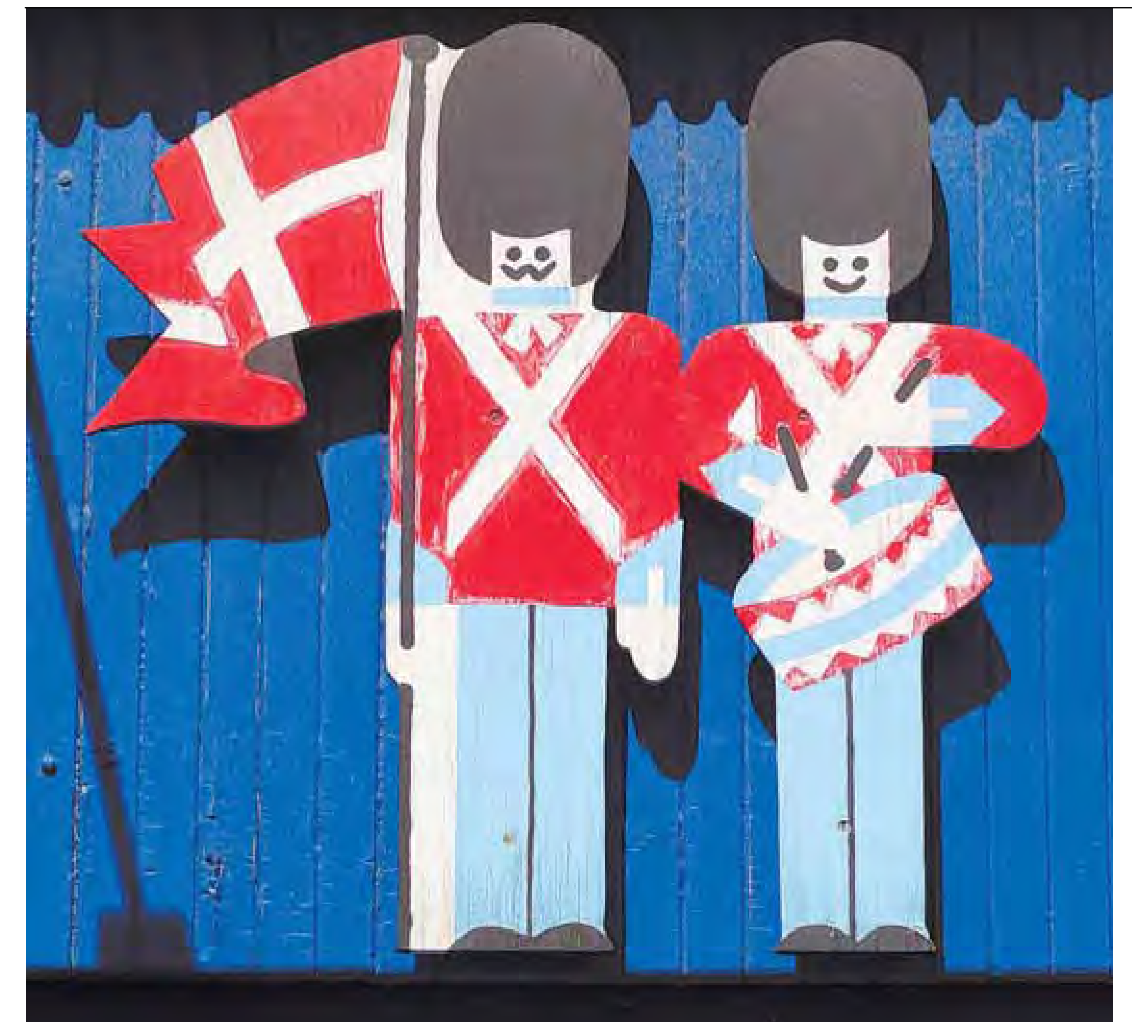
Eine generelle Fremdenfeindlichkeit war aber seinerzeit kaum auszumachen. Zwar meinten 1993 rund zwei Drittel aller Dänen, dass viele Einwanderer nur gekommen seien, »um das soziale System auszunutzen«. Aber etwa genau so viele waren der Auffassung, dass Dänemark eine Verpflichtung habe, »den Flüchtlingen ordentliche Wohnungen zur Verfügung zu stellen«. Die meisten Dänen hatten also eine eher ambivalente Haltung, die sich in die eine wie in die andere Richtung entwickeln konnte. Noch im Wahlkampf 1994 spielte das Thema kaum eine Rolle.

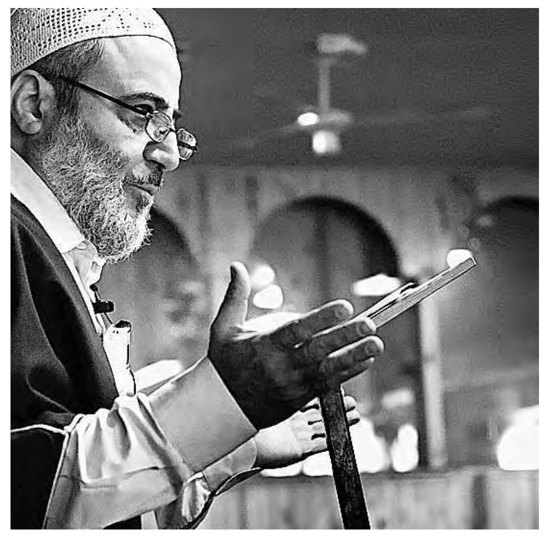
Die Stimmung kippt. Das tat sie langsam, aber sicher. Beinahe die Hälfte der Dänen war im Jahre 2000 der Meinung, dass »die Einwanderung eine ernsthafte Bedrohung unserer nationalen Eigenart darstellt«. Das Thema rückte auf der Liste der wahlentscheidenden Fragen ganz nach oben. Vor allem durch Familienzusammenführungen und weiteren Asylbewerberzustrom war die Zahl der Ausländer auf 270 000 gestiegen – das waren jetzt rund fünf Prozent der Gesamtbevölkerung. Nun konnten die Dänen ganze Gruppen von Somaliern auf den Marktplätzen beobachten. Exotische Läden breiteten sich aus, und in bestimmten Vierteln wie Ishøj in Kopenhagen oder Vollsmose in Odense prägten Kopftücher und dunkle Hautfarbe das Straßenbild. Auf diese Umwandlung des Landes in eine unübersehbar multikulturelle Gesellschaft war die dänische Öffentlichkeit nicht vorbereitet.

Die Boulevardzeitung *Ekstrabladet* nahm sich des Themas an. In ganzen Serien informierte das Blatt seine Leser über anatolische Familien mit Dutzenden von Angehörigen, die alle zusammen Anspruch auf Sozialhilfe hatten und deren Frauen kaum auf die Straße gelassen wurden. Oder über jugendliche pakistanische Einwanderer der zweiten Generation, die ihr Taschengeld mit Räubereien aller Art aufbesserten. Die meisten dieser Geschichten waren im Einzelfall durchaus korrekt.

All dies war Wasser auf die Mühlen der Dänischen Volkspartei. Dabei handelte es sich um

Fortsetzung *auf Seite 18*









Fotos [M]: Jörg Gläscher/laif (o.); Tariq Mikkel Khan/dpa (m.l.); Francis Dean/dpa;Frank Tophoven/laif (u.)

Dänische **PAPPKAMERADEN**, den königlichen Wachsoldaten nachempfunden. Darunter im Uhrzeigersinn: Der dänische Imam Abu Laban; ein Grabstein des geschändeten islamischen Friedhofs in Vestekirkegaard; Ferienhaus auf der Insel Fünen

In der Festung Dänemark

Fortsetzung *von Seite 17*

die politischen Erben der früheren Fortschritts-Partei des Steuerrebellen Mogens Glistrup. Dem war 1973 aus dem Stand der triumphale Einzug ins Parlament gelungen. Allerdings gewann seine Partei niemals richtig Einfluss – sie war zu chaotisch, interne Kräche waren an der Tagesordnung. Dann, 1995, gründete eine Gruppe von Parteirebellen die Dänische Volkspartei. Vorsitzende wurde Pia Kjærsgaard, eine schlagfertige »Frau aus dem Volk«, die zuvor als Altenpflegerin gearbeitet hatte. Unter ihrer Führung machte die Partei eine bemerkenswerte Verwandlung durch.

Still und leise ließ Pia Kjærsgaard die traditionellen Forderungen nach Steuersenkungen fallen und profilierte ihre Truppe als Kämpfer für die Belange der Rentner und anderer sozial Schwacher. Man gab sich patriotisch und stritt unter dem Motto »Für Krone und Vaterland!« gegen EU und Euro. Und natürlich agitierte die Partei gegen Fremde und Einwanderer, vermied dabei aber gezielt allzu wüste Ausfälle im Stile Glistrups. Dieser hatte erklärt, man solle alle muslimischen Frauen einfangen und an den Meistbietenden verkaufen.

Die Volkspartei konnte erfolgreich in sozialdemokratische Wählergruppen eindringen und unter ungelernten Arbeitern Fuß fassen. Gleichzeitig wurde sie durchaus auch für einige Intellektuelle attraktiv. Kristian Thulesen Dahl, der Haushaltsexperte der Partei, ist studierter Ökonom, und die Vettern Søren Krarup und Jesper Langballe, beide Parlamentsabgeordnete, sind Pastoren.

Noch 1999 höhnte der sozialdemokratische Premier Poul Nyrup Rasmussen an die Adresse der Volkspartei: »Ihr werdet nie stubenrein!« Er sollte sich irren, die Partei erwies sich bald als professionell genug, um als Partner für die Strategen im bürgerlichen Lager attraktiv zu werden.

»Birnendänisch« oder bloß zugereist? Die Wahl vom November 2001 wurde zur Wasserscheide der dänischen Politik. Liberale und Konservative bildeten die neue Minderheitenregierung unter Führung des liberalen Anders Fogh Rasmussen. Pia Kjærsgaards Volkspartei sagte Unterstützung zu – und sicherte sich damit Einfluss auf die Regierungsgeschäfte. Früher mussten die Parteien Kompromisse über die Mitte hinweg finden, das erübrigte sich nun, Premier Rasmussen konnte rechte Blockpolitik betreiben. Mit der Wahl 2001 verschwand somit die »grüne Mehrheit«, die bis dahin wechselnden Regierungen ihren Stempel aufgedrückt hatte. Rasmussen konnte bei Umwelt und Entwicklungshilfe einsparen.

Und die neue Regierung kündigte eine »stramme« Einwanderungspolitik an. Schon am 1. März 2002 legte Flüchtlings- und Integrationsminister Haarder, nach Absprache mit der Volkspartei, einen Entwurf zur Verschärfung der Ausländergesetzgebung vor. Entgegen sonstiger Praxis hatten Organisationen wie die Dänische Flüchtlingshilfe ganze zwei Wochen Zeit, den Text zu sichten und Kommentare einzureichen. Die Familienzusammenführung von Eheleuten wurde nur noch dann erlaubt, wenn beide zusammengenommen länger in Dänemark als im Herkunftsland gelebt hatten. Und beide mussten über 24 sein, angeblich, um Zwangseheschließungen zu vermeiden. Schließlich erhielten Flüchtlinge von nun an eine finanzielle »Starthilfe«. Diese war um etwa ein Drittel niedriger als die bislang gezahlte Sozialhilfe.

Das alles wurde jedoch kaum wahrgenommen, weil Regierungschef Rasmussen während des dänischen EU-Vorsitzes im zweiten Halbjahr 2002 die finalen Verhandlungen zur EU-Erweiterung unter Dach und Fach brachte. Die *Financial Times* kürte ihn zum *»hero of the enlargement«.*

Wie beabsichtigt, gingen die Zahlen der Familienzusammenführungen und Asylbewerbungen rasch nach unten. Allerdings bekam die Regierung bald beträchtlichen innenpolitischen Ärger. Es stellte sich nämlich heraus, dass auch viele »richtige« Dänen, im Volksmund »birnendänisch« geheißen, in Mitleidenschaft gerieten. Beispielsweise Caroline Arends Fuks. Nach 13 Jahren in Israel verboten ihr die dänischen Behörden, mit ihrem Mann Meir und ihren beiden Kindern nach Dänemark umzuziehen.

Beide hatten Arbeit in Dänemark gefunden, desgleichen eine Wohnung, die groß genug für die Familie war. Sie erfüllten also eigentlich mustergültig alle Bestimmungen zur Familienzusammenführung – bis eben auf die der »Zugehörigkeit, zusammengenommen«: Meir hatte bis dahin sein ganzes Leben in Israel gelebt und Caroline immerhin 13 Jahre: Voilà, ihre nationale Zugehörigkeit, zusammengenommen, war gegenüber Israel größer als gegenüber Dänemark. Caroline Arends Fuks kommentierte: »Als ob die Regierung zu einer großen Gruppe von Dänen sagen will, dass sie wegbleiben sollen, weil ihre Ehepartner eine Art Kakerlaken sind.«

Aus den USA meldete sich Malene Belafonte, Harry Belafontes dänische Schwiegertochter und Fotomodell: »Aus meiner Warte grenzt das an Neonazismus, wenn die Regierung es auf diese Weise Dänen verwehrt, zurückzukehren. Dreht es sich darum, dass Dänemark eine rein europäische Rasse heranzüchten möchte? Ich muss feststellen, dass ich kein Heimatland mehr habe.«

Als immer mehr Fälle von dänischen Opfern die Medien füllten, vollzog die Regierung eine Frontbegradigung: Personen, die seit mindestens 28 Jahren dänische Staatsbürger sind, können ihre ausländischen Ehepartner ins Land holen, auch wenn sie das Zugehörigkeitskriterium nicht erfüllen. Aber in der Praxis bedeutet die Regelung natürlich, dass nur »birnendänische« Staatsbürger über 28 dies können. Kaum ein Einwanderer hat seine Staatsbürgerschaft schon seit 28 Jahren. Juristen in aller Welt wunderten sich, dass Dänemark auf diese Weise zwei Sorten von Staatsbürgerschaft einführte, eine richtige und eine »light«.

Nicht wenige Experten kamen zu dem Schluss, dass die dänische Praxis Menschenrechte verletze. Im Juli 2004 verfasste Alvaro Gil-Robles, Spanier und Kommissar für Menschenrechte des Europarates, einen Rapport über Dänemark.

Der Robles-Rapport. Der Brüsseler Kommissar schrieb nicht direkt, dass Dänemark Menschenrechte verletzt habe. Er griff zu diplomatischen Wendungen, um größere öffentliche Polemiken zu vermeiden. Daraufhin veröffentlichte Minister Haarder in der *Berlingske Tidende,* dem Hausblatt des gehoben bürgerlichen Dänemarks, eine Interpretation eigener Art: »Ich freue mich über das schriftliche Attest des Europarat-Kommissars, dass Dänemark keine der vielen Konventionen des Europarates bricht. Dies bat ich ihn zu bestätigen, und das hat er nun getan.«

In einem Interview mit der linksliberalen Zeitung *Politiken* sprach Gil-Robles von nun an Klartext: »Dänemark bricht unbedingt eine Reihe von Menschenrechten, insbesondere im Zusammenhang mit Familienzusammenführungen.«

Der Kommissar verwies vor allem auf Artikel acht der Europäischen Menschenrechtskonvention, demzufolge alle Menschen ein Recht auf ein Familienleben haben, und bemerkte: »Eine Familie besteht in der Regel aus zwei Erwachsenen und deren Kindern. Aber in Dänemark versucht die Regierung mit allen möglichen gesetzlichen Eingriffen, dies zu verhindern.«

Minister Haarder nahm sich darauf die Person des Kommissars vor: »Wir sind das einzige Land, das ein Mittel gegen arrangierte Eheschließungen gefunden hat, und das heißt 24-Jahre-Regel. Die ist frauenprogressiv, und das kann ein Spanier vielleicht nicht so gut verstehen.«

Nun hat der Rapport eines Menschenrechtskommissars keine juristisch bindende Qualität. Nur ein Gericht könnte Dänemark rechtskräftig verurteilen oder eben freisprechen. Aber die meisten Betroffenen haben nicht die Nerven, viele Monate oder gar Jahre auf einen Gerichtsentscheid zu warten. Sie klagen daher nicht. Und als es doch einmal zum Prozess zu kommen schien, entfiel plötzlich dessen Grundlage.

Dabei versprach Karunas Fall, juristisch interessant zu werden. 1995 aus Sri Lanka nach Dänemark gekommen, war er zuvor als Mitglied einer Studentengruppe mit Verbindungen zur bewaffneten Rebellenorganisation Tamil Tigers in Sri Lanka verhaftet und im Gefängnis gefoltert worden. Unter anderem riss man ihm einen Fußnagel aus. Während eines Angriffes der Tigers auf das Gefängnis konnte er fliehen und erhielt schließlich in Dänemark Asyl. Aus Angst, die Behörden in Sri Lanka könnten Rache an seinen Verwandten nehmen, gibt er nur seinen Rufnamen Karuna an und nicht seinen richtigen Namen.

Während eines Urlaubs in Thailand beschlossen Karuna und seine Jugendfreundin aus Sri Lanka zu heiraten. Das war allerdings nicht so einfach, denn die dänischen Behörden lehnten eine Familienzusammenführung mit der Begründung ab, zusammengenommen hätten die beiden eine viel engere Bindung an Sri Lanka als an Dänemark. Der Umstand, dass Karuna in Sri Lanka Gefängnis und Folter riskierte, war aus der Sicht der Behörden nicht erheblich.

Das DRC, ein unabhängiges Dokumentations- und Beratungsinstitut gegen ethnische Diskriminierung, beantragte im Juni 2004 in Karunas Namen einen kostenfreien Prozess. Im August erhielt Karuna plötzlich den Bescheid, dass die Einwanderungsbehörden ihre Haltung korrigieren wollten. Sehr erfreulich für Karuna und seine Frau. Aber damit entfiel zugleich die Grundlage für einen Prozess.

»Ich hasse Dänemark.« Auch ein einfaches Touristenvisum ist manchmal nur sehr schwer zu bekommen. Eine iranische Frau, seit 19 Jahren in Dänemark, versuchte zweimal, ihre Schwester und andere Angehörige nach Dänemark einzuladen. Deren Anträge auf Visa wurden abgelehnt, denn die Behörden befürchteten, die Iraner könnten, einmal in Dänemark, Asyl beantragen. »Ich habe mich auf alle mögliche Weise angestrengt, integriert zu werden«, erklärte die Frau, »nun fühle ich mich tief verletzt. Jetzt hasse ich Dänemark.«

In der letzten Woche berichtete das dänische Radio P1 von einem schwer kranken älteren eingebürgerten Türken und seinen Söhnen Mustafa und Orhan. Die Kinder sind bei einer dänischen Pflegefamilie untergebracht, denn der Vater kann sie nicht betreuen, und die Mutter lebt in der Türkei und hat ihre Kinder seit drei Jahren nicht gesehen. Ein Besuchsvisum wird ihr verweigert. Sie hatte sich früher einmal ohne Genehmigung in Dänemark aufgehalten und könnte womöglich eine Aufenthaltserlaubnis beantragen.

Für den Erwerb der Staatsbürgerschaft genügte bislang eine Dänisch-Prüfung der Stufe 2 – bald wird Stufe 3 verlangt werden. Die Anforderungen sind so streng, dass die meisten Wähler der Dänischen Volkspartei, un- und angelernte Arbeiter vor allem, sie nicht erfüllen könnten. In der Praxis bedeutet die Verschärfung also, dass Einwanderer ohne akademische Bildung sich keine Hoffnung mehr zu machen brauchen, einen dänischen Pass zu erlangen.

Früher konnten Folteropfer eine Befreiung vom Sprachtest beantragen, sofern ein Arzt schwere Schäden attestierte. Auch damit ist nun Schluss. »Selbstverständlich haben Folteropfer Anspruch auf unsere Fürsorge«, erklärte Søren Krarup, der Pastor von der Dänischen Volkspartei. Aber Staatsbürgerschaft sei eben etwas ganz anderes, da sei die sichere Beherrschung des Dänischen nun einmal Voraussetzung.











Fotos [M]: Thomas Willmann/dpa (o.l.); Keld Navntoft/dana press (o.r.); Tariq Mikkel Khan/dpa (u.l.); Francis Dean/dpa (u.r.); Gilles Leimdorfer/Rapho/laif (ganz r.)

EX-PORNO-STAR Louise Frevert (links oben); die Pastoren Langballe und Krarup von der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei und deren Vorsitzende Pia Kjaersgaard (unten); Regierungschef Rasmussen (oben rechts). Großes Bild: Dänen im **KORNFELD**

Das Dänische – die Sprache wirkt auf Nichtdänen, als sei sie eigens zu dem Zweck konstruiert worden, ihnen das Erlernen so schwer wie möglich zu machen. Es wimmelt von Unregelmäßigkeiten und unlogischem Gebrauch von Präpositionen; Dänen liegen beispielsweise nicht »im«, sondern »auf« dem Krankenhaus. Und dann natürlich die Aussprache: Auslautendes d hört sich an, als habe der Sprecher eine Kartoffel hinter die Unterlippe geschoben. Andere Laute werden verschluckt, und viele Silben sind durch die gezielte Andeutung eines Schluckaufs zu untermalen.

»Die aus den warmen Ländern.« Schwer auszuloten ist das Ausmaß alltäglicher Diskriminierung, über das viele Einwanderer klagen. Es wäre zweifellos verfehlt, sich alle Dänen oder auch nur die meisten von ihnen als fremdenfeindliche Rüpel vorzustellen.

Samia Jeppesen kommt aus Somalia und lebt mit ihrem dänischen Mann in Aabybro. Sie berichtet: »Zum Glück lebe ich in einer Kleinstadt. Ich habe keine Probleme. Wir grüßen uns, und die betrachten mich nicht als Ausländerin, sondern als Nachbarin – auch nicht als Muslimin, denn darüber reden wir nicht. Und ich respektiere sie als Nachbarn.« Und Adim Akbulut, aus der Türkei kommend und jetzt Gemüsehändler in der Kopenhagener Vorstadt Ishøj, findet: »In Dänemark kann man schön leben. Keiner belästigt mich. Das ist ein freies Land.«

Andere aber berichten von beleidigenden Bemerkungen und Barrieren bei der Job- und Wohnungssuche. Manche Dänen, und nicht nur die vom rechten Rand, brüsten sich geradezu, die Fremden auszusortieren. Kjeld Rasmussen, Sozialdemokrat und Bürgermeister in Brøndby, erklärte schon 1997 ganz offen: »Dann sitze ich zusammen mit unserem Wohnungsausschuss und der Verwaltung und vermiete. Und seit Februar kommt kein einziger aus den warmen Ländern mehr nach Brøndby-Nord. Wir schmeißen auch die kriminellen Idioten raus, wenn die sich nicht ordentlich aufführen. Wir säubern, zur Freude der Bürger und der Wohnungsgesellschaften. Die Einwohner haben ein Recht darauf, dass wir das dänische Wohnmilieu bewahren.«

Vieles verläuft eher im Stillen. Zwei Journalisten gaben sich als Wohnungssuchende aus, der eine mit dänischem Namen, der andere unter einem arabischen. Die Wohnungsgesellschaft erklärte dem Dänen, die Wartezeit betrage nur zwei Jahre, beim »Araber« waren es sechs Jahre.

Die dänische Berufsausbildung findet, anders als in Deutschland, vor allem in staatlichen Schulen statt. Aber die Jugendlichen brauchen Praktikumsplätze. Laut einer Untersuchung schreiben junge Leute mit Einwanderer-Hintergrund zwanzig Prozent der Bewerbungen dafür, bekommen aber nur fünf Prozent der Zusagen. Und wenn ältere Menschen es verlangten, haben viele Kommunen stillschweigend Haushelfer mit dunkler Hautfarbe gegen Weiße ausgetauscht – ein Bruch dänischer Gesetze, die ethnische oder rassische Diskriminierung am Arbeitsplatz verbieten.

Nun legen in der Tat viele junge Einwanderer »aus den warmen Ländern« sehr problematische Verhaltensweisen an den Tag. Nicht wenige vernachlässigen ihre Ausbildung, beleidigen Homosexuelle und werden gewalttätig. Fundamentalistische Organisationen wie Hizb-ut-Tahrir haben Zulauf. Aber das ist eben nur die eine Seite, vielfältige Diskriminierungen von dänischer Seite sind die andere.

Nur wenige Politiker und Journalisten scheinen beide Seiten diskutieren zu wollen. Professor Ulf R. Hedetoft, Leiter des Forschungsnetzwerkes AMID (Academy for Migration Studies in Denmark), verglich die dänische Diskussion mit der im Nachbarland Schweden:

»Der öffentliche Diskurs ist in den beiden Ländern beinahe diametral gegenläufig. Gewiss besteht man auch in Schweden darauf, dass sich die Einwanderer einfügen. Aber ansonsten wird dort vor allem diskutiert, wie sich Schweden ändern muss und wie man Diskriminierungsmechanismen in der schwedischen Gesellschaft abbauen kann. Demgegenüber dreht sich die dänische Diskussion vor allem darum, wie sich die Einwanderer ändern müssen und welche Probleme und Kosten sie verursachen.«

Bleibt anzumerken, dass Schweden viel mehr Einwanderer als Dänemark aufgenommen hat (zwölf Prozent der Bevölkerung gegenüber sechs in Dänemark), dass dort die Gesetze viel liberaler und die Rechtspopulisten viel schwächer sind. Und die dänischen Populisten trauten sich immer mehr. Pia Kjærsgaards Kommentar zum Angriff auf das World Trade Center lautete: »Es wurde gesagt, dass der 11. September Anlass zu einem Kampf der Zivilisationen gibt. Ein Kampf zwischen den Zivilisationen würde jedoch voraussetzen, dass man von zwei Zivilisationen sprechen kann, und dies ist nicht der Fall. Es gibt nur eine Zivilisation, und das ist die unsrige.«

Ihr Parteifreund Pastor Jesper Langballe bezeichnete vom Rednerpult des Parlaments herab den Islam als »Pest über Europa«.

Ein Porno-Star redet ganz offen. Die Parlamentsabgeordnete Louise Frevert hatte eine schillernde Biografie als Bauchtänzerin und Porno-Star hinter sich, als sie Politikerin wurde. Journalisten der Zeitung *Politiken* fanden Ende September 2005 auf ihrer Web-Seite eine Reihe von Artikeln, in denen etwa zu lesen war: Junge kriminelle Muslime seien »Feinde in einem Krieg und nicht einfach nur gestörte dänische Jungen mit muslimischem Hintergrund, und Feinde in einem Krieg muss man einfangen und unschädlich machen. Unsere Gesetze verbieten es uns, unsere Gegner offiziell zu töten, wir haben also nur die Möglichkeit, unsere Gefängnisse mit diesen Kriminellen zu füllen.«

Dies sei jedoch auf die Dauer recht teuer, daher solle Dänemark auf ein russisches Angebot eingehen und die jungen Gangster in russischen Gefängnissen für 25 Kronen am Tag verwahren lassen. An anderer Stelle war zu lesen, eine Integration von Muslimen in die dänische Gesellschaft sei dasselbe, als pflanze man einem gesunden Körper Krebszellen ein. Die Geschwulst sei zu entfernen, »ob mit dem Messer oder mit Jura, ist nicht das Entscheidende«.

Als ein Journalist anfragte, ob sie das wirklich so meine, bekam er zur Antwort: »Du« – man ist in Dänemark allgemein per Du, außer gegenüber der Königin –, »Du kannst die Worte genau so verstehen, wie sie da stehen. Da steht nichts zwischen den Zeilen.«

Nun waren sich die Juristen allerdings rasch einig, dass die Sprüche auf der Web-Seite den Tatbestand des Paragrafen 266b Strafgesetzbuch – Verhetzung – erfüllten. Außerdem nahm die Führung der Dänischen Volkspartei ihre offenherzige Abgeordnete sofort in die Mangel. Daraufhin erfuhr die Öffentlichkeit, dass Louise Frevert die Texte gar nicht selbst geschrieben hatte. Sie hatte nicht einmal Kenntnis von deren Existenz. Der Schuldige sei vielmehr ihr Webmaster, der pensionierte Korvettenkapitän und Parteifreund Ebbe Talleruphuus. Er nahm die Schuld auf sich und kam seinem angekündigten Parteiausschluss durch Austritt zuvor.

Die Abgeordnete aber erklärte im Radio: »Niemals! Ich habe dies da niemals geschrieben, und ich werde das auch niemals wieder (sic!) schreiben.« Freud ließ grüßen.

Der Kulturminister hat eine Idee. Auch unter gutbürgerlichen Dänen mit gesitteten Umgangsformen gibt es gar nicht so wenige, die von einer ausgesprochenen Islam-Paranoia befallen sind. Als Prototyp kann vielleicht Søren Krarup, Pastor und Abgeordneter der Dänischen Volkspartei, dienen. In einem Zeitungsartikel schrieb er: »Es ist dem Islam gelungen, einen Teil Dänemarks zu erobern … Wir befinden uns in einem Religionskrieg oder in einem Kulturzusammenstoß. Er ist ewig und unvermeidbar. Und alle Vorstellungen, dass ein Dialog den Zusammenstoß abwenden könnte … sind nur ein anderes Wort für Blindheit oder Kapitulation. Es gibt darum keine politische Lösung.«

Nach Meinung des Pastors war der Islam seit Mohammeds Zeiten unablässig darauf aus, die Welt zu erobern. 732 konnte Karl Martell Europa in der Schlacht bei Poitiers retten, und 1683 gelang Ähnliches vor Wien. Aber jetzt griffen die Muslime wieder an.

Der konservative Kulturminister Brian Mikkelsen denkt offenbar in Bahnen, die denen Pastor Krarups zumindest ähneln. Auch er sprach wiederholt vom »Kulturkampf«. Einwanderer aus muslimischen Ländern wollten »dänische Kultur und europäische Werte nicht anerkennen« und hätten eine Parallelgesellschaft aufgebaut, »in der Minderheiten ihre mittelalterlichen Normen und undemokratischen Gedanken praktizieren«. Auf dem Parteitag der Konservativen sah der Minister die Freiheit des künstlerischen Ausdrucks in Dänemark bereits eingeschränkt. Kein Komiker würde es wagen, »auf den Koran zu pissen«, und Zeichner trauten sich nicht, Mohammeds Gesicht zu porträtieren.

Das liberale Blatt *Weekendavisen* verstand die Rede des Ministers als Kriegserklärung an den Islam. In der Redaktion der *Jyllands-Posten* – nicht eben die Crème des skandinavischen Journalismus, aber auch kein Boulevardblatt – fing man den Ball auf und entschloss sich zum Abdruck der mittlerweile weltberühmten Mohammed-Karikaturen, am 30. September vorigen Jahres. Wie Kulturredakteur Flemming Rose muslimischen Lesern erläuterte, gehöre es nun einmal zur Demokratie und zur Meinungsfreiheit, dass man sich mit »Verhöhnung, Verspottung und Lächerlichmachen abfindet«.

Verhöhnung also als Erziehung zur Demokratie. Viele Muslime in Dänemark, auch solche mit einem »entspannten Verhältnis zur Religion« wie die kurdische Psychologiestudentin Zelal Önder, waren tief getroffen: »Diese Sache hat etwas in mir berührt, das nicht vereinbar ist mit der Art, wie ich vorher unser dänisches Land betrachtet habe. Es tut mir leid, Freunde, eine Mohammed-Zeichnung mit Bombe auf dem Kopf, das tut weh.«

Regierung, *Jyllands-Posten* und ein Heer von Leserbriefschreibern haben seitdem energisch die »Meinungsfreiheit« verteidigt. Das darf man aber nicht so verstehen, dass man in Dänemark religiöse Symbole nach Belieben verhöhnen kann. Als der Provokünstler Jens Jørgen Thorsen 1984 ein Jesus-Bild öffentlich aufhängen wollte – sein Jesus war in erotisch angeregtem Zustand, das war nicht nur am Gesichtsausdruck deutlich zu erkennen –, da vereitelte die dänische Polizei umgehend Thorsens Vorhaben.

Fortsetzung *auf Seite 20*






Fotos [M]: Uffe Billung/dana press (o.l.); Helene Bagger/dana press (o.r.) Viemose KÅre/Polfoto/dpa (u.l.); Simon Roberts/Rex Features (u.r.); Jörg Gläscher/laif (ganz r.)

Oben links: Geschändeter islamischer Grabstein, daneben eine **FRIEDLICHE** Demonstration muslimischer Dänen. Unten links: Ausländerin beim Sprach- und Landeskundetest, daneben der muslimische Starprediger Amr Chaled. Großes Bild: Ein **WIKINGER** auf dem Fahrrad

In der Festung Dänemark

Fortsetzung *von Seite 19*

Und vor einigen Jahren verkaufte eine Ladenkette Sandalen mit Jesus auf der Sohle. Sollte etwa Jesus mit Füßen getreten werden? Ein Proteststurm sorgte rasch dafür, dass die Sandalen zurückgezogen wurden. Die Verhöhnungsfreiheit gilt also nur für Symbole bestimmter Gruppen. Jedenfalls nicht für die der Mehrheit.

Die weltweite Eskalation der Mohammed-Krise hat wohl keiner vorausgesehen. Allerdings kann man Premier Rasmussen nicht von dem Vorwurf freisprechen, mögliche Schritte zur rechtzeitigen Eindämmung unterlassen zu haben. Zum einen nahm er vorher niemals Stellung zu den antiislamischen Tiraden von rechts. Das hätte ja schließlich das Klima der Zusammenarbeit mit der Dänischen Volkspartei belastet. Auch nach Ausbruch der Krise distanzierte er sich nur in ganz allgemeinen Wendungen von fremdenfeindlichen Äußerungen. Und auch die Sozialdemokraten tauchten jedes Mal ab, wenn das Thema Einwanderung diskutiert wurde. Fremdenfeindliche Losungen bekamen damit einen Spielraum wie wohl in keinem anderen europäischen Land.

Erst nachdem die Botschaft in Damaskus brannte und die Krise völlig außer Kontrolle zu geraten drohte, bequemte Rasmussen sich zu dem Satz: »Ich habe persönlich einen derartigen Respekt vor den religiösen Gefühlen anderer Menschen, dass ich persönlich weder den Propheten Mohammed noch Jesus noch eine andere religiöse Gestalt in einer Weise darstellen würde, welche andere Menschen verletzen könnte.«

Auch die *Jyllands-Posten* rang sich viel zu spät zu einer halben Entschuldigung durch und beklagte die Folgen, die der Abdruck hatte. Aber nicht die Handlung als solche.

Im Januar schien die Krise auch in Dänemark zu eskalieren. Als Antwort auf das Abbrennen der dänischen Fahne in Palästina kündigten dänische Neonazis eine öffentliche Koranverbrennung an. Die Polizei konnte es verhindern, aber das Gerücht war ein Faktor, um den Mob in Damaskus in Bewegung zu setzen. Bei der *Jyllands-Posten* liefen Bombendrohungen ein. Muslimische Taxi-Chauffeure in Helsingør wurden angepöbelt. Unbekannte Täter schändeten einen muslimischen Friedhof in der Nähe von Esbjerg.

Allerdings erlebte Dänemark auch eine bis dahin nicht gesehene Mobilisierung gegen Fremdenfeindlichkeit und für gegenseitigen Respekt. Ein Bus-Chauffeur organisierte eine Demonstration in Hobro, drei Lehrerstudenten eine solche in Aalborg. Der radikalliberale Abgeordnete Naser Khader schuf ein Netzwerk demokratischer Muslime, und wo er auftritt, ist der Saal voll. Zwölf Schriftsteller klagten im Dezember in einen offenen Brief über den Ton der dänischen Debatten. 22 ehemalige Diplomaten taten Ähnliches und kritisierten Regierung und *Jyllands-Posten* scharf.

Die Langzeitwirkungen der Krise sind schwer abzuschätzen. Kurzfristig hat sie sich für die Regierung allerdings rentiert. Umfragen zufolge kann die Dänische Volkspartei erneut zulegen, von 13 auf 15 Prozent. Ganz gewiss sind die fremdenfreundlichen Radikalliberalen und die Sozialistische Volkspartei ebenfalls im Aufwind, aber da es mit den Sozialdemokraten bergab geht, behält die Regierung eine solide Mehrheit. Für Premier Rasmussen besteht also kein Anlass, den Kurs zu ändern, im Gegenteil.

Im Dezember kündigte die Regierung weitere Zuzugsbeschränkungen an. Genauer gesagt: Man will gerne gut ausgebildete Europäer oder Amerikaner ins Land locken und gleichzeitig den Zuzug aus Ländern wie Pakistan ganz stoppen.

Ein islamischer Superstar

Der Fernsehprediger Amr Chaled reist nach Dänemark, um den Karikaturenstreit zu beenden – seine junge, globale Gemeinde steht hinter ihm VON JULIA GERLACH

Die Sache ist ihm dringend. Darum schickt Amr Chaled seine Botschaft eigenhändig per SMS an seine Anhänger: »Schau dir meine Spezialsendung auf Iqraa an!« Iqraa, das ist ein saudisch finanzierter Satellitensender, und die Spezialsendung heißt *Vor der Konferenz von Kopenhagen.* Die wiederum ist die Botschaft.

Amr Chaled ist ein globaler Superstar mit Millionen Anhängern. Wenn er nach Kopenhagen geht, horcht die muslimische Weltjugend auf. »Ich möchte, dass es der islamischen Welt in zwanzig Jahren besser geht«, sagt er in seiner Sendung und schaut mit weit geöffneten Augen in die Kamera. »Ich möchte, dass die islamische Renaissance gelingt.«

Vom heutigen Donnerstag an will er in Kopenhagen den Dialog mit den Dänen beginnen, und er will seinen Anhängern erklären, wieso er sich zu diesem großen Schritt entschlossen hat. 25 Jugendliche aus der arabischen Welt hat er eingeladen, um mit 25 jungen Dänen über die Zukunft des Kulturkonflikts zu sprechen. Er selbst wird mit dem dänischen Botschafter im Irak, Ole Wöhler Olsen, und Bischof Karsten Nissen eine Diskussion führen, die live in die arabische Welt übertragen wird – angesichts der antidänischen Stimmung dort ein mutiges Projekt.

»Wir müssen an unsere Zukunft denken und dürfen nicht alles kaputt machen«, appelliert er an sein Publikum. »Ich sage nicht, dass die islamische Nation sich alles gefallen lassen darf, aber wir sollten uns fragen: Wie hätte unser geliebter Prophet Mohammed auf solche Provokationen und solches Unrecht reagiert? Was hätte er getan?«

Amr Chaled hat in den vergangenen zehn Jahren mit seinen Geschichten über den Propheten die Herzen der muslimischen Jugend erobert. Er beschreibt Mohammeds Geduld und Toleranz, denn er will, dass diese Jugend friedlich mit anderen Menschen zusammenlebt. Im Islam sieht er die Lösung für die Probleme der Muslime – er predigt einen Mitmach-Islam. Nehmt euer Leben in die eigene Hand und tut etwas für andere! So lautet seine Botschaft.

Im Karikaturenstreit bezog der Prediger zunächst eine konfrontative Position: »Wir wollen keine oberflächlichen Entschuldigungen, die nicht so tief sind wie unsere Verletzungen. Wir werden unseren Protest nicht beenden, bevor der Prophet nicht seine Würde zurückbekommt.« Viele Anhänger waren über diese – als Aufruf zu Demonstrationen und Boykott verstandene – Äußerung erstaunt, sie hätten eher moderatere Töne von ihm erwartet.

Und in der Tat, nach den gewaltsamen Demonstrationen in Beirut, Damaskus und Pakistan änderte er seine Tonlage. Gemeinsam mit 42 anderen Religionsgelehrten und Predigern aus mehreren Ländern veröffentlichte Amr Chaled nun einen Aufruf zum Dialog und gegen Gewalt. Zum ersten Mal gelang es, die chronisch uneinigen Islam-Vertreter unter einen Hut zu bringen. Die Idee der Konferenz in Kopenhagen wurde geboren.

Der Fernsehprediger holte sich die Zustimmung seiner weltweiten Anhängerschaft mit den Mitteln der modernen Medienwelt: 80 000 Jugendliche beteiligten sich an seiner Internet-Umfrage. 93 Prozent waren der Meinung, dass es richtig sei, jetzt den Dialog mit den Dänen zu suchen. Mehrere tausend Jugendliche beteiligten sich an Amr Chaleds ebenfalls online ausgeschriebenem Wettbewerb: Wer hat die beste Idee, den Konflikt zu deeskalieren? Diese Ideen sollen beim Kopenhagen-Treffen vorgestellt werden.

Im Zuge des Karikaturenstreits berichteten die arabischen Medien ausführlich über das Leben der Muslime in Europa. Sie zeigten allerdings ein eher negatives Bild von Unterdrückung und Diskriminierung. Amr Chaled, gebürtiger Ägypter, lebt selbst seit 2002 im englischen Birmingham, nachdem ihm in seiner Heimat das Predigen verboten wurde, weil er angeblich sogar die Schwiegertochter des Präsidenten Mubarak als Anhängerin gewinnen konnte. Er weiß also, wovon er spricht, wenn er seiner globalen Gemeinde Geschichten von Muslimen erzählt, die in Europa Erfolg haben. Und auch von solchen, die in Europa Arbeitslosenhilfe beziehen und zugleich den Dschihad gegen den Westen predigen.

Und er erzählt in seiner Sendung von seiner Frau, die in den Tagen nach den Londoner Anschlägen mit ihrem Kopftuch einen Bus betrat und gezwungen wurde, auszusteigen. »Die Menschen hatten Angst um ihr Leben«, sagt er, »weil sie Islam mit Bomben in Verbindung bringen.« Die Schuld daran gibt er vor allem den Muslimen selbst. Deren Verhalten in Europa präge ganz entscheidend das Bild, das die westliche Öffentlichkeit vom Islam habe. »Leider überwiegt im Moment das negative Bild.«

So führe kein Weg daran vorbei, dass alle Muslime gemeinsam etwas zur Verbesserung der Beziehungen zum Westen täten. Dazu gehöre es, sich in die Gesellschaften dort zu integrieren und den Dialog zu suchen. »Was ist denn die Alternative? Habt ihr vergessen, was in Andalusien passiert ist?« Europa habe in seiner Geschichte mehrmals die Muslime vertrieben, bekämpft und vernichtet. Eine Wiederholung müsse auf jeden Fall verhindert werden. Der Islam profitiere von den Kontakten zu Europa, und das solle auch so bleiben.

Amr Chaled ist nicht der Aufklärer im westlichen Sinne, den sich viele diesseits des Mittelmeeres als Gesprächspartner in der arabischen Welt wünschten. Amr Chaled steht nicht für weniger Religion und mehr Säkularisierung. Er will mehr Islam. Er hat unzählige Mädchen inspiriert, das Kopftuch zu tragen. Aber vielleicht ist Amr Chaled – gerade deswegen – der Richtige, um den Karikaturenstreit zu befrieden: Er holt die muslimische Jugend da ab, wo sie ist.

LESERBRIEFE

Globale Sippenhaft

Jens Jessen: »Selbstkritik macht den Westen stark«, **NR. 9**

1. Im Jahr werden circa 25 Angriffe auf Moscheen, Gebetsräume oder andere muslimische Einrichtungen in Deutschland verübt. Zweimal monatlich kommt es also im Durchschnitt zu Übergriffen, von Schmierereien bis zu Brandanschlägen.
2. Hierzulande werden muslimische Deutsche sehr wohl in Haft genommen für das Verhalten von anderen Muslimen irgendwo auf der Welt. Was meinen Sie, wie oft ich Klagen über die »Taliban«, die »türkischen Väter«, »die Nigerianer« zu hören bekomme, wenn ich mich als deutsche Muslima zu erkennen gebe (ich bin blauäugig, helle Haare, ohne Kopftuch)? Jeder Schwachsinn, der im Namen des Islams auftritt, wird uns angelastet.
3. »Wir« haben nicht nur die Kraft, »den Islam« zu integrieren: Muslimische Europäer sind, wenn man sie nur lässt, in der großen Mehrheit lebende Beispiele der Integration – genau wie jüdische oder christliche Europäer. Die Frage nach ihrem »bedrohlichen Eigenleben« ist in der Tat hysterisch, da stimme ich Ihnen zu. Zudem: Auch »der« Orient verfügt über eine Kultur der Selbstreflexion und Selbstkorrektur – man muss ihn nur dabei zur Abwechslung einmal unterstützen, statt seinen Diktatoren Waffen zu liefern.

DOROTHEE SABRIYAH PALM, OCKENFELS/RHEIN

Sicher kann man den Gedanken noch ein wenig weiter treiben. Denn von einem »Kampf der Kulturen« kann insbesondere nicht gesprochen werden, da es sich doch um die eine mediterrane handelt oder, wenn man so weit nicht gehen mag, um gleiche Wurzeln, die in Athen ebenso wie im Heiligen Land gründen.
Der arabische Kreis dieser Kultur hat uns im Westen seit dem hohen Mittelalter große Bereiche des griechischen Geistes tradiert und erklärt, gerade jene, welche die Arroganz und Engstirnigkeit unserer eigenen Kirche ignorieren und aus der Erinnerung streichen wollte. Und vergessen wir nicht, dass auch der Koran die Schriften der Bibel durchaus als Vorläufer anerkennt und achtet.
Weshalb nicht so weit gehen und die augenblickliche Weltlage als Auftrag unserer Kultur begreifen, einen Teil der Bilanz insoweit auszugleichen, als wir aus dem Westen nun die alten Werte hochhalten, auf denen doch alle unsere modernen Demokratien ruhen: religiöse Toleranz, Achtung des Individuums und Bereitschaft zu einem offenen Dialog.

HARALD PIEGER, KUNSTHISTORIKER, ERLANGEN

Alle Diskussion über »Migranten« in Deutschland leidet unter drei vorsätzlichen semantischen Ungenauigkeiten. Sie entstammen der Dialektik der Spät-68er. Generiert wurden sie aus dem Eine-Welt-Gefühl, aus dem Gedanken, dass es »Multikulti« wirklich geben könnte.
1. Es sind »Migranten«. Das wären »Wanderer«, hin *und* her. Es geht es aber um »Immigranten«, um Menschen aus fremden Ländern, die nicht die Absicht haben, Deutschland wieder zu verlassen.
2. Deutschland müsse diese Immigranten »integrieren«. Das ist falsch. Nicht Deutschland muss diese Gruppen integrieren, sondern sie müssen sich selbst in Deutschland integrieren. Tun sie das nicht, dann sollten sie in ihre Heimatländer zurückkehren oder zurückgebracht werden.
3. Dies »Zurückbringen« wird als »Abschieben« verunglimpft. In Wirklichkeit wird ein Mensch, der eine fremde Umgebung nicht aus innerer Überzeugung mittragen mag, in das Ambiente zurückversetzt, in dem allein er sich wohlfühlt.
Statt »Abschieben« wäre »Repatriierung« korrekt.

DR. GUNTER ALFKE, HAMBURG



Fotos: privat

DAS RATHAUS AHRENSBURG – auch ein Fall für die Abrissbirne

Da haben Sie was losgetreten!

Benedikt Erenz: »Sofort abreißen!«, **ZEIT NR. 9**

Könnten Sie bitte das Rathaus Ahrensburg in Ihre Liste für die Abrissbirne aufnehmen? Vielen Dank.

K. TUCH, AHRENSBURG

Liebes »Leben«, »liebe Ketzer«, dachte ich freudig über die Seite *Sofort abreißen.* Doch mein proketzerisches Gefühl schwand schleunigst bei eingehender Beschäftigung mit den sonnenlosen Regen- beziehungsweise Winter-Fotos. Und dann neben unvergleichbaren Vergleichsgebäuden unter anderem der Verriss der Böhmschen »Blechbüchse« neben dem Paderborner Dom, die vor dreißig Jahren (1976) dortselbst vom wunderbaren Manfred Sack ob ihrer »frechen Sensibilität« bejubelt wurde.

Liebe Hamburger, DAS KANN ABER soo NICHT ANGEHN!!!

GÜNTER SCHMIDT, ARCHITEKT, HANNOVER

Da haben Sie etwas losgetreten!
In Ihrer Liste von Bauwerken, die es besser nie gegeben hätte und die das Auge des Betrachters beleidigen, darf die Stadtbad-Galerie hier in Bochum nicht fehlen, die 2002 anstelle des historischen alten Stadtbades von 1952 aus dem Boden gestampft wurde.

HANS VON GÖLER, BOCHUM

Ganz schrecklich sieht das Essener Rathaus ja nun nicht aus. Man kann es aus anderen Perspektiven betrachten, wie ich es im April letzten Jahres gemacht habe.

KLAUS BEHRENS, ESSEN

Die Stadtbad-Galerie in **BOCHUM**



ESSENS Rathaus – gut getroffen!

Wasserstoff kann unsere Probleme überhaupt nicht lösen

Jeremy Rifkin: »Die smarte Revolution«, **ZEIT NR. 9**

Für alle, die ernsthaft an der Lösung oder wenigstens Milderung dieser Probleme arbeiten, ist der Artikel höchst ärgerlich.
Wasserstoff bietet kurz- bis mittelfristig keine brauchbaren Lösungen, eine allzu intensive Beschäftigung mit ihm lenkt höchstens von den vielen Maßnahmen ab, die dringend anzugehen sind, wenn das Umsteuern in eine zukunftsfähige Energieversorgung gelingen soll, als da sind: massive Effizienzsteigerungen in allen Nutzungsbereichen, vorrangig eine umfassende energetische Gebäudesanierung und sparsamere Fahrzeuge; ein Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und als drittes Standbein eine Ausweitung des im Strombereich bereits erfolgreichen Ausbaus erneuerbarer Energien auf die Wärmeversorgung und den Kraftstoffsektor. Es gibt nur diesen steinigen, in viele kleine Schritte aufzuteilenden Weg in eine neue Energiewirtschaft und keine Wunderdroge, die uns diese Mühen abzunehmen imstande ist.

DR. JOACHIM NITSCH, STUTTGART

Leider haben Ökonomen mehr die volkswirtschaftlichen Dimensionen einer Zukunft im Auge als die harten physikalischen und technischen Fakten. Deshalb ist ihren Prognosen mit äußerster Vorsicht zu begegnen – so auch hier.
Es ist richtig, dass Wasserstoff praktisch unbegrenzt verfügbar ist, aber: Da ist er schon »verbrannt«, nämlich zu Wasser. Freier Wasserstoff ist praktisch nicht vorhanden: Man muss ihn erst erzeugen. Und das kostet ebenfalls Energie, nämlich mindestens genau die Energie, die er liefern soll, in der Praxis aber deutlich mehr. Also ist Wasserstoff energetisch immer ein Verlustgeschäft und nur dort sinnvoll, wo er sich als Energieträger günstiger transportieren lässt als jede andere Energieform (Elektrizität, Wärme, Druckwasser). Und der »Vorteil«, dass Wasserstoff bei der Verbrennung kein CO_2 erzeugt, wird dadurch erkauft, dass zu seiner Herstellung umso mehr CO_2 entstehen musste.

DR.-ING. KURT V. HEBER, FREIBURG

Wir pfeifen auf Anpassung

Wolfgang Uchatius: »Vorsicht, Absturzgefahr«, **ZEIT NR. 9**

»Befristete Jobs, schwankende Löhne, brüchige Familien« – an die »neuen Lebensunsicherheiten« sollten wir uns also besser anpassen. Wenn wir dazu aber keine Lust haben? Wenn wir einfach nicht glauben wollen, dass man als diplomierter Architekt im Job mit 900 Euro abgespeist werden kann? Wenn wir immer noch hoffen, dass wir über die Projektstellenperspektive hinauskommen, um für uns und die nun bald zwei Kinder endlich eine tragfähige Standortentscheidung treffen zu können? Wenn wir immer noch nicht verstehen wollen, warum wir bei stets steigenden finanziellen Belastungen netto immer weniger verdienen sollen? Was ist am Traum vom eigenen Heim, am mühsam aufgebauten und lieb gewonnenen sozialen Umfeld schlecht? Was ist, wenn wir einfach nicht bereit sind zu akzeptieren, dass es heute anscheinend nur noch ökonomisch bedingte Entwicklungen geben soll, an denen sich alles zu orientieren hat? Dass es um »Risiken« geht, das leuchtet ja noch ein – aber was an dieser Wirtschaft »modern« sein soll, bleibt uns ein Rätsel. Wir pfeifen auf Ihre Anpassung, Herr Uchatius, und bleiben fest im Glauben, dass es in diesem steinreichen Land auch noch eine Chance für gesellschaftlichen Mehrwert gibt.

MARKUS ZIPF, ALLENSBACH

Literarisches Schlammrobben

Interview mit Harry G. Frankfurt über sein Buch »Bullshit«, **ZEIT NR. 9**

Nein, ich werde Ihr Blatt nicht sofort wieder abbestellen. Nur weil Sie ein Interview bringen, dessen Gedanke (Einzahl) sich so zusammenfassen lässt: Die Leute reden ziemlich viel Scheiße heutzutage. Wer das rauskriegt, darf sich einen »analytischen Philosophen« nennen – und selber ab sofort jede Menge Bullshit reden, denn das ist herrlich selbstironisch. Apropos: Der Titel der deutschen Ausgabe bleibt beim englischen Kot, aber leider wohl nur, damit man den Dünnschiss (73 Seiten, 8 Euro) nicht riecht.
Und Georg Diez, der Interviewer? Er hält das im Ernst für ein Fachwort. Hier seine ersten fünf Fragen: »Hat es heute schon jemand mit Bullshit versucht?«
»Was war daran Bullshit?«
»Im Alltag nehmen Sie Bullshit hin?«
»Princeton ist ein Ort ohne Bullshit?«
Und dann als Krönung, Frage sechs, inklusive Antwort des Philosophen:
»Was bedeutet Bullshit *genau?«*
Frankfurt: »Es ist ein sehr vielschichtiges und auf jeden Fall kein höfliches Wort. Es ist kraftvoll und vulgär.«
Wer hätte es gedacht. Nur wer gedacht hätte, dass hier gedacht würde …
Wissen Sie, liebe *ZEIT:* Ich bin kein analytischer Philosoph. Ich bin Konstruktivist, und mein Reim auf dieses Interview ist: Das ist ein Test. Ein Test für Neuleser. Wie beim Militär: literarisches Schlammrobben für die Greenhorns und reumütigen Rückkehrer. Da muss man durch.

MORITZ HEGER, STUTTGART

Therapievorschlag: Träumt weiter, liebe *ZEIT*-Autoren

Artikel zum 150. Geburtstag von Sigmund Freud, **ZEIT NR. 9**

Es ist geradezu unheimlich, wie eine intendierte Würdigung sich unter der Hand in ihr Gegenteil, nämlich in eine Herabwürdigung, verkehren kann.
Vielleicht verdankt sich dieser Umstand einer Erinnerungskultur, die ihr Andenken an Jahrestage bindet und damit zeigt, dass die Tatsache, einem dekadischen Zahlensystem unterworfen zu sein, uns immer noch mehr bestimmt als die Einsichten eines großen Wissenschaftlers in die Gattungsgeschichte.
Die Neigung, einer Zahlenmystik zu folgen, hatte Freud auch bei sich selbst entdeckt und schrieb sie der kindlichen Sehnsucht zu, im Magischen aufgehoben zu sein; andererseits befriedige die Vorstellung, die Zahlenlogik durchschauen und damit das Undurchsichtige im Dasein beherrschen zu können.
Die *ZEIT*-Würdigung darf in diesem Sinne verstanden werden als Kompromiss zwischen dem Wunsch, die Psychoanalyse Freuds als Kulturleistung im Gedächtnis zu behalten und dem entgegengesetzten Begehren, die in ihr zur Sprache gebrachten anstößigen und mitunter unerträglichen Wahrheiten in ihrer Komplexität und Differenziertheit doch nicht so genau wissen zu wollen. Das zu Erinnernde wird so, in der Art, wie dessen gedacht wird, verdrängt.
Denn auch auf der inhaltlichen Ebene wiederholt sich der Konflikt zwischen Anerkennung und Entwertung. Statt sich in der tradierten, dennoch symptomatischen Trennung zwischen Natur- und Geisteswissenschaft um eine dem Gegenstand angemessene Vermittlung zu kümmern, reproduzieren die Autoren die Spaltung, ohne sie zu reflektieren.
Dadurch gerät die Debatte in eine prekäre Schieflage: Die exakte Naturwissenschaft erfährt aktuell am Beispiel der Hirnforschung eine Fetischisierung, während die Begriffe und Kategorien der Psychoanalyse regelrecht verkommen.
Was bleibt, ist eine Alltagspsychologie, bei der sich jedermann nach Gutdünken bedienen kann. Diese Psychoanalyse hat mit der Freuds wahrlich wenig zu tun.
Deshalb, liebe *ZEIT*-Autoren, träumt weiter! Nur: Vergesst die (Traum-)Analyse nicht!

DR. MARIA ELISABETH FINK, PSYCHOANALYTIKERIN, BERLIN

Der Freud-Titel, das könnte ein *Spiegel*-Cover von 1982 sein oder halt einfach *Focus*-Verblödung von heute. Sie wollen frisch und zeitgemäß sein, dabei ist das Ganze nur ein Déjà-vu. Achtlos, anbiedernd und sexistisch.

DR. ANGELA GRIGELAT, ICKING

WIRTSCHAFT



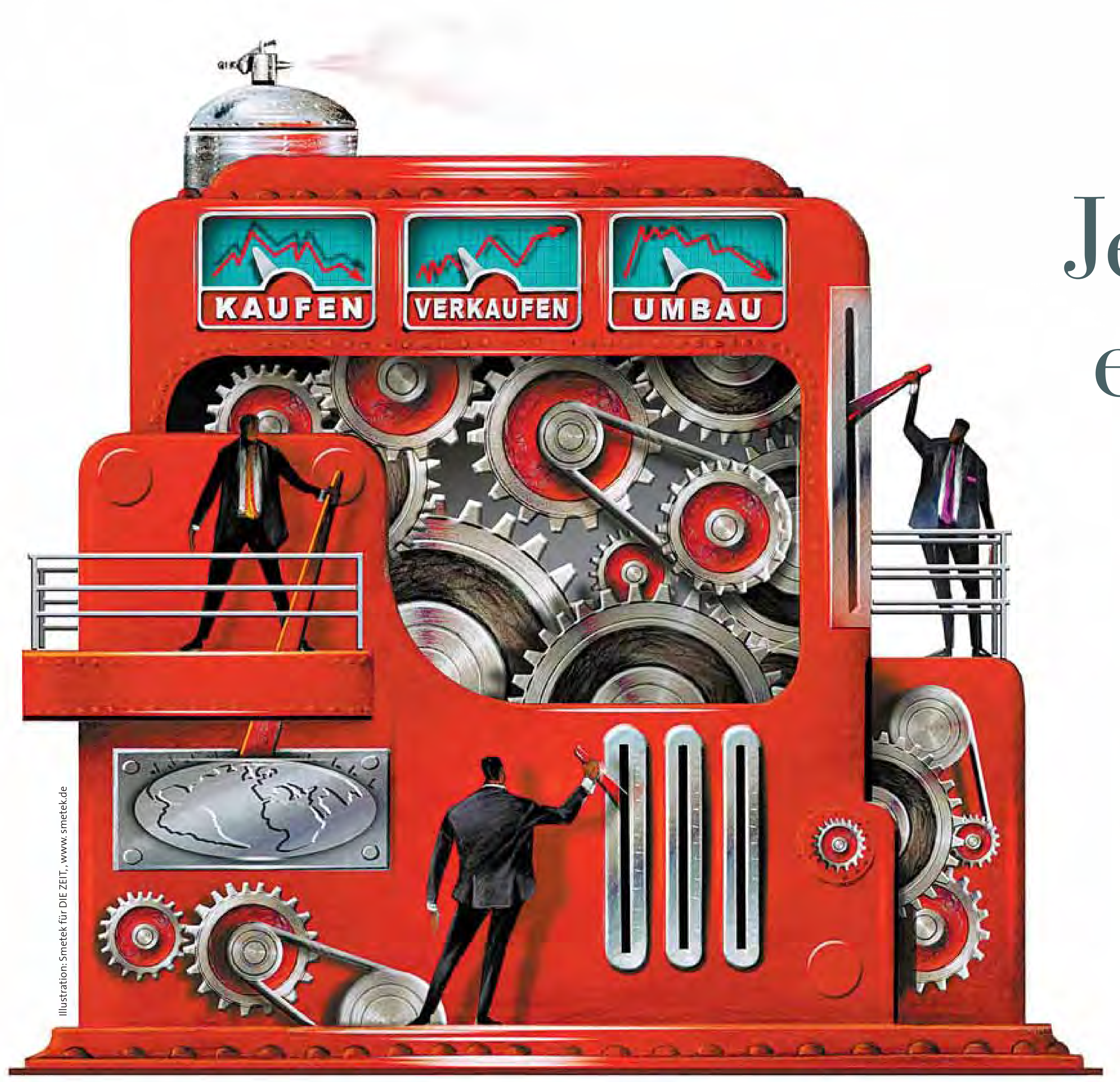


Illustration: Smetek für DIE ZEIT, www.smetek.de

Jeden Tag ein neuer Deal

Die deutsche Wirtschaft kauft in aller Welt Firmen. So viel Kapital wie nie zuvor treibt die Fusionsmaschinerie an

VON MARC BROST UND ARNE STORN

Wer zu Marius Stock will, muss durch einen schmalen Gang. Links an der Wand hängen Skizzen, die detailliert die Firmenstruktur der wichtigsten Konkurrenten nachzeichnen. Eine Tür, durch die man nur mit Codekarte kommt. Dann geht es in ein unscheinbares Büro. Marius Stock ist der Chefstratege eines großen deutschen Konzerns, er verantwortet jeden Firmenkauf, bis hoch zum Milliardendeal. In der Öffentlichkeit kennt man ihn nicht – genauso wenig wie seinen wahren Namen.

Stock erzählt von monatelangen Verhandlungen und kurzfristigen Deals. Er berichtet von Treffen in kleiner Runde und Sitzungen in abhörsicheren Vorstandsetagen. Die Suche nach Wanzen? Gehört zum Spiel dazu.

Es sind Männer wie Stock, deren Planspiele ganze Branchen verändern. Was das Publikum als globales Firmenmonopoly bestaunt, ist für sie ganz einfach Alltag.

Überall wechseln derzeit Fabriken, Produkte und Hunderttausende Arbeitsplätze ihre Eigentümer. Der Stahlgigant Mittal will den Konkurrenten Arcelor feindlich übernehmen; der US-Telefonriese AT&T schluckt BellSouth; der größte deutsche Stromkonzern E.on bietet für die spanische Endesa. Gerade deutsche Firmen sind aktiv: adidas hat Reebok gekauft, die Deutsche Post übernahm Exel, und am Montag verkündete der Industriegase-Hersteller Linde den Kauf des Konkurrenten BOC. Schon im vergangenen Jahr stieg der Wert aller Transaktionen weltweit auf mehr als 2,7 Billionen Dollar – so viel wie seit dem Boomjahr 2000 nicht. Und die Firmen kaufen weiter.

Haben die Manager denn nicht dazugelernt? Haben nicht Dutzende Studien gezeigt, dass zwei von drei Fusionen in Wahrheit nur Wert vernichten? Warum soll diesmal klappen, was bisher scheiterte?

Gute Fragen. Doch es sind die Fragen von gestern. Längst funktioniert das Spiel nach anderen Regeln. Die Unternehmen kalkulieren kühl und systematisch, nationale Grenzen sind irrelevant, die Politik verliert an Einfluss. Es gibt neue Treiber wie Indien oder China – und weltweit so viel Geld für Firmenkäufe wie nie. Damit könnte diese Fusionswelle größer werden als all ihre Vorläufer.

Früher betrafen Firmenkäufe meist einzelne Industrien. Heute sind sie selbst eine Industrie. Wer verstehen will, wie diese funktioniert, muss die entscheidenden Akteure kennen.

Chancen zu erkennen ist Marius Stocks Geschäft. Viele hundert Firmen analysieren er und seine 20 Mitarbeiter jedes Jahr – allein in Osteuropa beobachten sie bis zu 300. 15 bis 20 Übernahmekandidaten sind in der engeren Auswahl. »Wir wissen ziemlich genau, welche Unternehmen wir dort haben wollen«, sagt der Stratege. Nur wenige Personen im Konzern kennen Stocks Liste. Alle zwei Wochen entscheidet ein fester Kreis aus fünf Managern – darunter Vorstandschef und Finanzvorstand –, ob sie zuschlagen. Kein Detail darf nach außen dringen. Wenn verhandelt wird, sind nur 10 bis 20 Personen involviert. Erst später weitet sich der Kreis.

Früher versetzte eine Übernahme nicht nur die Zielfirmen, sondern auch die Käufer in Aufruhr. Heute sind Transaktionen für viele Unternehmen Routine – und ein zentrales Element ihrer Strategie. Fast alle deutschen Konzerne und viele große Mittelständler verfügen über spezielle Mitarbeiter, die Übernahmen durchspielen, sie umsetzen oder wieder verwerfen. »Man hat hierzulande zu den internationalen Standards aufgeschlossen«, sagt der Deutschland-Chef eines großen Finanzinvestors.

Als Vorreiter dieses systematischen Vorgehens gilt international der US-Konzern General Electric, in Deutschland dessen Konkurrent Siemens. Dort plant zentral eine Abteilung die Deals, eine andere die Integration. Zudem gibt es in jeder Tochtergesellschaft, Region und Branche eigens geschulte Verantwortliche für Mergers & Acquisitions (M&A) – weltweit sind es 1500. Rund 30 Milliarden Euro hat Siemens in 15 Jahren für Käufe ausgegeben, 60 Transaktionen tätigt der Konzern im Jahr.

Dass die Unternehmen professioneller geworden sind, zahlt sich aus. »Die Erfolgsquote von Fusionen und Übernahmen hat sich verbessert«, sagt Kai Lucks, der bei Siemens die Abteilung M&A-Integration leitet und Vorsitzender des Bundesverbands M&A ist. Außerdem: Firmen, die oft und gezielt zukaufen, seien besonders erfolgreich, heißt es in einer Studie der Boston Consulting Group.

Auch Private-Equity-Fonds tragen zur neuen Professionalität bei. Sie planen ständig Transaktio-

Fortsetzung *auf Seite 24*

Münteferings Rentenmanöver

Was dürfen die Bürger glauben?

Neuer Minister, alter Fehler: Wieder einmal sollen Prognosen für die ferne Zukunft beweisen, dass die Rente sicher ist – oder dass es zumindest nicht so schlimm wird, wie die heutigen Rentner und vor allem die heutigen Beitragszahler befürchten. Als ob noch irgendjemand mit derartigen Zahlenmodellen zu beschwichtigen wäre. Dem Sozialminister Franz Müntefering ist nicht anzulasten, dass einerseits die Alten länger leben, andererseits aber mangels Nachwuchs zu wenige Versicherte Beiträge zahlen. Es ist auch nicht seine Schuld, dass die lange Reihe seiner Vorgänger die Bevölkerung immer wieder mit zu optimistischen Prognosen getäuscht hat.

Nirgends jedoch ist Verlässlichkeit so wichtig wie bei der Altersvorsorge. Wenn die Verfallsdaten angeblicher Jahrhundertreformen auf wenige Jahre schrumpfen und ständig die Berechnungsgrundlagen manipuliert werden, fühlen sich die Bürger zu Recht verlassen. Auch Müntefering agiert kurzfristig, jongliert mit Aufholfaktoren, ändert mal eben die Altersgrenze und schiebt dann erst die »Initiative 50 plus« nach, um auch Arbeitsplätze für Ältere zu schaffen. Eine interessante Prioritätensetzung.

Die akute Not in der Rentenkasse ist keineswegs eine Folge der Demografie, sondern resultiert aus der Wirtschaftsmisere der vergangenen Jahre. Was nur heißt: Die beste Rentenpolitik ist eine Wirtschaftspolitik, die für mehr Arbeitseinkommen sorgt. Dann wird der Kuchen insgesamt größer.

Rentenpolitik im engeren Sinne kann da nicht mehr tun, als den Glauben zu stärken, dass die Alten einen stabilen Anteil von diesem Kuchen bekommen. Mehr Verlässlichkeit ist nicht möglich. Aber weniger darf es nicht sein.

WILFRIED HERZ

30 SEKUNDEN FÜR

Pillen

Wer regelmäßig Werbefernsehen sieht, der weiß: Zu den wahren Lebensrisiken gehören Haarausfall, brüchige Fingernägel und eine eklatante Mangelversorgung der männlichen Gesichtshaut mit dem Co-Enzym Q10. Und es kommt noch schlimmer: Wie *Bild* am Dienstag berichtete, sind amerikanische Wissenschaftler einem neuen Leiden auf der Spur, das angeblich auch viele Millionen Deutsche bedroht – Shopping-Sucht. Schon testen die freundlichen Forscher »eine Pille, die zwanghaftes Shopping wirksam stoppen soll« – sozusagen zur Kräftigung der Sparquote. Doch noch mehr bittere Pillen haben wir Deutschen nicht verdient. Erstens haben wir schon so viele davon geschluckt, und zweitens war schlechte Konsumlaune schon immer unser größtes Problem. Also, liebe Forscher, erfindet lieber ein paar Happy-Zäpfchen! Damit wir auch morgen noch kraftvoll einkaufen können.

MARCUS ROHWETTER

Große Übernahmen der Wirtschaftsgeschichte weltweit (Auswahl)

Käufer	Kaufobjekt	Art	Branche	Datum	Wert der Übernahme in Mrd. $	Status
AOL	Time Warner	☺	Medien	Januar 2001	186,2	erfolgt
Vodafone	Mannesmann	☹	Telekomm.	Nov. 1999	185,0	erfolgt
Pfizer	Warner-Lambert	☺	Pharma	Juni 2000	87,3	erfolgt
AT&T	Bell South	☺	Telekomm.	März 2006	84,0	offen
Exxon	Mobil	☺	Energie	Dez. 1999	80,3	erfolgt
Sanofi	Aventis	☹	Pharma	Januar 2004	70,7	erfolgt
Procter&Gamble	Gillette	☺	Konsumgüter	Januar 2005	57,2	erfolgt
E.on	Endesa	☹	Energie	Feb. 2006	56,6	offen
Gaz de France	Suez	☺	Energie	Feb. 2006	54,2	offen
Mittal	Arcelor	☹	Stahl	Januar 2006	44,3	erfolgt
Daimler	Chrysler	☺	Automobil	Nov. 1998	43,1	offen
Dt. Telekom	Voicestream	☺	Telekomm.	Juli 2000	27,1	erfolgt

Sonstige aktuelle Übernahmen mit deutscher Beteiligung (Auswahl)

Käufer	Kaufobjekt	Art	Branche	Datum	Wert der Übernahme in Mrd. $	Status
Unicredit	HypoVereinsb.	☺	Finanzen	Juni 2005	18,1	erfolgt
Linde	BOC	☺	Industriegase	Januar 2006	14,9	offen
Dt. Annington	Viterra	☺	Immobilien	Mai 2005	8,8	erfolgt
Dt. Post	Exel	☺	Logistik	Sept. 2005	7,1	erfolgt
Commerzbank	Eurohypo	☺	Finanzen	Nov. 2005	5,3	erfolgt
BASF	Engelhard	☹	Chemie	Januar 2006	5,2	offen
Adidas	Reebok	☺	Konsumgüter	Aug. 2005	3,6	erfolgt
Axel Spinger	ProSieben Sat1	☺	Medien	Aug. 2005	3,4	abgesagt

☺ freundlich ☹ feindlich

ZEIT-Grafik/Quelle: Eigene Recherche

Illustration: Smetek für DIE ZEIT, www.smetek.de

Jeden Tag ein neuer Deal

Fortsetzung *von Seite 23*

nen, erkennen die Wachstumspotenziale von Firmen, strukturieren die Finanzierung und kalkulieren Preise. Und: Sie haben den Konzernen alte Problemsparten abgenommen und ihnen so frisches Geld verschafft. Wenn E.on 29 Milliarden Euro für Endesa bieten kann, dann auch, weil Finanzinvestoren 2005 für die E.on-Töchter Viterra und Ruhrgas Industries 8,5 Milliarden Euro zahlten.

Die Situation ist günstig wie selten. Die Unternehmen haben Schulden abgebaut, ihre Bilanzen bereinigt und die Gewinne gesteigert. Dazu kommen extrem niedrige Zinsen und der weltweite Aufschwung der Aktien. Auf 120 Milliarden Euro schätzt das *Handelsblatt* die liquiden Mittel der 30 Dax-Unternehmen. In diesem Jahr werden sie so hohe Dividenden ausschütten wie noch nie – und dennoch reichlich Geld übrig haben. Also schalten sie um auf Angriff.

Der Unterschied zu früher: Statt im Ausland in neue Fabriken zu investieren und organisch zu wachsen, werden nun oft ganze Firmen übernommen. Wenn es sein muss, auch feindlich. Die Konzerne ergänzen ihre Produktpalette – siehe Post und Exel. Sie erobern neue Märkte – siehe adidas und Reebok. Und ist beim Preis die vorher gesetzte Schmerzgrenze erreicht, steigen sie aus – siehe ThyssenKrupp beim ersten Anlauf auf Dofasco.

Dabei konzentriert sich das Geschäft nicht mehr nur auf die Industrieländer. »Der Fokus vieler Unternehmen verschiebt sich in Richtung China, Indien oder Brasilien, in Richtung der Märkte, aber eben auch der Akteure, die aus diesen Ländern kommen«, sagt Thomas Ehren, Managing Partner bei KPMG. »Das wird den M&A-Markt unweigerlich verändern.« Mit Konzernen wie Mittal aus Indien, Lenovo aus China oder BenQ aus Taiwan treten neue Spieler auf. Die Konsolidierung vieler Branchen erreicht die Weltbühne, grenzüberschreitende Käufe nehmen zu.

Es war halb neun Uhr abends. Andreas Fabritius saß im Büro, lädiert von einem Bandscheibenvorfall, genervt von einer Besprechung. Plötzlich klingelte das Handy. Am anderen Ende: die Chefstrategin der italienischen Großbank UniCredit, man kannte sich. Ob Fabritius beim Zusammenschluss mit der HypoVereinsbank helfen könne? Fabritius konnte. Noch vor dem ersten Treffen fertigte er zu Hause am Computer auf eineinhalb DIN-A4-Seiten eine erste Skizze, wie die Übernahme parallel in mehreren Ländern vollzogen werden könnte. Das war Monate bevor überhaupt Gerüchte über den Deal aufkamen.

Fabritius ist eine von vielleicht 20 Personen in Deutschland, die von Übernahmeplänen hören, lange bevor sie in der Zeitung stehen. Er führt den Bereich Fusionen der Kanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer – und damit mehr als 700 Anwälte weltweit. Sein Haus gilt in der M&A-Beratung als erste Adresse. Diskretion und Understatement gehören dazu. Auf dem Firmenschild am Eingang des Frankfurter Büroturms steht unter dem Namen nur ein Wort: Notar.

»Unsere Rolle ist die des Lotsen. Wir kriegen den Kahn in den Hafen. Auch wenn er ziemlich groß ist«, sagt der Jurist. Ob es um die immer komplizierteren Kaufpreisformeln geht, um Haftungsklauseln oder vor allem um die neuen, strengen Kapitalmarkt- und Publizitätsregeln, die nach dem Boom und den Bilanzskandalen eingeführt wurden – nur Spezialisten wie Fabritius können das noch überblicken.

Fusionen und Übernahmen sind heute so komplex wie global. Die wenigsten Dax-Konzerne sind noch wirklich deutsch. E.on gehört zu 54 Prozent ausländischen Aktionären, adidas zu 85 Prozent. BASF macht 80 Prozent des Umsatzes im Ausland, DaimlerChrysler 85 Prozent. Bei Bayer arbeiten 58 Prozent der Beschäftigten jenseits der Grenzen, bei Henkel 80 Prozent. In dem Maß, in dem der Einfluss internationaler Investoren steigt, sinkt auch der Einfluss nationaler Politik. Großaktionäre, die sich vor den Karren politischer Interessen spannen lassen, sind kaum noch zu finden. Die Unternehmen sind freier denn je in der Wahl ihrer Rechtsform und des Konzernsitzes, Sonderrechte wie »goldene Aktien« einiger Staaten laufen auf Druck der EU aus. Zwar treibt der französische Staat gerade Gaz de France und Suez in eine Fusion, um den italienischen Konkurrenten Enel abzuwehren; zwar kämpft Spanien gegen den Kauf Endesas durch E.on. Aber dies sind Rückzugsgefechte.

Es gibt genug Beispiele für grenzüberschreitende Deals: Telefonica/O_2, UniCredit/HypoVereinsbank, ABN Amro/Banca Antonveneta. Und: Der öffentliche Aufschrei ist oft ein folgenloser Reflex. Groß war die französische Aufregung nach Mittals Offerte für Arcelor. Inzwischen wird ein Zusammenschluss wahrscheinlicher. Hedge Fonds haben Arcelor-Aktien gekauft und üben Druck aus.

Heinrich Metzger hat die großen Deals der Neunziger mitgemacht und den Überschwang der Jahrtausendwende. Er kennt die Branche, und in der Branche kennt man ihn. Trotzdem sitzt Metzger nun in seinem Frankfurter Büro, nestelt an der Verpackung einer winzigen Tafel Schokolade und sagt einen Satz, wie ihn sonst nur blutige Anfänger sagen: »Meine Lernkurve war in den letzten 18 Monaten enorm steil.« Heinrich Metzger heißt in Wahrheit anders, aber sein Name tut hier nichts zur Sache, weil ihm die Sache selbst wichtiger ist. Es geht um das veränderte Gebaren der großen Investmentbanken. »Vergessen Sie alles, was Sie bisher über unser Geschäft wussten«, sagt Metzger. »So, wie es heute läuft, war es noch nie.«

Der legendäre Ruf von Investmentbanken wie Goldman Sachs, JP Morgan oder Morgan Stanley resultiert aus den wilden Neunzigern; damals garantierte die M&A-Beratung die größten Einnahmen. Die Analysten der Banken schrieben unzählige Studien, welche Deals sich für welche Unternehmen lohnen würden – dann zogen die M&A-Spezialisten von Vorstandsbüro zu Vorstandsbüro, um die Unternehmen vom Kauf oder Verkauf zu überzeugen. Die Studien öffneten die Tür für die lukrative Beratung.

Heute funktioniert das nicht mehr. Nach den Bilanzskandalen sind Research und M&A strikt getrennt. Deshalb hat sich auch das Geschäft der Investmentbanken gewandelt. Jetzt fungiert die Beratung als Türöffner – für die eigenen Händler. »In den Neunzigern haben die Investmentbanken den Markt getrieben«, sagt Metzger. »Heute sind sie der Markt.«

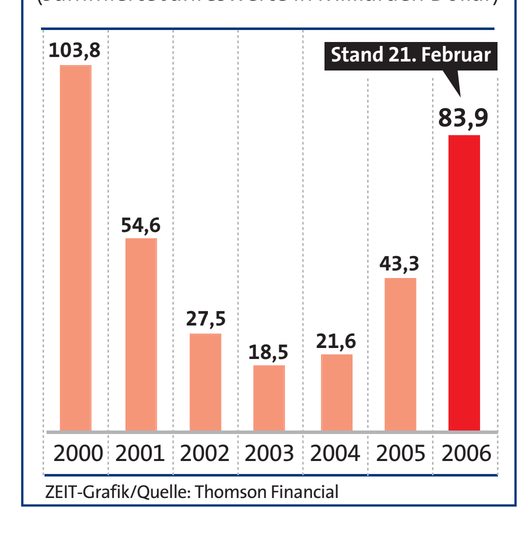
Das geht so: Die Banken nehmen den Unternehmen den Verkauf von Firmenteilen ab, wenn diese sich aufs Kerngeschäft konzentrieren wollen – oder wenn einzelne Bereiche eines übernommenen Konkurrenten nicht ins Konzerngeflecht passen. Mit diesen Firmenanteilen handelt die Bank. Mal gehen sie etwa an die bankeigenen Hedge Fonds, mal werden sie direkt weiterverkauft – mit Preisaufschlag.

Der Konzern wird zur Ware. »Jedes Unternehmen ist im Prinzip handelbar«, sagt Metzger. »Wenn Sie das einem Vorstandschef sagen, glaubt der das gar nicht.«

Doch ein Käufer findet sich derzeit immer. Denn wenn es etwas gibt, was diese Übernahmewelle eindeutig von den vorherigen unterscheidet, ist es die enorme Menge an Kapital. Eine Billion Dollar steckt weltweit allein in Hedge Fonds. Dazu kommen jene Billionen, die die Menschen überall auf der Welt in ihre private Altersvorsorge investieren – in Aktienfonds, Immobilienfonds oder Lebensversicherungen. Und: Mit jedem Tag, an dem in Ländern wie China oder Indien der Wohlstand wächst, kommt mehr Kapital dazu. Also wohin damit? Aktien, Anleihen oder Rohstoffe versprechen zwar solide Renditen, aber das meiste lässt sich im Augenblick woanders verdienen: eben mit dem Kauf oder Verkauf von Firmen oder Firmenteilen.

Auch bei Fusionen, die als strategisch sinnvoll gelten, fallen für die Investmentbanken immer noch Brocken ab. Beispiel ThyssenKrupp: Deutschlands größter Stahlkonzern will den Konkurrenten Dofasco übernehmen – und dafür die Zuliefersparte ThyssenKrupp Automotive verkaufen. Der Auftrag soll bei Morgan Stanley und Greenhill & Co. liegen. Oder Linde: Um BOC zu kaufen, will man das Gapelstaplergeschäft verkaufen – wahrscheinlich mit Hilfe der am Kauf beteiligten Investmentbanken Morgan Stanley und Deutsche Bank.

»Unser Geschäft unterscheidet sich nicht mehr von dem eines Aktienhändlers in New York oder dem eines Warenterminhändlers in Chicago«, sagt Heinrich Metzger. »Aktien, Schweinebäuche oder Unternehmen: *It's all the same.*«



ZEIT-Grafik/Quelle: Thomson Financial

1600 statt 1500 Pence wird Linde zahlen – für jede BOC-Aktie. Dass der Preis höher ausfällt, liegt am Widerstand der Briten. Deren Gegenoffensive begann Anfang Februar. In deutschen Zeitungen erschienen gleichzeitig mehrere Interviews mit BOC-Chef Tony Isaac. Ein Verdienst der Mitarbeiter von Alexander Geiser.

Geiser ist Spin-Doktor, ein Strippenzieher, einer, der die Öffentlichkeit für die Strategie seines Mandanten einnehmen will. Er und sein Team bereiten Krisenpläne vor, sammeln Fakten, lancieren Interviews, reden mit Journalisten. Immer nach enger Abstimmung mit den wichtigsten Vorständen. »Man kann keine Schlacht führen, wenn man seine Truppen nicht entsprechend organisiert«, sagt Geiser.

Alexander Geiser leitet die für M&A zuständige Abteilung der Kommunikationsberatung Hering Schuppener. Sie gehört zum PR-Netzwerk AMO. Zu den Klienten zählen BOC und Mittal genauso wie der US-Katalysatorhersteller Engelhard, der sich gegen BASF wehrt.

Was bei den Kanzleien Namen wie Freshfields, Linklaters oder Clifford Chance sind und bei den Investmentbanken Goldman Sachs oder die Deutsche Bank, das sind in der PR-Branche AMO, Brunswick oder Financial Dynamics: eine kleine Gruppe global agierender, hoch spezialisierter Berater, auf die immer mehr Konzerne zurückgreifen. In der öffentlichen Schlacht zwischen Mannesmann und Vodafone tauchten sie 1999 erstmals groß im hiesigen Geschäft auf. Heute gehören sie zum Standard. Hering Schuppener hat in den vergangenen Jahren an die 100 Transaktionen betreut, mehr als jeder andere hierzulande. Ein Auftrag bringt schon mal zehn Millionen Euro – vor Jahren unvorstellbar.

Die Strippenzieher wollen letztlich die Aktionäre erreichen. Diese sind heute viel selbstbewusster und fordern bessere Informationen. Überzeugt sie die Strategie eines Vorstands nicht, kann das wie bei der Deutschen Börse 2005 sogar den Chef zu Fall bringen. »Vor fünf Jahren«, sagt Geiser, »wäre das undenkbar gewesen.«

Wann bricht die neue Übernahmewelle? Selbst wenn jeder Deal für sich rational scheint, kann daraus eine irrationale Dynamik entstehen. »Kauft BASF Engelhard tatsächlich, werden die Wettbewerber reagieren. Dann setzt der Herdentrieb ein«, sagt ein Finanzinvestor. Bieterwettbewerbe führen dann schnell zu überhöhten Preisen. Dazu kommt die Börsenlogik. Noch ist die Welle in einem frühen Stadium, viele Käufe gelten als strategisch sinnvoll und werden bar bezahlt. Die Börse belohnt das, auch die Aktien der Käufer steigen. Erfasst die Welle aber immer mehr Firmen und steigen die Aktienkurse auf breiter Front, zahlen die Konzerne zunehmend mit ihren eigenen, hoch bewerteten Aktien. Das verführt zu irrationalen Deals – die Blase ist da. Im vergangenen Jahr wurden 70 Prozent der Deals weltweit bar bezahlt. Im Rekordjahr 2000 liefen 70 Prozent per Aktientausch.

Im Juli treffen sich die M&A-Verantwortlichen aller Dax-Konzerne in Frankfurt. Abgeschottet von der Öffentlichkeit. Ihr Thema: die Chancen in China. Die Fusionsmaschinerie dreht auf.

»Wir sind gewappnet«

Der Fusionsboom macht der EU weniger Sorgen als der neue Protektionismus ihrer Mitglieder

DIE ZEIT: Die EU-Wettbewerbsbehörde wacht über Fusionen und Übernahmen. Im letzten Boom war sie überfordert. Und jetzt?

Lars-Hendrik Röller: Wir sind gewappnet. Nach unserer Strukturreform 2004 können wir die Kapazitäten flexibler zwischen Fusionskontrolle, Missbrauchsaufsicht und Beihilfenkontrolle hin- und herschieben. Die Zahl der gemeldeten Fusionen hat klar zugenommen, auch die Zahl derer, die wir einer sehr intensiven Prüfung unterziehen. 2005 waren es insgesamt fünf. Im Moment sind es sechs – und wir haben erst März.

ZEIT: Gerade mit Blick auf neue Konkurrenten aus Schwellenländern gehen viele westliche Konzerne zusammen, um sich perspektivisch »auf dem Weltmarkt« zu positionieren. Urteilt die EU-Wettbewerbspolitik zu streng?

Röller: Wir müssen den Markt stets so definieren, wie er sich jetzt darstellt. Entscheidend ist dabei, ob der Wettbewerb national, europäisch oder global verläuft. Können die Verbraucher auch auf Anbieter aus dem nahen oder fernen Ausland zurückgreifen? Und können die Unternehmen in unterschiedlichen Regionen aktiv werden?

ZEIT: Gibt es da Branchenunterschiede?

Röller: Selbstverständlich. Im Energiesektor sind Märkte immer noch national – insbesondere wenn die Verbraucher vom nationalen Markt abhängig sind. Für Chemieprodukte oder Rohstoffe ist der Markt eher global. Grundsätzlich gilt, je näher ein Markt am Endverbraucher ist, desto regionaler ist der Wettbewerb und folglich auch die Marktdefinition.

ZEIT: Sehen Sie durch den Boom an Fusionen und Übernahmen den Wettbewerb bedroht? Werden die Konzerne zu groß?

Röller: Erstens wird ein Unternehmen nicht wettbewerbsfähig durch Größe – es wird groß, weil es wettbewerbsfähig ist. Und zweitens haben wir kein Problem mit großen Unternehmen – solange genug Wettbewerb herrscht. Im Moment habe ich noch keine großen Sorgen, dass der Boom den Wettbewerb bedroht. Im Übrigen orientiert sich die EU-Wettbewerbspolitik an der Wohlfahrt der Verbraucher, also zum Beispiel auch daran, wie sich Fusionen auf Preise, Produktmengen und Ähnliches auswirken. Es geht nicht mehr nur allein um Marktstrukturen und Marktkonzentration.


Foto: Jochen Eckel/dpa/Picture-Alliance

LARS-HENDRIK RÖLLER
Chefökonom der EU-Wettbewerbsbehörde in Brüssel

ZEIT: Länder wie Frankreich, Spanien, Luxemburg, in Teilen auch Italien, wehren sich derzeit gegen Übernahmen einheimischer Firmen. Droht hier von ganz anderer Seite Gefahr für den Wettbewerb?

Röller: Das macht mir schon mehr Sorgen. Damit macht Europa einen riesigen Schritt nach hinten. Es besteht die Gefahr, dass diese Entwicklung eskaliert. Am Ende sind dann alle die Verlierer. Man kann diesen neuen Protektionismus allerdings auch als Folge der Liberalisierung und damit als Zeichen sehen, dass der Wettbewerbsdruck faktisch zunimmt. Als Versuch also, das Offensichtliche zu verhindern. Dieser Versuch wird aber nicht zum Erfolg führen.

DIE FRAGEN STELLTE **ARNE STORN**

FUSIONSWELLEN

Aufbauen und zerstören

Fusionen und Übernahmen treten meist in Wellen auf. In den vergangenen 100 Jahren gab es fünf Wellen, wobei die Abstände immer kürzer geworden sind.

Die **erste Welle** wird grob auf die Jahre 1890 bis 1904 datiert. Damals schlossen sich Unternehmen innerhalb von Branchen zusammen. Dies führte in Teilen fast zu Monopolen, insbesondere in der Stahlindustrie. Die Welle endete jäh. In Amerika wurde erstmals ein Fusionsverbot postuliert. Jahre später folgten Gesetze, die Zusammenschlüsse in den USA neu regelten.

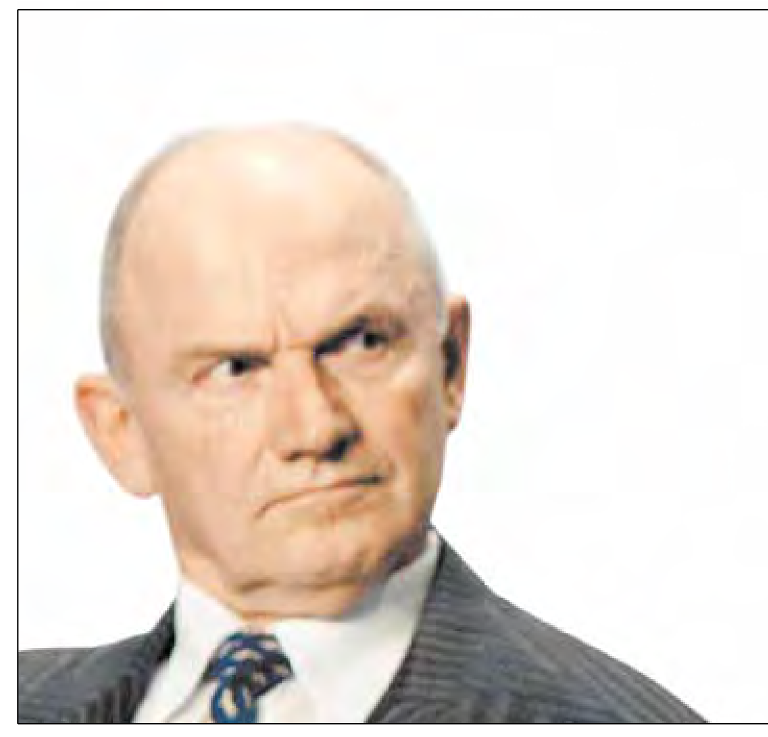
Bei der **zweiten Welle** vom Ende des Ersten Weltkriegs bis 1929 ging es um Käufe vorgelagerter Zulieferer und nachgelagerter Dienstleister. Im Zentrum: Energie- und Eisenbahnkonzerne. Die Weltwirtschaftskrise beendete die Welle.

In der **dritten Welle** während der zweiten Hälfte der Sechziger wandelten sich viele Konzerne zu Konglomeraten mit verschiedensten Sparten, ganz im Sinn der damals populären Portfoliotheorie. Börsenschwäche und Ölkrise stoppten die Welle. Deutschland führte 1973 die Fusionskontrolle ein.

Es waren dann die Konglomerate, die in der **vierten Welle** von der Mitte der Achtziger an in den USA wieder zerschlagen wurden, vor allem von den neuen Finanzinvestoren. Zudem expandierten immer mehr Unternehmen ins Ausland. Parallel dazu entstanden in der Europäischen Union, auch mit Blick auf den Binnenmarkt, neue große Konzerne. Die Fusionskontrollverordnung schuf in der EU einheitliche Regeln und trug zum Ende dieser Welle bei.

In der **fünften Welle,** die etwa 1995 begann und 2000 mit dem Crash der Börsen endete, zog es viele Firmen erstmals in ganz neue Märkte. Größe war wieder schick. Im Fokus: IT und Telekommunikation. Globalisierung, Deregulierung, Wachstum im Kerngeschäft, Internet-Hype und entgrenzte Kapitalmärkte prägten die Welle. Das Transaktionsvolumen des Jahres 2000 von 3,4 Billionen Dollar ist bis heute unerreicht.

Umstritten sind Fusionen und Übernahmen, weil sie Konzerne oft in große Probleme stürzen. Die Hauptgründe dafür sind Mängel in der Finanzierung, Fehler in der Integration, die Vernachlässigung des Tagesgeschäfts, Hürden des Wettbewerbsrechts und das Ego einzelner Topmanager. **STO**



Führungstheater in Wolfsburg

Das Ende von Bernd Pischetsrieder als VW-Chef schien besiegelt. Jetzt wehrt er sich geschickt gegen die Attacken seines Vorgängers. Er könnte Erfolg haben

VON DIETMAR H. LAMPARTER



Fotos: [M] Ingo Wagner/dpa/Picture-Alliance; VW (u.)

VW-Aufsichtsratschef **FERDINAND PIËCH** sorgt für Unruhe

VW-Chef **BERND PISCHETSRIEDER** will weitermachen

Wolfsburg, 7. März. Bernd Pischetsrieder, der Vorstandsvorsitzende der Volkswagen AG, präsentiert die Jahresbilanz. Zum vierten Mal legt der Chef von 345 000 Beschäftigten des größten europäischen Autoproduzenten Rechenschaft ab. Großes Theater bahnt sich an diesem Morgen im Werkforum, einem nüchternen Backsteinbau in der VW-Zentrale, an. Der Chef schüttelt auf dem Weg zum Podium auffallend viele Hände.

»Hinter dem Volkswagen-Konzern liegt ein bewegtes Jahr«, sagt Pischetsrieder, und: »Das Ergebnis vor Steuern konnte um 58,2 Prozent auf 1,7 Milliarden Euro gesteigert werden.«

Dennoch könnte dies Bernd Pischetsrieders letzte Bilanzpressekonferenz in Wolfsburg sein.

Daran arbeitet offenbar ein Mann, der an diesem Morgen nicht in Wolfsburg weilt, wohl aber die Atmosphäre nachhaltig vergiftet hat: Ferdinand Piëch, der Aufsichtsratsvorsitzende und Amtsvorgänger von Pischetsrieder.

Der Vertrag des VW-Chefs läuft bis April 2007 – üblicherweise wird ein Jahr vor Ablauf über die Verlängerung entschieden. Eine Woche vor Pischetsrieders Rechenschaftsbericht hatte Piëch ein Interview lanciert, in dem er dessen Vertragsverlängerung als »völlig offen« bezeichnete. Er würde ihn zwar wählen, orakelte der Chefaufseher, aber die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat würden wohl komplett gegen Pischetsrieder votieren. Ein Eklat. Die Branche wertete den Vorstoß einhellig als Versuch der Demontage des VW-Chefs.

Dabei war es einst Piëch, der Pischetsrieder zu VW geholt hatte. Der hatte es zuvor schon zum Chef von BMW gebracht, war dort aber über Milliardenverluste bei Rover gestolpert. Jetzt verübelt Piëch seinem Nachfolger, dass der Konzern nicht mal mehr halb so viel verdient wie in seinem letzten eigenen Amtsjahr (2001).

Ganz außen vor kann Pischetsrieder das Thema seiner Vertragsverlängerung nicht lassen – »obwohl es eigentlich nicht auf eine Bilanzpressekonferenz gehört«. Die Miene des freundlichen Oberbayern ist an diesem Morgen ungewöhnlich ernst. Im Jahr 2008 soll VW wieder richtig ordentlich verdienen, die Restrukturierungsprogramme sind auf dem Weg. »Ich möchte das Unternehmen gemeinsam mit meinen Kollegen zum Erfolg führen«, sagt der VW-Chef. Und natürlich auch die Programme selbst abarbeiten.

In den Wochen vor Piëchs Überraschungsangriff schien alles auf gutem Wege. Als die Sanierungspläne für die westdeutschen VW-Werke publik wurden, hatte die Aktie deutlich zugelegt. Die Börse vertraute auf Pischetsrieder. Nicht aber Ferdinand Piëch. Das Geschwätz des Aufsichtsratschefs ließ den Kurs wieder abstürzen. Die Börse bestraft Führungsdiskussionen.

Piëch benutzte für seinen Vorstoß die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat. Tatsächlich hatten Betriebsräte und IG-Metall-Funktionäre Widerstand angekündigt, als VW-Markenchef Wolfgang Bernhard und der neue Arbeitsdirektor Horst Neumann ihr Restrukturierungsprogramm angekündigt hatten. Die beiden wollen drastisch sparen, überflüssige Kapazitäten abbauen – das trifft die Werker hart: »20 000 Arbeitsplätze« seien betroffen, ließ der Vorstand verlauten.

Die Betriebsräte schweigen. Noch haben sie den Skandal um die Lustreisen ihres Exvorsitzenden Klaus Volkert nicht bewältigt, und ihre neue Führungsriege muss sich Ende März den Betriebsratswahlen stellen. Klar, dass Betriebsratschef Bernd Osterloh jetzt Pischetsrieder keinen Freibrief ausstellen kann. Das weiß der auch.

Aber die Signale des Vorstandschefs aus dem Werkforum sind deutlich. Er sagt Sätze wie: »Man kann ein Unternehmen nur mit und nicht gegen die Mitarbeiter führen.« Er will aber auch nichts schönreden. »Das Ergebnisniveau ist weiter unbefriedigend.« Insbesondere bei den traditionellen deutschen Werken der Marke Volkswagen müsse sehr viel getan werden, um das ganze Unternehmen »wetterfest« zu machen.

Pischetsrieders fünf Vorstandskollegen sind komplett auf dem Podium versammelt. Ganz links sitzt der Mann, den Ferdinand Piëch wohl gern an dessen Stelle sehen würde: Audi-Chef Martin Winterkorn.

Während der Ausführungen Pischetsrieders blättert der 58-jährige Schwabe in seinen Unterlagen. Dann sagt der VW-Chef: »Besonders herausheben möchte ich das Ergebnis von Audi …« Eine wahre Eloge folgt. Winterkorn schenkt ihm ein strahlendes Lächeln dafür.

Als Piëch den Stab an Pischetsrieder übergab, wurde das Wolfsburger Imperium in zwei große Gruppen aufgeteilt. VW, Škoda, Bentley und Bugatti übernahm Pischetsrieder, Winterkorn kümmerte sich um Audi, Seat und Lamborghini.

Audi verdient gut. VW praktisch nichts.

Winterkorn gilt als getreuer Piëch-Gefolgsmann und ist ähnlich technik- und detailbesessen (»ich kenne jede Schraube«) wie dieser. Doch der Audi-Chef war bis 2002 in Wolfsburg als Entwicklungschef mitverantwortlich für den schwer verkäuflichen Phaeton (siehe Kasten) und den neuen Golf, dessen Montage mit 48 Stunden mehr als doppelt so lange dauert wie bei einem vergleichbaren Auto der besten Konkurrenten.

Das wissen auch die Arbeitnehmervertreter.

Auf der Bilanzpressekonferenz demonstriert der Vorstand erst mal Eintracht: »Wir sind uns alle einig«, sagt Pischetsrieder, kein Widerspruch.

Aber über die Verlängerung des Vertrags des Vorstandsvorsitzenden entscheidet der Aufsichtsrat. Auf der einen Seite die Arbeitnehmerbank, auf der anderen vor allem die beiden Großaktionäre Niedersachsen mit dem Ministerpräsidenten Christian Wulff – und seit einigen Wochen auch Porsche, was die Lage derzeit noch kompliziert.

Wendelin Wiedeking, der erfolgreiche Chef der Sportwagenschmiede, glaubt an das Potenzial von VW. Er ist sicher, dass sich seine Investition von drei Milliarden Euro in den Konzern rentiert.

Mit Wulff und Piëch hatte Wiedeking erst vor wenigen Wochen ein Abkommen verabredet: Danach sollte Wiedeking unmittelbar ins Präsidium des Aufsichtsrats einziehen, und bei der VW-Hauptversammlung Anfang Mai auch noch sein Finanzchef Holger Härter als zweiter Porsche-Vertreter. Dafür, versprach Piëch, werde er auf den Aufsichtsratsvorsitz verzichten, womit der heftige Streit zwischen Wulff und Piëch um dessen Doppelrolle als VW-Chefaufseher und Porsche-Großaktionär entschärft zu sein schien. Damals sprach sich das Trio auch für eine Vertragsverlängerung von Pischetsrieder aus. Wulff und Wiedeking wollen sich daran halten, der CDU-Ministerpräsident vor allem, weil ein VW-Chef Winterkorn für ihn ein Rückfall in das »System Piëch« wäre, jene in seinen Augen so unheilige Allianz zwischen IG Metall, SPD-Landespolitikern im Aufsichtsrat und dem damaligen VW-Vorstand unter Piëch.

Für Porsche-Chef Wiedeking ist das eine heikle Situation. Zwar ist der Milliardär Piëch auch Großaktionär und Aufsichtsrat bei Porsche, aber die Piëch-Familie hält nur die Hälfte der Porsche-Stammaktien, die andere Hälfte liegen bei deren Vettern mit Nachnamen Porsche. Und die wollen nicht nach Ferdinand Piëchs Pfeife tanzen. Auch deshalb ist Wiedeking auf einen neutralen Kurs bedacht.

Das hindert den selbstbewussten Porsche-Manager allerdings nicht daran, sich kräftig bei VW einzumischen. Er versteht sich als aktiver Aufsichtsrat (»Ich hab da schon meine Papiere dabei«), und sein Finanzchef hat schon Änderungswünsche (»billigere Autos bauen«) angemahnt.

Er würde dies gern umformulieren in »Autos billiger bauen«, reagiert Pischetsrieder auf der Bilanzpressekonferenz. Und spart nicht mit lobenden Worten über die Perspektiven mit Porsche.

Bleiben Ferdinand Piëch und seine Motive. Der geniale Konstrukteur, dem seine Vettern einst den Chefsessel bei Porsche versagten, arbeitete sich über die Führung bei Audi auf den Chefsessel in Wolfsburg vor. Drei seiner Nachfolger bei Audi hat er nach kurzer Zeit abserviert – es fing ganz ähnlich an wie diesmal.

Eigentlich hat Piëch nun mit dem Einstieg von Porsche als Hauptaktionär bei VW einen Traum realisiert, er hat das Erbe seines verehrten Großvaters Ferdinand Porsche vereint. Jenes Mannes, der den Käfer konstruierte und die Sportwagenschmiede gründete. Doch sein Opfer dafür – das Zurücktreten ins Glied – schmerzt offenbar. Verzichtet er auf den Aufsichtsratsvorsitz, ist er aus dem Machtzentrum raus. Aber wenn sein getreuer Gefolgsmann Winterkorn VW-Chef würde …

Am 20. April ist eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung angesetzt. Dort soll über die Vertragsverlängerung von Bernd Pischetsrieder beschlossen werden. Drei Wochen davor wird der Betriebsrat gewählt, sodass Pischetsrieder nur wenig Zeit bleibt, um nach der Wahl einen Kompromiss mit den Arbeitnehmervertretern über die Sanierung der Marke VW zu finden. Er glaubt daran. Oder er muss sich doch noch dem Machtspiel des großen Strippenziehers beugen.

Ob er aufgrund des fehlenden Vertrauens seines Aufsichtsratschefs nicht zurücktreten müsse, wird Pischetsrieder im Werkforum gefragt. »Wieso?«, kontert der. »Herr Piëch hat doch gesagt, dass er mir seine Stimme geben wird.«

Ob es denn nicht hauptsächlich die Fehler seines Vorgängers gewesen seien, die zu den jetzigen Problemen geführt hätten, wird er ganz zum Schluss gefragt. Nach zwei Stunden Anspannung macht sich ein befreiendes Schmunzeln auf Bernd Pischetsrieders Gesicht breit. Er verliert kein schlechtes Wort über seinen Vorgänger. Die Mimik spricht für sich.

Ertragsschwach

Eckdaten des Volkswagen-Konzerns

	2001	2002	2003	2004	2005
Umsatz in Milliarden Euro	88,5	87,0	84,8	89,0	95,3
Gewinn vor Steuern in Milliarden Euro	4,4	4,0	1,4	1,1	1,7
Verkäufe in Millionen Stück	5,11	5,0	5,02	5,08	5,24

ZEIT-Grafik/Quelle: Unternehmensangaben

LUXUSAUTO-STRATEGIE

Teurer Phaeton



Foto: VW

In seinem sechsten Jahr wird deutlich, dass der teuerste Volkswagen aller Zeiten, der Phaeton, wirtschaftlich ein Misserfolg wird. Auch 2006 dürften vom ersten VW-Luxusmodell wieder kaum mehr als 5500 Fahrzeuge in der eigens errichteten Gläsernen Fabrik zu Dresden entstehen, schätzt Ferdinand Dudenhöffer vom Center Automotive Research (CAR) an der FH Gelsenkirchen. Ursprünglich wollte der VW-Konzern aber 20 000 Karossen im Jahr absetzen.

Über die Jahre hinweg bleibe die Limousine »um gut zwei Drittel hinter der eigenen Prognose zurück«, sagt Dudenhöffer. Der Luxus-VW wurde in der Ära des Vorstandsvorsitzenden Ferdinand Piëch für rund 1,2 Milliarden Euro entwickelt und kam 2001 auf den Markt.

Der Fehlschlag hinterlässt in der VW-Bilanz tiefrote Spuren. Angesichts des viel zu niedrigen Verkaufsniveaus – 40 000 statt der urspünglich geplanten 110 000 Fahrzeuge im ersten Lebenszyklus – schätzt Dudenhöffer, dass Wolfsburg für das Prestige-Projekt bis 2008 einen addierten Verlust von mehr als 900 Millionen Euro verbuchen muss. Pro verkauften Phaeton wären das über 20 000 Euro. Dennoch will der jetzige VW-Chef Bernd Pischetsrieder einen Nachfolger auflegen – allerdings nicht mehr als klassische Stufenhecklimousine. Zumindest das hat er als Fehler erkannt. **UHV**

Was darf Technik?

Eine Online-Umfrage der ZEIT fand große Resonanz. Eines wollen fast alle: Die Kontrolle behalten

VON GUNHILD LÜTGE



Illustrationen: Niels Schröder für DIE ZEIT/www.niels-schroeder.de

Ein kaputtes Auto, das eigenständig die Werkstatt alarmiert. Ein Motor, der automatisch bremst, wenn der Fahrer zu viel Gas gibt. Ein PC, der das Verhalten seines Nutzers analysiert, um Einstellungen in der Software zu ändern. Und ein Kühlschrank, der neues Bier bestellt – vier Szenarien, die ein kleines bisschen Zukunft verheißen. Aber wie nützlich ist das alles? Und was darf die Technik überhaupt? Soll sie uns nur das Leben erleichtern oder auch Vorschriften machen? Ist es akzeptabel, wenn neue Technologien zur Ausgrenzung von Menschen führen? Ist die Privatsphäre noch zu retten?

Um diese und weitere Aspekte ging es in einer Online-Befragung der *ZEIT* im November vergangenen Jahres. Sie ist Teil einer Studie namens Taucis*, die – im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung – von Wissenschaftlern des Instituts für Wirtschaftsinformatik an der Berliner Humboldt-Universität erstellt wird. Auch das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein macht dabei mit. Das Ministerium möchte wissen, wie Technik gebaut werden muss, damit sie menschenfreundlich ist – und Zuspruch gewinnt. Fast 5000 Internet-Nutzer klickten sich durch die Szenarien und standen Rede und Antwort. Generell kam dabei heraus: Je informierter jemand ist, umso vorsichtiger wird er.

Die Technik, um die es dabei hauptsächlich geht, heißt RFID (Radiofrequenzidentifikation). Weil sie aus einer Kombination von Computerchip und Antenne besteht, firmiert sie auch unter dem Begriff Funkchips. Die können sich, wie der Name schon sagt, selbst mitteilen, wenn sie angefunkt werden. In der Regel übertragen sie jene Informationen, die auf ihnen gespeichert wurden. Die Chips können aber auch mit Datenbanken in Verbindung treten. Das macht sie besonders auskunftsfreudig.

Funkchips kommen auf alle Tickets zur Fußballweltmeisterschaft

Sie sind heute bereits auf Produktpaletten in Warenlagern zu finden. Manchmal stecken sie auch schon auf Skipässen oder Arzneimitteln wie Viagra. Auch in die neuen deutschen Reisepässe werden sie inzwischen eingeschweißt. Dort enthalten sie biometrische Daten ihrer Besitzer (siehe Artikel unten). Allerdings wird es noch dauern, bis alle Grenzen mit den erforderlichen Lesegeräten ausgestattet sind. Der große Praxistest steht den Funkchips in Deutschland deshalb während der kommenden Fußballweltmeisterschaft bevor. Dann stecken sie nämlich auf allen Tickets – und regeln den Zugang der vielen Millionen Fans zu den Stadien.

Funkchips können nicht nur Menschen-, sondern auch Warenströme lenken, Diebstähle verhindern, Fälschern das Handwerk legen oder als Geldbörse oder Türöffner dienen. Sie sind Teil einer Technologie, die man Ubiquitäres Computing nennt, kurz UbiComp. Übersetzt heißt das etwa: allgegenwärtiges Rechnen. Dabei können die Systeme nicht nur speichern und rechnen. Ausgestattet mit winzigen Sensoren, bekommen sie auch noch Augen und Ohren. Dann sind sie in der Lage, Informationen aus der Umwelt aufzunehmen. In diesem Fall wandeln sie sich zu gut informierten Kommunikatoren, die Daten blitzschnell erheben, speichern, analysieren und weitergeben können.

Wie also begegnen die Befragten dieser Technologie, die den vier Szenarien zugrunde lag? Insgesamt stehen sie ihr »passiv und unentschlossen gegenüber; jedoch mit einer eher positiven als negativen Tendenz«, fanden die Wissenschaftler heraus. Fast alle Teilnehmer der Umfrage glauben, dass die Technik einfach zu handhaben ist. Insbesondere nehmen junge Leute bis 29 Jahre und Senioren über 60 Jahre die beschriebenen Dienste (Kühlschrank, Auto, PC) als nützlich wahr. Aber: Diese Beurteilung hängt zu einem großen Teil vom Grad der Kontrolle ab, die einem Nutzer über die Technik verbleibt. Kontrollverluste führten bei den untersuchten Verbrauchern zu einer Reduzierung der Kaufintention, so ein Resultat. Ferner spielte das Vertrauen in das System und dessen Betreiber eine Rolle. Die Verletzung der Privatsphäre wird weniger gefürchtet als zum Beispiel das Risiko, die Kontrolle über die Technik zu verlieren, oder dass ein Dienst nicht in den Alltag passt. Gleichzeitig mangelt es in vielen Fällen an Kenntnissen darüber, was etwa mit gespeicherten Kundendaten geschieht. Dabei ist das Vertrauen in Datenschutz-Gesetze relativ hoch: Jeder Zweite fühlt sich gut geschützt. Allerdings ergab die Umfrage auch einen wichtigen Hinweis darauf, wann Menschen skeptisch werden: Wenn ihnen bewusst wird, dass Gesetzesverstöße von Unternehmen in Deutschland nur mit geringen Sanktionen verbunden sind, nimmt das Vertrauen stark ab.

Generell fanden die Wissenschaftler heraus: Personen, die weniger über die elektronische Verarbeitung von Kundendaten wissen, sind eher bereit, von Services zu profitieren, die ihre Privatsphäre potenziell beeinträchtigen könnten. Umgekehrt lässt sich daraus schließen: Wer sich auskennt mit den Möglichkeiten der Informationstechnik, der ist vorsichtig mit der Preisgabe persönlicher Daten.

Ganz klar war eine Mehrheit dagegen, neue Technik zur Diskriminierung von Personen zu nutzen. So wurden die Teilnehmer befragt, ob sie es in Ordnung finden, dass ein Freund in der Warteschlange eines Mobilfunkbetreibers länger warten muss als andere Kunden, weil er ein schlechter Kunde ist. Selbst die besser Verdienenden sagen mit fast 90 Prozent: »Nein!« Noch kritischer ist die Einschätzung, wenn jemand möglicherweise nicht mehr per Kreditkarte im Internet zahlen kann, da er in einem Stadtviertel wohnt, in dem viele Leute Schulden haben und die Kreditwürdigkeit an der Nachbarschaft festgemacht wird. 96 Prozent lehnen eine solche Praxis ab.

Sollten die RFID-Chips demnächst nicht nur auf Produktpaletten oder Eintrittskarten, sondern auf Schnapsflaschen, Zigarettenschachteln, in Kleidungsstücken oder Schuhen stecken, dann wünschen sich die Teilnehmer der Studie mehrheitlich, dass die Chips am Ladenausgang vernichtet werden. Gefragt wurde auch nach alternativen Verfahren. So könnten die Chips zum Beispiel nur deaktiviert und mit einem Passwortschutz versehen werden, um sie später wieder funktionstüchtig zu machen; etwa um einen Umtausch zu erleichtern. Doch solche Verfahren lehnen die meisten ab; bei den Teilnehmern mit Abitur waren es sogar 78 Prozent – eine ungewöhnlich kritische Haltung. Das eindeutige Votum überrascht vor allem, weil die Mehrheit der Befragten die Vorteile von RFID durchaus zu schätzen weiß.

* Taucis steht für Technikfolgenabschätzung Ubiquitäres Computing und Informationelle Selbstbestimmung (www.taucis.de). Der vollständige Bericht mit Hintergründen zu Technik, Wirtschaft, Zukunftsszenarien und juristischen Implikationen wird für den Sommer erwartet

Weitere Informationen im Internet: **www.zeit.de/computer**

Wie bei James Bond

Was geschieht da im Casino von Bad Homburg? Regelmäßig werden Besucher der großen Spielhalle vom Wachpersonal angesprochen und diskret vor die Tür komplimentiert – ohne dass sich einer der Hinausgeworfenen darüber beschweren würde. Des Rätsels Lösung: Diese Menschen sind spielsüchtig. Sie wollen sich vor sich selbst schützen und haben sich mit ihrem Gesicht in einer biometrischen Datenbank des Casinos speichern lassen. Wie alle anderen Gäste werden sie beim Betreten des Hauses gefilmt. Erkennt die EDV eine Übereinstimmung mit einem der gespeicherten Gesichter, sendet der Rechner das Foto ohne Angabe eines Namens per Datenfunk auf den Taschencomputer eines Wachhabenden – und dieser waltet seines Amtes.

Biometrie boomt. Und deutsche Unternehmen haben die Nasen ganz vorn. In Bad Homburg beispielsweise ist es die Firma Bosch Sicherheitssysteme GmbH, die das Gesichtserkennungssystem installiert hat. Mit einer »Vervielfachung« des Auftragsvolumens rechnet Bosch-Biometrieexperte Christoph Hampe noch in diesem Jahr: »Das Thema Biometrie ist bei uns ganz groß aufgehängt«, sagt er, der davon überzeugt ist, dass das Thema Biometrie uns allen in Zukunft tagtäglich begegnen wird. Im Auto, zu Hause, beim Einkaufen oder beim Arbeiten – man könne sich, so Hampe, heute überhaupt nicht vorstellen, wo Biometrie überall zum Einsatz kommen werde.

Noch kommen die meisten Aufträge vom Staat

In der Tat: Wer sich mit diesem Thema auseinander setzt, bekommt schon bald den Eindruck, dass alle James-Bond-Fantasien längst umgesetzt wurden – vom Iris-Scan über den elektronisch erfassten Fingerabdruck bis hin zur Gesichts-, Sprach-, Unterschriften- oder Handflächenerkennung reichen die hierzulande praktizierten Anwendungen. Wie in Bad Homburg beweisen sie in zahllosen Kleinprojekten ihre Alltagstauglichkeit. Aber: So bunt sich all dies liest, so wenig wirtschaftliche Bedeutung hatte es bisher.

Dies weiß auch Oliver von Treuenfels von der Hamburger Firma Dermalog. »Für die Privatwirtschaft oder den Privatkunden sind die meisten Applikationen heute immer noch viel zu teuer«, berichtet er. Um die eigene Firma beispielsweise mit einem Fingerabdruck-Scan am Eingang zu sichern, braucht es erst eine Hardware, also einen Fingerabdruckscanner und dann eine Datenbank und Software zum Auslesen der Daten. Dermalog ist Deutschlands einziger Anbieter eines Automatischen Fingerabdruck-Identifikationssystems, kurz Afis genannt.

Dem eher schlichten weißen Bau in einem Hamburger Wohnviertel sieht man diese glänzende Startposition nicht an. 50 Angestellte arbeiten hier, mittlerweile erwirtschaften sie ein jährliches Umsatzvolumen im zweistelligen Millionenbereich. Die Erfolgsstory von Dermalog ist typisch für die Branche. Entstanden aus einem Spin-off an der Hamburger Universität, hat sich das kleine Team um Firmenchef Günter Mull international hervorragend positioniert. Allerdings: »99 Prozent unserer Umsätze erwirtschaften wir im Regierungsbereich«, sagt Oliver von Treuenfels. In Brasilien betreut Dermalog eine staatliche Datenbank mit über 5 Millionen Personen, täglich kommen 6000 hinzu. Alles sind Antragsteller für einen Personalausweis, und den gibt es in Brasilien nur mit einem Fingerabdruck. Kommen Delegationen aus dem Ausland zu Dermalog, wundern sie sich, erzählt von Treuenfels: »Natürlich fragt man uns auch nach großen Vorzeigeprojekten in Deutschland. Da müssen wir passen.« Ähnlich wie beim Transrapid, ärgert sich der EDV-Spezialist, könnten starke deutsche Firmen ihre Stärke erst mal nur im Ausland zeigen.

Doch das wird sich nun ändern. Seit dem 1. November hat Deutschland den E-Pass und damit sein großes staatliches Referenzprojekt im Biometriebereich. Jeder neue Reisepass beinhaltet seit diesem Tag einen Chip. Auf ihm wird neben den herkömmlichen biometrischen Daten wie Körpergröße und Augenfarbe auch das frontal fotografierte Gesicht des Passinhabers gespeichert. Schneller als jedes andere europäische Land hat Deutschland damit das neue EU-Passgesetz realisiert.

»Der E-Pass pusht die deutsche Biometriewirtschaft enorm«, sagt Sandra Schulz vom Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e. V., Bitkom. Die Informatikerin in Berlin beobachtet den Biometriemarkt seit einigen Jahren und hat zusammen mit anderen Interessenverbänden eine Biometrie-Landkarte herausgegeben. In ihr sind alle deutschen Unternehmen verzeichnet, die in dieser Branche tätig sind. Viele Firmen bestehen nur aus einer Hand voll Mitarbeitern, doch gerade hierin liege ihre Stärke, meint Sandra Schulz: »Es geht um hoch spezialisierte Anwendungen, dafür muss man nicht groß, sondern innovativ sein.«

2004 veröffentlichte das Soreon-Institut eine Marktstudie zum deutschen Biometriemarkt. Demnach lagen die Zahlen bis 2006 in einem eher niedrigen Gesamtumsatzbereich von 37 Millionen Euro. Mit dem E-Pass schnellt diese Summe nach oben: Für 2009 erwartet man einen Umsatz von

Datenschnüffler vom Dienst

Google, Yahoo! und Co sammeln über ihre Kunden massenweise Informationen. Die US-Regierung darf sie heimlich durchforsten VON THOMAS FISCHERMANN

Scharfe Wortgefechte sind bei Anhörungen vor dem amerikanischen Kongress nichts Ungewöhnliches. Spektakulär waren vor zwei Wochen aber die Ziele, die sich eine Reihe Abgeordneter beider Parteien für ihre verbalen Attacken ausgesucht hatte: die sonst umjubelten High-Tech-Firmen Microsoft, Yahoo!, Cisco und Google. »Ihre abstoßenden Aktionen in China sind eine Schande«, polterte etwa der demokratische Abgeordnete Tom Lantos. »Ich verstehe einfach nicht, wie Ihre Geschäftsführer nachts ruhig schlafen können!«

Die Anhörung drehte sich um ein haariges und für die Branche entscheidendes Problem der Internet-Wirtschaft: die wachsende Zahl persönlicher Daten, die Online-Firmen über ihre Kunden sammeln, und den möglichen Missbrauch dieser Daten. Was die Washingtoner Politiker so erboste, war ein Missbrauch dieser Daten durch die chinesische Regierung. Kritiker werfen Google, Yahoo! und Konsorten vor, dass ihre Ableger im Reich der Mitte allzu freundlich mit dem Regime kooperierten, persönliche Daten an Zensoren und die Polizei weitergäben. Nach Angaben der Organisation Reporter ohne Grenzen war die Verhaftung und Verurteilung des chinesischen Journalisten und Menschenrechtsaktivisten Shi Tao im vergangenen April erst möglich geworden, als die Suchmaschinenfirma Yahoo! Daten über dessen Internet-Nutzung an die Behörden weiterreichte. »Sie haben sich wie Funktionäre der chinesischen Regierung benommen!«, schimpfte bei der Kongressanhörung Jim Leach, ein Republikaner.

So aufgebracht die Washingtoner Abgeordneten über das Betragen amerikanischer Firmen in China auch sein mögen: Ungehinderte und bisweilen fragwürdige Zugriffe von Behörden auf die wachsenden Datenberge privater Internet- und Telekommunikationsfirmen sind längst in vielen Ländern ein Problem. Und ausgerechnet amerikanische Behörden haben in den vergangenen Jahren kräftig hinzugelernt, wie sie von der Datensammelwut privater Firmen profitieren können. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 hatte die Bush-Regierung eine Reihe neuer Überwachungsgesetze durchgepeitscht, allen voran den so genannten Patriot Act. Er enthielt eine lange Wunschliste der Geheimdienste und Polizeibehörden, von zusätzlichen Abhörrechten bis zum Abfangen privater E-Mails. Doch eine der wichtigsten Neuerungen war, dass Behörden von nun an private, kommerziell betriebene Datenbanken für ihre Ermittlungszwecke nutzen konnten, in vielen Fällen ganz ohne Durchsuchungsbefehl und ganz ohne Dokumentation, Rechenschaftspflichten oder auch nur eine Mitteilung an die derart bespitzelten Bürger.

Weitere Artikel zur Cebit
finden Sie auf den folgenden Seiten und in den beiden Ressorts
Wissen SEITE 42/43
Leben SEITE 65

Doch während in der verschüchterten Zeit nach dem 11. September 2001 die Regierung lange freie Hand bei solchen Dingen hatte, regt sich inzwischen bei vielen Amerikanern ein traditioneller politischer Reflex: das tief sitzende Misstrauen vor der Macht und den Übergriffen des Staates, eine ausgeprägte Vorliebe für eine geschützte Privatsphäre.

Seit Monaten macht eine Fülle von Affären vielen US-Bürgern klar, wie weit das Datensammeln schon gegangen ist. Da verlor eine Reihe von Kreditkartenfirmen durch Fahrlässigkeit interne »Dossiers« über ihre Kunden – typischerweise 20-seitige Berichte über Einkommen und Familienstand, Konsumverhalten und politische Orientierung, Geschäftspartner und Arbeitgeber, persönliche Probleme und sexuelle Vorlieben. Da wurden schätzungsweise zehn Millionen Amerikaner im vergangenen Jahr zu Opfern so genannter Identitätsdiebstähle: Kriminelle nutzten die Informationen aus solchen Datenbanken, um sich als die Opfer selber auszugeben, in ihrem Namen einzukaufen und Verträge abzuschließen. Die bange Frage vieler staatsskeptischer Amerikaner: Wenn sogar Hacker und Internet-Betrüger so einfach Zugang zu dieser Datenfülle erhalten können, werden dann nicht Polizei, Steuerbehörden und Geheimdienste erst recht komplett im Bilde sein?

Bei einem Gerichtsverfahren im November wurde der Täter Robert Petrick schließlich auf spektakuläre Weise überführt – weil er vor dem Mord an seiner Frau die Worte »Nacken« und »brechen« auf der Web-Seite von Google nachgeschlagen hatte. Die Aufklärung des Falls war zwar eine gute Sache, doch einer breiten Öffentlichkeit wurde dadurch erst bewusst, dass Google und andere Internet-Firmen sämtliche Anfragen und Suchergebnisse sammeln und auf unbestimmte Zeit aufbewahren.

Hinter den meisten Geschäftsmodellen der heute erfolgreichen Internet-Firmen wie Amazon, Google, Yahoo! oder Skype steht sogar die Erwartung, dass sie künftig immer detailliertere Informationen über ihre Kundschaft sammeln können – um ihnen nämlich maßgeschneiderte Produkte zu verkaufen oder gezielte Werbung vorzusetzen.

Immer kompletter werden die privaten Datenbanken. Die Anbieter der unterschiedlichsten Internet-Seiten halten fest, was Konsumenten kaufen oder nur anschauen. Internet-Suchmaschinen wie Google und Yahoo! versuchen, sich aus den Anfragen und den E-Mail-, Diskussions- und Einkaufsgewohnheiten ihrer Besucher ein möglichst komplettes Bild über deren Vorlieben zu verschaffen. Mobiltelefonbetreiber können die Aufenthaltsorte ihrer Nutzer nachvollziehen, und es gilt als großes Wachstumsgeschäft, ihnen ortsabhängig gezielte Nachrichten, Informationen und Werbemeldungen bereitzustellen.

Jede Online-Mediennutzung auf digitalen Fernsehkanälen oder beim Musikhören per iPod kann heutzutage eine elektronische Spur hinterlassen. Besonders weit geht die Firma Google, die seit Monaten eifrig ihr »Google Desktop«-Programm bewirbt. Die neueste Version kann in Sekundenbruchteilen ein Dokument, eine E-Mail oder eine Internet-Seite finden, die ein Benutzer jemals irgendwo auf einem seiner Computer gesichtet hat – doch um das zu ermöglichen, werden diese Daten auf Googles Zentralcomputern zwischengespeichert, einschließlich persönlicher E-Mails, vertraulicher Geschäftsbriefe oder Steuerabrechnungen.

Inzwischen beginnt sich aber der Widerstand zu regen. »In Sachen Datenschutz ist Amerika der Wilde Westen«, kritisiert Barry Steinhardt von der Bürgerrechtsorganisation American Civil Liberties Union (ACLU) in New York. Zuletzt sorgte die Enthüllung wochenlang für Schlagzeilen, dass George W. Bush offenbar dem Abhördienst NSA (National Security Agency) auf der Suche nach Terroristen erlaubt hatte, ohne richterliche Erlaubnis massenweise Telefongespräche, E-Mails und Finanztransaktionen abzufangen. In einer Umfrage der ACLU sprach sich Anfang Februar eine klare Mehrheit von Amerikanern gegen dieses Programm aus. Im US-Kongress fordern Politiker beider Parteien einen Rechenschaftsbericht der Regierung. Und die Internet-Wirtschaft bekommt ihre eigenen Probleme damit: Die Schnüffelvorwürfe treffen auch etliche Firmen, schädigen ihr Image und ihre Umsätze.

»Dieser Fall hat jetzt viele Leute wachgerüttelt«, urteilt John Gilmore, ein Sicherheitsexperte und Mitgründer der Bürgerrechtsorganisation Electronic Frontier Foundation (EFF) in San Francisco. Gilmore und seine Organisation bedrohen inzwischen Firmen mit Boykottaufrufen und Protestkampagnen, wenn sie allzu bereitwillig Daten an staatliche Aufseher weitergeben. Eines der frühesten Beispiele war die Fluggesellschaft Delta, die sich seit 2003 einem Boykottaufruf privater Aktivisten im Internet gegenüber sah, weil sie in einem umstrittenen Programm des Amts für Heimatsicherheit zur Sammlung von Passagierdaten kooperierte. Der Fall geriet landesweit in die Schlagzeilen, wurde in Fernsehtalkshows debattiert und führte zu einem erheblichen Imageschaden bei Delta.

Im jüngsten Fall verwalten die Bürgerrechtler von EFF eine Sammelklage gegen das Telekommunikationsunternehmen AT&T: Die Klage vom 31. Januar dreht sich um den Vorwurf, dass das Unternehmen der National Security Agency beim Abhören amerikanischer Telefonate geholfen habe – ohne richterliche Genehmigung. Dabei seien nicht nur firmeneigene Datenschutzrichtlinien, sondern auch amerikanische Gesetze gebrochen worden. »Die Kunden von AT&T gehen üblicherweise wohl davon aus, dass ihre Kommunikation Privatsache bleibt«, sagt Lee Tien, einer der EFF-Anwälte. »Leider hat AT&T dieses Vertrauen verletzt.«

Wobei AT&T selber wohl noch eine ganz andere Sorge umtreiben dürfte: der entstehende Imageschaden. Schließlich könnte der Fall der Konkurrenz nutzen. Längst gibt es nämlich auch eine Fülle von Internet-Telefonfirmen, die Datenschutz-versessenen Amerikanern verschlüsselte Telefonate anbieten.

Fingerabdruck und Gesichtsscan: Im Geschäft mit der Biometrie liegen deutsche Anbieter weltweit vorn VON DOROTHEA HEINTZE



377 Millionen Euro. Im Verhältnis zu den USA ist das alles noch relativ harmlos. Dort hat die Angst vor dem Terror die Umsatzzahlen in den vergangenen Jahren auf eine Milliarde US-Dollar anwachsen lassen.

So schön, so gut für die Biometriewirtschaft. Doch schlecht für die Datenschützer. »Ich verstehe ja den Wunsch, diese hoch innovative Technik einzusetzen«, sagt Hamburgs Datenschutzbeauftragter Hartmut Lubomierski. Und natürlich dürfe die Regierung »diesen großen Wachstumsmarkt fördern«. Doch die Entwicklung werde zu wenig hinterfragt: »Ich habe nur einen Fingerabdruck und nur ein Gesicht. Wenn damit jemand betrügerisch umgeht, wie soll ich beweisen, dass ich das nicht war?« Eine PIN oder eine Scheckkarte könne man neu bestellen – seinen Finger nicht. Schützenhilfe bekommen die Datenschützer von den Grünen. Fraktionschefin Claudia Roth ärgert sich vor allem über das hohe Tempo im Bundesinnenministerium: »Es gibt EU-Verordnungen, und die müssen wir umsetzen. Aber wer hat uns vorgeschrieben, dass wir zu Mustermännchen werden?« Gerade Deutschland, so Roth, hätte sich in die Rolle des Mahners einfügen müssen. Stattdessen jedoch habe man sich zum Gehilfen der USA degradieren lassen und bediene hierzulande blind die Interessen der Wirtschaft.

Zum März nächsten Jahres wird es einen weiteren Chip im Pass geben: Auf ihm sind die Abdrücke beider Zeigefinger gespeichert. »Das Symbol schlechthin für Kriminalität«, meint dazu Claudia Roth. Und Hartmut Lubomierski spricht von einem Technikwahn, mit dem man 99 Prozent der Bevölkerung überziehe: »Wer glaubt, dadurch Terroristen von ihrem Einsatz abzubringen, ist paranoid.« Doch die Bevölkerung scheint all dies nicht zu scheren. 1983 gingen wegen der Volkszählung die Massen auf die Straßen – heute ärgern sich die Bürger vor allem darüber, dass sie 59 statt 26 Euro für den neuen Pass bezahlen müssen und auf den Bildern nicht mehr lächeln dürfen. Martin Schallbruch, beim Bundesinnenministerium verantwortlich für die Einführung des E-Passes, kann denn auch vermelden: »Nach dem September 2001 gibt es eine große Akzeptanz in der Bevölkerung für zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen. Es gibt Umfragen, die uns zeigen, dass viele Menschen dafür sind, einen Fingerabdruck im Pass aufzunehmen.«

Tatsächlich erleben die Firmen, die sich mit biometrischen Anwendungen befassen, fast nur Zustimmung. Am Frankfurter Flughafen beteiligt sich die Lufthansa seit zwei Jahren an einem Versuch der Bundespolizei zur Automatisierung von Grenzkontrollen. Passagiere können sich zusammen mit ihren persönlichen Daten aus dem Reisepass und ihrer Iris am Flughafen registrieren lassen. Gehen sie später über die Grenze, passieren sie diese auf einer automatischen Kontrollspur, vorbei an den Schlangen, die vor dem traditionellen Schalter warten. »15 bis 20 Minuten« könne er da pro Auslandsflug sparen, berichtet einer der Teilnehmer. Michael Grande, bei der Lufthansa verantwortlich für die Passagiersicherheitsprozesse, weiß: »Wir wollen unseren Bodenservice verbessern und gleichzeitig den hohen Sicherheitsanforderungen in der Luftfahrt genügen. Genau da hilft die Biometrie.«

Schnell und sicher – das ist Zauberwort der Biometriebranche, doch genau hier verbergen sich auch »Fallstricke«, sagt Mirko Panic, der bei der Firma Siemens Business Services den Bereich Homeland Security leitet. Zusammen mit der Lufthansa hat Siemens Flugtickets mit biometrischen Merkmalen entwickelt. Doch alle Beteiligten wissen, dass man sich auch dadurch keine absolute Sicherheit vor Attentaten erkaufen kann. Versuche des Chaos Computer Clubs haben vor kurzem sehr publikumswirksam gezeigt, dass sich selbst modernste Fingerabdruckscanner mit einfachsten Mitteln überlisten lassen. Für Mirko Panic steht deshalb fest, dass man in der Branche noch »einiges an Gehirnschmalz« investieren müsse, um neuen Kunden die Vielseitigkeit der Biometrie jenseits des reinen Sicherheitsaspektes darzulegen.

Die steigenden Umsatzzahlen führen zu sinkenden Preisen und damit zu einem breiteren Kundenkreis. Die jetzt beginnende Cebit in Hannover zeigt, wohin der Weg führt: *Wie Biometrie in der Praxis funktioniert. Einsatzmöglichkeiten für den Mittelstand*, so und ähnlich lauten die Titel geplanter Vorträge. Die Messeleitung erwartet einen Aussteller- und Besucherrekord in den Security-Hallen 6 und 7. Für den Datenschützer Hartmut Lubomierski kein Grund zur reinen Freude: »Wir denken ja immer, dass der Staat der böse Datensammler sei, doch genauso wichtig ist der genaue Blick auf die Privatwirtschaft.« So gebe es zwar auch hier datenschutzrechtliche Bestimmungen, in der Praxis bleibe das jedoch meist reinste Theorie. Wer weiß – vielleicht gibt es ja auf der Cebit auch noch einen Vortrag dazu.

TECHNIKLEXIKON

Biometrie

Der Begriff Biometrie stammt ursprünglich aus der Human- und Veterinärmedizin – als Bezeichnung für die Vermessung von Lebewesen mit Hilfe quantitativer Merkmale. *Bios* kommt aus dem Griechischen und heißt Leben, *metron* ist das Maß. Zu den bisher schon verwandten biometrischen Merkmalen in Reisedokumenten zählen Augenfarbe und Körpergröße. Neu ist, dass diese Merkmale auf einem Chip gespeichert werden. Seit vergangenem November enthalten neu ausgestellte Pässe ein digitales Foto des Passinhabers, von März 2007 an kommt ein zweiter Chip mit den Abdrücken der beiden Zeigefinger dazu. Eine zentrale Datenbank, die die biometrischen Merkmale aller Passinhaber speichert, verbietet das deutsche Datenschutzgesetz. DH





Fotos: William Mercer McLeod; Jennifer S. Altman/dpa (r)

DIE GRÜNDER Sergey Brin (links) und Larry Page 1998 in ihrem ersten Büro in Kalifornien. Der **BÖRSENGANG** von Google folgte 2004

»Das ganze Web auf dem PC«

Wie Google von einer fixen Idee zu einem mächtigen Konzern wurde, erzählen die amerikanischen Journalisten **DAVID VISE UND MARK MALSEED** in ihrem Buch, das in diesem Monat auf Deutsch erscheint. Wir drucken Auszüge daraus

Google entstand, als Sergey und ich an der Stanford University Doktoranden in Informatik waren«, begann Larry Page. »Wir wussten nicht genau, was wir machen wollten. Ich hatte den verrückten Einfall, das gesamte Web auf meinen Computer herunterzuladen. Ich ließ meinen Doktorvater wissen, dass es nur eine Woche dauern würde. Nach ungefähr einem Jahr besaß ich einen kleinen Teil davon.« (…)

»Optimismus spielt also eine wichtige Rolle«, fuhr er fort. »Man muss ein wenig albern sein, was die eigenen Ziele betrifft. Am College habe ich die Wendung gehört, dass man sich nie vom Unmöglichen einschüchtern lassen soll. Das ist eine wirklich gute Formulierung. Man sollte unbedingt Dinge versuchen, vor denen die meisten zurückschrecken würden.« (…) »Ich fing also an, das Web runterzuladen, und Sergey (Brin, *Anm. d. Red.)* half mir, weil er an Data-Mining und an der Verwertbarkeit von Informationen interessiert war«, führte Page aus. (…)

Page hatte eine Theorie: Man zählt die Links zu einer Website und erhält damit ein Verfahren, um die Popularität der Site einzustufen. Popularität und Qualität gehen zwar nicht unbedingt einher, doch Brin und er waren in Familien aufgewachsen, in denen man zu würdigen wusste, wenn Arbeiten so prominent veröffentlicht wurden, dass der Citation Index sie erfasste. Die Links erinnerten Page an die Zählweise wissenschaftlicher Aufsätze nach Häufigkeit der Zitate. Wissenschaftler führen die veröffentlichten Artikel an, die sie für ihre Arbeit benutzt haben, und dies ist hilfreich, wenn man Ansehen und Einfluss in der Hochschulgemeinschaft bewerten will.

Das Gleiche ließ sich, wie Page meinte, über Websites sagen. Er ging einen Schritt weiter, und damit gelang ihm ein konzeptioneller Durchbruch: Nicht alle Links waren gleich. Manche hatten ein höheres Gewicht. Er nahm sich vor, Links von wichtigen Sites eine größere Bedeutung einzuräumen. Aber wie sollte er entscheiden, welche Sites wichtig waren? Ganz einfach: Diejenigen, auf die die meisten Links verwiesen, hatten einen höheren Rang. Mit anderen Worten, wenn die populäre Yahoo!-Homepage mit einer Website verknüpft war, wurde Letztere sofort wichtiger. Unter Anspielung auf seinen eigenen Familiennamen und die Webdokumente, die er untersuchte, nannte Page sein Link-Rating-System »PageRank«. (…)

Während sie ihren Freunden von Google erzählten, hätten immer mehr angefangen, es zu nutzen. »Sehr bald hatten wir in Stanford 10 000 Suchanfragen pro Tag. Dann guckten wir uns die Geräte an und sagten: Das ist das Limit, wir brauchen mehr Computer. So war es immer. Dauernd brauchten wir mehr Computer.« (…) »Also gründeten wir eine Firma. Das war damals im Silicon Valley relativ leicht. Wir gründeten die Firma, und sie wuchs und wuchs und wuchs – und darum sind wir hier. Das also ist die Google-Story.« (…)

Seit Gutenberg die moderne Druckerpresse vor mehr als fünfhundert Jahren erfand, wodurch literarische und wissenschaftliche Werke für die Massen erschwinglich und weithin verfügbar wurden, hat keine Erfindung die Möglichkeiten von Individuen derart vergrößert und den Zugang zu Informationen so grundlegend umgewandelt wie Google. Mit dem bunten, kindlichen Logo vor rein weißem Hintergrund, seiner Fähigkeit, täglich blitzartig Millionen relevanter Antworten auf Suchanfragen zu liefern, hat es die Art und Weise, wie man sich heute informiert und auf dem Laufenden bleibt, radikal verändert. Als Teil unseres Alltagslebens ist Google unentbehrlich geworden. Millionen Menschen benutzen es täglich in über hundert Sprachen, und viele setzen Google mit dem Internet gleich. Das Streben nach Informationen über jegliches Thema wird durch das »Googeln« auf einem Computer oder einem Handy befriedigt. Männer, Frauen und Kinder verlassen sich so sehr auf Google, dass sie nicht mehr wissen, wie sie je ohne die Suchmaschine auskommen konnten. (…)

Für einen Dollar bekommt Google dreimal mehr Computerleistung als andere

John Hennessy, ein Spitzeninformatiker, der als Präsident der Stanford University amtiert und dem Google-Vorstand angehört, meint, die Firma sei einzigartig in der geteilten Welt hoch spezialisierter Software- und Hardware-Unternehmen, weil sie in beiden Bereichen marktführend sei. Für seine Suchdienste und die damit verwandten Aktivitäten betreibt Google patentierte, spezialgefertigte Programme auf Hunderttausenden von Geräten, die es speziell für diesen Zweck herstellt. Die optimale Mischung von Technologien durch das fortschrittlichste Unternehmen der Welt liefert von einer Sekunde zur anderen die besten Suchergebnisse. Es gibt kein Wort für diese nahtlose Verbindung von Hardware und Software in einem derart gewaltigen Maßstab, deshalb wollen wir sie als Googleware bezeichnen. (…)

Als Google (im Jahr 1999, *Anm. d. Red.)* sein Computernetzwerk auf Touren bringen sollte, engagierten Larry und Sergey einen Hirnchirurgen, Dr. Jim Reese, der die Harvard und die Yale Medical School abgeschlossen hatte. Er hatte in einem Stanford-Forschungslabor gearbeitet, bevor er sich Google 1999 als Angestellter Nr. 18 anschloss. Als Einsatzleiter war Reese für die wachsende Sammlung von Computer-Hardware zuständig.

Im Herbst 1999 gab man sich bei Google einer Einkaufsorgie hin. Gut bei Kasse und ermuntert durch die beiden Risikokapitalgesellschaften, die in Google investiert hatten, verfügten Sergey und Larry über die erforderlichen Mittel für eine aggressive Erweiterung des Unternehmens. Wenn Google erhebliche Einnahmen erzielen wollte, musste es zusätzliche Computerteile und Speicherkapazitäten zur Vergrößerung seines Netzwerks erwerben.

Mittlerweile brauchten die beiden nicht mehr auf den Verladerampen von Stanford nach Computern Ausschau zu halten. Sie hatten die nächste Stufe erreicht, denn nun konnten sie zu Fry's fahren, einem riesigen Elektromarkt im Silicon Valley. Dort deckten sie sich mit Standard-PCs, Festplatten und Speicherlaufwerken ein. Wieder im Googleplex angelangt, nahmen sie die Geräte auseinander und entfernten sämtliche überflüssigen Teile, die Kapazitäten und Ressourcen in Anspruch genommen hätten. Dann bauten sie genau angepasste Computer und verknüpften diese mit Software, Kabeln und dem Geheimrezept, durch das Google blitzgeschwind wurde.

»Wir wollen die höchstmögliche Rechenleistung pro Dollar erzielen«, sagt Geoffrey Dean, einer von mehreren Ingenieuren, die Google in jenem Jahr dem Labor abwarb, das die AltaVista-Suchmaschine geschaffen hatte.

Dean und andere Googler aus jener Ära erzählen gern, wie sie eine Art Supercomputer aus vielen Alltags-PCs zusammenschusterten. Statt 800 000 Dollar für ein hochwertiges IBM-System auszugeben, hätten sie bei RackSaver.com ein Sortiment von 88 Computern für nur 250 000 Dollar gefunden, das eine vergleichbare Prozessorleistung und eine mehrfach höhere Speicherkapazität besaß. Außerdem benutzten sie das kostenlose Betriebssystem Linux, statt Software bei Microsoft zu kaufen. Die Ersparnisse verschafften Google einen beträchtlichen Vorteil gegenüber den Wettbewerbern – selbst denen, die zu dem gleichen Kapitalaufwand fähig waren. Für jeden ausgegebenen Dollar besaß Google dreimal mehr Rechenleistung als seine Konkurrenten.

Da den einfachen PCs von Google die Sicherungen und Redundanzen der komplizierten IBM-Supercomputer fehlten, waren sie störanfälliger. Wie die gewöhnlichen Desktop-Geräte, denen sie ähnelten, mussten die Google-PCs nach durchschnittlich zwei bis drei Jahren ersetzt werden. Sogar funktionsfähige Rechner wurden manchmal nach zwei Jahren ausgemustert, weil sie inzwischen langsamer waren als neuere Geräte. Angesichts der hohen Zahl von Computern, die Google einsetzte, war es unvermeidlich, dass jeden Tag mehrere versagten. Sergey und Larry hatten beschlossen, die ständigen Ausfälle mit Hilfe von Software zu überwinden, was bedeutete, dass ausgediente PCs nicht manuell entfernt und ersetzt, sondern umgangen wurden.

Nun schaltete sich Dr. Reese ein, der keine Operationen an Menschen mehr vornahm, sondern half, Software zu erfinden, welche die Schnelligkeit und Zuverlässigkeit von Google trotz aller Widrigkeiten gewährleistete. Sein Team und er verteilten Daten und Rechenfunktionen auf eine große Zahl von Computern an mehreren Standorten und schufen dadurch ein System, das mit etlichen Fehlern fertig werden konnte, ohne abzustürzen. Nachdem dieses Schlüsselelement der Googleware am Platz war, konnte Dr. Reese, der Hirnchirurg, das gesamte kostbare Netzwerk von einem Ort aus überwachen, statt die Datenzentren von Google abpatrouillieren zu müssen. (…)

Dies könnte das Geheimnis von Google sein. Experten betrachten Personalcomputer im Allgemeinen als Bedarfsartikel, vergleichbar mit Toastern, doch Google montiert (heute, *Anm. d. Red.)* über 100 000 billige PCs, setzt sie ein und verbessert dauernd ihre Performance. Keine Gesellschaft verfügt über eine größere Rechenleistung als Google mit seinem Netzwerk gewöhnlicher, doch aufgemotzter PCs.

»Sie betreiben das größte Computersystem der Welt«, kommentiert Hennessy. »Ich glaube nicht, dass jemand auch nur über eine annähernde Kapazität verfügt.« (…)

Schlüsselwörter für die Werbung werden bei Auktionen versteigert

Durch die Einbeziehung kleiner, äußerst gezielter Textanzeigen wurde die Suchmaschine Google (über die Jahre, *Anm. d. Red.)* zu einer Geldmaschine. (…) Für den normalen Nutzer unsichtbar, agierte das Unternehmen auf einem komplizierten, Tag und Nacht geöffneten Markt, auf dem Abertausende von Wörtern und Wendungen wie Güter und Dienstleistungen gekauft und verkauft wurden. Der Name eines Alltagsproduktes wie »Tierfutter« mochte 30 Cent einbringen, während Angebote mit einer höheren Gewinnspanne, etwa »Anlageberatung«, bis zu drei Dollar kosten konnten. Die Preise hingen davon ab, was Inserenten für eine Anzeige zahlen wollten, so dass sie auftauchte, wenn ein Nutzer einen bestimmten Begriff bei Google eingab. Und die Preisbildung auf diesem elektronischen Markt erhellte eines der größten Geheimnisse, nämlich wie es Google gelang, die Klicks auf seiner Website zu Gewinnen zu machen.

Google verdiente jedes Mal Geld, wenn ein Computernutzer eines der gezeigten Inserate anklickte. Aber die Kosten einer Anzeige bei Google oder in seinem Netz von Partner-Websites wurden nicht im Voraus fixiert, sondern durch eine unablässige Online-Auktion bestimmt. Auf diese Weise stellte Google sicher, dass es einen konkurrenzfähigen Preis für jede Anzeige erhielt, die es täglich millionenfach im Web platzierte. Weltweit beschäftigten Unternehmen Personal, das seine Tage vor Computerbildschirmen verbrachte und bei den elektronischen Auktionen Gebote einreichte. Manche Firmen benutzten automatisierte Software, andere heuerten spezialisierte Vertriebsprofis an. Jedenfalls wurden die Gebote hinter den Kulissen abgegeben, sodass die Google-Nutzer nur die erfolgreichen Anzeigen sahen, die sich rechts neben den Suchergebnissen gruppierten.

Antonella Pisani, eine leitende Angestellte des Computer- und Elektronikherstellers Gateway Inc., nahm jeden Tag an den Schlüsselwortauktionen von Google teil. Zum Beispiel jonglierte sie mit Geboten für den Begriff »Digitalkamera« und dessen Plural »Digitalkameras« – wobei ein Klick auf den zweiten durchschnittlich 1,08 Dollar kostete, verglichen mit rund 75 Cent für den ersten. Der Grund für die Diskrepanz ist laut Pisani der, dass Kunden, die den Plural eintippen, eher als Käufer infrage kommen. Solche Nuancen lernte man durch Erfahrung, welche wiederum die erfolgreichsten Bieter von der Menge abhob. Aber die Grundzüge der Auktion blieben so schlicht wie möglich, um die größte Zahl an Teilnehmern anzulocken.

Google hatte die Versteigerung von Suchbegriffen keineswegs erfunden. Diese Ehre gebührt Overture, einem von Yahoo! erworbenen Unternehmen, das mit Google bei den Werbeauktionen konkurrierte. Aber während das Patentverletzungsverfahren, das Overture wegen der Ähnlichkeit der Systeme eingeleitet hatte, von einem Gericht ans andere weitergereicht wurde, sollte der virtuelle Auktionssaal von Google immer voller und folglich immer einträglicher werden. (…)

Um die Sache aus der Welt zu schaffen, schalteten John Doerr und Michael Moritz, die größten Risikokapitalgeber der Firma, sich ein und forderten Google auf, den Patentstreit mit Yahoo! beizulegen. Google übergab Yahoo! 2,7 Millionen Aktien, um den Rechtsstreit zu beenden. (…) »Denken Sie





Fotos: Ben Margot/AP; Kimberly White/Reuters (r.)

In der neuen Zentrale, dem **GOOGLEPLEX,** erreichen die Gründer die Proteste von Menschenrechtlern, seit Google Daten an die Justiz in China weitergibt

nicht, hier hätte man sich gütlich geeinigt, weil beide Seiten die Unannehmlichkeiten eines Prozesses vermeiden wollten. Google hat im Großen und Ganzen anerkannt, dass es gegen die Patentgesetze verstoßen hat«, sagte David Rammelt, ein Anwalt, der in einem anderen Warenzeichen-Fall einen Gegner von Google vertritt. Google hatte dagegen in einem Schriftsatz an das Gericht behauptet, die Patente nicht verletzt zu haben. (…)

Bei den Nonstop-Auktionen von Google belief sich das Mindestgebot für einen Suchbegriff auf fünf Cent, aber das war der einzige stabile Preis. Die übrigen stiegen oder fielen, je nachdem, was Unternehmen boten, während sie versuchten, ihre Position auf den Ergebnisseiten zu verbessern. Einer der teuersten Suchbegriffe war »Mesotheliom«, eine Krebsart, die durch Asbest hervorgerufen wird. Die Spitzengebote für das Wort lagen über dreißig Dollar pro Klick und stammten von Anwälten, die sich aggressiv um lukrative Aufträge bemühten. (…)

Laut Sergey Brin hatte die Firma beim Börsengang erst »Grundschulreife«

Sobald die Kunde von dem verblüffend schnellen Wachstum des Unternehmens und den mit Werbung erzielten Milliardengewinnen an die Öffentlichkeit drang, begriffen immer mehr Anleger, dass sich etwas Beispielloses abspielte, und versuchten, sich ihren Teil zu sichern. Am 19. August 2004 führte Google eine unkonventionelle Erstemission zu 85 Dollar pro Aktie durch; es war der größte Technologie-IPO (Bösengang, *Anm. d. Red.)* der Geschichte und brachte fast 2 Milliarden Dollar ein. In weniger als einem Jahr schnellte der Kurs auf 300 Dollar je Aktie hoch, und damit war ein finanzielles und technologisches Kraftpaket ohnegleichen entstanden. In den sieben Jahren nach der Gründung von Google 1998 zog der Kurs der Microsoft-Aktie überhaupt nicht an. Im selben Zeitraum erhöhte sich der Wert der Google-Anteile auf über 80 Milliarden Dollar.

Wer diesen Geldsegen verpasst hat, sollte daran denken, dass es den Experten nicht anders ging. Hochwertige Beteiligungsgesellschaften, Yahoo!, AltaVista und viele andere große Suchmaschinen- und Technologie-Unternehmen, an die sich die Stanford University wandte, schlugen die Chance aus, das Google-Suchsystem für eine Million Dollar zu kaufen. Ihre Weigerung zwang die Stanford-Doktoranden Sergey Brin und Larry Page, ihr Studium widerwillig aufzugeben und die Firma zu gründen. Im Sommer 2005 besaß jeder der beiden Gründer ein Reinvermögen von über 10 Milliarden Dollar. (…)

Im Laufe der Jahrzehnte ist eine Reihe von Technologien über das Land hinweggefegt, und jede Böe war stärker als die ihr jeweils vorausgehende. Zunächst lösten IBM und Großrechner das Datenverarbeitungsproblem für Konzerne. Dann kamen Intel und Microsoft, die Enormes zur Entwicklung des Personalcomputers leisteten und Leuten Zugang zu einer neuen Wissensquelle verschafften, wodurch die PC-Branche schließlich eine größere Marktdurchdringung und Rentabilität erzielte als die Großrechner-Branche. Nun zeigt sich das Internet, ursprünglich ein Projekt des US-Verteidigungsministeriums, als das System der Wahl, wodurch Amazon, Yahoo!, eBay und Google in den Vordergrund gelangten. Unter den für diese Welle typischen Unternehmen nimmt keines eine höhere Position ein als Google, die einzige neue Megamarke unter den Internetgesellschaften des vergangenen Jahrzehnts. Die Aktie des Unternehmens ist ein Barometer für das Anlegervertrauen in die Zukunft des Internets und in das spezifische Geschäftsmodell, das Google erarbeitet hat, um gezielt Werbedollars zu ergattern.

Zwei der faszinierendsten Bereiche, an denen Google und seine Gründer in aller Stille arbeiten, sind die zukunftsträchtigen Gebiete der Molekularbiologie und der Genetik. Millionen von Genen in Verbindung mit zahllosen biologischen und anderen naturwissenschaftlichen Daten sind eine prächtige Herausforderung für die Google-Suchmaschine, die Datenbank des Unternehmens und seine immense Rechenkapazität. Google hat bereits eine Karte des menschlichen Genoms heruntergeladen und arbeitet nun mit dem Biologen Dr. Craig Venter und anderen führenden Genetikern bei Projekten zusammen, die bedeutende Fortschritte in Naturwissenschaft, Medizin und Gesundheitswesen einleiten könnten. Mit anderen Worten, wir nähern uns vielleicht einer Zeit, in der man seine eigenen Gene googeln wird. (…)

Laut Brin und Page ist Google kein herkömmliches Unternehmen und soll es auch nicht werden. Wäre es ein Mensch, so Brin, hätte es die Grundschule ungefähr seit dem 19. August 2004, dem Tag des Börsengangs, besucht und die erste Klasse im Sommer 2005 abgeschlossen.

Zusammengestellt aus:
David Vise, Mark Malseed
Die Google Story
Murmann Verlag, Hamburg,
erscheint Mitte März; 304 Seiten, 19,90 Euro

Täglich neue Informationen zur Suchmaschine unter:
www.zeit.de/googleblog

AUF DER SUCHE NACH NEUEN GELDQUELLEN

Expansionsgelüste

Umsatz: Im vergangenen Jahr hat sich der Umsatz von Google auf 6,1 Milliarden Dollar fast verdoppelt, der Gewinn stieg um das Dreieinhalbfache auf 1,46 Milliarden Dollar. Vor zwei Wochen erklärte Finanzvorstand George Reyes allerdings, dass Google nicht immer so schnell wachsen wird; der Aktienkurs brach prompt um 13 Prozent ein. Seit ihrem Höchststand von 394 Euro im Januar hat die Aktie rund 20 Prozent verloren, weil die Unsicherheit über die Zukunft von Google zugenommen hat. Das Unternehmen erwirtschaftet 99 Prozent des Umsatzes mit Online-Werbung. Neue Dienste gibt es zwar, sie bringen aber noch kein Geld.

Booksearch: Seit zwei Jahren arbeitet Google an Booksearch und digitalisiert dafür mehrere Millionen Bücher. Der Inhalt soll im Internet einzusehen sein, bei urheberrechtlich geschützten Werken zumindest teilweise. Neben den Texten will Google Werbung von Online-Buchläden platzieren und die Einnahmen mit Verlagen teilen. Doch diese haben Google in den USA wegen Urheberrechtsverletzung verklagt.

GBuy: Für das Frühjahr hat Google einen Online-Bezahldienst namens GBuy angekündigt. Ziel ist es, nicht nur an Werbung zu verdienen, sondern auch Provision zu kassieren, wenn jemand über Google ein Video oder ein Auto kauft.

Lokale Suche: Mit GBuy verbunden ist Google Base, eine Mischung aus Kleinanzeigenmarkt und lokaler Suchmaschine. Doch es gibt Wettbewerber. Die Deutsche Telekom und das Internet-Portal Web.de haben lokale Suchmaschinen angekündigt. Lycos Europe glaubt, einer von freiwilligen Experten unterstützten Suche gehöre die Zukunft. Und das Start-up Qype will demnächst mit einer Suchmaschine antreten, bei der Nutzer ihre liebsten Cafés, Fleischer und Kindergärten beschreiben und anderen empfehlen.

Datenschutz: Das Vertrauen der Nutzer ist – neben der Technik – das Kapital von Google. Der Konzern speichert die meisten Suchanfragen. Wer GMail benutzt, lagert seine Mails auf Google-Servern. Und nun kamen Gerüchte auf, demnächst könnten Nutzer ihre gesamten Daten dort ablegen – um von unterwegs auf alles zugreifen zu können. Gleichzeitig übergibt Google solche Daten diskret an die Justiz, wenn es die Gesetze verlangen, egal, ob in den USA oder in China (siehe Seite 26). **GÖTZ HAMANN**

Ein Mindestlohn in Deutschland?



Die Große Koalition denkt darüber nach. Der Ökonom Gustav Horn ist für Mindestlohn. Nur so lasse sich Armut verhindern.
Sein Kollege Michael Hüther widerspricht ihm. Ein Mindestlohn würde die Arbeitslosigkeit weiter in die Höhe treiben

PRO


Foto: Tim Brakemeier/picture-alliance/dpa

GUSTAV HORN leitet das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in Düsseldorf

Deutschland hat ein Lohnproblem. Seit mehr als zehn Jahren müssen die Arbeitnehmer mit stagnierenden oder gar sinkenden Löhnen und Gehältern auskommen. Die Unternehmensgewinne dagegen sind geradezu explodiert. Dies wäre akzeptabel, wenn diese Form der Umverteilung geholfen hätte, die Arbeitslosigkeit in Deutschland zu senken. Doch das ist nicht der Fall.

In allen anderen Ländern der Europäischen Währungsunion sind die Löhne in den vergangenen zehn Jahren zum Teil deutlich gestiegen. Auch dies wäre akzeptabel, wenn sich dadurch die Beschäftigung in Deutschland im internationalen Vergleich günstig entwickelt hätte. Doch auch das ist nicht der Fall.

Die Strategie, die Arbeitslosigkeit in Deutschland durch immer geringere Lohnkosten zu reduzieren, ist gescheitert. Dafür werden die Folgen dieser Strategie immer massiver spürbar. Die Armut in Deutschland nimmt zu, auch unter den Beschäftigten. Durch die ausbleibenden Einnahmen geraten die Sozialsysteme und die öffentlichen Haushalte immer mehr unter Druck.

Es ist daher an der Zeit, von einem Instrument Gebrauch zu machen, das in anderen Ländern Europas längst Realität ist: ein allgemeiner, gesetzlicher Mindestlohn.

In zahlreichen Industrieländern hat der Mindestlohn eine wichtige ökonomische Funktion. Er stärkt die strukturell schwächere Verhandlungsposition von Arbeitslosen gegenüber potenziellen Arbeitgebern. Wer händeringend einen Job sucht, ist tendenziell in der Situation, jeden Lohn akzeptieren zu müssen. Man denke aktuell in Deutschland nur an die verschärften Zumutbarkeitsbedingungen für Arbeitslose. Den Unternehmen geben sie die Möglichkeit, die Löhne weiter zu senken und die Gewinneinkommen dadurch noch mehr zu erhöhen.

Ein gesetzlicher Mindestlohn ist dabei umso notwendiger, je geringer die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften oder der Abdeckungsgrad von Tarifverträgen ist. Beides war in der Vergangenheit in Deutschland relativ hoch. Die Gewerkschaften strotzten vor Selbstvertrauen, die große Mehrheit der Unternehmen hielt sich an die Tarifverträge. In dieser Situation waren Mindestlöhne überflüssig, ihre Rolle wurde von den untersten Tariflöhnen übernommen.

Seit der deutschen Vereinigung und dem Anstieg der Arbeitslosigkeit hat jedoch ein Erosionsprozess eingesetzt. Die Gewerkschaften haben an Macht verloren, mehr und mehr Unternehmen entziehen sich der Bindung durch den Flächentarifvertrag. Dies erzwingt auch in Deutschland eine Debatte über einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn.

Nun wenden die Gegner einer solchen Lohnuntergrenze regelmäßig ein, dass es faktisch ja schon einen Mindestlohn in Deutschland gebe. Da das Arbeitslosengeld II (Alg II) auch für Nichtstun bezahlt werde, dürfte es wenigen Unternehmen gelingen, für einen Lohn unterhalb des Alg II Mitarbeiter zu finden. Diese Argumentation ist im Prinzip richtig, doch vergleicht man diesen inoffiziellen deutschen Mindestlohn mit den Mindestlöhnen der anderen Länder der Europäischen Währungsunion, so stellt man fest: Er liegt weit niedriger. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass der Lohndruck nach unten in Deutschland besonders stark ist, obwohl die Gewerkschaften in Deutschland im europäischen Vergleich so schwach gar nicht sind und obwohl auch die Arbeitslosigkeit nur wenig über dem Durchschnitt liegt. Eine untere Lohngrenze über dem Alg II ist in Deutschland nur noch mit einer gesetzlichen Flankierung zu halten.

Ein zweiter Einwand besagt, dass Mindestlöhne Arbeitsplätze vernichteten, insbesondere bei den Geringverdienern. Zahlreiche Studien zeigen allerdings, dass zwischen Mindestlöhnen und Beschäftigungsniveau kein eindeutiger Zusammenhang besteht. Oft wird der negativ wirkende Kosteneffekt mehr als ausgeglichen durch den Wachstumseffekt, den die höheren Einkommen der Geringverdienenden auslösen. Da diese Gruppe oft jahrelang auf weit verbreitete Konsumgüter (Urlaubsreisen, Kinobesuche, neue Möbel) verzichten musste, fließt jede Einkommenssteigerung meist vollständig in den privaten Verbrauch.

Bleibt noch die Frage, wie hoch der Mindestlohn in Deutschland sein sollte. Angesichts der hierzulande mangelnden Erfahrung mit Mindestlöhnen sollte man sich vorsichtig an ein Niveau herantasten. Ein pragmatischer Vorschlag ist, die untersten Tariflöhne der jeweiligen Branche und Region, das sind in Ostdeutschland teilweise Stundenlöhne von nur wenig mehr als 3 Euro, als Ausgangsbasis und die Mindestlöhne in Großbritannien, Frankreich oder den Beneluxstaaten, das sind Lohnsätze zwischen 7,40 und 8,70 Euro, als Ziel zu nehmen, das über einen vorab vereinbarten Anpassungspfad erreicht wird.

Mindestlöhne sind nach wie vor sicherlich kein ökonomisches Instrument erster Wahl. Allgemein verbindliche, branchenspezifische Tarifverträge wären sicherlich vorzuziehen. Die strukturellen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt zulasten insbesondere von ohnehin schon gering Verdienenden erzwingen jedoch die Gabe einer Notfallmedizin, um ein Abgleiten breiter Bevölkerungskreise in wirtschaftliches und soziales Elend zu vermeiden.



Foto: creativ collection

CONTRA

MICHAEL HÜTHER ist Direktor des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln


Foto: Marcel Mettelsiefen/picture-alliance/dpa

In Deutschland grassiert die Angst vor Niedriglöhnen. Eine Antwort der Politik ist der Kombilohn, der Arbeitgebern von gering qualifizierten Arbeitnehmern Lohnkostenzuschüsse verspricht. Dieser Vorschlag nährt die Befürchtung von Mitnahmeeffekten durch die Unternehmen. Deshalb wird als notwendige Konsequenz der Mindestlohn gefordert.

Dieses Argument ist nicht ganz von der Hand zu weisen, zeigt aber vor allem, dass Lohnsubventionierung der falsche Weg ist. Um bei niedrigen Löhnen zielgenau ein existenzsicherndes Auskommen zu erreichen, muss – wie beim Arbeitslosengeld II grundsätzlich der Fall – an der Einkommensbedürftigkeit der Betroffenen angesetzt werden.

Mittlerweile hat sich die Diskussion um Mindestlöhne völlig verselbstständigt. Dabei gewinnt das Ziel »Faire Löhne für alle« die Oberhand. So soll jede Vollzeittätigkeit ein existenzsicherndes Einkommen gewährleisten, um »Armutslöhne« zu vermeiden. Diese Forderung steht in einem klaren Widerspruch zur bisherigen Arbeitsmarktreform, nach der erstmals auch Löhne unterhalb des Sozialhilfeniveaus zumutbar sind. Denn der beschleunigte Strukturwandel, getrieben durch Wissensintensivierung und internationalen Standortwettbewerb, verstärkt in jeder entwickelten Volkswirtschaft das Problem der *working poor*.

Mit den Reformen verbindet sich das Ziel, den gering Qualifizierten in einem Niedriglohnsektor mehr Beschäftigungschancen zu bieten. Das setzt vor allem eine Öffnung der Lohnstruktur nach unten voraus, um produktivitätsorientierte Löhne zahlen zu können. Mindestlöhne, zumal mit den derzeit geforderten Niveaus, würden aber gerade das Gegenteil bewirken: Sie stauchen die Lohnstruktur von unten, sie reduzieren Beschäftigungschancen bisher Arbeitsloser, und sie vernichten in nicht unerheblichem Ausmaß bestehende Niedriglohntätigkeiten. Zahlreiche Tarifverträge in Deutschland unterschreiten das diskutierte Mindestlohnniveau von 7,50 Euro je Stunde.

Wer in diesem Sinn »faire Löhne« fordert, der fordert die Vernichtung dieser Arbeitsplätze. Rationalisierung und Dienstleistungsimport werden die Folge sein. Allerdings ist das nicht die einzige Konsequenz, denn die für die meisten drohende Arbeitslosigkeit ist mit deutlichen Verlusten an Lebenszufriedenheit verbunden. Wie jüngste Auswertungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels zeigen, ist die Zufriedenheit von Menschen mit Niedriglohnarbeit größer als die von Menschen in Arbeitslosigkeit und Einkommensarmut. Also gilt: Besser *working poor* als nur *poor*.

In der Debatte wird immer wieder auf die Erfahrungen anderer Volkswirtschaften verwiesen. Aber gerade in den USA und Großbritannien erfassen die gesetzlichen Mindestlöhne lediglich 1,5 Prozent respektive 1,9 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten. Sie sind in einem insgesamt hochdynamischen Beschäftigungsumfeld mit ihrem realen Niveau kaum bedeutsam. In Frankreich hingegen ist der Mindestlohn bei Jugendlichen eindeutig beschäftigungsschädlich, insgesamt werden dort 14 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten erfasst. So hängen die Beschäftigungswirkungen eines Mindestlohns neben Höhe und Ausgestaltung auch vom gesamtwirtschaftlichen Umfeld, von den sonstigen Arbeitsmarktregulierungen und vom Sozialsystem ab. Empirische Studien messen dabei nur die Effekte auf bestehende Arbeitsplätze, nicht aber die unterlassenen Investitionen in neue.

Wer Mindestlöhne fordert, der kann zur redlichen Begründung nicht auf die Existenz dieses Instruments in anderen Ländern verweisen. Noch deutlicher als bei den gesetzlichen Mindestlöhnen sind die beschäftigungspolitischen Risiken bei branchenbezogenen Vorgaben. Wer dies fordert, der enttarnt sein wahres Ziel: Es geht um die Absicherung gewerkschaftlicher Gestaltungsmacht. Denn durch die Festlegung der jeweils untersten Entgeltgruppe eines Branchentarifvertrags als Mindestlohn würde faktisch die Tarifbindung auch dort ansatzweise restituiert, wo in den letzten anderthalb Jahrzehnten die Wirkung der Flächentarifverträge deutlich nachgelassen hat. So sank die Tarifbindung der Beschäftigten in dem genannten Zeitraum von 72 auf knapp 62 Prozent in Westdeutschland und von 56 auf rund 43 Prozent in Ostdeutschland.

Es gibt kein überzeugendes ökonomisches Argument für die Einführung von Mindestlöhnen. Bleibt als Letztes die Frage, ob Walter Eucken mit seinem Hinweis auf die »Schmutzkonkurrenz« nicht eine Rechtfertigung liefert. Bedenkt man aber das Umfeld fehlender sozialer Grundabsicherung, das diese Argumentation trug, dann wird deutlich: Auch hier gibt es keine intellektuelle Erfrischung für jene, die Mindestlöhne fordern. Unser Grundsicherungssystem für Arbeitssuchende definiert wirksam Einkommensansprüche. Deutschland verarmt nicht: Der typische Arme hat heute real sechs Prozent mehr Einkommen zur Verfügung als fünf Jahre zuvor.

Ein gesetzlicher Mindestlohn ist in Deutschland nicht notwendig, sein Schadenspotenzial wäre beachtlich.

Nr. 11 DIE ZEIT S. 32 SCHWARZ cyan magenta yellow

Schnee von gestern

Historische Wetterdaten bringen künftig mehr Geld ein als Vorhersagen für Fernsehen und Radio **VON JAN FREITAG**

Foto: Heiner H. Schmitt jr./ARD

Wetterunternehmer **JÖRG KACHELMANN** liegt seit 15 Jahren im Clinch mit staatlichen Meteorologen

Keine Konkurrenzsituation? Dass ich nicht lache«, sagt Jörg Kachelmann und lacht doch. Der DWD versuche »systematisch, alle private Konkurrenz platt zu machen«, klagt er. Trotz staatlicher Finanzierung sei der Deutsche Wetterdienst am Markt tätig, drücke dadurch die Preise und liefere zudem noch schlechte Produkte. Kachelmann schießt scharf gegen einen Kontrahenten, der in hoheitlichem Auftrag arbeitet und sogar per Gesetz zum Geldverdienen verpflichtet ist.

»Regulierter Markt? Vielleicht vor 25 Jahren«, sagt Hans-Gerd Nitz, und auch er lacht, wenngleich etwas leiser. Das DWD-Vorstandsmitglied beteuert jedoch, in Bezug auf Kachelmann gebe es kein Problem. Schließlich verkaufe seine Behörde schon seit 2003 keine Vorhersagen mehr an die Medien, sondern bloß noch Rohdaten. An die Attacken des eloquenten Schweizers habe er sich gewöhnt. Das Netz der amtlichen Messstationen sei löchrig und schlecht? Jene von Kachelmanns Meteomedia AG, die »ich persönlich sah, würden bei der Meteorologischen Weltorganisation durchfallen«.

Kachelmann und DWD verachten einander aus ganzem Herzen und zelebrieren nun schon seit 15 Jahren ihre Feindschaft – und dennoch sind beide gute Geschäftspartner. Für einen »mittleren sechsstelligen Betrag« pro Jahr (Kachelmann) bezieht Meteomedia mit Sitz im Appenzeller Land die vermeintlich schlechten Basisdaten der Staatsmeteorologen und ihres weltumspannenden Erhebungsrasters. Der Streit der beiden verdeckt, wie sehr sich das Wettergeschäft ändert. Zwar nicht so schnell wie das Wetter selbst, aber dennoch spürbar: Der Rückblick wird wichtiger als die Vorhersage.

Das alte Geschäft war das mit den Medien. Man erklärte Fernsehzuschauern und Radiohörern, ob es morgen regnet oder schneit; die klassische Wettervorhersage. »Heute kann man vor allem mit dem Nichtmediengeschäft Geld verdienen«, sagt Frank Werner. Er muss es wissen, schließlich ist er nicht nur bei Meteomedia für die Finanzen zuständig, sondern gleichzeitig Chefredakteur der Zeitschrift *Euro am Sonntag*. Noch mache Meteomedia zwar 60 Prozent des Umsatzes mit klassischen Vorhersagen, sagt Werner. Doch noch in diesem Jahr würden die Nichtmedien gleichziehen und bis Ende des Jahrzehnts vier Fünftel einbringen. »Ohne dass der Vorhersagebereich schrumpft«, sagt er.

Es sind Kunden aus der Wirtschaft, die sich zunehmend für historische Wetterdaten interessieren. Denn wo Strommasten errichtet werden, wann die Ortszufahrt gepflastert, wie eine Police tarifiert wird, das hängt auch von klimatischen Durchschnittswerten ab. Zu den guten Kunden von Meteomedia zählen folglich neben der ARD auch Versicherer wie die drittgrößte deutsche Assekuranz Talanx, Agrarunternehmen oder fast alle wichtigen Energieversorger. »Letztlich würfelt sich das Wetter zwar aus«, sagt Manuel Prechtl vom Verband Öffentlicher Versicherer in Düsseldorf, »aber Klimawandel ist der Ereignisraum, in dem die Würfel rollen.« Genaue örtliche Erkenntnisse seien da für seinen Verband – zu dem auch die Deutsche Rück gehört – von wachsender Bedeutung. Um Risiken einschätzen zu können, ordert Diplom-Meteorologe Prechtl das Wetter sowohl vom DWD als auch von Meteomedia. Beide würden sich gut ergänzen: Die Dichte des Stationsnetzes, sagt Prechtl, »nimmt erfreulicherweise zu«.

Mehr als 450 Stationen Jörg Kachelmanns messen zurzeit Sonne, Regen, Wind und Wärme in Deutschland. Monat für Monat kommen ein bis zwei neue hinzu, und jede wird im Kachelmann-Wetter-TV, sieben Minuten vor der *Tagesschau,* werbewirksam eingeweiht. Mindestens 10 000 Euro kostet jede – der Eidgenosse lässt sie sich gern von Kommunen oder örtlichen Firmen sponsern. Rund 400 000 Euro jährlich kostet Kachelmann der Unterhalt des eigenen Messnetzes. »Den Spaß leisten wir uns«, sagt er. Der DWD indes hocke auf »seinen immer gleichen 190 Stationen«, schimpft Kachelmann, das sei ein »einfacher, billiger, langweiliger Weg«. Freilich ist es nur ein Teil der Wahrheit, denn die Behörde mit ihren 2700 Mitarbeitern – 27-mal mehr als beim Konkurrenten – verfügt anerkanntermaßen über eines der besten Systeme der Welt, es ist radar-, satelliten-, seegestützt und international vernetzt. Da bringt es wenig, nur die Zahl der deutschen Stationen zu vergleichen.

Der deutsche Wettermarkt ist sehr überschaubar. Bundesweit existieren kaum 25 meteorologische Dienstleister. Selbst Meteomedia setzte im abgelaufenen Geschäftsjahr bloß zehn Millionen Euro um. Beim Gewinn, sagt Kachelmann, »steht eine schwarze Null«, aber sein Unternehmen wachse jährlich um zehn bis 15 Prozent. Dennoch ist der DWD vom Umsatz her etwa achtmal größer. Dass Kachelmann trotzdem bekannter ist, liegt an seiner Begabung zur Selbstvermarktung. Er ist fernseherprobt und ein gern gebuchter Werbestar (Actimel).

Die Reibereien mit dem DWD sind seit jeher Bestandteil des Kachelmann-Repertoires. Im Ton hat sich nur wenig geändert. Vor einigen Jahren forderte er noch die »vollständige Privatisierung«, etwa »wegen Wettbewerbsverzerrung, Steuergeldverschwendung und Gefährdung von Arbeitsplätzen«. Nun solle der Deutsche Wetterdienst als »normaler Wettbewerber am Markt« agieren – ohne die jährlich knapp 160 Millionen Euro Steuergelder. Aber dann, sagt Kachelmann wieder mit sarkastischer Stimme, »wären die sofort insolvent«. Dass man darüber beim DWD lacht, steht außer Frage.

Harte Landung

Auch Aliens brauchen Geld. Der »Mystery Park« kämpft gegen die Pleite **VON GEORG ETSCHEIT**

Erich von Däniken ist nicht nur ein glänzender Märchenerzähler, sondern auch ein begnadeter Selbstvermarkter. In immer neuen Varianten bringt er seine Schöpfungslehre unters Volk, wonach Außerirdische einst die menschliche Zivilisation begründet haben sollen. Krönen wollte der 71-jährige Bestsellerautor sein Lebenswerk mit dem 86 Millionen Franken teuren Mystery Park bei Interlaken in der Schweiz. Nun aber kämpft der Freizeitpark mit der Pleite. Kommen bis Mitte März keine 27 Millionen Franken zusammen, werden die Aliens die Erde wohl für immer verlassen.

Dabei hatte das erste Jahr noch ganz gut angefangen. Rund 330 000 Besucher konnten die Marketingleute 2003 vom Eröffnungstag im Mai bis Jahresende in den Vergnügungspark lotsen. Doch 2004 kamen nur noch 310 000 Menschen, im vergangenen Jahr waren es gerade mal 210 000, deutlich weniger als die Hälfte dessen, was im ehrgeizigen Businessplan für das börsennotierte Unternehmen anvisiert worden war. »Wir haben zu spät gemerkt, dass der Neuigkeitsbonus sehr rasch konsumiert war«, sagt Mystery-Park-Chef Fritz Zemp. Viele Besucher kamen offenbar nur einmal und hatten schon genug gesehen. An der Berner Re-



gionalbörse notieren die Mystery-Park-Aktien mittlerweile bei rund einem Franken, in guten Zeiten waren es 24 Franken.

Von oben betrachtet, erinnert von Dänikens Mystery Park an eine Mondstation. Rund um einen silbrig glänzenden Aussichtsturm gruppieren sich sieben Themenpavillons, in denen mit allerlei Laserblitzen, Pappmaché-Nachbildungen archäologischer Stätten, Bühnennebel und projektionstechnischem Schnickschnack diverse »Menschheitsrätsel« präsentiert werden. Die Pyramiden von Gizeh sind ebenso dabei wie Stonehenge, die Maya-Tempel und die gigantischen Geländezeichnungen im peruanischen Nasca. Gäste tragen Kopfhörer, raunende Stimmen sollen sie neugierig machen.

Vollständig aufgelöst werden die Rätsel allerdings erst in von Dänikens Schriften, die praktischerweise im parkeigenen Buchladen verkauft werden. Dort erfährt man etwa, dass es sich bei den Geländezeichnungen um Landebahnen für Außerirdische handelt und Stonehenge angeblich das »verkleinerte Modell des Sonnensystems« samt Asteroidengürtel ist, eingegeben von geheimnisvollen grünen Männchen. »Die Menschen sollen wieder das Staunen lernen«, sagt von Däniken. Beim Eintrittspreis hat das immerhin geklappt, die Tageskarte für Erwachsene kostet 48 Franken, das sind umgerechnet 32 Euro. Parkplatz und Toilettenbenutzung kosten extra, aber für Familien gibt's mittlerweile Rabatt.

Die unsanfte Landung auf dem Boden der wirtschaftlichen Realität hinterließ tiefe Spuren in der Bilanz. Allein im vergangenen Jahr belief sich der operative Verlust auf vier Millionen Franken. Die Bilanz weist per Ende 2005 ein Eigenkapital von nur noch 300 000 Franken aus, womit das Aktienkapital von 24 Millionen Franken fast aufgezehrt ist. Sparmöglichkeiten sind weitgehend ausgeschöpft. Von den einst 120 Arbeitsplätzen sind noch 70 übrig geblieben. Bis zum 17. März sollen Aktionäre und Inhaber von Wandelanleihen nun entscheiden, ob sie einem drastischen Kapitalschnitt zustimmen und bereit sind, frisches Geld ins Unternehmen zu pumpen. Auf Basis von nur noch 250 000 bis 300 000 prognostizierten Besuchern pro Jahr würde man dann quasi neu anfangen. »Wir können die Krise meistern«, meint von Däniken, »wir müssen nur etwas bescheidener werden.«

Die Hoffnung auf den rettenden Großinvestor, der wie ein Heilsbote aus dem All auf der grünen Wiese vor den Toren Interlakens landen könnte, hat sich bislang nicht erfüllt. Ein deutscher Investor wollte neben dem Mysterien-Rondell eine Wellnessoase bauen und damit wieder mehr Besucher in den Park locken. Doch kurz bevor der Deal besiegelt werden konnte, wurde sein Mittelsmann in der Schweiz verhaftet, und das Geschäft war geplatzt. Am Montag hieß es überraschend, ein privater Financier wäre möglicherweise zu einem Engagement bereit.

Erich von Däniken tourt derweil durch die Lande, um für das neue Konzept zu trommeln. »Wir müssen Hollywood-liker und interaktiver werden«, sagt der Ufo-Archäologe. Jedes Jahr soll einer der Pavillons umgebaut werden, falls denn Geld für Investitionen zur Verfügung steht. Außerdem vertraut man wieder auf die Zugkraft irdischer Attraktionen, so wie jüngst beim ersten Mystery-Spielfestival: mit Schlittenhunderennen, Eisstockschießen und Glücksraddrehen.

Iberische Liebschaften

Foto: Gebhard Krewitt/Visum

Eine portugiesische Windmühle im **HINTERLAND DER ALGARVE**

Portugal sucht einen Ausweg aus der wirtschaftlichen Krise – und überwindet dafür selbst die alte Furcht vor dem starken Nachbarn Spanien

VON STEFANIE MÜLLER

Der schon ergraute, aber immer noch jugendlich wirkende Mann erscheint neben dem hoch gewachsenen spanischen Premier José Luis Rodríguez Zapatero ein wenig schmächtig, fast ein bisschen eingeschüchtert. Aber als er vor den Journalisten in Madrid ans Mikrofon tritt, spricht der portugiesische Premier José Sócrates plötzlich mit selbstbewusstem Ton. »Wir sollten keine Angst haben vor spanischen Firmen. Denn wir können es uns angesichts der fatalen wirtschaftlichen Lage nicht leisten, Investitionen in unser Land zu verhindern«, antwortet er auf die Frage eines Landsmanns, ob er nicht befürchte, dass die Nachbarn dabei seien, Portugal zu überrennen.

Der 48-jährige und bis zu seinem Amtsantritt 2005 eher unauffällige Sozialist scheut Konfrontationen nicht. Viele Portugiesen mögen die Spanier nicht und halten eine weitere wirtschaftliche Verflechtung für falsch. »Vor allem einige Manager hierzulande haben Angst, sie könnten von ihnen erneut wie damals unter König Philip IV. vereinnahmt werden«, sagt der in Lissabon ansässige deutsche Unternehmensberater Stephan Stieb. Sócrates setzt sich über solche Bedenken und Stereotypen hinweg. Er regiert mit absoluter Mehrheit, bis 2009 gibt es keine weiteren Wahlen mehr, und so kann er mutig agieren – auch gegen Widerstände in der eigenen Partei. »Für das Land, das eine der schlimmsten Krisen seit Ende der Diktatur erlebt, sind das sehr gute Voraussetzungen, um eine Wende herbeizuführen«, glaubt Manuel Balmaseda, Ökonom bei Spaniens zweitgrößter Bank BBVA. Er rechnet schon in diesem Jahr mit einer leichten Erholung der bislang brachliegenden Wirtschaft.

In nur drei Jahren verdoppelte sich die Arbeitslosenquote

Seit Jahren hält die Krise Portugals nun schon an. Auch weil das Land in Wachstumsphasen sein Geld eher in den Ausbau des Staatsapparates als in den Abbau von Schulden steckte, erlebte die portugiesische Wirtschaft 2003 als erstes Land der neu formierten Eurozone eine Rezession. Im vergangenen Jahr lag das Wachstum nach Angaben der nationalen Notenbank bei gerade einmal 0,3 Prozent, für dieses Jahr wird mit 0,8 Prozent gerechnet.

Binnen drei Jahren verdoppelte sich die offizielle Arbeitslosigkeit auf fast acht Prozent. »Wichtige Exportindustrien wie Textil und Glas gingen in den vergangenen Jahren an billigere Produktionsstandorte oder machten dicht, weil sie im globalen Wettbewerb nicht rentabel und innovativ genug waren«, sagt Berater Stieb. Die größte portugiesische Ressource Kork ist auf dem Weltmarkt nicht mehr so gefragt wie früher. Eine seit Jahren stagnierende Produktivität, ein großer technologischer Rückstand bei den Unternehmen und schlecht ausgebildetes Personal machen das Land für Auslandsinvestitionen wenig attraktiv. »Treu geblieben sind nur die Spanier, deren Unternehmen anders als die deutschen und französischen seit Jahren fette Gewinne machen und das nötige Geld zur Expansion nach Lateinamerika und Portugal haben«, sagt der Ökonom und Fernsehkommentator Antonio Perez Metelo.

Der Spielraum für Reformen in Portugal ist eng. Im Gegensatz zur spanischen Regierung, die seit drei Jahren über einen ausgeglichenen Haushalt verfügt, musste Sócrates seine Amtszeit mit einer Neuverschuldung von 6,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beginnen. Nur dank eines ambitionierten Reformprogramms konnte er ein Verfahren der EU wegen Verletzung des Stabilitätspakts – dieser setzt für die Neuverschuldung eine Grenze von nur drei Prozent – verhindern.

Bis 2008 muss Portugal die Neuverschuldung wieder unter drei Prozent drücken, allein in diesem Jahr muss das Defizit um 1,4 Prozentpunkte zurückgefahren werden. Um die großen Finanzlöcher zu stopfen, hob Sócrates' Regierung die Mehrwertsteuer von 19 auf 21 Prozent an. Dann kürzte sie bei der bisher sehr großzügig geregelten Rente für die öffentlichen Angestellten sowie bei vielen ihrer Sonderleistungen – diese fressen einen Großteil der Staatsfinanzen auf. Langsam soll die vor allem auf lokaler Ebene völlig überbesetzte Verwaltung entschlackt werden. Was an Geld übrig bleibt, soll in Innovation und Ausbildung gesteckt werden. Sócrates habe »erkannt, dass hier der Schlüssel zur Zukunft liegt«, sagt Francisco Salgueiroda Neville von der Unternehmensberatung Rougemont & Asociados in Lissabon.

Unterstützung erhalten die Sozialisten auch aus einer unerwarteten Ecke: von Anibal Cavaco Silva, dem Ende Januar neu gewählten Präsidenten Portugals. Der Konservative, der von 1985 bis 1995 selbst als Ministerpräsident amtierte, will trotz aller politischen Unterschiede den liberalen Reformkurs mittragen. Insbesondere bei den Unternehmern des Landes hat sein Wort Gewicht. Cavaco Silva ist ein anerkannter Ökonom, unter seiner Regierung erlebte das bei seinem EU-Beitritt vor 20 Jahren äußerst arme Portugal einen enormen Wachstumsschub. Als Präsident hat er zwar keine direkten Einflussmöglichkeiten, »aber er ist wichtig für die Psychologie des portugiesischen Volkes, es ist schon jetzt ein leichter Optimismus in der Gesellschaft zu spüren«, sagt der Wirtschaftsrechtsanwalt Pedro Moreira. »Die Tatsache, dass Cavaco Silva zum neuen Präsidenten gewählt wurde, könnte den Prozess beschleunigen«, sagt Basílio Horta, Chef der portugiesischen Investitionsagentur API, über die Chance einer wirtschaftlichen Erholung. Er rechnet mit einer neuen Ära der Stabilität in Portugal.

Hilfe auf ihrem Reformkurs verspricht sich die Politik nun vor allem von der Annäherung an den Nachbarn Spanien, dessen Wirtschaft seit 1998 im EU-Vergleich überdurchschnittlich wächst, zuletzt mit mehr als drei Prozent. Sócrates weiß, dass die Spanier ihm helfen können, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Er hofft auf mehr Investitionen wie die der günstigen spanischen Modeketten Zara und Mango, die inzwischen an jeder Ecke vertreten sind. Die Zara-Mutter Inditex produziert zudem einen Großteil ihrer Ware im Nachbarland und garantiert damit Tausende von Arbeitsplätzen, genauso wie das in Portugal sehr erfolgreiche Kaufhaus El Corte Inglés.

Foto: AFP/getty images

José Sócrates

regiert Portugal mit einer absoluten Mehrheit. Der Sozialist hob die Mehrwertsteuer an und beschnitt die Privilegien der öffentlichen Angestellten. Das gesparte Geld will er vor allem in bessere Bildung investieren

»Wir brauchen die Öffnung der Energiemärkte«

Präsident Cavaco Silva glaubt wie Sócrates, dass Portugal einen gemeinsamen iberischen Wirtschaftsmarkt braucht, um aus der aktuellen Krise zu finden. Dies werde Portugal helfen, »von den Stärken der Spanier zu lernen«. Bisher wurden zwar viele portugiesische Produkte ins boomende Nachbarland exportiert, aber nur wenige Firmen wagten den Sprung in den direkten Wettbewerb.

Selbst strategisch wichtige Sektoren will Ministerpräsident Sócrates für spanische Interessenten öffnen und Beteiligungen kaufkräftiger Unternehmen ermöglichen. Dazu gehört auch der gerade europaweit stark protektionierte Strommarkt. So will der spanische Energiekonzern Iberdrola, der bereits einer der führenden Anbieter von Windenergie im Nachbarland ist, seinen Einfluss beim portugiesischen Strom-Marktführer EdP erhöhen. Dort hält er bisher knapp sechs Prozent des Kapitals. »Das hat zu großen Polemiken in Portugal geführt, aber Sócrates hat schnell durchgegriffen«, sagt Berater Stieb. EdP hält die Mehrheit an dem viertgrößten spanischen Stromkonzern Hidrocantábrico und positioniert sich damit bereits für den wahrscheinlich noch in diesem Jahr startenden gemeinsamen iberischen Energiemarkt.

»Ein erster Schritt hin zu mehr Gemeinsamkeit. Wir brauchen die Öffnung der Energiemärkte und den damit verbundenen Wettbewerb«, sagt Jorge Vasconcelos, Chef der portugiesischen Energie-Regulierungsbehörde. Für die eigene Stromversorgung sei die Initiative eines gemeinsamen Vertriebsnetzes sehr wichtig. »Portugal selbst verfügt weder über Verbindungen nach Frankreich noch über ein Atomkraftwerk, wir leiden unter Engpässen bei der Stromversorgung«, sagt Vasconcelos. Für Ausländer wiederum sei ein so kleiner Markt wie Portugal mit seinen zwölf Millionen Einwohnern nur interessant, wenn sie Strom auch nach Spanien und über die Verbindungen dort nach Frankreich transportieren können.

Auch durch andere Schritte will die Regierung das durch seine geografische Lage isolierte Portugal näher an Europa heranführen. So sollen zum Beispiel die Flughäfen modernisiert werden. Geplant sind auch auf der Schiene Hochgeschwindigkeitsverbindungen nach Madrid, damit der Waren- und Personenverkehr auf der Iberischen Halbinsel besser funktioniert. »Deswegen werde ich dort auch trotz der prekären Finanzlage des nationalen Haushalts weiter investieren«, sagte Ministerpräsdent Sócrates in seiner Regierungserklärung. Bei den Konsultationen beider Länder im vergangenen Herbst wurde er sogar noch deutlicher: »Unser erster Handelspartner ist Spanien, Spanien, Spanien.« Zusammen mit dem Nachbarn hofft er, Portugal als Brücke zwischen Europa und Afrika zu positionieren, als Sprungbrett in beide Richtungen. In Spanien selbst wird Sócrates' Kurs begrüßt. So hat etwa der Präsident der autonomen spanischen Region Andalusien ihm kürzlich den Vorschlag gemacht, dass sein Landstrich sowie die Nachbarregionen Extremadura, Algarve und Alentejo eine Euroregion bilden könnten, die gemeinsam in Brüssel um Gelder der EU kämpft.

Aber auch Sócrates' Wunsch, von Spanien wirtschaftlich zu profitieren, hat seine Grenzen. Gerade steht seine Regierung im Verdacht, das Übernahmeangebot des größten heimischen Handelskonzerns Sonae für die Portugal Telecom mit in die Wege geleitet zu haben, um zu verhindern, dass der spanische Wettbewerber Telefónica zum Zuge kommt.

Portugal kompakt

Porto
Lissabon
SPANIEN
150 km

Alle Angaben für 2005

Einwohner	10,3 Mio.
Wirtschaftswachstum (BIP real)	0,8 %
Arbeitslosenquote	7,5 %
Inflationsrate	2,1 %

ZEIT-Grafik/Quelle: Fischer Weltalmanach, OECD

Supermarkt für das Soziale

Ein ungewöhnlicher Londoner Kindergarten ist das neue Vorbild der britischen Bildungspolitik. Auch die Deutschen wollen von ihm lernen

VON JOHN F. JUNGCLAUSSEN



Foto: Eddie Mulholland/Telegraph

Die Hälfte der Kinder wird **KOSTENLOS** betreut. Ihre Eltern verdienen zu wenig

Der Winter ist fast vorbei, Zeit, die Sommerferien zu planen. Charlotte und Hank Catlin brüten über ein paar aufregenden Angeboten: mit dem Fahrrad durch Vietnam vielleicht, von Ho Chi Minh City nach Hanoi? Oder zu Fuß auf den Kilimandscharo, Afrikas höchsten Berg? Oder doch ein Treck auf den entlegenen Pfaden der Inkas durch Peru zur versunkenen Stadt Machu Picchu? In jedem Fall soll es weit weg gehen und aufregend sein. Auf Tochter Sarah können in der Zwischenzeit die Großeltern aufpassen, sie ist ja schon fünf Jahre alt und freut sich darauf, für zwei oder drei Wochen zu ihnen zu ziehen.

Egal wofür die Catlins sich entscheiden, diese Ferien dienen in jedem Fall mehr als nur der eigenen Erholung. Denn den Reisekatalog, der bei ihnen auf dem Wohnzimmertisch liegt, hat Mutter Charlotte aus Sarahs Kindergarten mitgebracht.

Es ist ein Kindergarten, wie es ihn in Deutschland nicht gibt. Er wird von der Coram-Stiftung betrieben, einem karitativen Verein, der sich seit über 250 Jahren um Kinder aus sozial schwachen Familien kümmert. Dazu gehören die Catlins nicht gerade. Hank unterrichtet an der Uni, Charlotte ist Architektin, aber weil sie es sich leisten können, bezahlen sie jedes Jahr 4400 Pfund für Sarahs Kindergartenplatz und sponsern damit die Einrichtung. So kann eine der Grundregeln von der Uridee der Institution aufrechterhalten werden: »Hier zahlt jeder nur so viel, wie er kann«, erklärt Bernadette Duffy. Sie ist die Leiterin der Kita. Ungefähr die Hälfte der Kinder wird kostenlos betreut. Und die Sommerreise ist ebenfalls dafür gedacht, Spendengelder zu sammeln. Rund 2500 Pfund (3700 Euro) kostet das Abenteuer pro Person. Davon sind etwas über 2000 Pfund (2900 Euro) die Reisekosten, der Rest geht als Spende an Coram.

Es ist nicht nur die soziale Mischung, die den Coram Community Campus zu einem etwas anderen Kindergarten macht. Außer der kleinen Sarah kommen jeden Morgen um halb acht 105 andere Kinder im Alter zwischen sechs Monaten und fünf Jahren her. In dem freundlichen zweistöckigen Backsteinneubau mit großen Fenstern, der einen großen Spielplatz einrahmt, werden sie bis abends um halb sechs betreut.

Im Mittelpunkt stehen dabei nicht nur die Kinder, sondern auch deren Eltern. Nachdem sie ihren Nachwuchs abgegeben haben, bleiben viele von ihnen gleich da und nehmen das breite Spektrum von Sozialdiensten an, das auf dem Campus angeboten wird.

Während ihre Kinder mit Kreide malen oder durch die Sandkiste toben, wird arbeitslosen Eltern bei der Jobsuche und Weiterbildung geholfen. Alleinerziehende junge Mütter können Kurse in Kindererziehung belegen. In Großbritannien ein wichtiges Angebot. Denn dort bekommen jedes Jahr rund 13 000 Mädchen unter 16 Jahren ein Baby. »Unser Ziel ist es, vor allem Kindern aus unterprivilegierten Familien den besten Start ins Leben zu ermöglichen«, sagt Bernadette Duffy. »Darum lassen wir sie nicht nur spielend lernen, sondern kümmern uns auch um ihre Eltern.«

Arbeitslosigkeit, Alkohol – »Wer so aufwächst, hat keine Kindheit«

Arbeitslosigkeit, Alkohol- und Drogenmissbrauch sind die häufigsten Übel, mit denen Kinder in den tristen Sozialwohnungen einer Großstadt wie London konfrontiert werden. »Wer mit diesen Problemen aufwächst, hat keine Kindheit«, sagt Bernadette Duffy. Rund 10,7 Millionen Euro kostet das Projekt jedes Jahr. Für ein Drittel der Gesamtkosten kommt die britische Regierung auf, die auch die Sozialarbeiter auf dem Campus bezahlt. Der Rest stammt aus Spenden. Von Eltern wie den Catlins, aber auch von großen Unternehmen wie der Deutschen Bank oder Warner Brothers.

Einrichtungen wie die Coram-Stiftung sind traditionsgemäß ein wichtiger Pfeiler in der britischen Vorschulbildung. Der Staat hat sich lange nur halbherzig darum gekümmert, weil es auch gar nicht unbedingt von ihm erwartet wurde. Heute gibt es 110 karitative Vereinigungen, die 1,5 Millionen Kindern einen Krippen- oder Kitaplatz anbieten. Als der heutige Premierminister Tony Blair 1997 die Regierung übernahm, wurde das Thema Bildung zu einem seiner Lieblingsthemen. Knapp 10 Millionen Briten leben unter der Armutsgrenze. Vor allem in den Innenstädten herrschen oft Armut und soziales Chaos. Knapp 20 Prozent der Bevölkerung gelten als Analphabeten, ein Handicap, das den Aufstieg aus der Misere verhindert. In Großbritannien wie auch in Deutschland und den meisten anderen westlichen Ländern gilt: Wer als Kind arm ist, wird auch als Erwachsener nicht reich. Und im Bemühen, diese trübe Sozialweisheit zu korrigieren, sehen viele das Coram-Konzept als ein wirksames Mittel. Als der neue SPD-Vorsitzende Matthias Platzeck kürzlich nach London kam, besuchte auch er den Campus im Stadtteil Camden, der für die Labour-Regierung längst zum Vorbild für eine der größten Bildungsinitiativen geworden ist, die in Großbritannien je gestartet wurden.

SureStart heißt das Programm. Rhodri Jones, Sprecher des Bildungsministers, nennt es »einen Supermarkt für soziale Dienstleistungen, der Kindern und ihren Eltern alles bietet, was die Stabilität der Familie gewährleistet und den Kindern den bestmöglichen Eintritt in ihr Leben sichert«. In den vergangenen acht Jahren wurden insgesamt 7 Milliarden Pfund (10,2 Milliarden Euro) in Kindergärten und Vorschulen investiert. Bis 2010 soll es im ganzen Land 3500 SureStart-Einrichtungen geben, die jedem Kind einen Platz anbieten.

Wer der Einladung folgt, geht mit einem Stapel Bücher nach Hause

Im Stadtteil Bethnal Green im East End von London wird gerade ein Schulgebäude aus viktorianischer Zeit in eine Kindertagesstätte umgebaut. Dort leben besonders viele Familien aus Bangladesch und Pakistan. »Einer der wichtigsten Punkte ist, dass wir den Kindern hier möglichst früh Sprachunterricht anbieten, denn zu Hause hören sie meist nur ihre Muttersprache«, sagt Angela Law von der Bezirksverwaltung.

Die Lehrinitiativen der Regierung gehen noch weiter. Seit fünf Jahren werden Kinder in den ärmsten Kommunen des Landes zu regelmäßigen Veranstaltungen in ihre örtliche Bücherhalle eingeladen. Dort bekommen sie dann heiße Schokolade und Muffins von der Kaffee-Kette Starbucks serviert, deren Mitarbeiter ihnen Geschichten vorlesen und allerlei Spaß rund ums Buch veranstalten. Wer kommt, geht mit einem Stapel Bücher wieder nach Hause. »Für die Kinder, die am ehesten in Gefahr sind, am sozialen Rand der Gesellschaft zu landen, sind frühe positive Erfahrungen mit Büchern so ungeheuer wichtig«, so Vivian Bird, Leiterin der Initiative.

Das Bemerkenswerteste an Labours Bildungsattacke ist, dass sie unter allen Parteien auf breite Zustimmung stößt. Die Konservativen bemühen sich längst, das Image der sozialen Kälte abzuschütteln und beteuern immer wieder, dass sie SureStart im Falle eines Regierungswechsels in jedem Fall weiterführen würden. »Nichts ist so wichtig wie die zielgerichtete Investition in die Zukunft«, beteuert David Willetts, bildungspolitischer Sprecher der Konservativen.

Und die Catlins, die wissen unterdessen auch, wo die Sommerreise hingehen soll: nach Machu Picchu. Sarah hat das entschieden. Machu Picchu kann sie nämlich schon schreiben. Das Wort Kilimandscharo ist ihr zu lang.

Was bewegt ...

Hartmut Möllring?

Er liebt markige Sprüche und lehrt die Gewerkschaft ver.di das Fürchten. Kein öffentlicher Arbeitgeber spielt den Hardliner so überzeugend wie der niedersächsische Finanzminister VON ULRIKE MEYER-TIMPE



Fotos: Dagmar Schwelle für DIE ZEIT

Mister 18 Minuten

Dies ist meine schönste und teuerste Krawatte«, sagt Hartmut Möllring und wendet den grün-blau gestreiften Schlips. Dort, auf dem Hersteller-Etikett, prangt in Großbuchstaben: SIEGER. Das passt. Denn Möllring ist ein Kämpfer. Es geht dem niedersächsischen Finanzminister nicht um fein ziselierte Wortgefechte, sondern darum, sich durchzusetzen. Zur Not auch brachial. Es geht ihm um den Sieg.

Am Freitag trifft der CDU-Minister erneut auf seinen Gegner. Dann sitzt er ver.di-Chef Frank Bsirske gegenüber, um die Arbeitszeit im öffentlichen Dienst auszukämpfen. Seit 2003 ist Möllring Chef der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL). »Um den Job reißt sich keiner«, konstatiert er. Wer fuchst sich schon freiwillig in die vielen tausend Bestimmungen ein, die der Tarif im öffentlichen Dienst umfasst? Aber: »Ich mache das nicht ungern. Da kann ich über Niedersachsen hinaus Einfluss nehmen.«

Der 54-Jährige gilt als Hardliner. 2005 verweigerte er die Unterschrift unter den neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD). So hat in den Ländern, anders als beim Bund und bei den Kommunen, weiterhin der alte BAT Gültigkeit – jedoch mit entscheidenden Abstrichen. Sowohl über die Arbeitszeit als auch über das Weihnachtsgeld bestimmen die Arbeitgeber bei den Ländern nun ganz allein, ohne dass ihnen ver.di reinreden kann; die entsprechenden Vereinbarungen sind gekündigt. Für den Finanzminister ist das höchst bequem.

Seine Lieblingskrawatte hat sich Möllring umgebunden, weil ein Interview im Sat.1-Studio ansteht. Seit im öffentlichen Dienst gestreikt wird, sind seine Statements gefragt. »Ist Wolfgang auch da?«, fragt er, als der Chauffeur vorfährt. Wolfgang Denia ist ver.di-Chef in Niedersachsen. Mit ihm hat der Minister häufiger zu tun als mit Bsirske. Er ist sein Gegner auf Landesebene. Und gleichzeitig sein Freund, sagt er. Man müsse unterscheiden zwischen dem Menschen und seiner Rolle. »Wir gehen oft ein Bier trinken. Weil wir uns mögen. Dann machen wir uns darüber lustig, dass ich ein ganz Schlimmer bin.« Und auch private Dinge werden Thema. Die *Bild*-Zeitung erwischte die beiden mal beim Griechen. Möllring konnte das egal sein, für Denia war es peinlich. Denn Gewerkschafter sehen in Möllring »Wulffs Kampfhund«, er mache »Haustürgeschäfte mit vorgehaltener Pistole«. Er ist ihr Buhmann. Aus gutem Grund.

Sein Bier trinkt er gern auf Schützenfesten

Möllrings Taktik gleicht einer Erpressung. In Niedersachsen gibt es jetzt neue Arbeitsverträge nur noch auf der Basis der 40-Stunden-Woche und ohne jedes Weihnachtsgeld. Auch wessen befristeter Vertrag verlängert oder wer befördert wird, muss sich den neuen Bedingungen unterwerfen. So konnte er binnen knapp zwei Jahren bereits ein Drittel seiner 60 000 Arbeitnehmer auf 40 Wochenstunden verpflichten. »Ich lebe gut ohne Tarifvertrag«, sagt er. Entsprechend stark ist seine Position gegenüber Bsirske, der die Länder unter das neue TVöD-Dach holen und so den Gewerkschaftseinfluss sichern will. Kein Wunder, dass Möllring dem Spitzengespräch am Freitag gelassen entgegensieht.

Als »sturmfest und erdverwachsen« besingen sich die Niedersachsen in ihrer Hymne. Möllring ist seiner Heimat eng verbunden. Geboren wurde er zwischen Zuckerrübenäckern und qualmenden Schloten, in dem grauen Industriedorf Groß Ilsede. Das war 1951, im Jahr sechs nach Kriegsende. Die Wohnverhältnisse waren bescheiden, zweieinhalb Zimmer für die vierköpfige Familie im Haus der Großeltern. »Dadurch wurden bei uns wenigstens keine Flüchtlinge einquartiert«, sagt Möllring. 1959 bekam der Vater eine Stelle als Richter in Hildesheim, rund zwanzig Kilometer entfernt, »da zog die ganze Familie mit dem Ernährer mit«. Bis heute lebt Möllring mit seiner Frau und den drei Kindern in der Domstadt. Dort ist sein Landtagswahlkreis, dort ist er Bezirksvorsitzender der CDU. Und obendrein Präsident von Eintracht Hildesheim.

Das Finanzministerium in Hannover ist eine Gründerzeit-Festung mit säulengetragenem Balkon. Im Foyer verwehrt sicherheitshalber eine Glaswand den Zutritt zum Treppenhaus. Als sich Möllring am 20. Februar das letzte Mal mit Bsirske traf, zogen vor dem Ministerium empörte ver.di-Mitglieder auf. Am heutigen Donnerstag wollen sie auf dem nah gelegenen Opernplatz protestieren. Den Finanzminister lässt das kalt. Das entspreche nun mal der Rolle der Gewerkschaften, solche Demos zu organisieren. Er seinerseits habe auch eine Aufgabe zu erfüllen und müsse Niedersachsens Schuldenflut eindämmen. »Bayern gibt drei Prozent des Haushalts für Zinsen aus, bei uns sind es elf«, sagt er. Denjenigen, die ihm Sparen an der falschen Stelle vorwerfen, hält er einen typischen Möllring-Spruch entgegen: »Ich spare nicht. Ich gebe nur kein Geld aus, das ich nicht habe.«

Griffige Formeln, die auch am Stammtisch ankommen, sind Möllrings Spezialität. Er redet Klartext. Und da er sein Bier gern auf Schützenfesten trinkt, ist ihm Volkes Stimme vertraut. So hat er seine Forderung nach der 40-Stunden-Woche flink umgerechnet auf den eingängigen Slogan von nur »18 Minuten länger arbeiten am Tag«. Der Spruch hat sich in allen Köpfen festgesetzt.

Ende der sechziger Jahre wurde in Hildesheim ein Karateclub gegründet, und der 16-jährige Hartmut war gleich dabei. »Kampfsport fand ich gut«, sagt Möllring. Weniger begeistern konnte er sich für die Schaukämpfe, bei denen man »in die Luft schlägt ohne Gegner«. Die hat er nie mitgemacht. »Ich kämpfe lieber richtig.« Beim Karate trainierte er Durchsetzungskraft, bei der Bundeswehr den volksnahen Auftritt. Der Abiturient verpflichtete sich auf zwei Jahre. Schon damals hat er kühl gerechnet: sechs Monate länger Soldat, dafür aber 560 statt 60 Mark Sold. Er entschied sich für die Fallschirmspringer. »Heute macht man stattdessen Bungee-Jumping.«

Mit einem Freund bezog er 1972 eine kleine Wohnung in Marburg, um dort Jura zu studieren. »Als Offiziere sahen wir noch sehr manierlich aus, aber das hat sich bald geändert.« Die Uni war eine DKP-Hochburg, und 1972 war für Möllring ein »katastrophales Jahr«. Die Republik wiegte sich im Willy-Taumel, wer auf sich hielt, unterstützte den SPD-Kandidaten Brandt. »Lieber reiner Korn als Rainer Barzel«, habe damals auf den Spruchbändern der Studenten gestanden. Er selbst steckte sich einen CDU-Button an und wurde Parteimitglied, ganz gegen den Zeitgeist. »Nur beim Sozialismus kann man einfach das Programm lieben, konservative Politik vermittelt sich über Personen«, sagt er. »Ich fand damals Barzel gut.«

Mit seinen linken Kommilitonen hatte der CDU-Fan trotzdem nie Probleme. Genau wie sie ließ er sich aus der DDR die blauen Marx- und die roten Lenin-Bände schicken. Und genau wie sie hockte er in verräucherten Studentenkneipen, wo das Bier in Strömen floss. Die Wochenenden und Ferien (»damals machte man noch intensiv Semesterferien«) verbrachte er meist in Hildesheim. Dort wurde er 1974 Ratsherr, mit nur 22 Jahren. Der Beginn einer Politik-Karriere. Möllrings zwei Jahre älteren Bruder Harald hat das nicht gewundert. »Kämpferisch und durchsetzungsfähig war er schon immer«, sagt er und erinnert sich, dass sein Bruder bereits mit elf Jahren Politiker werden wollte – am liebsten Bundeskanzler.

Eine Schrankwand, der Schreibtisch, die ausladende Sitzgarnitur aus schwarzem Leder, in der man mehr liegt als sitzt – mit der eleganten Möblierung des Kanzleramts hat die Ausstattung des Ministerbüros nichts gemein. Der Couchtisch war blau zu Zeiten von Birgit Breuel, die bis 1990 Finanzministerin war, jetzt ist er schwarz gestrichen. »Ich find's scheußlich«, sagt Möllring, sein Sohn habe mal gefragt, wie man da überhaupt arbeiten könne. »Wenn Geld in der Kasse ist, kommt der ganze Sperrmüll raus«, hat Möllring bei Amtsantritt gesagt. Am nächsten Tag stand der Hausmeister mit dem Zollstock im Büro. Möllring hat ihn fortgeschickt. Geld ist bis heute keines da.

Nach dem Studium war er Richter »in Wald-und-Wiesen-Verfahren«. Dann sah er sich nach einem Job in der Wirtschaft um (»damals gab's noch Stellen«) – und wurde stattdessen Beamter. Von dem Vorstellungsgespräch bei Justizminister Walter Remmers hatte er sich wenig erwartet. Doch dann haben die beiden ein Zigarillo geraucht. Und als der Bewerber fragte, wann mit einer Entscheidung zu rechnen sei, antwortete Remmers: »Die ist doch gerade gefallen.« Im Justizministerium hat Möllring gelernt, Haushaltspläne zu lesen und den Etat gegen die Finanzministerin zu verteidigen. »Birgit Breuel war hartleibig wie sonst was.«

1990 wurde der Ministerialrat zum Landtagsabgeordneten und machte bald durch markige Zwischenrufe Furore. Er führte die Liste der Ordnungsrufe an. »Ich war die Speerspitze der CDU-Fraktion«, sagt er. »Vor jeder Sitzung habe ich gesagt: Los, jetzt stürzen wir die Regierung.« Ob es ihm unangenehm war, den Radaubruder zu geben? »Einer musste das ja machen«, sagt der Parteisoldat. »Es war eine bewusste Entscheidung.« Doch er bekennt auch, was man kaum glauben mag: »Kämpfe haben ihren Reiz, aber man muss sie nicht immer haben. Ich bin sehr harmoniebedürftig.«

Den Job des Finanzministers, den er seit drei Jahren bekleidet, hatte er sich leichter vorgestellt – »ich dachte, alle sehen die Zwänge«. Doch es entpuppte sich als schwierig, die Minister vom Sparen zu überzeugen. Noch schwerer war es mit den Beamten. Die Bezirksregierungen etwa, eine Verwaltungsebene zwischen Land und Kommunen, hat Möllring aufgelöst. Keiner vermisse sie, nur die Beamten trauerten. Dafür habe er Verständnis: »Sie haben Jahrzehnte dort gearbeitet, das war ihr Leben.«

Ungebeten versuchte er, das ver.di-Podium zu erklimmen

Die Entscheidung, den Sehbehinderten die 409 Euro Blindengeld monatlich zu streichen, fiel ihm schwerer. Deren Demonstration, 10 000 Menschen stark, hat er sich angesehen. »Das war sehr beeindruckend«, sagt er ernst. Er blieb bei seinem Entschluss, der dem Haushalt 137 Millionen Euro pro Jahr bringt. Die Streichung des Weihnachtsgelds für Beamte spart sogar 490 Millionen. »Vom Lehrer aufwärts« habe er keinerlei Mitgefühl, wenn er das Lamento höre. »Aber ein Vorstandskollege bei Eintracht Hildesheim ist im mittleren Dienst«, sagt er. »In der Gehaltsstufe ist das bitter.«

Am vergangenen Samstag, als er in Cuxhaven war, demonstrierte dort ver.di gegen das, was er nun auch den Angestellten zumutet. Möllring versuchte ungebeten, das Podium zu erklimmen. Es gab Tumulte, ein tausendstimmiger Chor rief: »Hau ab, hau ab!« Perlt das an ihm ab? Ja klar, es gehe dabei ja nur um die Sache. »Natürlich ist ihm das nicht egal«, ist sich sein Bruder Harald sicher. »Er ist viel sensibler, als es scheint. Aber soll er öffentlich sagen: Ich bin verletzt?« Auch Birgit Litfin glaubt nicht, dass ihn die Anfeindungen kalt lassen. Sie ist mit dem Porsche-Fan befreundet, seit sie Fraktionsvorsitzende der Grünen im Hildesheimer Stadtrat war, und hat ihn zudem acht Jahre im Landtag erlebt. Gern besucht sie ihn und seine Frau zum Kaffeetrinken im Garten. »Privat ist er ein umgänglicher, angenehmer Mensch, der über sich selbst lachen kann«, sagt sie.

Diese Seite wird Frank Bsirske am Freitag nicht kennen lernen. Ob sich Möllring vorstellen könne, mit Bsirske auch mal locker in die Kneipe zu gehen wie mit Wolfgang Denia? Nein: »Er ist ein ganz anderer Typ als Wolfgang und ich.« Inwiefern? Da muss Möllring überlegen. »Bsirske ist eher so ein feingeistiger Mensch.« Während er selbst dazu steht, beim pflichtgemäßen Theaterbesuch die Pausen mehr zu schätzen als die Aufführung selbst. So wird Bsirske den TdL-Chef nur in seiner hässlichsten Rolle erleben: als sturen Verhandlungspartner. »Wir können nicht ewig Mikado spielen und warten, wer sich als Erster bewegt«, sagt Möllring. »Freitag zeigt sich, ob wir sagen: Es hat keinen Zweck.« Wieder so ein Hardliner-Spruch. Und eine Drohung in Richtung ver.di.

Paragrafenfuchser

Hartmut Möllring wird **1951** in Groß Ilsede geboren, seit **1959** lebt er in Hildesheim. **1970** geht er für zwei Jahre zur Bundeswehr und studiert dann Jura. **1974** wird er CDU-Stadtrat in Hildesheim. Er arbeitet als Richter und von **1984** an im Justizministerium. **1990** wird er Landtagsabgeordneter, **1998** stellvertretender Fraktionschef. Seit **2003** ist er Niedersachsens Finanzminister. Als Vorsitzender der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) handelt er die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst der Bundesländer aus



Policen verzweifelt gesucht

Die Preise für gebrauchte Lebensversicherungen steigen, weil die Nachfrage viel höher ist als das Angebot VON MARCUS PFEIL

Es war vor mehr als einem Jahr, als Ludwig Schormann sein Kündigungsschreiben erhielt. Die mittelständische Baufirma, für die er die vergangenen Jahre in Berlin gearbeitet hatte, meldete Insolvenz an. Im Dezember, ein Jahr später, ging Schormann mal wieder zum Arbeitsamt, dieses Mal, um Arbeitslosengeld II zu beantragen.

Er müsse zuerst, erfuhr er dort, seine Lebensversicherung kündigen. Abzüglich Kapitalertragssteuer bot ihm seine Versicherung, die Allianz, 36 170 Euro für seine Police. Zum Glück wies ihn die freundliche Mitarbeiterin im Arbeitsamt darauf hin, dass er seine Police auch auf dem Zweitmarkt für Lebensversicherungen verkaufen könne. So bekam Schormann wenigstens 40 000 Euro, fast elf Prozent mehr als bei der Allianz. Steuerfrei. Und zudem blieb ihm der Todesfallschutz erhalten.

Es sind Schicksale wie das von Ludwig Schormann, von denen die Ankäufer von Lebensversicherungen derzeit vor allem profitieren. Sie locken ausstiegswillige Versicherungsnehmer mit Angeboten, die 7 bis 15 Prozent über den Rückkaufwerten der Versicherungsunternehmen liegen. Steuerfrei, den Todesfallschutz gibt's gratis dazu. Sie sind allerdings wählerisch, kaufen meist nur gut besparte Policen mit kurzen Restlaufzeiten. Und nicht jedes Angebot ist seriös.

»Der Zweitmarkt ist kein Allheilmittel des Verbraucherschutzes«, sagt Lilo Blunck, Geschäftsführerin des Bundes der Versicherten. Der Ankauf von Lebensversicherungen ist ein Geschäftsmodell, das sichere Renditen verspricht. Und »es ist ein Markt, der von Menschen wie Schormann profitiert«, sagt Oskar Göcke vom Institut für Versicherungswesen der Fachhochschule Köln.

»In den Zahlen steckt zu viel Optimismus«

»Von den rund 91,5 Millionen Lebensversicherungsverträgen in Deutschland wird jeder zweite vorzeitig gekündigt«, so Hans-Peter Schwintkowski, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates des BdV. Bei Policen mit 30-jähriger Laufzeit sind es sogar 76 Prozent. Arbeitslosigkeit wie bei Ludwig Schormann ist der häufigste Grund für die Kündigungswelle. Wer aber seine Lebensversicherung vorzeitig kündigt, muss in der Regel mit hohen Abschlägen rechnen. Selbst nach jahrelangem Sparen gibt es oft nur einen Bruchteil der eingezahlten Beiträge zurück. Denn in den ersten Jahren muss der Kunde erst mal die Kosten des Versicherers für Provision und Verwaltung abstottern. Zusätzlich bestrafen die Assekuranzen die Kündigung mit Abschlägen von 2 bis 16 Prozent.

Zwar hat der Bundesgerichtshof im November entschieden, dass dieser Stornoabzug in Zukunft nicht mehr möglich sein soll und dass die Versicherer ihren Kunden künftig einen Mindestrückkaufswert auszahlen müssen. »Bisher startet der Versicherte mit einem negativen Guthaben. Da zukünftig schon in den Anfangsjahren Rückkaufswerte garantiert werden müssen, wird das Policenguthaben über die Laufzeit langsamer steigen, aber erst zum Laufzeitende hin besonders stark«, sagt Versicherungsmathematiker Axel Kleinlein.

Auf die Auszahlung einschließlich der so genannten Schlussüberschussbeteiligung am Ende der Laufzeit einer Lebensversicherung, spekulieren die Policenkäufer. Sie kaufen die gebrauchten Versicherungen zu einem Preis, der über dem Rückkaufswert liegt und bedienen die Police bis zum Ende der Laufzeit. Der Versicherte bekommt zwar mehr Geld als bei der Kündigung, allerdings weniger, als wenn er die Police bis zum Ende der Laufzeit selbst halten würde. Denn die lukrative Überschussbeteiligung am Ende der Laufzeit fließt den Aufkäufern zu. Im Fall Schormann ergibt sich, so die Berechnung von Wissenschaftler Göcke, eine Bruttorendite von 5,4 Prozent für den Käufer. Entscheidend für die Höhe der Rendite ist der Zeitpunkt des Ankaufs. »Je kürzer die Restlaufzeit, desto höher ist in der Regel die Marge«, sagt Göcke, »weil die Kosten der Versicherung dann getilgt sind und der Anteil der Schlussleisstung überproportional zunimmt«.

Um ihre Liquidität zu sichern, agieren die Zweitmarktanbieter auch als Zwischenhändler. Sie bündeln die aufgekauften Verträge, machen sie zur Handelsware und verkaufen sie zum Beispiel an geschlossene Fonds. Und die Lebensversicherungsfonds von Firmen wie MPC oder König & Cie., die Renditen von sechs bis acht Prozent versprechen, finden reißenden Absatz. Mit einem Platzierungsvolumen von mehr als einer Milliarde Euro stehen sie nach Schiffsbeteiligungen und Immobilienfonds inzwischen auf Platz drei.

Allerdings kalkulieren die Fondsanbieter in ihren Prospekten mit den veralteten Renditeangaben des Map-Reports, der für 20-jährige Policen eine Rendite von 6,2 Prozent und für 30-jährige von 6,7 Prozent ausweist. »Angesichts der aktuellen Überschusssituation bei den Versicherern steckt zu viel Optimismus in den Zahlen«, kritisiert Versicherungsmathematiker Kleinlein. Sechs bis acht Prozent seien aber dennoch möglich, betont Marktführer MPC, weil die Versicherten beim Verkauf eben weniger bekommen, als wenn sie ihre Police behalten würden. Zudem hole MPC noch einiges heraus, weil der Fondsanbieter Zusatzversicherungen kündige oder die Beiträge nicht mehr monatlich, sondern jährlich zahle. Für Göcke sind die Renditeversprechen der Fonds dennoch »nicht nachvollziehbar, zumal sie ja auch noch die Kosten für Verwaltung und Management verdienen müssen«.

»Wer aussteigt, schenkt sein Geld den Investoren«

In den vergangenen drei Jahren haben die Aufkäufer Policen im Gegenwert von einer Milliarde Euro eingesammelt, allein im vergangenen Jahr 500 Millionen. Und der Markt soll weiter wachsen. In diesem Jahr rechnet die Fachzeitschrift *Versicherungsjournal* mit Verkäufen im Wert von 700 Millionen Euro – das wäre ein Plus von 40 Prozent. »Und selbst das sind noch nicht einmal zehn Prozent des Marktpotenzials«, sagt Stefan Kleine-Depenbrock, Chef von Cash.life. Mit einem Marktanteil von 75 Prozent ist das Unternehmen Marktführer auf dem Zweitmarkt. Policen im Gegenwert von sechs Milliarden Euro seien jedes Jahr ankaufbar, prophezeit er. Im vergangenen Jahr hat Cash.life Policen im Wert von 421,3 Millionen Euro gekauft, verglichen mit dem Geschäftsjahr 2004, ist das ein Plus von 90 Prozent. Damit hat das Unternehmen nach Steuern 5,5 Millionen Euro verdient. »Wir erwarten in den nächsten Jahren zweistellige Zuwachsraten«, sagt Kleine-Depenbrock.

»Die Anbieter betreiben Rosinenpickerei. Sie entscheiden sich natürlich nur für die rentabelsten Verträge«, sagt Stephan Gelhausen, Sprecher beim Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft. Tatsächlich kaufen die meisten Firmen nur Policen, deren Restlaufzeit mindestens 15 Jahre beträgt und deren Rückkaufswert nicht unter 5000 Euro liegt.

Auch der Aufpreis gegenüber dem Rückkaufswert, den die Aufkäufer zahlen, liegt im Durchschnitt deutlich unter den Zahlen, die sie im Internet oder in ihren Hochglanzprospekten nennen. Cash.life beispielsweise zahlt im Durchschnitt sieben Prozent mehr, bei Policen-Direkt sind es zwischen zwei und sieben Prozent.

Der zunehmende Wettbewerb kommt den Versicherten zugute. Denn das Angebot hält mit der Nachfrage nach gebrauchten Lebensversicherungen kaum Schritt. »Die Preise sind gestiegen, ein Prozent im letzten Jahr«, sagt Ari Bizimis, Vorstand der CFI Fairpay AG. Einer Allensbach-Umfrage zufolge wissen nur sieben Prozent der Policeninhaber, dass sie im Notfall statt zu kündigen auch ihre Versicherung verkaufen können.

Das möchten die im Bundesverband Vermögensanlagen im Zweitmarkt Lebensversicherungen (BVZL) zusammengeschlossenen Unternehmen ändern. Sie wollen, dass der Gesetzgeber die Versicherungsunternehmen verpflichtet, ihre Kunden über die Möglichkeit des Verkaufs zu informieren. Ihr Vorbild ist Großbritannien. Seit dem Jahr 2002 sind britische Versicherungen verpflichtet, kündigungswillige Kunden über den Zweitmarkt zu informieren. Deutlich über 80 Prozent der Versicherten würden heute die Option Verkauf kennen, sagt Gerd Bühler, Beirat des BVZL und Gründer von Cash.life.

Im Referentenentwurf zur Änderung des Versicherungsvertragsgesetzes ist eine solche Verpflichtung bislang aber nicht vorgesehen. »Darin sind zwar Hinweispflichten für Versicherer vorgesehen, ob es aber einen Verweis auf den Zweitmarkt geben wird, ist längst nicht klar«, sagt Henning Plöger, Sprecher des Bundesjustizministeriums.

»Eine Hinweispflicht gehört nicht ins Versicherungsvertragsgesetz«, sagt Lilo Blunck, die Geschäftsführerin des Bundes der Versicherten. »Schließlich gibt es ja auch kein Gesetz, in dem steht, dass es bei Aldi billiger ist.«

»Jeder sollte für sich selbst prüfen, ob er wirklich verkaufen muss«, rät Wolfgang Scholl, Referent für Versicherungen beim Bundesverband der Verbraucherschützer. Nicht jeder sei schließlich in einer Zwangslage wie Ludwig Schormann. Und wegen der Ablaufleistung sei es immer besser, eine Lebensversicherung bis zum Ende der Laufzeit zu behalten, sagt Scholl. Jeder könne sich das zu Hause mit dem Taschenrechner ausrechnen. »Wer verkauft, der schenkt dieses Geld den Aufkäufern und den Fondsinvestoren, die in gebrauchte Lebensversicherungen investieren.«

Die Verbraucherschützer warnen zudem vor unseriösen Angeboten. Wer verkaufen müsse, sollte zumindest darauf achten, dass er sofort sein Geld bekomme. Denn wer sich darauf einlasse, einen Teil des Rückkaufwertes später zu bekommen, trage das Insolvenzrisiko des Zweitmarktanbieters.

So hatte Ludwig Schormann auch ein Angebot der Firma BC Net, die ihm nur einen Teil des Rückkaufwertes erstatten und den Rest über 33 Jahre verteilen wollte. Im Dezember war BC Net pleite.

Illustration: Peter M. Hoffmann/pmh@popculture.de für DIE ZEIT

ZWEITMARKT

Internationale Handelsware

Großbritannien:
In den angelsächsischen Ländern hat die Zweitmarktpolice eine lange Tradition. Schon 1844 haben Versicherungsnehmer ihre Policen über den Londoner Makler Forster & Cranfield versteigert.

Ähnlich wie in Deutschland dominieren in Großbritannien die Kapitallebensversicherungen. Britische Policen sind zwar mit einer Kapitalgarantie ausgestattet, garantieren aber im Gegensatz zu den deutschen Policen keine Mindestverzinsung. Neben der Versicherungssumme erhält der Käufer einer britischen Police auch die bisher gutgeschriebenen Jahresboni. Im Durchschnitt sind die Renditen britischer Policen etwas höher als bei den deutschen Verträgen, weil die Versicherungsgesellschaften einen größeren Teil des Geldes in Aktien anlegen dürfen.

Vereinigte Staaten:
Der Zweitmarkt entstand Anfang der neunziger Jahre, als Versicherte, die an der Immunschwäche Aids erkrankt waren, ihre Policen zu Geld machten.

Im Gegensatz zu Deutschen und Briten geben die Amerikaner kaum Geld für Kapitallebensversicherungen aus. In den USA dominieren die Risikopolicen, bei denen die Versicherungssumme erst im Todesfall fällig wird. Der Aufkäufer weiß also, wie viel er bekommt, aber nicht, wann. Der Käufer einer US-Police wettet auf das Ableben des Verkäufers. Je früher der stirbt, desto höher ist die Rendite des Käufers.

Amerikanische Policen funktionieren wie eine Kfz-Versicherung. Zahlt der Kunde keine Beiträge mehr, erlischt der Versicherungsschutz automatisch – und damit der Anspruch auf alle bis dahin gezahlten Beiträge. Der Versicherte muss daher bis zu seinem Tod zahlen, damit die Erben die Versicherungssumme kassieren können.

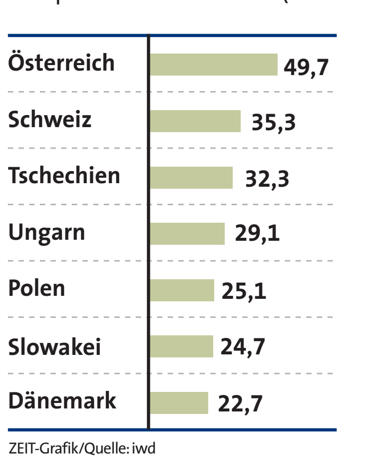
Heute kündigen rund die Hälfte der Versicherten ihre Police vorzeitig, weil sie den Versicherungsschutz nicht mehr benötigen. Statt sie zu stornieren, verkaufen sie die Police an einen Makler oder eine Bank. Der Kaufpreis hängt dabei entscheidend von der Lebenserwartung des Verkäufers ab. Diese wird von Gutachtern geschätzt.

Die Renditeversprechungen für amerikanische Policen liegen oft im zweistelligen Bereich. Folglich war es kein Wunder, dass in den vergangenen drei Jahren mehr als 1,5 Milliarden Euro aus Deutschland in Fonds mit gebrauchten US-Policen geflossen sind. Das Risiko ist allerdings entsprechend hoch. Im vergangenen Jahr erschütterte die Branche, dass verschiedene Gutachter die Lebenserwartung der Verkäufer zu niedrig und damit die entsprechende Rendite für die Anleger zu hoch angesetzt haben. In Deutschland müssen Anleger die Ausschüttungen neuerdings versteuern, weil die deutschen Finanzbehörden im vergangenen September entschieden haben, dass US-Policenfonds nicht vermögensverwaltend, sondern gewerblich tätig sind. Diese Tatsache schmälert die Rendite zusätzlich. MP

DIE WELT IN ZAHLEN

Exportschlager

Anteil deutscher Waren an den Importen europäischer Länder 2004 (in Prozent)

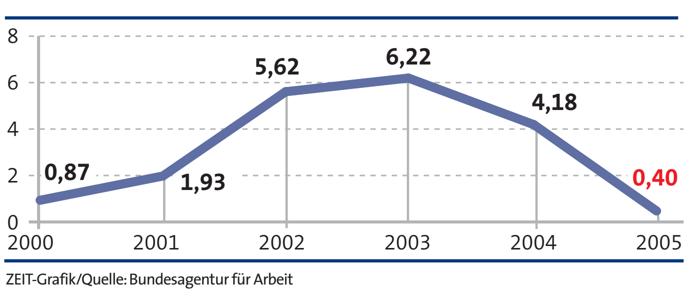


ZEIT-Grafik/Quelle: iwd

Waren »made in Germany« sind in Österreich offenbar besonders beliebt. Immerhin fast die Hälfte der Importe des Nachbarlandes kommen aus der Bundesrepublik. Aber auch die Schweiz und Tschechien beziehen mehr als ein Drittel ihrer Einfuhren aus der Bundesrepublik. Einen Anteil von immerhin gut 20 Prozent des gesamten Imports haben die Waren aus deutscher Produktion auch in Frankreich. Umgekehrt kamen von dort lediglich 9 Prozent aller nach Deutschland eingeführten Waren. Vom Wachstum des Bruttoinlandsproduktes um 0,9 Prozent entfielen dementsprechend 2004 immerhin 0,7 Prozentpunkte auf den Außenbeitrag.

Geschrumpft

Bundeszuschuss an die Agentur für Arbeit (in Milliarden Euro)



ZEIT-Grafik/Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Zahl der Arbeitslosen steigt, und der Zuschuss, den der Bund an die Bundesagentur für Arbeit überweist, sinkt: Mit lediglich 397 Millionen Euro war er 2005 so niedrig wie nie in den vergangenen zehn Jahren. In denen hat die Agentur immerhin ein Defizit von 38,8 Millionen Euro aufgehäuft, das von Berlin ausgeglichen werden musste. Dieses Loch in der Nürnberger Kasse hätte durch eine Anhebung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung vermieden werden können. Das aber war politisch nicht gewollt.

Aktien

Entwicklung des Aktienindex Dax in den vergangenen drei Monaten

DAX
6000
5900
5800
5700
5600
5500
5400
5300
5200
5100
5000
DEZEMBER JANUAR FEBRUAR

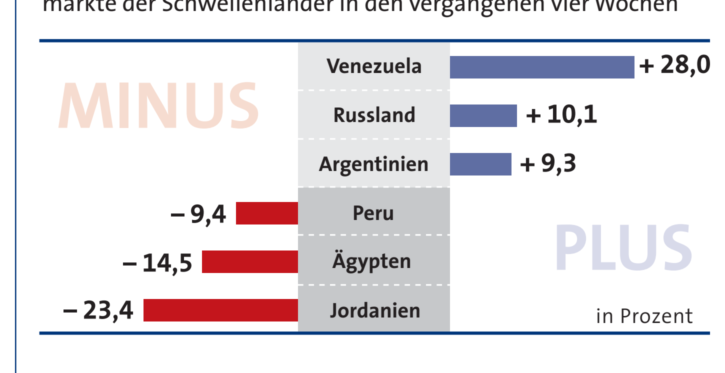
Weltbörsen

Nasdaq	2273	(+0,9 %)	Nikkei	15 726	(+1,6 %)
TecDax	722	(+21,3 %)	S & P 500	1275	(+1,4 %)
Dow Jones	10 964	(+1,4 %)	Euro Stoxx 50	3745	(+6,8 %)

Stand: 7. 3. 2006, 18.00 Uhr, 3-Monats-Änderungen

Tops und Flops

Entwicklung der drei besten und schlechtesten nationalen Aktienmärkte der Schwellenländer in den vergangenen vier Wochen



Zinsen

Anlagedauer	Stand: 06.03.06	
	Täglich verfügbare Anlage	0,50 - 4,00
1 Monat	Termingeld (Zinsen)	1,00 - 2,70
1 Jahr	Finanzierungsschätze	2,60
5 Jahre	Bundesobligationen Serie 147	3,37
6 Jahre	Bundesschatzbriefe Typ A	3,13
7 Jahre	Bundesschatzbriefe Typ B	3,32
10 Jahre	Sparbriefe (Zinsen)	3,00 - 4,70
	Börsennotierte öff. Anleihen	3,58 - 3,71
	Pfandbriefe	3,47 - 3,78
Hypothekenzinsen von Banken		**Effektivzins**
5 Jahre fest		3,59 - 4,88
10 Jahre fest		3,82 - 5,06

Konjunktur

Kennziffern ausgewählter Länder

Länder (Angaben in Prozent)	BIP-Wachstum zum Vj.-Quartal	Arbeitslosenrate	Inflationsrate
Deutschland	1,6 IV/04-IV/05	9,1 1/06	2,1 2/06
Euroland	1,7 IV/04-IV/05	8,3 1/06	2,3 2/06
USA	3,1 IV/04-IV/05	4,7 1/06	4,0 1/06
Japan	4,5 IV/04-IV/05	4,4 12/05	0,5 1/06
Australien	2,7 IV/04-IV/05	5,3 1/06	2,8 IV/05

ZEIT-Grafik/Quelle: Datastream

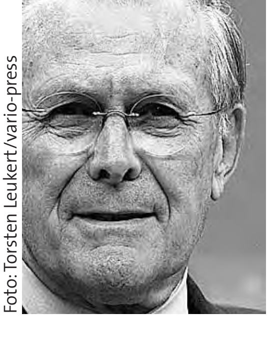
MACHER & MÄRKTE

Tamiflu: Einträglich

Die Furcht vor der Vogelgrippe wächst – und damit der Umsatz von Tamiflu. Das Medikament gilt als Mittel der Wahl gegen den Erreger H5N1. »Schützen Sie sich und Ihre Familie, kaufen Sie Tamiflu jetzt!«, werben Online-Apotheken in den USA. Für 400 Dollar gibt es 30 Tabletten. Von dem Tamiflu-Boom profitiert auch Pentagon-Chef Verteidigungsminister **Donald Rumsfeld.** Er ist an dem kalifornischen Biotechnologieunternehmen **Gilead Siences** beteiligt. Von diesem Unternehmen hat Roche 1996 die Lizenz zur Herstellung von Tamiflu erworben. Vergangenes Jahr setzte Roche mit dem Medikament 1,2 Milliarden Dollar um. Analysten schätzen, dass 20 Prozent der Netto-Verkaufserlöse als Lizenzgebühren an Gilead gehen.

Noch vor einigen Jahren lag das Grippemittel weitgehend unbeachtet in den Regalen der Apotheker. Jetzt horten nicht nur Privatleute Tamiflu, auch Regierungen weltweit ordern Millionen Packungen. Der Schweizer Hersteller **Roche** liefert nach eigenen Angaben in 80 Länder. Kritiker zweifeln allerdings an der Wirksamkeit des Präparats. In einer Studie, die im britischen Medizinjournal *Lancet* veröffentlicht wurde, fanden Forscher keinen Beweis, dass Tamiflu oder Relenza, ein vergleichbares Produkt von GlaxoSmithKline, gegen Vogelgrippe schützt. Sie warnten davor, sich bei der Vorsorge zu sehr auf die Medikamentenvorräte zu verlassen. Den Ausbruch einer Seuche könne das Medikament nicht verhindern. Trotzdem hält die Weltgesundheitsorganisation an ihrer Empfehlung für Tamiflu fest.

Zu den größten Abnehmern des Medikaments gehören die USA. Präsident **George W. Bush** setzte 2005 ein Vorbeugeprogramm für 3,8 Milliarden Dollar durch, ein großer Teil davon ist für den Kauf von Medikamenten vorgesehen. So hat auch das US-Verteidigungsministerium bereits im vergangenen Jahr Tamiflu im Wert von 58 Millionen Dollar bestellt. Dessen Minister, Donald Rumsfeld, war von 1997 bis 2001 Aufsichtsratschef von Gilead.



DONALD RUMSFELD profitiert von der Vogelgrippe

Foto: Torsten Leukert/vario-press

Wie viele Aktien er hält, ist nicht veröffentlicht. Das US-Wirtschaftsmagazin *Fortune* schätzt den Wert seiner Anteile auf 5 bis 25 Millionen Dollar. Das Pentagon wollte sich auf Anfrage der *ZEIT* dazu nicht äußern. Rumsfeld hat sich aber in Sachen Tamiflu im vergangenen Oktober selbst für befangen erklärt. Auf Anraten eines Wertpapieranwalts und des Ethikausschusses des US-Senats entschied er aber, seine Papiere nicht zu verkaufen, um den Verdacht des Insiderhandels zu vermeiden. Die Gilead-Aktien sind seit Rumsfelds Abschied in die Politik von 8 Dollar auf 60 Dollar gestiegen. **HBU**

Gold: Umkämpft

Trotz des offiziell verkündeten Friedensschlusses zwischen Bundesbankpräsident **Axel Weber** und Bundesfinanzminister **Peer Steinbrück** im Streit um den Verkauf des Notenbankgoldes stichelt die Regierung weiter. In einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der FDP-Fraktion rechnet die Bundesregierung vor, dass der Buchwert des Goldschatzes nur rund 8,1 Milliarden Euro, der derzeitige Marktwert aber etwa 50,6 Milliarden Euro betrage. Wenn die Bundesbank – wie vom internationalen Goldabkommen erlaubt – pro Jahr 120 Tonnen ihres Goldes verkaufen würde, würde das ihren Gewinn um 1,5 Milliarden Euro erhöhen. In fünf Jahren wären das 7,5 Milliarden Euro, die den Finanzen des Bundes zugute kämen.

Auch mit den Zusammenhängen zwischen Gold- und Devisenmärkten lasse sich »nicht die gegenwärtige Höhe der Goldreserven der Deutschen Bundesbank begründen«, kritisiert die Regierung die Haltung der Bundesbank, die sich unter Berufung auf ihre Unabhängigkeit bisher den Berliner Forderungen nach Goldverkäufen verweigert. Denn bei Verkäufen, »z.B. im Rahmen des laufenden Goldabkommens«, sei »nicht mit einer Stabilitätsgefährdung zu rechnen«. **WHZ**

Deutsche Bank: Unklar

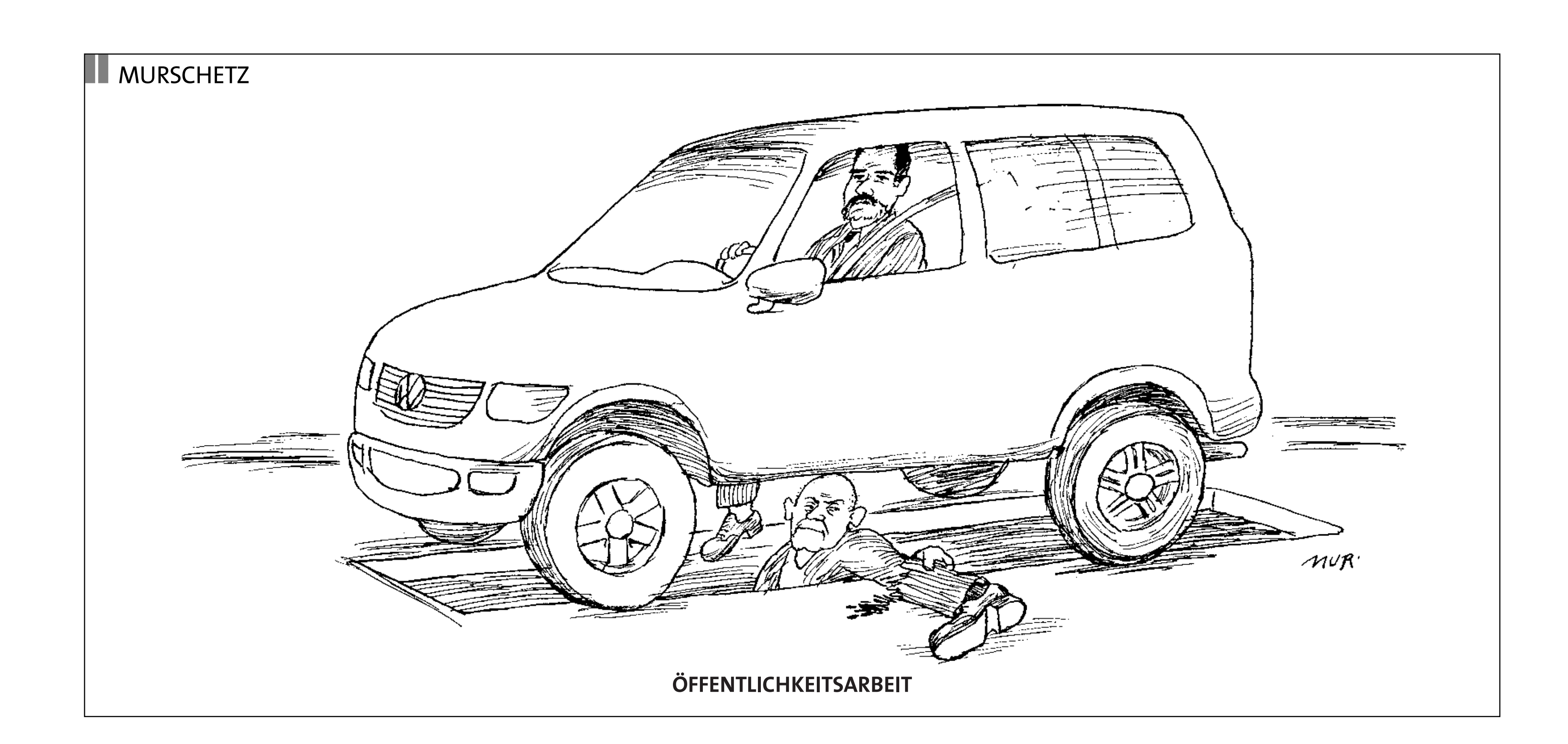
Elf Wochen nach dem »schwarzen Dienstag« (BaFin-Chef **Jochen Sanio)** können Anleger wieder Anteile des offenen Immobilienfonds Grundbesitz-invest der Deutschen Bank kaufen und verkaufen. Dieser Fonds war am 13. Dezember überraschend geschlossen worden. Doch auch nach der Wiedereröffnung bleiben mehr Fragen als Gewissheiten, vor allem beim Blick auf die moderate Abwertung von 2,4 Prozent. War die Schließung, die die gesamte Anlageklasse in Misskredit brachte, wirklich notwendig? Oder gab es doch einen »Plan B« – wie immer wieder in Frankfurt kolportiert wird? Angeblich habe nämlich die **Deutsche Bank** den Gutachtern nahe gelegt, doch bitte auf einen Neubewertungsbedarf von 20 bis 25 Prozent zu kommen, weil sie anderes mit den Immobilien vorhatte.

Da es für Immobilien keine an der Börse abzulesenden Preise gibt, ist die Bewertung immer heikel. Wenn die Fondsmanager selbst entscheiden dürften, zu welchen Preisen sie die Immobilien verkaufen oder bewerten, dann stünde es schlecht um die Interessen der Anleger. Damit das Treuhandvermögen nicht verschleudert wird, gibt es unabhängige Gutachter, die für ihre Bewertungen unbegrenzt haften. Sie sind sozusagen die Sicherungseinrichtung gegen interessengeleitete Bewertungen. Diese Gutachter sind der eigentliche Gewinner des Skandals. Sie haben sich nicht instrumentalisieren lassen, falls es ein solches Ansinnen von der Deutschen Bank gegeben haben sollte. Gab es das nicht, bleiben die Gründe für die Entscheidung der Bank, den Fonds zu schließen, ein Rätsel. **HEU**

Frankreich: Abweisend

Beim Abwehrkampf gegen feindliche Übernahmeangebote aus dem Ausland greift der französische Wirtschaftsminister **Thierry Breton** jetzt zu amerikanischen Methoden. Er will bedrohten Unternehmen kurzfristige Kapitalerhöhungen durch Ausgabe von Anteilsscheinen gestatten. Damit können Unternehmen ihre Aktionäre zu Einlagen motivieren, um für Kaufinteressenten zu kostspielig zu werden. Fraglich ist allerdings, ob die Hauptaktionäre solchen Rettungsaktionen zustimmen würden. Denn bei ihnen handelt es sich primär um internationale Investoren, deren Profite nicht zuletzt aus ebensolchen Übernahmen und Fusionen resultieren. Deshalb will Minister Breton die entsprechend der neuen EU-Übernahmerichtlinie dafür erforderliche Zustimmung von zwei Dritteln der Aktionäre auf eine einfache Mehrheit beschränken. **MÖN**

MURSCHETZ



ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

ARGUMENT

Aktien sind keine Schnäppchen mehr

Der Deutsche Aktienindex übertrifft alle Prognosen – wie lange geht das noch gut? **VON ROBERT VON HEUSINGER**

Am deutschen Aktienmarkt hat das neue Jahr begonnen, wie das alte aufhörte: mit steigenden Kursen. Der Dax liegt im Vergleich zum Jahresbeginn schon wieder mit 6 Prozent im Plus. Zur Erinnerung: Das ist bereits eine normale Jahresrendite für Aktien. Aber was ist derzeit schon normal? Seit drei Jahren klettert der Index unaufhörlich. An seinem Tiefpunkt im März 2003 lag der Dax bei 2200 Punkten; seither hat er gut 150 Prozent zugelegt. Noch immer raten die Banken zum Kaufen, wuchern mit der günstigen Bewertung – mit dem Hinweis auf die außerordentlich hohen Unternehmensgewinne, aber auch im Vergleich zur großen Alternative, den Anleihen. Und die Optimisten scheinen auf den ersten Blick tatsächlich alle Argumente auf ihrer Seite zu haben. Es ist wohl nur eine Frage weniger Wochen, bis der Dax bei 6000 Zählern steht.

Da lohnt ein zweiter Blick. Zunächst auf den Dax. Er notiert zwar trotz der kräftigen Gewinne noch immer unter jenen gut 8100 Zählern, die er im März vor sechs Jahren erreicht hat. Aber der Dax ist nur ein Index, er bildet die 30 größten deutschen Aktiengesellschaften ab. Darunter gibt es kleine Dax-Werte wie den Pharmakonzern Altana oder den Dialysehersteller FMC, die jeweils rund ein halbes Prozent des Index ausmachen, und große Werte wie E.on oder Siemens, die aktuell für je gut zehn Prozent des Dax stehen. Rechnet man nur ein Schwergewicht des Jahres 2000 heraus, das sich seither schwach entwickelt hat – die Deutsche Telekom –, ergibt sich ein anderes Bild: Dann notiert der Dax schon wieder so hoch wie Ende 1999, als die Euphorie keine Grenzen kannte. Das heißt: Die großen deutschen Aktiengesellschaften kommen ihren Rekordständen schon nahe.

Gab es damals gar keine Blase, oder sind die Kurse heute schon wieder übertrieben hoch?

Vorsicht bei der Antwort. In der damaligen Euphorie sind die Bewertungen an der Börse den Unternehmensgewinnen weit vorausgeeilt. Heute scheint eher das Gegenteil der Fall zu sein. Die Gewinne von Deutscher Bank und Co. sind in den vergangenen Jahren derart gewachsen, dass sich die derzeitige Bewertung moderat ausnimmt. Das ist das Argument der Optimisten. Sie verweisen auf ein aktuelles Kurs-Gewinn-Verhältnis von rund 13,3 für die erwarteten Gewinne der kommenden zwölf Monate. Das ist weniger als der historische Durchschnitt seit 1990, der laut dem Bankhaus Sal. Oppenheim bei 14,1 liegt. Andersherum: Während die Anleger in der Vergangenheit einer Aktiengesellschaft rund den 14fachen erwarteten Jahresgewinn als Wert beimaßen, zahlen sie heute nur gut den 13fachen Gewinn.

Also sind Aktien auf den ersten Blick günstig. Allerdings hat diese Betrachtungsweise zwei Haken.

Erstens sind die erzielten Gewinne abnormal hoch. Die Eigenkapitalrenditen liegen derzeit mit rund 16 Prozent mehr als vier Prozentpunkte über ihrem historischen Mittel. Nur wenn man – wie das Gros der Analysten – diese hohen Gewinne fortschreibt, sind Aktien heute günstig. Setzt man dagegen das historische Mittel der künftigen Gewinne an, dann rückt das Kurs-Gewinn-Verhältnis von 13 rasch in Richtung 20. Eine so hohe Bewertung hat es bisher nur zwischen 1996 und 2000 gegeben. Allerdings haben die Optimisten die Globalisierung auf ihrer Seite. Gut möglich, dass die Löhne auf absehbare Zeit schwächer steigen als in der Vergangenheit – und damit außergewöhnliche Renditen ermöglichen.



Zweitens: Die rekordverdächtigen Gewinnmargen stehen schon jetzt von allen Seiten unter Druck: Die Unternehmen investieren endlich wieder, statt wie in den vergangenen Jahren die alten Maschinen weiterlaufen zu lassen. Die niedrigen Zinsen scheinen ebenso der Vergangenheit anzugehören wie die extreme Lohnzurückhaltung, die in Deutschland de facto bis zu nominalen Lohnkürzungen reichte. Genauso scheint der Trend steigender Rohstoffpreise noch nicht gebrochen. Und der Dollarkurs, der im vergangenen Jahr gestiegen ist und deshalb den deutschen Export beflügelt hat, scheint sogar wieder zu fallen.

Der allgemeine Optimismus der Analysten dürfte also übertrieben sein. Ein Beispiel dafür liefert die Investmentbank Morgan Stanley. Deren Analysten erwarten, dass im kommenden Jahr durchschnittlich 74 Prozent aller europäischen Unternehmen ihre Margen ausweiten können. Das gab es noch nie. Der Rekord der vergangenen 20 Jahre liegt bei 65 Prozent aller Unternehmen. Er datiert aus dem Jahr 1986.

Auch von einer anderen Seite droht Ungemach: Von den Notenbanken. Seit drei Wochen ist klar, dass die Epoche des superbilligen Geldes ausläuft. Erst sprach der neue Chef der amerikanischen Notenbank, Ben Bernanke, von der Gefahr, dass die amerikanische Wirtschaft »überschießen« könnte – ein klares Indiz dafür, dass die Notenbankzinsen in Amerika weiter steigen werden. Vergangenen Donnerstag schockte dann Jean-Claude Trichet die Märkte. Der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) sprach so häufig von Inflationsrisiken, dass alle Beobachter ihre Prognosen für den europäischen Leitzins deutlich nach oben anpassten. Und selbst das deflationsgeplagte Japan steht vor einer Zeitenwende. Drei Monate in Folge liegt die Inflationsrate im positiven Bereich. Damit dürfte auch der japanische Leitzins, der seit sieben Jahren bei null Prozent liegt, in nicht mehr allzu ferner Zukunft steigen.

Die Finanzmärkte mögen keine Zinserhöhungen. Sie verteuern die riskanten Wetten der Anleger. Höhere Renditen für sichere Anlagen wie Staatsanleihen oder Geldmarktpapiere lindern die Not, Risiken um jeden Preis einzugehen. Und alle Indikatoren, die den globalen Risikoappetit messen, stehen auf Übertreibung. Das gilt in erster Linie für die Aktien und Anleihen von Schwellenländern und erst dann für deutsche oder europäische Aktien. Doch auch hier wird zu spüren sein, wenn die Risikofreude abnimmt.

Noch ist es zu früh, um zum Ausstieg zu rufen. Dafür fehlt es an echter Blasenbildung. Doch die Anleger, die jetzt einsteigen wollen, sollten den zweiten Blick riskieren: Zum ersten Mal seit drei Jahren sind mittelfristig die Chancen geringer als die Risiken.

Weitere Informationen im Internet:
www.zeit.de/herdentrieb
Audio www.zeit.de/audio

Nr. 11 | DIE ZEIT | S. 39
SCHWARZ | cyan | magenta | yellow

WISSEN

Der Traumfänger
Mark Solms, der südafrikanische Hirnforscher, prüft Sigmund Freuds Theorien über den Traum im Kernspintomografen **Seite 45**



Lichtblick im Alter

Mehr als vier Millionen Deutsche sind von der Altersblindheit bedroht. Viele Patienten können nun erstmals wirksam behandelt werden. Doch die neue Therapie droht das Kassenbudget zu sprengen **VON ULRICH BAHNSEN**

Es war Montag, der 18. Juli 2005, und Joan Miller absolvierte einen kurzen, aber triumphalen Auftritt. In präzise sieben Minuten, zwischen 12.41 und 12.48 Uhr, präsentierte die Augenärztin vom Massachusetts Eye and Ear Infirmary (MEEI) der Harvard University vor Fachkollegen ihren aktuellen Forschungsbericht. Der schlug nur deswegen nicht wie eine Bombe ein, weil die meisten der versammelten Augenheilkundler ihn bereits vom Hörensagen kannten.

Millers Botschaft bei der Tagung der amerikanischen Netzhautspezialisten im Queen Elizabeth Hotel in Montreal betraf eine Augenerkrankung, bei der von Heilung oder auch nur Besserung bislang keine Rede sein konnte: die altersabhängige Makuladegeneration (AMD). Nach überaus erfolgreichen klinischen Tests mit einem neuartigen Medikament, verkündete Miller, könne das zur Erblindung führende Netzhautleiden jetzt in vielen Fällen gestoppt, die Sehfähigkeit der von Blindheit Bedrohten sogar gebessert werden.

Hilflos müssen die Augenärzte seit Jahrzehnten mitansehen, wie die Erkrankung ihren Patienten die Sehkraft raubt. Die Fachgesellschaften rechnen mit 30 Millionen AMD-Patienten in den Industrienationen. Auch in Deutschland hat das Leiden epidemische Dimensionen erreicht. »Jeder zweite Patient in meiner Sprechstunde leidet unter AMD«, sagt Karl Ulrich Bartz-Schmidt, Ärztlicher Direktor an der Universitäts-Augenklinik in Tübingen. Insgesamt dürften 4,5 Millionen Bundesbürger betroffen sein. Weil der Verlust der Sehschärfe in der Regel erst jenseits des sechzigsten Lebensjahres eintritt – obwohl der Krankheitsprozess weit früher beginnt –, wird die Häufigkeit der Erkrankung in den alternden Industriegesellschaften drastisch zunehmen.

Das Leiden verschont zwar die peripheren Bereiche der Netzhaut, zerstört aber just deren zentrales Areal mit der Stelle des schärfsten Sehens (der Makula). Am Ende des Krankheitsverlaufs steht der totale Ausfall des Sehsinns in der Mitte des Gesichtsfelds. Die Kranken erkennen Gesichter nicht mehr, sie können nicht mehr lesen, Auto fahren oder fernsehen.

Die Ursachen des Massenleidens waren bis dato weithin rätselhaft. Raucher sind besonders gefährdet, generell steigt das Risiko mit dem Alter: Jenseits der 65 leidet jeder vierte Deutsche an AMD in unterschiedlichen Stadien. Fünf Prozent der über 75-Jährigen sieht »mit dem Zweiten auch nicht besser« *(Münchner Medizinische Wochenschrift)* – bei ihnen ist die Erkrankung bis zur gesetzlich anerkannten Blindheit fortgeschritten. Mit der photodynamischen Therapie (PDT, einer laserverstärkten fotochemischen Behandlung), Kortisonpräparaten oder chirurgischen Maßnahmen können Augenärzte den Verfall der Sehkraft lediglich verzögern und Komplikationen behandeln – und auch das nur bei einigen Patienten.

Mit dieser Hilflosigkeit werde nun Schluss sein, verkündete die Netzhautexpertin Miller bei dem Kongress in Montreal. Nach jahrzehntelangen Forschungsanstrengungen meldet die Augenheilkunde echte Fortschritte in der Therapie solcher bislang unheilbarer Netzhautkrankheiten. »Erstmals können wir vielen Patienten sagen: Sie haben eine Chance, wieder besser zu sehen«, sagt der Münsteraner Augenarzt Daniel Pauleikoff.

Unter Joan Millers Leitung hatten Fachkollegen in 97 US-Kliniken das Medikament Lucentis des kalifornischen Pharmaunternehmens Genentech an 716 Patienten mit einer besonders bösartigen Form der Krankheit (feuchte AMD) getestet – und erzielten, angesichts der bislang trostlosen Therapieaussichten, verheißungsvolle Resultate. Nach einjähriger Behandlung habe Lucentis den schleichenden Sehverlust bei 95 Prozent der Patienten gestoppt, erklärte Miller. Und mehr noch: Sogar eine erhebliche Verbesserung der Sehfähigkeit konnten die Prüfärzte bei einem knappen Viertel der Behandelten registrieren (bei höherer Dosierung sogar bei einem Drittel) – das galt bislang als völlig utopisch. »Da ist vernünftige Grundlagenforschung gemacht worden«, lobt der AMD-Spezialist Frank Holz. Lucentis, sagt der Direktor der Bonner Universitäts-Augenklinik, sei »ein wesentlicher Durchbruch«.

Erkenntnisgewinne melden auch die mit der Ursachenforschung befassten Genetiker. Soeben berichten amerikanische Forscher in *Nature Genetics,* ihnen sei es gelungen, die genetische Veranlagung für die Makulaerkrankung im Erbgut aufzuspüren (siehe Seite 40). Nach ihren Befunden wird das Erkrankungsrisiko wesentlich von Genvarianten auf den Chromosomen 1 und 6 bestimmt.

Trotz dieser Ergebnisse ist bis heute unklar, warum die Makuladegeneration in zwei Formen auftritt, der »trockenen« und der »feuchten«. Beide starten mit einer Funktionsstörung des retinalen Pigment-Epithels, einer Zellschicht, die unter den eigentlichen Sehzellen liegt und für deren Versorgung zuständig ist. Bei 80 Prozent der Patienten folgt darauf die trockene Form der AMD. Durch entzündliche Prozesse, Sauerstoffmangel und beschleunigt durch giftige Stoffwechselprodukte bilden sich so genannte Drusen in der Netzhaut, winzige Eiweißablagerungen. Die toxischen Prozesse lassen die Sehzellen in der Makula absterben. Der Verlauf erstreckt sich über viele Jahre und führt nicht immer zur Erblindung. Allerdings verfügen Augenärzte kaum über Behandlungsmöglichkeiten.

Auch auf das Genentech-Präparat können sie nicht hoffen. Lucentis, ein biotechnisch geschnei-

Fortsetzung *auf Seite 40*



Abb.[M]: Reisbäuerin aus Sri Lanka, 2004 von Manfred W. Jürgens/www.m-w-juergens.de

Streit um Standards

Was müssen Schüler können?

Bald wird, das sei hier prophezeit, die Kultusministerkonferenz (KMK) vor einer Zerreißprobe stehen.

Ein kaum beachtetes Detail der jüngst veröffentlichten Schulstudie Desi (siehe Seite 75) nämlich birgt erhebliche politische Sprengkraft: Nur zwei Drittel *aller* deutschen Neuntklässler, so ist dort zu lesen, versteht so gut Englisch, wie es die so genannten Bildungsstandards *für Hauptschüler* verlangen. Von den Hauptschülern selbst überwindet lediglich jeder dritte diese Leistungshürde.

Ob das so katastrophal ist, wie es sich anhört, ist schwer zu sagen; für die Einordnung fehlt unter anderem der internationale Vergleich. Das Resultat zeigt jedoch, dass die von den Kultusministern beschlossenen nationalen Bildungsstandards, zumindest auf einigen Gebieten, meilenweit von der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der Schüler entfernt sind.

Das aber trifft die nach der Pisa-Studie von den Kultusministern parteiübergreifend eingeleitete neue Schulpolitik mitten ins Herz. Ihr Credo: Den Lehrern wird nicht mehr exakt vorgeschrieben, was sie zu unterrichten haben. Dafür müssen sich die Schulen aber daran messen lassen, was ihre Schüler am Ende der Schulzeit können. Als Maßstab dafür sollen die für alle Fächer und Schularten formulierten Bildungsstandards dienen.

Gleichzeitig sollen die neuen Standards den Lehrern helfen, den Unterricht besser zu gestalten – auf dass Deutschland bei kommenden Pisa-Studien besser abschneide. Viele Kultusminister sehen in ihnen bereits die neue Wunderwaffe der deutschen Bildungspolitik.

Wenn nun aber die Bildungsstandards die Latte zu hoch legen, dann werden die Schulen – und die Bildungspolitik gleich mit – in eine Dauerkrise geraten. Warum? Demnächst soll regelmäßig veröffentlicht werden, wie erfolgreich die deutschen Schüler die nationalen Standards erreichen. Das Ergebnis wird auch noch nach Bundesländern aufgeschlüsselt. Die Desi-Ergebnisse zeichnen noch gnädig ein länderübergreifendes Bild. Es gehört nicht viel Fantasie dazu, sich vorzustellen, wie katastrophal etwa die Schüler des kleinsten Stadtstaates abgeschnitten hätten, wären die Ergebnisse nach Bundesländern aufgeschlüsselt worden.

Würde es die Öffentlichkeit, würde es die Politik, würden es die Schüler, Eltern und Lehrer aushalten, wenn Jahr für Jahr veröffentlicht würde, dass zum Beispiel nur die Hälfte der Schüler erreicht, was die Schule aus ihnen herausholen soll? Und von den Bremer Schülern gar nur jeder fünfte?

Und umgekehrt: Würden die Bildungsstandards nach unten korrigiert, könnten sich Schüler aus Pisa-Spitzenländern wie Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen unterfordert fühlen. Ein bayerischer Kultusminister würde das kaum mitmachen.

Der Streit ist unausweichlich. Gut so; denn nun muss öffentlich darüber verhandelt werden, was Schüler können müssen – und wie man gelassen mit Leistungsunterschieden umgeht. **THOMAS KERSTAN**

Lichtblick im Alter

Fortsetzung *von Seite 39*

derter Antikörper, wirkt nur bei jenen 20 Prozent der Patienten, die an der so genannten feuchten AMD erkrankt sind (siehe Grafik Seite 40). Doch auch das sind fast eine Million Menschen allein in Deutschland. Bei ihnen wachsen schadhafte Blutgefäße unter der zentralen Netzhaut ein, die Blutungen und Flüssigkeitsansammlungen verursachen. Bislang konnten die Mediziner nur versuchen, das Wachstum der Gefäße mit der Laserbehandlung PDT zu bremsen. Auch das gerade zugelassene Medikament Macugen kann das gefährliche Gefäßwachstum nur verzögern.

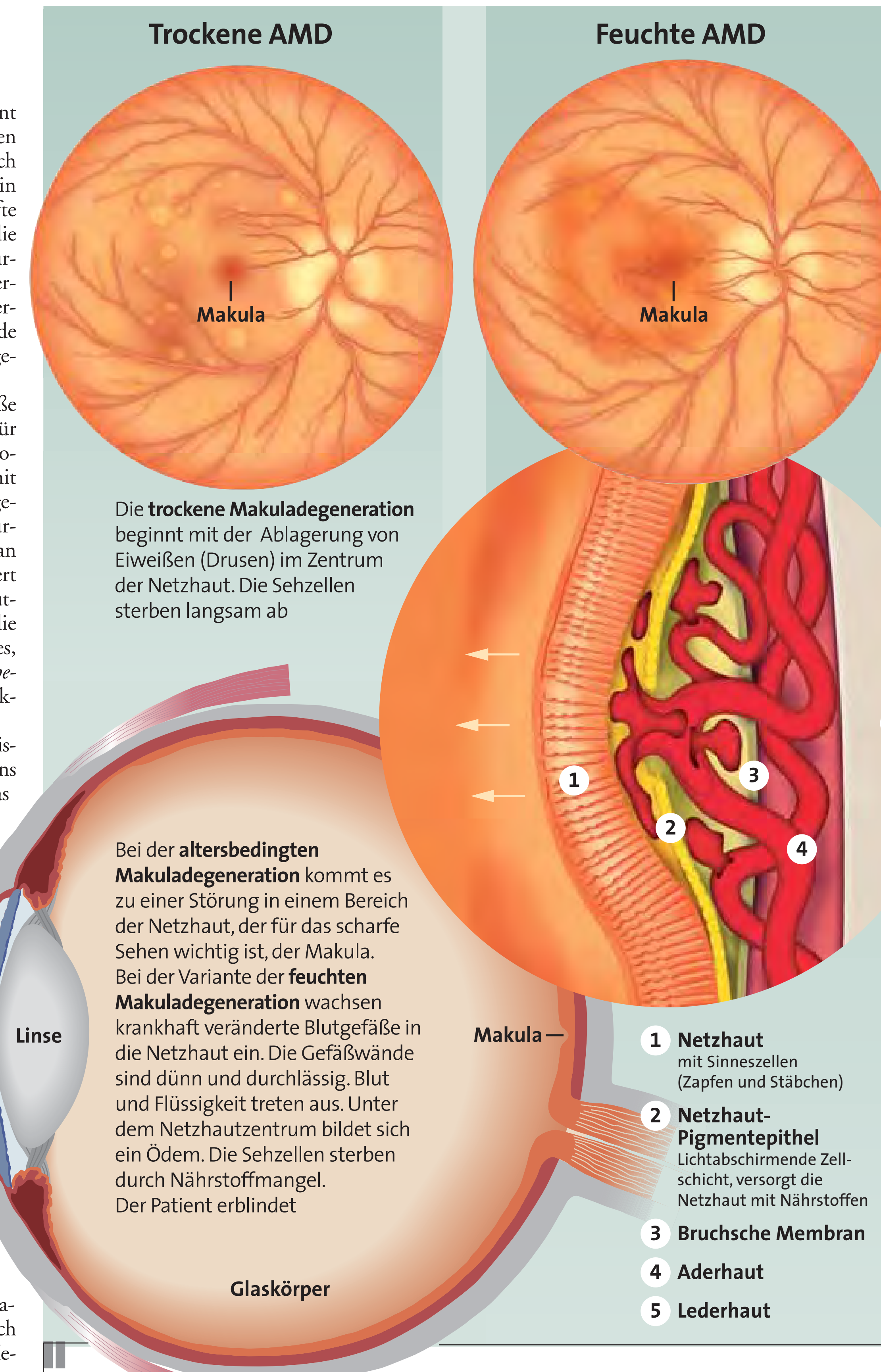
Mit Lucentis scheint die Bildung neuer Gefäße dagegen wirksam gestoppt werden zu können. Für die Genentech-Forscher ist der so genannte Angiogenese-Hemmer bereits der zweite Triumph mit einem neuen Therapiekonzept: Die Antiangiogenese, die Blockade der Gefäßbildung, war ursprünglich von Harvard-Forscher Judah Folkman als Verfahren zur Krebsbekämpfung propagiert worden. Denn auch Tumore benötigen eine Blutversorgung und sondern daher Botenstoffe ab, die das Wachstum von Gefäßen auslösen. Gelänge es, diese Signalmoleküle, die VEGF *(Vascular Endothelial Growth Factors),* zu blockieren, folgerte Folkman, würde der Tumor regelrecht verhungern.

Seit 1989 sind Napoleone Ferrara und sein Wissenschaftlerteam bei Genentech dabei, Folkmans Erkenntnis in Medikamente umzusetzen. Ferraras erster Streich war Avastin, ein biotechnisch maßgeschneiderter Antikörper. Das Molekül heftet sich an VEGF-Botenstoffe und blockiert sie. Avastin versagte in Tests bei Brustkrebspatientinnen, erwies sich aber bei Enddarmkrebs als überraschend wirksam. Seit 2004 ist Avastin für die Darmkrebstherapie zugelassen.

Aus demselben Entwicklungsprojekt bei Genentech stammt auch Lucentis. Der Wirkstoff ist gleichsam der kleine Bruder von Avastin, ein biotechnisch geschrumpftes Antikörpermolekül. Es wird unter Betäubung in den Augapfel gespritzt und blockt, ebenso wie Avastin im Tumor, die schädlichen Gefäßwucherungen in der Netzhaut. Einmal abgestorbene Sehzellen kann jedoch auch Lucentis nicht wiederbeleben. Die Augenärzte dringen deshalb auf verbesserte Früherkennung. Hoffnung machen sie vor allem all jenen, deren Netzhaut noch nicht so stark geschädigt ist – ihnen könne das Medikament das Augenlicht retten.

Trotz aller Euphorie über die plötzlichen Behandlungserfolge sehen Augenärzte und Gesundheitsexperten der Markteinführung von Lucentis mit gemischten Gefühlen entgegen. Das Medikament könnte für die Finanzierung des Gesundheitssystems zu einem echten Problem werden. »Lucentis ist hochwirksam«, sagt der Essener Augenmediziner Norbert Bornfeld, »und die Kassen bekommen es natürlich in die Erstattungspflicht, da gibt es kein Vertun.« Dann wird es teuer. Wenn jeder geeignete AMD-Patient mit Lucentis behandelt werden soll – »und«, so Klinikchef Bornfeld, »es wird schwer sein, dagegen zu argumentieren« –, droht den Kassen der Kollaps. Nach bisherigen Schätzungen wird die Lucentis-Therapie Milliarden verschlingen, mehr jedenfalls, als der bisherige Kassenetat für die Augenheilkunde insgesamt ausweist. Das, prophezeit Bornfeld, »wird die Kassen ruinieren«. Denn mit einer Spritze ist es nicht getan, das Mittel muss zwei Jahre lang alle vier Wochen neu ins Auge injiziert werden. An der Tübinger Klinik rechnet man mit einem fünfstelligen Betrag pro Jahr für jeden Patienten.

Zudem werden noch Monate vergehen, bis das Mittel verfügbar ist. Genentech erwartet die Zulassung durch die amerikanische Arzneimittelbehörde FDA im Sommer. In der vergangenen Woche hat Genentechs Partner Novartis auch die Zulassung bei der europäischen Kontrollagentur Emea in London beantragt. Sie dürfte Lucentis 2007 für Europa freigeben.



Nicht nur der vorhersehbare Finanzkollaps, auch die Zeitverzögerung lässt die Augenärzte derweil nach einem Ausweg aus der Misere suchen. Die therapeutische Notlösung für das Lucentis-Problem liefert dessen Hersteller selbst: Genentechs Avastin. Dieses erste Antiangiogenese-Präparat der US-Company ist bisher nur für die Krebstherapie zugelassen, doch es blockiert ebenso wie Lucentis die Gefäßwucherungen in die Retina – und es ist weit billiger. Es war der amerikanische Arzt Philip Rosenfeld, der im vergangenen Jahr als Erster den Versuch unternahm, seinen AMD-Patienten Avastin ins Auge zu spritzen.

Seither wird Avastin bei den Ophthalmologen als Mittel der Wahl herumgereicht. Ende Februar, beim Weltkongress der Augenärzte in São Paulo, berichteten allein die dort versammelten Mediziner über 5000 Behandlungen AMD-Kranker mit dem Darmkrebsmedikament. Solche so genannten *off label*-Therapien mit einem für die Erkrankung eigentlich nicht zugelassenen Medikament können von den Krankenkassen bezahlt werden, wenn kein anderes wirksames Mittel zur Verfügung steht und ein Behandlungserfolg zu erwarten ist. Auch an den deutschen Unikliniken hat die *off label*-Behandlung Fuß gefasst. Im Mai wird die Deutsche Retinologische Gesellschaft verbindliche Therapierichtlinien für Avastin vorlegen. »Wir wissen – und erklären den Patienten –, dass dies experimentell ist«, sagt der Augenmediziner Bornfeld. Dennoch halten er und seine Kollegen das Vorgehen für gerechtfertigt. Zwar ist noch unklar, ob Avastin ebenso effektiv ist wie Lucentis, aber es wirkt. »Wir erzielen bei vielen Patienten Verbesserungen der Sehfähigkeit«, versichert Bornfeld, »das hat es vorher nie gegeben.« Als Vorteil werten die Augenärzte auch, dass Avastin in größeren Abständen in das Augeninnere gespritzt wird als Lucentis – was die Gefahr von Zwischenfällen verringert. »Jede intraokulare Injektion birgt das Risiko einer Infektion«, sagt Augenarzt Daniel Pauleikoff. Zudem ist die Behandlung deutlich billiger, ergaben Berechnungen in der Tübinger Uniklinik: Avastin würde die Kassen mit nicht einmal einem Zehntel der für Lucentis zu veranschlagenden Kosten belasten.

Beim Lucentis-Hersteller Genentech und seinem europäischen Partner Novartis ist man von der Konkurrenz durch das Produkt aus dem eigenen Haus wenig begeistert. Die angepeilten Jahresumsätze mit Lucentis könnten schrumpfen. Mehr noch fürchten die Firmen Zwischenfälle bei der Behandlung mit Avastin. Sollten gravierende Nebenwirkungen auftreten, würde womöglich auch Lucentis in Verruf geraten. »Wir sind besorgt«, erklärt Genentech-Sprecherin Dawn Kalmar. »Das Auge ist eine sensible Struktur. Avastin wurde dafür nicht gemacht. Patienten und Ärzte gehen ein Risiko ein.«

Das wissen die Augenärzte. »Man muss Avastin vorsichtig handhaben«, sagt Bornfeld. Zur Sicherheit haben Philip Rosenfeld und seine Kollegen in den USA eine internationale Datenbank eingerichtet, dort werden Behandlungszahlen und Nebenwirkungen vermerkt. Nach Tausenden Anwendungen, berichtet die Gruppe, könne das Medikament als sicher gelten. »Das entspricht den Erfahrungen in Deutschland«, sagt Bartz-Schmidt.

Dennoch ist es offen, ob sich die kostengünstige Therapie mit Avastin im Gesundheitssystem auf lange Sicht durchsetzen lässt. Mit Macht versuchen die Fachleute in den Augenkliniken daher, Behandlungsergebnisse zusammenzutragen, um bei Kassen und Gremien die Gleichwertigkeit von Avastin und Lucentis zu belegen. Wollen die Mediziner Avastin auf Dauer zur Therapie einsetzen, sagt Pauleikoff, »dann sind wir verpflichtet, den Beweis zu erbringen, dass es wirklich genauso gut ist«. Dass es billig sei, reiche als Argument auf keinen Fall aus, meint der Münsteraner Augenarzt: »Patienten, die unter dieser fürchterlichen Krankheit leiden, muss die bestmögliche Therapie angeboten werden.«

Weitere Informationen im Internet:
www.zeit.de/2006/11/altersblindheit

GENFORSCHUNG

Schwachstellen im Erbgut

»Noch vor wenigen Jahren wussten wir praktisch nichts über die Ursachen von Makuladegeneration«, sagt Rando Allikmets, »jetzt wissen wir eine ganze Menge.« Der Forscher von der New Yorker Columbia University hat mit seinen Kollegen das Erbgut von vielen hundert **AMD-Patienten** durchleuchtet und es mit den Genen gesunder Menschen verglichen. Jetzt, so berichten die Forscher im Fachblatt *Nature Genetics,* haben sie zwei eng verwandte und direkt benachbarte Gene auf dem Chromosom 6 entdeckt, die eine Veranlagung für das Netzhautleiden verursachen.

Die beiden Gene, BF und C2, sind für die Produktion von Eiweißfaktoren zuständig, die Entzündungsreaktionen bei Infektionen aktivieren. Allerdings kommt das Genduo in drei Varianten vor, zwei von ihnen wirken nach den Befunden der Genetiker schützend, eines birgt **eine Anfälligkeit** für AMD. Offenbar hält es Entzündungsreaktionen besonders lange in Gang.

Schon im vergangenen Jahr hatten vier Wissenschaftlerteams zwei Varianten eines Gens auf dem Chromosom 1 aufgespürt, das die Bauanleitung für den so genannten Komplementfaktor H (CHF) enthält. Ebenso wie BF und C2 ist Faktor H ein Regulator des bei Entzündungen wichtigen Komplementsystems. Anders als C2 und BF schaltet CHF die Entzündung aber ab. Allerdings tut nur der von der einen Genvariante produzierte Faktor seinen Dienst gut. Diese Variante schützt ihre Träger tatsächlich vor AMD, die andere ist ein Risikofaktor.

Die drei Gene und ihre molekularen Varianten könnten 74 Prozent des Erkrankungsrisikos erklären, sagt Allikmets, »mehr als bei jeder anderen komplexen Krankheit bekannt ist«. Die Befunde stützen die Vermutung, dass letztlich schwelende Entzündungsprozesse im Auge zum Absterben der Sehzellen führen. Allerdings ist das nicht die ganze Geschichte: Damit die Krankheit wirklich ausbricht, müssen noch andere Einflüsse hinzukommen. Die US-Forscher fahnden nun nach Infektionserregern, die den Anstoß für die Krankheit AMD geben könnten. **ULRICH BAHNSEN**

Vergessene Krankheit

Schon vor Jahren entwickelten Forscher einen Impfstoff gegen das jetzt wütende Chikungunya-Virus

Ein Urlaubsparadies im Indischen Ozean wird derzeit vom Chikungunya- (CHIK) Virus heimgesucht: Von Mauritius bis Madagaskar infizieren sich Einheimische zu Tausenden mit dem Erreger, allein auf der französischen Insel Réunion traf es seit Januar 154 000 Menschen. 77 Patienten sind am CHIK-Fieber gestorben, es sind die ersten Opfer des Virus überhaupt. Inzwischen haben 30 Urlauber den Erreger sogar nach Europa eingeschleppt. Ein Impfstoff, der die Epidemie eindämmen könnte, existiert nicht – obwohl es ihn längst hätte geben können.

Bereits Mitte der achtziger Jahre hatte das Medical Research Institute of Infectious Diseases der U. S. Army an einer CHIK-Vakzine gearbeitet, die – offenbar aus Geldmangel – in der klinischen Prüfung nicht über eine so genannte Phase-II-Studie hinauskam. Dabei waren die Daten aus dem Jahr 2000 vielversprechend: Von 58 Patienten, die mit dem abgeschwächten Virus geimpft worden waren, entwickelten 57 innerhalb eines Monats Antikörper gegen den Erreger. Dennoch wurde auf eine für die Zulassung notwendige, sehr teure Phase-III-Studie verzichtet. »Andere Krankheiten wie Malaria, Diarrhö und Denguefieber hatten damals Priorität«, sagt Colonel David Vaughn, Direktor des Militärinstituts. Der neue Chikungunya-Ausbruch, so hofft er, könnte die Diskussion um den Impfstoff wiederbeleben.

Das französische Gesundheitsministerium hat sich bereits nach der Vakzine erkundigt. »Sie entspricht jedoch nicht den heutigen Standards«, sagt Martin Guespereau, Berater des französischen Gesundheitsministers Xavier Bertrand. Sie müsse neu hergestellt und ihre Wirkung in neuen Studien überprüft werden – vielleicht werde man auch einen neuen Impfstoff entwickeln müssen. Eine Impf-Task-Force habe das französische Gesundheitsministerium bereits abgestellt, allerdings sei frühestens in drei Jahren mit einer Vakzine zu rechnen.

Chikungunya gehört zu den hämorrhagischen Fiebern, verläuft aber – im Gegensatz zu Dengue oder Ebola – meist wie eine leichte Grippe mit Gelenkschmerzen. Übertragen wird das CHIK-Virus durch die tropische Tigermücke, möglicherweise auch durch Culex- und Anophelesmücken. Einige dieser Arten kommen vereinzelt in Südeuropa vor. Dass Chikungunya sich dort ausbreiten könnte, ist dennoch unwahrscheinlich: Die Mücke müsste einen hochgradig infizierten Menschen bei einer Außentemperatur von mindestens 25 Grad stechen. Nur unter solchen Bedingungen könnten sich die Viren im Insekt vermehren und beim Stich auf einen anderen Menschen übertragen werden.

Versuche des französischen Gesundheitsministeriums, die Mücken auf Réunion zu bekämpfen und so das Virus in Schach zu halten – zurzeit wird jedes Haus auf der Insel einmal pro Woche mit Insektiziden behandelt –, schlugen bislang fehl. Allein in der letzten Februarwoche registrierten die Ärzte 44 000 Neuinfektionen. Réunion wartet nun auf den Winter. Ab April gehen die Temperaturen und damit auch die Mücken und Infektionen zurück. Bald schon könnten fast alle Einheimischen vom CHIK-Virus befallen und – zumindest für einige Zeit – immun sein. Ein Impfstoff käme für sie zu spät, wäre aber umso wichtiger für Touristen: Wenn alle Menschen und Mücken in der Gegend das CHIK-Virus in sich trügen, könnte für sie jeder Stich eine Infektion bedeuten. **MARIEKE DEGEN**





Nur zwölf Zigaretten pro Tag verteilt der »Rauchminister« nach dem Aufstehen. Sie müssen die vielen Joints ersetzen, die die Jugendlichen bisher geraucht haben. **JUGENDPSYCHIATER** Christoph Möller (Bild unten) setzt auf den Gruppendruck, den die Tabakrationierung auslöst. Im Teen Spirit Island müssen Jugendliche zunächst lernen, sich selbst wieder ernst zu nehmen. Das Cannabis hat ihr Interesse an sich und der Welt vernebelt

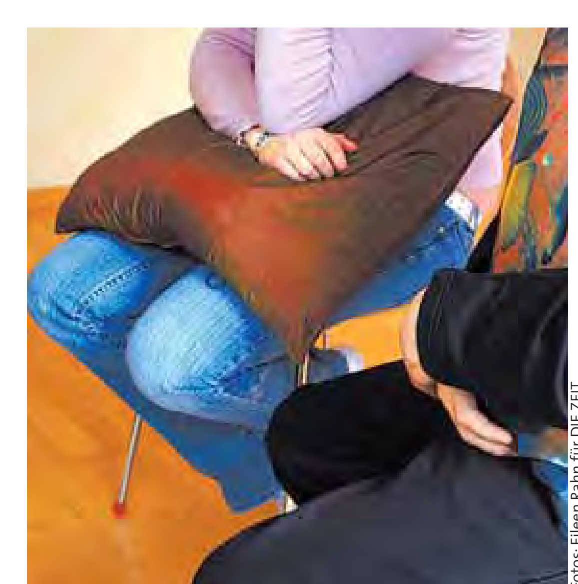




Regeln für Kiffer

Das Teen Spirit Island in Hannover hilft cannabisabhängigen Jugendlichen aus ihrer Sucht heraus **VON ACHIM WÜSTHOF**



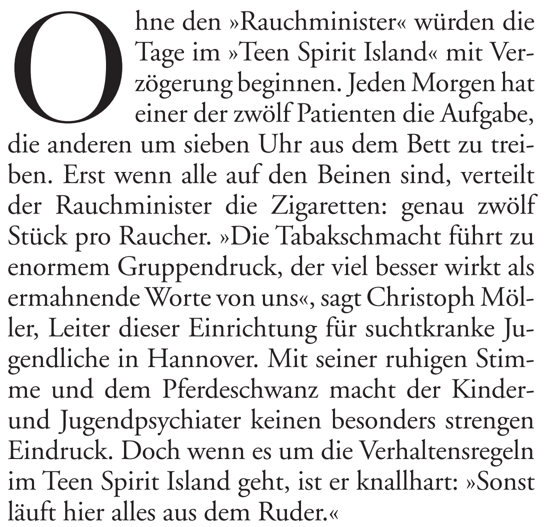


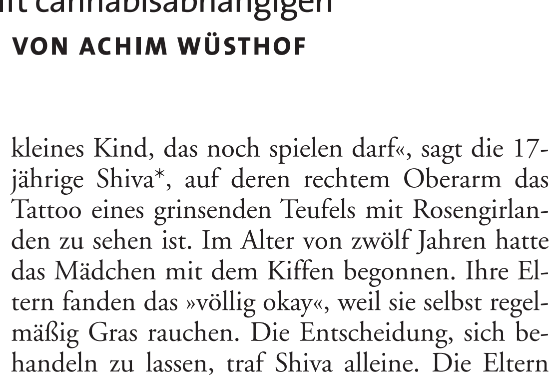
Fotos: Eileen Rahn für DIE ZEIT

Ohne den »Rauchminister« würden die Tage im »Teen Spirit Island« mit Verzögerung beginnen. Jeden Morgen hat einer der zwölf Patienten die Aufgabe, die anderen um sieben Uhr aus dem Bett zu treiben. Erst wenn alle auf den Beinen sind, verteilt der Rauchminister die Zigaretten: genau zwölf Stück pro Raucher. »Die Tabakschmacht führt zu enormem Gruppendruck, der viel besser wirkt als ermahnende Worte von uns«, sagt Christoph Möller, Leiter dieser Einrichtung für suchtkranke Jugendliche in Hannover. Mit seiner ruhigen Stimme und dem Pferdeschwanz macht der Kinder- und Jugendpsychiater keinen besonders strengen Eindruck. Doch wenn es um die Verhaltensregeln im Teen Spirit Island geht, ist er knallhart: »Sonst läuft hier alles aus dem Ruder.«

Viele drogenabhängige Jugendliche haben damit zu kämpfen, dass ihr Leben weitgehend strukturlos abläuft. Das gilt besonders für chronische Kiffer – und auf die hat sich das Teen Spirit Island spezialisiert. »Die Risiken des Konsums von Cannabis-Produkten werden in unserer Gesellschaft verharmlost«, sagt Möller. Manche Eltern würden sich romantisch verklärt an ihre eigenen Erfahrungen mit Marihuana erinnern und dann augenzwinkernd ihre Kinder gewähren lassen. Doch das Suchtpotenzial dieser Droge ist deutlich gestiegen. Durch neue Hanf-Züchtungen besteht heute eine drei- bis fünffach höhere Konzentration des Wirkstoffs THC als zu früheren Hippie-Zeiten. Die Droge macht deshalb viel schneller abhängig und schadet der psychischen Entwicklung Jugendlicher. Studien warnen, dass eine Sucht – in die bis zu sieben Prozent der Konsumenten geraten – gravierende Auswirkungen auf das Gefühlsleben, die Lernfähigkeit und das soziale Verhalten hat.

Mehr als 20 Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen haben, glaubt man einer Erhebung der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen, innerhalb der vergangenen zwölf Monate gekifft. Der Cannabiskonsum bei Jugendlichen hat sich in den vergangenen zehn Jahren etwa verdoppelt. Für die meisten ist Cannabis nur ein vorübergehendes Abenteuer. Doch einige versinken im so genannten Amotivationalen Syndrom: Die Droge wird zum Mittelpunkt ihres Handelns, das Interesse an Schule, Freunden und selbst der eigenen Körperpflege geht verloren.





Auf solche Fälle konzentriert sich Christoph Möller mit seinem Therapieangebot. Das Hannoveraner Modell, das 1999 auf Anregung der Kinder- und Jugendpsychiatrie im Kinderkrankenhaus auf der Bult und durch viele private Spenden entstand, ist bundesweit einzigartig: Es verzahnt den Erstkontakt in der Drogenberatungsstelle mit dem stationären Aufenthalt im Teen Spirit Island und der Nachsorge, inklusive Unterbringung in einer Jugendwohngruppe. Den Namen Teen Spirit Island erfanden übrigens Jugendliche – sie ließen sich dabei von einem Nirwana-Song inspirieren.

Idealerweise begleitet ein und derselbe Therapeut seine Patienten vom Erstkontakt bis zur Nachsorge, weil so eine stärkere Bindung entsteht – und die ist für den Behandlungserfolg entscheidend. Konkrete Zahlen darüber kann Christoph Möller zwar noch nicht vorlegen, da eine wissenschaftliche Untersuchung erst in einigen Monaten abgeschlossen sein wird. Vorergebnisse zeigen allerdings, dass sich rund die Hälfte der Patienten von ihrer Drogenabhängigkeit befreien kann.

Der Erfolg steigt, wenn die Patienten wirklich mitmachen wollen. Was aber, wenn sie von vornherein abblocken? Drogensüchtige Jugendliche merken in der Regel gar nicht mehr, wie sehr sie bereits die Kontrolle über ihren Alltag verloren haben. Eine Behandlung ist aus ihrer Sicht völlig unnötig. »Erst nachdem die Patienten clean sind, können sie ihre Situation anders einschätzen«, sagt Christoph Möller. Deshalb sei in manchen Fällen eine Zwangseinweisung auf eine geschlossene Station zur Entgiftung sinnvoll, damit die Therapie überhaupt eine Chance bekommt.

Auch der 17-jährige Slawa* begann seine Behandlung zunächst gegen seinen Willen. Seine Eltern wollten ihn nicht mehr zu Hause haben, weil er nur noch kiffte und klaute; von der Schule war er wegen Dealens und Aggressivität suspendiert worden. Er kam ins Erziehungsheim, wo der Jugendliche überall aneckte. Schließlich brachten ihn seine Betreuer ins Teen Spirit Island. »Ich hatte null Motivation«, sagt heute der große, schlanke Junge mit den kurzen blonden Haaren, »doch dann habe ich gemerkt, dass die anderen mir hier in vielem ähnlich sind, und da spürte ich ein kleines Zuhause.«

Jeder neue Patient wird hier ausgiebig psychiatrisch und körperlich untersucht. Bei seiner Ankunft ist Slawa geschockt, dass er sich nackt ausziehen muss, unter die Dusche gestellt wird, während ein Sozialarbeiter seine Klamotten filzt und die mitgebrachten Shampoo-Flaschen und das Deo inspiziert. Dann beginnt die Aufnahmephase: Sein Körper muss lernen, ohne Dope auszukommen, und er selbst, sich an Regeln zu gewöhnen, das Bad zu putzen oder in der Küche zu helfen. In dieser ersten Zeit gibt es einen Monat lang keinen Ausgang und die Zimmer werden oft nach Drogen durchsucht. Wer sie nimmt, fliegt sofort raus. Slawa muss aus diesem Grund in der dritten Woche gehen. Wenige Tage später entscheidet er sich zurückzukommen. Er hat den Willen entdeckt, sein Leben in den Griff zu bekommen.

Das Teen Spirit Island sieht er jetzt als Chance. In dem blauen Bungalow – von den Patienten selbst bemalt – fühlt sich Slawa irgendwie geborgen. Das Team aus zwei Sozialarbeitern, drei Psychotherapeuten, einem Lehrer, einer Haushaltsfachkraft und einem Kunsttherapeuten hilft dem Jungen, sich wieder mehr zuzutrauen und sein Verhalten kritisch zu betrachten: »Auf einmal wurde mir klar, was für einen Scheiß ich in den letzten Jahren gemacht habe.«

Als Slawa in die eigentliche Behandlungsphase wechselt, bekommt er ein neues Zimmer und ein Praktikum in einem CD-Laden in Aussicht gestellt. Und er lernt in der Gruppentherapie, über seine Gefühle zu sprechen. »Früher konnte ich gar nicht mehr richtig Wut, Trauer und Schmerz spüren«, sagt er. »Alles war wie betäubt.« Die Psychotherapie bei der Behandlung Drogenabhängiger sei zwar wichtig, sagt Christoph Möller, doch es gehe auch um ein Alltagstraining: »Wir müssen mit den Jugendlichen hauptsächlich den verpassten Schulstoff nachholen und mit ihnen üben, die Meinung anderer zu respektieren.« Freizeitaktivitäten sollen zeigen, dass es auch natürliche »Kicks« geben kann – zum Beispiel das Klettern an einer sieben Meter hohen Wand an Seilen, wobei die Jugendlichen auch einander vertrauen müssen.

Trotz aller Regeln fühlen sich viele wohl hier. »Wenn ich den Holzzaun vom Teen Spirit Island hinter mir lasse, ist diese geschützte Welt zu Ende. Hier fühle ich mich wie ein kleines Kind, das noch spielen darf«, sagt die 17-jährige Shiva*, auf deren rechtem Oberarm das Tattoo eines grinsenden Teufels mit Rosengirlanden zu sehen ist. Im Alter von zwölf Jahren hatte das Mädchen mit dem Kiffen begonnen. Ihre Eltern fanden das »völlig okay«, weil sie selbst regelmäßig Gras rauchen. Die Entscheidung, sich behandeln zu lassen, traf Shiva alleine. Die Eltern waren eher erstaunt: »Du kommst doch bestimmt auch ohne Seelenklempner klar.« Kurz vor der Aufnahme rauchten sie auf dem Parkplatz mit ihrer Tochter gemeinsam noch einen Joint.

Während Shiva in der Aufnahmephase gerade ihre ersten schweren Wochen hinter sich hat, steht für Slawa nach sechs Monaten im Teen Spirit Island die Entlassung an. Er soll nun in einer Jugend-WG leben und eine Ausbildung beginnen. Trotz aller Zuversicht macht er sich auch ein wenig Sorgen: »Ich habe Angst vor allem Neuen und vor dem Verlangen nach Gras, das immer noch da ist.« Bei der kleinen Verabschiedungsfeier bekommt er ein Buch überreicht, in das die anderen Sprüche oder Ratschläge hineingeschrieben haben. Die zwei Sätze seines besten Freundes bewegen Slawa besonders: »Vergiss nicht, dass du viel wert bist, und hol dir Hilfe, wenn du sie brauchst. Du wirst es schaffen!«

*Namen von der Redaktion geändert

Audio www.zeit.de/audio

»Grundstein für die Zukunft«

In Jülich geht Europas stärkster Rechner in Betrieb. Was bedeutet der Rekord für die künftige Forschung? Ein Gespräch mit Thomas Lippert

DIE ZEIT: Am Forschungszentrum Jülich ist in dieser Woche Europas leistungsfähigster Superrechner JUBL offiziell in Betrieb gegangen. Er ist die Nummer 6 in der Weltrangliste der Supercomputer. Wieviel stärker als ein gewöhnlicher PC ist er?

Thomas Lippert: Die Rechenleistung übertrifft die eines PCs um den Faktor 15 000 bis 40 000. Das hängt von dem Problem ab, das Sie berechnen wollen.

ZEIT: Wofür braucht man überhaupt einen solchen Rechner?

Lippert: Für die so genannten Grand Challenges, für die großen Herausforderungen in Wissenschaft und Forschung. Eine ist beispielsweise die Berechnung sämtlicher biologischer Vorgänge in einer Zelle, eine andere die so genannte Laser-Plasma-Interaktion. Dazu gehört ferner auch die Behandlung von Tumoren mit beschleunigten Protonen. Hier hilft der Rechner, die entsprechenden Beschleuniger zu entwickeln. Diese Geräte sollen in Zukunft nur noch so groß wie ein Kühlschrank sein, damit man sie auch an Kliniken installieren kann und die Patienten nicht mehr zu den großen Beschleunigerzentren fahren müssen. Man will mit solchen Beschleunigern künftig auch die Kernfusion zünden. Auch hierzu laufen die Simulationen auf diesem Rechner. Für solche Herausforderungen benötigt man eine Rechnerleistung, die weit über jene von Standardrechnern hinausgeht. Das Computing ist zu einer Schlüsseltechnologie geworden. Ohne Supercomputer würden wir ökonomisch zurückfallen, denn solche Großprojekte lassen sich nur mit einer kompakten Rechenleistung an einem Ort bewältigen.



Foto: Forschungszentrum Jülich

THOMAS LIPPERT herrscht über den schnellsten Rechner Europas

ZEIT: Warum kann man die Leistung eines Superrechners nicht auch mittels Grid Computing erreichen, indem man viele Tausende PCs miteinander vernetzt?

Lippert: Das lässt sich nicht einfach verteilen. Denn die Botschaften könnten zwischen den Prozessoren gar nicht schnell genug ausgetauscht werden. Die schnellsten Netze, die wir in Deutschland zurzeit haben, sind um den Faktor 10 000 bis 100 000 zu langsam, um solche Anwendungen auf einem Grid verteilt laufen zu lassen. Supercomputing in einem Grid würde zudem auch teurer. So ist die Anzahl der Prozessoren in JUBL fünfmal billiger als dieselbe Anzahl von Einzelrechnern. Aber auch die Administration ist wesentlich billiger, weil nur eine Hand voll Techniker die Maschine verwalten. Bei 10 000 einzelnen Rechnern müssten Sie sich einmal die Arbeitsleistung vorstellen, die da erforderlich wäre.

ZEIT: Was sind eigentlich die Hauptprobleme, die man beim Bau eines Superrechners bewältigen muss?

Lippert: Wenn Sie wie hier bei JUBL 16 384 Prozessoren in einer Anlage verschalten, müssen zum einen die Verbindungen zwischen den Prozessoren eine hohe Datenrate haben. Und zum zweiten muss die so genannte Latenzzeit, also die Zeit, die Daten auf dem Weg von einem zum anderen Prozessor benötigen, sehr klein sein. Um mit der Geschwindigkeit der Prozessoren in Einklang zu stehen, darf diese Latenzzeit nicht größer als eine Mikrosekunde sein. Im Hinblick auf die Bedienung ist diese Maschine allerdings ein Formel-1-Rennwagen und keine Limousine. Der User muss sich schon anstrengen, um die großen Leistungen herauszuholen. Da sind Gehirnschmalz und Mathematik gefragt. Sie haben hier keinen komfortablen Rechner, sondern einen anspruchsvollen Zahlenfresser.

ZEIT: Welche Rolle spielt die neue Maschine für die europäische Forschung?

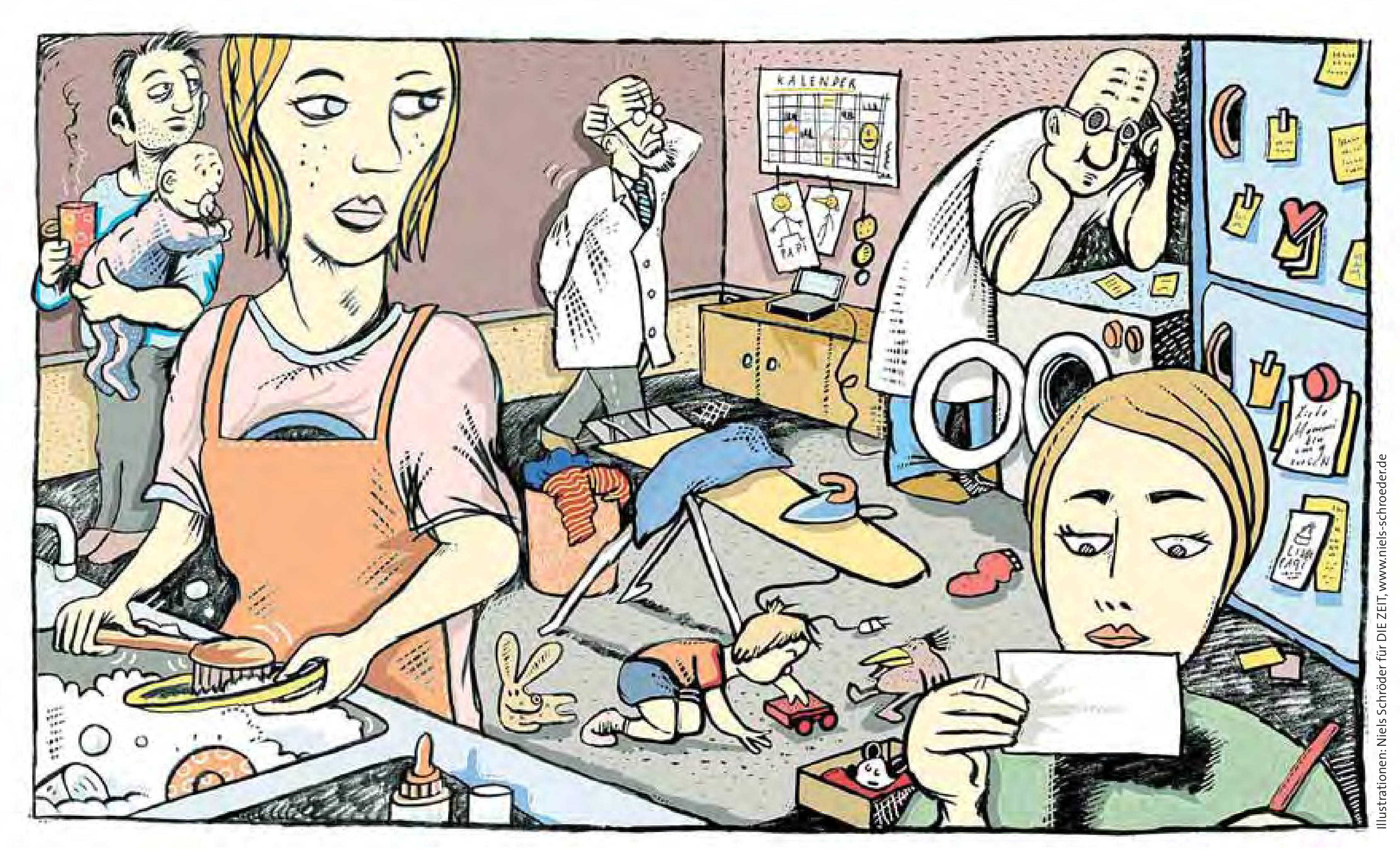
Lippert: Europa will spätestens 2009 Peta-Computing erreichen, das heißt eine Billiarde Operationen pro Sekunde. Das kann man mit konventioneller Technik nicht ohne Aufwand und enorme Zusatzkosten realisieren. Wenn wir das in Europa schaffen wollen, müssen wir der neuen Blue-Gene-Technologie folgen, die in JUBL verwendet wird. Mit ihr wird ein Grundstein für die Zukunft gelegt.

ZEIT: Warum konnten die USA und Japan bis jetzt die Supercomputer-Liga ziemlich unangefochten anführen?

Lippert: Das liegt ganz stark daran, dass wir keine Supercomputing-Industrie haben, die direkt die großen Maschinen baut, sondern nur Zulieferer. Wir haben aber in Deutschland sehr interessante Firmen, die Cluster-Software erstellen. Das Know-how ist durchaus da, aber bisher haben wir nicht die Traute gehabt, Supercomputer zu bauen.

Thomas Lippert, 45, ist Physiker und geschäftsführender Direktor des John von Neumann-Instituts für Computing am Forschungszentrum Jülich

DIE FRAGEN STELLTE **NIELS BOEING**



Illustrationen: Niels Schröder für DIE ZEIT, www.niels-schroeder.de

Die Küche wird zum **TESTLABOR** der Computerindustrie – die Familie bleibt skeptisch

Das Geheimnis der Kühlschranktür

Microsoft erforscht die familiäre Kommunikation – und staunt, wie komplex sie ist

VON DIRK ASENDORPF

Sie arbeitet in der Kommunikationsbranche, ist obendrein auch noch Organisatorin, Innenarchitektin, Mediatorin und Erste-Hilfe-Ärztin. Kurz, sie »führt ein sehr erfolgreiches kleines Familienunternehmen«. Früher hätte man sie Hausfrau genannt, heute hat sie den »wichtigsten Beruf der Welt: Familienmanagerin«. Der pfiffige Werbespot eines Herstellers von Küchenmaschinen, Staubsaugern und Bügeleisen könnte bald in ähnlicher Form auch von der Computerindustrie kommen. Denn seit sie die Büros dieser Welt weitgehend mit Hard- und Software versorgt hat, sucht sie neue Kunden und nimmt dabei auch die Familien ins Visier.

Viel Erfolg hatte sie damit bisher nicht. Trotz aller Versprechen mäht kein Roboter unseren Rasen, kein Kühlschrank bestellt uns Butter, Milch oder Wurst nach, Fernseher, Hi-Fi-Anlage und Computer sind immer noch nicht vernetzt, und auch die Heizung springt nicht vorsorglich an, weil wir den Rückweg aus dem Urlaub bald geschafft haben. Zwar sind diese Komfortspender längst erfunden und zur Produktreife entwickelt, doch kaum jemand will sie haben. Einigermaßen ratlos betrachten die High-Tech-Schmieden von Siemens bis IBM ihren Misserfolg. Jetzt will Microsoft systematisch ergründen, warum das so ist.

»Familien- und Büroleben unterscheiden sich grundlegend.« Mit dieser Arbeitshypothese ist eine Forschergruppe von Microsoft Research im englischen Cambridge ans Werk gegangen. Nach dem Vorbild ethnologischer Feldforschung sind die Informatiker, Soziologen und Psychologen ausgeschwärmt, um herauszufinden, wie Mütter ihre Familien managen. Entdeckt haben sie dabei bunte Zettel, voll gekritzelte Kalender, Papierstapel, Tabus und mythische Orte. Einer der wichtigsten ist die Kühlschranktür.

Unter Magneten kleben dort allerhand Infos: Elternabend, Geburtstagseinladung, Stundenplan, Judoturnier, Einkaufszettel. Was auf den ersten Blick als großes Durcheinander erscheint, erwies sich in der Auswertung einer Videobeobachtung als gut strukturiertes »öffentliches Display«. Wer die Aufmerksamkeit der anderen Familienmitglieder auf eine Notiz lenken wollte, rückte sie ins Zentrum der Kühlschranktür. Plumpste einer der Magneten wegen zu hoher Zettellast herunter, nutzte die Mutter das Signal, überholte Nachrichten aus- und die verbliebenen neu zu sortieren.

Am Stichtag beginnt der Magnet an der Kühlschranktür zu blinken

Das können wir besser, dachten sich die Microsoft-Forscher und begannen mit der Entwicklung elektronisch aufgerüsteter Magneten. Die beginnen hell zu leuchten, wenn sie bewegt werden und signalisieren damit eine aktuelle Nachricht. Mit der Zeit verblassen sie wieder. Oder die Magneten werden per Knopfdruck auf einen Termin eingestellt und leuchten immer heller, je näher er rückt. Am Stichtag beginnen sie zu blinken, danach erlöschen sie. Alte oder abgelaufene Nachrichten hängen somit stets unter dunklen Magneten und können weggeworfen werden.

»Im nächsten Schritt haben wir versucht, die Magnete mit einem Display auszustatten und drahtlos mit den elektronischen Kalendern der Familienmitglieder zu verknüpfen«, sagt Ken Wood, Leiter der Familien-Arbeitsgruppe in Cambridge. Und im Flur wurde das übliche Pinnbrett durch einen Flachbildschirm ersetzt. Wer der Familie etwas mitzuteilen hat, kann seine Nachricht mit einem Spezialstift direkt auf diese »HomeNote« genannte Anzeigetafel schreiben. Wer gerade unterwegs ist, kann auch eine SMS an HomeNote schicken. Dort erscheint sie dann in Druckbuchstaben neben einem Foto des Absenders. »Bin gut angekommen«, meldet sich der Vater von der Dienstreise. »Wer holt mich um fünf vom Bahnhof ab?«, fragt die Tochter aus dem Zug. »HomeNote ermöglicht es der Familie, mit einem Ort, statt mit einer Person zu kommunizieren«, sagt Wood.

Je älter die Kinder, desto mobiler wird das Familienleben. Damit sich die Lieben trotz all der sich überschneidenden Termine und spontanen Verabredungen nicht völlig aus den Augen verlieren, haben die Microsoft-Forscher eine Idee aus den Harry-Potter-Romanen aufgegriffen. Wie im Buch zeigt ihre Weasley-Uhr nicht die Zeit an, sondern den momentanen Aufenthaltsort der Familienmitglieder. Ob jemand gerade »im Büro«, »in der Schule«, »bei Oma«, »zu Hause« oder »unterwegs« ist, wird von seinem Handy per SMS nach Hause gemeldet. Und zwar automatisch bei jedem Wechsel von einer Zelle des Funktelefonnetzes zur nächsten. Wer nicht möchte, dass die anderen wissen, wo er steckt, der stellt die Ortsweitergabe auf seinem Handy einfach ab.

Familien leben im Gleichgewicht aus Informiertheit und Ahnungslosigkeit

Und provoziert damit Misstrauen. Familienkommunikation, das mussten die Microsoft-Forscher erfahren, erfordert nämlich ein sehr sensibles Gleichgewicht von Informiertheit und Ahnungslosigkeit, von Hin- und Weghören. Eine Technik, der man sich nur rabiat entziehen kann, ist dafür ungeeignet. Noch sind die Feldstudien nicht abgeschlossen, in denen die elektronischen Helfer von Familien in und um Cambridge getestet werden, doch schon die ersten Ergebnisse machen wenig Hoffnung auf einen schnellen Siegeszug der Computertechnik durch die Privathaushalte.

»Familiäre Organisationsmittel sind oft auf eigentümliche Art und Weise persönlich und emotional geprägt«, schreibt Alex Taylor, einer der Microsoft-Forscher. Eine der beobachteten Mütter verwendete den von ihren Kindern gebastelten Kalender in immer kleinerer Schrift bis hin zur Unleserlichkeit weiter, obwohl übersichtliche Familienplaner für wenig Geld zu kaufen sind. Eine andere Mutter sammelte wichtige Telefonnummern zusammen mit ihren liebsten Kochrezepten in einem Heft, das sie nach der Geburt ihres ersten Kindes als Tagebuch benutzt hatte. »Effizienz und Optimierung können in der häuslichen Umgebung eine ganz andere Bedeutung haben als im Büro«, schreibt Taylor.

Und Papier, auch das mussten die Microsoft-Forscher etwas frustriert erkennen, ist ihren elektronischen Erfindungen oft weit überlegen. Nichts ist so flexibel in den verschiedensten Zusammenhängen für Sicherung und Weitergabe familiärer Daten einsetzbar wie kleine gelbe Klebezettel. Und was darauf nicht steht, das hat die gute Familienmanagerin einfach im Kopf.



Nr. 11 | DIE ZEIT | S. 43 | SCHWARZ | cyan | magenta | yellow

Es bloggen die Blogger im rauschenden Netz

Weltweit existieren rund 200 Millionen Weblogs. Diktatoren fürchten sich vor dieser neuen Meinungsmacht, andere verspotten sie als »Klo-Wand im Internet«. Ein kurzer Blick auf eine wilde Szene

VON GERO VON RANDOW

Bücher bestehen aus bedruckten Seiten, allesamt an einer Kante zusammengeleimt oder gebunden und stabilisiert mit festem Material wie zum Beispiel Karton. Sie werden von so genannten Autoren verfasst; die Leser haben die Möglichkeit, darin zu blättern, zu lesen, Sätze zu unterstreichen sowie am Seitenrand Notizen zu verfassen. Man kann Bücher verleihen oder weiterverkaufen, mit ihnen wacklige Tische stabilisieren oder offene Fenster am Zuschlagen hindern. Manche Titel erfahren aktualisierte Neuauflagen. Einige werden rezensiert. Im Literaturteil der *ZEIT* erfahren Sie regelmäßig mehr darüber.

Weblogs (auch Blogs genannt) sind eine jedermann zugängliche Form von Lesestoff, im Internet zu publizieren. Die zugrunde liegende Software ist so einfach zu bedienen wie ein E-Mail-Programm. Das Ergebnis sieht im Prinzip aus wie eine Internet-Seite, auf der jeweils der jüngste Beitrag ganz oben erscheint. Fast immer erlauben die Autoren, Blogger genannt, ihren Lesern, sich kommentierend am Inhalt des Weblogs zu beteiligen. Außerdem hat es sich eingebürgert, dass Blogger aufeinander Bezug nehmen; sie machen dies durch Links und wechselseitige Benachrichtigungen kenntlich. Unter www.zeit.de/blogs erfahren Sie regelmäßig mehr.

Allein in China gibt es 30 Millionen Blogs, in Deutschland 300 000

Mit diesen Absätzen ist schon etwas über Bücher und Blogs gesagt, und doch sind die beiden Phänomene damit keineswegs erfasst, denn sie sind sozialer und nicht rein technischer Natur. Bücher beispielsweise haben Geschichte gemacht, die Bibel etwa oder die französische Enzyklopädie. Und Blogs – sind die überhaupt von Bedeutung?

Nach gut begründeten Schätzungen der Website *Blog Herald* existieren weltweit etwa 200 Millionen Blogs; allein in China mehr als 30 Millionen, 20 in Südkorea, 10 in Japan und in Indien 1,2 Millionen. Neben Großbritanniens 4 und Spaniens 1,6 Millionen sowie den 600 000 Blogs in den Niederlanden nimmt sich die deutsche Zahl von 300 000 bisher eher bescheiden aus.

Die geschätzten Zahlen steigen indes Jahr für Jahr. Freilich umfassen sie alles Mögliche, sogar gewissermaßen aufgelassene Blogs, die wie ungepflegte Weinberge fortexistieren und nur noch selten einen Besucher sehen (für solche Fälle hat *ZEIT online* einen Blog-Friedhof eingerichtet, mehr dazu lesen Sie unter www.zeit.de/blogs/friedhof). Teilt man die Zahlenangaben etwas willkürlich, aber in der Schätzung recht konservativ durch vier, um die Menge der häufiger als wöchentlich aktualisierten Blogs zu ermitteln, blieben immerhin 50 Millionen weltweit übrig, in Deutschland 75 000.

Ihre Reichweite ist extrem ungleich verteilt; nur eine Minderheit erreicht Zehntausende oder Hunderttausende oder gar Millionen Besucher pro Monat. Die große Masse der Blogs lockt vielleicht hundert Besucher oder weniger an. Diese Reichweitenverteilung korreliert mit dem Maß, in dem die Blogs untereinander verlinkt sind. Es ist inzwischen eine Evolution von eng geknüpften Netzen wechselseitiger Bezugnahme zu beobachten, die hohe Aufmerksamkeit auf sich ziehen – eine Form der Selbstorganisation.

Das politische Potenzial, das in dieser Selbstorganisation steckt, haben Aktivisten vielerlei Richtungen und bei unterschiedlichsten Bedingungen erkannt. Nicht nur in den Vereinigten Staaten oder in Frankreich bilden untereinander verlinkte Weblogs bereits kritische Massen einer eigenen politischen Öffentlichkeit, sondern auch und gerade in Ländern ohne Meinungsfreiheit, wie etwa in China. Oder in Iran, wo mehrere hunderttausend Weblogs verfasst werden; einige Blogger sitzen dort im Gefängnis, denn die wachsende Gegenöffentlichkeit im Netz untergräbt die Autorität der islamistischen Regierung.



Unterdessen fragen sich etablierte Medienunternehmen, was dieses Phänomen für sie bedeutet. Auf Tagungen und Kongressen zu diesem Thema (und selbstverständlich in Weblogs) lässt sich so ziemlich jede These finden – sei es, dass Blogs den Journalismus obsolet machten oder dass sie im Gegenteil nur ein Randphänomen seien.

In der Praxis achten heute Journalisten sehr wohl auf Blogs. Erstens enthalten sie oft aktuelle Information, die anders schwer zu beschaffen ist; so war es nach dem verheerenden Tsunami Ende 2004 oder am Tag der Londoner Attentate im Juli 2005. Zweitens sind sie eine Form, mit der sich journalistisch experimentieren lässt. Auf *ZEIT online* beispielsweise bloggen Profi- und Hobbyjournalisten, Köche, Musiker und andere Menschen ganz Unterschiedliches.

Ihren Weblogs gemeinsam ist der unredigierte, absichtlich nicht redaktionell, sondern nur von der Person des Bloggers legitimierte Schreibmodus sowie die Beteiligung der Leser. Das ist nicht jedermanns Sache und muss es auch nicht sein; die Mehrheit der Internet-User nimmt am Blog-Leben ohnehin nicht teil. Doch diejenigen, die sich beteiligen, tun dies mit hoher Aufmerksamkeit für besondere Themen – das macht sie möglicherweise für Werbetreibende interessant, die Menschen mit besonderen Interessen ansprechen wollen.

Blogs stehen jedoch in dem Verdacht, sie würden in ihrer Mehrzahl nur das Geräusch verstärken, nicht aber wertvolle Inhalte bieten. Für diese These spricht die Verteilung der Reichweite in der Blog-Welt. Diese Verteilung zeigt allerdings auch, dass der Inhalt einiger Weblogs von der Mehrzahl der BlogLeser sehr wohl geschätzt wird, und dieser Auslesevorgang weist entsprechend auf Qualität hin. Journalistische Websites können im Übrigen bei dieser Auswahl helfen.

Die Kritik am Niveau der Weblogs (kürzlich sprach ein Werbemensch von den »Klowänden des Internet«) war in anderer Form übrigens schon einmal zu hören, und zwar im Jahr 1680, als Gottfried Wilhelm Leibniz die große Zahl der Bücher beklagte, aus der nur folgen könne, dass sie überwiegend minderwertiger Qualität seien. Seither hat sich der Output der Buchverlage rasant vervielfacht, doch niemand käme mehr auf die Idee, darin eine Gefahr für den Geist zu sehen.

Ein munteres Bewertungswesen fördert Auslese und Qualität

Die Leser lernten, nicht zuletzt vermittels der Märkte sowie spezialisierter Dienstleistungen wie Rezensionen, geeignete von für sie ungeeigneten Büchern zu unterscheiden. Ähnliches ist heute in der Blog-Welt zu beobachten, in der sich das Bewertungswesen munter entwickelt, man betrachte beispielsweise www.technorati.com.

Aus alledem könnte also noch etwas werden. Freilich nicht notwendigerweise etwas Grundstürzendes. Auch dem Kabelfernsehen gingen einmal mächtige Verheißungen voraus. Die Rede war vom Bürgerfernsehen, und siehe da: Das gibt es mittlerweile. Aber wie sieht es aus! Woraus sich ergibt, dass nicht alle neuen Potenziale auch Wirklichkeit werden. Sie müssen schon in die Welt passen. Gewiss, Weblogs sind heute viel weiter, als es das Bürgerfernsehen jemals war. Aber wohin geht die Reise? Das weiß niemand. Das Gelände ist unkartiert. Entdeckungen sind möglich.

Illustration: Niels Schröder für DIE ZEIT, www.niels-schroeder.de

Weitere Informationen im Internet:
www.zeit.de/2006/11/blogs

Konkurrent der Festplatte

Schnelle Flash-Speicher erobern jetzt auch die Computer und machen den Datentransport manchmal sogar kriminell einfach **VON DIRK ASENDORPF**

Anschalten und sofort loslegen – mit diesem Versprechen wirbt Microsoft für sein neues Betriebssystem Vista, das von Mitte des Jahres an das alte Windows XP ersetzen wird. Das lästige Hochfahren des Computers soll entfallen. Die wichtigsten Teile des Betriebssystems wie Gerätetreiber, Voreinstellungen et cetera müssen nicht mehr von der Festplatte in den Arbeitsspeicher geladen werden. Sie sind im so genannten Flash-Speicher sofort verfügbar. Die daumennagelkleinen Chips mit ihrem fast festplattengroßen Speicherplatz stecken längst in Digitalkameras und MP3-Playern, nun erobern sie auch die Computer.

Zwar ist der Platz in einem Flash-Speicher noch hundertmal so teuer wie auf einer Festplatte. Doch ein Gigabyte ist für den Computerschnellstart mehr als ausreichend und kostet nur noch 50 Euro. Mit dem neuen Microsoft-Betriebssystem kommen Hybridfestplatten auf den Markt. Sie verbinden die Vorteile billiger Festplatten mit denen der Flash-Speicher. Die Festplatte muss nur noch anspringen, wenn der Flash-Speicher voll ist oder ältere Daten benötigt werden, die nicht dort lagern. Das spart auch Strom, die Akkuladung eines Laptops soll 10 bis 15 Prozent länger halten.

Chang-Gyu Hwang ist Chef der Chip-Abteilung des koreanischen Konzerns Samsung, der über die Hälfte aller Flash-Speicher produziert. Er denkt längst weiter. »Bald werden wir genug Kapazität erreichen, um Festplatten überflüssig zu machen«, sagte er im vergangenen September und sorgte für große Aufregung in der Fachwelt. Die erlebt gerade eine Erfolgsstory, die sich höchstens mit den goldenen Jahren des PC- und Internet-Booms vergleichen lässt. Allein im vergangenen Jahr ist der Umsatz mit Flash-Speichern um fast zwei Drittel gewachsen, hat die 10-Milliarden-Dollar-Grenze überstiegen und liegt damit nur noch knapp hinter dem Volumen des Weltmarkts für Rechnerchips, dem Kern jedes Computers. Fast genauso schnell purzeln die Preise. Vor drei Jahren kosteten Flash-Speicher noch 20 Cent pro Megabyte, heute sind es nur noch fünf.

Den PC müssen sie erst noch erobern, in vielen anderen Geräten sind Flash-Speicher schon selbstverständlich. USB-Sticks, Handys, Handheld-Computer, digitale Foto- und Videokameras, Diktiergeräte, MP3-Player – alle speichern die Daten auf den Mini-Chips. Festplatten, Filmstreifen oder Laufwerke – was sich früher im Rechner bewegte, das entfällt, und die Gehäuse kommen ohne Klappen aus. Flash-Geräte sparen Energie, sind klein, fast unverwüstlich – und Kult. Mit Preisen zwischen 20 und 250 Euro sind sie für die Trendsetter-Generation erschwinglich. Teenies tragen ihren MP3-Player wie Schmuck um den Hals. Auf Messen und Pressekonferenzen werden Infos oft nicht mehr auf CD, sondern in Flash-Speichern verteilt.

Während die Telekommunikationsunternehmen noch immer auf eine bahnbrechende »Killerapplikation« für ihre milliardenteuren UMTS-Netze warten, gibt es sie für die unscheinbaren Speicherchips gleich mehrfach. Infrarot-Schnittstellen, Bluetooth und andere Drahtlos-Netzwerke konnten den Massenmarkt für schnellen Datenaustausch nie erobern. USB-Sticks haben es im Handstreich geschafft.

Ohne komplizierte Konfigurationen und umständliches Einloggen mit Nutzernamen und Passwort ermöglichen sie die freie Zirkulation der Dateien. Schon schleppen Teilzeitkräfte, Handelsvertreter oder Wissenschaftler keine Laptops mehr hin und her, sondern spielen ihre Tabellen, PowerPoint-Präsentationen oder Texte einfach auf einen USB-Stick und holen sie an jedem beliebigen Computer wieder auf den Schirm.

Das ist so einfach, dass es schon wieder gefährlich wird. Denn der Dateiaustausch per USB-Stick umgeht die Firewall, die Universitäten oder Firmen gegen Angriffe aus dem Internet errichtet haben. Schnell kann ein so eingeschleppter Virus ein ganzes Netzwerk infizieren. Und Industriespione können geheime Unterlagen an einer unbeobachteten USB-Schnittstelle rasch kopieren.

Weniger spektakulär, dafür weit alltäglicher ist das Verlieren eines Speicherstifts. Zunächst stört das kaum, die Daten sind ja meist noch auf der Festplatte eines Computers. Allerdings hat auch der Finder des USB-Sticks freien Zugang zu allem Gespeicherten. Jedenfalls dann, wenn die Daten nicht verschlüsselt und mit einem Passwort geschützt wurden. Entsprechende Programme gibt es zwar, aber die Bedienung ist etwas kompliziert, deshalb nutzt sie kaum jemand. Einfacher ist die Zugangskontrolle per Fingerabdruck-Prüfung, die mehrere Hersteller für rund 30 Euro Aufpreis anbieten. Nur wenn der USB-Stick von seinem Besitzer eingestöpselt wurde, gibt er seine Daten frei.

Erfunden wurden die Flash-Speicher schon vor 20 Jahren in Japan. Damals waren sie allerdings noch viel zu teuer und zu langsam für den Massenmarkt. Das hat sich erst in jüngster Zeit geändert. Während eine Festplatte fast unbegrenzt wiederbeschreibbar ist, halten Flash-Speicher »nur« bis zu eine Million Speicherzyklen aus. Das ist für Normalnutzer mehr als ausreichend. Auch die Lese- und Schreibgeschwindigkeit ist noch deutlich niedriger als bei einer Festplatte. Doch im Alltag fällt das kaum noch auf. Und die Fähigkeiten der Flash-Speicher verbessern sich rasant. Noch in diesem Jahr sollen die ersten 4-, 8- und 16-Gigabyte-Chips auf den Markt kommen. Dann kann der Musikliebhaber seine Plattensammlung, der Fotograf sein Lebenswerk und der PC-Besitzer all seine Daten auf einem Gerät im Feuerzeugformat mit sich herumtragen.

Mit bildgebenden Verfahren erforscht er das Traumgeschehen. Der südafrikanische Hirnforscher

MARK SOLMS

sucht die Verbindung von Psychoanalyse und Neurobiologie

VON CLAUDIA RUBY



Foto[M]: Per-Anders Pettersson/Agentur Focus

Fänger der Träume

Wer von Kapstadt aus in Richtung Nordosten fährt, passiert nach einer knappen Autostunde ein Schild mit der Aufschrift »Solms-Delta«. In dieser parkähnlichen Landschaft, die im Hintergrund von bizarr geformten Bergen begrenzt wird, ist der Hirnforscher Mark Solms zuhause. Fünfzehn Jahre hat der Südafrikaner in London gearbeitet und geforscht. Jetzt ist er in seine Heimat zurückgekehrt, zu seinen Wurzeln. Und zum Wein.

»Meine Vorfahren im 15. Jahrhundert waren Weinbauern. Sie lebten im rheinhessischen Nackenheim«, sagt der Forscher. Heute betreibt er selbst ein Weingut. Nur ein paar Meter vom alten Herrenhaus entfernt, das im Schatten von Kampferbäumen liegt, wachsen die ersten Reben. Und wenn der Hirnforscher über Wein spricht, mag man kaum glauben, dass er sich jemals mit etwas anderem beschäftigt hat. »Sie müssen meinen Lekkerwijn probieren«, sagt er, »der einzige Rosé, der vier Sterne im Weinführer Platter bekommen hat.«

Man könnte Mark Solms einen Traditionalisten nennen. Nicht nur im Weinbau, auch in der Wissenschaft knüpft er an Vergangenes an. Denn der »Enkel Freuds«, wie ihn manche nennen, versucht das fortzuführen, woran Sigmund Freud einst scheiterte: die psychoanalytische Deutungskunst mit der empirischen Neurobiologie zu verbinden. Jahrzehntelang waren sich diese Disziplinen spinnefeind. »Dabei geht es ihnen letztlich um dasselbe«, sagt Solms. »Beide wollen verstehen, wie der Mensch funktioniert.«

Der Dreijährige ist schockiert: Wie kann sich mein Bruder so verändern?

Dieser Wunsch treibt auch Mark Solms um. Geprägt ist er von einer frühen Erfahrung. Als Dreijähriger erlebte er 1964, wie sein älterer Bruder beim Spielen vom Dach eines Bootshauses fiel. Mit einer schweren Hirnverletzung kam er ins Krankenhaus. Als der Bruder schließlich wieder nach Hause kam, war er ein anderer Mensch, mit veränderter Persönlichkeit. Der kleine Mark war schockiert. Irgendwie muss sich damals die Frage in ihm festgesetzt haben: Wie hängt das Gehirn mit unserem innersten Wesen zusammen?

Das Thema lässt ihn nicht mehr los. Der Sohn weißer, wohlhabender Eltern, der in Namibia und Südafrika aufwächst, beginnt sich für Wissenschaft zu interessieren und geht in den achtziger Jahren nach London, um Neurobiologie zu studieren. Hirnforschung ist en vogue. Auch Solms ist fasziniert von den neuen Verfahren. Die Kernspintomografie ermöglicht ungeahnte Einblicke ins Gehirn. Doch bald werden die bunten Hirnbilder dem Studenten aus Südafrika langweilig. Denn Solms sucht das Seelische, »den Menschen an sich«, in der Wissenschaft. In der Psychoanalyse findet er, wonach er gesucht hat. Er studiert Freuds Schriften und beginnt selbst eine psychoanalytische Therapie. »In dieser Zeit habe ich mich intensiv mit meinen Träumen beschäftigt«, erzählt er. »Ganz persönlich habe ich die Erfahrung gemacht, wie viel man über sich selbst lernen kann, wenn man seine Träume ernst nimmt.«

Die Erfahrungen, die der junge Mark Solms auf der Couch des Analytikers macht, findet er in den Werken Sigmund Freuds wieder. Doch Freud gilt längst als passé in der Wissenschaft: Als neurologisches Synonym für Träume gilt der so genannte REM-Schlaf, benannt nach den wilden Augenbewegungen (Rapid Eye Movements), die mit diesem nächtlichen Erregungszustand verbunden sind. Wer aus ihm geweckt wird, berichtet fast immer von intensiven Träumen. Statt die nächtlichen Bilder im Kopf als »Königsweg zum Unbewussten« zu begreifen, sehen Hirnforscher sie als rein physiologisches Phänomen, eine Art Nervengewitter im Gehirn, ohne Sinn und tiefere Bedeutung.

Vor allem die Befunde des Harvard-Forschers Allan Hobson haben die Zunft überzeugt. Er konnte im Tierversuch zeigen, dass der REM-Schlaf von bestimmten Neurotransmittern alle 90 Minuten an- und wieder ausgeschaltet wird, wie von einem Lichtschalter. Und der Ursprung dieses Mechanismus liegt im Stammhirn, das nichts mit höheren geistigen oder emotionalen Funktionen zu tun hat. Für Sigmund Freud und seine Traumdeutung ist in Hobsons Modell kein Platz mehr.

»Auch ich habe die Theorie von Hobson nicht infrage gestellt«, sagt Solms mit schuldbewusstem Blick. Doch dann läuft ihm ein Patient über den Weg, ein 34-Jähriger, der wegen eines Hirntumors keinen REM-Schlaf mehr hat. Und dennoch erzählt er von Träumen! »Ich war schockiert«, sagt Solms, der Befund passte absolut nicht zu der gängigen Theorie. Von nun an fragt Mark Solms jeden Patienten auf der neurologischen Station nach seinen Träumen. In kurzer Zeit begegnen ihm 26 ähnliche Fälle. Er ist elektrisiert, schreibt Kollegen in aller Welt an und durchforstet die Fachliteratur. Schließlich findet er auch gegenteilige Beispiele: Patienten, die zwar einen ganz normalen REM-Schlaf haben – aber aufgrund einer Hirnverletzung nicht mehr träumen. Damit steht für ihn fest: »Die Theorie von Hobson ist falsch.«

Wünsche formen unsere Träume. Hatte Freud also doch Recht?

Die traumlosen Patienten zeichnet eine Gemeinsamkeit aus: Ihre Verletzung betrifft jenen Teil des Frontalhirns, den Neurologen als Belohnungszentrum bezeichnen. Es wird immer dann aktiv, wenn wir etwas wollen – essen zum Beispiel, trinken, rauchen oder Sex. An der Entstehung der Träume ist also nicht allein das Stammhirn beteiligt, sondern auch eine hoch entwickelte Hirnregion, die durchaus etwas mit unserer Persönlichkeit zu tun hat. Die Parallelen zur Traumtheorie von Sigmund Freud sind für Solms offensichtlich. Lag der Vater der Psychoanalyse gar nicht so falsch? Haben Wünsche und Träume tatsächlich etwas miteinander zu tun?

»Ich habe nicht bewiesen, dass Freud Recht hatte«, betont Solms. »Ich habe bewiesen, dass Hobsons Argumente falsch waren.« Denn natürlich weiß auch Solms um die Skepsis seiner Kollegen. »Die Psychoanalyse ist für viele Hirnforscher etwas Ähnliches wie Kaffeesatzlesen.« Dennoch versucht er den Spagat zwischen den Disziplinen. So strebt er eine Synthese aus Neurologie und Psychoanalyse an und hat dafür die Zeitschrift *Neuro-Psychoanalysis* mitgegründet, in deren Beirat Hirnforscher wie Antonio Damasio oder Wolf Singer sitzen.

Persönlich ist Solms – dessen Frau Karen Kaplan-Solms selbst Psychoanalytikerin ist – vom Wert der Freudschen Analyse zwar überzeugt. In der Wissenschaft jedoch gilt nur das, was sich zweifelsfrei belegen lässt. Und da hat die Freudsche Theorie, das weiß auch Solms, nicht viel zu bieten. In der Traumforschung stünden wir heute wieder da, wo wir vor 40 Jahren, vor Hobsons Theorie, waren, glaubt der Hirnforscher. Das soll sich nun ändern. Solms will den Träumen mit modernen Untersuchungsmethoden auf die Schliche kommen.

In Kapstadt geht dies allerdings nicht. Zwar hat das Groote-Schuur-Hospital, an dem der Neurologe heute arbeitet, einen großen Namen. 1967 führte Christiaan Barnard hier die erste Herztransplantation durch. Doch mit der Ausstattung moderner Forschungszentren kann die Klinik, die in einer ärmlichen Gegend liegt, nicht mithalten. Einen Kernspintomografen etwa sucht man hier vergeblich. Auch deshalb ist Solms fast unentwegt auf Achse. Eine Woche im Monat verbringt er in London, auch in New York hat er einen Lehrauftrag. Und seine Traumforschung will er gemeinsam mit dem Sigmund-Freud-Institut in Frankfurt durchführen.

Der Versuch, mithilfe des Kernspintomografen die Traumbilder zu entschlüsseln, ist allerdings alles andere als einfach. In der lauten Röhre können die Versuchspersonen nur schlecht einschlafen. Vor jedem Versuch müssen die Probanden deshalb zwei Nächte wach bleiben. Einige Male hat es bereits geklappt. Auf dem Computermonitor konnten die Wissenschaftler beobachten, wie ein träumendes Gehirn aussieht. Als Nächstes wollen die Forscher die einzelnen Schlafphasen identifizieren und versuchen, Albträume von normalen Träumen zu unterscheiden. Dabei weiß auch Solms: »Die entscheidende Frage ist noch immer nicht beantwortet: Warum träumen wir überhaupt?«

Nebenbei arbeitet der Forscher noch an einer Neuübersetzung von Freuds Schriften ins Englische. Ende des Jahres soll das Mammutwerk erscheinen – damit die Arbeit seines »wissenschaftlichen Großvaters« nicht in Vergessenheit gerät. Und noch etwas will er dem Vergessen entreißen: Auf seinem Weingut hat er eine Ausstellung zur Sklavengeschichte der Region aufbauen lassen. »Wer als Weißer im Apartheidsystem aufgewachsen ist, schuldet diesem Land etwas«, sagt Solms. Deshalb hat er auch die Hälfte seines Landes in eine Stiftung umgewandelt und den Angestellten seiner Farm überschrieben. Zu 50 Prozent sind sie am Gewinn von Solms-Delta beteiligt. Damit hat er sich einen langen Traum erfüllt. Nur das Unbewusste kommt bei so viel Realität zu kurz. »Leider achte ich heute wieder genauso wenig auf meine Träume wie jeder andere Mensch auch.«

Weitere Informationen im Internet: **www.zeit.de/freud**

Der Mensch …

Mark Solms kommt 1961 während der Apartheid in einem Dorf in Namibia zur Welt. Der Sohn deutschstämmiger Eltern hat von Anfang an das Gefühl, etwas Besonderes zu sein. Er lässt sich in London zum Neurowissenschaftler und Psychoanalytiker ausbilden, doch seine Wurzeln vergisst er nicht. Nun lebt er in Südafrika und hat auf seinem Weingut ein Museum zur Sklavengeschichte eingerichtet



Foto: ©Freud Museum, London, UK/The Bridgeman Art Library

… und seine Idee

Was Sigmund Freud vergeblich suchte, will Mark Solms finden: den wissenschaftlichen Beleg für Freuds Theorien. Auf der berühmten Couch des Psychoanalytikers (siehe das Bild oben) waren Träume – und ihre Deutung – noch der »Königsweg zum Unbewussten«. Die Hirnforscher degradierten sie zu bedeutungslosen Zuckungen der Nerven. Solms rehabilitiert die Träume. Er zeigt, dass an ihnen auch höhere Hirnzentren beteiligt sind

STIMMT'S?

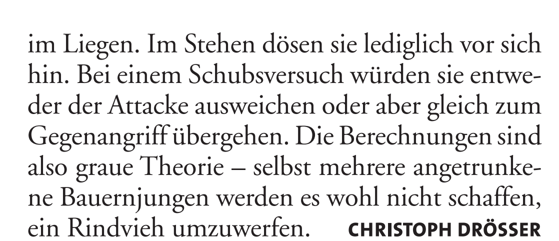
Standhaftes Rind

Seit meiner Kindheit hält sich das Gerücht, man könne nachts auf Kuhwiesen gehen und die (im Stehen) schlafenden Kühe umwerfen. Schlafen Kühe gelegentlich im Stehen, und ist es dann möglich, sie umzuwerfen? **STEFAN HERBERGS, AACHEN**

Beim »Küheschubsen« handelt es sich um einen weltweit verbreiteten Mythos. Es ist eine Geschichte, wie sie die Leute aus ländlichen Gegenden gern den Städtern erzählen: Die angetrunkene Landjugend begibt sich des Nachts auf die Weiden und schmeißt Kühe um. Aber diesen Brauch gibt es nicht, und die anekdotischen Berichte sind sehr unglaubwürdig.

Tun wir zunächst einmal so, als würde die Kuh völlig starr wie ein Holzmodell auf der Weide stehen. Vielleicht macht sich der durchschnittliche Stadtbewohner nicht klar, was für eine Masse er da vor sich hätte: 700 Kilo Rindvieh sind kein Pappenstiel. Im Internet gibt es einige Musterberechnungen für die Dynamik des *cow tipping.* Die Ergebnisse variieren, aber die Autoren sind sich einig, dass ein einzelner Mensch keine Kuh umwerfen könnte. Die Zahl der benötigten Schubser schwankt je nach Quelle zwischen zwei und fünf.

Aber eine Kuh steht nicht starr schlafend auf der Wiese, im Gegensatz zu Pferden, die ihre Beine regelrecht versteifen können. Kühe schlafen im Liegen. Im Stehen dösen sie lediglich vor sich hin. Bei einem Schubsversuch würden sie entweder der Attacke ausweichen oder aber gleich zum Gegenangriff übergehen. Die Berechnungen sind also graue Theorie – selbst mehrere angetrunkene Bauernjungen werden es wohl nicht schaffen, ein Rindvieh umzuwerfen. **CHRISTOPH DRÖSSER**



Die Adressen für »Stimmt's«-Fragen:
DIE ZEIT, Stimmt's?, 20079 Hamburg oder stimmts@zeit.de.
Das »Stimmt's?«-Archiv: www.zeit.de/stimmts

Audio www.zeit.de/audio



Foto: Carl de Souza/AFP/gettyimages

Ungeheuer aus der Tiefsee

Stolze achteinhalb Meter misst der Riesentintenfisch, der ab sofort im **Londoner Natural History Museum** in einem Glastank ausgestellt ist – damit ist das Tier länger als ein Londoner Doppeldeckerbus. Riesenkalmare leben in 200 bis 1000 Meter Meerestiefe. Meistens bekommen Forscher nur Körperteile von ihnen zu Gesicht, die an Küsten angeschwemmt oder halb verdaut in Walmägen gefunden werden. Der Londoner Kalmar, vom Museumsteam »Archie« getauft, ging einem Fischkutter **vor den Falkland-Inseln** ins Netz. Der Riese ist körperlich intakt, aber vergleichsweise zierlich: Der bislang größte Kalmar wurde 1880 vor Neuseeland gesichtet und war achtzehneinhalb Meter lang.

Startschuss für die schnelle Mutter

Was wurde draus? Eine Idee des Erfinderstammtischs Eifel kommt jetzt in den Handel **VON BURKHARD STRASSMANN**

Ein Bierfassständer mit Antitropfvorrichtung für Partyfreunde, eine Tasse, die die Temperatur des darin schwappenden Getränks anzeigt, eine Armbanduhr für Linkshänder, eine »intelligente Leiter«, die Alarm schlägt, bevor sie kippt – am 27. Mai 2004 stellte die *ZEIT* den Erfinderstammtisch in Bad Münstereifel in der Eifel vor. Sympathische Spinner, traurige Tüftler, ambitionierte Ingenieure. Und eine ganze Reihe kurioser Erfindungen.

Über den Erfinder Arno Giehl hieß es damals: »Er spielt allem Anschein nach in einer ganz anderen Liga.« Seine Erfindung, in die er schon 200 000 Euro investiert und für die er seinen Beruf an den Nagel gehängt hatte: die »schnelle Mutter«. Ihr Vorteil: Sie muss eigentlich nicht mehr geschraubt werden. Sie ratscht über das Schraubgewinde, klinkt ein, es folgt eine viertel Umdrehung – und fest sitzt sie. Genauso geht sie runter: ein Dreh – und abziehen. Der Trick: Diese Mutter ist dreiteilig aufgebaut, aus zwei Gewindeschalen und einem umhüllenden Außenkörper.



Foto: Giehl-System GmbH

Ratschen übers **GEWINDE,** einklinken, drehen, fertig

Zielgruppe: Vielschrauber, die sich mit langen Gewinden und vermurksten Gewindeköpfen herumschlagen. Wartungsarbeiter im AKW, die binnen Minuten ihre Jahresstrahlendosis abkriegen und deshalb sehr schnell arbeiten müssen. Gerüstebauer, Flanschverschrauber, die Automobilindustrie. Damals suchte Giehl noch händeringend nach Kundschaft, nach »Door-Openern«, nach »den richtigen Leuten«.

2005 gewann Giehl auf der Fastener Fair in Stuttgart, einer Fachmesse für die Befestigungsindustrie, mit seiner Idee den Innovationspreis der Messe. Vergangene Woche präsentierte sich die Giehl-Systems GmbH auf der Eisenwarenmesse *Practical World* in Köln. Die schnelle Mutter heißt jetzt Schnellspannmutter und ist tatsächlich in Produktion gegangen. Giehl hat mit der Firma Amf in Fellbach einen Vertriebspartner gefunden. Von April an ist das Ding im Handel. Bestellungen aus den USA, aus Kanada und Australien gibt es bereits. Des Erfinders Prognose: Massenproduktion.

ERFORSCHT UND ERFUNDEN

Jogging in der Schwangerschaft fördert bei Mäusen die Hirnentwicklung der Nachkommen. Das berichten Forscher um Gerd Kempermann vom Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin in Berlin-Buch. Sie konnten zeigen, dass die Babys von Mäusen, die gern im Laufrad trainierten, 40 Prozent mehr Nervenzellen im Hippocampus bildeten als die Nachkommen träger Mäusemütter. Der Hippocampus ist unter anderem an Lern- und Gedächtnisvorgängen beteiligt. Ob allerdings die Babys der joggenden Mäuse tatsächlich klüger sind, können die Berliner Hirnforscher noch nicht sagen. Die Ergebnisse sollten auch nicht einfach als Aufforderung an schwangere Frauen verstanden werden, mehr Sport für die Hirnentwicklung ihrer Kinder zu treiben. Doch »unsere Arbeiten lassen vermuten, dass dies ein lohnendes Forschungsgebiet sein könnte«, sagt Kempermann.

Eine gigantische Explosion im sehr frühen Universum haben drei Astronomenteams aus den USA, Italien und Japan beschrieben. In der Zeitschrift *Nature (Bd. 440, S. 184)* berichten sie vom ältesten je registrierten Ausbruch von Gammastrahlen. Er ereignete sich, als das Universum erst etwa 900 Millionen Jahre jung war. Seither war die hoch energetische Strahlung 12,8 Milliarden Jahre unterwegs. Von dem Gammablitz mit der Bezeichnung GRB 050904 erhoffen sich die Forscher nun Einblick in Abläufe des frühen Universums. Solche Ausbrüche künden von einem Kollaps massiver Sterne, der zu einem Schwarzen Loch führt.

Auf besonders clevere Weise schützt sich die ecuadorianische Froschart *Allobates zaparo* davor, gefressen zu werden: Sie kopiert die Körperzeichnung nicht von der giftigsten *(Epipedobates parvulus),* sondern von der zweitgiftigsten Froschart *(Epipedobates bilingius)* der Gegend. Diese scheinbar paradoxe Strategie haben Forscher der University of Texas entdeckt. Beide Giftfrösche warnen mit rotgepunkteten Rücken, die aber leicht unterschiedlich sind. Die harmlose Spezies muss von diesem Schutz profitieren, ohne dass es zu einer inflationären Verbreitung des Warnsignals kommt, das dieses wirkungslos machen würde. Fütterungsexperimente zeigen: Fressen junge Hühner zuerst einen weniger gefährlichen *E. bilingius,* schrecken sie nur vor genau dieser Art zurück – oder vor Fröschen, die das Punktmuster perfekt kopiert haben. Hühner, die mit dem giftigeren *E. parvulus* in Kontakt kamen, mieden anschließend generell alle Frösche mit roten Punkten. Durch Nachahmung der zweitgiftigsten Art ist *A. zaparo* also doppelt geschützt *(Nature, Bd. 440, S. 208).*

Ein heftiger Ausbruch des Vesuvs hat vor knapp 4000 Jahren die Gegend des heutigen Neapel für Jahrhunderte zerstört, berichten italienische Forscher in *PNAS (Online-Ausgabe).* Sie untersuchten die Überreste einer Siedlung nordöstlich des Vulkans und fanden in der Nähe Tausende von Fuß- und Hufspuren, die in der Vulkanasche erstarrt waren – Zeichen einer groß angelegten Evakuierung. Offenbar war der Ausbruch damals noch schlimmer als jener, der Pompeji 79 nach Christus heimgesucht hat. Ein ähnliches Ereignis könnte heute Neapel in Schutt und Asche legen, warnen die Forscher.

Leseprobe

(...) »Drache! He – Drache!«, rief die Königstochter. »Komm raus! Wir wollen mit dir reden. Wir haben dir auch was mitgebracht!«
»Ach, geht weg, eure Geschenke, die kenne ich«, grollte der Drache mit einer rumpeligen, knarrenden Stimme, »wieder mal eine von den kostbaren Königstöchtern, wie? Und immer muss ich raus und um sie kämpfen. Ich will euch mal was sagen: Ich denke nicht daran, nach eurer Pfeife zu tanzen. Wenn ich eine Königstochter haben wollte, dann wäre ich schon längst gekommen und hätte mir eine geholt. Was soll ich denn mit Königstöchtern anfangen, könnt ihr mir das vielleicht verraten?«
»Ja – auffressen natürlich! Was denn sonst?« antwortete die Königstochter mit bebender Stimme. »Schnick schnack Dudelsack«, knurrte der Drache recht unhöflich, »so was Ekliges rühre ich nicht einmal im Traum an!« (...) Der Königssohn und die Königstochter schauten sich an. Was sollten sie jetzt machen? Es wäre schlecht, wenn sie nach Hause gehen und gestehen müssten, dass der Drache sich nichts aus Königstöchtern machte, denn der König war recht altmodisch und würde nicht glauben, dass sich die Drachen von heute anders aufführten als die in der guten alten Zeit. Sie konnten auch nicht in die Höhle eindringen und den Drachen erschlagen. Wenn er die Königstochter gar nicht angriff, war es ziemlich unfair, ihn überhaupt zu töten. (...)

Aus der Geschichte **Der letzte Drache**

1 ASTRID LINDGREN
Die Puppe Mirabell und andere Geschichten

2 **EDITH NESBIT**
Drachen, Katzen, Königskinder

3 JELLA LEPMAN (Hrsg.)
Die Katze mit der Brille

4 OLIVER POSTGATE/PETER FIRMIN
Die Sage von Noggin dem Nog

5 ANNIE M. G. SCHMIDT
Von Hexen, Riesen und so weiter

6 RICHARD UND FLORENCE ATWATER
Mr. Poppers Pinguine

7 AGNES SAPPER
Das erste Schuljahr

8 ELEANOR ESTES
Die Hexenfamilie

9 ADOLF HIMMEL
Frederico Oktopod und Tünne Tintenfisch

10 SID FLEISCHMAN
Firma Zaubermeister & Co.

11 WILLIS HALL
Und Dinosaurier gibt es doch ...

12 JOAN AIKEN
Wölfe ums Schloss

13 T. H. WHITE
Schloss Malplaquet oder Lilliput im Exil

14 PENELOPE LIVELY
Der Geist des Apothekers

15 PAULINE CLARKE
Die Zwölf vom Dachboden

Sprit für den Drachen

Band zwei der ZEIT Kinder-Edition: Edith Nesbit erzählt von Drachen, Katzen und Königskindern
Vorgestellt von **SYBIL GRÄFIN SCHÖNFELDT**



Illustration: Sybille Hein

Die Erzählungen und Romane, die Edith Nesbit Ende des 19. Jahrhunderts zu schreiben begonnen hat, sind die ersten fantastischen Geschichten der Kinderliteratur. Sie hat eine Gattung entworfen, aber obwohl sie einen lebhaften Briefwechsel mit ihren Freunden, den berühmten Autoren ihrer Zeit von Oscar Wilde bis H. G. Wells unterhielt, gibt es keine theoretischen Aussagen, keine Pläne oder Skizzen zu diesen Texten. Edith Nesbit schrieb rasch, spontan und unbekümmert, und wir wissen von einer interessanten Schlüsselszene: Als die Autorin schon berühmt geworden und so wohlhabend war, dass sie für ihre große Familie und die immer willkommenen Gästescharen ein großes, von einem Wassergraben umgebenes Haus, Well Hall in Kent, kaufen konnte, stieg sie manchmal mit wehenden Seidengewändern und klirrenden Armreifen in einen Nachen, ließ sich stundenlang treiben und füllte derweil mit stetiger Geschwindigkeit Seite auf Seite, ohne zu zögern und ohne etwas zu korrigieren. So entstanden ihre Romane. Sie war sich ihrer Sache sicher, und sie wusste: »Alle Kinder können zaubern. Sie verlernen es, wenn sie in die Schule kommen.«

Auf diesen Zauber baute sie, aber ihr Zauber hat nichts mehr mit Märchen, mit Mythen und Magie zu tun. Ihr Zauber ist so modern wie die Zeit, in der sie lebte, auch wenn sie Drachen und dann und wann eine Fee oder eine Königstochter als Personal für ihre Geschichten zulässt. Ihr Zauber hat mit Logik, manchmal sogar mit Mathematik zu tun, er hat Konsequenzen – und er erlosch, als Europa zu dem Krieg aufmarschierte, der dann der Erste Weltkrieg genannt wurde. 1913 schrieb Edith Nesbit ihren letzten fantastischen Roman: *Meereszauber.* Eine Geschichte gegen den mörderischen Unfug der Kriege. Kein pazifistisches Abenteuer, sondern ein Appell der Vernunft an die Einsicht. Sie lässt diese Geschichte noch einmal gut und versöhnlich enden, aber danach verstummte sie.

Mit ihren Romanen und Erzählungen hat Edith Nesbit alle Techniken ihrer Gattung durchgespielt: »Wenn Kinder Kleider aus alten Zeiten anziehen, geraten sie unter bestimmten Bedingungen in die Vergangenheit. Wenn ein Zauber beginnt, bleibt die Alltagszeit stehen, und mag der Zauber auch Jahre dauern. Wenn die Bedingungen eines Zauberspruchs nicht begriffen oder nicht wortwörtlich eingehalten werden, geht die ganze Sache schief.«

Das ist eine Spielart, die Edith Nesbit offenbar besonders gut gefallen hat und die sicher auch daraus entstanden ist, dass die eigenen Kinder eine Sache eben nicht immer bis zum logischen Ende durchgedacht haben. Da gibt es zum Beispiel Geschwister, die bildschön sein wollen – und so sinnverwirrend schön werden, dass die eigene Nanny sie nicht mehr erkennt und nicht ins Haus und an den Abendbrotstisch lässt. Hungrig müssen sie das Ende ihres Schönheitszaubers abwarten. Oder der andere Geschwisterwunsch: Das Baby, das sie bei ihren Spielen immer mitschleppen müssen, möge doch endlich erwachsen sein! Und schon haben sie einen halbwüchsigen Flegel am Halse, für den sie nun plötzlich »die Kleinen« sind.

In *Drachen, Katzen, Königskinder* spielt Edith Nesbit gern mit den klassischen Figuren der Märchen, und an ihnen kann man den Unterschied zwischen dieser historischen Form und ihrer fantastischen Welt erkennen. Sie holt den Zauber in den Alltag, lässt König und Königin so agieren, wie es wohl der Vater und die Mutter ihrer Leser tun – und wie in der Wirklichkeit können die Kinder manche Probleme besser lösen, weil sie ohne Vorurteil, dafür mit freundlicher Neugier an alles herangehen und sofort erkennen, dass ein Drache, dem das Feuer ausgegangen ist, natürlich einen tüchtigen Schluck Benzin braucht, den der Königssohn einfach aus dem Tank seines Autos zapft.

Doch so kompliziert und gefährlich alle Zauberarten auch sein können, der Satz, mit dem die Geschichte *Ein Königssohn, zwei Mäuse und mehrere Küchenmädchen* schließt, ist Edith Nesbit wichtiger als alles andere: »Nichts ist unmöglich, wenn sich zwei Menschen von ganzem Herzen lieben.«

Ein weiteres Zauberwort ist noch mächtiger als alle Logik und alle Freundschaft und alle Wahrheit. In *Zufallszauber* gerät Quentin, der voller Heimweh aus einer schrecklichen Schule weggelaufen ist, in eine andere Zeit und in Lebensgefahr, und es rettet ihn nur der Schrei, der durch die Jahrhunderte gellt: »Mutter!« Edith Nesbit hat ihren geliebten zweiten Sohn, Fabian, nach einer Mandeloperation verloren, und sie hat lange gebraucht, um über diesen Verlust hinwegzukommen. In *Zufallszauber* beschwört sie das, was ihr selbst versagt wurde: dass ein Kind durch die Liebe der Mutter gerettet werden kann.

Edith Nesbit
Drachen, Katzen, Königskinder
Band 2 der ZEIT Kinder-Edition, 153 S., Einzelpreis 8,50 €; gesamte Reihe 99,00 €
Informationen unter **www.zeit-kinderedition.de** oder Telefon **0180-545 56 06** (12 Cent/Minute)

ÜBER DIE AUTORIN

Edith Nesbit

Edith Nesbit lebte in der Zeit, die man die Viktorianische nannte. Sie wurde 1858 geboren, schrieb ihre Kinderromane zwischen 1899 und 1913. Damals mussten Kinder genau wie die Erwachsenen den strengen Regeln ihrer jeweiligen Klasse folgen. Doch Edith Nesbit folgte von Anfang an ihrem eigenen Kopf. Sie wuchs glücklich und behütet in einer wohlhabenden Familie auf, doch das Glück dauerte nicht lange. Ihr Vater machte Pleite, und die Mutter war allein darauf aus, ihre »Daisy« so reich und sicher zu verheiraten, wie es ging.

Doch kaum hatte Edith den Bürstenfabrikanten Hubert Bland geheiratet, wurde er sterbenskrank, ging sein Kompagnon mit seinem gesamten Vermögen durch, musste die junge Ehefrau zwei Kinder und einen siechen Mann versorgen. Da sie gerne und leicht schrieb, begann sie alles zu schreiben, womit sie Geld verdienen konnte. Sie trat der gerade gegründeten sozialistischen Partei bei, trug keine Korsetts mehr, sondern frei schwingende Reformkleider, nahm das uneheliche Kind ihres Mannes in aller Offenheit als eigenes an und erzog dieses und die eigenen Kinder in einer Freiheit, die sie ihren literarischen Kindern in noch größerem Maße zubilligte.

Sie versuchte, die störenden Eltern aus ihren Geschichten so weit wie möglich herauszuhalten und bediente sich dazu meistens eines Tricks. Das Juwel im britischen Königreich war Indien, und alle Offiziere mussten für eine bestimmte Zeit in dieser Kronkolonie Dienst leisten. So beschließen in Nesbits Romanen immer wieder vernünftige Eltern, ihre Kinder nicht mit in die tropische Hitze mit all den gefährlichen Krankheiten zu schleppen, sondern sie in der Obhut einer Tante oder einer Nanny zu lassen. In anderen Fällen lässt Nesbit Vater oder Mutter einfach sterben oder auf eine Forschungsreise gehen.

Die gelockerten pädagogischen Umstände geben den Kindern nun die Möglichkeit zu allerhand Abenteuern mit und ohne Zauber. Diese sind verflochten mit Konflikten zwischen konkurrierenden Geschwistern, mit der Frage der Autorität und der Moral, und so leicht und amüsant wie Edith Nesbit erzählt, so tief ist der Ernst, wenn sie ihnen das zeigt, wovor gutbürgerliche Kinder des Viktorianischen Zeitalters möglichst behütet werden sollten: das Elend der Bettler und Waisen, die Rücksichtslosigkeit der Reichen, die Schmerzen des Hungers.

In einem Atemzug wird von Zauber und von sozialer Problematik erzählt, und das gibt ihren Geschichten eine Dimension, die weit über das Kinderbuch hinausreicht. Aber Nesbit mutet den Lesern solche Einblicke in die Wirklichkeit zu, sie fordert sie dazu heraus, den eigenen Kopf zu benutzen. So beschreibt sie eine Stadt, die so konstruiert und eingerichtet ist, dass Kinder darin gesund und glücklich leben können. An anderer Stelle formuliert sie eine Frage, die bis heute offen ist: Wem gehören die Altertümer, mit denen Archäologen und andere Wissenschaftler damals gerade das Britische Museum füllten? So lässt sie in einem ihrer Romane die Königin von Saba nach London kommen und flugs durch Zauber ihr Eigentum zurückfordern.

Edith Nesbit war eine Autorin ohne Vorbild. Sie hat ihre literarische Welt aus einem Guss entworfen und hat die Gattung erschaffen, die heute so frisch und modern ist wie damals. **SYBIL GRÄFIN SCHÖNFELDT**

FEUILLETON

LITERATUR

»Als wir träumten« – Clemens Meyer hat einen mitfühlenden Roman über Leipziger Halbstarke geschrieben
Von Eberhard Falcke Seite 57







Sehnsucht nach dem Bürger

Werte, Glaube und Manieren: Begegnung mit sechs Menschen, die sich selbst gern als neue Bürgerliche sehen

VON GEORG DIEZ

WIE SIEHT ER AUS, der Bürger von heute? Wie Jacob Hein, der junge Schriftsteller und Psychiater? Wie Wolf-Jobst Siedler, der Publizist? Oder wie Gina Kehayoff, die Verlegerin?

Fotos: Ulrike Schamoni für DIE ZEIT (l.); Daniel Biskup/boehmedia.de (r.); Michael Herdlein für DIE ZEIT (u.)

Der Über-Bürger ist erkältet. Deshalb empfängt er keinen Besuch. Deshalb schreibt er einen Brief: »Das Gespenst des Bürgers geht um in Europa«, schreibt er uns. »Jedermann spricht vom Bürger, glaubt an seine Existenz, will ihn gesehen haben. Aber das ist nur eine Sehnsucht, die für ein Gefühl des Verlustes spricht. Das Verlangen nach Bürgerlichkeit kann das Bürgertum nicht ersetzen.«

Wolf-Jobst Siedler, ein großer Preußenfreund und ein noch größerer Verleger. Er hat gerade ein Buch veröffentlicht, in dem er das Bürgertum begräbt. Er weiß natürlich, dass es schon immer besonders bürgerlich war, an seiner eigenen Beerdigung teilzunehmen. Er weiß auch, dass es zurzeit einen bürgerlichen Trend gibt, selbst wenn es nichts gibt, was weniger bürgerlich wäre als ein Trend.

Da gibt es Tanzstunden und Tischmanieren, da gibt es den Kanon der Literatur und die Abstiegsangst der Mittelschicht, da gibt es Wertediskussion und Familienpolitik, da gibt es eine bürgerliche Regierung. Und vor allem gibt es viele Leute, die sich selbst freimütig und selbstbewusst als Bürger bezeichnen. Sechs von ihnen sind wir begegnet, auf der Suche nach einer neuen Bürgerlichkeit.

DIE KOSMOPOLITIN. Bürgerlichkeit ist manchmal ein Schrank. Nicht so einer wie der schwere braune, der hinter Gina Kehayoff steht. Eher innerlich, geistig, das Bild von einem Schrank.

»Wenn ich das Wort Bürgerlichkeit höre«, sagt Gina Kehayoff, »dann sehe ich einen Schrank, ich sehe ein Haus und schöne Möbel und Abendeinladungen. Und ich denke daran, dass ich nicht viel mitnehmen würde, wenn ich wegginge.«

Gina Kehayoff hat schwarze Haare, hat ein schwarzes Sakko an und schwarze Stiefel, sie hat dunkle, wache Augen und am Arm eine Plastikuhr von Nike. Sie sitzt in ihrem Buchladen, der Fenster hat, die fast bis zum Boden reichen und gar nicht nach München aussehen. Wo Gina Kehayoff ist, so scheint es, ist immer auch ein Stück Paris.

Ihr Vater ist gebürtiger Bulgare, ihre Mutter ist Französin, Gina Kehayoff wurde in München geboren, sie hat einen französischen Pass. »Bürger sein«, sagt sie, »heißt für mich, dass man sich überall zurechtfindet. Hauptsache, es herrschen demokratische Verhältnisse.«

Sie hat früh geheiratet, sie hat studiert, sie hat drei Kinder bekommen, sie hat in Amerika gelebt und in Frankreich und hat dann in München einen Verlag gegründet. »Aber ich finde es nicht wichtig, wo man herkommt oder wo man hingeht«, sagt sie. »Es ist wichtig, wo man gerade ist.«

Es ist dieser abstrakte, universelle Bürgerbegriff, der sich in Deutschland nie wirklich durchgesetzt hat. Die Diskussion um Bürgerlichkeit gibt sich ästhetisch, sie ist aber in ihrem Kern politisch. Es geht, auch im Zeichen von Einwanderung und Islam, um eine kulturell gefärbte nationale Demokratie. Individuelle Freiheit gibt es aber nur jenseits von kulturellen Normen.

Gina Kehayoff sucht nach einer Haarsträhne, die sich gar nicht gelöst hat. Sie spricht von ihrem Mann und sagt: »Ich trete selten als Paar auf«; sie spricht von ihren Kindern und sagt: »Ich habe kein schlechtes Gewissen, weil ich immer gearbeitet habe«; und sagt dann den bürgerlichsten Satz überhaupt: »Ich glaube fest an meine Familie.« Und all die bürgerlichen Regeln, die Formen, die Etikette? »Es ist doch angenehm, wenn Menschen sich richtig benehmen«, sagt sie. »Aber die Deutschen wissen das nicht mit dem Herzen, sondern weil es ihnen vorgeschrieben wird. Die Seele ist hier etwas zu eng.«

Diese Seele müssten sie trainieren, sagt sie, sie müssten vieles neu lernen, weil es im Krieg kaputtgegangen sei. So viel Selbstverständliches, so viel Herzensschau. Aber sie sperren diese Seele ein, in den Schrank, den sie Bürgerlichkeit nennen.

»Das Bürgertum ist im zwanzigsten Jahrhundert ein für alle Mal untergegangen«, schreibt Wolf-Jobst Siedler. »Aus dem Chaos der verschiedenen Katastrophen ging eine neue Gesellschaft hervor, die weder den Aristokraten kennt noch den Bürger.«

DER MANIERLICHE. Max Raabe kommt vom Land. Der Mann, der bis nach Japan reist, damit die Menschen mal sehen, wie das damals war, als es in Berlin noch Tanztees gab und beschwingte Orchester und blasse Jünglinge mit Seitenscheitel, dieser blasse Mann mit den zurückgekämmten Haaren stammt aus Westfalen und hat in einer Kantorei angefangen zu singen, als hoher Bariton.

Er trägt ein helles Cordsakko mit einem Einstecktuch und graue Flanellhosen, er hat wässrige Augen und kommt ein paar Minuten zu früh zum Interview. »In jeder anderen Stadt schmeißen sich die Menschen am Sonntag in Schale«, sagt Max Raabe. »Das habe ich in Berlin nicht erlebt, als ich in den achtziger Jahren herzog, man machte sich nicht schön. Das hat sich inzwischen geändert. Die Menschen machen sich wieder schick, wenn sie ausgehen.«

Max Raabe spricht langsam und dreht dabei einen Löffel in der Hand. Manchmal streicht er mit dem Löffel auch die Kante des Tischtuchs entlang. Seine erste Platte, sagt er, war Beethovens *Neunte,* daran hat er sich berauscht, während die anderen Jungen die Bay City Rollers hörten. Es ist eine Ruhe um ihn, wenn er so redet, fast ein Sog von Ruhe, etwas, das man unzeitgemäß oder auch überlebt nennen könnte. Seine Nostalgie ist dabei nicht ironisch; sie ist pragmatisch.

»Ich habe kein Handy und auch keinen Computer«, sagt er, »das hat sich einfach nicht ergeben.« Er redet dann von Krankenhäusern, das sei für ihn ein Zeichen von Bürgerlichkeit als Bürgersinn, er redet von Literatur und vom Mäzenatentum, er drückt fest auf die Rundung des Löffels und sagt: »Ich bin doch nicht der Benimmonkel, nur weil ich bestimmte Umgangsformen gut finde.«

»Sind Sie Christ?«

»Ja«, sagt er, sehr entschieden, und spricht dann davon, wie sich das wohl in Deutschland auswirkt, »wenn die ganze Welt jetzt religiös wird: Wir werden doch nicht alle fromm?« Er dreht den Löffel, schaut ihn an, dreht ihn noch mal, dann fällt er ihm herunter. »Vielleicht«, sagt er, als er den Löffel aufgehoben hat, »ist unsere Kirche das Wohnzimmer?«

»Den jetzigen Führungsschichten geht vieles von dem ab, was unabdingbar zum Bürger gehört«, schreibt Wolf-Jobst Siedler, »Dauer, Tradition, Beständigkeit.«

DER BERUFSBÜRGER. Wer heute bürgerliche Politik macht, der kann ruhig aus kleinbürgerlichen Verhältnissen stammen. Es mag sogar von Vorteil sein. »Wenn bei uns etwas bürgerlich ist«, sagt Mike Mohring, die Haare hoch gegelt, die Hände in den Hosentaschen, die ganze Haltung etwas krumm, »dann sind das die Handwerksbetriebe, die über 50, 60, 70 Jahre ihren Betrieb aufrechterhalten haben.«

Mike Mohring ist Generalsekretär der CDU in Thüringen. Er ist 34, kommt aus Apolda, sein Vater ist Maurer, seine Mutter Verkäuferin, er sagt Sätze wie: »Man muss sich alles erarbeiten und kriegt nichts geschenkt.« Aus solchen Sätzen baut er seine bürgerliche Pyramide: Ohne Dauer kein Wohlstand, ohne Wohlstand kein Engagement.

Im Sommer 1989 war er 17, er hat erst eine Schülergruppe gegründet und sich dann dem Neuen Forum angeschlossen, und mit 18 saß er im Kreistag. Er trat in die CDU ein, »wegen der Personen«, wie er sagt, »manche meinen, ich sei ein verkappter Soze, aber das glaube ich nicht.« Mike Mohring ist kein Karrierist, obwohl er Karriere gemacht hat; sein Anzug ist ihm auf sympathische Weise etwas zu groß.

Es geht ihm weniger um Äußerlichkeiten, es geht ihm eher um so etwas wie Anstand. »Das war in der DDR wohl selbstverständlicher«, sagt er und meint Pünktlichkeit, Höflichkeit, Disziplin. Zum Beispiel die Sache mit der Kopfnote, für Betragen oder für Fleiß – die wurde nach der Wende abgeschafft und sollte dann wieder eingeführt werden. »Im Westen«, sagt Mohring, »wird so etwas wie die Kopfnote gleich als Einschränkung der Freiheit verstanden.«

Wenn Mike Mohring von Bürgerlichkeit spricht, dann wird das Wort konkret und löst sich gleichzeitig auf. Bürgerliche Politik, sagt er, »das heißt vor allem, Arbeit zu schaffen, aber das könnten Sie auch einen Sozen fragen.« Bürgerliche Politik ist heute Existenzsicherung, ist eine Defensivvokabel, ist ein Rückzugsgefecht.

»Die Besserverdienenden Westerwelles«, schreibt Wolf-Jobst Siedler, »sind keine Bürger, wie schon aus der Tatsache hervorgeht, dass man heute dazugehören, morgen herausfallen kann.«

Fortsetzung *auf Seite 50*

Die neue Avantgarde

Sehnsucht nach …

Fortsetzung *von Seite 49*

DER TRADITIONSBÜRGER. Christian Däubler ist sich bewusst, dass das alles auch Inszenierung ist. Und dann wieder nicht. »Hier«, sagt er, »sind die beiden Regale mit Thomas Mann.« Er steht in der Mitte seiner Dachgeschosswohnung in Berlin-Charlottenburg. Die Regale sind dunkel, der Schrank ist aus dem 18. Jahrhundert, der Sekretär in der Ecke hat Goldverzierungen und gehörte der Mutter, die Bilder an den Wänden hat fast alle sein Urgroßvater gemalt. Souchon, so hieß die Familie der Mutter. Sie waren Hugenotten; sein Großvater war kaiserlicher Admiral, sein Urgroßvater war Maler. Bürgerlichkeit ist immer auch ein Dilemma.

Er selbst hat Jura studiert, er war natürlich auch mal »am Theater«, er ist heute Leiter der Friedrich-Naumann-Stiftung. Er hat einen grauen Schnurrbart und eine randlose Brille und redet ein wenig atemlos. »Selbstständig«, sagt er, »und selbstbewusst ist der Bürger. Jemand, der offen ist für andere Menschen, für eine andere Herkunft. Jemand, der seine Rechte kennt und seine Pflichten. Jemand, der Entscheidungen treffen kann.« Das klingt bei ihm angenehm heiter.

Es ist »die berühmte Verantwortung«, wie er das nennt, dass man ein Talent hat und etwas daraus macht, im Beruf und für die Allgemeinheit, dieses Erbe, diese Erwartungen der Eltern. »Ich fühle mich privilegiert durch meine Herkunft«, sagt er, »aber ich sehe das alles heute durchaus etwas kritischer.«

Er ist linksliberal, wie er sagt, er ist 63 Jahre alt und war 1968 Student in München. »Die Deutschen haben damals an Demokratiefähigkeit gewonnen«, sagt er. »Wir haben das Land innerlich demokratisiert und äußerlich entbürgerlicht.« 1972 wollte er sich keine Stereoanlage kaufen; eine Stereoanlage, sagt er, sei das Zeichen für Gediegenheit gewesen.

Heute veranstaltet er einmal im Monat einen Salon bei sich, es ist das offene Haus, das er von seinen Eltern und Großeltern kannte. »Als junger Mensch goutiert man das nicht so«, sagt er. Bürgerlichkeit ist manchmal eine Frage des Alters.

»Aus der Folge von immer neuen Revolutionen – dem Sturz der Monarchie und dem Aufkommen und dem Untergang von Kommunismus und Faschismus – ging eine egalitäre Gesellschaft hervor. Vielleicht hat eben das«, schreibt Siedler, »den staunenswerten Aufschwung der fünfziger und sechziger Jahre möglich gemacht.«

DER BUDDENBROKER. Von seinem Schreibtisch aus sieht Jörg Woltmann auf eine leere Fläche. Der Blick muss ihm gefallen. Er ist die Art von Mensch, die in so etwas eine Chance sieht.

Gerade hat Jörg Woltmann die Königliche Porzellanmanufaktur KPM gekauft. Der bisherige Besitzer, »Seine Königliche Hoheit Prinz von Preußen«, so nennt er ihn, hatte sich mit seinen Partnern überworfen. Jetzt gehört die KPM dem Sohn einer alleinerziehenden Mutter, die sich kurz nach dem Krieg in der »Damenoberbekleidung« selbstständig gemacht hat.

Jörg Woltmann könnte zufrieden sein. Er trägt einen dunklen Anzug mit Weste, silberne Manschettenknöpfe und eine Perlennadel in der rosa Krawatte. Er ist 58 Jahre alt und sitzt im obersten Stock der Allgemeinen Beamtenkasse, die er 1980 gegründet hat und seither als geschäftsführender Gesellschafter leitet. Die KPM ist das älteste Berliner Unternehmen, er hat acht Millionen Euro investiert. »Mir war sehr daran gelegen«, sagt er, »dass das Unternehmen in Berlin bleibt und in deutscher Hand. So ein Kulturgut darf nicht untergehen.«

Aber irgendwie kann er sich nicht so recht freuen. Er erzählt, »dass man schon KPM sagen konnte, als man Vater und Mutter sagen konnte«; er erklärt, »dass die KPM ihren alten Stolz wiederfinden muss«; er erwähnt, »dass das doch

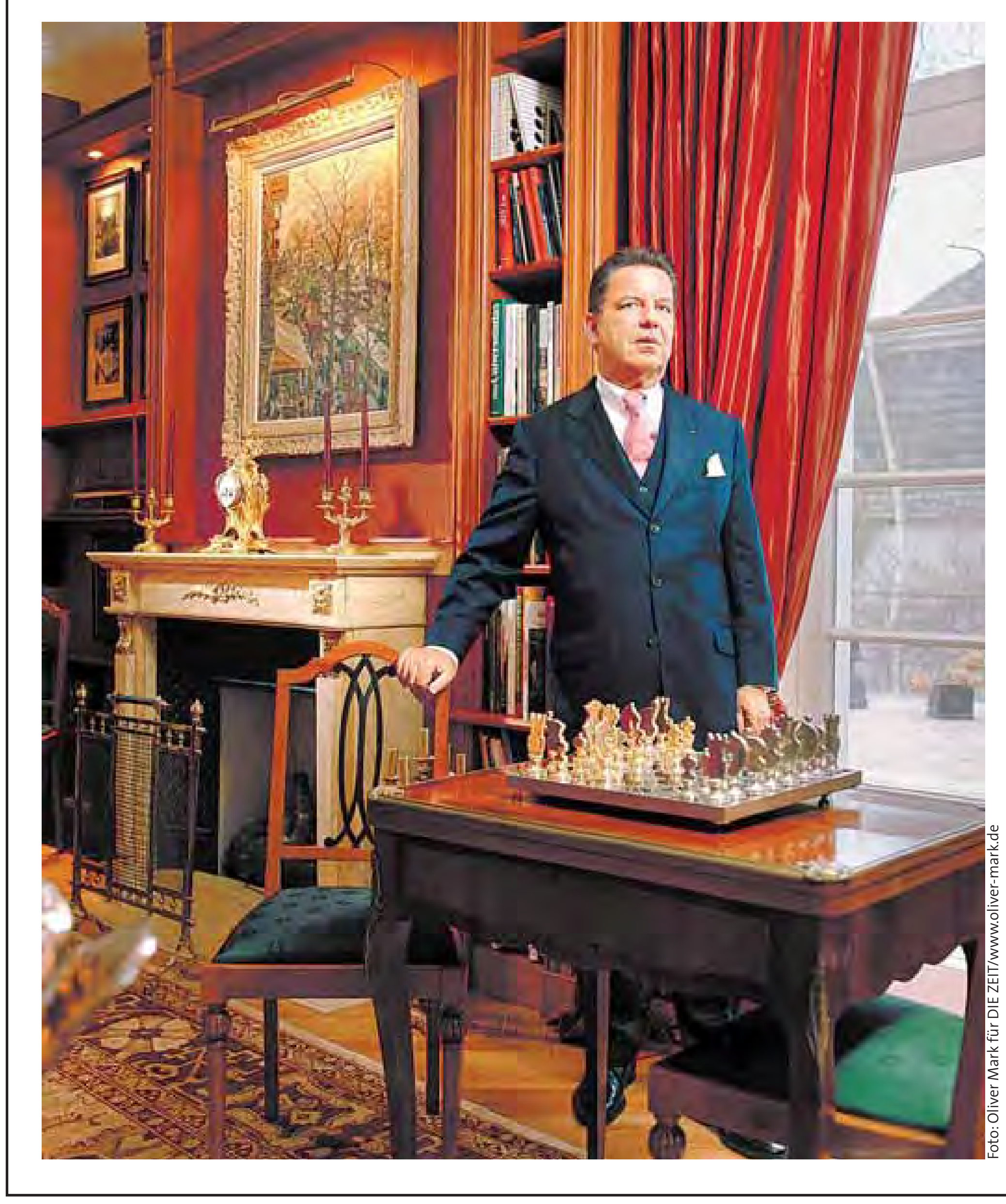


Foto: Oliver Mark für DIE ZEIT/www.oliver-mark.de

Jörg Woltmann, Besitzer der Königlichen Porzellanmanufaktur

ein sehr hochwertiges Produkt ist«. Er redet etwas stockend und lieber über konkrete Projekte als über abstrakte Ideen. »Es muss mehr Bürger-Engagement geben«, sagt er, »der Staat tut sich schwer mit Entscheidungen, die Bürger entscheiden noch etwas.«

Es sind die richtigen Sätze. Aber etwas fehlt. Er ist Mitglied im Lion's Club, er hat die Prestigefirma der neuen Bürgerlichkeit gekauft, er hat ein Einstecktuch. Was kann es sein?

»Natürlich war der Bürger einst ein Träger des Neuen, ein Revolutionär«, schreibt Siedler. »Man hat sich oft amüsiert über die Vorliebe von Karl Marx für Plastrons und ein Hummerfrühstück, mit dem sein Freund Engels um gut Wetter bat, wenn er schlechte Nachrichten hatte. Aber Plastrons gibt es heute so wenig wie die Hummerstuben in Hafenstädten. Auch in dieser Hinsicht ist der Bürger mit seinen verschwiegenen Vorlieben untergegangen.«

DER INNERLICHE. »Und hier ist der Salon«, sagt Jakob Hein und amüsiert sich über dieses Wort und schaut auf den Schrank und den Fernseher und die Grünpflanze und das Sofa und das Miró-Poster an der Wand. Auf dem kleinen Tisch liegt sein neuer Roman. Er hat gerade 24 Stunden Dienst hinter sich. Er wirkt wach und gut gelaunt.

Jakob Hein ist Schriftsteller und Psychiater, er arbeitet als Oberarzt in der Charité, er lebt mit seiner Frau und zwei Kindern am Prenzlauer Berg, wo sich die Jungen einrichten in den Formen, in den Räumen der Alten.

Der Herr Jensen aus seinem Roman scheitert an diesen Formen, er wirft den Fernseher aus dem Fenster, er schraubt sein Klingelschild ab, er ist das unbürgerliche Echo und in der Konsequenz doch wieder ein Traditionalist der Innerlichkeit. Jakob Hein kennt diesen Herrn Jensen gut.

»Ich halte das völlig selbstbestimmte Leben für eine Illusion«, sagt er, der so jung wirkt und fast studentisch mit seiner großen Brille und dem großen Kopf. »Ein Bürger ist jemand, der sich als Teil eines Staatswesens definiert, der sich nicht auflehnt, der sich aber auch nie ganz aufgibt.«

»Ist Bürgerlichkeit das Gegenteil von Selbstverwirklichung?«

Jakob Hein lächelt, weil er weiß, dass das, was er sagt, in die Schublade gesteckt werden kann, auf der Ostdeutsch steht. »Wenn man jeden ideologischen Quatsch mitmacht«, sagt er und streckt seinen blassen Kopf etwas nach oben, »dann hat das auch im Westen Familien zerstört. Und der Ort, wo sich das Bürgerliche am meisten definiert, ist sicher die Familie.«

Mit Quatsch meint er die sexuelle Revolution, den Konsum, das, was einmal die Yuppies waren. Bürgerlichkeit ist dagegen Schutz, Stabilität, ein Kokon.

»Ich erlebe das Bürgerliche als eine nüchterne Art, bestimmte unverrückbare Normen zu akzeptieren, ohne den heftigen Pendelschwankungen der jeweiligen Neuzeit nachzugeben«, sagt Jakob Hein. Irgendwo im Haus bohrt jemand, im Nebenzimmer ist sein kleiner Sohn Elias zu hören. Bürgerlichkeit wird im Alltag ausgetragen.

Eigentlich wollte Jakob Hein ja Schauspieler werden, am liebsten sogar Komiker, »aber für mich kam das nie infrage, einen künstlerischen Beruf zu ergreifen«, sagt er, »das hatten mir meine Eltern vermittelt«.

Der Vater, das ist Christoph Hein, der Schriftsteller; die Mutter ist Dokumentarfilmerin; und als Kind saß Jakob bei Heiner Müller auf dem Schoß. »Ich habe sehr davon profitiert, eine gutbürgerliche Erziehung genossen zu haben«, sagt er, »weil es nach der Wende für uns, für meine Familie keinen wirklichen Bruch gab.«

Dann holt er seinen Sohn, der knapp ein Jahr alt ist. Er hebt ihn in die Höhe. Er lehnt sich auf dem Sofa zurück. Der neue Bürger trägt Sandalen mit Socken.

»Wie sollen wir leben?«

Warum nur die neue Bürgerlichkeit unsere Gesellschaft retten kann – auch wenn sie neue Ungleichheit erzeugt. Ein Interview mit dem Historiker Manfred Hettling

DIE ZEIT: Herr Hettling, Sie haben sich lange mit der Geschichte des Bürgertums beschäftigt. Gibt es die neue Bürgerlichkeit wirklich – oder ist sie eine Erfindung, eine Schleife im Wechsel der Lebensstile?

Manfred Hettling: Sie ist keine Erfindung, denn seit Jahren beobachten wir eine Suche nach Bürgerlichkeit. Man hofft, Orientierung zu finden, die es woanders nicht mehr gibt.

ZEIT: Was soll man unter neuer Bürgerlichkeit eigentlich verstehen?

Hettling: Bürgerlichkeit gründet auf Prinzipien wie Individualität, Mündigkeit und Selbstorganisation. In einer unübersichtlichen Welt seinen Weg selber zu finden mit Hilfe dieser Prinzipien – das heißt bürgerlich leben.

ZEIT: Warum wird die bürgerliche Gesellschaft just in dem Augenblick entdeckt, wo sie zerfällt und dramatische Ungleichheiten entstehen?

Hettling: Die bürgerliche Gesellschaft war nie eine egalitäre. Ungleichheit hat es darin immer gegeben.

ZEIT: Sie füllt die Lücke, die der Abbau des Sozialstaates gerissen hat?

Hettling: Bürgerlichkeit ist eine Antwort auf das Ende der wohlfahrtsstaatlichen Illusion. Bislang glaubten wir, über staatliche Regulierung eine Chancengleichheit herstellen zu können. Dieser Glaube ist zerbröselt. Nun betrauern wir das Ende der Illusion, eine friedliche, saturierte Gesellschaft ohne fundamentale Probleme gestalten zu können. Aber der Wohlfahrtsstaat hat vieles nur verdrängt. In seiner alten Form wird er nicht überdauern, auch nicht auf europäischer Ebene.

ZEIT: Und Bürgerlichkeit ist das Nachfolgemodell?

Hettling: Wir waren seit den siebziger Jahren im Glauben befangen, alle Probleme über materielle Transfers lösen zu können. Statt materielle Leistungen zu gewähren, die am Ende doch nur in den Konsum gehen, sollten wir das Geld in Erziehung und Bildung stecken. Darum will die neue Bürgerlichkeit ein neues gesellschaftliches Modell entwickeln. Anders als früher garantiert der Staat in diesem Modell nur noch eine Grundsicherung.

ZEIT: Also Selbstsorge statt Sozialstaat. Das bedeutet die Entsolidarisierung der Gesellschaft.

Hettling: Es wäre zu kurz gegriffen, Bürgerlichkeit als Ersatz für jene Belange zu verstehen, für die der Staat kein Geld mehr hat. Es heißt nur, dass wir mehr Aufmerksamkeit auf die soziale Selbstorganisation legen müssen, auf das Bürger-Engagement. Dann aber muss man so ehrlich sein und zugeben, dass damit ein höheres Maß an Ungleichheit verbunden ist und neue Risiken entstehen. Bürger zu sein ist Chance und Zumutung zugleich.

ZEIT: Manche Vertreter der neuen Bürgerlichkeit verabscheuen die neuen Unterschichten und wollen ihnen bessere Manieren beibringen. Könnte es nicht sein, dass diese Unterschichten einen klaren Blick dafür besitzen, dass sie im Produktionsprozess nicht mehr gebraucht werden? Deshalb hören sie auf, den Bürger zu imitieren.

Hettling: Natürlich reicht es nicht, wenn die Leute ihr Fast Food mit Messer und Gabel essen. Aber wir müssen den Menschen helfen, aus ihrem Leben etwas zu machen. »Hilfe zur Selbsthilfe« nannten das bürgerliche Reformer früher. Das ist mit Zumutungen verbunden. Ich bin überzeugt, dass man mehr als bisher vermitteln muss, dass man nur durch Eigenverantwortung seine Chancen erhöht.

ZEIT: Das klingt wie ein hilfloser Versuch, Menschen in eine Gesellschaft zu integrieren, die ständig Arbeitsplätze auslagert oder wegrationalisiert.

Hettling: Man könnte zynisch sagen, dass keine Gesellschaft alle Menschen braucht, das haben wir ja auch am Sozialismus gesehen. Aber welche Alternative haben wir? Die neue Bürgerlichkeit bietet keine Rezepte, sondern nur Prinzipien wie Selbstverantwortung und Mündigkeit. Sie will den Menschen klarmachen, dass sie sich bestimmten Anforderungen stellen müssen. Sonst haben sie gar keine Chance – und der Staat auch nicht mehr.

ZEIT: Reicht es denn aus, unsere Einstellungen und Mentalitäten zu ändern? Es ist doch die Marktgesellschaft, die bürgerliche Ideale unterläuft und längerfristige Bindungen torpediert.

Hettling: In der Tat, gefragt sind die Quartalsberichte der Verwertbarkeit, langfristiges Denken fällt uns schwer. Aber die Spannung zwischen ökonomischer Logik und Vorstellungen vom eigenen Lebensglück ist nicht aufhebbar. Gerade deshalb müssen wir zwischen diesen Spannungen vermitteln – und nicht die Ökonomie ausblenden oder als neoliberal diffamieren.

ZEIT: Ist das nicht bürgerlicher Fatalismus?

Hettling: Friedrich Engels hätte geantwortet, die Menschen gestalten ihr Leben nun einmal unter Bedingungen, die sie nicht selber gemacht haben. Tatsache ist, dass sich die makroökonomischen Rahmenbedingungen gravierend verändert haben. Das lässt sich nicht umkehren.

ZEIT: Reagiert die neue Bürgerlichkeit auf die Globalisierung?

Hettling: Sie tut es genauso wie die Bürgerlichkeit um 1800, die auf eine fundamentale Krise reagierte, auf das Zerbrechen der Feudalordnung. Das war der Versuch, die Krise als Chance zu verstehen und neue Energien zu entfesseln. Damals gab es ebenfalls massive Ängste vor dem Zerfall alter Sicherungen. Aber niemand würde heute behaupten, es wäre sinnvoll gewesen, die alte Zunftordnung beizubehalten. Die Globalisierung ist eine ähnliche Herausforderung. Wir müssen genau hinsehen, was wir gestalten können – und was nicht.

ZEIT: Gibt es eine Trägerschicht für das Bürgerliche?

Hettling: Es gibt keine reale Trägerschicht mehr, die sich über die Selbstdefinition »Wir sind Bürger« abgrenzt. Das wird auch nicht wiederkommen, dafür ist die moderne Gesellschaft zu heterogen.

ZEIT: Hat nicht Enzensberger Recht, wenn er sagt, wir seien alle Kleinbürger?

Hettling: Wir bleiben Kleinbürger, wenn wir alles auf die materielle Dimension reduzieren. Bürgerlichkeit ist mehr – Persönlichkeitsbildung, Mündigkeit, Gemeinwohlorientierung. Es ist der Gegenentwurf zum Interessen-Egoismus. Es gibt immer mehr Menschen, die keine materiellen Probleme mehr haben, die sich dennoch die alte Frage stellen: Wie sollen wir leben? Wofür sollen wir uns engagieren? Der Kleinbürger stellt diese Frage nicht.

ZEIT: Warum wird das Programm der neuen Bürgerlichkeit so aufdringlich herausposaunt?

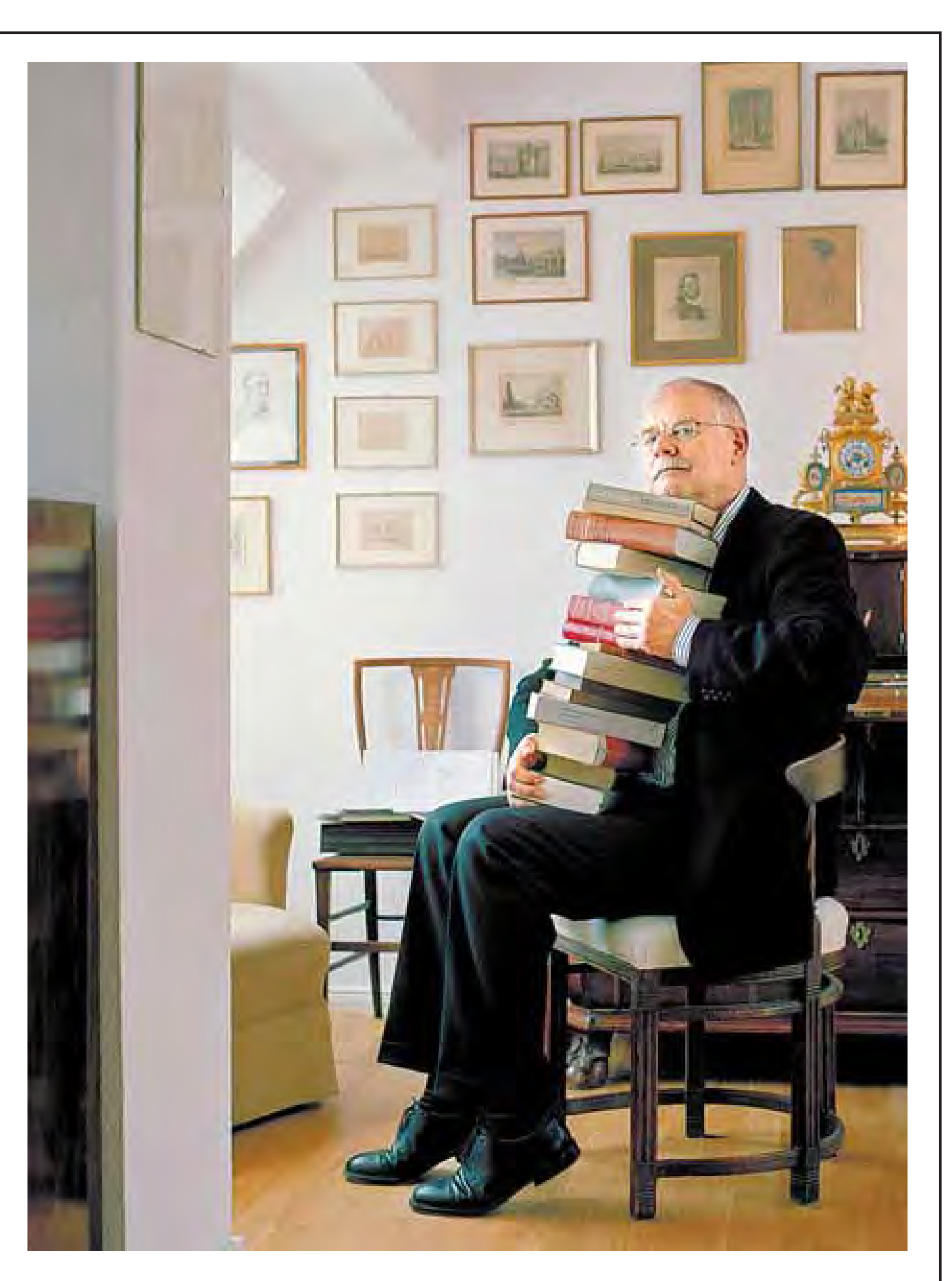
Hettling: Ein wahrer Bürger tut so etwas nicht, das stimmt. Bildung hat man und attestiert sie sich nicht wie Frau Jenny Treibel.

DIE FRAGEN STELLTE **THOMAS ASSHEUER**

Manfred Hettling ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Halle







Mike Mohring, CDU-Politiker – Max Raabe, Schlagersänger – Christan Däubler, Leiter der Friedrich-Naumann-Stiftung

Fotos: Ulrich Kneise für DIE ZEIT (l.); Frank Eidel (m.); Oliver Mark für DIE ZEIT/ www.oliver-mark.de (r.)

Vergesst nicht Adornos Krawatte

Was ist das heute noch, ein Bürger? Und was könnte neue Bürgerlichkeit bedeuten? Ein Versuch, Ordnung in eine wirre Debatte zu bringen

VON JENS JESSEN

Es sieht nicht so aus, als ob sich noch jemand daran erinnert, dass Bürgerlichkeit einmal ein Schimpfwort war. Heute gibt es wieder Leute, die sich mit Vergnügen als bürgerlich beschreiben und über den tradierten Hass hinwegsetzen, mit dem die 68er den Begriff verfolgt hatten. Alles, was die Politik heute als schätzenswert sieht, wird mit der Vokabel bürgerlich belegt, ob es der Rückzug des Staates ist oder die Eigenverantwortung des Individuums, die Familie oder das gemeinnützige Engagement. Vor allem das Sponsoring von Kulturprojekten, aus denen sich der Staat zurückgezogen hat, wird gern als Ausweis neuer Bürgerlichkeit genommen, auch wenn es sich nur um Firmen handelt, die Werbezwecke verfolgen.

Trotzdem wäre es falsch, darin nur die politische Rhetorik einer CDU-geführten Regierung zu sehen oder einen Hilferuf des Staates an die träge Gesellschaft. Auch die soziologische Literatur verzeichnet eine Konjunktur des Themas, und Elemente der Debatte sind bis in die Sphäre populärer Sachbücher vorgedrungen. Den Anfang machte vielleicht das Buch, das der äthiopische Prinz Asserate über *Manieren* verfasste; dann folgte Alexander von Schönburgs *Kunst des stilvollen Verarmens,* und wer meinte, darin nur satirischen Abwehrzauber gegen die Gefahr des sozialen Abstiegs zu sehen, wurde durch das robuste Selbstbewusstsein widerlegt, mit dem der Verfassungsrichter Udo di Fabio die bürgerliche Kultur in seinem Buch als *Kultur der Freiheit* behauptete.

Eine Diskussion voller Denkfehler und Schadenfreude

Gleichzeitig begannen die Medien, dem vermuteten Trend bis in die Lebenspraxis nachzuspüren, und entdeckten eine Verschiebung im Ausgehverhalten weg von Disko-Exzessen hin zu gesetzteren Freizeitvergnügen, auch eine Wiederkehr von Krawatte, Anzug, Abendkleid, Schmuck und kostbarem Porzellan bei privaten Abendeinladungen. In den Familien und bei der Kindererziehung wurde eine neue Freude an Klavierunterricht und anderen Formen der Pädagogik entdeckt, die einstmals der bürgerlichen Produktion höherer Töchter diente. Als Kontrast dazu wurde die entsetzte Wahrnehmung verwahrloster Unterschichten eingesetzt, denen etwas mehr Orientierung an bürgerlichen Idealen zu wünschen wäre – wie es jüngst die Politologen Paul Nolte und Lord Dahrendorf mit überraschendem Dégout in der Zeitschrift *Vorgänge* getan haben.

Bemerkenswert ist an der Rede über die neue Bürgerlichkeit vor allem die Verwirrung der Begriffe. Um das gröbste Durcheinander zu verhindern, müsste mindestens zwischen dem Bürgertum, dem Bürger und dem Bürgerlichen unterschieden werden und für jeden dieser Begriffe wiederum zwischen einer historischen und einer normativen Verwendung. Das Bürgertum als historische Klasse, um mit dem Einfachsten zu beginnen, existiert nicht mehr; es ist in Deutschland spätestens 1933 erloschen. Weder gibt es – von Ausnahmen abgesehen – Familien, in denen sich Eigentum an Produktionsmitteln vererbt, noch gibt es – und das ist entscheidender – eine Konvention, die an den Erwerb von Produktionsmitteln eine bestimmte Lebensweise und bestimmte Werte knüpft, ohne die der soziale Aufstieg unvollständig wäre. Wer heute reich wird, kann machen, was er will.

Das untergegangene Bürgertum hat aber Spaltprodukte hinterlassen, die noch heute hochwirksam sind. Das sind der Bürger und das Bürgerliche und was sich mit ihnen verbindet. Dazu gehört die kapitalistische Wirtschaftsweise, vor allem aber die bürgerliche Demokratie, die von dem Bürgertum einst gegen Adel und Monarchie ertrotzt wurde. Sie ist das eigentliche verteidigenswerte Gut und der Grund dafür, warum sich mit der Rede vom Bürger ein normativer Anspruch, ein politischer Appell verbinden kann. In der Demokratie kommt nämlich der Bürger zweimal vor, als Erwerbsbürger (der französische Bourgeois) und als Staatsbürger (der Citoyen). Forderungen nach sozialer Verantwortung und gemeinnützigem Engagement können sich, streng genommen, nur an den Staatsbürger wenden. Da aber der Staatsbürger, historisch gesehen, einmal aus dem Erwerbsbürger hervorgegangen ist, konnte die modische Illusion entstehen, dass der Kapitalist noch heute als eigentlicher Träger des Gemeinwohls anzusehen ist. Daher der Jubel, wenn Unternehmer als Sponsoren öffentlicher Kultur auftreten: als sei damit der Erwerbsbürger endlich wieder im Staatsbürger aufgegangen.

Private Stiftungen und Zuwendungen für die Kultur sind auch kein exklusiv bürgerliches, sondern genauso gut ein feudales oder neofeudales Merkmal; und nirgends lässt sich das besser beobachten als bei den Spenden für die Hamburger Elbphilharmonie, von denen 30 Millionen das Unternehmerpaar Greve, 10 Millionen der Versandhauschef Michael Otto, weitere 10 Millionen die Hermann-Reemtsma-Stiftung, aber gerade einmal 83 000 Euro aus der Tiefe der Bevölkerung aufgewendet wurden. Das ist eine Struktur öffentlichen Engagements, wie sie auch den Feudalstaaten Lateinamerikas geläufig ist.

Im Übrigen hat in einer Demokratie jeder als Staatsbürger zu gelten, unabhängig von Einkommen, Wirtschaftstätigkeit oder Herkunft. Es wäre in höchstem Maße undemokratisch, gemeinnützige Forderungen und Hoffnungen auf eine Klasse zu beschränken, die damit als eigentliche Trägerschicht des Staates privilegiert und über alle anderen erhoben würde. Das wäre, wenn man die Rede von der neuen Bürgerlichkeit in dieser Weise politisch nehmen sollte, ein ernster Denkfehler.

Und er wäre umso bedrohlicher, als sich in die Rede von der neuen Bürgerlichkeit nicht selten ein schadenfroher Ton mischt, der den eigenen Aufstieg als Sieg und den Abstieg anderer als Niederlage feiern will. Der Trend (wenn er denn existiert) würde das Ende jener sozialen Mimikri bedeuten, die den alten Eliten einst nahe legte, sich eher proletarisch zu verkleiden als bürgerlich aufzutrumpfen. Das aber hieße, dass sich vor allem ein neues Einverständnis mit sozialen Spannungen und Unterschieden ankündigt und damit das Gegenteil dessen, was sich als politische Hoffnung mit der neuen Bürgerlichkeit verbinden ließe. Das ganze Tralala wäre nur die rhetorische Begleitmusik zu Prozessen der Ausgrenzung und Entsolidarisierung, die der Gesellschaft als ganzer kaum gut tun können und jedenfalls den Bürger im Erwerbssinne wieder vom Staatsbürger im Sinne politischer oder gesellschaftlicher Verantwortung entfernen.

Es gibt aber noch ein Spaltprodukt, das vom historischen Bürgertum geblieben ist: das Bürgerliche im Sinne tradierter Werte und Lebensweisen. Auch dies kommt zweifach vor, als etwas tatsächlich Vorhandenes und als etwas, das man fordern kann, weil man davon einen stabilisierenden Einfluss auf die Gesellschaft erwartet: zum Beispiel den Familiensinn, der die öffentlichen Kassen von der Altenpflege entlasten könnte.

Das tatsächlich vorhandene Bürgerliche dagegen ist, selbst wenn man es nicht bloß als triviales Etikett für Krawatte und Couchtisch nehmen will, nur mehr eine Herkunftsreminiszenz. Es sind Sprech- und Denkweisen, ein Stolz und eine Bescheidenheit, die ohne Anzug, Krawatten oder Sitzecken auskommen können, aber in ehemals bürgerlichen Familien mit einer ähnlichen Zähigkeit überliefert werden wie im Adel. Das heißt, es handelt sich um soziales Brauchtum, das sich von seinen wirtschaftlichen Entstehungsbedingungen vollständig emanzipiert hat.

Dieses Bürgerliche ist zunächst etwas gänzlich Unpolitisches, es taugt zu nichts und schmälert, da es voller Skrupel und Verbote steckt, eher den Erwerbssinn und die Lebenstüchtigkeit. Es hat aber, kurz vor seinem endgültigen Erlöschen, doch noch eine beachtliche politische Wirkung gezeigt. Es steckte in den Protesten der 68er-Generation ebenso wie in den Gründungsmotiven der grünen Partei. Es war der Kern des Aufbegehrens, der moralische Prinzipien nicht der Opportunität und ökologisches Überleben nicht kurzfristigem Wohlstand opfern wollte. Es waren bürgerlicher Stolz und bürgerliche Bescheidenheit, die das Eigeninteresse hinter die Interessen des Gemeinwohls und der Zukunft stellten. Und wer die Protagonisten von 68 oder die politische Trägerschicht der Grünen heute einmal durchmustert, wird überall auf jenes Herkunftsbürgertum stoßen, dem zwar Besitz, nicht aber Bildung, Verantwortungssinn und intellektuelle Reflexe ihrer Ursprungsklasse abhanden gekommen sind.

Dagegen spricht nicht, dass sich diese bundesdeutsche Linke in einer dezidiert antibürgerlichen Rhetorik gefiel. Im Gegenteil ist die Kritik am Bürgertum das hervorstechende Merkmal des bürgerlichen Intellektuellen von Anbeginn. Im Sturm und Drang des 18. Jahrhunderts wie im politischen Vormärz des 19. agitierten Bürger gegen das Bürgertum, es waren Schiller und Heine, Marx und Nietzsche, Adorno und Horkheimer allesamt Bürger, die das Instrument der Kritik gebrauchten. Mit einigem Recht hat man die Kritik als das eigentliche dynamische Moment des Bürgertums bezeichnet.

Kindertrotz gegen die Elterngeneration der 68er

Indes, wenn man nach dem Ursprung der Begriffsverwirrung forscht, die hinter der Rede von der neuen Bürgerlichkeit steckt, wird man ebenfalls auf die 68er stoßen. Was die Protestbürger als bürgerlich denunzierten, enthielt schon das komplette Sammelsurium weder logisch noch historisch zusammengehöriger Sachverhalte. Alles, was nach 1968 als überholt, rückständig, faschistisch oder einfach nur als umständlich und unsympathisch galt, wurde damals bürgerlich genannt. Bürgerlich waren die Ehe, die Familie, die Krawatte, die Höflichkeit, der Glaube an wissenschaftliche Objektivität oder den Sinn privaten Engagements. Manches spricht sogar dafür, dass man die Rede von der neuen Bürgerlichkeit nur verstehen kann, wenn man sie auf den ideologisch verzerrten Begriff von damals bezieht.

Es wäre allerdings auch in hohem Maße enttäuschend. Das Neue daran würde sich als bloßer Widerspruch und Gegenentwurf entzaubern, als Kindertrotz gegen die übermächtige Elterngeneration von 1968. Aber eine Aufmunterung ließe sich aus der entschlossenen Umwertung doch auch beziehen: dass die bürgerliche Freude an der steten Revision, mit anderen Worten, das Institut der Kritik vital geblieben ist. Diesen Gedanken müsste man stark machen gegen jene, die mit der Rede von der neuen Bürgerlichkeit gern einen Abschied von der kritischen Dreinrede verbinden würden. Denn nur wenn dieser Abschied gelingen würde, wäre es auch mit der bürgerlichen Gesellschaft endgültig vorbei.

Sind auch Sie ein Bürger? Der Fünf-Minuten-Eignungstest für die schöne neue Bürgerwelt

Handgenähte Schuhe sind
a) unabdingbar, um die Hühneraugen nicht zu beleidigen **5**
b) eine gute Geldanlage, denn sie halten länger als Sneakers von Nike **4**
c) ein probates Mittel gegen die Kinderarbeit in den Schuhfabriken Bangladeschs **10**
d) hilfreich für das Treten nach unten **0**

Was halten Sie von Hausmusik?
a) Meine Familienplanung ist natürlich so angelegt, dass wir wenigstens Mozarts *Gran Partita* in unserem Wohnzimmer aufführen können **10**
b) In unserer Altbauwohnung sind Blockflöten nicht erlaubt, sie stören die Nachbarn **2**
c) Nicht so viel, weil ein Cello so schlecht in den iPod passt **5**
d) Schreibt man Hausmusik nicht mit »-ouse«? **1**

Wie oft im Monat gehen Sie in die Oper, ins Theater oder Museum?
a) Bin Besitzer eines Premierenabonnements **10**
b) Überhaupt nicht mehr, seit ich nach einer Aufführung der *Bacchen* die Blutflecken aus meiner Festgarderobe nicht mehr herausbekommen habe. Außerdem bin ich allergisch gegen Kartoffelsalat und Naziledermäntel **5**
c) Einmal im Jahr in die »Nacht der Museen« **3**
d) Ich kann dienstags und mittwochs immer so schlecht, da ist Champions League **1**

Zigarren sind
a) für mich ein Grundnahrungsmittel wie Barolo und Hummer **7**
b) das Einzige, wofür man Fidel Castro lieben kann **3**
c) ein noch größeres Phallussymbol als das World Trade Center **5**
d) ein Scheidungsgrund **10**

Sollten Kinder Gedichte auswendig lernen?
a) Ja, warum soll es ihnen schlechter gehen als mir? **10**
b) Ja, warum soll es ihnen besser gehen als mir? **0**
c) Ja, dann quatschen sie wenigstens keine Opern **3**
d) Ja, dann werden sie vielleicht so erfolgreich wie Bushido mit seinen Spacken-Kacken-Reimen **5**

Wie viel Prozent Ihres Einkommens stiften Sie für wohltätige Zwecke?
a) Mit solchen Fragen wenden Sie sich bitte an den Geschäftsführer unserer Familienstiftung **10**
b) Ich gebe alles, solange die Bettelbriefe in alter Rechtschreibung verfasst sind **7**
c) Jetzt habe ich es endlich geschafft, meine mühsam verdienten Kröten auf den Kayman-Inseln in Sicherheit zu bringen, und da kommen Sie! **0**
d) Welches Einkommen? **5**

An wen oder was glauben Sie?
a) Ich glaube an den Heiligen Geist, die heilige katholische Kirche, Gemeinschaft der Heiligen, Vergebung der Sünden, Auferstehung der Toten und das ewige Leben. Amen **10**
b) Alles Lob gebührt Allah, dem Herrn der Welten, dem Allerbarmer, dem Barmherzigen, dem Herrscher am Tage des Gerichts! Dir (allein) dienen wir, und Dich (allein) bitten wir um Hilfe. Führe uns auf den geraden Weg, den Weg derer, denen Du Gnade erwiesen hast, nicht (den Weg) derer, die (Deinen) Zorn erregt haben, und nicht (den Weg) der Irregehenden **10**
c) An den Manufactum-Katalog **4**
d) An die Deutsche Bank, denn die zahlt in bar aus **1**

Das humanistische Gymnasium ist
a) die wahrhaft größtmögliche Annäherung an das Paradies auf Erden **6**
b) ein ernster Fall für Human Rights Watch **5**
c) doch von der rot-grünen Regierung abgeschafft und durch *Lesen!* mit Elke Heidenreich ersetzt worden, oder nicht? **2**
d) Tu regere imperio populos romane memento hae tibi erunt artes pacique imponere morem parcere subjectis et debellare superbos **10**

Die Auswertung des Bürger-Tests:
0 bis 20 Punkte: Sie haben noch einen weiten Weg vor sich. Lesen Sie zehnmal die *Buddenbrooks,* und versuchen es dann noch einmal!
21 bis 40 Punkte: Wenn Sie jetzt noch Ihren VW Polo durch einen Bentley ersetzen, sind Sie fast am Ziel.
41 bis 60 Punkte: Glückwunsch, Sie sind ein Bürger, wie die Welt ihn braucht. Die nächste Ausgabe der *ZEIT* wird den Code Ihrer DNS in ihrem Feuilleton veröffentlichen und Sie an den Klonforscher Hwang überweisen, damit es mehr Menschen wie Sie geben kann.

50 KLASSIKER DER MODERNEN MUSIK

Eine Nebelwand

Der Komponist György Ligeti mag Labyrinthe. In seiner Musik kann man hören, wie gerne er sich in unübersichtlichen Wegverästelungen versteigt, wie er es liebt, das Ohr mit verhakten Rhythmen zu verwirren und Motive so zu verknoten, dass keiner mehr durchblickt. Warum einfach, wenn es auch kompliziert geht? Wobei das Einfache und das Komplizierte in seinen Kompositionen manchmal verblüffend nahe beieinander liegen.

Ligeti kennt sich aus mit Sackgassen. Wenn nichts mehr geht, wenn es scheinbar kein Vor und Zurück mehr gibt, hat er immer noch einen Kniff parat. Die Neue Musik in den fünfziger Jahren hatte sich in eine solche Ausweglosigkeit manövriert: Ein strenges Ordnungsdenken, aus Arnold Schönbergs Erfindung der Zwölftontechnik entwickelt, griff damals auf alle Aspekte des Komponierens über. Man versuchte neben der Tonhöhe auch Tondauer, Klangfarbe oder die Lautstärke mit Reihenstrukuren zu kontrollieren. Die Musik drohte an ihrem Systemzwang zu ersticken. In dieser festgefahrenen Situation erschien György Ligeti mit seinem Orchesterstück *Atmosphères.* Die Uraufführung bei den Donaueschinger Musiktagen 1961 geriet zu einer Sensation.

In *Atmosphères* tut sich eine mächtige Nebelwand aus Klang auf, die undurchdringlich dicht ist und sich nicht zu bewegen scheint. Wie eine Milchglasscheibe schiebt sie sich vom ersten Takt an vor das Ohr, das vergeblich nach vertrauten Konturen sucht. Weder Rhythmen noch ein metrischer Puls, noch motivische Verlaufsformen sind zu erkennen. Es gibt nur diesen satten, sinnlichen, vollorchestralen Klang, der sich zehn Minuten lang wie eine Wolkenformation im Zeitlupentempo verändert. Er nimmt unterschiedliche Dichtegrade und Farbintensitäten an, wölbt sich zu schrillem Hochton-Gleißen oder grollt dunkel massig in tiefsten Lagen, er vibriert wie aufgeheizte Luft oder verdünnt sich zum lichtschwachen Oszillieren. Man lauscht einem großen Zerstäubungsprozess, als habe sich der ganze Konstruktionsehrgeiz der Serialisten in Dampf aufgelöst.



05
GYÖRGY LIGETI: ATMOSPHERES

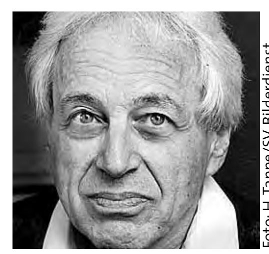


Foto: H. Tappe/SV-Bilderdienst

Aber der Clou der Kompositionen besteht darin, dass Ligeti das Elaborierte keineswegs an das Simple verrät, sondern im Gegenteil die Ausdifferenzierung auf die Spitze treibt – um sie in eine neue Klangqualität umschlagen zu lassen. Die Partitur umfasst 87 Einzelstimmen. Sie offenbart ein unendlich feinfaseriges Motivgewebe. Ligeti spricht von einer »übersättigten polyphonen Struktur«. Und das mikroskopische Flirren der Linien erzeugt in seiner Gesamtheit den Eindruck einer statischen, gleichwohl faszinierend schillernden monolithischen Großform. Der Filmregisseur Stanley Kubrick hat den Klang von *Atmosphères* berühmt gemacht, indem er ihn mit zwei anderen Ligeti-Stücken als Soundtrack in seinem Kinoklassiker *2001 – Odyssee im Weltraum* einsetzte. **CLAUS SPAHN**

György Ligeti: Atmosphères
Berliner Philharmoniker, Ltg. Jonathan Nott, Teldec/Warner 8573882612



Abb.: Franz Schubert bei Landpartie / Gemälde von E. A. Hofmann, um 1920 / akg-images

Die Todesart spielt keine Rolle

KLASSIK: Wenn Christian Gerhaher Schubert-Lieder singt **VON CHRISTINE LEMKE-MATWEY**

Acht Strophen und nach jeder, schon nach der allerersten, könnte das Lied wieder zu Ende sein. Weil alles gesagt ist und der Tod längst beschlossene Sache. Weil es keinen stilleren Ort gibt auf der Welt als den Grund eines Meeres oder Baches oder Sees. Und weil Melancholie, wenn überhaupt, nicht anders klingt als so. Schuberts *Des Fischers Liebesglück* ist eine verführerische Selbstmordfantasie, die ganze *Schöne Müllerin,* wenn man so will, in sechs Minuten. Zu oft sollte man dieses Lied allerdings nicht hören: Sein tändelnder Rhythmus, seine bittere Ironie würden einen »tief unter den Pfaden / Des gleitenden Kahns« wohl am liebsten mit ertränken. Oder »hoch überm Gefunkel / Der Sterne« der Welt entrücken. Die Todesart, sie spielt hier keine Rolle.

Wenn Christian Gerhaher und Gerold Huber (am Piano) dieses *Liebesglück* besingen, dann kann man buchstäblich nichts anderes als Schubert denken. Nicht die Zukunft des Liedgesangs steht hier, wie so oft, zur Debatte und auch nicht die Frage, ob diese Zukunft jenseits jeden Fischer-Dieskau-Sounds nicht längst im Marthaler-Theater zu suchen ist, in der Romantik jener armseligen, in Perserteppiche gewickelten, aus Flügelbäuchen grüßenden Hosenträgergestalten mit den dürren Stimmchen. Schubert denken also, ganz pur, sehr streng und manchmal eine Spur zu akademisch, mit gepflegtem, sanftem, fast zärtlich-tenoral schimmerndem Lieder-Bariton, mit sensibler Anschlagskultur. Schubert denken, das heißt: die politische Dimension seiner poetischen Fluchtgebärden begreifen, das Klima der Metternich-Restauration in Betracht ziehen, die ihn der »Verbalinjurien und Beschimpfungen gegenüber der Obrigkeit« bezichtigt; auch die astronautische Einsamkeit sehen, die hinter allen Schubertiaden, allem gesellschaftlich-geselligen Holdrio steckt; und die Lebensverzweiflung über das Kranksein erahnen, darüber, für das bisschen eigene Sehnsucht derart bestraft worden zu sein. Man glaubt es Gerhaher, dem studierten Mediziner und Philosophen, dass er um diese Dinge weiß.

Abendbilder nennt er mit Schuberts Textdichter Johann Petrus Silbert seine neue CD, und so problematisch derlei Titeleien bisweilen sind (bei 2001 wird gerade die Hyperion-Schubert-Edition verramscht, die ausschließlich nach diesem Prinzip funktioniert), so grandios, weil dramaturgisch einleuchtend sind die Fundstücke, die die beiden darunter zutage fördern. *Drang in die Ferne* beispielsweise reflektiert in emphatischen Moll-Rückungen und als könnte das lyrische Ich nur mühsam an sich halten, Schuberts *Traum*-Erzählung von 1822, die Abrechnung mit dem Vater: ein einziger musikalischer Ausbruchsversuch, früh zum Scheitern verdammt. Und der *Winterabend* nach Karl Gottfried Ritter von Leitner singt – neben Bekanntem wie *Musensohn, Zügenglöcklein* und *Du bist die Ruh* – eine so schmerzverzückte Hymne an die Nacht, dass man sich fragt, ob dieser Schubert am Ende nicht vielleicht doch Recht hat – mit seiner Weltangst, seiner ganzen ungestillten Lebenslust: »Es ist so still, so heimlich um mich. / Die Sonn' ist unter, der Tag entwich. / Wie schnell nun heran der Abend graut! / Mir ist es recht, sonst ist mir's zu laut.«

Christian Gerhaher/Gerold Huber: Abendbilder
Lieder von Franz Schubert
RCA 82876777162

HÖRBUCH

Letzte Gesichter

Dreizehn Menschen werden auf diesen zwei CDs porträtiert, dreizehn Menschen, die in einem Hospiz die letzte Station ihres Lebens gefunden haben. Alle wissen um ihr bevorstehendes Ende, einige wehren sich, einige hoffen noch. *Noch mal leben vor dem Tod,* so haben die Journalistin Beate Lakotta, 1965 geboren, und der Fotograf Walter Schels, geboren 1936, ihre Edition überschrieben **(Noch mal leben vor dem Tod.** Wenn Menschen sterben; gelesen von Beate Lakotta und Matthias Brandt; tacheles/Roof Music, 2 CDs, 155 Min., 24,90 €). Mit Tonband und Kamera haben sie über Wochen in drei Hospizen in Berlin und Hamburg die Menschen begleitet, sie fanden offene Aufnahme. Im Hospiz herrscht keine Grabesruhe, Hospize sind »Lebensorte für Sterbende«: »Wir waren beeindruckt davon, wie tapfer viele Menschen in dieser Situation sind.«

Gelungen sind hier – auf eine vielleicht wunderbare Weise – dreizehn Porträts, die das Sterben ins Leben holen. Keine falsche dokumentarische Nähe durch Originaltöne, kein Flüstern will Pietät erzeugen. Nicht ohne Vorsicht, doch beherzt und in mittlerer Tonlage lesen Beate Lakotta und Matthias Brandt. Rückblicke auf das gelebte Leben und Beobachtungen des gegenwärtigen Sterbens verschmelzen zu Epitaphen, auf denen Träume und Wünsche, Erlebnisse und alltägliche Begebenheiten ihren Platz finden: »Wir waren ja immer in den Koffern. Die Reisen waren das schönste.« Was man beim Hören dieser Texte erleben kann: wie manchmal in der Sprunghaftigkeit des Gesprächs alles doch sich ordnet, wie einfache Sätze zu ihrer Größe finden: »Ich genieße jeden Tag, an dem ich noch da bin.«

Die Fotografien von Walter Schels zeigen die Porträtierten doppelt: kurze Zeit vor ihrem Tod und als Verstorbene. Bilder aus der Nähe, Bilder der Ruhe und Erlösung. Selbst im dünnen quadratischen Beiheft entfalten sie ihre Wirkung. Inmitten der Auflösung althergebrachter Formen und Rituale, der unsicheren, bisweilen hilflosen Versuche, neuen Umgang mit dem Sterben zu finden, erscheint dieses Hörbuch wie ein Plädoyer gegen die Tabugrenzen, die wir heute ziehen. Es ist, ihrer Befangenheit bewusst, eine Expedition in einen gemiedenen Bereich. Frau Pachollek schaut auf den Supermarkt vor ihrem Fenster. Die Kunden strömen ein und aus, sie sagt: »Als würden die ewig leben.« **RAINER OSTEROTH**

Im Flug das Schöne treffen

JAZZ: Der Bassist Barry Guy und seine kristallinen Kreuzungen von Improvisation und Komposition **VON KONRAD HEIDKAMP**

Wer sich ständig zwischen den Welten aufhält wie Barry Guy, wird meist übersehen. *Outer Limits* überschreibt die Musikzeitschrift *Wire* einen Teil ihrer Rezensionen, und genau dort steht der englische Bassist seit seinem Auftauchen Mitte der sechziger Jahre. Wer nach dem Schulabschluss in die Lehre eines Architekten geht, der gotische Kirchen restauriert, und sich im Musikstudium mit Leuten befreundet, die Mathematik lieben, der spielt mit Gegensätzen, bis Leben und Musik danach klingen.

Mit kurzem schlohweißen Haar zum lederjackigen Körper, der davon erzählt, dass hier einer seinen Bass lebenslang durch die Welt gehoben hat, ist Barry Guy der schlagende Beweis wie Sensibilität und vibrierende innere Ekstase in eins gehen. *Folio* nennt er das einstündige Werk für zwei Geigen, Bass und Kammerorchester, und selten sind zeitgenössische Musik, Improvisation und die Wärme einer Barockvioline so zusammengekommen, um die Schönheit herauszufordern. Inspiriert wurde das Werk durch ein Theaterstück von Nicolai Evreinov (1879–1953) mit dem Titel *The Theatre Of The Soul* von 1912. Drei Charaktere – Gefühl, Ratio und das Unbewusste – reiben sich aneinander, die Rollen sind auf Barockvioline (Maya Homburger), Violine (Muriel Cantoreggi), Bass (Barry Guy) und das Münchner Kammerorchester unter Christoph Poppen verteilt, und doch bleibt das eine Randbemerkung. Hier trifft ein Geigenchor auf die sprengende Kraft eines Klangsuchers, hier begegnen sich *Tiger and Dragon.* Wie im Flug nähern sich Geige und Bass, streichen dicht über den Orchesterwellen und ziehen wieder nach oben. Es ist ein Sprechen, ein Bogenkampf in den Lüften, leicht und schwer. Die Klänge laden sich gegenseitig auf, explodieren oder streifen unbehelligt vorbei, ein Streicheln vielleicht. Die Geigen schöpfen aus einem Pool von Themen, der Bass improvisiert, das Orchester grundiert flirrend – Barry Guy hat vereint, was im Vorgänger *Dakryon (Homburger, Guy, Favre; Maya Recordings 501)* angelegt war.

Meist lächelt Barry Guy, er hat alles gespielt: ein Orchester voll Solisten, Trios in allen Schattierungen, Duos mit Freund und Feind, Solos mit Pizzikato und wirbelnder Bogentechnik, er hat Gemälde in Töne verwandelt und Töne in Klangbilder, *er* ist der Bassist der Moderne. Das ist zu viel Leben, um damit auch noch bekannt zu werden.

Barry Guy: Folio (ECM New Series 1931)

Die ZEIT empfiehlt

Neue Kino-DVDs

Hubert Sauper: Darwins Alptraum
Sunfilm; 1 DVD, 107 Min.
Der Victoriasee als stinkende Globalisierungskatastrophe: Waffen gegen Fisch. Nach diesem beeindruckenden Dokumentarfilm wird man erst mal keinen Nilbarsch mehr kaufen

Jørgen Leth: The Five Obstructions
Good movies/Arsenal; 1 DVD, 90 Min.
Der sadistische Lars von Trier stellt seinem Regiekollegen Jørgen Leth fünf Aufgaben. Eine gemeiner als die andere. Und er sieht aus wie ein versoffenes Monster

Tim Burton, Mike Johnson: Corpse Bride
Warner Home; 1 DVD, 90 Min.
Ein wunderbar makabrer Puppentrickfilm. Wer hätte gedacht, dass man so zärtlich auf eine angefressene Leichenbraut blicken kann

Barockoper im Schüttelfrost

Zwei Premieren in Berlin: Sebastian Baumgarten schlachtet an der Komischen Oper Händels »Orest«. Alain Platel zeigt Monteverdis »Marienvesper« an der Lindenoper als Verrenkungstheater

VON CLAUS SPAHN



HERMIONE (Valentina Farcas) schaut in der Berliner »Orest«-Inszenierung auf ihr gequältes Doppel-Ich

Foto: Monika Rittershaus

Haben wir uns nicht langsam satt gesehen an der Barockopern-Mode, die seit den neunziger Jahren an den Theatern so unglaublich gut ankommt? An den himbeerroten und zitronengelben Bühnenbildern, den mondän hochtoupierten Frisuren und der vielen grellen Schminke? An Inszenierungen, in denen sich die Herrscherfiguren regelmäßig in lächerlich verzappelte, kleine Machtkasper verwandeln und sexgierige Vamp-Frauen zur Liebesarie ihre Edeldessous zeigen? An den Ketchup-Spritzern, mit denen das Grausige gern drastisch dekoriert wird, und an unvermeidlichen tragikomischen Transenauftritten der Countertenöre? Die Barockoper kommt heutzutage am liebsten hochhackig daher, schillernd zwischen Trash und Pathos, an Äußerlichkeiten spart sie zuletzt. So ist sie ein gern gesehener Gast an den Staatstheatern.

Dabei ist es doch nur eine Regiebehauptung, dass das Schrille, Poppige und Klamottige zu einer Oper von Georg Friedrich Händel gehöre wie die Triller und Rouladen zu einer Bravour-Arie. In Berlin hatten in der vergangenen Woche zwei Musiktheaterproduktionen Premiere, die von solchen Oberflächenreizen nichts wissen wollen. Der belgische Choreograf und Theatermacher Alain Platel hat sich an der Staatsoper Unter den Linden an einer Adaption von Claudio Monteverdis *Marienvesper* versucht, und der Regisseur Sebastian Baumgarten hat mit dem Dirigenten Thomas Hengelbrock Händels *Orest* an der Komischen Oper auf die Bühne gebracht. An beiden Abenden wird der gut geölten Barockopernmaschinerie krachend in die Speichen gegriffen, als sei man wild entschlossen, die alten Grundsatzfragen noch einmal völlig neu zu stellen: Warum wird in der Oper überhaupt gesungen? Was müssen das für innere Ausnahmezustände sein, die ein Rezitativ-Parlando urplötzlich in eine hochfahrende Arie umschlagen lassen? Und welche menschlichen Stimmungslagen sprechen sich in Monteverdis Sakralmusik aus, die vor Ausdruckslust geradezu vibriert?

Pfingstliches Zungenreden in einer exaltierten Körpersprache

Platels Tänzer geben die Antwort nur mit ihren Körpern. Ein Mensch im einarmigen Handstand, die Beine bizarr um den Rumpf geknotet, der Kopf in Verzückung verdreht, das ist so eine Ausformung extremer Monteverdi-Ergriffenheit bei Platel: knochenbrecherische Verrenkungen als Ausdruck eines die Schmerzgrenzen testenden Expressivitätswillens. Wie der singende Mensch bei Monteverdi zu leidenschaftlicher Individualität erwacht, so machen sich die Tänzer euphorisch Ich-Knoten in die Extremitäten. Von heftigen, kollektiven Schüttelanfällen werden sie erfasst, als führen ihnen die erregten Gesangstremoli unmittelbar in die Glieder. Wie Zitteraale zucken sie über die Bühne, aufgeladen von einer geheimnisvollen Energie, die stärker ist als jede Selbstkontrolle.

Für Monteverdi war die *Marienvesper* ein Referenzwerk, in dem er alle Register seiner musikalischen Möglichkeit zog, sie diente ihm als inoffizielles Bewerbungsschreiben auf eine Stelle am San-Marco-Dom in Venedig, die er drei Jahre später auch antreten durfte. Und mit dem gleichen unbedingten Elan, mit dem sich der Komponist an sein Opus magnum machte, stürzen sich Platels Tänzer in ihre *Vespero*-Choreografie – mit der Bereitschaft zur Totalverausgabung, sich ausrasend bis zum Gehtnichtmehr. Es ist ein pfingstliches Zungenreden in exaltierter Körperkunstsprache.

Wobei Ekstatisches mitunter ins beklemmend Hysterische umschlägt: Dann winden sich die Protagonisten in qualvoller Seelenpein. Der Dürstende wird so heftig von Zuckungen durchgeschüttelt, dass er minutenlang vergeblich versucht, eine Flasche mit dem rettenden Wasser zum Mund zu führen. Und während eine Sopranstimme schleifenartig die erste Gesangszeile des *Magnificat* intoniert, fallen die Tänzer mit geöffneten Hosen und gehobenen Röcken in eine bizarre Masturbationstrance. Manisch rubbeln sich alle im Schritt, die Hüften erzittern, die Münder öffnen sich zum befreienden Schrei. Aber die Mutter Gottes gewährt keine Erlösung.

Eine solche Monteverdi-Fantasie hat man noch nicht gesehen. Sie mag spekulativ sein, aber ihrer theatralischen Wucht kann man sich nicht entziehen. Wie der Komponist in seiner Partitur konventionsverachtend über den Stil der Zeit hinweggefegt ist, so entwickelt auch Alain Platel sein Tanztheaterprojekt: als riskanten ästhetischen Wurf, manieristisch und obsessiv. Seltsam nur, dass die Musik dabei unter die Räder kommt. Der originalen Monteverdi-Satzkunst mochte Platel nämlich nicht vertrauen. Der Saxofonist Fabrizio Cassols hat eine Art Tanzcombo aus Zinken, Barockposaunen, Zigeunergeige und Schlagzeug zusammengestellt und die Musik ins Improvisatorische fortgeschrieben. Vom Original bleibt am Ende nicht viel. Die *Marienvesper* wird zum Ethno-Fado-Cooljazz-Mix umarrangiert, ohne dass ein Sinn in dieser Bearbeitung erkennbar ist.

Der Taurerkönig Thoas wird verspeist

Thomas Hengelbrock setzt da an der Komischen Oper in Händels *Orest* einen ganz anderen musikalischen Sog in Gang. Mit markanten Akzenten auf den unbetonten Taktteilen stürmt er durch das Stück, um die Atmosphäre im nächsten Augenblick mit folterspitzen Staccati erstarren zu lassen. Hier mischt er in einer Arie das fahle Grau der Depression in den Streicherklang, und dort stachelt er den Hass mit rau geschmirgelten Begleitfiguren an. Zu einer Perlenkette aus wohl geformten Gesangsnummern rundet sich die Barockoper bei ihm nicht. Eher schon gleicht dieser *Orest,* den Händel 1734 als Pasticcio aus Bruchstücken anderer Erfolgswerke zusammengepuzzelt hat, dem roh Gehackten, das die Göttin Artemis in einer Videozuspielung den ganzen Abend über zu Blutsuppe verarbeitet.

Hengelbrock und sein Regisseur Baumgarten sehen in dem Stück ein »offenes Kunstwerk«, das zu Bearbeitung, Zuspitzung und Fragmentierung herausfordere und dem mit avantgardistischen Theatermitteln zu begegnen eine Chance sei. Zum Beispiel in der Instrumentierung der Rezitativbegleitung: Anstatt eines Cembalisten oder Lautenisten sitzen bei ihnen zwei mürrische Matrosen auf der Bühne und spielen zwischen den Arien traurige Töne auf Balalaika und Akkordeon. Wunderliche Zirpfrequenzen bringen sie auf ihren Instrumenten hervor, nervtötende Betonbohrgeräusche und verröchelnde Schnarchklänge.

Ein Blick über den unbehausten Bühnenverhau aus Resopaltischen, Käfigzellen und dem im Hintergrund postierten Orchester genügt, um zu erkennen, dass die humanistische Veredelung, die Goethe dem *Iphigenie*-Stoff angedeihen ließ, hier noch weit weg ist. Baumgartens Händel-*Orest* erzählt nur von der barbarischen Antike, von Gewalt und den im Hass rettungslos ineinander verkrallten Helden. In diesem Tauris wühlt Philoktet in einer blauen Mülltüte voll Menschenschlachtabfällen, während er seine Arie vom Vöglein trällert, das keck sein kann. Und König Thoas selbst, ein fieser ukrainischer Frauenverschlepper mit offener Hemdbrust und Zuhälterketten, wird am Ende in Stücke zerrissen und verspeist. Knochen nagend, tanzen die Überlebenden um seine Überreste.

Im Grunde ist die ganze Produktion eine fachgerechte Händel-Hausschlachtung. Baumgarten und Hengelbrock zerlegen das Pasticcio in Einzelteile und lassen ihm das Handlungsfett aus, bis nur noch Knochen und Sehnen übrig bleiben – immer auf der Suche nach dem blutigen Kern des Stoffes. Kein angenehmer Abend, aber so packend hat schon lange keine Regiearbeit mehr in den Widersprüchen der Operngattung gewühlt. Vielleicht stellt sich gerade deshalb die Frage nach dem Warum des Singens nie: Iphigenie (Maria Bengtsson) hat sich die Unterarme blutig gekratzt, so groß ist ihre Seelennot. Sie kann gar nicht anders, als ihre Verzweiflung in Kantilenen herauszuschleudern. Orest (Charlotte Hellekant) wird Wodka in die offenen Wunden geschüttet, bevor er in eine Schmerzensarie ausbricht. Pylades (Finnur Bjarnasson) singt sein ergreifendes Sterbe-Lamento, nachdem man ihm das Haar von der Kopfhaut gerissen und ihn eine Guantánamo-Häftlingsmontur gesteckt hat. Und Hermione, das naive West-College-Girl, das sich in den brutalen Osten verirrt hat, tritt in der Arie »Ich kann nicht sagen, wie schlimm ich leide« im wahrsten Sinne des Wortes neben sich. Thoas hat sie bei lebendigem Leibe in einem Pappsarg begraben, und auf einem Videobild sieht man, wie sie verzweifelt gegen den zugetackerten Deckel trommelt. Aber gleichzeitig steigt sie als Abspaltung ihres eigenen Ichs singend aus der Kiste, legt ihre Perücke ab und verweigert sich fortan ihrer Rolle. In solchen Szenen spürt man, wie viel Experiment die Barockopernform in ihrer faszinierenden Künstlichkeit verträgt. Vom bonbonbunten Augenfutter, das anderswo die Händel-Bühnen füllt, will man nach diesen Berliner Premieren vorerst nichts mehr wissen.

BERICHTIGUNG

In dem Beitrag »Imperiale Wehmut«, erschienen in der ZEIT der vorigen Woche, sind zwei Namen verwechselt worden. Das Deutsche Forum für Kunstgeschichte in Paris wird nicht, wie in dem Artikel vermerkt, von Peter Gaehtgens geleitet. Vielmehr leitet es sein Bruder, der Kunsthistoriker Thomas W. Gaehtgens. Wir bedauern die Verwechselung.

Horror im Hause Papenberg

Ein Familienschocker: In Berlin inszeniert Thomas Ostermeier die »Elektra«-Tragödie von Eugene O'Neill VON GERHARD JÖRDER

Ihm schwebe »ein modernes psychologisches Drama mit einer alten Sagenhandlung der griechischen Tragödie als Hauptthema« vor, so Eugene O'Neill 1926 in seinem Werktagebuch. Fünf Jahre später war aus dem Plan ein Stück Bühnengeschichte geworden: Die New Yorker Uraufführung von *Trauer muss Elektra tragen* brachte dem Autor einen bejubelten Erfolg und dem Theater des 20. Jahrhunderts einen seiner größten Seelenreißer ein.

O'Neill wagte den Zeitensprung: Er holte die *Orestie* des Aischylos ins 19. Jahrhundert, ins Amerika der Sezessionskriege. Am Beispiel der Generalsfamilie Mannon dekliniert er die Atridensage durch, die Selbstauslöschung einer Familie. Und das liest sich fast wie die dramatisierte Version der Freudschen Psychoanalyse.

Das Pedantische, beinahe Lehrbuchhafte der Dramentrilogie schreckt heutige Regisseure ab. Ohnehin steht die Sparte »Psychologisches Theater« bei den Jüngeren unter Generalverdacht: als Theater von gestern, antiquierte Seelenkunde. Trotz attraktiver Rollen wird das Stück nur selten gespielt. Nun hat es Thomas Ostermeier an der Berliner Schaubühne doch versucht. Mit prominenter Besetzung (Susanne Lothar als ehebrecherische Mutter, Thomas Thieme ein finsterer Familienpatriarch, Katharina Schüttler, die Tochter, als schwarzer Racheengel) und einer neuen Textfassung des Hausautors Marius von Mayenburg.

Wieder ein Zeitensprung: Die Atridentragödie ist im Deutschland von heute angekommen. Generationenkrieg, Geschlechterkampf, sexuelle Raserei und Mord ereignen sich im schicken, gläsernen Bungalow der Familie Papenberg. Meist ist es Nacht, die Drehbühne ist oft in Fahrt.

Stichwort »Psychologie«. Ostermeier gehört nicht zu denen, die den je neuesten Theaterdiskursen hinterherrennen und überzeugt sind, das Thema sei »durch«. Gerade mit Ibsen-Dramen, mit *Nora* und *Hedda Gabler*, glückten ihm die größten Erfolge. Seine *Elektra* versteht er als Fortsetzungsexpedition ins vertraute Krisenterrain spätbürgerlicher Familienneurosen. Ostermeier inszeniert moderne Mentalitätsgeschichte im Serienformat.

Natürlich misstraut auch er dem traditionellen psychologischen Theater. Man kann das verstehen. Jeder erinnert sich an Abende, wo Seelenqualen mit heiliger Wollust zelebriert wurden und Schauspieler ihr komplettes mimisches und gestisches Repertoire aus dem Besteckkasten holten, vom Wimpernzucken bis zur delikat gekrümmten Fingerkuppe. Selbst der Blick in den Abgrund konnte in diesem Theater noch wohlige Empfindungen erzeugen. Zu viel Könnerschaft auf der Bühne generiert falsche Behaglichkeit im Parkett. Wo alles erklärt wird, verliert das Furchtbare seinen Schrecken.

Paradoxe Erkenntnis: Zu viel Psychologie tut dem psychologischen Theater nicht gut. Das erklärt Ostermeiers Berührungsangst. Was aber jetzt in der Schaubühne passiert, ist ebenso fatal: denn zu wenig Psychologie, glaubhafte, nachvollziehbare, ernst zu nehmende Psychologie, verkürzt das Drama eines pathologischen Trieblebens zum bloßen Schocker. Zur Kolportage. Zur monströsen Gaudi. Zum Langweiler.

Dabei gab es zu Beginn des Dreieinhalbstunden-Marathons noch starke, stille Momente. Dann vor allem, wenn die großartige Susanne Lothar ihren Mutter-Part zwischen Elendsblässe und raubtierhaften Kampfreflexen beklemmend balanciert: eine Sphinx des Leidens und der Lebensgier. Doch je länger der Abend währt, desto schriller tanzt der Horror. Man sieht letale Resultate (Mord mit Gift, mit Plastiktüte, mit Golfschläger), aber keine Begründungen dafür. Man hört Vogelgekrächz, Popsongs und Schüsse aus dem Off, aber kaum gesprochene Sätze, die einen emotionalen Zusammenhang begreifbar machen. Man erlebt in greller Folge Schreikrämpfe, Inzestanfälle, sexuelle Attacken, spürt jedoch nur kalte Distanz zu den verwirrten Leidenschaften, die dahinterstehen. Die Unterwäsche ersetzt das Unterbewusste. Doch was geht uns das an?

Spätestens wenn Susanne Lothar die Bühne verlässt, versickert jegliche Spannung. Alles Behauptung, Effekt, glatte Oberfläche. Zu sehen ist nicht der Niedergang einer Familie, sondern der Absturz einer Aufführung.


Foto: Barbara Braun/DRAMA

EINE SPHINX des Leidens – Susanne Lothar als Mutter in Weiß und Katharina Schüttler als Tochter


Foto: Sebastian Mayer/Labels Germany

UNHEIMLICHE Begegnung mit NMFarner

Songreiter, die wir sind

Die Berliner Band NMFarner verarbeitet das Stimmengewirr der Großstadt zu einem einzigartigen Sound

VON THOMAS GROSS

Berliner Supergroup«, das hören sie nicht so gern, weil: Was soll das schon heißen? Berlin: nicht schon wieder, nach all dem beschwörenden Gerede über den Sound der Hauptstadt. Super: auch nichts, was man sich außerhalb von Comics an die Brust heften möchte. Group trifft zu, aber Gruppen gibt es viele in Berlin, sie werkeln in Kellern und Wohnzimmern vor sich hin, ohne sich vorher über eine gemeinsame Haltung verständigt zu haben. Nein, als »Supergroup« lässt man sich allenfalls von Freunden ankündigen, was von außen drangepappt wird, sind »im Endeffekt Etiketten«. Sagt Norman Nitzsche und schaut sich um, was die anderen dazu sagen. Kein Einspruch, einverständiges Nicken: Nichts hasst diese Band so sehr wie Etiketten. Womit bereits ihr Alleinstellungsmerkmal benannt wäre.

Andere gehen mit der Strömung, hungern sich auf Idealmaße, sie suchen das Griffige und Hit-förmige, um mit an Bord zu sein auf dem großen Vergnügungsdampfer Unterhaltung. Bei der Band, die sich NMFarner nennt, ist alles andersrum. Keiner, der sich als Star isolieren ließe oder in Interviews das große Wort führte – auch wenn meistens Bassist Nitzsche redet. Auf Fotos präsentieren sie sich mit ausgekratzen Gesichtern oder als Silhouetten *from outer space,* deren Röntgenblick durch alles hindurchgeht, der Name – er steht für die drei Mitglieder Norman Nitzsche, Masha Qrella und Christian »Chriegel« Farner – ist ein Zungenbrecher, und handelsübliche Lebenshilfe darf man sich von ihrer Musik auch nicht erwarten. Dass ihre neue Platte *Das Gesicht* plötzlich im Rundfunk gespielt wird, und das landesweit, scheint niemanden mehr zu überraschen als ihre Erfinder. Schließlich stiftet sie bei maximaler Lautstärke bloß einen minimalen Konsens.

»Wir sind hier«, schreien sie gleich im ersten Stück zu brachialer Gitarrenbegleitung, als gelte es, einen Standort mit aller gebotenen Lautstärke öffentlich zu machen. Einen Nichtstandort, genauer gesagt, denn was soll das für ein »Wir« sein, das bloß von einem Endreim zusammengehalten wird und sich in einer einzigen Zeile schon fast erschöpft? Manche haben sich an die »Du bist Deutschland«-Kampagne erinnert gefühlt, wahlweise auch an eine Absage daran, die Gruppe selbst verhält sich solchen Vereindeutigungen gegenüber reserviert. »Wir sind keine Konzeptband, vieles passiert einfach so«, sagt Nitzsche. »Wir sind keine Songwriter-Band, die sich zu Hause was ausdenkt und dann nur noch in Musik umsetzt«, sagt Qrella. »Wir sind eher eine Songreiter-Band«, sagt Farner. »Wir reiten auf Themen herum, bis es ein Song wird«. Wenn »Wir sind hier« eine Bedeutung hat, dann liegt sie im Eigensinn: die Popband als eigene Gesellschaft mit eigener Moral.

Traditionen gibt es natürlich trotzdem. Schon Gruppen wie die amerikanischen Residents arbeiteten mit Identitätsverfremdungen, junge deutsche Bands erweiterten in den Achtzigern und Neunzigern auch hierzulande die Vorstellung dessen, wovon ein Popsong handeln soll und darf. Die Musik von NMFarner hat viele Wurzeln: im internationalen Antipop, im seltsam autistischen Lärm Berliner Lokalgrößen wie Mutter, im Diskurspop der Hamburger Schule, wo Alltagsgespräche zu Slogans wurden und Kommunikationskürzel vom Rand der Gespräche in die Mitte der Stücke wanderten. Um die Macht von Parolen ging es, der Debattierzirkel, den eine funktionierende Popgruppe immer auch darstellt, generierte eine Stilistik, die Nitzsche aufgreift, wenn er mit dieser gewissen Großstadthysterie in der Stimme von einem Mädchen singt, das »neu hier« ist, oder die Geschichte vom Mann erzählt, der aus dem zehnten Stock eines Hochhauses springt, aber nie unten ankommt.

Wobei »erzählen« schon zu viel gesagt ist. Auch NMFarner-Songs kommen nie bei dem an, was sie an Thematik vor sich herwälzen. Statt irgendwann ein Zentralmotiv anzusteuern oder in den sicheren Hafen eines Refrains einzumünden, zelebrieren sie den Spaß am Unklaren und Zweideutigen. Schraffuren und Skizzen überall. Das Schlagzeug peitscht das Geschehen voran, die Gitarre treibt metallische Splitter in die Melodien, der Gesang wechselt von einer Sprecherposition zur anderen und von einem Bandmitglied zum nächsten. Ich, du, er, sie, es, wir, ihr, was an Perspektiven möglich ist, wird ausprobiert, alle zwei Minuten wechselt der Rhythmus, und wenn gar nichts mehr geht, bleibt immer noch eine Silbe zum Zerdehnen: »Wiiiier, wir sind hiiiiier.« Song-Schreiben, das ist hier tatsächlich ein Ritt auf dem Thema, ein Projekt mit ungewissem Ausgang.

Doch so wenig es Botschaften gibt, so konkret bezieht der Sound sich auf ein Milieu: die Künstlerboheme in ihren improvisierten Galerien, Clubs und Ladenlokalen, eine Szene im Dauerexperiment. Gerade in ihrer Weigerung, sich mit dem Mainstream verrechnen zu lassen, sind die drei von NMFarner nicht untypische Exemplare einer Berliner Renitenz, die schon immer anziehend auf Kräfte von außerhalb gewirkt hat. Wie alle Kreativberliner stammen sie mehrheitlich aus anderen Städten, Nitzsche aus Essen und Farner aus Zürich, wie alle sind sie in mindestens zwei Projekte involviert, Qrella als Solokünstlerin und Farner als Comiczeichner sowie Schlagzeuger in diversen Kontexten, und mit den üblichen hauptstädtischen Widersprüchen zu kämpfen haben sie auch. Für hohen persönlichen Einsatz wenig Geld zu bekommen, zum Beispiel. Oder als antiglamouröses Trio im glamourösen Stadtteil Mitte zu wohnen.

»Da, wo wir sind, ist die Miete eben noch billig«, sagt Nitzsche fast schon entschuldigend. Außerdem findet sich nirgends besseres Rohmaterial für die Stücke. Es ist der Klang der Wohnküchen und Ateliers, der den NMFarner-Sound grundiert, Gesprächsfetzen, wie sie durch offene Fenster dringen oder abends in der Bar vom Nachbartisch herübergeweht kommen. »Du sagst, du hast die Nase voll …«, »ich frag mich, kennst du schon …«, »ganz überraschend fühl ich mich ziemlich gut …« Diesen Songs zuzuhören ist, als würde man fremde Leute in ihrem Alltag belauschen. Sie geben sich Mühe, sie machen Pläne, doch alles bleibt unfertig und skizzenhaft: das Leben, eine Bastelarbeit. Oft findet sie auch noch unter erschwerten Bedingungen statt. »Wir hatten Kürzungen, ihr kennt das«, heißt es dann, oder »in der Nietenhose keine Penunze …« Wenn der Abend kommt, ist aus hochfliegenden Vorhaben oft »schon wieder nur eine Phrase geworden«.

Ein neuer Berlin-Hype lässt sich auf solche Klänge tatsächlich nicht gründen, vielmehr handelt es sich um Lebenszeichen aus einem Krisengebiet. Die Schicht, die für den Mythos der kreativen Metropole steht, spricht als Stimmengewirr aus dem Off. Die Parolen sind ihr längst ausgegangen, was bleibt, ist die Einrichtung in der Vorläufigkeit. Treffender als die drei von NMFarner hat bislang keine Band das Diffuse einer Existenz im ewigen Provisorium auf keinen Nenner gebracht. »Wir sind hier«, es könnte am Ende auch so viel bedeuten wie: Noch gibt es uns in dieser Stadt, bevor ungewisse Arbeitsverhältnisse uns in alle Winde zerstreuen. Viele schon hat man kommen und wieder gehen gesehen. »Hier kommen die Leute ja zu nichts«, sagt Chriegel Farner, »das Leben zehrt einfach zu sehr.« Wer nach Lehrjahren in der Boheme einen Job kriegt, zieht nach Frankfurt oder München.



Foto: TOBIS Filmverleih

COWBOYHÜTE sind hier immer noch der angesagte Stil: Jack (Jake Gyllenhaal) und Ennis (Heath Ledger) in den Bergen von Wyoming

Liebe als Duell

In dem Neo-Western »Brokeback Mountain« erneuert Ang Lee das amerikanische Freiheitsversprechen. Dafür bekam er drei Oscars. Acht hätte er verdient

VON EVELYN FINGER

Der meistgepriesene Film der Saison ist vielleicht auch der am gründlichsten missverstandene. Von einer »bahnbrechenden«, »revolutionären« Liebesgeschichte schwärmten die amerikanischen Kritiker, von einem schwulen Western, der gegen die Grundregeln des machistischen Genres verstoße. In Wahrheit ist *Brokeback Mountain* nicht Antithese, sondern Renaissance des Westerns. Er lässt den Mythos vom starken Naturburschen wieder aufleben. Er weckt die alte Sehnsucht nach einem *frontier*-Dasein jenseits der auf Konvention gebauten Städte. Er feiert die menschenleere Landschaft der Rocky Mountains und sympathisiert mit dem Typus des Außenseiters, der nur in der Weltabgeschiedenheit des Outbacks glücklich wird, in den Grenzen der bürgerlichen Gesellschaft jedoch verkümmert wie ein eingesperrter Wolf. – So bildet Ang Lee die zentralen Topoi des Genres beinahe sklavisch nach. Zugleich aber unterläuft er sie durch einen genialen Trick: Der taiwanesische Regisseur inszeniert die schwule Liebe als Gipfel des Nonkonformismus und erklärt sie damit zur naturgemäßen Passion des Westernhelden.

Brokeback Mountain handelt von zwei klassischen Vertretern dieser legendären Spezies: wortkargen, heimatlosen Prärierittern, die mit Pferden besser klarkommen als mit Menschen, die bei Regen mühelos ein Lagerfeuer anzünden, aber nur schwer ein Tischgespräch in Gang halten können, und deren gegenseitiges Begehren vielleicht der authentischste Ausdruck ihres Cowboytums ist. *»Not the marrying sort«* nennt man im Englischen Männer wie Jack Twist und Ennis del Mar, »zum Heiraten ungeeignet«. Diese Eigenschaft teilen die beiden mit allen großen Westernhelden, von Billy the Kid bis Butch Cassidy, von den John-Wayne-Sheriffs bis zu den Clint-Eastwood-Gangstern. Denn Heirat bedeutet für den Cowboy Kapitulation: Rückzug ins Wohnzimmer, Abschied vom Abenteuer. Liebe unter Männern jedoch birgt die Chance zur Apotheose: Rebellion gegen ein Tabu, das auch in der Wildnis gilt, Eroberung eines Freiraums, der auf der Landkarte der Neuen Welt nicht verzeichnet ist.

Die Geschichte beginnt 1963, irgendwo in den Bergen von Wyoming, und Ang Lee malt die sich anbahnende Romanze in hoffnungsvollen Farben. Der Rodeo-Reiter Jack (Jake Gyllenhaal) und der bärbeißige Farmarbeiter Ennis (Heath Ledger) sind in die Rockies gezogen, um Schafe zu hüten. Der Wald ist sehr grün, der Himmel sehr blau und das Wasser der Gebirgsbäche, wie könnte es anders sein, glasklar. Wenn die Kamera dem Blick der *lonesome cowboys* zum Horizont folgt, zeigt sie uns ein Marlboro-Idyll, das den einzigen Makel hat, ein bisschen zu viel Helligkeit und Optimismus auszustrahlen. Diese Helden auf ihren herrlichen Pferden, wie sie in den perfekten Tag hineingaloppieren! Doch Ang Lee wäre nicht Ang Lee, würde er das Klischeehafte nicht umgehend ins Subversive wenden. So erweist sich der heitere Anfang bald als trügerische Kulisse für einen kurzen Sommer der Anarchie, auf den die lebenslange Tragödie der Selbstverleugnung folgt.

Der Brokeback Mountain als Fata Morgana des amerikanischen Glücksversprechens: Wunderbar leicht entwickelt Ang Lee aus der archaischen Arbeit des Viehhütens die raue Verbundenheit zweier Westerner und aus ihrer Kumpanei eine Leidenschaft. Sie sind beide Underdogs, sie ernähren sich von Dosenbohnen, schießen heimlich einen Elch, spielen falsch Mundharmonika, heulen den Mond an. Und eines Nachts – die Whiskyflaschen sind leer, das Lagerfeuer ist runtergebrannt – kriecht Ennis zähneklappernd zu Jack ins Zelt. Dort ereignet sich die anrührendste Szene in der Geschichte des Genres, wobei es den grandiosen Darstellern gelingt, Cowboys als Liebende zu zeigen, ohne sie in ihrer Kantigkeit zu beschädigen: Nach der ersten Berührung fürchtet man als Zuschauer minutenlang, sie könnte doch noch in Mord ausarten. Denn der Sex, nach dem diese Männer gieren, steht in krassem Kontrast zu ihrem Selbstbild. Deshalb sind ihre Umarmungen ein jähes Umsichschlagen. Deshalb grenzen die Zärtlichkeiten, die sie einander zufügen, oft an Vergewaltigung.

Die Art, wie Jack und Ennis sich lieben, als handele es sich um eine Prügelei, ist jedoch mehr als eine Anspielung auf die Gepflogenheiten des Revolvermilieus. Es ist ein Hadern mit den eigenen Emotionen, Wut auf diese verbotene Liebe, gemischt mit dem Zorn darüber, dass sie keine Zukunft hat. »Das war eine einmalige Sache«, sagt Ennis am Morgen. »Geht keinen was an«, bekräftigt Jack. Darauf Ennis, mit drohendem Unterton: »Ich bin nicht schwul.« Jack: »Ich auch nicht.«

Wie zum Beweis werden sie später zwei hübsche Frauen heiraten, Kinder in die Welt setzen, das alte puritanische Spiel von der heilen Kleinstadtfamilie spielen. Aber heimlich werden sie zum Fischen in die Rocky Mountains fliehen, alle Jubeljahre einmal, um sie selbst zu sein. Dann fangen sie sich gegenseitig mit dem Lasso. Dann springen sie nackt von einem hohen Felsen in einen eiskalten See. Als traurige Nachfahren des *white nobel savage,* wie ihn James Fenimore Cooper erträumte, verabreichen sie sich die große Freiheit in homöopathischen Dosen.

Dass sie zu mehr nicht imstande sind, ist der eigentliche Skandal dieses Neo-Westerns. Die Tragödie der beiden Homosexuellen besteht ja nicht darin, dass sie in Konflikt zu den Moralvorstellungen der Rednecks geraten, sondern dass sie die herrschenden Konventionen verinnerlicht haben. Deshalb folgt auf ihre Gefühlsausbrüche meist betretenes Schweigen. Deshalb bestehen die Postkarten, mit denen sie ihre »Ausflüge« verabreden, manchmal nur aus zwei Wörtern. Deshalb drehen sie sich zum Abschied, wenn sie für Monate auseinander gehen, nicht noch einmal um.

»Wir machen aus der Liebe keine Party«, singt der Countryrocker Merle Haggard in seiner Hymne auf den *Okie from Muskogee,* den archetypischen Bewohner des Mittelwestens, »wir tragen unser Haar nicht lang und struppig«. Auch Jack und Ennis sind keine Hippies, sondern Machos, die ihre private sexuelle Revolution vor sich selbst geheim halten wollen. Wie Ennis in einer Hausecke zusammenknickt, um seinen Kummer auszukotzen. Wie Jack seinen Wunsch nach einer gemeinsamen Farm zwanzig Jahre lang unterdrückt und Ennis' Zurückweisungen einsteckt, als sei die Liebe ein Duell, in dem man keinesfalls zu Boden gehen darf. – Das alles entspricht dem Verhaltenscodex des Einzelkämpfers. An der Treue zu diesem Ideal aber muss ein anderes Ideal, das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen, scheitern. »Wir halten uns an die Regeln« heißt es bei Merle Haggard, »und lieben die Freiheit.« Leider liegt die Freiheit manchmal jenseits der Regeln. Und so geht in *Brokeback Mountain* der Amerikaner an seinem Idealismus zugrunde.

Vielleicht hat der Film deshalb nur drei Oscars bekommen (beste Regie, bestes Drehbuch, bester Soundtrack) statt der in Aussicht gestellten acht – weil die Jury die Botschaft dieses vermeintlichen Antidiskriminierungs-Melodrams doch zu deprimierend fand. Am Ende vergab sie die Auszeichnung für den besten Film an *L.A. Crash.* Die homosexuelle Liebe unter Cowboys, wie Ang Lee sie schildert, ist die Erneuerung eines alten Freiheitsversprechens zum Zwecke seiner endgültigen Demontage. Auch in dieser Hinsicht funktioniert der Film vollkommen genrekonform. Im Western – das zeigt Ang Lee noch erbarmungsloser als vor ihm Sam Peckinpah, Arthur Penn, Clint Eastwood – kann es keine Sieger geben. Wenn der Held das Dilemma, in dem er steckt, durchschaut, ist es längst zu spät. Dann sitzt er in einem klapprigen Wohnwagen, allein inmitten der trostlosen Prärie, wie in der Falle seiner widersprüchlichen Wünsche. Wenn er nach links schaut, sieht er die Berge, wenn er nach rechts schaut, sieht er die Stadt. Aber er wird nirgendwohin mehr aufbrechen. Als Vorreiter der Zukunft ist er so tot, als hätte man ihn erschossen.

Audio www.zeit.de/audio

Das Letzte

Liebe ARD, liebe *Tagesschau.* Wir kennen uns nun schon seit Jahrzehnten. Jeden Abend schauen wir uns in die Augen, und nie fiel ein böses Wort zwischen uns. Doch jetzt müssen wir unserem Herzen Luft machen, in alter Freundschaft. Es tut uns in der Seele weh, wie ihr euch quält, müht und zerknirscht. Ihr wollt die *Tagesschau* so bunt machen wie die *heute*-Nachrichten vom ZDF. Ihr wollt mehr Seichtes, denn im Seichten können wir nicht ertrinken. Ihr wollt mehr Sport, denn Sport tötet den Weltschmerz. Ihr wollt weniger Politik, dafür mehr Positives, weil es uns aufbaut nach einem arbeitslosen Tag. Eure Motive tadeln wir nicht, denn sie sind edel, hilfreich und gut. Ihr kämpft gegen die Politikverdrossenheit im Lande. Ihr wisst: Eine Sendung, die die Seuche der Politikverdrossenheit niederringen will, darf selbst nicht über Politik handeln. Diese Idee ist dialektisch genial, und dafür bewundern wir euch. Doch wir missbilligen eure Halbheiten. Neulich habt ihr berichtet, wie Biathletin Kati Wilhelm sich »erstmals zu ihren Gefühlen« äußert, exklusiv in der *Tagesschau.* »Ich bin stolz.«Dann war der Bericht schon zu Ende. Warum habt ihr nicht nachgefragt? Seit wann trägt Kati diese Gefühle in ihrem Herzen? Wie oft treten sie auf? Was sagt ihr Partner dazu? All das hat die *Tagesschau* uns verschwiegen. Oder denken wir an US-Vizepräsident Dick Cheney, der bei der Wachteljagd seinen Busenfreund völkerrechtswidrig angeschossen hat. Warum schoss er? Wollte er seinem Freund Freiheit und Demokratie bringen? Warum wird der herzkranke Cheney nur in Begleitung seines Leibarztes zur Jagd zugelassen, während er den Irak-Krieg ohne Psychiater vom Zaun brechen durfte? Liebe *Tagesschau,* auch die Antwort auf die Schicksalsfrage der deutschen Nation bleibt ihr uns schuldig: Ist die Mehrsprachigkeit deutscher Speisekarten während der WM sichergestellt? Wo gibt es Deutschlands billigste Partnerbörse? Stimmt es, was Frank Schirrmacher in altersloser Weisheit verkündet: Der deutsche Mann muss wieder um deutsche Frauen kämpfen, »weil sie knapp werden«? Werden Partnerbörsen nun teurer? Haben Schnäppchenjäger noch eine Chance? Wie sichern wir die Bestandserhaltung des deutschen Weibes? Verliert der Mann erst die WM und dann die Frau? Oder kommt er noch durch Kampf zum Sieg? Was sagt die Natur dazu? Ist ihr Schweigen Zustimmung? Liebe *Tagesschau:* Bitte melden! **FINIS**

Audio www.zeit.de/audio

Die Rassenfrage ist die Klassenfrage

Der südafrikanische Film »Tsotsi« hat einen Oscar gewonnen. Kurz vor der Verleihung wurde sein Kameramann von der Gewalt der Townships eingeholt **VON BARTHOLOMÄUS GRILL**

Das Leben schreibt manchmal Geschichten, die es nur im Film gibt. Der Film heißt *Tsotsi,* was im Slang der schwarzen Townships so viel bedeutet wie Gauner oder Bandit; er handelt von einem 19-jährigen Hijacker aus Soweto, der nachts einen silbergrauen BMW entführt, die Fahrerin kaltblütig niederknallt, auf der Flucht einen Säugling – das Kind des Opfers – auf dem Rücksitz findet und durch diese wimmernde Unschuld aus seiner Hölle errettet wird.

Der Held im richtigen Leben heißt Lance Gewer, der Kameramann von *Tsotsi.* Er macht sich gerade auf den Weg nach Los Angeles, wo die Produktion aus Südafrika für den Auslands-Oscar nominiert wurde. Da stehen sie plötzlich vor ihm, drei halbstarke Gangster, und zerren ihn aus seinem silbergrauen BMW. In Todesangst fragt Gewer einen der Kerle: »Kennst du *Tsotsi?«* – »Habe ich gesehen!«, antwortet der. »Ein guter Film. Deswegen tut mir das Herz weh, dir das anzutun. Bitte vergib mir.« Hier enden die Parallelen zwischen Film und Wirklichkeit. Gewer hat Glück, kein Haar wird ihm gekrümmt. Er jettet zum Happy End: *Tsotsi* gewinnt den Oscar – und hat ihn wahrlich verdient.



Foto: Kinowelt Filmverleih

Presley Chweneyagae als **BABY-RÄUBER**

Denn dieses Drama ist in seiner naturalistischen Düsternis ein durch und durch authentisches Sittengemälde der schwarzen Townships, jener Welt der Armut, Seuchen und Gewaltexzesse, in der sich seit dem Untergang der Apartheid nicht viel zum Besseren gewendet hat. Abertausende von jungen Männern rauben und morden, um zu überleben. Tsotsi, der Protagonist, wird von Presley Chweneyagae so lebensecht gespielt, dass dem südafrikanischen Publikum graut. Er ist der Fleisch gewordene Albtraum, er lauert draußen, vor dem Kino, oder daheim, vor der Wohlstandsfestung. Aber Opfer und Täter sind dunkelhäutig, und gerade das zeichnet diesen Film aus: Der Regisseur Gavin Hood kokettiert nicht mit den wohlfeilen Schwarz-Weiß-Klischees, sondern transformiert die Rassenfrage in die Klassenfrage, in den kriminellen Umverteilungskrieg der Armen gegen die Reichen. Und: Die Handlung gipfelt nicht in himmelschreiender Hoffnungslosigkeit wie in *City of God,* Gavins cineastischem Leitbild aus den Favelas von Rio. Tsotsi nimmt sich des hilflosen Kindes mit väterlicher Liebe an und entdeckt seine unter der Grausamkeit verschüttete Humanität wieder.

Dieser Psychothriller nach der Vorlage eines Romans von Athol Fugard ist eine biblische Parabel, eine Erlösungsgeschichte aus dem neuen Südafrika. Auf seinem Kreuzweg wird Tsotsi, der namenlose Aids-Waise, von den Dämonen der Vergangenheit gejagt. Er begegnet Mariam, einer Madonna der Ghettos, die unter vorgehaltener Waffe das hungrige Knäblein stillt. Er ahnt das Paradies, die Kindheit, die ihm geraubt wurde, im Schlafzimmer des Säuglings. Am Ende, wenn er reumütig das Baby – er hat es David getauft – zurückgibt, öffnet sich mit stählernem Kreischen das automatische Gartentor des Elternhauses: die schöne Pforte aus der Apostelgeschichte. Tsotsi hat sich selbst vom Bösen erlöst, der Unmensch ist Mensch geworden.

Das trostlose Blechhüttenmeer in sepiaweichen Tönen, das chorale Gesäusel im Wechsel mit hämmernden Kwaito-Rhythmen, der hyperrealistische Schmand, der an Salgado-Bilder erinnert – manche Szenen drohen in Elendskitsch abzugleiten. Aber im nächsten Moment spürt man wieder jene unbändige Energie, die auch die geschundenen Seelen im Theater von William Kentridge oder in der Prosa des Literaturnobelpreisträgers J. M. Coetzee durchpulst. Es ist die Kraft, die Südafrika, das Land des Rassenwahns, jenseits aller Barbarei hervorgebracht hat: die Kraft der Versöhnung.

SEHENSWERT

»Transamerica« von Duncan Tucker.
»Syriana« von Stephen Gaghan.
»Walk The Line« von James Mangold.
»Caché« von Michael Haneke

Nr. 11 | DIE ZEIT | S. 56 | SCHWARZ | cyan | magenta | yellow

Aus dem Kanal gefischt

Einer der größten Kunstdiebe der Geschichte ist wieder auf freiem Fuß – und sucht eine Anstellung im Kunsthandel **VON CLAUDIA HERSTATT**

Kunstdiebe sind in den seltensten Fällen auch Kunstliebhaber. Der 33-jährige Elsässer Stéphane Breitwieser ist eine seltene Ausnahme. Im Kindesalter wurde er von den Eltern an die Kunst herangeführt. Doch als der Vater die Familie mit all seinen schönen Möbeln und antiken Waffen verließ, musste sich der junge Stéphane in einer Ikea-Realität zurechtfinden. Weil ihm das nicht gefiel, begann er zu stehlen.

Von 1994 bis 2001 entwendete er bei 174 Raubzügen in ganz Europa 239 Objekte, um seine verloren gegangene Traumwelt in zwei Zimmern im Haus der Mutter im elsässischen Eschentzwiller zu rekonstruieren: mit Gemälden von Dürer, Cranach und Brueghel, einer Tapisserie, Gold- und Silberobjekten, Porzellan, Waffen, Musikinstrumenten.

In Schlössern, Kirchen, auf Kunstmessen wie der Tefaf in Maastricht, der Kunst- und Antiquitätenmesse in Zürich, Galerien und Museen griff er zu, bis er im November 2001 bei dem Versuch, im Richard-Wagner-Museum ein Jagdhorn aus dem 16. Jahrhundert mit einem Versicherungswert von 100 000 Euro mitgehen zu lassen, verhaftet wurde.

Tragisch ist das, was nach der Verhaftung passierte. Die Mutter Mireille Stengel geriet in Panik, packte die Schätze in ihr Auto und versenkte sie in dem hundert Kilometer weit entfernten Rhein-Rhone-Kanal. Die etwa 60 Gemälde, darunter auch ein Claude Monet und ein Quentin Massys, zerstückelte sie nach ihren eigenen Angaben und übergab sie dem Müll. Als der Sohn davon erfuhr, unternahm er in der Zelle einen Selbstmordversuch.

Das ist die Vorgeschichte. Der kunstsinnige Dieb ist wegen guter Führung nach drei Jahren Haft nun entlassen, die Mutter darf über ihre Schandtat weiter im Gefängnis nachdenken. Breitwieser hat sich gerade erstmals zu seinen Motiven, seiner Vorgehensweise und auch seiner Zukunft gegenüber dem französischen Autor Pierre Assouline für den *Nouvel Observateur* geäußert.

Dort bekennt er: »Wenn die Gesellschaft mir die Chance gibt, möchte ich gerne in meinem eigentlichen Milieu arbeiten, bei einem Kunsthändler oder einem Versteigerungshaus.« Selbstbewusst fügt er hinzu: »Es gibt nicht viele wie mich, die sich mit der Kunst und den Sicherheitsvorkehrungen auskennen.«

Fachleute haben ihm einen exzellenten Geschmack bescheinigt. Was die Bewachung der einzelnen Objekte angeht, hatte er meistens ein leichtes Spiel. So auch bei der Jahrhundertauktion der Markgrafen von Baden, die Sotheby's in Baden-Baden 1995 durchführte. Der Auktionator erinnerte sich gut an die Schreckensmeldung, als während der Vorbesichtigung das kleinformatige Porträt der Sibylle von Cleve von Lucas Cranach dem Jüngeren abhanden gekommen war. Christoph Graf Douglas sagt: »Bei der Vernissage waren etwa 3500 Leute. Das Bild in Größe einer Handspanne lag in einer aufklappbaren Vitrine zusammen mit etwa 20 Silberobjekten. Als der zuständige Mitarbeiter sie für einen Händler aufschloss, muss Breitwieser gezielt den Deckel hochgehoben und das Holztäfelchen herausgenommen haben.«

Immerhin konnten am Ende doch 102 der gestohlenen Objekte wiedergefunden werden, was der Präsident des Musée d'Unterlinden in Colmar, Jean Lorentz, für »ein Wunder« hält. Ein Wunder auch, dass die französische Gendarmerie einem Passanten Glauben schenkte, der ein Renaissancetablett auf den Wellen des Kanals dahinschaukeln sah. Eine Tauchaktion brachte Gold- und Silberschmiedearbeiten zutage, die in dem Museum in Colmar zusammengeführt und zumeist den Besitzern zurückgegeben werden konnten.

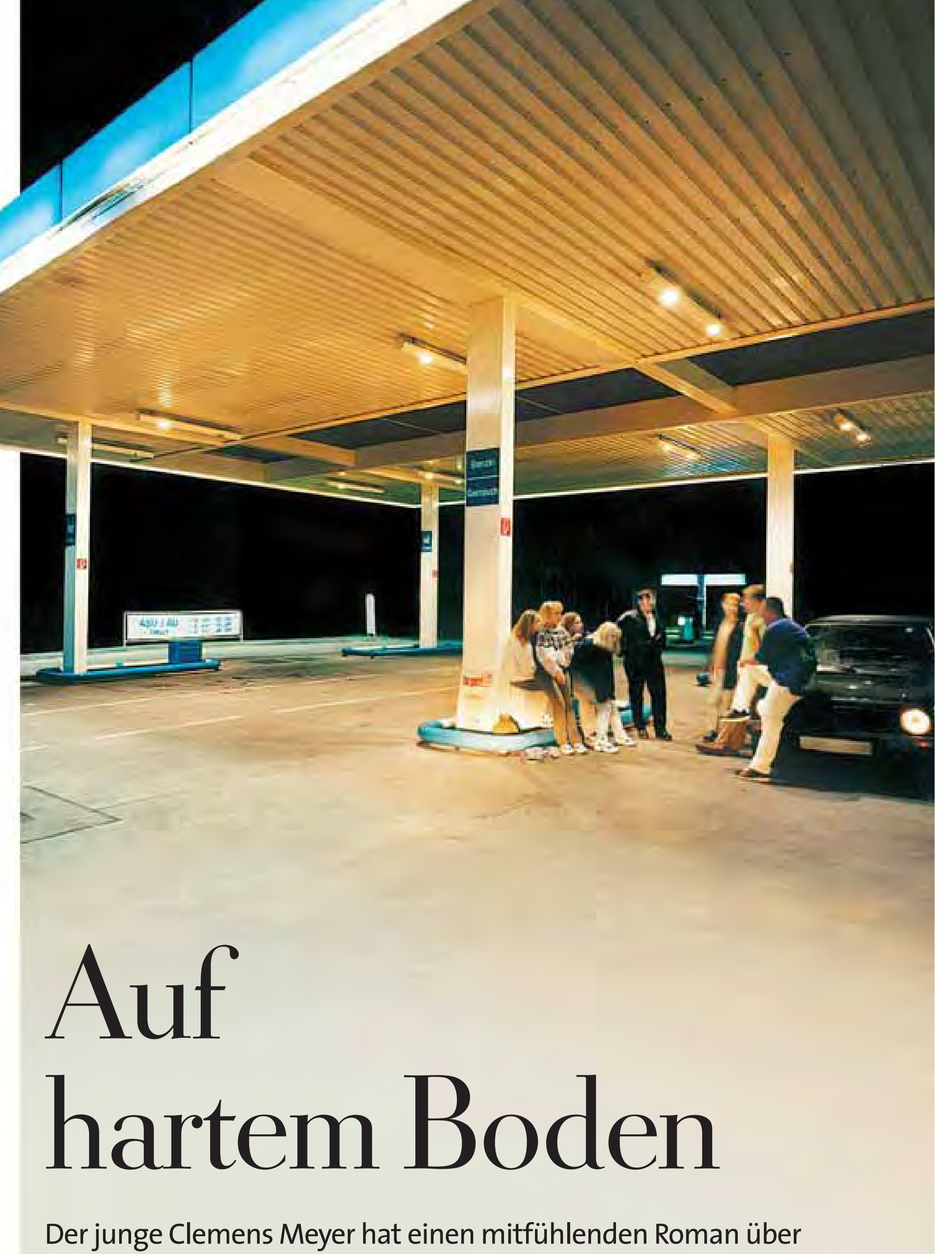
Aus dem Kanal fischten die Retter auch zwei Kokosnusspokale aus dem späten 16. Jahrhundert, die Breitwieser im Kölnischen Stadtmuseum gestohlen hatte. Auch dort nutzte er die Gunst der Stunde. Für eine Sonderausstellung waren die Vitrinen der Bestände verhängt worden. Rita Wagner, die Sprecherin des Hauses, sagt: »Wegen der klammen Finanzen hatte die Stadt eine Aufsicht eingespart.« So konnte er das Schloss der Vitrine unbemerkt aufbrechen und sieben Objekte mitnehmen.

Das Chateau Gruyère konnte inzwischen auch einen Gobelin wieder aufhängen, der unter kuriosen Umständen wiedergefunden wurde. Jean Lorentz erzählt: »Ein Fernfahrer machte immer an der gleichen Stelle der Autobahn eine Pinkelpause. Er wunderte sich, dass das Geräusch plötzlich so gedämpft klang. Da hatte die Mutter die Tapisserie hingeworfen.«

Nr. 11 | DIE ZEIT | S. 56 | SCHWARZ | cyan | magenta | yellow

LITERATUR

Bücherfrühling
Nächste Woche in der ZEIT:
80 Seiten
Literaturbeilage
zur Leipziger Buchmesse



Auf hartem Boden

Der junge Clemens Meyer hat einen mitfühlenden Roman über Leipziger Halbstarke geschrieben VON EBERHARD FALCKE

Foto[M]: Dirk Krüll

EINE TANKSTELLE ohne Zapfsäulen. Eine Jugend ohne Zukunft

Wenn einer Kämpfe durchzustehen hatte, dann kann er was erzählen. Das gilt sogar für Minderjährige aus schwer erziehbaren Milieus. Immerhin bedeuten ihnen die Keilereien, mit denen sie versuchen, einen Fuß in die Türen des Lebens zu kriegen, nichts Geringeres als die Welt. Danie, Mark, Pitbull, Rico und Paul müssen sich immer wieder tüchtig prügeln, und zwar auf die ganz widerliche Art, kaputtmachen inklusive. Auch ihre sonstigen Beschäftigungen wie Saufen, Autoknacken und alten Frauen die Handtasche nach Hause bringen (unter Zurücklassung der Besitzerin) können keine Sympathien wecken. Und trotzdem gelingt es Clemens Meyer, einen Ton anzuschlagen, der seine Helden mitsamt ihren hirnverbrannten, brutalen Umtrieben in ein wärmeres Licht rückt. Und dieser Ton nimmt von Anfang an gefangen, weil er ganz auf erzählerische, dem Stoff eigene Impulse setzt. Weder betütert er seine Problemkinder sozialfürsorgerisch, noch bläst er sie auf zur Überlebensgröße von Rinnsteinhelden oder Opferfiguren. Hier gilt sie nicht mehr, die Standesklausel des sozialstaatlich orientierten Literaturwesens: dass »Minderheiten« einer besonderen literarischen Pflegschaft zu unterstellen sind.

Mark, Pitbull, Rico, Paul und Danie – Holsten Pilsener und Jägermeister

Als wir träumten ist das Debüt von Clemens Meyer, der, 1977 in Halle geboren, in Leipzig lebt und dort fünf Jahre lang am Deutschen Literaturinstitut studierte. Offenbar hat er das Richtige, ihm Zuträgliche gelernt, nämlich glänzend Dialoge zu schreiben und packend zu erzählen. Darüber hinaus gelingt ihm einiges von dem, was die Imponderabilien der Stilistik ausmacht. Er kann Stimmungswerte schaffen, perspektivische, atmosphärische, existenzielle. Anstatt flott-lahmer Zeitgeistattitüden dominieren bei ihm die Druckverhältnisse einer rauen Wirklichkeit.

Das allein wäre noch kein hinreichender Grund zur Begeisterung. Aber der junge Autor hat etwas, wovon unsere junge Literatur nur noch erschreckend wenig wissen will: einen von Posen unverstellten Blick auf menschliche Befindlichkeiten. Und außerdem verfügt Meyer über etwas, was nicht jeder Schreibschulabsolvent mitbringt: einen Stoff, mit dem er sich auskennt, der was hergibt und mit dem der Autor, wie jede Romanzeile beweist, in Leidenschaft verbunden ist.

Mark, Pitbull, Rico und Paul also – und Danie, der als Ich-Erzähler des Romans das Wort hat. Er hebt träumerisch an mit dem Gedanken an einen Kinderreim, den er manchmal summe: »… und merke es nicht mal, weil die Erinnerungen in meinem Kopf tanzen, nein, nicht irgendwelche, die an die Zeit nach der großen Wende, die Jahre, in denen wir – Kontakt aufnahmen? Kontakt zu den bunten Autos und zu Holsten Pilsener und Jägermeister. Wir waren um die fünfzehn damals …«

Soll damit der Anspruch auf das Etikett »Wenderoman« erhoben werden? Sicher ist, dass Meyer auf der Wendethematik nicht herumreitet. Die Montagsdemonstrationen in Leipzig, der Heimatstadt der Freunde, kommen in einem späten Kapitel vor, doch eher en passant. Das Vorstadtvölkchen vernimmt mit Staunen, dass da mit den Donnerworten »Wir sind das Volk!« Geschichte gemacht wird. Im Übrigen jedoch lässt Meyer keinen Zweifel daran, dass seine Helden einer Welt angehören, in der das Gleichmaß des kleinen, gemeinen Lebenskampfes größer und ewiger ist als alle sensationellen historischen Umbrüche. Gerade deshalb ist es interessant, diesen Roman neben die Versionen der bereits approbierten »Wende-Autoren« zu stellen: neben den panisch-kritischen Schwarzmaler Jirgl, den superlockeren Possenreißer Brussig, den anekdotenreichen, mittelständischen Schulze.

Bei Meyer fällt die historische Wende mit einer lebensgeschichtlichen zusammen. Damit fasst er die Überlagerung von zwei dramatischen Übergängen ins Auge: den Wechsel von der DDR-Kindheit in die BRD-Jugend und zugleich das Hinüberstolpern aus dem Kiez pubertären Aufruhrs in die Regionen der Strafmündigkeit. Für die Jungs ist klar, wo sie herkommen, doch für kurze Zeit scheint völlig offen, wo es hingeht. Vor kurzem waren sie noch junge Pioniere, straff geführt und gehalten vom Regiment der Schule und der sozialistischen Erziehung. Dennoch hatte die soziale Kontrolle ihre weichen Kanten und ließ Raum für die Abenteuer der Kindheit unter dem Schirm des gesellschaftlichen Auftrags: *Genosse sein heißt Kämpfer sein*.

Nachdem die Vergatterung zum Genossen weggefallen war, blieben die Kämpfer übrig, desorientiert in einer Landschaft mit verwischten Konturen. Verwandelt von DDR-Pionieren zu BRD-Halbstarken, wurden sie zu Kämpfern in eigener Sache, Kämpfer ums Erwachsenwerden, ums Revier, um das Reinkommen in die Gesellschaft. Der Horizont des eigenen Stadtteils ist eng, das Leipziger Zentrum weit und fremd, ein paar Straßen weiter herrschen schon die Feinde, die brutalen rechten »Glatzen« und die zugänglicheren linken »Zecken«. Für Danie und seine Freunde ist Politik kein Thema. Sie haben alle Hände voll zu tun mit der Beschaffung von Leipziger Premium Pils direkt über die Mauer der Brauerei, mit Geschwindigkeitsräuschen in geknackten Autos und mit Gegenwehr.

Rico versucht als Boxer mit seiner Schlagkraft Karriere zu machen und fällt doch wieder ins Zwielicht der Straßenkeilerei zurück. Die erzählerische Überschneidung des Fernsehboxkampfes Maske gegen Rocchigiani mit Ricos entscheidender, natürlich ungerechter Niederlage macht atemberaubend deutlich, dass Meyer sogar in dem quasi amerikanischen Genre der Boxergeschichte glänzend mithalten kann.

Andere Orte dieser Zwischenwelt, an denen die reifen Kinder und unreifen Männer ihre explosive Widersprüchlichkeit austoben, sind selbstredend die Jugendhaftanstalt, das Krankenhaus, eine Strip-Bar oder ein Swingerclub, wo Rico vor Haftantritt noch ein wenig Erlebnisstoff bunkern will. Ein erträgliches Zuhause hat keiner. Was nicht heißt, dass es da nicht auch mal was zum Lachen gäbe. Als Danies Vater, nachdem er sich an Polizisten vergriffen hat, von der Bildfläche verschwunden ist, erzählt die Mutter im Viertel: »Unser Vater ist zur Weiterbildung«.

»Bei dem, was wir taten, war eine Art Verlorenheit in uns«

Meyer arbeitet kaum mit Symbolen und Metaphern. Allein das halb abgebrannte Palast-Theater ist in diesem ganzen Übergangsbrachland ein stark symbolisch besetzter Ort. Einst war das »unser schönes altes Kino«, dann wurde die Ruine zum Versteck für die Saufgelage der Gang. Eines Tages fand Danie seinen Freund Mark dort vor der Leinwand so leblos hingestreckt, dass er sich gleich in einen Old-Surehand-Film zurückträumen musste. Ein besserer Traum war der selbst organisierte Technoclub in einer alten Fabrik, doch den machten die Drogen kaputt. Irgendwann zerbricht den jungen Kämpfern alles unter den Händen.

Nicht dass man von alldem noch nie gehört hätte. Doch Meyer schreibt darüber so gekonnt, wissend und mitfühlend wie schon lange keiner mehr. Es gelingt ihm, die Gebrochenheit seiner Figuren durchzuhalten, ohne sie zu verkaufen, weder sozialkritisch noch heroisierend. Als Danie, der Ich-Erzähler, auf die Übergangszeit von Adoleszenz und Wende zurückblickt, hat er, anders als die meisten seiner Freunde, den Absprung in ein anderes Leben offenbar geschafft. Die Jahre sind verflogen, die Abenteuer und Verletzungen der Jugend haben sich tief eingeprägt und erscheinen dennoch unwirklich und fern. Das will der Titel besagen: *Als wir träumten.*

»Sicher, wir hatten eine Menge Spaß damals, und doch war bei dem, was wir taten, eine Art Verlorenheit in uns, die ich schwer erklären kann.« Clemens Meyer hält sich mit Interpretationen und Einordnungen zurück. Doch die Konstruktion seines Romans baut auf einen Widerspruch von beträchtlicher Aussagekraft: Danies Erinnerungstraum ist geprägt von einer brachialen Macht des Faktischen. Das Träumerische umgibt die betrüblich harten Tatsachen der destruktiven Halbstarkenkarrieren mit dem Schein der Poesie, es verleiht den Figuren eine glühende Präsenz.

Indem Meyer uns seine geschlagenen Helden als Menschen und nicht als Sozialfälle ans Leserherz legt, stellt er uns anheim, sie als Zeitfiguren zu entziffern. Auf ihre Art sind sie Figuren einer Übergangszeit zwischen Systemen und Kulturen. Sehr aktuell also. Meyers Roman führt zu der Einsicht zurück, dass der Krisencharakter solcher Phasen vielleicht doch mächtiger ist, als wir unter dem Fähnchen »Geschichte ist machbar« gedacht haben.

»Jede Zeit, jede Kultur, jede Sitte und Tradition hat ihren Stil, hat ihre Schönheiten und Grausamkeiten … Es gibt nun Zeiten, wo eine ganze Generation so zwischen zwei Zeiten, zwischen zwei Lebensstile hineingerät, daß ihr jede Selbstverständlichkeit, jede Sitte, jede Geborgenheit und Unschuld verlorengeht.« Zwar sind Danie, Rico und die anderen keine »Steppenwölfe«, aber mit diesen Sätzen aus dem Vorwort seines populärsten Werkes hat Hermann Hesse auch ihre Lage beschrieben. Was nur besagen soll, dass Clemens Meyers starker Roman über Halbstarke einiges Deutungspotenzial besitzt. Seine Geschichten vom harten Boden der Tatsachen sind ein großartiger Talentbeweis.

Clemens Meyer: Als wir träumten
Roman; S. Fischer Verlag,
Frankfurt am Main 2006; 524 S., 19,90 €

Ball und Wahn

Zur Weltmeisterschaft erscheinen 500 Buchtitel

Es ist lange her: Im Berliner Olympiastadion saßen ein Verleger und ein Literaturkritiker, um das Pokalendspiel zwischen dem VfL Bochum und Eintracht Frankfurt zu genießen. Vor und hinter den beiden Büchermenschen tobten etwa 100 000 Menschen. Der Verleger sagte: »Stell dir vor, so viele Menschen haben Robin Norwoods Buch *Wenn Frauen zu sehr lieben* gekauft.« Dem Kritiker wurde plötzlich klar, was ein Bestseller wirklich ist, papiergewordene Masse, ein ganzer Wald finnischer Fichten. Beide Berufsleser wussten natürlich, dass sie nicht in einer Buchhandlung waren. Ror Wolf hatte *Punkt ist Punkt* geschrieben, das war das Beste, was ihre Generation zum Fußball zu sagen hatte. Die Käufer hätten in die obere Reihe der Südkurve gepasst. Später kam F. C. Delius hinzu, auch er geprägt vom 3 : 2 gegen Ungarn im Jahr 1954, dem WM-Erlebnis, das als Epiphanie eines rettenden Gottes galt, der den Menschen zurief: »Aber Fußball spielen können sie wenigstens, die Mörder aus Deutschland.« (Das Frankfurter Siegtor gegen Bochum schoss Lajos Detari, ein Ungar (!), der dann für 15 Millionen Mark verkauft wurde. Ein Grisham bekommt heute zwanzigmal so viel.)

Die Vorstellung, dass eine Weltmeisterschaft die ganze Buchbranche in den Wahnsinn treiben würde, war allen Lesern damals völlig fremd. Über 500 Titel zum Fußball prasseln in diesem Frühjahr auf die Buchhändler hernieder, nicht gezählt die Theken-Aufsteller und Plakate, die CD-ROMs und Notizbücher mit Kunstraseneinband. Und dann die hohe Literatur – alle haben sie ihr Herz geöffnet, niemand wollte im Abseits landen, nur Böll kann nichts mehr sagen: Ludwig Harig, Robert Gernhardt, Raoul Schrott, Matthias Politycki. Und irgendwann wird es auch noch einen Bennschen Abgesang auf die Klinsmannschaft geben von Peter Rühmkorf, Vorabdruck in der *ZEIT.* Zu kaufen gibt es außerdem *Ein Fußball-Kochbuch*, *Die perfekte Fußballbraut, Wie man mit Fußball die Welt erklärt* und schließlich das Buch zur entscheidenden Frage: *Macht Köpfen dumm?*

Und was, wenn Lesen dumm machte? Unbestritten ist, dass es furchtbar dumme Bücher gibt, die womöglich von Autoren stammen, die zu viel geköpft haben. Dass aber der Verlagsbuchhandel glaubt, die Weltmeisterschaft mit einer lawinenartigen Produktion begleiten zu müssen, die von Buchhändlerinnen verkauft werden soll, denen die Meniskus-Probleme von Kuranyi egal sind, die aber immer noch darüber sinnieren, ob Robin Norwood auch ihre persönliche Obsession im Auge hatte – das führt zur anderen Frage, ob die Verleger nicht nur die Nerven, sondern auch den Verstand verloren haben. Ästhetisch bedrängt von der alternden Litfaßsäule Beckenbauer und dem grundlosen Lächeln Klinsmanns, wächst beim lesenden Fan die Vermutung, dass wir einem Irrtum unterliegen. Weder werden »wir« Weltmeister, noch sollten »wir« es werden, weil dann Angela Merkel in die Kabine der schwitzenden Sieger vordringen müsste. Der größte Irrtum aber dürfte bei den Verlagen vorherrschen. Sie werden ihre Bücher spätestens nach der Vorrunde wieder einsammeln können. **MICHAEL NAUMANN**

Andreas Mand, geboren 1959, ist ein **BEGABTER CHRONIST** seiner Generation



Foto (Ausschnitt): Maro Verlag

Im Künstlerknast

Andreas Mands Roman beschreibt die eigenartige Stagnation der Kunst in den Köpfen der jungen Autoren **VON WILHELM GENAZINO**

Es gibt Schriftsteller, die sich auf einer Art Dauer-Stipendiums-Tournee befinden. Vom Künstlerhaus in Neustadt an der Weinstraße, wo sie drei Monate verbracht haben, reisen sie weiter ins Künstlerdorf Schöppingen, wo sie vier Monate Station machen werden. Von Schöppingen führt sie ihr Weg nach Wiepersdorf, wo sie im dortigen Schloss ein halbes Jahre verbringen werden. Überall packen sie ihren Laptop aus und treiben ihren Roman ein Stück weiter. Sie leben bei freier Kost und Logis und kriegen außerdem ein monatliches Salär, das nicht übermäßig üppig ist, aber doch zum Leben ausreicht.

Für das, was bei dieser Förderung herauskommt, gibt es ein verächtliches Wort: Stipendiatenliteratur. Womit ein nicht übertrieben inspiriertes, aber auch nicht unbedingt minderwertiges Schrifttum gemeint ist. Sagen wir: ambitioniertes Mittelmaß. Der Stipendiat Paul, der Protagonist dieses Romans, gesteht: »Noch vor Monaten wußte ich nicht, wovon ich leben sollte.« Die Verlegenheit löst sich bald auf; auch aus Paul wird ein Stipendiumstourist mit einer jetzt neuen Erfahrung: »Es war eine peinliche Lebensweise ohne Stipendium.«

Mit anderen Worten: Das Stipendium löst die Lebensverlegenheit nicht auf, sondern ersetzt sie durch eine andere, vielleicht sogar quälendere: Als Stipendiat gehört Paul zu dem vom Staat herangefütterten Künstlernachwuchs. Die beiden Zitate zeigen, dass wir es hier nicht mit Stipendiatenliteratur zu tun haben. Sondern mit einem Roman, der das Leben der Stipendiaten selbst zum Thema hat. Wobei nicht so leicht zu klären ist, was daran so peinlich ist. Mit Sicherheit gehört dazu, dass sich dauerhaft geförderte Künstler die Lebensläufe von ihren Sponsoren mehr und mehr vorgeben lassen. Sie verzichten tendenziell auf etwas, was in der herkömmlichen Künstlerbiografie einmal unverzichtbar war: auf einen eigenen, meist leidvoll durchgestandenen Lebenslauf.

Paul trifft dieser Zwang besonders eklatant, weil auch seine Freundin, die bildende Künstlerin Suzanna, mit ihm denselben »Künstlerknast« in Stuttgart bewohnt. Mehr noch: Suzanna hat auch ihre beiden Kinder bei sich. Paul ist zwar nicht deren leiblicher Vater, aber er kümmert sich so rührend um die beiden, dass sogar eine komplette Stipendiatenfamilie entsteht. Nur: Es ist eine Familie auf Zeit. Insofern ist das Ende des Stipendiums, bei aller Kritik im Einzelnen, für die meisten ein gefürchtetes Datum. Dann müssen sie sich draußen in der kunstfernen Wirklichkeit bewähren, und darauf will es niemand ankommen lassen.

Schon gar nicht Paul. Er ist ein introvertierter Künstler, der keine Lust und kein Talent hat, sein eigener Werbestratege zu werden. Es vergnügt ihn, seine eigenen Bücher in der Ramschkiste aufzukaufen: »Er fand im allgemeinen besser, wenn die Leute seine Bücher nicht lasen.« Prompt kriegt er (eine schöne ironische Erfindung) den »Provinziellen Literaturpreis«. Und rutscht in ein neues Problem: »Paul war nicht undankbar in Bezug auf das Geld. Doch wollte er kein Preisträger sein. Und keinesfalls fotografiert werden with this shitty document.«

Gegenüber dem traditionellen Künstler-Roman – denken wir einen Augenblick an den *Grünen Heinrich* oder an *Tonio Krüger* – findet hier eine bedeutsame Verschiebung statt. Das Problem ist nicht mehr, ob, wie und wie lange ein Künstler mit sich selbst ringt, bis er ein Kunstwerk schaffen kann. Sondern das Problem ist, dass der Sozialstaat dem Künstler das Ich-Problem abnimmt und ihm dafür das Kuckucksei der Jugendverrentung ins Nest legt. Zum Lob des Romans muss gesagt werden, dass der Autor das Problem nicht soziologisch aufbereitet, sondern in einer Vielzahl von Szenen, Dialogen und knappen Erzählschnipseln lebendig darstellt.

Allen Stipendiaten ist klar, dass sie möglichst schnell berühmt werden müssen. Nur der Ruhm (und seine Amortisation) ist eine Möglichkeit, der Stipendiumswelt zu entkommen. Vorerst sitzen sie aber in Stuttgart fest, bringen immer mal wieder »durchschnittliche Hippie-Scheiße« hervor, die höchstens ein paar »gute Artikel in der Lokalzeitung« nach sich ziehen. Paul bringt es auf den Punkt: »Er war nicht in New York, um Untergrundzüge zu bemalen, er war nicht mal schwul, würde ihm die Kunstgeschichte je verzeihen?«

Der Seitenhieb auf New York ist zwar ebenfalls ironisch gemeint, aber nicht ohne ernsten Hintergrund. Denn der deutsche Stipendiat lebt, wo immer es ihn hinverschlägt, in der tiefsten Kunstprovinz. Suzanna plant, um die Isolation zu überwinden, einen Eklat. Demnächst erscheint eine Kultusministerin, um ihre Ausstellung zu eröffnen. Diese Gelegenheit will sie nutzen: Sie will die Ministerin schlagen. Warum? Suzanna: »Schau, da werden viele Journalisten sein. Vielleicht sogar Fernsehen!« Es gelingt dem reflektierteren Paul, seiner Freundin die Aktion auszureden. Die Ausstellung wird eröffnet und die Ministerin nicht geschlagen.

Dieser Schluss ist vielleicht die beste unter vielen guten Szenen. Er zeigt kommentarlos die eigenartige Stagnation der Kunst und die Diffusion in den Köpfen vieler Künstler. Immer mal wieder ist ein so verzweifelter wie zweifelhafter Ausbruch in Sicht, der dann einer kunstfernen, aber gesellschaftsnahen Rationalität geopfert wird: Kunst – ratlos.

Andreas Mand: Paul und die Beatmaschine
Roman; Maro Verlag, Augsburg 2006;
189 S., 12,– €

Déjà-vu mit Happy End

Patrick Modianos subtile Unfallkombinatorik taucht Gegenwart und Vergangenheit in einen kunstvollen Zeitnebel **VON JOSEPH HANIMANN**

Nehmen wir dies zunächst dem Erzähler einfach ab: Die schönsten Unfälle und Zufälle ereignen sich nachts, zeugenlos, fast unwirklich. Zu Beginn des Buches gelangen wir ins neblige Halbbewusstsein eines Nachtwandlers, der beim Überqueren der Pariser Place des Pyramides in Richtung Concorde von einem Auto angefahren wird. Kein Quietschen der Reifen, kein Aufschreien, kein Schimpfen: Überhaupt kein Ton ist zu hören, bis der junge Mann im Streifenwagen unterwegs zum Polizeiamt sitzt und der Fremde auf der Bank ihm gegenüber plötzlich hustet. Auch das ist aber nicht Startzeichen einer nun doch noch beginnenden Geschichte, sondern allenfalls ein dem Geschehen hinterherrollender Nachhall. Ein Geschehen, das längst begonnen hat. Denselben Unfall, scheint nämlich dem jungen Mann, habe er als Sechsjähriger auf dem Schulweg schon einmal erlebt.

Wenn ein Autor wie Patrick Modiano einen Déjà-vu-Roman schreibt, weiß man, woran man ist. In seinen zwei Dutzend Büchern hat er seit nun beinah vierzig Jahren nichts anderes geboten als permanenten Spurwechsel auf der Jagd nach Erinnerung. Wie mochte die Wirklichkeit aussehen, als Kollaboration, Widerstand, Kleinmut, Unmut und Heldenmut noch keine offiziell beglaubigten Existenzformen und Hinterlassenschaften noch keine Beweisstücke des Verschollenseins waren? Rechts die Kriechspur des Erinnerns, links die Überholspur der Fantasie und die Wirklichkeit zwischen Pannenstreifen und Gegenfahrbahn – so ließe Modianos Romanwelt sich umschreiben.

Wo aber andere Geisterfahrer des Nichtvergessenkönnens, Italo Calvino etwa oder Klaus Mann, im Lauf der Jahre narrativ freier wurden, wird Patrick Modiano in seinen Büchern autobiografisch immer straffer. Im hier vorliegenden Roman begegnet der Erzähler auf der Suche nach jener Frau, die ihn auf der Place des Pyramides angefahren hat, nachts einem Hund, der ihm durch mehrere Straßen nachläuft und, wie aus der Vergangenheit aufgetaucht, schließlich wieder spurlos verschwindet. Dieser Hund ist ein Neben- und Gegen-Ich unseres Helden. Bestätigt wird das nachträglich in Modianos jüngstem, in Frankreich vor einem Jahr erschienenen, auf Deutsch noch nicht vorliegenden Buch *Un pedigree.* Mehrere biografische Einzelheiten dieses literarischen Lebenslaufs finden sich auch im Roman *Unfall in der Nacht* wieder.

Der Erzähler ist ein Privatdetektiv des Innenlebens

Der 1945 geborene Modiano, »Sohn eines Juden und einer Flämin«, hat seine Biografie nie als literarische Vorlage, noch weniger als realen Erlebnis- und Ereignisfundus benützt. Sie ist ihm vielmehr Fluchtlinie in einer komplexen Spurenlandschaft, die auch in diesem Roman wieder Paris – »Ich bin für die Geheimnisse von Paris immer sehr empfänglich gewesen« – zum Ereignisrahmen hat. Die Déjà-vu-Erfahrung des nächtlichen Autounfalls weckt die Erinnerung des Kinderunfalls, die Reminiszenz des vor langer Zeit überfahrenen Hunds, und breitet sich in einer Vielzahl von ambivalenten Detailerinnerungen schnell über den ganzen Roman aus. Fremdartige Wortverbindungen – »tonlose Stimme«, »Engadin«, »Sologne« – treiben im Bewusstseinsstrom des Erzählers aneinander vorbei. Patrick Modiano ist ein Privatdetektiv des Innenlebens, der instinktsicher die sich kreuzenden Fährten des Vergangenen aufspürt, bis man nicht mehr weiß, was war, was hätte sein können, was bleibt.

Der junge Mann, der im Roman zeitlos in Hotelzimmern vor sich hin lebt, sich ab und zu mit seinem Vater in Cafés trifft, erfährt den Unfall wie einen willkommenen Schock, der ihn aus seiner Lethargie reißt und ein paar Monate vor seiner Volljährigkeit – »Was für ein komischer Zufall« – nicht in eine Zukunft, sondern in eine zukunftsfähige Vergangenheit schleudert. Darum, so scheint ihm, muss er die Frau unbedingt wiederfinden, die im wassergrünen Fiat auf der Place des Pyramides am Steuer saß und danach spurlos verschwand. War nicht sie es, die schon dem am Knöchel verletzten Sechsjährigen unter der Plane des Lieferwagens die Hand gehalten und ihr Gesicht über ihn gebeugt hatte? »Gesucht wird ein wassergrüner Fiat«, krächzt der Papagei im Stammcafé dann den vom jungen Mann aufgeschnappten Satz bald durchs ganze Stadtviertel am Trocadéro.

Erinnern und Vergessen fließen ineinander wie in einem Traum

Erzählt wird das komplexe Ereignisgefüge dieses Romans aus einer Perspektive, die ferne Vergangenheit, unmittelbare Gegenwart und allerlei Zwischenepochen in einen kunstvollen Zeitnebel taucht. Der Geruch von Äther ist schon aus früheren Büchern Modianos bekannt und wird im Lebensbericht *Un pedigree* konkret auf die Episode des Kinderunfalls bezogen. In *Unfall in der Nacht* ist der Äthergeruch die prägende Duftnote des ganzen Romans. Von den beim Erwachen nach der Knöcheloperation durcheinander fließenden Bildern zieht sie sich bis zur rückblickenden Klarheit des Moments, wo im Ätherduft schon für das Kind Erinnerung und Vergessen so ineinander flossen wie ein beim Erwachen verblassender Traum. Dieses im Vergessen aufgehende Erinnern – ein Grundthema bei Modiano – nimmt hier die Form einer nächtlichen Unfallkombinatorik an, vor dem Hintergrund jener »Ewigen Wiederkehr«, die ein philosophischer Guru dem Erzähler an diversen Pariser Caféhaustischen tagsüber vorträgt. Und nachts wird jene Kombinatorik dann abgeschritten.

Endlos streift der junge Mann als *spectateur nocturne* durch Paris. »Nachts in den Straßen hatte ich das Gefühl, ein zweites Leben zu leben, das spannender war als das andere, oder, ganz einfach, es zu träumen.« Das führt jedoch nicht zum romantischen Herumirren, das alle Dinge spukhaft aufbauscht. Hier sind die Dinge auf ihr geringstes Quantum Bedeutsamkeit reduziert, gleichsam auf ihre bloße Leitfunktion im erinnerten Handlungs- und Bewusstseinsstrom. Dass der junge Mann und die Frau, er mit schmerzendem Knöchel, sie noch mit der Schramme auf der Stirn, am Ende einander doch wiederfinden, weist weniger in eine Zukunft als in jenen Zeitnebel zurück, der immer schon herrschte. »Mir war, als seien wir am selben Ort schon miteinander spazierengegangen, um dieselbe Stunde, in anderen Zeiten.« Während des Hochfahrens im Fahrstuhl in die Wohnung der Frau geht dann das Licht im Treppenhaus aus. Selbst der Zeittakt der Treppenhausbeleuchtung ist für dieses Happy End zu knapp bemessen. Im diffusen Nachtlicht herrscht bald wieder der zeitliche Kunstnebel, der alle Ereignisse schluckt, außer den Figuren um den Philosophielehrer, die wir in diesem Roman uns etwas weniger plastisch gewünscht hätten.

Die Beständigkeit, mit der im selben Verlag und seit Jahren nun schon mit derselben Übersetzerin die Werke Patrick Modianos in Deutschland erscheinen, ist ein Glücksfall. Elisabeth Edl hält mit solider Motivkenntnis, feinem Sprachsinn und eleganter Wortpräzision die komplexen Assoziationswirbel des Romans im Fluss. Modiano gehört zu den leiseren, aber wichtigen Stimmen der französischen Gegenwartsliteratur. Hier bleibt sie bis in die letzte Silbe verständlich.

Patrick Modiano: Unfall in der Nacht
Roman; aus dem Französischen von
Elisabeth Edl; Hanser Verlag, München 2006;
143 S., 15,90 €



In dem Moment …

… als ich die Hand vom Lichtschalter nahm, gab es ein Geräusch am Fenster, ein lautes und deutliches Klopfen. Ich sah zum Fenster. Auf der Feuerleiter hockte ein Mann, der durch das Fenster hereinschaute, ein dunkelhäutiger Mann mit vollem Gesicht. Von seiner Körpergröße her konnte es nur Babe McCloor sein … McCloor schoss dreimal …« – Der Zeichner **Hans Hillman** hat **Dashiell Hammetts** Kriminalgeschichte »Fliegenpapier« in tintig-düster-dramatischen Bildern nacherzählt, neu erzählt. Der Band ist jetzt bei dtv wieder zu haben (München 2005; aus d. Engl. v. Matthias Fienbork, 262 S., 24,50 €)

200 Jahre 68

Axel Kuhn und Jörg Schweigard rekonstruieren die erste deutsche Studentenbewegung zur Zeit der Französischen Revolution – Schelling, Tieck und Beethoven waren auch dabei VON BENEDIKT ERENZ

Der lange Weg nach Westen nannte der Berliner Historiker Heinrich August Winkler sein Buch über Deutschlands neuere Geschichte. Tatsächlich würde dieser John-Wayne-Titel gut passen, um den mörderischen hundertjährigen Treck zu beschreiben, den die Deutschen seit 1849 zurücklegen mussten, bevor 1949 wenigstens Rheinkilometer 653 erreicht war, der Bundestag in Bonn und das Grundgesetz. Ja, er *würde* gut passen, aber leider fehlt ein Wörtchen: das Wörtchen *zurück* – der lange Weg *zurück* nach Westen. Denn Deutschlands dunkle hundert Jahre sollten den Blick nicht darauf verstellen, dass es viele Deutsche gab, die schon zu einer Zeit, als der Westen gerade erst »der Westen« wurde, ganz dort waren.

Dazu gehören nicht nur Größen der europäischen Aufklärung wie Leibniz, Thomasius, Kant, Lessing, Forster, Mendelssohn, Knigge, Lichtenberg, sondern auch manch schlichter Bürger in Hamburg oder Leipzig. Vor allem in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, als sich die neue Philosophie politisierte, als es im Juli 1789 in Paris zu den bekannten Vorfällen kam, waren viele unserer lieben Landsleute mit Kopf und Herz dabei: Kaufleute, Beamte, Bauern, Geistliche. Und die Studenten?

Ja, auch die Studenten. Der Stuttgarter Historiker Axel Kuhn und sein Schüler Jörg Schweigard haben deren Treiben und Umtriebe in jener Zeit jetzt erstmals umfassend untersucht. Mit einem verblüffenden Fazit: Der politisch bewegte Student trat hierzulande mitnichten, wie es das historische Handbuch will, erst als Burschenschaftler während der »Befreiungskriege« gegen Napoleon auf den Plan, sondern schon eine Generation zuvor, in den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts. Und da schwärmte er nicht für das teutsche Vaterland, sondern für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

Klein waren die Universitäten damals, kein Vergleich mit heute. Um 1789 zählte Halle gerade mal 1042 Studenten, Göttingen 816, und das waren die beiden größten. In Erlangen studierten 196, in Duisburg gar nur 60 junge Männer; Frauen war der Zutritt zur akademischen Welt noch verwehrt.

Lärm hatte es immer gegeben. Mal waren die Herren Studiosi mit den Handwerkern aneinander geraten, mal mit den Soldaten; darin lag nun wahrlich nichts Politisches. Doch zur Zeit der Französischen Revolution änderte sich der Ton.

Die Autoren haben Akten und Briefe ausgewertet. Vor allem aber eine wunderbare, bisher vernachlässigte Quelle: die Stammbücher. Das war seinerzeit ein beliebtes Kommunikationsmittel (in Gestalt der Poesiealben lebt es bis heute fort). Da schrieb man gereimte Grüße hinein, *Vergiss mein nicht* – und jetzt eben auch politische Parolen.

»Freiheit oder Tod!« zum Beispiel. Das meint nicht mehr die akademische Freiheit und Burschenherrlichkeit, sondern die Freiheit der »neuen Franken« jenseits des Rheins. Mancher will gar aufbrechen, der Revolutionsarmee entgegen. Und dort, wo die neue Souveränität schon mal erprobt wird, 1792/93 im besetzten, befreiten Mainz, sind die Studenten natürlich gleich mit von der Partie.

Im protestantischen Marburg, im katholischen Würzburg: Überall erklingt die Marseillaise, das *Ça ira.* Manche Professoren sympathisieren offen, andere versuchen, zu vertuschen. Die Obrigkeit reagiert zunehmend drakonisch. Zeitschriften werden verboten, Briefe geöffnet. Es ist deshalb auch nicht einfach, die studentische Stimmungslage jener Tage exakt zu rekonstruieren. Ob in Tübingen wirklich ein Freiheitsbaum gepflanzt wurde, bleibt letztlich ebenso ungewiss wie die Genese des »Jakobinerklubs« der Bremer Studenten in Jena.

Bekannte Namen begegnen uns. Der junge Tieck ist dabei (»O, wenn ich itzt ein Franzose wäre!«) und Schelling. Hölderlin und sein Freund Sinclair (»Man muss alles anwenden, um das Volk in Gärung zu bringen«). Beethoven in Bonn, der die roten Gedichte des Eulogius Schneider subskribiert, Heinrich Zschokke, der Robespierre übersetzt. Und natürlich, in Jena, der radikale Professor Fichte.

Doch was für Fichte gilt, gilt auch für viele Studenten. Als die französische Politik unter Napoleon endgültig zurückkehrt zum Imperialismus, ist diesseits des Rheins die Enttäuschung groß. Aus glühenden Kosmopoliten werden – in der nächsten Studentengeneration – wütende Nationalisten. Der viel gelobte »Modernisierungsschub«, den Napoleon bringt, kann den immensen politischen Schaden nicht ausgleichen, den seine Willkürherrschaft für Deutschlands Zukunft bedeutet. Die Geschichte der deutschen Studentenschaft, zu der Kuhn und Schweigard mit diesem Buch eine Pionierarbeit beigesteuert haben, zeigt dies in bitterer Klarheit.

Axel Kuhn/Jörg Schweigard:
Freiheit oder Tod!
Die deutsche Studentenbewegung zur Zeit der Französischen Revolution; Böhlau Verlag, Köln 2006; 481 S., Abb., 49,90 €

AKTUELLE BIBLIOGRAFIE

Achtung, Ansteckung

Wenn nun die Kinder des Morgens die Katze zärtlich wegen des erlegten Vogels tadeln, den die stolz ins Haus tragen will, überkommt den Leser vielleicht das Bedürfnis, sich jenseits der Zeitungslektüre über die Seuchengefahr kundig zu machen, die Menschen seit Menschengedenken auf Trab hält. Wo verlaufen die Grenzen zwischen realistischer Angst, Panik und Phantasma? Realistische Angst kann sich auf die Pandemie von 1918/19 berufen: Wie ein Verwandter des heute gefürchteten Vogelgrippevirus in den Monaten der »Großen Grippe« bis zu 50 Millionen Menschen weltweit das Leben kosten konnte, ist in **John M. Barrys** Buch **The Great Influenza** zu erfahren (Penguin Books 2005, 546 S. 12,95 €), das auf Deutsch noch nicht vorliegt.

Wie hingegen Phantasmen wirken, zeigt die Geschichte der Terrorangriffe auf New York: Wie nämlich die Angst vor einer biologischen Ansteckung sich der Fantasien der Amerikaner dergestalt bemächtigen konnte, dass sie meinten, auf den 11. September biopolitisch reagieren zu müssen, erschließt die brillante Analyse **»Anthrax« Bioterror als Phantasma** des Schweizer Historikers **Philipp Sarasin** (suhrkamp 2004, 196 S., 9,– €).
Zur Wissenschaftsgeschichte der medizinischen Bakteriologie, die sich den ansteckenden Krankheiten in der Forschung zuwendet, ist unlängst die Studie von **Christoph Gradmann** erschienen: **Krankheit im Labor**. Robert Koch und die medizinische Bakteriologie (Wallstein 2005, 376 S., 38,– €). Die Geschichte der Seuchen selbst, der **Geißeln der Menschheit**, die zugleich immer eine Geschichte der Irrtümer und grausamer Gewalt war, hat der Medizinhistoriker und Bakteriologe **Stefan Winkle** umfassend als Kulturgeschichte geschrieben (Artemis & Winkler, 3. Auflage 2005, 1534 S., 88,– €) – sie reicht historisch vom Altertum bis in die Gegenwart und umspannt von der Pest und den Pocken über die Malaria bis zu HIV und den Stoffen der biologischen Kriegsführung alle Pandemien, die Menschen zu fürchten gelernt haben.
Der **Pest** im Besonderen gilt die **Geschichte eines Menschheitstraumas**, die **Mischa Meier** herausgegeben hat (Klett-Cotta 2005, 478 S., 29,50 €). Der Band versammelt die Forschungen von Historikern, Medizinern und Kulturwissenschaftlern und schafft die notwendige Verbindung zur politischen Geschichte und derjenigen der Wahrnehmungen und Deutungen. **David Herlily** schließlich hat in seiner Studie **Der schwarze Tod und die Verwandlung Europas** (Wagenbach 2000, 142 S., 9,90 €) gezeigt, wie die Verwüstung durch die Pest im 14. Jahrhundert maßgeblich zur Erneuerung des Kontinents beitrug. **EVT**

BUCH IM GESPRÄCH

Internationale Schattenwirtschaft

Wenn jemand dort eine Ware für drei Euro kauft und sie hier für zehn auf den Markt bringt, nennt man das »Handel«. Wenn solche »Arbitrage« – so der Fachbegriff – illegal ist, nennt man es »globalisiertes Verbrechen«. Diesem Phänomen hat Moises Naim, Chefredakteur der renommierten Zeitschrift *Foreign Policy* (Washington), ein akribisch recherchiertes Buch gewidmet. Übersetzt wurde es »aus dem Amerikanischen«, einer Sprache, die nur deutsche Verleger kennen. In Naims Fall ist dieser Begriff doppelt abwegig. Der Mann war früher Handelsminister von Venezuela und spricht (der Rezensent kann's beschwören) nicht »amerikanisch«, sondern englisch mit spanischer Färbung.

Sein Thema – zum Beispiel der Sklavenhandel – ist so alt wie die Menschheit, eine besondere Aktualität erfährt es durch die Globalisierung, also die rasante Schrumpfung von Transport-, Kommunikations- und Vervielfältigungskosten. Ein Windows XP kostet ein paar hundert Dollar im Laden, eine Kopie aber bloß ein paar Cent. Kokain aus Kolumbien, gefälschte Kelly-Bags (Hermès) aus Bangkok oder antiretrovirale Pillen aus Bombay kosten an der Quelle bloß Bruchteile dessen, was sie in New York holen. So viel »Arbitrage« ist unwiderstehlich.

Doch zeigen gerade diese Beispiele, dass Verbrechen ein schillernder Begriff ist; ein Ökonom würde von »Preisausgleich zwischen Märkten« sprechen. Menschenhandel ist ein besonders gemeines Verbrechen, aber wie nennen wir eine Frau aus Schwarzafrika, die sich nach Paris schleusen lässt, um mit dem Verdienst aus der Prostitution die Familie daheim zu ernähren? Damit ist Naims Liste noch lange nicht erschöpft. Er erzählt von den Waffenhändlern, die geholfen haben, an die 50 Kriege seit 1990 zu munitionieren. Ein Kapitel widmet er »Dr. A. Q.«, jenem Abdul Qadeer Khan aus Pakistan, der atomwaffenträchtiges Material an Libyen und Iran geliefert hat. Er berichtet von (geschätzt) vier Millionen Menschen, die jährlich als Sklaven »gehandelt« werden. Was geschieht mit dem illegalen Reichtum? Naim schätzt, dass jährlich zwischen 800 Milliarden und zwei Billionen Dollar »gewaschen« werden – dies auch mit Hilfe höchst ehrbarer Banker. Wie es gemacht wird, kann der Interessierte im siebten Kapitel nachlesen. Ein Verbrechen finanziert das nächste, zum Beispiel den Terrorismus, der ohne illegale Geldtransfers nicht denkbar wäre.

Das Verdienst des Buches ist seine originelle Perspektive. Wie viele von uns haben schon mal einen Fake von Lacoste gekauft oder eine DVD kopiert? Dahinter, so lehrt uns Naim, öffnet sich eine Welt, die alles andere als harmlos ist. Er lenkt den Blick auf eine Schattenwirtschaft, die Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung auf nationaler Ebene nachgerade als Lappalien erscheinen lässt. Und doch ist die Privatisierung internationaler Politik, so menschenverachtend und mörderisch sie auch ist, noch nicht ins Zentrum staatlicher Aufmerksamkeit gerückt. Dort aber gehört das globalisierte Verbrechen hin, weil es hinterrücks die Souveränität der Staaten so unterminiert wie der Einmarsch fremder Armeen.

Wie sich die Staaten dieses Feindes erwehren können? »Noch besteht Hoffnung«, schreibt Naim. Er empfiehlt verborgene Mikrochips, die den Ursprung von Produkten kenntlich machen, biometrische Ausweispapiere, die den Handel mit gestohlenen Pässen zunichte machen, »Sniffer«, die Drogen und Explosivstoffe am Körper von Reisenden ausmachen, Handys mit GPS-Software, welche die Bewegungen ihrer Träger registrieren, Überwachung und Abhören im globalen Maßstab – eine »brave neue Welt« hoch drei. Doch erkennt Naim sehr wohl die Falle, die er da aufstellt: Das sind alles »Technologien, die es den Mächtigen ermöglichen, tieferen Einblick in unser Privatleben zu nehmen«. So endet das Buch mit einem Appell: Die Staaten müssen besser zusammenarbeiten, »globale Probleme müssen global gelöst werden«. Das ist so richtig wie das Zitat von Adam Smith ganz am Ende des Buches: »Nur wenige scheuen den Schmuggel, sobald sie eine leichte und sichere Gelegenheit dazu finden.« Das war im Jahre 1776, als noch niemand das Wörtchen »Globalisierung« kannte. **JOSEF JOFFE**

Moises Naim:
Das Schwarzbuch des globalisierten Verbrechens
Aus dem Englischen von
Thomas Pfeiffer und Helmut Dierlamm;
Piper Verlag, München 2005; 406 S., 22,90 €

BÜCHERTISCH

Belletristik

William T. Vollmann: Huren für Gloria

Suhrkamp Verlag, Frankfurt 2006; 200 S., 17,80 €

Huren also, ein sehr beliebtes Sujet bei Schriftstellern, die sich gern damit schmücken, dem Leben in den Schlund geschaut zu haben. William T. Vollmann tut das sehr hingebungsvoll und mit zeitgemäßer Liebe zum schrundigen Detail: *Huren für Gloria* ist die perfekte Lektüre für all die, die sich schon mal auf Vollmanns preisgekröntes, denkerdickes Chef-Œuvre *Central Europe* vorbereiten wollen – damit sie sehen, wie weit es dieser amerikanische Autor gebracht hat, seit 1991, als Schmutz noch die Währung des jungen Mannes war.

Paul Perry: Angst und Abscheu

Das sagenhafte Leben von Hunter S. Thompson; Klaus Bittermann Verlag, Berlin 2005; 287 S., 18,– €

Es war ein wildes, wunderbares Leben, und der treue Paul Perry ist nun der Hund, der dieser Fährte folgt, dieser Spur von Schlägen, Sätzen, Drogen, Ehrgeiz, Liebe, Einsamkeit und Wahn – wie wurde aus Hunter, dem Jungen, der doch nur im Club der reichen Kinder mitspielen wollte, der Dandy Thompson, der mit jedem seiner Worte auf den Frieden, den Wohlstand, die Sicherheit zielte, die er nie gekannt hatte? Die Antwort ist eine Reise ins Herz der Finsternis. Amerika. **GEORG DIEZ**

Sachbuch

Helmut Kramer/Wolfram Wette (Hrsg.): Recht ist, was den Waffen nützt

Justiz und Pazifismus im 20. Jahrhundert; Aufbau-Verlag, Berlin 2005; 432 S., 24,90 €

Kriegsgegner hatten es lange Zeit schwer in Deutschland. Im Kaiserreich wurden sie gesellschaftlich geächtet und beruflich kaltgestellt, in der Weimarer Republik als »Landesverräter« verfolgt; im »Dritten Reich« fällten Hitlers Militärrichter Tausende von Todesurteilen gegen »Wehrkraftzersetzer« und Deserteure; in den fünfziger Jahren wurden Kritiker der Wiederaufrüstung mundtot gemacht. Dieser von Historikern und kritischen Juristen gemeinsam betreute Sammelband zeigt auf informative Weise, wie eine politische Justiz im Kampf gegen den Pazifismus immer wieder das Recht beugte – ein bedrückendes Kapitel der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert.

Horst Kalthoff: »Ich war Demokrat und Pazifist«

Das Leben des deutsch-jüdischen Bürgers Otto Hecht und das Schicksal seiner Angehörigen; Donat Verlag, Bremen 2005; 192 S., 12,80 €

»Keiner in Deutschland, der 1933 schon erwachsen war, kann als Entschuldigung anführen, nicht gewußt zu haben, in welchen moralischen Sumpf der ›große‹ Hitler das deutsche Volk führen wird. Aus seinem eigenen Munde war es zu hören, was er plant und vorhat.« Das schrieb der Insektenforscher Otto Hecht (1900 bis 1973) im November 1946 an seinen ehemaligen Lehrer Professor Erich Martini, in dessen Abteilung am Hamburger Tropeninstitut er seit 1927 tätig gewesen war. Die hoffnungsvolle wissenschaftliche Karriere endete 1933 abrupt. Noch im September gelang es Hecht, mit seiner Frau und den beiden Söhnen nach Palästina auszuwandern. Seit 1940 lebte die Familie in Mexiko. Diese Biografie schildert den exemplarischen Weg eines deutsch-jüdischen Bürgers und seiner Angehörigen. **VOLKER ULLRICH**

VOM STAPEL

Am Anfang war das Schaf

Bevor sich die nächste Buchsaison über uns stülpt, kann man noch mal resümieren: Das kommerziell erfolgreichste, blitzschnell zu einem internationalen Bestseller gewordene, in rund ein Dutzend Sprachen übersetzte deutsche Romanwerk der vergangenen Saison war *Glennkill* von Leonie Swann, einer bis dahin unbekannten 30-jährigen Münchnerin, die inzwischen in Berlin lebt. Die Gattung dieses Romans nennt sich »Schafskrimi«. Er spielt bekanntlich in einer Herde irischer Schafe. Er wird aus der Perspektive der Schafe erzählt, denn diese können märchenhafterweise denken, sprechen und, soweit es der Schafshorizont zulässt, auch handeln. So weit, so gut. Die Romanprämisse, die darin besteht, Tiere auf die Tollheiten und Gewohnheiten von uns Menschen schauen zu lassen, ist natürlich ganz hübsch. Aber weder rasend neu noch weltbewegend. Was also macht *Glennkill* zum Marktbrecher?

Die Story? Die Schafe merken eines Morgens, dass ihr Schäfer tot ist, das heißt ermordet im Gras liegt. Daraufhin nimmt die Herde den Charakter einer Sonderkommission an und knobelt so lange an dem Fall herum, bis er gelöst ist.

Die Sprache? »Der Gedanke machte sie unruhig.« – »Sie sah Zora fast flehend an.« – »Es nieselte noch immer.« So ist sie, die Schafssprache, einfach und bescheiden, reell wie eine Grasmahlzeit. »Die Schafe wackelten ungläubig mit den Ohren.«

Der Stoff? Ja gut, Schafe haben auch ihre philosophischen, sozialen und gruppendynamischen Probleme. Aber groß ist deren erzählerischer Vorrat nicht. Und an Tiefe mangelt es auch. Auffallend ist einzig die infantile Liebheit, auf deren Niveau sich Amüsement und Unterhaltung bewegen.

Nein, das alles kann unmöglich erklären, warum *Glennkill* als internationaler Bestseller abgeht wie eine Rakete. Die wahre Erklärung ist viel einfacher, viel vertrackter. Dieser Schafskrimi ist so erfolgreich, weil es sich bei seinen Protagonisten um SCHAFE handelt. Nicht um Löwen oder Papageien, nicht um Dinos oder Orang-Utans. Sondern um SCHAFE. Wenn man nur einen Moment nachdenkt, begreift man plötzlich, dass niemand anderes als Schafe das ideale Personal eines Romans sind. Besser als Don Quichotte, Madame Bovary und Harry Potter zusammen. Die Geschichte des modernen Romans läuft quasi zwangsläufig auf Schafe zu! Warum? Ja warum wohl! Weil kein anderes Geschöpf die Durchschnittssumme allen organischen Lebens dieser Erde, vom Einzeller bis zu Condoleezza Rice, so perfekt repräsentiert wie das Schaf. Schafe sind das Allgemeine an sich. Waren immer da. Sind überall. Am Äquator und in Patagonien, in Ostfriesland und im Irak, in der Mongolei und in New Jersey. Kommen überall durch. In kochender Hitze und sengender Kälte. Schafe sind in ihrer sympathisch unauffälligen Präsenz so global, wie es nur geht. Schafe spielen in allen Schöpfungsmythen eine wichtige Rolle, selbstredend im Alten und im Neuen Testament.



Illustration: Besiana Bandilli für DIE ZEIT

Schafe, wer sonst, sind das **ALLGEMEINE** an sich

Schafe sind übrigens Haustiere mit der breitesten Vielfalt an Gattungen, nämlich 300 (Hunde haben nur 186 Gattungen, Schweine nur 180, die Dromedare sogar nur 4). Schafe, diese lieben, Fleisch, Milch und Wolle spendenden Sinn- und Spiegelbilder von Herrn und Frau Mustermann, Schafe, ohne die es keine Schäfer, folglich keine Schäferdichtung und somit nicht eine der schönsten, von Theokrit bis Sarah Kirsch reichenden Poesietraditionen gäbe, Schafe werden immer da sein. Wenn einmal geschehen sein wird, was der Philosoph Michel Foucault als das Verwehen des menschlichen Antlitzes im Sand des Meeresstrandes beschrieben hat, wenn es also mit dem Homo sapiens zu Ende gegangen sein wird, werden immer noch ein paar Schafe oben auf der Düne stehen, ein bisschen traurig, ein bisschen ratlos. Dann werden sie sich allein durchschlagen, und schon ist die Totalapokalypse abgewendet. Mit ebendiesem Szenario setzt *Glennkill* ja auch ein: Schäfer tot. Schafe allein. Schafe überleben, werden von Tag zu Tag schlauer. Das ist literarische Utopie vom Feinsten. Dass sich das weltweit gut verkauft, ist so logisch wie nur was. **URSULA MÄRZ**

Leonie Swann: Glennkill
Ein Schafskrimi; Goldmann Verlag, München 2005; 375 S., 17,90 €

GEDICHT

RON WINKLER

ländliche Elegie

das Sendegerät dieses Tages
ist auf den Windkanal eingestellt

in den Weizenfeldern gewinnen
Andachtshalme an Geltung.

über dem Land Pollenverschickung,
gratuit et *libre*.

unverblümt lagern Blüten
ihre Aromen aus.

einzelne Böen animieren knorrige Sträucher
zu verästelten Hymnen.

in manchen Glockenblumen
schwingen Kirchenversuche.

die Katzen unverändert
per Sie mit ihrer Umgebung.

die Vögel sind überstimmt. sie beschließen
den Tag im *silent mode*.

um Mitternacht die Regionalhymne
der Frösche am Teich.

Fritz Deppert/Christian Döring/ Hanne F. Juritz (Hrsg.): SpinnenNetzTage
Brandes & Apsel, Frankfurt/M. 2005; 184 S., 18,– €

Die ZEIT-Liste

DIE REDAKTION EMPFIEHLT

Belletristik

1. Margriet de Moor: Sturmflut
Hanser; 21,50 €
Was wiegt ein langes Leben, wie viel Leben liegt in den Momenten vor dem Tod? Erzählt am Beispiel zweier Schwestern und einer großen Tragödie

2. Patrick Modiano: Unfall in der Nacht
Hanser; 15,90 €
Ein Streifzug durch Paris auf der Suche nach einem zweiten, geheimen Leben, ein Assoziationswirbel von großartigem europäischem Format

3. Thomas Lang: Am Seil
C. H. Beck; 16,90 €
Eine alte Geschichte: Schwacher Sohn und starker Vater begegnen sich zum letzten Kampf – neu und brillant und mit überraschendem Ende erzählt

4. Agota Kristof: Die Analphabetin
Ammann; 12,90 €
Kurzer Bericht über ein Leben und einige entschiedene Mitteilungen darüber, warum der Mensch eine Heimat braucht

Sachbuch

1. Friedrich Wilhelm Graf: Moses Vermächtnis
C. H. Beck; 12,– €
Kürzer, klarer, aufschlussreicher geht es kaum: Der Theologe und Historiker Friedrich Wilhelm Graf über göttliche und menschliche Gesetze

2. Lars Brandt: Andenken
Hanser; 15,90 €
Miniaturen des Erinnerns: In seinem anrührenden kleinen Buch versucht Lars Brandt sich dem fremden Vater Willy Brandt zu nähern

3. Carl Schmitt: Die Militärzeit 1915 bis 1919
Akademie; 49,80 €
Immer im Kampf gegen den inneren Feind: Im Tagebuch Carl Schmitts von 1915 enthüllt sich das erschreckend simple Grundmuster seines Denkens

4. Alexander Stille: Citizen Berlusconi
C. H. Beck; 24,90 €
Wer meint, über Berlusconi bereits alles zu wissen, der wird durch das Buch des amerikanischen Journalisten eines Besseren belehrt

Die Jury: Georg Diez, Ulrich Greiner, Konrad Heidkamp, Susanne Mayer, Iris Radisch, Elisabeth von Thadden, Volker Ullrich

STILLLEBEN MIT BUCH

Haben wir uns verändert – oder die Bücher uns?

Vieles spricht dafür, Romane dann zu lesen, wenn alle das tun. Macht man das nicht so und liest sie etwa erst zwanzig Jahre später, dann hat man sich erstens die Chance verscherzt, mitzureden, wenn alle über den Roman reden, und das wäre jammerschade, denn seit es Romane gibt, gehört es zu ihrem Wesen, dass man über sie redet (Romane, über die man nicht redet, sind bloß Kunst). Und zweitens wird man, liest man einen solchen Roman erst zwanzig Jahre später, womöglich zu einem Urteil kommen, das jenem Buch, über das damals alle redeten, nicht mehr ganz gerecht wird und das auch Unmut bei jenen erwecken kann, die den Roman damals gelesen haben.

Gerade auf Romane, über die bei ihrem Erscheinen alle geredet haben, hat die Zeit ein besonderes Licht geworfen, irgendeinen Schimmer, der leicht mit ihr vergeht und den man zwanzig Jahre später sehr oft nicht mehr recht ahnt. Die Zeit war eine andere, die Bücher mit ihr, die Leser auch – aber die Leser möchten zugleich doch dieselben geblieben sein, die sie damals waren, das ist ja verständlich.

Und die Verleger? Weidle in Bonn macht jetzt ein verwegenes Experiment und bringt einen Roman heraus, der nun gewissermaßen von sich aus jene beredeten zwanzig Jahre Verspätung hat, nämlich *Die Tapferen* von Albert Cohen. Cohen ist ein exemplarischer Fall, er hatte 1930 einen mit großem Beifall aufgenommenen ersten Roman herausgebracht, *Solal,* 1932 erschien er deutsch, dann verboten ihn die Nazis (Cohen, 1895 auf Korfu geboren, war Anwalt, Völkerbunddiplomat, Zionist, Mitarbeiter einer internationalen Flüchtlingsorganisation, für die UN tätig, er starb 1981 in Genf). Der Titelheld, ein strahlender junger Diplomat, Traum aller schönen Frauen, ein Mensch nicht ganz von dieser Welt, Märchenmann mit dekadent-dämonischen Zügen, hat in seinem Gefolge fünf völlig skurrile Juden von zu Hause: Und diesen Fünfen allein war 1938 Cohens zweiter Roman gewidmet, *Eisenbeißer,* ein Schelmenroman, das wäre die Gattungsbezeichnung.

Dreißig Jahre später erschien dann der Roman, der Cohen weltberühmt machte, *Die Schöne des Herrn,* 900 Seiten mit einem einzigen Helden im Grunde, wieder jenem alterslosen Solal (das Buch fängt an, wie *Pretty Woman* endet, aber mit einem richtigen Entführungspferd, mit dem der Held ans Haus kommt, bloß ist es die Schöne nicht wert, die wahre Schöne ist dann eine andre) – alle drei Romane um Solal und seine Freunde und Frauen zeichneten sich bei uns schon äußerlich durch ihre Umschläge aus, zum ersten Mal tauchten da die herrlich plakativen und wie zu solchen Zwecken gemachten Gemälde von Tamara Lempicka auf.

Lawrence Durrell, Albert Cohen: Der Schimmer ist verblasst

Trilogien oder Tetralogien haben ja ihr besonderes Schicksal mit ihren bleibenden Figuren, man denke an Lawrence Durrells Romane aus Alexandria, oder an seine Serie der Avignon-Romane: Noch mehr als Einzelbücher scheinen solche gebündelten Romane zeitverhaftet, man liest alle oder keinen und liest alle nur, wenn das alle tun, und irgendwann dann hören eben fast alle damit auf (und Durrell ist wirklich ein großer Autor). 1969 hat Cohen seinen drei Romanen noch einen vierten hinterhergeschickt, *Die Tapferen,* und wiederum, wie jener zweite, widmet sich dieser ganz jenen fünf Freunden um Eisenbeißer, die, auf Einladung des hier unsichtbar bleibenden Solal, 1935 von ihrer Heimat weg nach Genf reisen wollen. Dieses Buch hatte der Klett Verlag, der die drei anderen Bücher Mitte der achtziger Jahre sehr erfolgreich gedruckt hatte, nicht mehr gemacht, wer weiß, warum, vielleicht schien der Cohen-Boom vorbei *(Die Schöne des Herrn* gibt es bei ihm immer noch in einer dritten Auflage von 2001).

Und nun also, bei uns runde zwanzig Jahre nach jenen Jahren, als über die andern Romane der Tetralogie alle redeten, weil alle sie lasen, kommt jenes damals übersehene Buch bei Weidle ans Licht. Und man kann kaum darüber reden, so lange ist das mit Cohens andern Büchern alles her und wie vorbei. Nun liest man (man hatte es damals eben versäumt) die andern drei Bücher – und ebenfalls kann man kaum darüber urteilen, so lange ist das alles her und, ja, beinahe wie vorbei.

Natürlich, lesend lebt man sich, aber eben ganz bestimmt nicht so leicht wie damals, als alle das taten, noch einmal in die Cohensche Welt hinein, auch jetzt in die der nachzügelnden *Tapferen* – aber diese Welt muss einmal, muss damals (mit jenem Schimmer auf ihr?) eine andere gewesen sein, sagt man sich, oder wir waren andere oder sind andere geworden inzwischen, weiß der Himmel, und wer weiß, wofür oder wogegen das nun eigentlich alles spricht. Wollen wir's herausbringen, sollen wir's einmal herausbringen wollen, experimentierend mit der Welt und mit uns, tapfer mit jenen *Tapferen?* **ROLF VOLLMANN**

Albert Cohen: Die Tapferen
Roman. Aus dem Französischen von Andrea Spingler; Weidle Verlag, Bonn 2006; 294 S., 23 €

LEBEN



Heimat, ja bitte!

Wie Integration gelingen kann: Ein Plädoyer für klare Regeln – und für eine gemeinsame Zukunft von Deutschen und Einwanderern

VON NECLA KELEK

Foto: Edzard Piltz Model: Burak Sabanci Kette: Oehler/Raum/Produkt

Die deutsche Gesellschaft hat mit dem Zuwanderungsgesetz – wenn auch spät – den Migranten ein Angebot zur Aufnahme in diese Gesellschaft gemacht. Seit Anfang des vorigen Jahres kann jeder Einwanderer bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen deutscher Staatsbürger werden. Aber wer Bürger dieses Landes werden will, sollte Grundsätzliches über das Leben dieses Landes wissen, seine Regeln und Gesetze akzeptieren und sich zur Verfassung dieses Landes bekennen. Es gibt keinen Automatismus, Deutscher zu werden, das Angebot ist vielmehr an die Zustimmung zu der Grundordnung gebunden, die sich dieses Land selbst gegeben hat.

Man kann die Migranten in Orientierungskursen auf ihre Staatsbürgerschaft vorbereiten; aber die Bundesrepublik ist mehr als die Summe ihrer Gesetze, Verordnungen und Institutionen. Sie ist ein Stück von Europa und seiner Geschichte. Und Europa ist eine durch die Erfahrungen von Kriegen und Krisen, von Aufklärung und Vernunft, von Freiheits- und Emanzipationskämpfen zusammengewachsene Gemeinschaft. Mit einem islamischen Welt- und Menschenbild, das, über Jahrhunderte hinweg »versiegelt«, wie Dan Diner es formuliert, von Generation zu Generation weitergereicht wird, hat diese nicht viel gemein – in den grundlegenden Prinzipien sind beide unvereinbar.

Viele der traditionell gläubigen Muslime gehen davon aus, dass die im Koran niedergelegten Offenbarungen des Propheten Gottes Wort sind, Gesetzeskraft haben und gegenüber den von Menschen gemachten Gesetzen eine »überlegene Wahrheit« darstellen. Viele glauben, sie könnten auch in Europa nach dem Gesetz des Islams, nach der Scharia, leben. Die Scharia aber kollidiert mit säkularen Rechtsnormen. Sie ist ein Vergeltungsrecht, das körperliche Schmerzen für ein Vergehen verlangt. Wer Ehebruch begeht, ein so genanntes Hadd-Vergehen, verletzt Gottes Recht. Mit den Schuldigen gibt es laut Sure 24, Vers 2, kein Mitleid, hundert Peitschenhiebe oder Steinigung als Vergeltung gibt der Koran vor. Die Tötung eines Menschen hingegen – auch Mord – gehört nicht zu den Kapitalverbrechen, sondern zu den Qisas-Vergehen, den Verbrechen mit der Möglichkeit der Wiedervergeltung: »Ihr Gläubigen! Bei Totschlag ist euch die Wiedervergeltung vorgeschrieben: ein Freier für einen Freien …« (Sure 2, Vers 178). Und so reißt die Blutrache bis heute ganze Familien in den Abgrund.

Ohne die Ächtung der Scharia und des Prinzips der Vergeltung sind alle Bemühungen um Integration der Muslime zum Scheitern verurteilt.

Durch eine falsche Integrationspolitik, die ihre Herkunftsidentität stärkte, fühlen sich selbst türkische Migranten, die schon Jahrzehnte hier leben und einen deutschen Pass haben, immer noch als Türken. Sie gehören nirgendwo richtig dazu – für das Land, aus dem sie kommen, sind sie die »Deutschländer«, und zu dem Land, in dem sie leben, wollen sie nicht gehören. Diese ungeklärte Identität trägt zum Rückzug in die eigene Community, in die »Parallelgesellschaft« bei. Wer seinen Kindern nach 30 Jahren Aufenthalt in Deutschland immer noch die Türkei als die wahre Heimat verkauft, wer ihnen die Maxime *en büyük türk,* »Der Türke ist der Größte«, vorlebt, der diskreditiert seinen eigenen Lebensweg als Irrtum.

Wer als Migrant gekommen ist, muss Deutschland als seine »wahre Heimat« annehmen. Er muss aufhören, die Deutschen als Fremde zu sehen, deren Sitten und Gebräuche er verachtet; er muss lernen, sich mit diesem Land auseinander zu setzen, und er muss respektieren, dass auch ein Migrant vor Einmischungen in seine »Angelegenheiten«, vor Kritik nicht gefeit ist. »Es ist völlig in Ordnung, dass Muslime, dass alle Menschen in einer freien Gesellschaft Glaubensfreiheit genießen sollten«, schreibt der Muslim Salman Rushdie. »Es ist völlig in Ordnung, dass sie gegen Diskriminierung protestieren, wann und wo immer sie ihr ausgesetzt sind. Absolut nicht in Ordnung ist dagegen ihre Forderung, ihr Glaubenssystem müsse vor Kritik, Respektlosigkeit, Spott und auch Verunglimpfung geschützt werden.« Diesen selbstbewussten Umgang mit den Errungenschaften der Aufklärung wünschte ich den Muslimen, aber auch ihren selbst ernannten Verteidigern, die auf Kritik reagieren, als würde damit ein Dschinn, ein böser Geist, losgelassen.

Wir dürfen die Migranten, ihr Verhältnis zu ihren Söhnen und Töchtern, ihre Einstellung zu Glauben und Religion, zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie nicht länger unter Naturschutz stellen. Migranten sind nicht per se »Opfer«. Mit ihnen auf gleicher Augenhöhe zu verkehren heißt, sich überall dort einzumischen, wo sie den »Geist der Gesetze« dieser Republik verletzen, aber auch jede vormundschaftliche Politik aufzugeben, die sie zu Mündeln degradiert. Niemand kann ihnen die Verantwortung für ihr eigenes Leben abnehmen. Wir müssen alles tun, um sie vor der Willkür, besonders auch der ihrer eigenen Väter, zu schützen, aber wir sollten aufhören, sie als Bedürftige zu sehen. Wir müssen sie anspornen und fördern, aber wir müssen auch etwas von ihnen fordern.

Ich möchte, dass die Integration gelingt, dass wir gemeinsam diese Gesellschaft gestalten. Viele Migranten, das ist mir bewusst, fühlen sich überfordert. Sie wollen von der Gesellschaft, von den Deutschen, von den Behörden in Ruhe gelassen werden, um nach ihren Traditionen und religiösen Vorstellungen leben zu können. Aber es sind gerade diese archaischen Traditionen, die einem freien Leben im Wege stehen. Kinder von Migranten sind Kinder dieser Gesellschaft, ihre Not und ihr Scheitern trifft uns alle. Den Söhnen fehlt oft der Mut und auch die Perspektive, sich aus den Verstrickungen der Tradition zu lösen. Dabei müssen wir ihnen helfen. Und das fängt mit ganz einfachen Dingen an:

Jedes Kind muss vor Gewalt geschützt werden. Körperliche Züchtigung ist in Deutschland verboten und muss geahndet werden. Wer Kindesmisshandlung nicht anzeigt, macht sich unterlassener Hilfeleistung schuldig. Gewalt gegenüber Kindern und Frauen ist, so zeigen Untersuchungen, unter Migranten ein häufig auftretendes Problem. Kinderärzte, Kindergärten und Schulen müssen darüber gezielte Aufklärung unter Eltern, Schülern und Lehrern betreiben, und sie sollten jede Möglichkeit der Kontrolle zum Schutz der Kinder wahrnehmen. Beschneidung ohne medizinische Indikation ist eine Körperverletzung und nicht zulässig.

Gewalt, Rassismus, diskriminierendes Verhalten werden nicht geduldet – weder gegen Migranten noch von ihnen. Schulen sollten entsprechende Schulverfassungen formulieren, auf die sich alle Beteiligten verpflichten. Besonders Jugendliche sollten durch Kampagnen über ihre Rechte informiert werden. Es muss verhindert werden, dass 16-jährige Schülerinnen in den Sommerferien in der Türkei gegen ihren Willen verheiratet werden und aus Deutschland verschwinden.

Die Schule ist generell als deutscher Sprach- und Kulturraum zu begreifen; es wird Wert darauf gelegt, dass während der Schulzeit, auch auf dem Schulgelände, Deutsch gesprochen wird. Die Migrantenkinder haben oft keinen anderen Ort als die Schule, um die deutsche Sprache zu sprechen und die deutsche Kultur kennen zu lernen. Ziel ist es, möglichst früh sprachliche Defizite abzubauen und Deutsch als Umgangssprache der Kinder zu etablieren. Gute Deutschkenntnisse sind Voraussetzung für einen Schul- und Integrationserfolg. In ei-

Fortsetzung *auf Seite 64*

NECLA KELEK

steht seit einigen Wochen im Mittelpunkt einer scharfen Debatte über Immigranten in Deutschland. Nachdem sie in ihrem Bestseller »Die fremde Braut« die Zwangsehe angeprangert hatte, kritisierten Migrationsforscher in einem offenen Brief (ZEIT Nr. 6/06) Keleks Methoden als »unwissenschaftlich« und deren öffentliche Wirkung als »besorgniserregend«. In diesen Tagen erscheint nun das neue Buch der 1957 in Istanbul geborenen Soziologin. Unter dem Titel »Die verlorenen Söhne. Plädoyer für die Befreiung des türkisch-muslimischen Mannes« (Kiepenheuer & Witsch, Köln 224 S., 18,90 Euro) porträtiert Kelek türkisch-deutsche Väter, Söhne und Brüder. Wir drucken einen Auszug mit den Schlussfolgerungen der Autorin

LEBENSZEICHEN

Voll psycho

Harald Martenstein spricht mit seinem Sohn

Mein Sohn ist 14 Jahre alt. Wenn er etwas großartig fand, sagte er bis vor kurzem: »Das ist geil.« Das Wort geil bedeutete im Mittelalter gut. Später bedeutete es lüstern. Jetzt heißt geil wieder gut. Ich habe meinen Sohn gefragt: »Was ist das Gegenteil von geil? Wie nennt ihr, in eurer jungen, taubedeckten Welt, in welcher gerade die Morgensonne der Selbstfindung aufgeht, eine Person, ein Tier oder eine Sache, die nicht großartig ist?«

Mein Sohn sagte: »Das Gegenteil von geil heißt schwul. Ein schwuler Film ist ein Film, der nicht geil war. Schwule Schulsportschuhe. Eine schwule Mathearbeit. Der Pitbull – ein schwuler Hund. Die Klassenfahrt nach Bad Orb war schwul. Die Klassenfahrt nach Beverly Hills war geil. Oder es heißt, dieses Mädchen finde ich schwul, jenes Mädchen finde ich geil.«

In meiner Jugend ist schwul ein Schimpfwort gewesen. In meinen Mannesjahren wechselte schwul die Bedeutung. Schwule Regierungschefs priesen auf schwulen Stadtfesten in schwulstmöglicher Weise das Schwulsein. In der neuerlichen Umprägung des Wortes kommt meiner Ansicht nach nicht ein Wiederaufleben des Ressentiments gegen Homosexuelle zum Ausdruck, sondern die ewige Lust der Jugend an der Provokation. Hätten geile Regierungschefs auf dem geil-lüsternen Stadtfest in geilen Worten das Geilsein gepriesen, dann wäre in der Jugendsprache manches anders gekommen. An dem Tag aber, an dem der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz auf dem Parteitagspodium mit schwerem Atem und ungeordnetem Haar ins Mikrofon stöhnt: »Genossinnen und Genossen, ich bin geil, und das ist gut so«, werden in der Jugendsprache die Karten neu gemischt.

Kürzlich kehrte mein Sohn aus der Schule zurück und teilte mir mit, weitere Umwertungen hätten stattgefunden. »Man sagt nicht mehr geil. Nur Dreißigjährige sagen geil.« Jetzt sagt man, zu etwas Gutem, meistens porno. Das Schulfest war voll porno. Der Pfarrer im Jugendgottesdienst hat porno gepredigt. Mein Sohn sagte, das Gegenteil von porno bezeichne die Jugend neuerdings als psycho. Ein Mädchen, das gestern noch schwul war, ist heute schon psycho. In der Kombination dieser beiden Begriffe ergeben sich reizende sprachliche Effekte, zum Beispiel: *Psycho* von Hitchcock ist ein porno Film. N. ist ein porno Typ, aber er muss jede Woche zu einem psycho Therapeuten.

Nach einigem Nachdenken wurde mir klar, dass die Gutwörter und die Schlechtwörter der Jugend meist dem Bereich des Sexuellen entnommen werden. Dabei wird stets das gesellschaftlich Goutierte negativ besetzt, das gesellschaftlich Verpönte aber ins Positive gewendet. Dies ist die Entdeckung eines sozial-psychologischen Gesetzes, dies ist das Holz, aus dem Promotionen geschnitzt werden. In zehn Jahren werden die 14-Jährigen sagen: Die Klassenfahrt nach Bad Orb war sensibel und nachhaltig. Die Klassenfahrt nach Beverly Hills aber war pädophil. Dann aber dachte ich an das große Wort des großen Sigmund Freud: »Derjenige, der zum erstenmal an Stelle eines Speeres ein Schimpfwort benutzte, war der Begründer der Zivilisation.«

Audio www.zeit.de/audio



ASTRONOMIEUNTERRICHT

Die Sachsen und ihr Kosmonaut

Das sächsische Kultusministerium hat angekündigt, das Schulfach Astronomie aufzulösen und in die Fächer Physik und Geografie zu integrieren. Das bedeutet weniger Unterricht. Also eigentlich nichts, weshalb man von Schülern nachhaltiges Bedauern erwarten sollte. Diese reichten in Sachsen aber empört eine Petition mit insgesamt 8000 Unterschriften beim Landtag ein. Die Sternenkunde solle unter allen Umständen als eigenständiges Fach erhalten bleiben!
Woher diese Leidenschaft? Der Grund mag in der Geschichte liegen: 1978 flog der Sachse Sigmund Jähn als erster Deutscher in den Weltraum, worauf eine gewisse Euphorie die DDR-Bevölkerung erfasste. Es folgte Merchandising (Sigmund-Jähn-Spielfiguren) und Personenkult (Sigmund-Jähn-Straßen). Fortan zählte das Schulfach Astronomie zu den Favoriten auf dem Stundenplan. Der auf das Territorium der DDR beschränkte Nachwuchs vernahm mit Begeisterung die Kunde von fernen Kometen und fremden Galaxien. Nach der Wende blieb das Fach in den Schulplänen Ostdeutschlands erhalten. Der zuständige Parlamentsausschuss hat nun versprochen, die Pläne zu überdenken. **ANDRÉ PAUL**

FILM »REQUIEM«

Comeback eines Taxifahrers

Der Schotte Mike Reoch, 62, ist seit 40 Jahren Bassist der Band John Law & The Tremors. Seit 1999 fährt er Taxi in Hamburg. Zu seiner Überraschung erscheinen auf dem Soundtrack des neuen Films *Requiem* zwei seiner Songs aus den siebziger Jahren.
DIE ZEIT: Herzlichen Glückwunsch, wie haben Sie davon erfahren?
Mike Reoch: Danke, wir haben einen Brief von unserem Musikverlag bekommen. Außerdem kam ein Scheck von der Gema. Ein vierstelliger Betrag für jeden von uns vieren, eine tolle Überraschung.
ZEIT: Haben Sie den Film schon gesehen?
Reoch: Ich wollte gleich zum Filmstart mit unserem Gitarristen reingehen, aber leider läuft der Film hier in Hamburg nur ziemlich spät. Ich gehe immer um acht Uhr ins Bett, weil ich als Taxifahrer die Frühschicht fahre. Ich werde wohl warten, bis der Film auf DVD erscheint.
ZEIT: Was machen Sie mit dem Geld?
Reoch: Ich fahre im Oktober in meine Heimat Schottland, Verwandte besuchen. Ich war seit drei Jahren nicht mehr da.
ZEIT: Früher standen Sie mit Yes und Black Sabbath auf der Bühne. Ozzy Osbourne kennen Sie persönlich.
Reoch: Ja. Aber es ist gut so, wie es jetzt ist. Ich fahre gerne Taxi, das ist ein abwechslungsreicher Beruf. Ich habe schon viele Prominente gefahren, Gaby Dohm zum Beispiel oder Naddel.

Die KLINSMANN-Debatte

Nach dem 1 : 4 der Nationalmannschaft in Italien kennt Fußball-Deutschland nur ein Thema: Haben wir den richtigen Bundestrainer? Auch in der ZEIT-Redaktion wird erbittert gestritten

Die Intronisierung von Jürgen Klinsmann im Jahr 2004 verdanken wir einem kurzen Moment der Unachtsamkeit des Kaisers. »Da hat der Franz mal einen Moment nicht aufgepasst«, erinnerte sich Uli Hoeneß. Was war gemeint? Während Beckenbauer mit Hilfe seines publizistischen Schwarzenbecks, des stellvertretenden *Bild*-Chefredakteurs Alfred Draxler, für Lothar Matthäus als Völler-Nachfolger warb, machte DFB-Präsident Meyer-Vorfelder in New York mit Jürgen Klinsmann alles klar. Beckenbauer schusselig, Draxler – so geht die Legende – in Urlaub. Das Schicksal war gütig mit Fußball-Deutschland. Es hätte auch anders kommen können, mit Matthäus als Chef:



PRO

BUNDESTRAINER Lothar Matthäus

TOR Oliver Kahn

ABWEHR
Carsten Ramelow, Christian Wörns, Jens Nowotny, Thomas Linke (reaktiviert)

MITTELFELD
Michael Ballack, Dietmar Hamann, Fabian Ernst, Torsten Frings

ANGRIFF
Thomas Brdaric, Carsten Jancker

CO-TRAINER Holger Osieck

TEAM-MANAGER Andreas Brehme

TORWART-TRAINER Sepp Maier

SPORT-DIREKTOR Matthias Sammer

JUGEND-KOORDINATOR Berti Vogts

U-21 Horst Hrubesch

KOMMUNIKATIONSDIREKTOR Alfred Draxler

MANNSCHAFTSPSYCHOLOGE
Johannes B. Kerner

Muss man über die Verdienste von Jürgen Klinsmann mehr Worte verlieren?

MORITZ MÜLLER-WIRTH

Lieber Kollege, vielen Dank für die eindrucksvolle *Powerpoint*-Präsentation zur Linken. Super Mittelfeld! Wenn noch Dieter Eilts hinzukommt, könnte es klappen gegen Costa Rica.

Na gut, Lothar Matthäus als Bundestrainer schreckt wirklich ab – doch wenn etwas *noch* schlimmer sein kann, heißt das ja nicht, dass alles gut ist. Deshalb mal ein paar Fakten gegen die klinsmännischen Konjunktive:

Südkorea – Deutschland	**3 : 1**
Slowakei – Deutschland	**2 : 0**
Türkei – Deutschland	**2 : 1**
Italien – Deutschland	**4 : 1**

ANWESEND bei der WM-Trainertagung in Düsseldorf, Deutschland: Alberto Parreira (Brasilien), Marcello Lippi (Italien), Marco van Basten (Holland), Sven-Göran Eriksson (England), Raymond Domenech (Frankreich)
ABWESEND: Jürgen Klinsmann (Kalifornien)

SEPP HERBERGER: »Der Ball ist rund.«
JÜRGEN KLINSMANN: »Die Planung steht, ist in sich geschlossen und überzeugend. Es wird keine Konsequenzen geben.«

TAKTIK GEGEN THAILAND: wie gegen Italien
TAKTIK GEGEN ITALIEN: wie gegen Thailand

CONTRA



Selbst Michael Ballack, von Natur aus eher treuer Trainervasall, hat sich nach dem 1 : 4 gegen Italien unters Kronzeugenschutzprogramm der ernüchterten Nation begeben und ausgesagt: »Wir müssen mehr taktisch mit dem Blick auf den Gegner arbeiten.« Machen »wir« aber nicht. Die begonnenen Reformen (Verjüngung, Offensive, rote Trikots wg. vermeintlicher Aggressivität) werden kompromisslos durchgezogen – da ist Klinsmann deutscher als MatthäusMaier-Vogts. Dafür haben wir jetzt die erste Nationalelf, die besser mailen als schießen kann.

Der Mann soll sich um die Abwehr sorgen, nicht um die Farbe der Hemden. Ja: Zurück zu den Graswurzeln! Dann scheiden wir auch lieber mit Klinsmann in der Vorrunde aus als mit Matthäus im Achtelfinale. **HENNING SUSSEBACH**



SCHON GESEHEN? (1)

Niederknien und anbeten

ZEIT-Autoren stellen hier künftig in lockerer Folge Fernsehsendungen vor, die sie begeistern. Diesmal: *Der letzte Zeuge*

Fernsehen zu kritisieren ist nicht leicht; es ist sogar fast unmöglich. Noch die dümmste Serie wird von den Sendern mit dem Hinweis verteidigt, dass Dummheit nun mal ein Quotenbringer sei. Aber wenn das so ist – wie ist dann die Serie *Der letzte Zeuge* entstanden? Welcher Blackout in welchem Besetzungsbüro hat zum Engagement von so peinlich intelligenten Schauspielern wie Ulrich Mühe, Gesine Cukrowski oder Jörg Gudzuhn geführt? Welcher Volltrottel in welcher Trottelredaktion hat die noch peinlicher intelligenten Drehbücher von Gregor Edelmann genehmigt, in denen es vor Schlagfertigkeit und psychologischer Raffinesse nur so funkelt?
Fernsehen zu loben ist nicht leicht; es ist sogar fast unmöglich, ohne die Produzenten der Gefahr ihrer sofortigen Kündigung als Quoten killende Elemente auszusetzen. Und doch muss es jetzt einmal sein. Wir bitten um Vergebung für den Verrat, aber heute, da wir die letzten drei Folgen der siebten Staffel vor uns haben, drängt es uns, niederzuknien und zu bekennen: *Der letzte Zeuge* ist eine anbetungswürdige Serie.
Anbetungswürdig ist Ulrich Mühe als Gerichtsmediziner, wenn er aus der selbst verordneten Sachlichkeit für einen Moment in eine kleine, aber folgenreiche Frechheit ausbricht. Anbetungswürdig ist seine Assistentin Gesine Cukrowski, wenn sie die intelligente Frau, die sie ist, für einen Moment an einen koketten Schmollmund verrät. Wie viele Rollen für intelligente Schauspielerinnen gibt es im Fernsehen überhaupt? Und wie viele Gelegenheiten, den Schmollmund als Ausnahme, nicht als Regel zu zeigen? Sehen Sie! Das ist das Anbetungswürdige an Gesine Cukrowski.
Anbetungswürdig ist aber auch Jörg Gudzuhn, der als Hagestolz vom Dienst über Jahrzehnte dem Deutschen Theater in Berlin diente und nun den ängstlichen Kriminalkommissar gibt, der aus der Rolle fällt, wenn er Durchsetzungskraft zeigt. Von diesem Spiel mit Rolle und Rollenverstoß lebt die Serie – und ist nirgends so komisch verzwickt wie in der Dauerbeziehungskrise zwischen Mühe und Cukrowski, die zueinander nicht und voneinander los auch nicht kommen.
Das Schönste an der Serie ist jedoch, dass sie endlich einmal erlaubt, das Fernsehen gegen seine mürrische Selbsteinschätzung als Trivialmedium zu verteidigen. Trivial ist an dieser Serie nichts, es sei denn das Gesetz der Serie selbst. Aber dann müsste man auch zugeben, dass in unser aller Leben das Trivialgesetz der Serie waltet, nach dem Ulrich Mühe und Gesine Cukrowski aneinander gekettet sind: Es geht nicht so rum, und es geht nicht mehr andersrum, aber die Liebe ist doch sehr groß. **JENS JESSEN**

* Freitags, 21.05 Uhr im ZDF

GESCHICHTEN, DIE DAS LEBEN SCHRIEB





Rechtsextremismus

In der *ZEIT* Nr. 8/05 ging Birgit Schönau einem Hitlergruß nach, den der Kapitän von Lazio Rom, Paolo di Canio, rechtsextremen Fans entgegengeschleudert hatte. Nachdem auch bei den Spielen von A. S. Rom rechtsextreme Spruchbänder zunahmen, brachte der Bürgermeister von Rom im Februar KZ-Überlebende und Spieler zusammen. In der *Gazzetta dello Sport* verteidigte sich di Canio danach: »Ich bleibe bei meinen Ideen, aber das heißt nicht, dass ich Gewalt befürworte.« Und: »Die italienischen Rassengesetze waren furchtbar.« Vergangenen Sonntag, zum Derby, drohten beide Mannschaften mit Spielabbruch, falls antisemitische Spruchbänder gezeigt würden. Und siehe da: Die Transparente waren verschwunden.

FRIEDRICH MERZ

Sehr viel nebenbei

Der Abgeordnete Friedrich Merz (CDU) klagt vor dem Bundesverfassungsgericht dagegen, seine Nebeneinkünfte offen zu legen. Hier seine bestätigten Nebentätigkeiten

1. Anwalt der Sozietät Mayer, Brown, Rowe & Maw LLP
2. Vorsitzender des Konzernbeirates der AXA-Versicherung AG
3. Mitglied des Aufsichtsrates der AXA-Versicherung AG
4. Mitglied des Verwaltungsrates der BASF AG
5. Mitglied des Beirates der Commerzbank AG
6. Mitglied des Aufsichtsrates der Deutschen Börse AG
7. Mitglied des Aufsichtsrates der Interseroh AG zur Verwertung von Sekundärrohstoffen
8. Mitglied des Beirates der Möller & Förster KG
9. Mitglied des Aufsichtsrates der Rockwool GmbH
10. Mitglied des Beirates der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young AG

Fotos [M]: J. Powell/plainpicture; Stefan Oelsner/Action Press; Markus Ulmer/Action Press; W.M. Weber/Fotofinder.net; Marco Urban/Fotofinder.net

Heimat, ja bitte!

Fortsetzung *von Seite 63*

ner von Eltern, Schülern und Lehrern gemeinsam beschlossenen Hausordnung einer überwiegend von Migrantenkindern besuchten Schule im Berliner Stadtteil Wedding steht: »Die Schulsprache unserer Schule ist Deutsch, die Amtssprache der Bundesrepublik Deutschland. Jeder Schüler ist verpflichtet, sich im Geltungsbereich der Hausordnung nur in dieser Sprache zu verständigen.«

Kindergärten mit Sprachförderung, Vorschule und Sprachtests werden vom fünften Lebensjahr an obligatorisch; Sexualkunde-, Schwimm- und Sportunterricht sind Regelunterricht. Eine Befreiung aus religiösen Gründen wird abgelehnt. Die Schule muss als »Integrationsagentur« verstanden werden, die die Kinder auf ein selbstbestimmtes Leben in dieser Gesellschaft vorbereiten soll.

Jede Frau, jeder Mann muss das Recht haben, selbst zu entscheiden, ob sie oder er heiraten will, wann und wen. Um Zwangsehen zumindest zu erschweren, wird eine Familienzusammenführung erst vom 21. Lebensjahr an zugelassen. Es wird verstärkt darüber aufgeklärt, welche Gesundheitsrisiken Ehen zwischen Cousin und Cousine für die Nachkommen haben. Elternschulen unterrichten Väter und Mütter in der Kinderpflege und -erziehung. Schwangerschafts- und Babykurse sollen junge Migrantenmütter und -väter auf die Geburt vorbereiten.

Die Mehrehe wird geächtet. In den Sozialversicherungssystemen werden entsprechende Regelungen geschaffen, die eine Unterstützung der Polygamie verhindern. Polygamie ist ein Grund, die Aufenthaltsgenehmigung zu entziehen.

Der organisierte Islam hat eine besondere Verantwortung für die Integration. Auch an ihn sind Forderungen zu richten:

Koranschulen müssen ihr Programm und ihr pädagogisches Konzept öffentlicher Kontrolle zugänglich machen; Unterricht und Predigten müssen in deutscher Sprache erfolgen; Männern und Frauen ist gleichberechtigter Zutritt zu allen Veranstaltungen zu gewähren; die Betreiber von Moscheen haben ihre Satzung und ihre Finanzen offen zu legen; Moscheevereine verpflichten sich, ein Angebot für Sprachförderung anzubieten; Hodschas haben neben Sprachkenntnissen auch Kenntnisse in Landes- und Gesetzeskunde nachzuweisen.

Ich plädiere für diese klaren Regeln, statt die Integrationspolitik weiterhin dem Zufall zu überlassen – wohl wissend, dass die politischen Vertreter der Migrantenorganisationen und ihre Freunde diese Vorschläge mit Entrüstung zur Kenntnis nehmen werden und sich gegen jeden »Generalverdacht« und gegen jede »Gängelung« der Muslime und Migranten wehren werden. Aber ich bin davon überzeugt, dass uns gar nichts anderes übrig bleibt, wenn wir die Söhne und Töchter der Migranten nicht verlieren wollen. Wir brauchen ihre Talente und Tatkraft für unsere gemeinsame Zukunft.

Sich an die Arbeit der Integration zu machen bedeutet nicht, seine Muttersprache zu vergessen, seine Identität zu verraten oder seinen Glauben aufzugeben. Bis heute berührt mich nichts so sehr wie meine *türk halkmüzigi,* türkische Volksmusik, ich esse immer noch nur zu gern meinen Döner und tanze leidenschaftlich gern tscherkessische Tänze – so wie ich Latte Macchiato, Grünkohl, Bach und Jazzrock schätzen gelernt habe. Kultur ist ein ständiger Lernprozess, eine sinnliche Erfahrung, die anderes hören, anderes sehen, anderes schmecken, anderes fühlen lässt – eine Erweiterung für alle.

Es kann nicht darum gehen, Identitätspolitik zu betreiben, wie es die türkisch-muslimischen Vereine immer noch gern tun. Es kann nicht darum gehen, normativ für alle Türken und Muslime zu definieren, was es heißt, »türkisch« oder »muslimisch« zu sein, wie die Gesellschaft den Türken zu begegnen hat und was die Türken selbst zu tun und zu lassen haben. Verräterisch sind Formeln wie »wir Türken« oder »wir Muslime«, sie erheben immer noch das »Türkentum« und das »Muslim-Sein« zur kollektiven Identität. An dem »Sprachenstreit« auf deutschen Schulhöfen wird deutlich, dass die Auseinandersetzung um die Integration erst jetzt begonnen hat. Jeder in dieser Gesellschaft hat das Recht, Türke, Deutscher, Muslim, Christ oder etwas anderes zu sein. Als Individuum kann er frei wählen, seine Integration als Türke oder Türkin, als Muslim oder Muslimin muss daran keineswegs scheitern – wohl aber, wenn er sich zurückzieht auf die kollektive Identität. Ein Einzelner kann integriert werden, ein Kollektiv nicht.

Viele Söhne haben sich verloren, weil sie den Gesetzen der Väter folgen. Sie imitieren ein Ideal oder spielen eine Rolle, die sie im Leben scheitern lässt. Macht nichts, wird ihnen beigebracht, die Familie sorgt für dich, sie schützt dich, die Familie ist das, woher du kommst, was du bist, wohin du gehen wirst. Sie ist alles, was du hast. In Wahrheit ist die Familie ein Kontrollsystem, in dem das Wort der Väter Gesetz ist und die Söhne die Rolle der Wächter über Frauen und Kinder spielen. Sie sind Mitglied eines fest gefügten Ensembles, das ein Stück mit festgelegten Rollen aufführt, auf einer Bühne, die sie nicht erbaut haben, mit Texten, die ihnen vorgegeben werden. Ihre Zuschauer sind die Mitglieder der Umma, der Gemeinde. Sie achten darauf, dass keiner das Theater verlässt. Aber auf eine Teilhabe an der Welt außerhalb des Theaters sind die muslimischen Söhne ohnehin nicht vorbereitet. Dafür taugt das Repertoire nicht, das sie erlernen müssen. Macht nichts, wird ihnen beigebracht, denn – »Alles ist vorherbestimmt«, so hat der Hodscha bei meinem Moscheebesuch gepredigt. »Nur Gott kennt unser Schicksal«, warnt der Vorbeter, »wollt ihr euch in Gottes Handwerk einmischen?«

Niemand hat den »verlorenen Söhnen« beigebracht, Fragen zu stellen, an Autoritäten zu zweifeln; niemand hat sie gelehrt, sich fremden Einflüssen zu öffnen, die Welt mit den Augen der anderen zu sehen. Sie bleiben Fremde in einem fremden Land, eingeschlossen in eine versiegelte Welt.

Der türkisch-muslimische Mann in Deutschland wird, wenn er sich dem Leben, der Liebe und der Freiheit aussetzt, seinem eigenen Empfinden nach zunächst »verlieren«. Er wird die Welt künftig mit seiner Frau und seinen Kindern teilen müssen. Mit Widerspruch und Kritik wird er leben müssen, denn seine Auffassung wird nur noch eine Meinung unter mehreren Meinungen sein, kein Gesetz. Er wird sie begründen müssen und nicht mehr mit Gewalt durchsetzen können. Glauben werden ihm nur die, die keine Angst vor ihm haben, sondern ihm vertrauen. Geliebt wird er nur werden, wenn er selbst lieben kann. Und das heißt auch, die Söhne und Töchter loslassen zu können, sie in »die Fremde« ziehen zu lassen. Sie dafür zu lieben, nicht zu strafen, dass sie andere werden, als ihre Väter und Mütter gewesen sind. Sie bleiben die Kinder ihrer Mütter und Väter, was immer auch passiert, und eines Tages werden sie heimkehren, als Menschen mit einer eigenen Geschichte, *ihrer* Geschichte.

Es ist ein ganz anderes Leben, als der türkisch-muslimische Mann es kennt. Vielleicht ist es nicht das Paradies, aber es ist ein Leben, das auch ihn selbst reicher und freier machen wird.

Wie im Rausch

Warum viele Menschen auf ein kleines Gerät namens Blackberry nicht mehr verzichten können

VON CHRISTOPH KOCH



Nicht auszudenken, wenn der Strom von E-Mails, der ständig in Blackberrys hinein- und wieder hinausfließt, plötzlich versiegte. Wenn die Standleitung in die weite Welt der Kommunikation urplötzlich gekappt würde. Genau diese Gefahr drohte amerikanischen Benutzern des zigarettenschachtelgroßen Geräts zum mobilen Versenden von E-Mails bis Ende voriger Woche: Ein vor Gericht ausgetragener Patentstreit zwischen der Blackberry-Firma Research In Motion (RIM) und einem Erfinder hätte beinahe eine Abschaltung des Netzes in den USA und ein Verkaufsverbot zur Folge gehabt. Kaum hatten sich die Parteien außergerichtlich geeinigt, stiegen die RIM-Aktien um 19 Prozent.

Selbst das Justizministerium hatte sich in den erbitterten Streit eingeschaltet: Wichtige Regierungsorganisationen könnten ohne Blackberry nicht mehr arbeiten, hieß es. Rund 400 Mitarbeiter des Weißen Hauses empfangen ihre Mails mobil, viele tausend Regierungsangestellte benutzen Blackberrys. Das US-Bildungsministerium will festgestellt haben, dass seine Mitarbeiter mit dem kleinen Ding produktiver sind. Das



macht das Gerät ebenso interessant wie die Tatsache, dass nach den Anschlägen vom 11. September 2001 fast alle Kommunikationssysteme zusammenbrachen, die Blackberrys aber unbeeindruckt ihren Dienst taten.

Und so umklammert die Kommunikationselite nach der vorübergehenden Entwarnung ihr Lieblingsspielzeug noch fester. Gefreut hätten sich vermutlich einzig die Psychotherapeuten über eine Abschaltung des Blackberry-Netzes – wären ihre Wartezimmer doch voller auf Entzug gesetzter Blackberry-Junkies. Wer einmal das berauschende Gefühl genossen hat, überall und zu jeder Zeit Mails um die Welt jagen zu können, ohne erst ein Notebook aufklappen und eine Internet-Verbindung herstellen zu müssen, kann kaum noch darauf verzichten. Besonnene Sicherheitsfanatiker geben plötzlich zu, bisweilen während des Autofahrens auf das Display des *handheld*-Gerätes zu schauen. Nur um zu sehen, ob da gerade eine wichtige Nachricht reingekommen ist – oder wieder nur ein Angebot, kostengünstiges Valium übers Internet zu bestellen. Die größten Romantiker verlassen den Kerzenschein des Restauranttischs, um an der Garderobe kurz nachzusehen, ob sie schon Antwort auf ihre Frage bezüglich des Ski-Wochenendes bekommen haben – und gegebenenfalls sofort wieder zurückschreiben zu können, wann sie wen wo auf dem Weg in die Berge abholen.

Reines Mitleid empfindet man für den Stadionbesucher, der auf der Großbildleinwand eingefangen und gezeigt wird, wie er verbissen auf sein Gerät drückt – und dabei das Siegtor seiner Mannschaft verpasst. Und welcher Pendler, der auf dem Heimweg seinen Blackberry benutzt, war nicht schon mal so in das Gerät versunken, dass er versäumte, auszusteigen? Nicht schlimm, dass zu Hause jemand wartet – der Blackberry vertreibt hervorragend die Wartezeit auf der Rückfahrt.

Im Gegensatz zu schweren Betäubungsmitteln lässt sich die Blackberry-Sucht diskret befriedigen: Schnell ist das Gerät unterhalb der Tischkante hervorgeholt. So schnell, dass inzwischen einige Unternehmen Berry-Verbote in Konferenzen verhängt haben. Beschämend deutlich wird die eigene Sucht beim reflexhaften Griff zum Blackberry, während man vor seinem Büro-Computer sitzt – also bereits vollen Zugriff auf E-Mails hat. Es gibt eigentlich keinen Grund, das mobile Gerät am Schreibtisch zu benutzen – und dennoch wirken die Mails auf dem kleinen *screen* des Blackberry frischer, aufregender, irgendwie besser.

Ähnlich wie der iPod den im Grunde banalen Akt des Musikhörens mit einer neuen Coolness aufgeladen hat, macht das längst alltäglich gewordene Verschicken von E-Mails mit dem Blackberry plötzlich wieder Freude. Davon profitiert auch der Monopolist RIM: Die Zahl der Blackberry-Benutzer verdoppelt sich jedes Jahr, inzwischen sind es über 4,3 Millionen. Analysten rechnen bis Jahresende mit neun Millionen Nutzern. Rund drei Viertel des Geschäfts macht RIM in den USA, Deutschland ist nach Großbritannien der zweitgrößte Markt für Blackberrys in Europa – inzwischen statten 29 von 30 Dax-Unternehmen einen Teil ihrer Mitarbeiter mit Blackberrys aus.

Doch die Berry-Begeisterung hat sich noch nicht überall durchgesetzt. »Mal ehrlich, brauchst du das wirklich?« – keine Frage hören Blackberry-Einsteiger häufiger. Sie müssen nicht einmal mit dem Ding gesehen werden. Schon die automatisch unter jede E-Mail kopierte Zeile »Gesendet mit Blackberry« sorgt am anderen Ende für Ressentiments: »Du Blackberry-Poser« kommt es bisweilen barsch zurück. Die Unterstellung, man wolle sich durch ein technisches Gerät interessant machen, erinnert an die frühen neunziger Jahre, als Handybesitzer noch als Wichtigtuer verspottet wurden. Auch als in den achtziger Jahren »Heimcomputer« modern wurden, wägte man zaghaft ab: Brauchte man wirklich einen »PC«? Vielleicht der Papa für die Arbeit. Oder die Kinder für ein Mathe-Lernprogramm. Niemand würde solche Kriterien heute noch für den Kauf eines Computers anlegen – und auch für den Besitz eines Handys muss niemand mehr Manager sein. Aber wird das E-Mailen via Blackberry eines Tages so selbstverständlich sein wie Handytelefonate es heute sind? Es sieht ganz danach aus.

Egal, welche Studie man zu Rate zieht: Auf die Frage, was sie im Internet so treiben, geben fast alle Befragten an, dort Mails zu schreiben. Naheliegend also, die mit Abstand beliebteste Anwendungsmöglichkeit des Internet mobil verfügbar zu machen. Das war und ist auch jenseits des Blackberry möglich, meist jedoch ziemlich umständlich. Um zum Beispiel sein Handy entsprechend zu konfigurieren, braucht man beinahe ein IT-Studium, und um die Mails abzurufen, muss man sich jedes Mal erneut umständlich ins Internet einwählen. Der Blackberry ist dagegen immer online. Sobald E-Post auf einem der bis zu acht überwachten Mail-Konten eingeht, wird sie durch die Push-Technologie des Gerätes direkt auf den visitenkartengroßen Bildschirm geschickt.

Natürlich hat der Fortschritt seinen Preis. »Blackberry-Daumen« (wegen Sehnenscheidenentzündung) und »CrackBerry« (wegen des Suchtfaktors) gehören inzwischen zum Small-Talk-Standardrepertoire auf allen Partys. Schlimmer: Wer ständig auf die Minitasten drückt, wirkt wie ein kleiner Junge, der Autorennen auf dem Gameboy fährt. Wirklich lässig sieht niemand aus, wenn er mit dem Blackberry hantiert. Und schließlich ist da noch die Datensicherheit: Weil alle europäischen Blackberry-Mails über einen einzigen Server in England laufen, fürchtet das deutsche Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, der Blackberry sei »für den Einsatz in sicherheitsempfindlichen Bereichen der öffentlichen Verwaltung und spionagegefährdeten Unternehmen nicht geeignet«.

Durch die ständige Erreichbarkeit via Blackberry verschwimmen die Grenzen zwischen Arbeitswelt und Freizeit noch weiter. Während eine Mail vom Freitagnachmittag bislang gerne mal bis Montagmittag liegen blieb, kann der Chef von seinem Blackberry-führenden Untergebenen nun stets eine schnelle Antwort erwarten. Wenn die Technik gut funktioniert, ist die Anfrage »Können Sie mir bitte noch schnell die folgenden Unterlagen schicken …« allenfalls lästig. Wenn plötzlich jedoch der Akku leer ist oder – Schwachstelle vor allem älterer Blackberrys – Dateianhänge nicht geöffnet werden können, sehnen sich Blackberry-Besitzer nach der Zeit zurück, in der das Fax die modernste Möglichkeit war, Texte zu übermitteln.

Kabinette, Chefetagen und Premierenpartys hat der Blackberry längst erobert. Was macht das Gerät auch jenseits der Kommunikationselite interessant? Neben den sinkenden Preisen für Anschaffung (zwischen rund 400 bis 600 Euro) und Betrieb (derzeit rund 15 Euro pro Monat) ist es die einfache Bedienung. Das Garantiehandbuch ist dicker als die Bedienungsanleitung – und die braucht man im Grunde nicht. Im Gegensatz zu den meisten Mobiltelefonen bekam das Blackberry nicht noch diverse Zusatzfunktionen aufgebrummt.

Da gibt es keine Digitalkamera, die unscharfe Bilder macht, keinen MP3-Player und kein eingebautes Radio. Noch nicht – denn RIM kündigte leider bereits an, solche Zusatzfunktionen bei kommenden Modellen einbauen zu wollen. Bislang ist nur das an Bord, was der Arbeiter der Neuzeit braucht: Mail-Programm, Terminkalender, Adressbuch, Telefon, Notizblock und Taschenrechner.

Eine weitere Funktion hat das Model Naomi Campbell eingeführt, das dafür bekannt ist, bei Wutanfällen auf ihre Assistentinnen einzuprügeln. Benutzte sie zur Züchtigung bislang nur Handy oder flache Hand, greift sie inzwischen gerne auch zum Blackberry.

Illustrationen: Niels Schröder für DIE ZEIT

EIN RENTNER SIEHT ROT



Illustration: Georg Wagenhuber für DIE ZEIT

Gib Gas, Alter!

Haug von Kuenheim über das Auto als Lebenselexier

Machen wir uns nichts vor! Zu gerne würde man uns Älteren das Autofahren verbieten. Wenn wir gemächlich im Mercedes oder im Golf über die Landstraßen zockeln, weil wir uns strikt an die Geschwindigkeitsbegrenzungen halten, sieht man in uns kein Vorbild, sondern ein Hindernis. Und sollten wir noch einen Campinganhänger hinter uns herschleppen, sind wir die totale Zumutung für den flotten Fahrer, der uns bei seinem riskanten Überholmanöver auch noch den Vogel zeigt.

Mögen unsere Reaktionen vor der roten Ampel altersgemäß etwas langsamer ausfallen und wir bei Grün, anders als Herr Schumacher, behutsam Gas geben, so bauen wir weniger Unfälle als jene, die, von der Disco kommend, ihre Autos für Raketen halten.

Das Auto, das sei in aller Deutlichkeit gesagt, darf uns nicht so ohne weiteres streitig gemacht werden. »Die Nutzung des Autos«, so heißt es in einem der Altenberichte der Bundesregierung, sei wichtig »für die Aufrechterhaltung einer selbstständigen Lebensführung und zur Pflege von Freizeitinteressen und sozialen Kontakten«. Da das unzweifelhaft so ist, muss allerdings die Autoindustrie ihre Fahrzeuge unseren Bedürfnissen anpassen. Was heißt: Die Sitze dürfen nicht knapp über dem Asphalt liegen, sondern unseren alten Knochen angemessen. Der Cayenne, auch Senioren-Porsche genannt, mit seinen breiten Türen und hohen Sitzen, leistet da Vorbildliches. Es versteht sich von selbst, dass Einparkhilfen, ein leicht verständliches Navigationssystem und ein simpel zu bedienendes Radiogerät zum Autoinventar gehören sollten.

Clemens Tesch-Römer, der menschenfreundliche Leiter des Deutschen Zentrums für Altersfragen, weiß, welche Bedeutung das Autofahren für Ältere besitzt und wie allergisch wir reagieren, zweifelt man unsere Fähigkeiten hinter dem Steuer an. Deswegen formulierte er auch nur sehr vorsichtig: »Warum eigentlich keine Überprüfung von Seh- und Reaktionsfähigkeit ab einem Alter von 70 oder 75 Jahren? Das liegt ja im Interesse älterer Verkehrsteilnehmer selbst.«

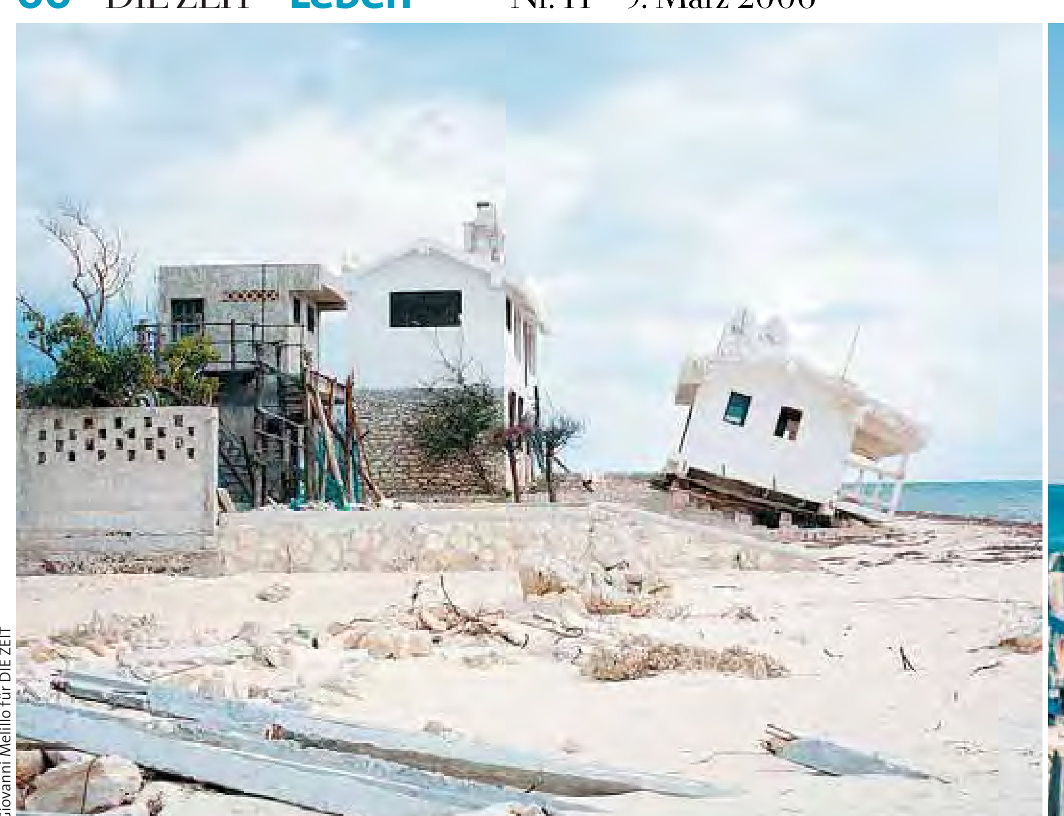
Nun ja. Nur – was, wenn der Test negativ ausfällt? Weg mit dem Lappen? Man möge bitte beachten, dass der Führerschein für viele von uns der Ausweis ist für die vielleicht einzige Prüfung, die wir je bestanden haben. Käme jemand auf die Idee, vom Dr. phil. wegen altersbedingter Tüdeligkeit den Doktorhut zu kassieren?

Ein Vorschlag zur Güte: So wie ein 17-Jähriger aufs Gas drücken darf, wenn ein Elternteil neben ihm sitzt, dann vielleicht auch ein 80-Jähriger, wenn sein Enkel auf dem Beifahrersitz hockt. Vielleicht hilft aber auch ein kleines Schild im Rückfenster: »Achtung, Senior am Steuer!«

* Haug von Kuenheim ist 71. Nach 40 Jahren bei der ZEIT – unter anderem als Leiter des Modernen Lebens und stellvertretender Chefredakteur – privatisiert er heute











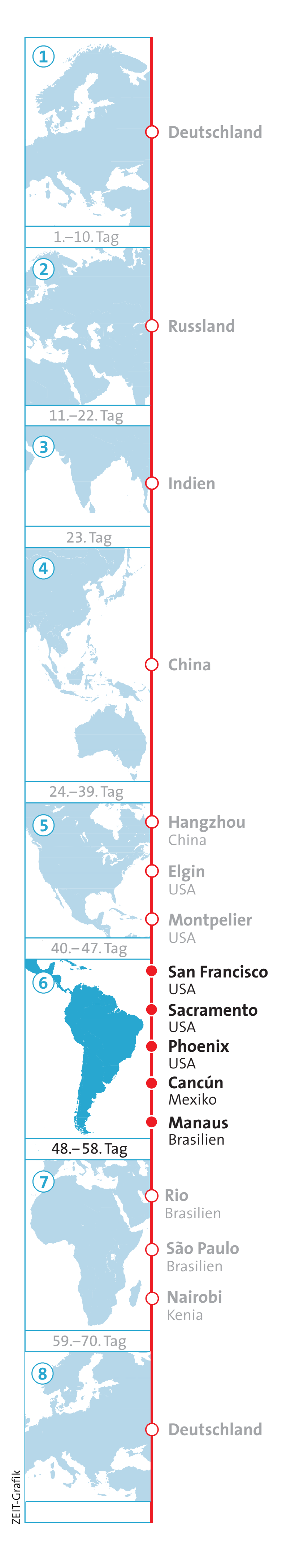
Fotos: Giovanni Melillo für DIE ZEIT

Der Sturm wird kommen

IN 80 TAGEN UM DIE WELT
EINE ZEIT-SERIE (FOLGE 6)

Der GLOBALISIERUNG auf der Spur: In acht Etappen reisen ZEIT-Reporter um die Erde und schildern, wie der weltweite Wettlauf das Leben durcheinander bringt. In dieser Woche geht es von den USA nach Brasilien

Die Etappen der Reise



ZEIT-Grafik

Chuck, der 52-jährige Lebenskünstler aus Cancún, Mexiko, hat lange nachgedacht, womit man die Wucht eines Hurrikans vergleichen könnte. Dann fiel es ihm ein, er lud sein Kleinkalibergewehr und schoss auf die neuen Fenster seines Hauses. Die Kugeln prallten ab. Panzerglas, sagt Chuck, es hat gehalten, »da war ich beruhigt. Ich wusste, der Sturm kann kommen.«

Der Sturm kam, und Chuck Jahl, von Beruf Geschäftsmann, behielt Recht. Im vergangenen Oktober wütete Wilma, der stärkste jemals gemessene Hurrikan, zwei Tage über der mexikanischen Ferienburg Cancún. Einige Tote, Tausende zerstörte Häuser, den Gesamtschaden schätzen Versicherungen auf ein paar Milliarden Dollar. In den deutschen Abendnachrichten jedoch blieben Wilma und die Folgen nur eine kurze Sequenz. Man war noch zu sehr schockiert vom Hurrikanvorgänger Katrina, der New Orleans in einen Albtraum verwandelt hatte. Auch die Ressourcen Mitgefühl und Erschütterung haben Grenzen.

Chucks Haus liegt ein paar Kilometer von Cancún entfernt direkt am langen weißen Strand. Ein Häuschen neben dem anderen, kilometerlang, so war es einmal. Jetzt steht nur noch Chucks Haus, auch beschädigt, der Steg ins Meer hinaus ist weg, die Palmen sowieso, eine Mauer brach, modriges Salzwasser drang durch eine Tür. Aus den meisten Nachbarhäusern sind unbewohnbare Ruinen geworden. Manche sehen aus, als hätte ein ungehobelter Riese mit ihnen gespielt. Ein Haus riss Wilma in der Mitte durch, das Schlafzimmer hängt jetzt schief und nackt über dem Strand, als wäre es eine Theaterkulisse. Dieses Haus hatte der hiesige Bauminister gebaut. Es hatte nicht mal ein richtiges Fundament. Der Minister wollte sparen. Ein Fressen für Wilma.

Vor dem Einschlafen schnell noch ein Blick auf die Sturmwarnungen

Chuck sagt, in den letzten Jahren, aber vor allem 2005, sei sein wichtigster Begleiter die Website des Sturmwarnungszentrums in Florida gewesen. Alle zwei Stunden würden dort die Nachrichten aktualisiert, und man sehe, wo sich ein neuer Sturm aufbaut, wo genau er erwartet wird und wie kräftig er sein wird. »Vor dem Einschlafen schaue ich noch mal drauf, und es ist der erste Blick nach dem Aufwachen. Es geht nicht anders.«

Cancún ist die dritte Station einer Reise, die den Spuren des Klimawandels folgt und in den USA begann. In Phoenix an der amerikanischen Westküste fahren wir mit Charles Redman durch die Stadt, einem Universitätsprofessor, der mit vielen Gedanken und noch mehr Geld einen besonderen Kampf führt für das, was er ein »menschenwürdiges Weiterleben von uns Menschen« nennt. Er sagt, es seien die Wünsche, die alles entscheiden. »Wir haben uns unendlich daran gewöhnt, einen Wunsch zu haben und dann vieles daranzusetzen, dass sich dieser Wunsch möglichst rasch erfüllt. Darauf ist zum großen Teil unsere westliche Zivilisation aufgebaut. Jetzt muss allen klar werden: Wir müssen uns verabschieden von diesem Prinzip. Wenn nicht, werden es unsere Wünsche sein, die uns umbringen.« Viele dieser Wünsche haben das Klima verändert. Sechs Milliarden Menschen leben auf der Erde, immer mehr wollen Autos, Kühlschränke, Klimaanlagen, Kraftwerke. Durch die zunehmende Erderwärmung, mitverursacht durch den Milliarden Tonnen schweren Ausstoß der CO_2-Gase, werden immer extremere Wetterereignisse gezüchtet, Stürme, Überflutung, Erdrutsche, Dürre.

Unsere Reise begann an einem sonnigen Morgen in San Francisco, und sie führte direkt in den Stau. Auf der Bay Bridge wird man leicht zum Klaustrophobiker: gefangen auf einer Brücke, mehrspurig eingeschlossen von stattlichen US-Schlitten und Trucks. Wie war das noch in dieser Diskussionsrunde, in die man in der Nacht zuvor beim Zappen im Hotel geraten war? Zwei Manager der Autoindustrie hatten von der großen Freiheit des Autofahrens gesprochen, *the big freedom, the big feeling.* Sie mochten solche Begriffe, alles, was sich mit *big* kombinieren lässt. Sie fanden auch eine Bezeichnung für den Klimawandel, auf den sie der Moderator ansprach. *»Oh, yes, the big if …« The big if*, das große Wenn. Nach dem Motto: Nichts ist bewiesen, alles nur Spekulation, Panikmache. *If.* Was nur noch zwei Buchstaben hat, kann keine Katastrophe sein.

Wir haben einen Termin im 17. Stock eines gewaltigen Hochhauses mitten im Zentrum von Sacramento, nur ein paar Straßen weg vom kalifornischen Regierungs- und Parlamentssitz, dem Capitol. Müssen noch einen Augenblick warten auf Mike Wintemute, sitzen auf einem Stuhl in einem Großraumbüro vor einem einzigen Bäumchen, eingetopft, es sieht ein bisschen räudig und krank aus. Dann kommt Mister Wintemute. Mitte dreißig. Anzug, Krawatte, sieht aus wie ein Hollywood-Schauspieler, Typ FBI-Agent.

Was er antwortet, wenn Automanager den Klimawandel *the big if* nennen? Wintemute sagt, dies sei inzwischen sehr einfach zu widerlegen. Er sagt, dass neun der zehn wärmsten Jahre in der gesamten Klimageschichte eben neun der zehn vergangenen Jahre waren. Er sagt, rund 95 Prozent der wissenschaftlichen Experten seien sich einig, die Temperatur der Erde werde in den nächsten Jahren auf jeden Fall um zwei Grad steigen, was sich rächen werde mit dem Abschmelzen der Gletscher und dem Ansteigen der Meeresspiegel. Nein, sagt er, »die Zeit der Zweifel ist vorbei«.

Wintemute erzählt von seinem Chef, »gerade vor ein paar Minuten saßen wir zusammen, und er sagte es wieder, wie sehr er einen Beitrag zu diesem weltweiten Kampf leisten möchte«. Und er zitiert die Formel, die der Boss in seinen Reden überall wiederholt: Wir haben genug geredet, wir kennen die Wissenschaft, *it's time for action.* Die Sprache passt zum Chef: Arnold Schwarzenegger, Mister Universum, Hollywood-Terminator und republikanischer Gouverneur von Kalifornien. Mike Wintemute ist einer der Pressesprecher von Schwarzenegger.

Sacramento
San Francisco
Phoenix
USA
Atlantischer Ozean
Cancún
MEXIKO
Pazifischer Ozean
Manaus
BRASILIEN
2000 km

Die Action ließ Schwarzenegger in der Tat folgen mit einem Trommelfeuer umweltpolitischer Maßnahmen: Milliardenprogramm für die Erforschung und Entwicklung erneuerbarer Energien, Energiesparmaßnahmen, Konzepte für besseres Wasser und bessere Luft, Berufung eines Expertenbeirats, den Schwarzenegger auffordert, immer neue Vorschläge zu machen. Er unterschrieb eine Verordnung, dass sich bis zum Jahr 2010 der Ausstoß von Kohlendioxid um elf Prozent verringern muss. Vom Jahr 2012 an dürfen in Kalifornien nur noch Autos neu zugelassen werden, die die bisher geltenden Abgasgrenzwerte um mehr als ein Viertel unterschreiten. Sowohl die Autoindustrie als auch die Regierung in Washington haben gegen Schwarzeneggers Verordnung geklagt beziehungsweise Klage angekündigt.

Wie anstrengend ist dieser Kampf gegen Washington? Wintemute sagt: »Ich will es anders formulieren: Präsident Bush hat sich sehr für die Entwicklung des Hybridautos ausgesprochen. Das ist sehr hilfreich für unsere Politik.« Kalifornien habe eine komplizierte Wasserversorgung, sei abhängig von Regenfällen in der Sierra Nevada, Kalifornien sei mit dem Problem von Waldbränden konfrontiert, Kalifornien habe Küstenstädte, die gefährdet seien, wenn der Meeresspiegel steigt, »wir sind mehr als andere abhängig von der Umwelt, deshalb müssen wir viel tun. Es gibt kein Zurück mehr von unserer Politik.« Man wolle daraus aber auch Kapital schlagen. »Arnold Schwarzenegger«, sagt der Sprecher, »hat die ganze Welt hier zu Besuch, im Moment vor allem aus China. Sie wollen von uns lernen.«

Zu den eher netteren Besonderheiten der Globalisierung gehört, dass die Umweltjungs von Schwarzenegger auf den Klimakonferenzen dieser Welt jetzt regelmäßig den eher klassischen Umweltschützern aus anderen Ländern begegnen. Im Prinzip ist da Amerika eher ein Feindbild, und auch Typen wie Terminator Arnold sind nicht gerade deren Identifikationsfiguren. Mike Wintemute muss schmunzeln, »ja, es könnte sein, dass gewisse Feindbilder erst mal abgebaut werden müssen. Aber spätestens wenn wir erzählen, was wir in Kalifornien tun, ist die Stimmung eigentlich immer ganz gut.«

Der Klimawandel wird alle anderen Themen in den Schatten stellen

Mit der Morgenmaschine nach Phoenix. Es scheint wie fast immer auf dieser Reise die Sonne, als wolle sie die These der Klimaerwärmung auf besondere Weise unterstützen. Blättern in dem Buch *Wir Wettermacher* von Tim Flannery, einem australischen Naturforscher und Zoologen. Er beschreibt, wie lange er sich vor dem Thema Klimawandel gedrückt habe, zu diffus, zu widersprüchlich schienen ihm die Nachrichten aus der Wissenschaft zu sein. Doch das änderte sich in den letzten zwei, drei Jahren, die Experten wurden sicherer, die Katastrophenmeldungen häuften sich, dazu kamen seine eigenen Beobachtungen, etwa vom Aussterben verschiedener Tierarten und dem Abschmelzen der Gletscher. Er fing an zu recherchieren – und aus *Wir Wettermacher,* gerade im S. Fischer Verlag erschienen, wurde eine Brandschrift. Flannery schreibt: »Eines der größten Hindernisse bei der Mobilisierung gegen den Klimawandel besteht darin, dass er zu einem Klischee geworden ist, noch ehe man ihn richtig verstanden hat. Was jetzt nötig ist, sind gute Informationen und gründliches Nachdenken, denn in den kommenden Jahren wird dieses Thema alle anderen in den Schatten stellen. Es wird zum einzigen Thema werden.« Merkwürdig, dieses Buch im Flugzeug zu lesen. Man guckt aus dem Fenster in die Wolken. Flannery schreibt, was die Erde und ihre Menschen für ein unfassbares Glück hatten, dass ein bestimmtes Gasgemisch in der Atmosphäre für diese wunderbaren Lebensumstände sorgt. Und was die Menschen alles von unten nach oben blasen, um dieses Luftgemisch aufs gefährlichste zu verändern.

Phoenix, die fünftgrößte Stadt der USA mit fast drei Millionen Einwohnern, besteht aus ein paar Wolkenkratzern und sonst nicht viel. Ein Starbucks, ein Kino mit 30 Sälen und eine Kneipe, in der die weiblichen Bedienungen knappste Cheerleaderinnen-Kostümchen tragen müssen. Die Stadt ist mitten in der Wüste Arizonas, deshalb ist alles flach hier, deshalb ist es sehr heiß, im Sommer oft weit über vierzig Grad. Eine Zeitung schrieb: »Phoenix ist wie Las Vegas, aber ohne Vegas.« Man könnte behaupten: Was soll man anderes tun als arbeiten? Wie auch immer, Phoenix boomt, Industrie ohne Ende, kaum Arbeitslosigkeit, fast keine Kriminalität. Wegen der relativ günstigen Immobilienpreise können sich die meisten ein eigenes Haus leisten. Jedes Jahr werden rund 300 000 neue Einwohner gezählt, immer neue Stadtviertel wachsen in die Wüste hinaus. Geld ist hier so etwas wie eine natürliche Ressource. Als Charles Redman seinen Lehrstuhl samt angeschlossenem Institut Adaptive Solutions for an Urbanizing World eröffnete, überreichte ihm Karin Wrigley, aus der Familie der Kaugummidynastie, einen ersten Scheck in Höhe von mehreren Millionen Dollar.

Phoenix liegt in der Wüste, jedes Jahr wird es heißer

Charles Redman kommt mit dem Wagen zum Hotel, er schlägt eine kleine, private Stadtrundfahrt vor. Er sagt, er sei im Grunde ein Mann der Vergangenheit. Archäologie ist sein Fachgebiet, er lebte lange in Marokko, machte Ausgrabungen im Irak. »Ein schönes, interessantes Leben ist das als Archäologe. Aber eines ist diese Arbeit nicht: wichtig.« Er erzählt, wie auf den Kongressen seines Fachs neue Fragen gestellt wurden: Welche Rolle die Ökologie bei dem Untergang vieler Völker gespielt habe, zum Beispiel bei den Maya und den Wikingern – und was man aus deren Schicksal lernen könne. »Und ich hörte Klimaforschern zu, die mir den Ernst der Lage klarmachten: Wie sehr wir Menschen auf der Kippe stehen.« Man kann sagen, er wechselte aus der Vergangenheit in die Zukunft.

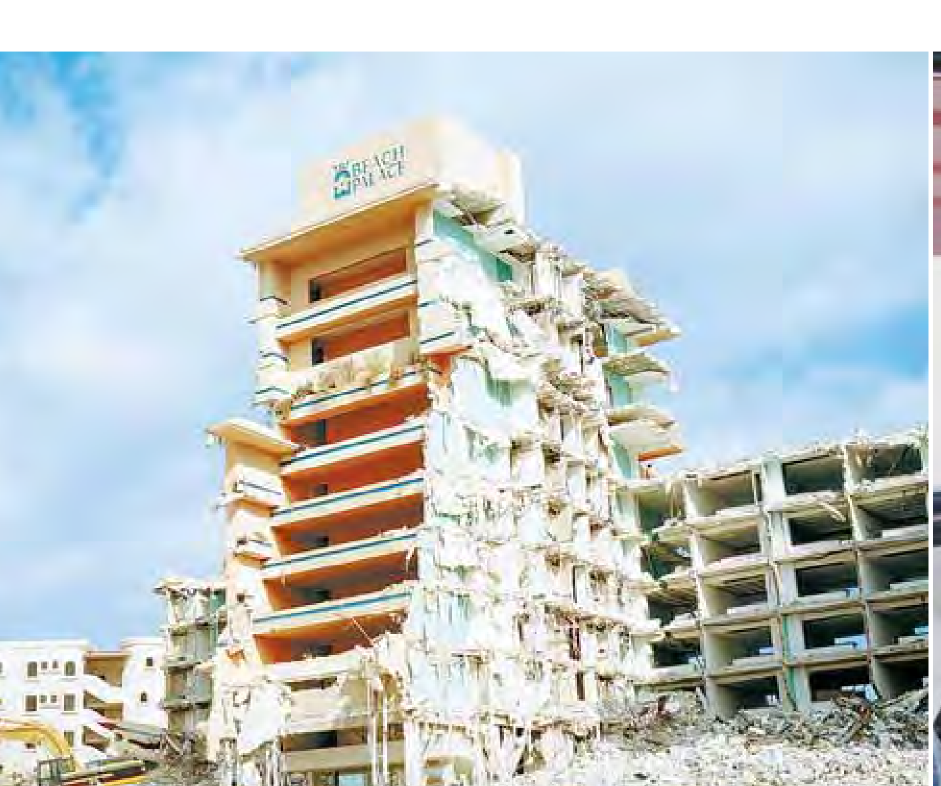
In Phoenix wird es von Jahr zu Jahr immer noch heißer. Nicht am Tag, sondern in der Nacht, sagt Redman, »tagsüber war und ist es in der Wüste immer heiß, aber nachts kühlt es immer weniger ab, Sommernächte über dreißig Grad sind die Regel«. Die Leute von seinem Institut versuchen nun in Phoenix gegenzusteuern, indem sie zum Beispiel mit anderen Materialien bauen, die kühlend wirken. Häuser, Straßenbeläge, Einkaufszentren, alles, »es gibt einen Vorschlag, sämtliche Straßen in dieser Stadt neu zu belegen, das kostet natürlich viel Geld, aber vermutlich werden wir es tun«. Er redet von Energiesparmodellen, von erneuerbaren Energien, von modernsten Wassernutzungsverfahren, all das tun sie, in Zusammenarbeit mit Universität, Stadtverwaltung und einigen reichen Bürgern. Redman veranstaltet regelmäßig Abendessen für interessierte Gäste, wie es heißt. Unlängst war sogar der Boss der Handelskette Wal-Mart dabei. Redman schildert die Lage der Welt; die Leute sollen spenden, und viele machen das. Durch Katrina habe sich vieles geändert, sagt er, »durch den Hurrikan hat der eher diffuse Begriff des Klimawandels ein Gesicht bekommen. Amerika beginnt zu verstehen.« Sein Leben nennt er »Leben mit dem Klimawandel«.

Sein Handy läutet. Seine Tochter ist kurz dran, sie studiert in New Orleans Geschichte, ausgerechnet in New Orleans. Sie war nicht in der Stadt, als Katrina kam. Redman wird sie in den nächsten Tagen dort besuchen. Er sagt, er werde oft gefragt, warum er immer so optimistisch wirke, »da antworte ich: Das hat einen einfachen Grund: Wir haben keine andere Wahl. Denn die Erde wird sich in den nächsten Jahren erwärmen, egal, was wir jetzt tun. Wir werden uns auf die Folgen einstellen müssen, und zwar schnell. In New Orleans sind viele Menschen gestorben, das darf nie wieder passieren. Wir brauchen eine völlig neue Kultur des Katastrophenschutzes. Optimismus heißt: überleben wollen.«

Später sitzt der kleine Mister Redman mit dem großen Temperament in seinem Institut. An der Wand hängt eine Weltkarte. »Nur wenn ich da draufschaue, bekomme ich Angst. Schauen Sie, Afrika, längst haben die großen Dürren, Folgen des Klimawandels, für schreckliche Kriege gesorgt, Ruanda, Kongo … oder Bangladesch, irgendwann wird dort die große Flut kommen.« Er zeigt auf immer neue Länder. Alles Sorgengebiete. Er fragt den Reporter, wohin er jetzt als Nächstes reise. »Oh, Gott«, kommentiert Redman, »Cancún. Eine der gefährdetsten Städte überhaupt. Ich kenne keinen Klimaforscher, der auf die Zukunft von Cancún mehr als einen Cent setzen würde.«

Ankunft Cancún. Das Wetter noch ein bisschen besser als in Phoenix, 28 Grad. Es hat mit diesen Temperaturen zu tun, der ewigen Sonne, ideal für Reiseprospekte, dass die mexikanische Küstenstadt Cancún Mitte der achtziger Jahre rund 70 000 Einwohner hatte, heute aber mehr als 500 000. Grund für die enorme Entwicklung ist eine Entscheidung der mexikanischen Regierung vor rund 20 Jahren, in dieser Gegend auf Tourismus zu setzen. Die Idee hat Norma und Chuck Jahl Glück gebracht. Die beiden waren die Allerersten, die an diesem Küstenabschnitt ein Grundstück kauften und ein Haus darauf bauten. Als sie anfingen, gab es keinen Strom, nur Urwald und Wildnis, auf der einzigen Schotterstraße mussten sie oft anhalten, weil Krokodile im Weg lagen. Hier haben sie geheiratet, am Strand, »ich im Bikini«, wie Norma heute erzählt, 20 Jahre später. Hier haben sie gelebt, direkt am Meer, mit Palmen, Sonne. Chuck ging fischen, das macht er bis heute ein paar Mal die Woche: Raus mit dem Boot. Er hat oft Hummer gefangen, einmal hatte er sogar einen vier Meter langen Hai an der Angel, »ein paar Stunden habe ich mit ihm gekämpft, dann war er weg«. Von seinen allergrößten Fängen gibt es Fotos, eingeklebt in Fotoalben. Und gutes Geld haben sie hier verdient, sie kauften und verkauften Grundstücke, sie verdienten ihr Geld mit neuen Nachbarn, einer nach dem anderen zog ein. Sie richteten es sich in den Häusern ein, die jetzt Ruinen sind, Wilmas Visitenkarte.

Sheraton, Hilton, Hyatt, alle sind an die Küste von Cancún gekommen, alle haben ihre Betten-





AM STRAND der mexikanischen Stadt Cancún hat der Hurrikan Wilma viele Häuser in der Mitte durchgerissen

CHUCK und seine Frau Norma waren die Ersten, die hier ein Haus bauten. Jetzt ist es das letzte, das steht

DAS MEER vor dem Haus des Paares ist an diesem Tag friedlich, aber die Klimaforscher erwarten neue, vielleicht noch stärkere Stürme

DAS BEACH PALACE soll renoviert werden, wie viele Hotels

IN EINEM STADTBUS in Cancún

Was geschieht, wenn die Industrie wächst und das Wetter durchdreht? Ein US-Gouverneur setzt auf Umweltschutz. Am Amazonas roden Chinesen den Wald. Im zerstörten Cancún baut man den Strand neu. Eine Reise zu Schauplätzen des Klimawandels **VON STEPHAN LEBERT**

bunker hochgezogen. Fast alle wurden ramponiert. Herausgerissene Fenster, gebrochene Mauern, Wasserschäden. Die meisten Hotels sind noch ganz oder teilweise geschlossen. Den berühmten weißen Sandstrand, das Markenzeichen vom Urlaubsort Cancún, hat das Meer geholt. Das lässt sich die Ferienindustrie nicht gefallen, das soll korrigiert werden. Riesige, nackte Röhren liegen am Ufer, sie werden den Sand aus dem Meer zurückpumpen an den Strand. Der leuchtend weiße Glücksstreifen: Ohne dieses Panorama könnten all die Touristen ausbleiben, das ist die Angst von Cancún. Allein die Aktion mit den Sandpumpen wird Millionen kosten. Vergebliche Mühe? Alle Prognosen sprechen von neuen, vielleicht noch stärkeren Stürmen. Vielleicht wird ganz Cancún, die Stadt auf Meeresspiegelhöhe, überspült. Deshalb aufgeben? Ausgerechnet hier sollen sich die Menschen vom Traum verabschieden, direkt am Meer zu leben?

Gerade herrschte noch Dürre am Amazonas, jetzt regnet es – zu viel

Chuck sagt, das Gute an Hurrikans sei, sie kämen nicht überraschend, man wisse es spätestens zwei, drei Tage vorher. Die Katastrophe falle nicht einfach vom Himmel so wie damals, als sie sich noch kaum kannten. Vor beinahe dreißig Jahren begegneten sie sich, Norma, die hübsche Mexikanerin, und Chuck, der eigentlich Harald heißt und Münchner ist. Sie beide waren nach dem Abitur jeweils auf Weltreise gegangen und waren sich zufällig in einem Café in Thailand begegnet. Sie saß mit einer Freundin an einem Tisch, er kam herein und fragte, ob da noch was frei sei, »klar setzte ich mich dahin, die beiden waren sehr attraktiv«. Es begann kurz darauf eine kleine Romanze zwischen Norma und ihm, aber nach drei Wochen zogen beide auf ihren geplanten Routen weiter. Doch sie trafen eine Verabredung: In sechs Monaten wollten sie sich wiedersehen, in einem Café in San Francisco. Norma war da zum geplanten Date. Doch Chuck nicht. Na ja, dachte sie. Was sie nicht wusste: Chuck war auch in San Francisco, wollte unbedingt kommen, doch ein paar Tage vorher hatte er einen schweren Autounfall, ein Teenager ohne Führerschein war ihm frontal reingefahren. Schwerstverletzt kam Chuck in die Klinik, sechs Monate musste er bleiben. Ein Bein wurde ihm abgenommen, das andere war schwer lädiert. Durch einen Zufall erfuhr Norma Wochen später doch von dem Unfall. Sie schrieb ihm in die Klinik, es begann ein Briefwechsel. Sie telefonierten. Als er irgendwie konnte, flog er mit Rollstuhl und Krücken nach Mexiko. Das Wiedersehen. Von da an wurden und blieben sie ein Paar. Schicksalsgestählt. Sie werden zurechtkommen, mit Veränderungen jeglicher Art.

Das letzte Bild: Der leicht hinkende Chuck und Norma im weißen Sommerkleid vor ihrem Haus. Die Sonne scheint, das Meer glitzert. Sie dirigieren ein paar Bauarbeiter vor der gebrochenen Mauer. Stahlträger müssen rein, sagt Chuck, »die Mauer hält das nächste Mal«.

Anflug auf Manaus, großartiger Blick, überall blauschwarze Flüsse, die wie Adern im Blutkreislauf aussehen, und ein gewaltiger Strom, ockerfarben, das ist der Amazonas. Bis vor wenigen Wochen herrschte die größte Dürre, die es jemals in diesem Gebiet gegeben hat. Die meisten Flussarme waren ausgetrocknet, Tausende Fische lagen tot im Flussbett neben aufgelaufenen Booten. Luftbrücken wurden eingerichtet, um die Bewohner in den Dörfern mit Nahrung zu versorgen, denn die Flüsse sind hier die einzigen Verbindungswege, rund 30 000 Menschen waren von der Außenwelt abgetrennt. Selbst der Amazonas hatte an manchen Stellen einen solch geringen Wasserstand, dass die großen Schiffe nicht mehr fahren durften. Inzwischen hat es viel geregnet, viel zu viel. Jetzt drohen Überschwemmungen. Manche fürchten, diese extremen Wetterlagen seien die ersten Vorboten eines Zusammenbruchs des Ökosystems Amazonas, mit den dramatischen Folgen für das Weltklima. Die Amazonaswälder sind ein gigantischer Speicher von Kohlendioxid, ihr Tod würde bedeuten, dass das Kohlendioxid zurück in die Atmosphäre gespuckt würde, was zusätzlich die Erderwärmung erheblich beschleunigen würde.

Der Amazonas ist der Fluss aller Flüsse, mehr als sechstausend Kilometer lang zieht er sich durch Südamerika, oft mehrere Kilometer breit, der wasserreichste Fluss der Erde. Es gibt in Manaus einen Hafen, Ort des öffentlichen Nahverkehrs: ein zweistöckiges Boot neben dem anderen, man löst ein Ticket, drei Tage dauert die Fahrt in die Urwaldstadt Santarem, fünf Tage nach Venezuela. Oben sind ein paar Kabinen, unten liegen die Fahrgäste in Hängematten, eine neben der anderen. Aus Lautsprechern tönt Sambamusik. Thomas Schweiger, ein früherer Umweltlobbyist in Brüssel, erzählt vom Spaß solcher Fahrten, »das sind Partys, tagelang, ohne Pausen«. Das Amazonasgebiet: der Wald aller Wälder, die grüne Hölle. Nirgendwo anders sind mehr Pflanzen und Tiere, Krokodile, Schlangen, Seekühe, alles. Schweiger hat seit drei Jahren ein eigenes Boot in Manaus. Unlängst ist er beim Schwimmen von einem Piranha gebissen worden. Er erzählt vom Schreien der kleinen Brüllaffen, die nachts draußen im Urwald alle anderen Geräusche übertönen.

Aber die grüne Hölle verliert ihre Farbe, alarmierend schnell. In den letzten Jahrzehnten wurde eine Waldfläche vom Ausmaß ganz Frankreichs abgeholzt. Geschäftemacher wollten manchmal das Holz, aber vor allem brauchten sie Platz für ihre Rinderherden. Die Provinz Mato Grosso beispielsweise ist nahezu kahl gerodet, eine Landschaft voller Steppe. Eigentlich ist der Verkauf von Wald in Brasilien verboten, doch korrupte Gouverneure wollen das Geld. Als Rechtfertigung wird oft gesagt, es gebe Verträge aus früheren Zeiten, alles sei legal. Man datiert die Papiere viele Jahre zurück und dokumentiert das auch äußerlich: Die Verträge kommen in eine Holzschachtel zusammen mit ein paar Grillen, und diese zirpenden Tierchen sorgen schon nach ein paar Tagen dafür, dass die Seiten gelblich werden, gewellt, alt wirken. Man nennt es das »Grillen« von Verträgen.

Jetzt ist es Soja. Sojafrüchte sehen aus wie gelbe, kleine Haselnüsse. Soja ist ein globaler Wachstumsmarkt, die Welt benutzt Soja als Beistoff für alle möglichen Nahrungsmittel, aber vor allem als Kraftfutter für Tiere. Die Welt braucht wieder Platz zum Sojaanbau, für Felder, riesige gelbe Felder. Alle werden fündig in Brasilien. Allein im Jahr 2004 wurde ein Gebiet von 26 000 Quadratkilometern weggebrannt, Feuer arbeitet schneller als Kreissägen. Die Täter sind Europäer, besonders Niederländer. Aber im Augenblick sind es in erster Linie Chinesen. Ihr Aufschwung macht sie hungrig, ihre Tiere pumpen sie voll mit Kraftfutter, damit sie schneller wachsen und schnell dick werden. Die Perversion der Globalisierung: Die Chinesen hätten ja selbst genug Land, aber sie suchen sich ein ärmeres, korrupteres Land. Nirgendwo geht es billiger als in Brasilien, und außerdem: Sojafelder sind nach ein paar Jahren ausgelaugt, tot. Die Ruinen hinterlässt man lieber anderswo.

Bauern werden vertrieben, Umweltschützer ermordet

Das Greenpeace-Büro liegt mitten im Zentrum von Manaus. Es ist eine kleine Festung, dicke Betonmauer, Eisentor, Sprechanlage, Wachpersonal. Umweltaktivisten leben gefährlich in Brasilien. Das schmutzige Geschäft mit den Wäldern beruht darauf, dass es im Verborgenen bleibt, in der Zone der Anarchie. Keiner weiß so richtig etwas, schon gar nicht die Behörden, keiner redet. Mindestens ein paar hundert Menschen wurden in den letzten paar Jahren umgebracht, die lautstark auf dieses Unrecht aufmerksam machten. Der spektakulärste Fall war die Ermordung der siebzigjährigen amerikanischen Nonne Dorothy Stang, die trotz aller Warnungen den Irrsinn der gelegten Waldbrände anprangerte. Vor wenigen Tagen erinnerten Weggefährten in einer großen Feier an ihren ersten Todestag. Eine Totenfeier im Amazonas. Manchmal passen Symbole.

Carlos Rittl von Greenpeace legt eine DVD in den Recorder. Sie haben einen Film gedreht über die aktuelle Zerstörung der Wälder in der Nähe von Santarem, dem Zentrum der neuen Sojageschäfte. Viele Bilder, vom Flugzeug aufgenommen: brennende Wälder, kilometerlang ist die Szenerie eingehüllt in dicke Rauchwolken. Bauern erzählen, wie sie gewaltsam vertrieben werden von gewalttätigen Söldnern, Häuser werden über Nacht angezündet. Einer sagt, man habe ihm fünftausend Dollar bezahlt für Grund und Besitz, damit er verschwindet. Heute lebt er in Manaus in einer kleinen Hütte, das Geld ist längst weg. Ein anderer Bauer, noch nicht vertrieben, sagt: »Wir leben mit dem Terror, jeden Tag passieren Anschläge.« Felder, Fabriken, ein illegaler Hafen, der den Abtransport von Soja beschleunigt. Eine einzige Demonstration der kalten, brutalen Macht gegen die Ohnmacht. Rittl sagt, Greenpeace werde in den nächsten Monaten mit verschiedenen Aktionen versuchen, auf die Geschehnisse um Santarem aufmerksam zu machen. Es ist ein Verbrechen, das hier geschieht. Und es ist sogar noch etwas mehr: ein globales Verbrechen im wirklichen Sinn.

Muss man als Klimaforscher depressiv werden? Nein, sagt Philip Fearnside, »Depressionen nützen niemandem, *it's so easy to give up*«. Er ist Engländer, die Ökologie des Amazonas ist seit dreißig Jahren sein Spezialgebiet. Er sitzt in seinem winzigen Büro in Manaus. Wie gesagt, eigentlich möchte er keine schlechte Laune machen, aber irgendwann tut er es doch. Er sagt, es gebe seit einigen Jahren sieben Klimamodelle, die prophezeiten, wie es mit dem Weltklima weitergehe. Bislang habe ein einziges Modell den ökologischen Zusammenbruch des Amazonasgebiets angekündigt. Fearnside lacht, »geht ja, eines von sieben«. Doch in den letzten Monaten, aufgrund neuer Studien und verbesserter Computermodelle, hätten sich vier Modelle korrigiert, sie sähen jetzt auch schwarz für den Amazonas, »fünf von sieben. Klingt nicht mehr so gut, oder?«

Arnaldo Carneiro treffen wir auf der Kantinenterrasse seines Instituts, das in einem Park liegt. Auf dem Weg hindurch hat uns einige Meter ein Tier begleitet, etwa so groß wie ein Pudel, aber aussehend wie eine pelzige Ratte. Auch Carneiro ist Klimaforscher. Ein gut aussehender, grauhaariger Mann. Es ist heiß, drückend. Und es regnet, auch warm. Auf dem Tisch krabbeln zwei beachtliche wurmähnliche Lebewesen. Carneiro zeigt auf seinem Laptop verschiedene Grafiken: den Grad der Abholzungen, wie viel bereits zerstört ist. Es ist wie ein Röntgenbild einer Lunge, die von unzählbar vielen Tumoren befallen ist. So sehen die Bilder aus. Ein schwer kranker Patient ist dieses Land, die Weltgemeinschaft müsste voller Sorge ihre besten Ärzte schicken, aber es reisen nur immer neue Giftmischer her.

Dann plötzlich hält Carneiro eine Gegenrede. Wie leicht sich dieses Gebiet erholen könnte, was für Selbstheilungskräfte diese Ökosystem habe. Wenn zum Beispiel mehr Naturschutzgebiete ausgewiesen würden. Wenn die brasilianische Regierung die Bodenpreise in den Waldgebieten dramatisch erhöhen würde, sodass sich ein Kahlschlag nicht mehr lohnte. Wenn. Wenn. Da ist es wieder. *The big if.*


Weitere Informationen im Internet:
www.zeit.de/Achtzigtage

Mama macht Karriere

Das Wort unmöglich begegnet diesen Frauen häufig. Schon als sie anfingen, laut über ein solches Leben nachzudenken. Später, als sie sich so entschieden hatten, oft hinter ihrem Rücken: »Unmöglich, die armen Kinder.« Die Frauen hatten die Wahl zwischen Kindern und Karriere – und sie haben sich für beides entschieden. Sie sind deshalb keine Heldinnen. Sie zweifeln und verzweifeln manchmal, und ihr Tag hat auch nur 24 Stunden.

Auch wenn er Ariane Krampe manchmal noch viel kürzer vorkommt. Es ist halb neun Uhr morgens. Wenn dies ein Film wäre, dann würde die Kamera jetzt die beiden Kinder auf dem Weg zum Spielplatz zeigen, die fünfjährige Paula mit ihren roten Haaren und dem neuen glitzer-rosa Lillifee-Ranzen und den dreijährigen Vincent auf seinem grünen Plastiktraktor. »Tschüs, Mama«, rufen sie fröhlich und winken noch mal, ohne sich umzudrehen. Neben den beiden Kindern geht Siegrun, eine junge, bayerische Kinderfrau. Schnitt. Die Mutter ist vor der Garage stehen geblieben, lächelt, winkt, sie sieht ein bisschen müde, aber zufrieden aus. Die Kamera schwenkt hoch, zeigt die Straße von oben, viele Bäume, große, weiße Einfamilienhäuser, drei parkende Autos, Morgensonne, der Tag wirkt wie frisch gewaschen. Man sieht die Mutter in ihr Auto steigen.

»Die beiden werden mich bis zum Abend kaum vermissen, und das ist wunderbar so«, sagt Ariane Krampe und startet den Wagen.

Manchmal schwebt das Leben, und das hier ist einer dieser Momente. Alles ist in perfekter Balance, die Kinder sind unbeschwert, und die Fernsehfilmproduzentin Ariane Krampe freut sich auf ihre Arbeit. Einen Moment lang ist da dieses Glücksgefühl, das Gefühl: Es gelingt.

Ich kriege es hin, eine gute Mutter zu sein und eine gute Filmproduzentin. Alle Mütter, die arbeiten und die das nicht nur des Geldes wegen tun, sondern weil sie ihren Job mögen, weil ihnen die Anerkennung wichtig ist, weil sie sich in die Welt außerhalb ihres Haushalts einmischen wollen, kennen dieses Gefühl. Es ist wie ein kleiner Rausch: die Hoffnung, dass der eigene Lebensentwurf aufgehen könnte. Kinder und Karriere. Am Abend zuvor saß Ariane Krampe zum Interview in einem bayerischen Gasthaus, es war spät, an den Nachbartischen waren schon die Stühle hochgestellt, sie gähnte versteckt, nein, nein, müde sei sie nicht, wir könnten gern noch weiterreden. Ob sie schon von ihrer Zweidrittelthese erzählt habe? »Als Frau in Deutschland kann man nur zu zwei Dritteln glücklich werden, das volle Glück ist in diesem Land fast nicht machbar. Entweder Job und Partnerschaft oder Partnerschaft und Kinder oder Kinder und Job, aber alle drei Aspekte zusammen, das gibt es nur selten, das sind die ganz großen Ausnahmen«, sagt sie. Womöglich gibt es Argumente und Beispiele gegen diese These, aber an diesem späten, verregneten Abend fallen ihr nur Frauen ein, die sich entschieden haben, auf eines zu verzichten, oder die sich in ihrem Alltag zwischen Job, Kindern und Partnerschaft aufreiben.

Auf der Fahrt ins Gasthaus hatte Ariane Krampe erzählt, dass sie sich früher immer drei Jungs gewünscht habe, sie lachte dabei ihr tiefes, ansteckendes Lachen. Drei Jungs! Das war, bevor sie ihr erstes Kind, Paula, bekam, bevor sie Filmproduzentin und Geschäftsführerin der sehr erfolgreichen Produktionsfirma teamWorx wurde, das war, bevor sie begriff, dass der Vater von Paula und Vincent nicht der Partner ist, den sie sich an ihrer Seite gewünscht hatte. Sie haben es einige Jahre lang miteinander probiert, bis sie endgültig feststellten, es funktioniert einfach nicht mit ihnen beiden. Der Mann zieht nun bald aus. Das ist traurig, aber manches wird dadurch auch leichter werden. Zwei Drittel halt.

Als Ariane Krampe den schwarzen A-Klasse-Mercedes vor dem Gasthaus parkt und die Autotür öffnet, ist da eine tiefe Pfütze unter ihren Füßen, über die sie hinwegspringt. Sie trägt flache Schuhe und Jeans, ein rosa Poloshirt, eine graue Strickjacke. Man kann sie sich nur schwer in einem Kleid oder einem Rock vorstellen. Ariane Krampe ist 43 Jahre alt, zweimal erhielt sie den Deutschen Fernsehpreis. Eine hässliche Plexiglasskulptur, die in der Branche viel bedeutet. Einmal für den Fernsehfilm *Der Tunnel,* da war sie mit Paula schwanger; einmal für *Tanz mit dem Teufel* über die Entführung von Richard Oetker, da war sie mit Vincent schwanger.

Obwohl die Fernsehproduzentin Ariane Krampe gerade zwanzig Filme (in verschiedenen Planungsstufen) betreut, ist sie auch eine Übermutter. »Jede freie Minute verbringe ich mit den Kindern.« Sie möchte Paula und Vincent das gleiche sehr warme Nest bereiten, das sie als Kind genossen hat, und trotzdem noch einen Filmpreis gewinnen. Nur: Geht das? Oder besser: Wie kann das gehen? Fragen, auf die Ariane Krampe jeden Tag wieder passende Antworten zu finden versucht.

Eine ihrer Antworten heißt Siegrun. Die rotwangige Dreiundzwanzigjährige ist mehr als nur ein Kindermädchen, sie ist wie eine sehr große Schwester für Paula und Vincent. Sie kocht das Mittagessen, sie legt Vincent schlafen und bastelt mit Paula eine Puppenstube, sie schafft dieses warme Zuhausegefühl, wenn Ariane Krampe nicht da ist. Siegruns Arbeitsplatz kostet Ariane Krampe gut zweitausend Euro im Monat. Und es ärgert sie wie die Pest, dass sie das Geld nicht von der Steuer absetzen kann.

Als gut verdienende, unverheiratete und neuerdings alleinerziehende Mutter von zwei Kindern wird sie von der Politik bisher benachteiligt. Sie zahlt den höchsten Steuersatz und kann das Gehalt für ihre Kinderfrau nicht absetzen. Und dann noch das Ehegattensplitting: »Das ist ja nicht mal ans Kinderkriegen gebunden. Warum wird eine verheiratete Frau ohne Kinder vom Staat besser behandelt als ich?« Hinter diesem Ärger steht das Gefühl, der eigene Lebensentwurf werde über die Politik noch immer gesellschaftlich sanktioniert.

Manchmal nimmt sie Paula und Vincent und Siegrun mit auf Dienstreisen, um nicht zu lange von ihnen getrennt zu sein. Diesen Luxus rechnet sie sich erst gar nicht in Zahlen aus. Alles zusammen ist so teuer, dass in diesem Jahr kein Geld für den geliebten Tauchurlaub übrig ist. »Gehen wir halt im Starnberger See baden«, sagt sie, und es klingt sehr vergnügt.

An jenem filmreifen Morgen in Grünwald, als Paula und Vincent und Siegrun mit Traktor und Fahrrad zufrieden zum Spielplatz ziehen, scheint es, als wäre das Geld wirklich richtig investiert. Es ermöglicht vier Menschen, ein gutes Leben zu führen.

Ein Rotklinkerhaus in Hamburg-Wandsbek, einer alten Arbeitergegend. Die Sonne scheint, es ist halb sieben an einem Mittwochabend. Die elf-jährige Tessa schlägt mit ihrem jüngeren Bruder Henry Tennisbälle an die Hauswand. Jetzt tritt die Mutter aus dem Haus. Sie trägt eine kurze rote Hose und keine Schuhe, die lockigen blonden Haare sind hochgesteckt. Man könnte sie sich gut mit einem Hockeyschläger unter dem Arm vorstellen.

Sohn: »Mama, kann ich ’ne Banane?«

Mutter: »Kannst auch einen Jogurt haben.«

Sohn: »Auch ’nen Pudding?«

Mutter: »Nein.«

Die Tochter schlägt unbeirrt weiter Tennisbälle an die Hauswand.

Sybille Hartmann kontrolliert 530 Millionen Euro. Das ist der Umsatz, den die Geschäftssparten Langnese und Iglo bei dem Großkonzern Unilever mit Eis, Fischstäbchen und allem Gefrorenen jedes Jahr machen. Sybille Hartmann ist eine Art Finanzministerin bei Langnese/Iglo, sie ist im mittleren Führungsbereich beschäftigt, eine Stufe unterhalb der Geschäftsleitung. In diesem Jahr ist sie einundvierzig Jahre alt geworden. Mit fünfundzwanzig hat sie bei Unilever, dem weltweit zweitgrößten Nahrungsmittelkonzern, angefangen. Mit siebenundzwanzig hat sie geheiratet, mit achtundzwanzig ihre erste Abteilung übernommen, mit dreißig ist sie zum ersten Mal Mutter geworden, und fünf Monate später ist sie wieder berufstätig gewesen. Mit zweiunddreißig hat sie dann das zweite Kind bekommen – dieses Mal erschien sie vier Monate später wieder im Job.

Es geht heute nicht mehr so sehr um die Frage, ob Frauen in Zukunft arbeiten werden. Oder wie weit sie in ihrem Beruf kommen. Die Frage ist, ob sie dabei noch Kinder haben. Wenn sie sich freiwillig dafür entscheiden, ihre Zeit zwischen Kindern und Karriere aufzuteilen, gelten sie schnell als Rabenmütter. Vor zehn, fünfzehn Jahren war das Thema mit diesem Schmähwort meist erledigt. Aber in der letzten Zeit hat sich

MARGOT KÄSSMANN, BISCHÖFIN

»Ich habe gelernt, zwischen dem eigenen schlechten Gewissen und dem von der Umwelt aufgezwungenen zu unterscheiden«



Foto: Simone Scardovelli

DICHTER AM BALL 28

JAN KONEFFKE

Sonntage in der Schlafschachtelsiedlung (zu Zeiten Uwe Seelers)

Diese um den Betonkirchturm bimmelnden Sonntage
Sonntage aus Langeweile und Mehlschwitze
diese Bienenstichsonntage Sonntage mit
Witwe Kinderschreck Hausmeister Kriegsinvalide
diese Isetta- und Volkswagensonntage
in der Schlafschachtelsiedlung im Kiefernwald wo wir
beim Spielen vergessene Bomben entdeckten
mit im Radio schmetternden Fussballreportern
als melden sie deutsche Erfolge im Osten
Schuss um Schuss sich verringernde Schande
diese Waldmeistersonntage Brennesselsonntage
diese Sonntage wenn wir zum Sportplatz am Bach flohen
wo wir kickten und dribbelten um unser Leben
Tor um Tor kleiner werdendes Grauen
mit begehrten Verletzungen heimhumpelnd zu
Witwe Kinderschreck Hausmeister Kriegsinvalide
an diesen Gespenster- und Fledermaussonntagen
in der Schlafschachtelsiedlung im Kiefernwald
mit seinen im Sandboden schlummernden Bomben

JAN KONEFFKE, geboren 1960, veröffentlichte u.a. »Was rauchte ich Schwaden zum Mond«, 2001

29

HENDRIK ROST

Vor vier Jahren

Als das Endspiel übertragen wurde, testete ich
den freien Willen in entvölkerten Straßen,
Passagen, Tankstellen. Ich hörte Jubel

wie Kinder, die in der Ferne spielten. Ich glich
dem Jungen beim Bolzen, damals auf der Wiese
hinterm Haus, er rannte von Tor zu Tor, zu klein,

um ins Spiel einzugreifen. »Ich geb mein Bestes,
ich geb mein Bestes«, rief er, auf dem Weg abwärts
vom Kopf zum Ausführen. An einer Rezeption

machte ich erste Notizen mit angekettetem Stift –
Unschuld ist mit jedem Spielstand dahin.
Die Plätze belebten sich wieder, und ich hörte

das Wort Vize. Zu Hause sah ich die Aufzeichnung
des Spiels, drehte den Experten den Ton ab
und gönnte mir beides; Niederlagen und ihre Fiktion.

HENDRIK ROST, geboren 1969, nächste Veröffentlichung: Gedichtband »Im Atemweg de Passagiers«, 2006

Bis zur Fußballweltmeisterschaft 2006 stellt die ZEIT eine deutsche Dichter-Nationalmannschaft auf. 33 bisher unveröffentlichte Fußballgedichte erscheinen wöchentlich im Ressort Leben. Sie werden im Radioprogramm NDR Kultur donnerstags jeweils um 15.45 Uhr und um 19.00 Uhr ausgestrahlt.
»Dichter am Ball«, 50 neue Fußballgedichte, von den Autoren selbst gelesen, erscheint am 16. März als Hörbuch – ein gemeinsames Projekt von ZEIT und NDR Kultur. Zu beziehen im Buchhandel und unter www.zeit.de/shop

Die Texte sind auch zu lesen und zu hören unter **ww.zeit.de/fussballpoesie**

Wie Frauen in Deutschland Kinder und Job schaffen, ohne den Verstand zu verlieren – drei Beispiele

VON KERSTIN KOHLENBERG, ILKA PIEPGRAS UND CLAUDIA VOIGT



Foto: Robert Grischek für DIE ZEIT

SYBILLE HARTMANN, CONTROLLERIN

»Ich verdiene freiwillig weniger und erkaufe mir so die Freiheit, bei einem späten Meeting zu fehlen«

etwas verändert. Es gibt Frauen in Deutschland, die wirklich Karriere machen und gleichzeitig eine Familie haben – und sich offensiv dazu bekennen.

Sechs Frauen und vierzehn Männer waren sie damals in ihrer Abteilung, als Sybille Hartmann 1989 bei Unilever anfing. Heute, sechzehn Jahre später, arbeiten jene Männer, die bei dem Unternehmen geblieben sind, alle eine Stufe über den Frauen. »Die sagen immer: Ach komm, du wärst doch auch so weit wie wir, wenn du keine Kinder gekriegt hättest«, erzählt Hartmann.

Stimmt das wirklich? Ist sie ihrer Kinder wegen im mittleren Management stecken geblieben? Sie selbst sagt, sie habe einen Kompromiss gemacht, zwischen Leben und Arbeiten.

Sohn: »Mama, darf ich schon fernsehen?«

Mutter: »Nein, ihr schaltet erst um fünf vor halb acht ein, und übrigens, ich unterhalte mich jetzt.«

Dass sie drei Jahre nach ihrem Einstieg bei Unilever heiratete, war ihrem Chef nicht recht. Wer in dem Konzern richtig Karriere machen will, der muss ins Ausland, oft für längere Zeit, der muss rund um die Uhr verfügbar sein, der muss sein wie Wasser, das immer dorthin fließt, wo sich ein Loch auftut. Für einen Aufstieg bis in die Geschäftsführung ist das eine der wichtigsten Voraussetzungen. Sybille Hartmann aber wusste, dass sie eine Familie wollte. Dass sie ein Baumstamm sein würde, über den das Wasser hinwegfließen müsste. »Dann sind Sie jetzt also nicht mehr so flexibel?«, hat ihr Chef sie nach der Hochzeit gefragt. Und es klang, als hätte sie ein Bein verloren. »Ja«, war die Antwort von Sybille Hartmann. »Ich bin jetzt wohl nicht mehr so flexibel.«

Aber geärgert hat es sie doch. Dass ihr Vorgesetzter sie schon mit einem dicken Bauch da stehen sah. Auch wenn es zwei Jahre später tatsächlich so war. Diese übliche Logik – Heirat, Kinderkriegen, Hausfrau –, die hat sie wütend gemacht. Und dass ihr Boss sie offensichtlich nur ohne Familie als vollwertige Arbeitskraft ansah. Gerade er. Manager der alten Generation.

Der sie vor einigen Geschäftsführern einmal mit der Begrüßung vorgestellt hat: »Guten Tag, das ist Frau Hartmann, mein bestes Pferd im Stall.« Ihr lief es damals kalt den Rücken runter. Kurz danach wechselte sie zu Elida Gibbs, der Kosmetikpflegesparte von Unilever.

Als sie zwei Jahre später wieder schwanger war, hatte sie schon einen Plan für die Zeit danach. Sie ging zu ihrem neuen Chef und schlug ihm Folgendes vor: Fünf Monate nach der Geburt sei sie wieder da, und dann wolle sie nur noch eine Zweidrittelbezahlung. Sie werde zwar weiterhin voll arbeiten, aber mit dem reduzierten Gehalt wolle sie sich die Flexibilität erkaufen, Nein sagen zu können, sollte er sie kurzfristig zu einem späten Meeting rufen. Der Chef gab seine Einwilligung.

Der elfte Stock des Unilever-Gebäudes in Hamburg. Trennwände werden herumgeschleppt, Farbe ist am Trocknen. Es wird wieder einmal von Einzelbüro auf Großraum umgestellt. An der Pinnwand hinter Sybille Hartmanns Schreibtisch hängt eine Postkarte mit dem Spruch: »Das Leben ist auch schon ohne Männer schwer genug.« Gegenüber steht der Schreibtisch ihrer Kollegin, mit der sie sich den Job teilt. Sybille Hartmann ist am Telefon. Ihr Gesicht und die Beine sind vom Wochenende im Garten gebräunt. Seit November 2004 ist sie eine von zwei Managerinnen, die sich zum ersten Mal bei Unilever einen Posten so weit oben in der Hierarchie teilen. Ein Job, zwei Frauen, vier Kinder. Viele der deutschen Kollegen waren damals skeptisch, ob das funktionieren könne. Nur der niederländische Chef sagte sofort: »Das machen wir. Das ist eine großartige Idee.«

Als Managerin in Teilzeit verdient sie jetzt netto 2500 Euro, das sind 55 Prozent ihres bisherigen Gehalts. Dennoch: Laut Statistischem Bundesamt steigt die Zahl der Teilzeitstellen. 1997 gab es davon 4,7 Millionen, 2002 waren es 7,2 Millionen. Dass ein niederländischer Chef sie ermutigte, die Deutschen dagegen eher skeptisch an die Sache herangingen, ist für Sybille Hartmann symptomatisch. Aber es tut sich was. In den vergangenen zehn Jahren ist bei Unilever der Anteil von weiblichen Mitarbeitern im mittleren Management von 11 auf 29 Prozent angestiegen, im oberen Führungsbereich von 2 auf 16 Prozent. Und in Hamburg sind im Oktober 2005 zwei Mütter in die Geschäftsführung aufgerückt, Mütter, die im Ausland tätig waren und immer Vollzeit gearbeitet haben.

In ihrem Doppelleben ist Margot Käßmann schon ein bisschen weiter. Ihre älteste Tochter ist 23, die jüngste 14 – und mit Margot Käßmanns Karriere ging es in all den Jahren immer noch weiter. Im Zweifrontenkampf ist die 47-Jährige eine Veteranin, sie hat ihre Kinder sehr früh bekommen und kann fast schon Bilanz ziehen.

Eben ist sie noch mit dem Hund eine halbe Stunde lang am Hannoveraner Maschsee gejoggt, jetzt steht draußen der Dienstwagen bereit, ein schwerer grauer BMW. Es ist acht Uhr morgens. Die Bischöfin lässt sich schwungvoll in den Fonds des Wagens fallen, streift die schwarzen Lederpumps ab und zieht ein Manuskript aus der Handtasche. Gute eineinhalb Stunden dauert die Fahrt, Zeit genug, um eine Rede für den kommenden Tag zu überarbeiten. Über zwölf Stunden lang wird die Bischöfin Käßmann heute im Dienst der Kirche unterwegs sein. In der Tasche des Fahrersitzes klemmen eine Flasche Mineralwasser, eine Bibel und ein Paar dicke Wollsocken für die Rückfahrt in der Nacht.

Als Bischöfin der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers steht die Siebenundvierzigjährige in der Hierarchie auf der höchsten Stufe. Sie ist eine Frau mit Haltung und Standpunkt und hat den Ruf einer Kämpferin. Noch nie saß eine kirchliche Würdenträgerin so häufig in Talkshows. Den Weg von der Vikarin an die Spitze ihrer Kirche hat die Bischöfin in nur sechzehn Jahren zurückgelegt. Der Zorn darüber, als Mutter bevormundet zu werden, hat ihren Aufstieg ganz schön beschleunigt.

Zum Beispiel damals in Spieskappel. So heißt das hessische Dorf, wo 1985 Eckhard Käßmann und seine Frau Margot – die beiden waren seit vier Jahren verheiratet – mit ihrer kleinen Tochter Sarah ins Pfarrhaus einzogen. Zu der Zeit ist Margot Käßmann wieder schwanger, mit Zwillingen. Eigentlich will sie sich die Stelle mit ihrem Mann teilen, denn beide sind gleich qualifiziert, doch die hessische Landeskirche zweifelt, dass eine junge Mutter mit drei kleinen Kindern das meistern könne.

Da bin ich in die Knie gegangen, sagt die Bischöfin im Rückblick, zum ersten und einzigen Mal. Sie widmet sich hauptsächlich Haushalt und Töchtern, ihr Mann arbeitet voll. 1990, die Kinder sind jetzt acht und vier Jahre alt, erhält Margot Käßmann eine halbe Stelle im Kirchlichen Entwicklungsdienst in Kassel, sechzig Kilometer von Spieskappel entfernt. Sie pendelt, er kocht Mittagessen. Die Gemeinde reagiert mit Argwohn, viele bedauern den »armen« Pastor, der sich so viel um seine Kinder kümmern muss. »Damals«, sagt Margot Käßmann, »habe ich gelernt, zwischen dem eigenen schlechten Gewissen und dem, welches die Umwelt einem aufzwingt, zu unterscheiden.«

Im September 1991 kommt die jüngste Tochter Esther zur Welt. Nach einem halben Jahr Stillzeit tritt die Vierunddreißigjährige Anfang 1992 ihren ersten Vollzeitjob an, eine Leitungsfunktion an der Evangelischen Akademie Hofgeismar. Eckhard Käßmann wird vorübergehend Hausmann. Sieben Jahre lang hat sie zurückgesteckt, jetzt ist er dran, da sind sich beide einig.

Die Bischöfin Käßmann ist sehr beliebt. Wenn sie eine Predigt hält, ist die Kirche voll. Vielleicht liegt es an ihrer klaren Sprache und den vielen irdischen Beispielen, mit denen sie die diffusen Dinge des Glaubens zu erklären versucht. Diese zierliche, burschikose Frau mit ihren vom regelmäßigen Joggen stahlharten Waden und den festen Schritten entspricht so erfrischend wenig dem Klischee der verhärmten und verhuschten Geistlichen, das sich hartnäckig in den Köpfen gerade jener hält, die zur Kirche auf Distanz gehen.

Nur eine Treppe trennt das Büro der Bischöfin von ihrer Wohnung. Um Punkt ein Uhr klingelt das Telefon auf dem Schreibtisch im Erdgeschoss – das Signal zum Mittagessen. »Jetzt gehen wir hoch, sonst wird mein Mann sauer.«

Eckhard Käßmann hat gekocht.

Im Treppenhaus hängt ein schiefes Bild, es hat sich innen im Rahmen gelöst und müsste neu fixiert werden. Könnte ja auch mein Mann machen, sagt die Bischöfin im Vorübergehen, aber so was fällt ihm nicht auf. Vor der Wohnungstür türmen sich schmutzige Sportschuhe und Reitstiefel. Am großen Esstisch sitzen Lea, Hanna und Esther, drei hübsche Mädchen in Spaghettiträgertops und Hüfthosen, aus denen hinten die Unterwäsche blitzt.

Sind die Mädchen stolz auf ihre Mutter? Heftiges Nicken. Hat der anspruchsvolle Beruf nie gestört? »Wir haben ja keinen Vergleich«, sagt Lea. »Aber es war gut so, wie es war.« Es gibt Gemüsepfanne mit Vollwertreis und Salat, vor dem Essen wird gebetet, später der Urlaub organisiert. Autan fehlt und Duschzeug, auch ein Foto für den Pass.

Eckhard Käßmann ist ein Mann von zarter Statur, das kurzärmelige Hemd schlackert lose über einer kurzen Hose, die Füße sind bloß und die Haare grau. Er wirkt scheu und etwas gehemmt, kein Mensch für große Auftritte, das Gegenteil von seiner Frau. Er fährt gern Rad, geht häufig zelten und ist ein leidenschaftlicher Koch.

Seit einem Jahr arbeitet er wieder voll, organisiert beim Landeskirchenamt Kassel den regionalen Kirchentag. Die Arbeit zu Hause wird jetzt wieder geteilt. »Ich mache den Sauberkeitsbereich. Sie macht klassisch Blumen und Wäsche«, sagt Eckhard Käßmann. Auch rechnerisch wurde gerecht geteilt: Jeder arbeitete sieben Jahre lang voll und sieben Jahre lang eingeschränkt. Aber nur sie machte Karriere. In dem Moment, als Margot Käßmanns Berufung zur Generalsekretärin des Kirchentags – einem viel Zeit, Mobilität und Kraft fordernden Job – anstand, wurden die klassischen Rollen getauscht. Sie drehte am großen Rad, er hielt ihr den Rücken frei und trieb sie an: »Das schaffst du! Jetzt kandidierst du erst recht! Natürlich stellst du dich zur Wahl!« Seine Frau anfeuern – das konnte Eckhard Käßmann immer gut.

Tochter Sarah sagt über ihren Vater: »Ohne ihn könnte meine Mutter den Job nicht machen, nicht mit vier Kindern. Er hat sich immer sehr um uns gekümmert, hat gekocht, war stets für uns da. Aber meine Mutter war dabei nicht weniger präsent. Sie war es nur auf andere Weise. Dieses gängige Klischee, meine Mutter macht Karriere, und nur mein Vater kümmert sich um uns – das stimmt nicht.« Margot Käßmann sagt über ihren Mann: »Er ist nicht der Typ armer, unterdrückter Ehemann.« Und Eckhard Käßmann sagt über sich selbst: »Ich habe so viel Schönes ganz intensiv erlebt, was andere Männer, wenn überhaupt, erst als alte Väter in zweiter Ehe kennen lernen.«

Draußen beginnt es zu regnen, Minuten später setzt ein Gewittersturm ein. Margot Käßmann stürzt auf den Balkon und schleppt Stoffpolster in die Wohnung, am Ende ist sie nass bis auf die Haut. Eckhard Käßmann räumt den Mittagstisch ab.

»Schauen Sie mal.« Margot Käßmann bläst den Staub von einem Fotorahmen, den sie von der Wand genommen hat. Das Hochzeitsfoto, fast fünfundzwanzig Jahre ist es jetzt her. Die zarte Braut trägt flache Schuhe und hat sich wenig verändert, aber der Bräutigam scheint heute ein anderer zu sein. Auf dem Foto trägt Eckhard Käßmann einen schwarzen Anzug aus Cord und wilde Locken auf dem Kopf, er wirkt wie ein Hippie, der die Welt einreißen will.

Die Zweisamkeit mit ihrem Mann, hatte Margot Käßmann beim Gespräch unten im Büro erzählt, sei über die Jahre auf der Strecke geblieben. Dafür blieb keine Zeit, immer standen die Kinder obenan. »Junge Paare achten heute mehr darauf, etwas zu zweit zu machen, das ist sicher richtig«, sagte die Bischöfin, und es klang, als habe sie etwas versäumt. Vielleicht ist das der Preis, der gezahlt werden muss, denn alles haben zu können ist für Frauen heute offenbar noch immer eine Illusion.

ARIANE KRAMPE, FILMPRODUZENTIN

»Als Frau kann man nur zu zwei Dritteln glücklich werden, das volle Glück ist in diesem Land fast nicht machbar«



Foto: Simone Scardovelli

* Von den Autorinnen dieses Artikels erscheint dieser Tage das Buch »Die Unmöglichen. Mütter, die Karriere machen« im Diana-Verlag


Foto: Siggi Hengstenberg

Manche Köche rühren Nahrungsmittel zusammen, als handele es sich um Bestandteile eines Chemiebaukastens. **WOLFRAM SIEBECK** über Küchenhandwerk, das so tut, als sei es Avantgarde-Kunst

Das Gelbe im Ei

Mitte Januar trafen sich in Madrid eine Hand voll Köche, die in dem Ruf stehen, zur Spitze der Weltklasse zu gehören. Zur avantgardistischen Spitze, wohlgemerkt, die sich von den traditionellen Küchenmeistern unterscheiden wie eine gebeizte Taube von der Weihnachtsgans. Wie zu hören war, veranstalteten die Avantgardisten in Madrid ein spektakuläres Feuerwerk an ungewohnten und gewagten Kunststücken. Die *Süddeutsche Zeitung* brachte darüber einen ausführlichen Bericht. Der wurde mir von einer Leserin aus Hamburg in Haus geschickt, die an den Zeitungsrand geschrieben hatte: »Ist das noch normal, Herr Siebeck?« Von ihr gelb eingefärbt war die Beschreibung eines in Madrid vorgeführten Spiegeleies: »Das Eiweiß besteht in Wirklichkeit aus Kokosmilch und Kardamom, das Eigelb aus Karottensaft und Glukose, und das Membran des Eigelbs wird aus Wasser mit einer speziellen Bindemittel-Mischung angerührt. Die Montage der Bestandteile erfordert höchsten chemischen Sachverstand.«

Die Lektüre dieser Beschreibung erfordert dagegen höchste Toleranz.

Die Kochkunst gehört – wie jede andere Form der Kunst – zu den schützenswerten Dingen unserer Kultur. Schutz hat sie nötig, weil sie nur schwache Abwehrkräfte besitzt gegenüber den Anfeindungen von Kräften, denen alles Individuelle und Kreative verdächtig ist. Deshalb hüte ich mich, der Leserin zu antworten: »Nein, normal ist das nicht, sondern Blödsinn im Kostüm der Artistik.« Das würde jeder antworten, der von einem Spiegelei erwartet, dass es von einem Huhn gelegt wurde, bevor es in der Pfanne gebraten und ihm vorgesetzt wird. Dieser Mensch ist ein Realist, und er gehört zur gewaltigen Mehrheit der Normalverbraucher.

Nun sind die in Madrid aufgetretenen Köche nicht deshalb berühmt geworden, weil sie für Normalverbraucher kochen, sondern für eine dekadente Elite von Kunstkennern. Erfinder von nahrhaften Eintöpfen werden populär, aber nie berühmt.

Man kann fragen: Muss es unbedingt ein vorgetäuschtes Spiegelei sein, damit sein Erfinder berühmt wird und die Kochkunst sich weiterentwickelt? Muss es natürlich nicht. Aber es ist naheliegend.

Ein Blick hinüber in die Abteilung Bildende Kunst, Unterabteilung Surrealismus, enthüllt in aller Offenheit, wie das funktioniert. Da hängt das Bild einer Pfeife. Unter die Pfeife hat der Maler geschrieben: »Dies ist keine Pfeife«. Er hieß Magritte und ist weltberühmt.

Nun will ich nicht behaupten, dass Wylie Dufresne, der New Yorker Küchenchef und Fabrikant des falschen Spiegeleies, damit Museumsreife erlangt habe. Der erste Anwärter für diesen Ruhm ist eher Ferran Adrià, der Erfinder der Gemüsegelees und anderer Pfeifen, die keine sind. Er war es überhaupt, der den Surrealismus in die Kochkunst eingeführt hat. Sein Restaurant El Bulli befindet sich an der Costa Brava, nahe dem Dorf, in dem Salvador Dalí gelebt hat. Das habe ihn verpflichtet, die traditionelle Kochkunst aufzumischen, sagt er.

Inzwischen mischen schon viele mit. Zum Beispiel mit einem heißen Schaum aus frischen Erbsen, den man zusammen mit einer kalten Hummerbrühe nacheinander in ein Schnapsglas füllt, welches vom Gast auf einen Schluck geleert werden muss. Natürlich darf das Ganze nicht wie frische Erbsen mit Hummer schmecken, weshalb der Koch die Brühe mit Aloe vera aromatisiert und den Erbsenschaum mit Hydrokolloiden versetzt.

Höhepunkte dieser Art gab es beim Treffen in Madrid offenbar am laufenden Band. Aber ich würde nicht sagen (um damit auf die Frage der Hamburger Leserin zurückzukommen), dass das normal sei.

Warum muss ein Essen überhaupt normal sein? In den Restaurants der sich in Madrid produzierenden Köche kostet ein Menü ja auch 100 Euro und mehr, was auch nicht gerade normal ist. Kann der Besuch in einem renommierten Restaurant überhaupt normal sein?

Als normal bezeichnen wir doch zunächst einmal das, was wir täglich erleben und essen. Dazu gehört aber keineswegs ein Kellner, der uns an der Esszimmertür Hut, Mantel und Schirm abnimmt. Dazu gehört auch nicht ein elegant angezogener Herr, der uns über dicke Teppiche zu einem Tisch führt, welcher mit feinem Porzellan und Kristallgläsern eingedeckt ist, auf dem Kerzen in silbernen Leuchtern brennen. Das ist doch so wenig alltäglich wie die zwei Kellner, die uns die Stühle zurechtrücken, sich nach der Wassersorte erkundigen, die wir zu trinken wünschen oder nicht wünschen, das Aushändigen der Speisekarten, schließlich das Studium der Weinkarte sowie das ganze aufwändige, sich anschließende Brimborium … Nichts davon ist normal.

Aber müssen die Köche deshalb gleich verrückt spielen?

Das ist wirklich ein Problem. Kaum serviert der eine seine Bohnen als giftgrünes Gelee im Löffel, zwingt ein anderer seine Gäste, heiße Zwiebelsuppe und kalten Kakao aus ausgehöhlten Eierschalen durch zwei Strohhalme gleichzeitig zu trinken. Das lässt einen Dritten nicht ruhen, bis er rausgekriegt hat, wie er Popcorn mit Foie gras füllen kann, welche natürlich keine richtige Foie gras ist, sondern pures Gold, das er mit Hustensaft bei minus 230 Grad … Und so weiter.

Es ist das alte Spiel, das in der Kunstgeschichte von Anfang an die Regeln bestimmte: Konkurrenz belebt das Geschäft. Wird der eine zum König gekrönt, will der andere Kaiser sein. Deshalb gibt es Köche, die besser Chemiker geworden wären. So entsetzlich viele sind es gar nicht. Sie fallen bloß so entsetzlich auf.

Kaum ein Gast hält damit hinter dem Berg, wenn er im Restaurant zwei unterschiedlich temperierte Flüssigkeiten aus einem Schnapsglas hat trinken müssen. Solche heiß-kalten Gemüsecocktails sind relativ leicht herzustellen, und unsere Dummköche probieren sie als ersten Schritt auf dem Weg zum Ruhm an ihren Gästen aus. Meistens wird einem so was diskret unter die Amuse-Gueules geschoben.

Aber dabei bleibt es nie. Ich wette, dass derselbe Koch auch noch an anderer Stelle zeigt, dass er nicht von gestern ist. Das beweist er mit Tellern, die speziell für seinesgleichen produziert werden. Es sind tiefe, kraterähnliche Porzellangebilde, auf deren Grund gerade mal Platz ist für ein Wachtelei, aber Ränder haben diese Teller, so breit wie ein Sombrero und so schräg wie Harald Juhnke. Wer darauf sein Besteck ablegt, ist es los für alle Zeiten.

Es sieht wie ein Zufall aus, dass solche Teller das Licht der Warenwelt in dem Moment erblickten, da die Avantgardisten Lutscher aus Zwiebelpüree auf den Gast losließen. Aber ich glaube in dieser Branche nicht mehr an Zufälle. Alles ist mit allem verbunden. Wie bei Vulkanen: Bricht der eine aus, qualmt der andere, und der dritte rülpst bedeutungsvoll.

Erinnern Sie sich noch an die riesigen Platzteller? Zugegeben, die gibt es heute noch, weil sie einmal angeschafft sind. Aber sie landeten just in jenem Moment auf den Tischen, als die Nouvelle Cuisine die Portionen auf Briefmarkengröße schrumpfen ließ. Und wann begannen die Küchenchefs, ihre Namen und Nationalfarben auf die Kochjacken zu sticken? Genau! Als dem Fernsehen die Themen ausgingen und die TV-Redaktionen bei der Arbeit mal was Besseres essen wollten.

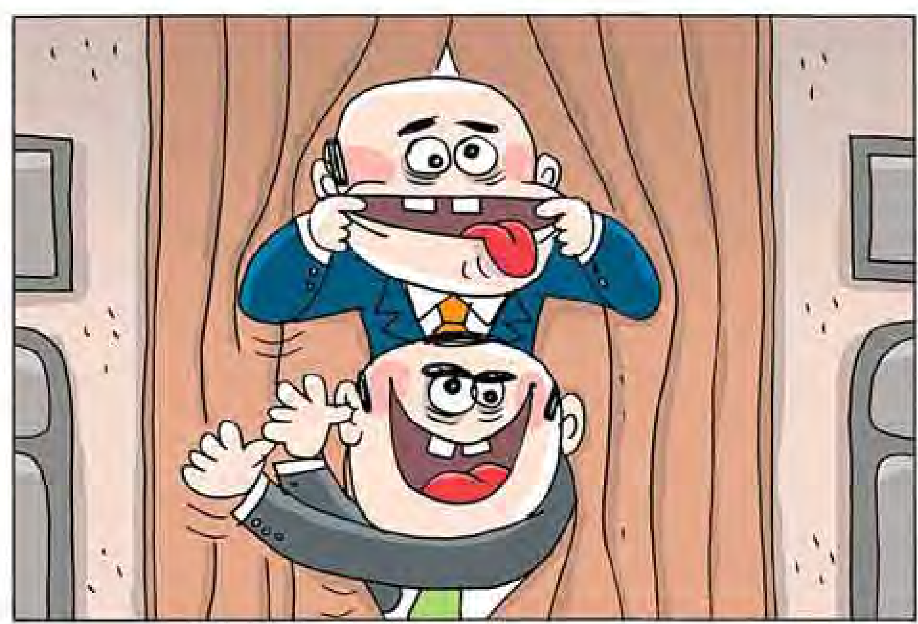
Es ist also alles normal, was zwischen Herd und Kamera geschieht. Und wenn Ihnen der Chefkoch einen Goldfisch serviert, in dessen Magen ein Haifisch steckt, während über der Tür »Steakhouse« steht, dann sollten Sie sich nicht wundern, sondern froh sein, am Puls der Zeit zu essen. Die Kunst des Möglichen ist möglicherweise auch Kunst.

Die Köche wissen das längst. Die Politiker werden es noch lernen müssen.

RETORTE AM HERD – kann sein, dass sich das Kochen so wirklich weiterentwickelt

Foto: Ragnar Schmuck







CHRISTIANE GREFE,
ZEIT-REPORTERIN,
IM MERCEDES-TAXI 200D



Nie ohne Chauffeur

Fast alle Taxis sind cremefarben – und billig im Vergleich zum eigenen Auto. Doch auf den Fahrer kommt es an

UNTER DER HAUBE

MOTORBAUART/ZYLINDERZAHL:
Dieselmotor, 4 Zylinder,
1997 ccm Hubraum, Baujahr 1994

LEISTUNG: 55 kW (75 PS)

4-GANG-AUTOMATIKGETRIEBE, BESCHLEUNIGUNG (0–100 KM/H):
18,5 Sekunden

HÖCHSTGESCHWINDIGKEIT: 155 km/h

DURCHSCHNITTSVERBRAUCH:
10 Liter bei Stadtfahrten mit Standzeiten

KOSTEN (PRO JAHR):
Vollkaskoversicherung: Typklasse N16
Steuer: 308 Euro

PREIS: 2,50 Euro + 1,53 Euro
pro km (Berlin)

Was, Viertel vor neun, schon wieder zu spät dran? Und dann auch noch das Handy vergessen, im Dachgeschoss, ohne Lift … Tage, die so anfangen, sollte man gar nicht erst weiterleben. Wenn ich dann aber, aus der Haustür stürzend, hinter dem Lenkrad des hastig gerufenen Taxis Herrn Gawlik sehe, dann ist die schlechte Laune verflogen. »Ins Büro?«, fragt er mit wissendem Grinsen, während ich meinen eingeklemmten Mantel ins Wageninnere zerre, und weiß sogar noch die Adresse. Als sei er mein Privatchauffeur.

Es ist eines der ungelösten Weltenrätsel, dass man selbst in einer Millionenstadt immer wieder an den gleichen Taxifahrer gerät. In diesem Fall zum Glück, denn Irenäusz Gawlik hat nicht nur ein Eins-a-Gedächtnis. Zwischen Berlin-Charlottenburg und -Mitte habe ich von dem polnischen Philosophen mit Baseball-Cap und dem schänen Akzänt schon die Rezepte sämtlicher Suppen, Salate und Torten eines zwölfgängigen Bołesławiecer Weihnachtsmenüs gelernt – und unzählige Gedanken zu den Büchern aus der Stadtbibliothek, die gerade zwischen seinen Vordersitzen klemmen.

Gawliks Frau fährt auch Taxi, er hat zwei Kinder, ein Gärtchen, daraus im Oktober Trauben im Kofferraum, und er liebt seinen Beruf: »So viel lesen kann ich in keinem anderen.« Und was hat das alles mit einem Autotest zu tun? Nun, auch Droschken sind Autos, und ich lasse mich mit Leib und Seele gern fahren – schon wegen Steuermännern wie Herrn Gawlik.

Vor allem aber natürlich, weil ich gar kein eigenes Auto besitze. Elegante Limousinen lassen mich genauso kalt wie schnittige Cabriolets, in denen man im Liegen sterben kann; hohe PS-Zahlen kümmern mich ebenso wenig wie Zigarettenanzünder in Platin oder Turbonackenstützenwärmer. Bestimmt kann man demnächst noch die Stimme seines Lieblingssynchronsprechers im GPS auswählen.

Nein, mein Interesse zielt einzig auf die Dienstleistung, die ein Transportmittel vollbringen soll, und nichts ist schöner, als sich um gar nichts kümmern zu müssen. Ich mag mich nicht verirren, mag keine Parkplätze suchen und hasse Waschanlagen. Also fahre ich mit der S-Bahn zur Arbeit, nehme im Sommer das Rad – und das ganze Jahr über sehr häufig genüsslich ein Taxi, wenn es eine Einkaufstüte oder ein Rasierwässerchen zu viel geworden sind, wenn ich zu lange gefrühstückt habe oder supereilig bin. Oder zu faul.

»Kannst es dir wohl leisten!«, motzen meine Freunde. Dann rechne ich ihnen kühl vor: Bei zehn Jahren Haltbarkeit kostet euer (kleines!) Auto rund 1500 Euro Anschaffung im Jahr, plus 800 Euro für Versicherung, Steuern und Wartung, plus zusätzlich rund 900 Euro für Benzin. Alles noch ohne drohende weitere Spritkostensteigerung, Knöllchen, Parkgebühren oder Reparaturen. Macht pro Monat mindestens um die 300 Euro.

Die meisten Autobesitzer zahlen aber außerdem noch wie ich auch 67 Euro für eine Monatskarte und trinken auch mal einen Wodka zu viel; sie nehmen den Zug, wenn sie Oma besuchen, fliegen in die Ferien und mieten auf Mykonos kleine Smarts; einen Großteil meiner Transportkosten haben sie also zusätzlich zum Aufwand fürs Auto.

Nehmen wir trotzdem nur die 300 Euro: Dafür könnte ich jeden dritten Tag zu lange frühstücken, jeden vierten Tag zu viel trinken, jeden fünften zu schwere Taschen schleppen und es jeden neunten supereilig haben. Rätsel: Wenn der Monat 30 Tage hat, wie oft könnte ich dann noch faul sein? So ein Taxiquantum muss man erst mal ausschöpfen.

Zugegeben – das Modell Autofreiheit taugt vor allem für Städte mit gutem öffentlichem Verkehrsnetz und stößt auch mit einer schulpflichtigen Brut an Grenzen. Aber für uns (bekanntlich leider zahlreiche) Kinderlose ist der Ansatz umso mehr auch ökologisch überlegen, nicht täglich solo den Stau zu bereichern und das Unbequeme an Bus und S-Bahn freigebig mit Taxis abzufangen.

Was soll man an denen bewerten? Es ist ja doch meist der treckerartig solide, cremefarbene Mercedes. Okay, gelegentlich riecht es so scharf wie in einer Schulturnhalle nach der sechsten Stunde oder wie in einer verrauchten Kneipe. Wichtigstes Kriterium bei der Bewertung bleibt also der Chauffeur: Wird man seinen Fahrstil überleben? Kennt er die Abkürzungen? Vor allem: Hat er gute Geschichten zu erzählen?

Viele Taxichauffeure reden entschieden zu viel, besonders in Berlin. Andere tauchen regelmäßig an der Riviera nach Schiffswracks oder leben monateweise in Kuba; mit einem Iraner habe ich kürzlich vor meiner Haustür bei abgeschalteter Uhr noch ewig frierend über den Atomstreit diskutiert.

Aber mein Lieblingsfahrer bleibt Irenäusz Gawlik. Und wie geht es Ihnen heute? »Immer prima«, sagt der Philosoph aus Polen, »unabhängig von den äußeren Umständen. Das habe ich mal beschlossen.« So fängt der Tag gut an.

PS Nächste Woche am Start:
Wolfgang Lechner, ZEIT-Redakteur Leben, im Porsche Cayenne S

Foto: Michael Tewes für DIE ZEIT

INSEL-RÄTSEL



Grafik: Gunter Kaiser

Ziemlich kahl und flach ist diese Insel, bis zu 47 Grad Celsius heiß wird es im Sommer, und von einer interessanten Tier- und Pflanzenwelt kann nicht die Rede sein: Da springen höchstens ein paar Gazellen durch die Gegend.

Und doch könnte die Insel in diesen Tagen in den Mittelpunkt des Weltinteresses rücken, denn hier wird das Zeug verladen, an dem heute (fast) alles hängt und zu dem alles drängt.

Weshalb die Mächte, die ganz besonders von diesem Zeug abhängig sind, längst ihre eigene Philosophie darüber entwickelt haben, was andere, die dieses Zeug haben, (haben) dürfen und was nicht.

Vor zwei Jahrzehnten wurden die Einrichtungen auf der Insel schon einmal völlig zerstört, wurden dann langsam wieder aufgebaut, und heute wird die Insel, da können wir sicher sein, von ganz oben genauestens beäugt.

Wie heißt sie? **RAFI REISER**

AUFLÖSUNG AUS NR. 10:

Lord Howe Island liegt östlich von Australien und steht mit den umliegenden Inseln seit 1982 auf der Welterbe-Liste der Unesco

LOGELEI

Trucker Bob ist mit seinem Schwertransporter von Alice Springs aus unterwegs zum 340 Kilometer entfernten Ayers Rock. Sein Freund Ron fährt heute genau dieselbe Strecke, allerdings in entgegengesetzter Richtung. Wie üblich fahren die beiden die gesamte Strecke mit konstanter Geschwindigkeit; allerdings sind die beiden Trucks unterschiedlich schnell. Die beiden haben eine kleine GPS-Funk-Anlage in ihrem Truck, sodass Sie immer wissen, wo sich der jeweils andere aufhält.

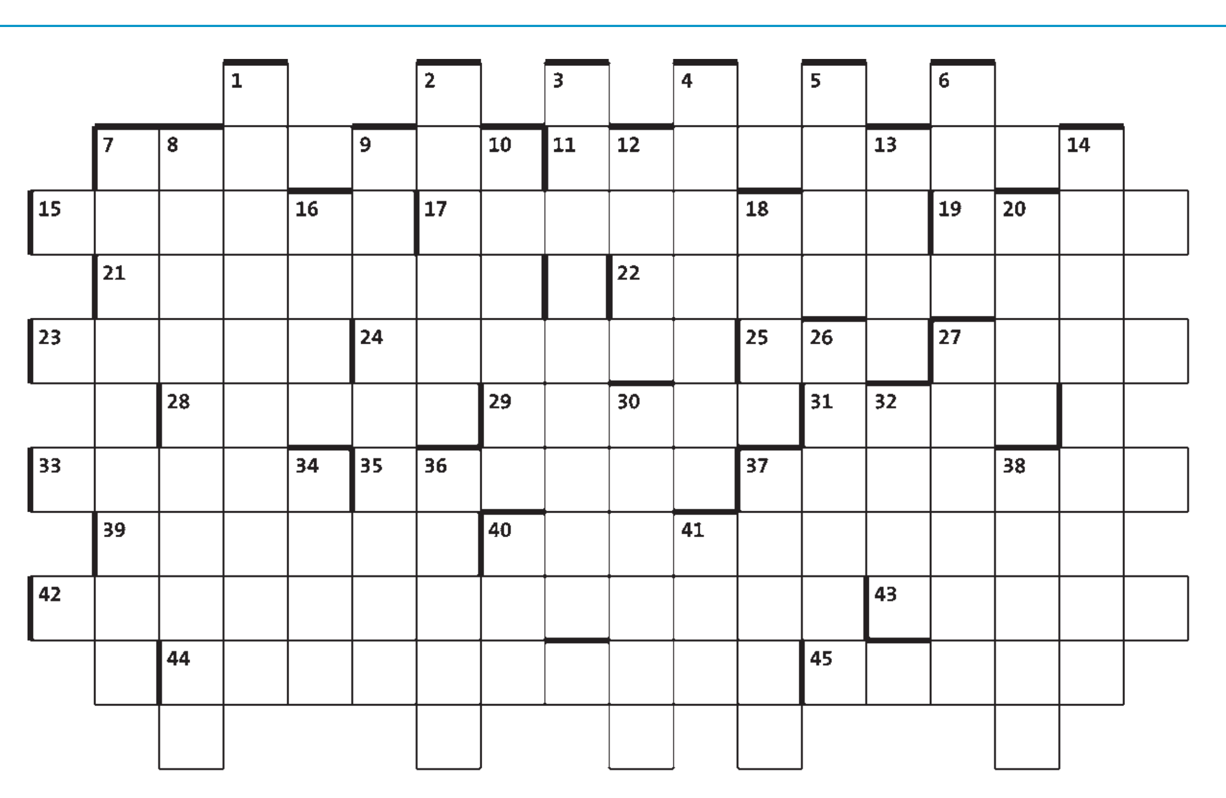
Als Bob genau 3 1/4 Stunden unterwegs ist, funkt er Ron (der auch schon unterwegs ist) an und teilt ihm mit: »Wenn ich an dem Ort bin, wo du dich gerade aufhältst, werden wir genau den vierfachen Abstand voneinander haben wie zu dem Zeitpunkt, an dem du an dem Ort bist, wo ich mich gerade aufhalte.«

Genau 15 Minuten später funkt Ron zurück: »Du hast Recht! Und wenn du da sein wirst, wo ich mich jetzt befinde, werde ich genauso weit von Alice Springs entfernt sein, wie du dann von mir entfernt bist.«

Wenn man noch weiß, dass Bobs Truck genau 60 Kilometer pro Stunde fährt, wer von den beiden wird dann zuerst am jeweiligen Zielort sein? **ZWEISTEIN**

AUFLÖSUNG AUS NR. 10:





UM DIE ECKE GEDACHT NR. 1797

Waagerecht: 7 Angelegenheit von Schuldenbewusstseinsweckzweck **11** Je lockerer die Moral, je fester muss der … sein (M. v. Ebner-Eschenbach) **15** Deren Nummer 4 betrifft 24 waagerecht, ehrenshalber **17** Hieronymus' Eremitage, jedenfalls von Dürer so genannt **19** Tagesformvollender, wenn er denn mitmischt **21** Der König hat's gesagt, das hat er benotet **22** Der Streit nach dem Streit: Wem fiel eigentlich das … ein? **23** Sitzen mittendrin im Tschaikowsky-Ballett, die Göttlichen **24** Jeder junge Mensch macht früher oder später die Entdeckung, dass auch … gelegentlich Recht haben können (A. Malraux) **25** Gallischen Hahnes Morgenlichterblickrichtung **27** Nach Fiesco-Fiasko: alles klar für Andrea Doria, der blieb der **28** Wichtigkeitvortäuschgeräusch zumeist **29** Brandaktuell, wie der durch der Hände lange Kette um die Wette flog **31** Sprichwörtlich: Täglich neuer … macht einen armen Mann **33** Fürs erste musste der Baum der 37 senkrecht was hinblättern **35** Der hat's immer brandeilig! **37** Einer der Zupackenden im Trapezieren **39** Schriftführer einst in Hetärengesprächsrunde **40** Die Laus, wenn in Schopfes Kreisel ansässig, ist schon mal keins **42** Der edle Mensch will …, der gewöhnliche Gunst (Konfuzius) **43** Nach dem ist Blitz blitzschneller, angeblich **44** Gefälligkeit von Belehrwert **45** Sie mag ohne Seine Exzellenz auskommen, seine Exzellenz nicht ohne sie – **Senkrecht: 1** Man muss ja Baldplatzangst um ihn haben **2** Neueintrag in der Helmut-Helmut-Gerhard-Reihe **3** So müsste bald ran, wer frühzeitig das Gras wachsen hört? **4** Ganz alte Schlagerklage: Ihr Herz ist ein finsteres Loch, hat tausend verschied'ne Gemächer, aber lieb sind sie doch **5** All-liierte Behörde **6** Der schmalspurt zum 18 senkrecht gegenüber, oder auch nicht **7** Gemünzt oft auf jene, die sportlich ganz oben 14 senkrecht **8** Geben der Alltagsallmacht Kontra, auf ganzer Adrenalinie **9** Demokratenseufzer: Die in ihr sind, verderben den anderen die Abstimmstimmung **10** Die Stillen in der Welt der Kommunikation **12** Schwarz war's bei jener, die Costa für Fiesta und Nestbau wollte **13** Sandwich's Hinterländle **14** Fachschienesisch für Umsortierei **16** Maid in multinationalen Vornamenlisten **18** Wer am … steht, braucht nicht nach der See zu fragen (Sprichwort) **20** Die Donna lässt ermitteln, wo einst mancher 27 waagerecht kurzen Prozess machte **26** Kolumnenmäßiger Tipp für Feuerholzbereiter **27** Wurde deutend deutlich, als man ihn zum Menetekellesen rief **30** Bei Jupiter, wie nahe steht er Sol! **32** In der Vor-Hera-Ära des Gatten Gespons **34** Manch einen Richard darf man so nennen, und Slapstick-Oliver sowieso **36** Alter Rechtsspruch: Zu doppelter … gehört nicht einfache Buße **37** Der … droht nur, wo er sicher ist (Goethe) **38** Zu 34 senkrecht, um in einen Saftladen zu passen **40** Vergleichsweise häufiges Wörtchen, verirrt sich auch in Steigerers Rede **41** Ein Stiller in Hollywood

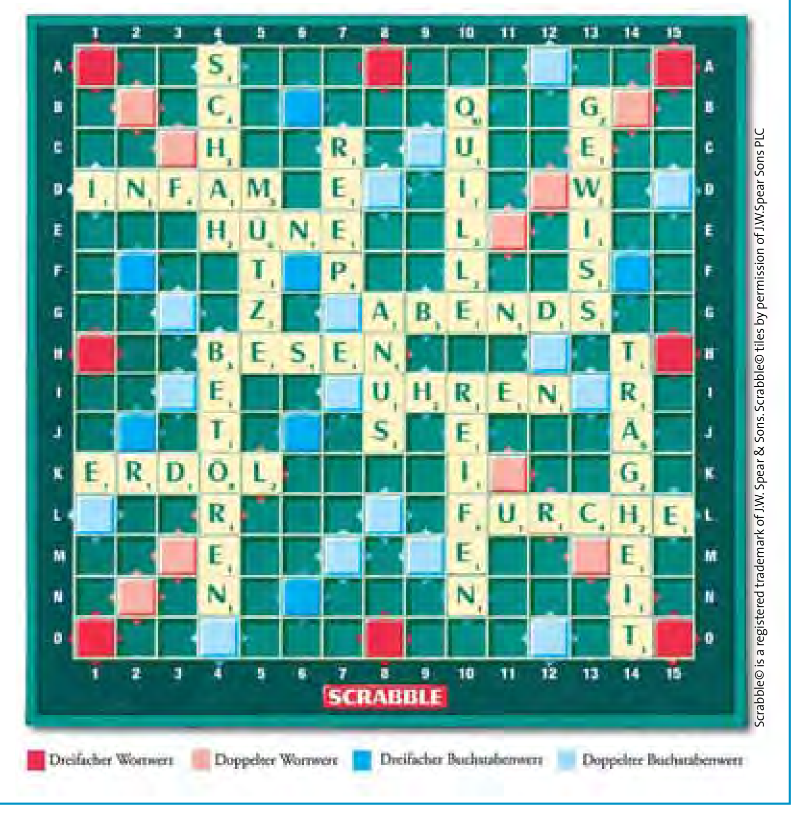
AUFLÖSUNG AUS NR. 10

Waagerecht: 7 ANKLAMERN **11** GINKGO **13** ZUGLUFT **15** LIEGESTUETZ **18** FEIERTAGE **20** ENTERN **21** ROTAUGE **22** PREUSSEN **24** PAUSEN **26** »Räuber und GENDARM« **29** TATZE **30** FETE **32** KENT-Kragen **33** TARA **35** PAS = Schritt, Meerenge (franz.) **36** HUFEN **37** BOTE **38** NOTAR **40** VERAENDERUNG **41** LEGUAN in ge-nau gel-esen **42** Schatz-, Kühl-TRUHE **43** SEMMELMEHL – **Senkrecht: 1** UNGERUEHRT **2** BLUETE **3** AMT **4** ANGERATEN und »an-geraten« **5** BISTUM **6** AGEN aus G-a-ron-n-e **7** AUFRAFFEN und auf Raffen **8** Muse KLIO **9** EIGENTORE **10** REEP **11** GENE **12** »auf KURS bringen« **14** Landschaft und Währung FRANKEN **15** LAGEN **16** TESTATE **17** TANZSAAL **19** TUGENDEN **23** E.T.A. Hoffmann und ETA in Hom-e-ros **25** STUART mit Charles I. und II. **27** DATUM **28** RANGE in Supe-range-passten **31** EFEU **34** Turner-, Theater-ROLLE **35** PAGE **37** BES **39** RUHM

SCRABBLE

Einige Scrabbler plädieren, wie erwähnt, für die Einführung eines Scrabble-Lexikons. Nach englischem Vorbild soll es ein Werk sein, in dem alle zulässigen Stichwörter sowie deren Beugungsformen aufgeführt sind. Zu Vergleichszwecken hat sich Scrabble Deutschland e. V., dem die Formulierung des Reglements obliegt, das Original beschafft und gleich zwei Mankos festgestellt: Es sind nur 2- bis 7-buchstabige Wörter notiert und davon gerade mal rund 100 000. Längere sollten in anderen Lexika nachgeschlagen werden. Da dies nicht befriedigt, bleibt unterm Strich die Erkenntnis, dass ein deutschsprachiges Scrabble-Lexikon momentan nicht in Sicht ist. Ein geschultes Auge verhilft bei der heutigen Aufgabe rasch zu über 100 Punkten. **SEBASTIAN HERZOG**





Scrabble® is a registered trademark of J.W. Spear & Sons. Scrabble© tiles by permission of J.W.Spear Sons PLC

AUFLÖSUNG AUS NR. 10:

89 Punkte gab es für HINLEGST auf O1–O8. Das Wort brachte 39 (13 x 3) Punkte, zusätzlich fielen 50 Punkte Bonusprämie an. – Es gelten nur Wörter, die im Duden, »Die deutsche Rechtschreibung«, 23. Auflage, verzeichnet sind. Die Scrabble-Regeln finden Sie im Internet unter www.scrabble.de

SCHACH

Grafiken erzeugt mit Chessbase 9.0

Ich habe den ungarischen Weltklassespieler Peter Leko einmal gefragt, wie der Schachstil seiner Frau Sofia sei, immerhin Tochter des armenischen Großmeisters Arshak Petrosjan. Die Antwort lautete: »Wie die Armenier so spielen. Auf Sicherheit natürlich. Beton.«

Der berühmteste Armenier ist sicher der einstige Weltmeister Tigran Petrosjan, dem nicht von ungefähr der Beiname »Der eiserne Torwart« verliehen wurde. Seine Spezialität war, einen Turm für einen Springer zu opfern, um dann mit seinem »festgemauerten« Blockadespringer jeglichen Angriff im Keim zu ersticken.

Daran musste ich denken, als ich in der Zeitschrift *Schach* ein Interview mit Levon Aronjan las. Dieser 23 Jahre junge Mann lebt in Berlin und ist im vergangenen Jahr wie eine Rakete an die Weltspitze gelangt. Derzeit belegt er Platz 5. Levon liebt den Angriff, und er ist, im Gegensatz zu seinem großen Landsmann, ein »Läuferspieler« – der Läufer ist seine Lieblingsfigur.

Hat er wenigstens den deutschen Satz »Ohne Fleiß kein Preis« inzwischen verinnerlicht? Wieder Fehlanzeige. Nach eigener Aussage trainiere er so gut wie nie, könne in puncto Eröffnungswissen mit anderen nicht mithalten, bereite sich selbst auf Weltklassespieler allenfalls eine halbe Stunde vor, nehme Misserfolge locker hin und spiele ohnehin lieber Schach-Abarten (Tandem und Schach 960) als richtiges Schach.

Solche Aussagen stoßen bei seinen hart arbeitenden Kollegen nicht unbedingt auf Sympathie. Ein Ausnahmetalent oder ein untertreibender Aufschneider?

Halten wir uns an seine eigenen Worte: »Ich will Spaß haben. Ich spiele ein Spiel, das ich mag.«

Oder wie es ein Gegner ausdrückte: »Aronjan spielt wie ein gut gelaunter Computer.«

Als er kürzlich den Weltcup und damit 80 000 Dollar in Chanty-Mansijsk in Russland, gewann, erschien sein Foto auf den Titelseiten aller Zeitungen. Er ist in Armenien ein Volksheld, der vom Staatspräsidenten empfangen und zum Sportler des Jahres gewählt wurde. Im Halbfinale gegen den Spanier Paco Vallejo hätte der Spaß allerdings leicht etwas gedämpft werden können.

Vallejo als Schwarzer zog hier 1…a6, wonach die Partie remis endete. Wie hätte er stattdessen eine Mattschlinge um den weißen König Aronjans ziehen können? **HELMUT PFLEGER**



AUFLÖSUNG AUS NR. 10:

Wie setzte Weiß am Zug den schwarzen König matt?

Mit dem Bauernopfer **1.h4+!** als Auftakt. Nach **1…Kxh4** (1…Kg4 2.Dxf6) **2.Dxf6+ g5 3.g3+ Kh3 4.Df5+** gab Schwarz einen Zug vorm Matt durch **4…g4 5.Dxh5** auf. Allerdings hätte auch 1.g3 bald matt gesetzt, zum Beispiel 1…De7 2.h4+ Kg4 3.Kg2! Sxe4 4.f3+ Kf5 5.dxe4 matt oder 1…Da1+ 2.Kg2 Dxb2 3.h4+ Kg4 4.Dxf6 mit der Doppeldrohung Dg5 und Df3 matt

SUDOKU

	6		1	7	3		2	
		1				7		
3								4
2			5		7			3
1				3				6
7			6		8			2
9								1
		5				4		
	1		4	2	5		8	

Füllen Sie die leeren Felder so aus, dass in jeder Zeile, in jeder Spalte und in jedem 3x3-Kasten alle Zahlen von 1 bis 9 stehen. Mehr solcher Rätsel im Internet unter www.zeit.de/sudoku

AUFLÖSUNG AUS NR. 10:

9	5	8	6	4	2	3	7	1
1	4	7	9	8	3	6	2	5
2	6	3	7	5	1	8	4	9
4	9	2	5	1	8	7	6	3
8	7	6	2	3	9	5	1	4
3	1	5	4	6	7	2	9	8
7	2	4	8	9	5	1	3	6
6	8	1	3	7	4	9	5	2
5	3	9	1	2	6	4	8	7

LEBENSGESCHICHTE

»Niemand ist ihm unähnlicher als er selbst«

Das Paradox, das er einem ungewöhnlichen Dialog voranstellte (»Niemand ist ihm unähnlicher als er selbst«), könnte er auf sich selbst gemünzt haben. Denn spielerisch ernste Selbstreflexion und melancholische Einsicht in seinen zerrissenen und unzeitgemäßen Charakter begleiteten den Lebensweg des massigen Mannes mit dem widerspenstigen Haarschopf über der hohen Stirn. Er empfand sich als Fremder in der Welt, als jemand, der ein Leben nachahmte, das nicht das seine war, und sich anderen anpasste wie ein Hund, der auf zwei Beinen zu gehen gelernt hatte. In dieser Welt kämpfte er gegen eine verhärtete Gesellschaft, gegen dogmatisches Denken und vorschnelle Gewissheiten. Er arbeitete wie ein Berserker, verausgabte sich für seine Freunde und mischte sich in den philosophischen Diskurs genauso ein wie in die Ehe seiner vergötterten Tochter.

Ungestümen Eigensinn zeigte er bereits in seiner Jugend. Der bildungshungrige, aber auch zu Prügeleien aufgelegte Sohn eines wohlhabenden Messerschmieds verschrieb sich zuerst der Religion; er fastete und diente ihr fromm, bis ihn die innere Unruhe aus dem geistlichen Stand und in die Metropole trieb. Dort war er nur einer unter vielen begabten jungen Männern, die in diskussionswütigen Zirkeln verkehrten und sich mit Gelegenheitsarbeiten über Wasser hielten. Schon damals fiel er durch seine handgreifliche Art des Redens auf: Er packte seine Gesprächspartner am Revers, klopfte ihnen auf die Schenkel, um seine Ideen zu bekräftigen, schlug krachend auf den Tisch, lachte unbändig und tanzte von Argument zu Abschweifung und von Abschweifung zu Argument.

Erste Aufmerksamkeit verdankte er weniger seinen literarischen und essayistischen Versuchen als vielmehr einer Gefängnisstrafe wegen Gotteslästerung. Auf die Haft reagierte er mit einer Panikattacke. In einem kniefälligen Brief bagatellisierte er seine Schriften und beschwor das nationale Interesse an seinem gerade erst konzipierten Projekt. Nach seiner Entlassung navigierte er vorsichtig in den vorhandenen Freiräumen und publizierte bis in seine späten Jahre nichts Anstößiges mehr. Zwanzig Jahre seines Lebens und seine Gesundheit dazu opferte er einem epochalen Werk, das ihn berühmt und seine Verleger reich machte. Neben dieser Sklavenarbeit brachte er noch etwas Zeit für seine Familie und viel Energie für intensiv gepflegte Freundschaften auf. Seine Briefe an einen weltläufigen politisch-literarischen Korrespondenten und eine kluge, sensible Frau, denen er in tiefer Zuneigung verbunden war, sind unterhaltsam ließ er die Adressaten an der Fülle seines Lebens und seiner Ideen teilhaben.

Hier wie in seinen Essays brillierte er als vorurteilsfreier und ungebändigter Denker, der mit Einfällen, Exkursen und sinnlicher Erkenntnis tote Systematik unterlief. Mit seinen beiden späten Romanen setzte er auf eine Nachwelt, die sein Spiel mit der Allmacht des Autors, mit Fiktion und Realität verstehen würde. In einer Phase der Erschöpfung folgte er dem Ruf einer fernen Gönnerin und unternahm trotz Magengeschwüren und Gicht die anstrengende Reise. Ernüchtert und mit der Erkenntnis, dass seine Ideen und Vorschläge bei ihr nichts bewirken würden, kehrte er zurück. Die Ironie, deren Meister er war, wollte es, dass ausgerechnet diese Autokratin ihm die letzten Monate seines Lebens erleichterte. Hatte er bisher in einer Dachkammer gehaust, bezog er nun, krank und in Schweigen versunken, eine luxuriöse Wohnung. Am Abend vor seinem Tod empfing er seine Freunde und verabschiedete sie mit dem Wort: »Der erste Schritt zur Philosophie ist die Ungläubigkeit.« Am Mittag des folgenden Tages saß er am Tisch, aß Kirschkompott, hustete etwas und war tot.

Wer war's? **WOLFGANG MÜLLER**

AUFLÖSUNG AUS NR. 10:

Pierre Bourdieu (1930 bis 2002) gilt als Erneuerer der Soziologie im 20. Jahrhundert, am liebsten instrumentierte er mit Befragungen von Zeitgenossen. Sein monumentaler Band *Die feinen Unterschiede* untersuchte die Details kultureller Lebensführung und deren Folgen für die Gesellschaft, er wurde zum weltweiten Wissenschafts-Bestseller. 1993 publizierte er *Das Elend der Welt,* eine Sozialrecherche zur wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich in Frankreich als Folge des Neoliberalismus



BOB GELDOF,
54, geboren in Irland, war Sänger der Boomtown Rats. 1985 initiierte er das Festival Live Aid, um auf den Hunger in Afrika aufmerksam zu machen; voriges Jahr organisierte er deshalb wieder Konzerte. Hier träumt er davon, dass Väter und Mütter beim Sorgerecht gleichberechtigt sind; in England wird dieses meist – wie in Deutschland – der Mutter zugesprochen. Geldof hat lange um seine drei Kinder gekämpft, deren Mutter, die Fernsehmoderatorin Paula Yates, vor sechs Jahren an Drogen starb. Seitdem leben die Kinder beim Vater in London. Am 12. März wird Geldof in Berlin bei der Verleihung des Deutschen Musikpreises Echo mit einem Sonderpreis geehrt

BOB GELDOF

»In der Schule wurde ich fast jeden Tag geschlagen. Auch mein Vater prügelte mich. Ich lernte, dass Autorität nichts bedeutet«

Huuuuuuuu. Huuuuuu. So klangen die Nebelhörner der Schiffe, wenn sie die Küste vor Dublin hochfuhren. Fast jeden Abend lag ich auf dem Bett und sah an die Zimmerdecke, wo der Lichtkegel des Leuchtturms vorbeistrich. Huuuuuuuu. Whuuuuuu. Das war für mich ein Klang des Abschieds. Vielleicht, weil das Geräusch sich immer zu entfernen schien. Vielleicht aber auch, weil ich mir nichts sehnlicher wünschte, als einfach aus der Enge meines Zimmers zu verschwinden.

Meine Mutter starb, als ich sechs Jahre alt war. Ich habe damals nicht begriffen, was geschah. Ich weinte, weil mein Vater weinte. Ich hatte ihn nie zuvor weinen gesehen. Ich dachte wohl, dass man auch von mir erwartet, dass ich weine.

Mein Vater war Handelsvertreter. Er reiste kreuz und quer durch Irland und verkaufte Handtücher. Er verschwand jeden Montag und kam am Freitagabend zurück. Er war einfach nicht da. Meine beiden Schwestern waren da, aber ich habe sie kaum wahrgenommen. Ich blieb mir selbst überlassen. Nur am Wochenende musste ich mein Zimmer mit meinem Vater teilen. Ich hatte ein riesiges *Why?*-Poster mit einer Atombombe an der Wand hängen. Ich war ein existenzialistischer Teenager. Er dagegen kniete abends vor dem Bett und sprach sein Gebet.

Vater gab mir Geld für das Schulessen, aber das schmeckte mir nicht. Also behielt ich das Geld und kaufte mir *fish & chips* davon. Natürlich wurde das Schulessen weiterhin für mich hingestellt. Eines Tages kam eine Rechnung von der Schule. Also sagte mein Vater, ich hätte gestohlen. Mir kam es nicht wie Diebstahl vor, ich hatte mir von dem Geld ja etwas zu essen gekauft. Mein Vater flippte aus und verprügelte mich. Ich erkannte an diesem Punkt: Autorität bedeutet nichts. Sie gewährt keine Gerechtigkeit.

Von da an tat ich absolut nichts mehr in der Schule. Ich kam nach Hause, wenn es schon dunkel war. Unser Haus war kalt. Ein großes, altes Haus. Ich musste in den Keller und mit einem Eimer Kohlen holen, um das Feuer im Ofen anzuzünden. Dann hörte ich Radio Luxemburg, las ein Buch und tat ansonsten nichts.

Die Musik veränderte sich damals radikal. Meine mittlere Schwester nahm mich mit zu Konzerten in einem alten Kino in Dublin. Ich schlich mich beim Soundcheck der Stones rein. Ich traf die Beatles. Ich habe immer noch das Autogramm von Bob Dylan auf einem Bonbonpapier. Dylan proklamierte einen kompletten sozialen Wandel. Unser kleiner Familienstreit spiegelte genau das wider. Ich wollte niemals werden wie mein Vater. Er hatte mir nicht das Geringste zu sagen. Alles, was ich las oder im Radio hörte, sprach von meiner Welt. Er nicht.

In der Schule wurde ich beinah jeden Tag geschlagen. Der Pfarrer schlug uns mit dem Rohrstock in die Handfläche. Das entwickelte sich zu einer Art Ehrenabzeichen. Natürlich war ich eine Nervensäge. Ich war nicht laut, aber ich stellte lästige Fragen. Laufend wurde ich rausgeschickt und musste auf dem Flur herumstehen. Jeden Freitag und Samstag bekamen wir Zensuren. Die Noten wurden in ein Zensurenbuch eingetragen. Meine waren meist nicht gut.

Mein Vater war verzweifelt. Er bezahlte für meinen Unterricht. Wenn ich schlechte Noten nach Hause brachte, schlug auch er mich. Am Samstag hatten wir dieses Ritual: Für eine Sechs gab es vier Schläge, für eine Fünf drei Schläge, für eine Vier zwei Schläge. So schlug mein Vater mich jeden Samstag nach der Partitur meines Notenbuchs. Er hatte seine Frau verloren, und er hatte absolut kein Geld. Bei uns gab es keinen Kühlschrank, keinen Fernseher, nichts. Die gesamte Hoffnung der Familie lag auf dem Jungen. Der Junge musste eine Ausbildung haben. Die Mädchen würden heiraten. Und der Junge scherte sich einen Dreck darum.

Ich sah ihn einfach an und verachtete ihn. Die Beziehung zwischen diesem Mann und seinem Sohn existierte nicht mehr.

Irgendwann besorgte ich mir aus dem Materiallager der Schule ein leeres Zensurenbuch, schrieb mir die besten Noten rein und bat einen Freund, sie zu unterschreiben. Ein halbes Jahr lang glaubte mein Vater, seine Methode funktionierte und ich würde mich prächtig entwickeln. Eines Tages klingelte das Telefon. Es war der Schulleiter. Als mein Vater auflegte, war er weiß vor Wut. Er schlug mich sofort ins Gesicht. Erst war ich ein Dieb, nun ein Lügner. Ich erhob meine Fäuste und sagte: »Wenn du mich noch einmal schlägst …« Da hielt er plötzlich inne. Er begriff, dass jetzt ein Mann zu ihm sprach. Und er begann zu weinen. Aber er konnte nicht mit mir sprechen. Er wusste überhaupt nicht, auf welchem Planeten ich lebte. Er versuchte mich zu umarmen. Ich sagte: *»Fuck off!«* Schob ihn weg und ging raus.

Heute sehe ich diese Geschichte anders. Mein Vater war kein Scheusal, er war ein Produkt seiner Zeit. Er ist in den zwanziger Jahren aufgewachsen. Seine Methoden waren die seiner Zeit und meine waren die meiner Zeit. Mein Vater ist ein unglaublich starker Mensch. Er ist jetzt 92 Jahre alt. Vor kurzem ist er allein mit dem Auto von Dublin nach Oslo gefahren. Ein großartiger Typ. Hätte ich sein Leben gelebt, wäre ich zerbrochen.

Erst später in meinem Leben habe ich gelernt, was es bedeutet, für die Rechte eines Vaters zu kämpfen. Jeder sagt, die Familie sei das Wichtigste im Leben. Für mich steht das außer Frage. Ich habe als Kind die Einsamkeit kennen gelernt. Ich hatte niemals eine Familie. Ich wollte eine.

Ich bin nicht gerade ein ausgelassener Typ, sondern eher ein schwieriger Mensch. In meinem Leben gab es vielleicht drei wichtige Frauen, wenn ich meine erste Freundin mitzähle. Als ich nach England ging, lernte ich diese überwältigend schöne Frau kennen. Paula. Sie hatte eine mindestens ebenso schwierige Kindheit wie ich. Wir wussten es beide nicht voneinander. Wir waren verzweifelt auf der Suche nach einem Gefühl von Heimat. Paula und ich hatten Kinder. Dann verliebte sie sich in einen anderen Mann und verließ mich. Und wieder hatte ich keine Heimat mehr.

Ich bestand nur noch aus Schmerz und Leere. Ich glaubte, den Lärm der Kinder noch in unserem leeren Haus zu hören, als sie längst weg waren. Etwa so, als wenn man ein Bein verliert, und es tut trotzdem noch weh. Phantomschmerz. Ich hörte ihre Schritte, ihre Stimmen, ich hörte, wie sie sich im Schlaf umdrehten, und ging in ihre Zimmer, um zu sehen, ob alles in Ordnung war.

Ich hatte also meine Frau und meine Kinder verloren. Ich verstand vielleicht noch intellektuell, dass meine Frau mich nicht mehr liebte. Das war schwer, aber ich musste damit leben. Aber warum meine Kinder? Warum durfte ich sie nicht mehr jeden Tag sehen? Mein Widerstand richtete sich nicht gegen Paula. Er richtete sich gegen das Gesetz.

Die Gesellschaft bewegt sich sehr schnell vorwärts, und die Gesetzgebung hinkt der Wirklichkeit naturgemäß hinterher. Ein Mann liebt seine Kinder genauso wie eine Frau. Vielleicht drückt er es anders aus. Vielleicht erkennt die Gesellschaft das noch nicht an. Er liebt sie trotzdem.

Ich wollte bei meinen Kindern sein. Ich liebe sie. In ihnen steckt das Beste von uns. Ich habe mich selbst erzogen. Ich bin geschäfts- und gesellschaftsfähig. Ich bin in der Lage, Kinder großzuziehen. Ein Mann ist dazu genauso in der Lage wie eine Frau. Es gibt nicht einen einzigen Beweis oder auch nur eine Studie, die das Gegenteil behauptet. Es gibt keinen psychologischen Unterschied. Es gibt keinen gefühlsmäßigen Unterschied. Diese Vorstellungen kommen aus einer Zeit, als Männer morgens um sechs zur Arbeit gingen und die Frauen zu Hause blieben. Das hat sich geändert. Wir haben uns verändert. Die Gesetze haben sich dieser Realität nicht angepasst. Aber wir sind nahe dran, wir haben es beinahe erreicht.

Wenn du meine Geschichte kennst – und die meiner Frau –, kannst du dir vorstellen, wie ich nach Hause eile, um immer für meine Kinder da zu sein, für sie zu kochen, sie zu Bett zu bringen. Warum muss man alles zerstören, wenn ein Partner nicht mehr will? Ich habe es damals nicht verstanden. Ich verstehe es bis heute nicht. Und ich werde kämpfen, bis sich das ändert. Bis Väter und Mütter beim Sorgerecht für ihre Kinder endlich gleich behandelt werden. Das ist mein Traum.

AUFGEZEICHNET VON **RALPH GEISENHANSLÜKE**
FOTO VON **ANDRÉ RIVAL**

Audio  www.zeit.de/audio

CHANCEN

ZEITLÄUFTE Seite 90



Illustration: Daniel Matzenbacher für DIE ZEIT, www.matzenbacher.de; Fotos: Universität Koblenz-Landau; Horst Schmeck (re.)

»Oft sind Lehrer zu ungeduldig«

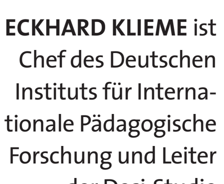
Über guten und schlechten Deutsch- und Englischunterricht gibt eine neue Studie Auskunft. Ein Gespräch mit zwei der Autoren

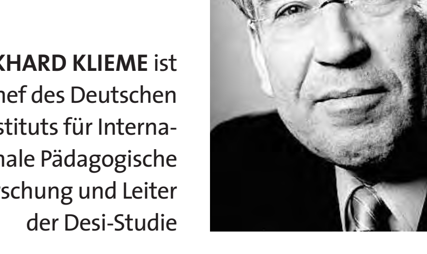
DIE ZEIT: Schon wieder eine neue Schulstudie. Sollten die Schulen und die Politiker nicht erst einmal in Ruhe die Konsequenzen aus der Pisa-Studie ziehen?

Eckhard Klieme: Dabei kann unsere Untersuchung gerade helfen. Pisa hat gezeigt, dass die Leistungen der deutschen Schüler nicht zufriedenstellend sind, aber bislang nur wenige Hinweise zu den pädagogischen Ursachen gegeben. Wir richten den Blick stärker darauf, wie die Schülerleistungen zustande kommen. Deshalb hat Desi den Lernzuwachs im Verlauf eines Schuljahres untersucht und wie Schule und Elternhaus diesen Kompetenzgewinn beeinflussen.



ANDREAS HELMKE ist einer der führenden deutschen Unterrichtsforscher. Er lehrt Pädagogische Psychologie an der Uni Koblenz-Landau





ECKHARD KLIEME ist Chef des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung und Leiter der Desi-Studie

Andreas Helmke: Vor allem interessiert uns der Unterricht. Außerdem beleuchten wir erstmals das Lernen einer Fremdsprache. Pisa beschränkt sich aufs Lesen, auf die Mathematik und die Naturwissenschaften.

ZEIT: Welche neue Erkenntnis der Desi-Studie hat Sie überrascht?

Klieme: Das gute Abschneiden in Englisch von Schülern mit nichtdeutscher Muttersprache. Bei allen bislang getesteten Kompetenzen wirkt es sich negativ aus, wenn zu Hause nicht deutsch gesprochen wird. Beim Fremdsprachenlernen gilt dies erstmals nicht. Hier scheint ein Transfereffekt zu wirken: Wer schon Deutsch als neue Sprache gelernt hat, dem fällt es bei der zweiten neuen Sprache leichter.

ZEIT: Aber die Englischleistungen der Einwandererkinder sind im Durchschnitt trotzdem schlechter als die jener Schüler, bei denen zu Hause deutsch gesprochen wird.

Klieme: Das liegt jedoch nicht an der Muttersprache, sondern daran, dass Migrantenkinder im Schnitt aus niedrigeren Sozialschichten stammen und vermehrt auf die Hauptschule gehen. Berücksichtigt man diesen Faktor, haben sie im Englischen Vorteile.

Helmke: Eine andere Überraschung beim Englischtest ist das deutlich bessere Abschneiden von Schülern bilingualer Klassen, in denen etwa Geografie und Biologie auf Englisch unterrichtet werden. Dort lernen Schüler im Hörverstehen, also im Verstehen der gesprochenen Sprache, in drei Jahren das, wozu andere fünf Jahre brauchen.

ZEIT: Liegt das nicht daran, dass bilinguale Schulen bessere Schüler anziehen?

Helmke: Nein, Schüler mit einem vergleichbaren Potenzial lernen an anderen Schulen deutlich schlechter Englisch.

Klieme: Überrascht hat mich auch das sehr gute Abschneiden der Leistungsspitze, also etwa der besten zehn Prozent der Schüler. Die können in der neunten Klasse schon so gut Englisch, wie man es erst in der gymnasialen Oberstufe erwarten würde.

ZEIT: Demgegenüber verstehen ein Drittel der Neuntklässler, an Hauptschulen sogar zwei Drittel, selbst einfache englische Sätze nicht – nach fünf Jahren Englischunterricht!

Klieme: Viele Hauptschüler können in der Tat nur kurze, alltägliche Wendungen verstehen und formulieren. Gesamtschulen schneiden signifikant besser ab als Hauptschulen, sind aber im Englischen ebenfalls zu schwach. In anderen Fächern, etwa Deutsch und Mathematik, finden wir stets Hauptschüler, die Leistungen wie Gymnasiasten erbringen. In Englisch jedoch ist – zugespitzt formuliert – der schlechteste Gymnasiast besser als der beste Hauptschüler.

ZEIT: Woran liegt das?

Helmke: Die Hauptschullehrer haben mit schwierigeren Schülern zu tun. Und sind dafür schlechter vorbereitet. 30 Prozent von ihnen haben Englisch nicht im Hauptfach studiert. Das gibt es an Gymnasien praktisch nicht. Englischlehrer an Hauptschulen sind seltener im Ausland als ihre Gymnasialkollegen und lesen seltener englische Zeitungen.

ZEIT: Und was läuft im Unterricht schief?

Helmke: Der Unterricht geht offenbar oft an den Hauptschülern vorbei. Wichtig wäre es, Englisch verstärkt über Themen zu vermitteln, die die Schüler interessieren und die an ihren persönlichen Erfahrungen anknüpfen. Zum Beispiel über Lieder oder Texte im Internet. Kommunikation – auch auf einfachem Niveau – muss das Hauptziel sein.

ZEIT: Studien zum Mathematikunterricht haben gezeigt, dass die Lehrer zu kleinschrittig vorgehen und die Schüler mit wenig komplexen Aufgaben unterfordern. Für den Englischunterricht gilt das anscheinend nicht, wie Ihre Studie zeigt.

Helmke: Das zeigt, dass man mit Pauschalaussagen über *den* guten Unterricht bisweilen danebenliegt. Im Englischunterricht kommt es primär auf die Kommunikation an. Die wird durch ein eng geführtes Gespräch zwischen Lehrern und Schülern eher gefördert.

ZEIT: Aber Schüler kommen kaum zu Wort, wie Ihre Videostudien vom Englischunterricht zeigen.

Helmke: Im Durchschnitt nur ganze elf Minuten pro Schulstunde! Bei 20 Schülern in der Klasse ist das keine halbe Minute für jeden. Die Hälfte der Zeit spricht der Lehrer, der Rest geht für Übergänge, Stillarbeit oder Wartezeit drauf.

Fortsetzung *auf Seite 76*

DIE SCHULSTUDIE DESI

Die Studie mit dem umständlichen Namen Deutsch-Englisch-Schülerleistungen International wurde von der Kultusministerkonferenz 1999 auf den Weg gebracht, zwei Jahre **VOR DEM »PISA-SCHOCK«**. Unter Federführung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (Dipf) untersuchten dafür Bildungsforscher die Leistungen der deutschen Schüler und den Unterricht in den Fächern **DEUTSCH UND ENGLISCH**. Rund 11 000 Neuntklässler aller Schularten (außer Förderschulen) wurden zu Beginn und am Ende des Schuljahres 2003/04 getestet. Zusätzlich wurden Schüler, Eltern, Lehrer und Schulleiter über den Unterricht, die Einstellung zum Lernen und Lehren sowie die schulischen und familiären Rahmenbedingungen befragt. Der Englischunterricht wurde mit einer **VIDEOSTUDIE** untersucht. Die bundesweit repräsentative Untersuchung liefert differenzierte Aussagen über den Prozess des Lehrens und Lernens und den Erwerb sprachlicher Kompetenzen. Im **UNTERSCHIED ZUR PISA-STUDIE** (Programme for International Student Assessment) beinhaltet sie kein Ranking und ist auf Deutschland beschränkt.
Eine Kurzfassung der Studie und weitere Informationen unter **WWW.ZEIT.DE/DESI**

Tipps und Termine

Für den neuen Bachelorstudiengang »Business Journalism«, der am 27. März startet, hat die private, staatlich anerkannte Business and Information Technology School (BiTS) in Iserlohn noch Plätze frei. www.bits-iserlohn.de

Militärgeschichtliche Arbeiten sucht der Arbeitskreis Militärgeschichte am Historischen Seminar der Universität Mainz, um sie mit dem Wilhelm-Deist-Preis auszuzeichnen. Die Arbeit muss in den Kalenderjahren 2005/06 benotet worden und unterhalb einer Dissertation angesiedelt sein. Einsendeschluss ist der 1. Juni. www.wilhelm-deist-preis.de

An der Bucerius Law School können vom 1. Oktober an wieder 100 Studierende ihr Jurastudium aufnehmen. Bewerbungsschluss ist der 31. März. Nach zwölf Trimestern können sich die Studierenden zur Ersten Juristischen Prüfung melden. Schon nach zehn Trimestern wird der Bachelor of Laws (LL.B.) verliehen. Die Studiengebühren betragen 3000 Euro pro Trimester. Bafög-Berechtigte erhalten einen Teilerlass, es besteht daneben die Möglichkeit, die Studiengebühren erst mit Berufseinstieg zu zahlen, und schließlich vermittelt die Hochschule günstige Kredite. Weitere Infos unter www.law-school.de

Zum Mediator können sich Psychologen, Soziologen und Juristen vom 13. März an in einer einjährigen Fortbildung an der Universität Köln qualifizieren. Kosten: 3900 Euro. www.in-e-ko.de

An Schüler aus ganz Deutschland in den Jahrgangsstufen 10 bis 13 richten sich die Informationstage »Studium und Berufswahl« am 28. und 29. April in Bonn. Schüler können sich bis zum 25. März mit Lebenslauf und Motivationsschreiben für die Teilnahme bewerben. Mehr Infos unter www.jemev.de

Tipps zur Stellensuche und einen aktuellen Job-Newsletter finden Sie unter **www.zeit.de/chancen**

»Oft sind Lehrer …«

Fortsetzung *von Seite 75*

Die Lehrer nehmen das allerdings ganz anders wahr.

ZEIT: Wie denn?

Helmke: Die meisten berichten, sie selbst würden nur halb so lange reden. Lehrern fehlt oft das Gefühl dafür, wie ihr Unterricht tatsächlich verläuft.

Klieme: Gut wäre auch, wenn sich Lehrer systematisch Rückmeldung von den Schülern geben ließen. Wenn Schüler etwa das Gefühl haben, das Unterrichtstempo sei zu hoch, dann zeigen unseren Testdaten tatsächlich einen geringeren Leistungszuwachs. Ein guter Lehrer kann darauf reagieren.

ZEIT: Herr Helmke, Sie haben erst kürzlich wieder – in einem Interview mit dieser Zeitung – gesagt, dass sich die Klassengröße nicht wesentlich auf den Lernerfolg auswirke. Bleiben Sie dabei?

Helmke: In Bezug auf das Englischlernen muss das korrigiert werden. Desi hat gezeigt, dass kleinere Lerngruppen für das Hörverständnis besser sind, weil dort ein intensiveres Unterrichtsgespräch stattfindet. Demgegenüber hat es keine Auswirkungen auf die Leistungsentwicklung, wie groß die Unterschiede innerhalb einer Klasse sind.

ZEIT: Ein Plädoyer für die Gesamtschule?

Helmke: Nein, aber eine Entwarnung für Eltern, die Angst davor haben, dass schwache Mitschüler die Leistungen ihrer Kinder herunterziehen.

ZEIT: Was haben Sie noch über den Unterricht herausgefunden?

Klieme: Deutsch- und Englischunterricht führen dann zu guten Ergebnissen, wenn großer Wert auf die Sprache gelegt wird.

ZEIT: Das hört sich selbstverständlich an.

Klieme: Ist es aber nicht. Wenn Schüler lernen, sich angemessen auszudrücken, über Sprache zu reflektieren, wenn der Lehrer auf grammatikalische Korrektheit achtet, steigert das die Leistungen. Lehrer müssen diese Ansprüche ihren Schülern gegenüber klarmachen. Und wenn alle Fachlehrer die Ziele unterstützen, kommt die Schule insgesamt zu besseren Ergebnissen.

Helmke: Beim Englischunterricht ist neben einem hohen Sprechanteil der Schüler wichtig, wie mit Fehlern umgegangen wird. Schüler sollten häufiger Gelegenheit zur Selbstkorrektur haben. Oft sind Lehrer – dies zeigt unsere Videostudie – auch zu ungeduldig, wenn sie auf Antworten der Schüler warten.

ZEIT: Was die Deutschleistungen der Schüler angeht, liest sich Ihre Studie wie ein Katastrophenbericht. Mehr als die Hälfte erreicht im Lesen nur die unterste Kompetenzstufe, 30 Prozent können keinen ordentlichen Brief schreiben. Sind die Ergebnisse dramatischer als die der Pisa-Studie?

Klieme: Nein, man kann die beiden Studien nicht direkt vergleichen. Desi erfasst im Fach Deutsch mehrere Kompetenzen, mit durchaus unterschiedlichen Resultaten. In unserem Lesetest spielen – anders als bei Pisa – Grafiken und Tabellen keine Rolle, stattdessen mussten sich die Schüler vermehrt mit literarischen Texten befassen. Dass die Ergebnisse so dramatisch wirken, liegt daran, dass wir die anspruchsvollen Lehrpläne zum Maßstab genommen haben.

ZEIT: Das müssen Sie erklären.

Klieme: Pisa hat alltagsbezogene Aufgaben gestellt und daran geprüft, wie gut die Schüler im internationalen Vergleich lesen können. Bei Desi werden die Leistungen daran gemessen, wie gut sie den Lehrplanzielen in Deutschland entsprechen. Gerade das literarische Textverstehen wird in allen Lehrplänen gefordert, aber wohl hauptsächlich im Gymnasium praktiziert.

ZEIT: Stellen die Lehrpläne zu hohe Anforderungen?

Klieme: Ja, die Lehrplanautoren – wie auch viele Lehrkräfte und Fachdidaktiker – überschätzen systematisch die Leistungsfähigkeit der Schüler. Ihnen fehlt ein Gefühl dafür oder das Wissen, was Schüler lernen können.

ZEIT: Kein gutes Omen für die nationalen Bildungsstandards. Die sollen ja nach dem Willen der Kultusminister bundesweit die Maßstäbe setzen.

Klieme: Die Länder können bei der Umsetzung ihrer Bildungsstandards aus Desi lernen. Für schwächere Schüler müssen ausreichend viele einfache Vergleichsaufgaben entwickelt werden. Und in den Schulen muss die Diagnosefähigkeit der Lehrer verbessert werden.

ZEIT: Ist es an der Zeit, die Lehrer zu rehabilitieren, nachdem sie bei Pisa heftige Prügel bezogen haben? Ihre Studie zeigt, dass viele Lehrer nicht nur Frontalunterricht anbieten, sondern die Schüler in Kleingruppen unterrichten oder den Unterricht durch Diskussionsrunden auflockern. Jeder Zweite nimmt an Fortbildungen teil; fast 90 Prozent der Englischlehrer waren längere Zeit im Ausland.

Helmke: Richtig, es gibt zwar noch sehr viel zu verbessern. Aber in den letzten Jahren hat sich viel an den Schulen und bei den Lehrern getan. Mein Eindruck ist, dass viele Lehrer sich bewusster mit dem Unterricht befassen als früher. Die Nutzung der Videografie nicht nur für die Schulforschung, sondern auch in der Schulpraxis könnte künftig ein Motor sein, um die schulinterne Diskussion über Fragen der Unterrichtsqualität anzuregen und damit die Professionalität der Lehrer zu steigern.

DIE FRAGEN STELLTEN **THOMAS KERSTAN** UND **MARTIN SPIEWAK**

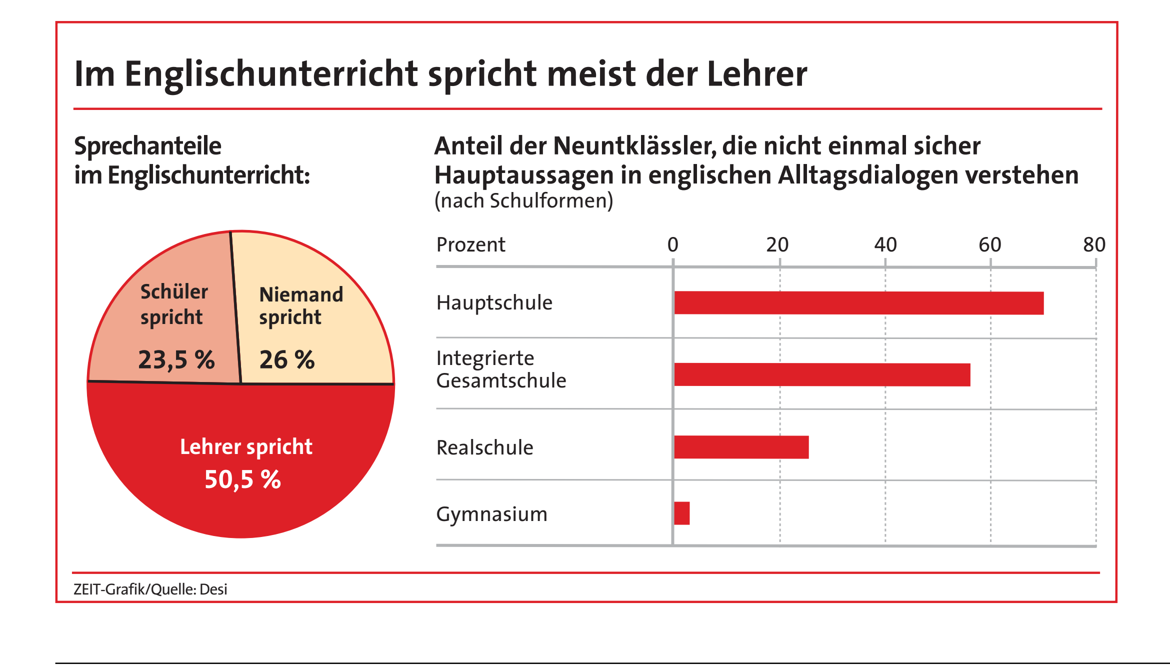




Foto: David Ausserhofer/JOKER

SCHULE VON UNTEN
Hauptschüler haben oft massive Lernprobleme

Lücken füllen

Fünf Jahre Englisch und kaum etwas gelernt: Ein Besuch in einer Berliner Hauptschule VON JAN-MARTIN WIARDA

Metin starrer Blick hängt an der Tafel. *»It's me, Metin«,* sagt er stockend und ohne jede Betonung. *»My plane was six hours late in New York.«* Fertig. Metin sinkt auf seinen Stuhl zurück und grinst triumphierend. »Sehr schön«, sagt seine Lehrerin. Gut, *hours* hat Metin ausgesprochen, als hätte er es nie zuvor gehört, mit H am Anfang, und bis auf eine Lücke für seinen Namen und bis auf die Zahl steht ohnehin alles an der Tafel. Aber, wie seine Lehrerin nach der Stunde sagt, heutzutage müsse man mit wenig zufrieden sein. Vor allem an einer Hauptschule. Vor allem in Kreuzberg. Auch wenn ihre Neuntklässler schon seit mindestens fünf Jahren Englisch haben. »Sind wir mal ehrlich«, sagt Marion Hillert, eine kleine Frau mit dunklen Haaren, und packt ihr Englischbuch ein. »Wenn die Schüler die Schule verlassen, können sie im Grunde wenig.«

Die Carl-Friedrich-Zelter-Schule ist ein gepflegter Backsteinbau aus dem 19. Jahrhundert, gerade einen Kilometer entfernt von Berlins neuer Mitte am Potsdamer Platz. Bei den Vergleichsarbeiten des Senats lag die Hauptschule im vergangenen Jahr in sämtlichen Bereichen leicht über dem Landesschnitt. Sicher keine Vorzeigeschule. Aber auch keine Problemanstalt. Man muss nur ein paar Minuten mit Mehmet und seinen Klassenkameraden im Englischunterricht verbringen, um zu wissen: Das schulische Scheitern ist Alltag an Deutschlands Hauptschulen. Nur merken es die Schüler kaum noch, weil viele ihrer Lehrer keine Ansprüche mehr an sie stellen. Umso alarmierender sind die Daten der neuen Schulstudie Desi. Beim Hörverstehen erreichen zwei Drittel der Neuntklässler an den Hauptschulen nicht einmal die erste Kompetenzstufe, das heißt, sie können kaum einen gesprochenen Satz Englisch verstehen. Ebenso niederschmetternd sind die Ergebnisse im Fach Deutsch: Mehr als die Hälfte der Hauptschüler können die einfachsten grammatischen Fehler in einem Text nicht identifizieren – was die Voraussetzung für das Erreichen der untersten Kompetenzstufe wäre (siehe Interview).

Marion Hillert erklärt ihren Schülern die Übung mit dem Einsetzen auf Deutsch. »Wenn ich denen Reden auf Englisch halte, verstehen sie ja doch nur die Hälfte«, sagt sie. Ihre englischen Sätze beschränken sich daher auf Phrasen wie: *»Open your books.«* Ein echtes Gespräch mit ihren Schülern auf Englisch? »Wo denken Sie hin?«, sagt Hillert. »Ich bin schon froh, wenn ich ihnen für die Abschlussprüfung einen gewissen Automatismus beibringen kann.« Darum liebe sie Einsetzungsübungen. »Ich denke immer, da bleibt noch am meisten hängen.

Bestimmt meint Marion Hillert es nur gut. Doch wenn man Konrad Schröder von ihren Einsetzungsübungen erzählt, packt ihn die Wut. »Woher soll denn die Gesprächsfähigkeit der Jugendlichen kommen, wenn die Lehrerin sie nicht einübt? Das ist wieder die typische deutsche Unterrichtskultur: grammatisierend, verschriftlichte Mündlichkeit, die keine ist.« Schröder ist Professor für Anglistik an der Universität Augsburg und war für die englischsprachigen Teile der Desi-Studie zuständig. Das schwache Abschneiden der Hauptschüler habe ihn nicht so sehr schockiert, sagt er, damit habe er gerechnet. »Richtig schlimm waren die Untersuchungen zur Stundengestaltung. Die belegen, dass ein richtiges, offenes Unterrichtsgespräch kaum stattfindet.« Insofern sei der Englischunterricht an der Carl-Friedrich-Zelter-Schule durchaus »archetypisch. Da ist kein reicher Input, der die Schüler nach oben zieht.«

Die Lehrer vieler Hauptschulen, scheint es, haben sich mit dem Scheitern ihrer Schüler abgefunden. »Bei der Mehrheit stehen wir auf verlorenem Posten«, sagt Hillerts Kollege Manfred Zörkler. Entscheidend sei, ob die Eltern bereit seien mitzuhelfen. So wundert es auch kaum einen, wenn von 24 Schülern im Klassenbuch nur 16 in den Tischreihen hocken. »Das ist die normale Quote«, sagt Zörkler »Vier sieht man nie oder selten.« Selbst was das Fehlen anbelangt, liegt die Carl-Friedrich-Zelter-Schule im Landesschnitt, dank ihres »konsequenten Vorgehens gegen Schwänzer«, wie Schulleiter Robert Hasse sagt.

An dieser Stelle könnte die Geschichte zu Ende sein: Schüler ohne Zukunft, frustrierte Lehrer und eine Studie, die dem Versagen einer ganzen Schulform den objektiven Stempel aufdrückt. Doch Desi enthält auch gute Nachrichten für Lehrer wie Marion Hillert, deren Schüler zu fast 80 Prozent nicht deutsch zu Hause sprechen. Schließlich belegen die Daten, dass Einwanderern das Erlernen der Fremdsprache Englisch leichter fällt als ihren deutschen Kameraden – wohl gerade weil sie mit Deutsch bereits eine Fremdsprache meistern müssen (siehe Interview). Ein Potenzial, das die meisten Lehrer mit ihrem konversationsfeindlichen Englischunterricht ungenutzt lassen, wie Konrad Schröder beklagt. »Dabei ließe sich doch genau daraus eine Menge machen!« Vergleicht man Jugendliche aus derselben sozialen Schicht, schneiden Einwanderer auch an Hauptschulen deutlich besser ab als ihre deutschen Klassenkameraden.

Überhaupt, wenn man genau hinsieht, findet man an der Carl-Friedrich-Zelter-Schule eine Menge Beispiele, die Mut machen. Da ist der neue junge Schulleiter, der »höchstens fünf bis sieben Prozent« seiner Schüler verloren geben will und der die Vergleichsarbeiten als Ansporn nimmt, um besser zu werden. Der mit Anzug und Krawatte herumläuft, wie der Direktor eines Gymnasiums, um seinen Schülern zu signalisieren: Diese Schule ist mir nicht gleichgültig. Ihr seid mir nicht gleichgültig.

Man kann sich aber auch in die Deutschstunde ebenjenes Herrn Zörklers setzen und den Schülern zuhören, wie sie ihre Aufsätze über das erste Bewerbungsgespräch ihres Lebens vortragen. Das Praktikum im Frühjahr steht an. Ein Junge aus der ersten Reihe liest: »Da bin isch gefragt, ob die misch brauchen können.« Herr Zörkler, graue Haare und Schnauzbart, dröhnt: »HABE gefragt.« Der Nächste: »Isch wollte bei der Einzelhandelskaufmann arbeiten.« Herr Zörkler: »ALS Einzelhandelskaufmann.« Leyla liest: »Als die Zeit knapp wurde, bin ich schließlich in die Arkaden am Potsdamer Platz gegangen und habe mich erkundigt, ob sie im Nanu-Nanu eine Praktikantin brauchen können.« Punkt. Leyla ist Araberin. Und in Deutsch Herr Zörklers beste Schülerin.

ZEITLÄUFTE

Das große Versprechen

Vor 150 Jahren wurde die Türkei in das Konzert der europäischen Mächte aufgenommen. Zur selben Zeit entwickelte sie ein erstaunliches Reformprogramm

VON KLAUS KREISER

Im Spätsommer 1855 neigte sich der Krimkrieg dem Ende zu. Er war einer der schrecklichsten europäischen Kriege des 19. Jahrhunderts gewesen – in vielem schon eine Vorwegnahme dessen, was das 20. Jahrhundert noch an Grauen bringen würde.
Begonnen hatte der Konflikt, dem mehr als 150 000 russische, französische und britische Soldaten zum Opfer fallen sollten (die osmanischen Verluste sind weniger genau erfasst), im Februar 1853. Seine tiefere Ursache lag in der Schwäche des Osmanischen Reiches und in der Absicht vor allem Russlands, sich diese zunutze zu machen – drängte es St. Petersburg doch seit eh und je danach, den Schwarzmeerraum und Konstantinopel zu kontrollieren. Der despotische Zar Nikolaus I. erhob zudem den Anspruch, Schutzherr aller griechisch-orthodoxen Untertanen des Sultans zu sein. Wenige Wochen zuvor hatte er im Gespräch mit dem englischen Botschafter der Türkei die berühmte Diagnose vom »kranken, ja schwer kranken Mann« gestellt. Es wäre ein großes Unglück, wenn er entglitte, bevor man die notwendigen Vorkehrungen ergreifen könnte. Im Klartext: Man sollte das »Erbe« noch vor dem Ableben des »Kranken« verteilen.

Zur Sicherung ihres »Erbteils« marschierten russische Truppen in die Donaufürstentümer Moldau und Walachei ein (die Kernländer des heutigen Rumäniens), die seit Jahrhunderten Istanbul tributpflichtig waren. Im Oktober erklärte die Türkei dem weit überlegenen Gegner den Krieg, im September des folgenden Jahres, 1854, kamen Frankreich und England mit Landungstruppen und ihrer Flotte dem Sultan zu Hilfe. Bald schon konzentrierte sich der Kampf auf die Halbinsel Krim im Schwarzen Meer – wo er schließlich auch zu Ende gehen sollte. Am 8. September 1855 nahmen die Franzosen das Fort Malakoff bei Sewastopol. Die russische Besatzung wurde abgezogen, die Festung gesprengt und die Stadt geräumt. Nikolaus' Nachfolger auf dem Zarenthron, Alexander II., suchte den Frieden. Am 16. Januar 1856 schwiegen die Waffen.

Eine zweitrangige Mitgliedschaft kommt für die Türkei nicht in Frage

Die osmanischen Provinzen waren mit Ausnahme des Südkaukasus nur indirekt vom Krieg betroffen gewesen. Die mehrjährige Anwesenheit westlicher Militärs und Zivilisten in Istanbul veränderte jedoch den Habitus der Hauptstadt und ihrer Bewohner. Die bisher eher zaghafte Anpassung an westliche Kleidung, Mobiliar und Baustile erlebte eine neue Dynamik. Der Stadtteil Beyoğlu wurde zum Modell-Arrondissement für eine moderne Verwaltung, Istanbul durch eine Telegrafenlinie an Europa angebunden. Die wenigen Zeitungen erfasste eine erste Blüte. Fotografen errichteten ihre Ateliers an der Grande Rue de Pera, der heutigen Istiklal Caddesi. Sultan Abdülmedschid zog aus dem Topkapi-Serail aus und in den Palast von Dolmabahçe gleich gegenüber, der von einem Dekorateur der Pariser Oper gestaltet worden war.

Erste Dampfer kreuzten den Bosporus; Importwaren eroberten die türkischen Märkte, vernichteten aber zugleich das einheimische Hausgewerbe und viele Manufakturen. Noch in den 1840er Jahren erfreute sich die Türkei einer halbwegs ausgeglichenen Außenhandelsbilanz, danach begann sich die Kluft zwischen den Ein- und Ausfuhren zu öffnen. Der Krieg zwang die Osmanen, Kredite bei Rothschild und anderen Banken aufzunehmen. Sondersteuern konnten die in den Staatsbankrott einmündende Verschuldung nicht aufhalten.

Der Sultan zählte Mitte des 19. Jahrhunderts etwa 18 Millionen Untertanen (ohne Ägypten), von denen weniger als die Hälfte in den Balkanländern lebten. Der Anteil der Christen an der Gesamtbevölkerung betrug etwa ein Drittel. Zu den wichtigsten Folgen des Krieges gegen Russland sollte die Flucht von 200 000 Krimtataren und mehr als einer Million muslimischer Kaukasier (vor allem Tscherkessen) ins Osmanische Reich gehören.

Noch während auf der Krim der blutige Stellungskrieg tobte, wurde in Europas Hauptstädten und am Bosporus nach einer Lösung des Konflikts gesucht. Das Wiener Ultimatum an Russland vom 16. Dezember 1855 enthielt allerdings auch Forderungen an Istanbul. Am einschneidendsten war die nach einer Verbesserung der rechtlichen und wirtschaftlichen Lage der Christen – der Sultan sollte das garantieren. Bis dahin hatte das islamische Großreich seine andersgläubigen Untertanen als »Schutzbefohlene« betrachtet, als *Zimmis* (von arabisch *Dhimma,* »Schutzvertrag«); auf ihnen lasteten höhere Steuern als auf den Muslimen.

Die Forderungen trafen Istanbul mitten in einem Reformprozess, vorangetrieben von Abdülmedschid, der 1839 im Alter von 16 Jahren Sultan geworden war. Aufgerüttelt durch die erfolgreichen Aufstände der Serben (1815 bis 1817) und Griechen (1821 bis 1829), hatte er bereits wenige Monate nach seiner Thronbesteigung im Edikt von Gülhane allen Untertanen die Sicherheit des Lebens sowie den Schutz der Ehre und des Vermögens versprochen. Darüber hinaus sollten Steuerlast und Dauer des Militärdienstes genau festgelegt werden; die *Zimmis* waren vom Dienst befreit.

Im Laufe der Reformen hatte sich das Machtzentrum vom Palast auf die ihm gegenüberliegende Hohe Pforte, das Amtsgebäude des Großwesirs, verschoben. Schon vor dem Wiener Präliminarfrieden sandte Großwesir Mehmed Emin Âli Pascha dem englischen Außenminister Lord Clarendon ein Memorandum, in dem er jedes Patronat der europäischen Mächte über die Christen des Orients zurückwies. Dass dieses Schreiben durch einen Griechen, Musuros Pascha, überreicht wurde, der den Osmanenstaat in England über viele Jahrzehnte als Botschafter vertrat, war zugleich eine Demonstration, dass man auch als Nichtmuslim im Schatten des Großherrn Karriere machen konnte.

Dieses Memorandum ist wohl das erste türkische Dokument, in dem vom »europäischen Konzert« die Rede ist. Das »Konzert« war durch den Vierbund der Siegermächte über Napoleon (England, Russland, Preußen, Österreich) 1815 institutionalisiert worden, drei Jahre danach hatte Frankreich als fünftes Mitglied Aufnahme gefunden.

Âli Pascha hob gleich zu Beginn des Schreibens hervor, dass eine zweitrangige Mitgliedschaft für die Türkei nicht infrage komme, sie müsse »vollständig« in das europäische Konzert aufgenommen werden, wobei »die Einheit und Integrität der souveränen Autorität jedes dieser Staaten die gemeinsame Regel für alle« sei. Im Übrigen gebe es, fuhr der Großwesir fort, keinen Grund, die Stellung der Christen zu beklagen. Die Zeiten der Intoleranz lägen weit zurück. Neben der Moschee der Muslime erhebe sich friedlich die Kirche der Christen. Die *»tolérance«* des Sultans sei geradezu einzigartig in der Geschichte, hätten doch die besiegten Völker ihre Nationalität, ihre Gesetze und ihre Religion bewahrt. »Unter dem Schleier eines vorgeblichen Interesses für die orthodoxe Christenheit« beabsichtige Russland nichts anderes, als das Osmanische Reich zu zerrütten. Einer neuen Garantie bedürfe es nicht.

Dieses brillant formulierte Papier verfehlte seine Wirkung nicht, auch wenn es die Lage der Nichtmuslime in allzu rosigen Farben malte; manche Passagen scheinen geradezu von Voltaires *Dictionnaire philosophique* inspiriert worden zu sein. Dort liest man unter dem Stichwort »Toleranz« jedenfalls sehr ähnliche, der osmanischen Minderheitenpolitik freundlichen Beifall spendende Sätze.

Wer waren Âli und sein Außenminister Mehmed Fuad? Mehmed Emin Âli und Fuad hatten den Geburtsort Istanbul und das Geburtsjahr 1815 gemeinsam. Âli hatte sich in der hauptstädtischen Bürokratie nach oben gearbeitet. An den Botschaften in Wien und London erwarb er die notwendigen Sprachkenntnisse und Einblicke in die internationale Politik. Als Großwesir stand Âli, dem ein kluger deutscher Beobachter ein scharfes Beobachtungstalent und eine eminente Begabung bescheinigte, auf dem Gipfelpunkt seiner Karriere.

»Alles, was der Folter gleicht«, wird abgeschafft

Sein Mitstreiter Fuad war ein Mediziner aus einer alten anatolischen Familie. Schon der Vater, ein Literat, hatte sich politisch betätigt, was ihm der Sultan mit Verbannung lohnte. Fuad, ein glänzender Diplomat, liebte es, seine Konversation mit maliziösen Aperçus zu schmücken, die man sich noch heute gern erzählt. Der überzeugte Agnostiker war allerdings nicht minder korrupt als viele seiner Kollegen; die »unverhofften Gewinne« ermöglichten ihm einen exquisiten Lebensstil.

Der wichtigste Gegenspieler der osmanischen Verhandlungsführer war Lord Stratford de Redcliffe, der die englische Krone in der Türkei vertrat. Stratford war ein militanter Christ, dessen hochfahrende Art die Gespräche belastete. Hinzu kam, dass er einen Kleinkrieg mit dem jüngeren, aber ebenso entschieden auftretenden französischen Botschafter Edouard Antoine Thouvenel führte. Beide bezichtigten sich gegenseitig, einander Informationen aus den Audienzen beim Sultan und den Gesprächen mit seinen Ministern vorzuenthalten.

Oft musste der Vertreter Österreichs, Anton von Prokesch-Osten, zwischen den Verbündeten vermitteln. »Wir haben erlebt«, schrieb er später, »daß der englische Botschafter vom Sultan geradezu die Preisgebung seiner Religion verlangte …« Der Proselytismus der englischen Missionsgesellschaften war Prokesch zuwider. Seine Herkunft aus einem Vielvölkerstaat bewahrte ihn vor der Turkophobie des englischen Kollegen. In Wien allerdings verfolgte man sein Vorgehen mit Misstrauen und warf ihm vor, »mehr ein Vertreter der Türkei in Österreich als Vertreter Österreichs in der Türkei« zu sein.

Am Ende gelang es den Osmanen, eine ausdrückliche »Christenschutzklausel« zu verhindern und durch den Verweis auf eine Willenserklärung des Sultans zu ersetzen. Âli Pascha rief während der entscheidenden Sitzung in der englischen Gesandtschaft aus: »Möchte man den Tod der Türkei?« In dieser angespannten Atmosphäre wurde zu Tisch gebeten, und man einigte sich, gestärkt durch Braten und Wein, über die empfindlichen Artikel zur Religionsfreiheit. Statt eines Absatzes innerhalb des zu schließenden Friedensvertrages gab es eine in der islamischen Welt vorbildlose Charta in Form eines »kaiserlichen Handschreibens« (Hatt-i Hümayun), die bei den bevorstehenden Verhandlungen in Paris nur noch »zur Kenntnis genommen« werden sollte.

Der Hatt wurde termingerecht am 18. Februar 1856 verkündet und Anfang März im Staatsanzeiger veröffentlicht. In der offiziellen französischen Übersetzung ist er in 21 Punkte unterteilt und hat auch hier die Form eines Schreibens des Sultans an seinen Großwesir. In der Präambel äußert Abdülmedschid seine Absicht, die Wohlfahrt zu steigern und das Glück seiner Untertanen, die ihm alle gleich teuer seien, zu befördern. Er bekräftigt die Privilegien, die seine Vorfahren – Mehmed der Eroberer (1451 bis 1481) wird ausdrücklich genannt – den Christen und anderen nichtislamischen Riten (damit waren die Juden gemeint) eingeräumt hatten.

Die ausdrückliche Erlaubnis, in einheitlich von Christen bewohnten Dörfern und Städten Kirchen zu errichten, war keine wirkliche Neuerung. Die Osmanen hatten den Kirchenbau in größeren christlichen Agglomerationen, wie auf den griechischen Inseln, in Bulgarien oder im Libanon, nie verhindert. Hingegen war es gängige Praxis, den Bau neuer Kirchen oder die Instandhaltung alter christlicher Gotteshäuser in den muslimischen Zentren auf schikanöse Weise zu behindern.

Hinter dem schlichten Satz in Punkt 5 des Hatt, niemand dürfe zum Wechsel der Religion gezwungen werden, steht eine diplomatische Meisterleistung. Vor allem die Engländer hatten darauf gedrungen, dass Konvertiten nicht länger mit dem Tode bedroht wurden. Die Formulierung, auf die man sich einigte, erinnert entfernt an die koranische Maxime »Es gibt keinen Zwang in Glaubenssachen«. Muslime konnten darunter eine Klausel gegen die Bekehrung ihrer Glaubensgenossen verstehen, Christen einen Schutz der Apostaten. Die letzte Hinrichtung eines armenischen Konvertiten, der nach dem Übertritt zum Islam zum Christentum zurückgekehrt war, lag gerade mal 13 Jahre zurück.

Weitere Punkte betrafen den freien Zugang sämtlicher Untertanen zum Staatsdienst, was die nun ebenfalls garantierte Aufnahme an allen staatlichen Schulen voraussetzte. Die Abschaffung der Kopfsteuer für Nichtmuslime wurde mit der Ankündigung verbunden, dass sie nun den Kriegsdienst ableisten müssten. (Bis dato hatte man Nichtmuslime mit einer Militärkontributionssteuer belastet. Dabei blieb es allerdings – entgegen der Ankündigung – bis 1913.) Mehrere Punkte betrafen die Gerichtsbarkeit und den Strafvollzug: »Alles, was der Folter gleicht, sei abgeschafft.«

Mit dem Hatt wurde der in den islamischen Gesellschaften verfestigte rechtliche Minderstatus für Nichtmuslime für beendet erklärt. Selbst herabwürdigende und verletzende Bezeichnungen für Nichtmuslime waren fürderhin verboten.

Wenige Tage nach der Verkündigung des Hatt war es so weit: Vom 25. Februar bis zum 30. März 1856 tagte auf Einladung Napoleons III. in Paris der Friedenskongress. Der Neffe Napoleon Bonapartes, der sich erst wenige Jahre zuvor an die Macht geputscht hatte, zelebrierte ihn mit Festen und Bällen als einen ersten Höhepunkt seiner Herrschaft. Am 30. März wurde der Vertrag mit einer ausgerupften Feder des *Aigle Impériale* unterzeichnet, des kaiserlichen Adlers, der in der Menagerie des Jardin des Plantes sein Dasein fristete. Die Zugehörigkeit der Türkei zum »europäischen Konzert« wurde mit etlichen Unterschriften und Siegeln bekräftigt. Neben den fünf Hauptakteuren waren Piemont-Sardinien als Kriegsteilnehmer und Preußen, das erst ganz am Ende der Konferenz hinzugestoßen war, unter den Vertragspartnern. Der Text der Urkunde »im Namen des Allmächtigen Gottes« enthält als Note zu Artikel 7 die wichtige Zusage, dass die Majestäten die Unabhängigkeit und territoriale Integrität des Osmanischen Reiches respektierten. In Artikel 9 erklärte der Kongress, er »nehme den hohen Wert des Hatt zur Kenntnis«.

Wer in Paris der Besiegte war und wer der Sieger, blieb selbst für die Verhandlungsführer am Ende offen. Mit Ausnahme einer kleineren Gebietsabtretung Russlands und der Neutralisierung des Schwarzen Meers wurde im Großen und Ganzen der Status quo ante wieder hergestellt. Vielleicht hat der Frieden von Paris aber auch gerade wegen dieser Undeutlichkeit mehr als zwanzig Jahre gehalten.

Der Hatt-i Hümayun löste in der Türkei weder unter Muslimen noch unter Christen Begeisterung aus. Selbst Reformpolitiker der ersten Stunde wie Mustafa Reschid, der 1839 das Edikt von Gülhane verantwortet hatte, lehnten ihn ab, weil sie sehr wohl verstanden, dass das Papier letztlich eine unter Druck entstandene Konzession an den Westen war. Sie erkannten klarsichtig, dass die gegebenen Zusagen weitere Interventionen der Mächte nicht ausschlossen und den Nationalismus bestimmter Minderheiten befördern könnten.

Immerhin: Die Christen erhielten Zugang zu den staatlichen Schulen. Gleichzeitig bauten sie christliche Einrichtungen weiter aus. Die Muslime wurden durch diese Konkurrenz zur Modernisierung der eigenen Lehranstalten herausgefordert. Schon im Jahr des Pariser Friedens trat zum ersten Mal eine »Ratsversammlung für gemischte Erziehung« zusammen, in der sich unter sechs Mitgliedern nur ein Muslim befand. Die Übrigen waren Vertreter der Griechisch-Orthodoxen, Armenier, Katholiken, Protestanten und Juden.

Auf dem Berliner Kongress gehen die Hoffnungen Istanbuls zu Bruch

Die Hoffnungen, die Âli und Fuad im Pariser Frieden auf eine Garantie der Grenzen und die Unabhängigkeit der Türkei gesetzt hatten, gingen 1878 in Berlin endgültig zu Bruch. Unter dem Vorsitz des deutschen Reichskanzlers Otto von Bismarck (»der ehrliche Makler«) wurde nach der katastrophalen Niederlage der Türkei in einem erneuten Krieg gegen Russland ein Vertrag verabschiedet, der Europas Mächten gestattete, in Makedonien und den »von Armeniern bewohnten Provinzen« zu intervenieren. Die Türkei verpflichtete sich, die Armenier vor Übergriffen der Tscherkessen (die aus Russland vertrieben worden waren) und nomadisierenden Kurden zu schützen. Russland erhielt im Südkaukasus die Gebiete, aus denen es sich 1856 hatte zurückziehen müssen. Österreich-Ungarn marschierte in Bosnien ein; England griff nach Zypern.

Der Schlussakt sollte dann 1920 im Pariser Vorort Sèvres gegeben werden. Die Sieger des Weltkriegs schritten zur endgültigen Aufteilung der Erbmasse des »schwer kranken Mannes« am Bosporus. Im Gegensatz zum Pariser Frieden von 1856 und zum Berliner Kongress von 1878 wurde der Vertrag von Sèvres freilich nie ratifiziert: Die neue Türkei unter Mustafa Kemal (Atatürk) war der einzige Verliererstaat, der sich den so genannten Pariser Vorortverträgen nicht unterwarf.

Die Abkommen von Paris, Berlin und Sèvres und ihre Geschichte gehören noch heute zum Unterrichtsstoff für Ankaras angehende Diplomaten. Für alle jedoch, die bei der Debatte um die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union mitdiskutieren, sollten sie Pflichtlektüre sein.

Der Autor ist Professor (em.) für Turkologie und lebt in Köln



BLICK AUF ISTANBUL: Das Gemälde eines unbekannten englischen Künstlers zeigt die Stadt Mitte des 19. Jahrhunderts als orientalisch-europäische Metropole